



AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802



vom 28. Oktober 2021

Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e. V.
Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Herausgegeben von Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)

Auflage: Verteiler von rund 1.800 Konten

www.ostmitteleuropa.de

www.westpreussen-berlin.de

Anschrift der Redaktion: agom-westpreussen.berlin@gmail.com

Landsmannschaft Westpreußen e. V., Brandenburgische Straße 24 – Steglitz, 12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Fax-Nr.: auf Anfrage

Postbank Berlin: IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF, LM Westpreußen

Inhaltsverzeichnis

Seiten I - XXIII

Editorial

Seiten 1 - 2

Anstelle des Editorials:

Westpreußisches Landesmuseum - die Würfel sind gefallen...???

Von Dr. Jürgen Martens, Königswinter

Afghanistan

Seiten 3 - 4

01) Katar nimmt afghanische Flüchtlinge auf, aber nur im Transit

Themen global, die uns auch bewegen

Seiten 5 - 53

01) Die Autokratie – eine Systemkrise. Von REDAKTION

02) „Ein echtes Biest“: US-Medien nennen russische Drohne „ein großes Problem für die Nato“

03) USA: Donald Trump startet neues soziales Netzwerk, um „abweichenden Stimmen“ eine Stimme zu geben

04) „Flottenverbrauch“ macht's möglich: Dank E Autos dürfen große Verbrenner weiter produziert werden

05) UNSER MITTELEUROPA nun auch auf der zensurfreien Social-Media-Plattform GETTR vertreten

- 06)** Václav Klaus: Die fortschreitende Selbstzerstörung des Westens und ihre Beschleunigung durch die Covid-epidemie
- 07)** Stuart Hall, Kulturwissenschaften und die Verherrlichung der „Vielfalt“. Von Francesco Erario
- 08)** Frankreich will keine Woke-Kultur. Von Loretta Tóth
- 09)** LGBT: „Superman“ ist in der neu erschienen Auflage zeitgeistkonform bisexuell
- 10)** Die „kritische Rassentheorie“ lehrt, dass es falsch ist, weiß zu sein, und dass man sich dafür schämen sollte
- 11)** Anti-Rassisten drehen völlig durch: Auch Pizza Hawaii soll umbenannt werden
- 12)** Rod Dreher: „Die Wokisten zerstören die Arbeitsplätze, die Unternehmen und den Ruf der Menschen, alles im Namen dessen, was sie soziale Gerechtigkeit nennen“
- 13)** Die globalistischen Eliten greifen das Einfamilienhaus an
Von Francesca de Villasmundo
- 14)** Jaime Nogueira Pinto: „Es ist eine absurde Idee zu glauben, dass der Markt Demokratie bringt“. Von Álvaro Peñas
- 15)** Interview mit Yann Valerie von Breizh-Info
- 16)** Meinungsfreiheit in Zeiten der Zensur: Social-Media-Plattform GETTR macht Monopolen Konkurrenz
- 17)** Guillaume Travers: Die Überwachungsgesellschaft als letzte Stufe des Liberalismus

- 01)** Grosse Mobilisierung in Bern gegen den Covid-Pass
- 02)** Trotz 99,7 Prozent Covid-Impfrate: Irischer Bezirk meldet Rekord-Inzidenzen
- 03)** Covid-19: Selbstmordversuche bei Kindern seit Beginn der Covidkrise stark angestiegen
- 04)** Covid: Öffentliche Güter als Sicherheiten für Pfizer-Verträge
- 05)** FPÖ – Kickl: Pressekonferenz zum drohenden Lockdown für Ungeimpfte
- 06)** Covidkrise: US-Arzt Fauci beim Lügen ertappt
- 07)** Zwischenbilanz des Corona-Ausschusses: „Ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ | Teil1
- 08)** Italienisches Gesundheitsinstitut: Covid forderte weniger Todesopfer als Grippekrankheiten
- 09)** Woran erkennt man eine Pandemie? Teil 10 | Wenn es zu wenig Erkrankte zum Testen von Corona-Medikament gibt
- 10)** Krise in Rumänien: Ausgangssperre für Nichtgeimpfte eingeführt, Krankenhäuser überfüllt, Schulen geschlossen

- 11)** Moskau verhängt 4 Monate Hausarrest für ungeimpfte Bürger ab 60!
- 12)** Italien: hartes Vorgehen gegen Gegner der Covid-Diktatur – Nationalisten Inhaftiert
- 13)** Hessen: Ungeimpfte können aus Supermärkten verbannt werden
- 14)** Nächste Fluglinie gibt aus Angst vor Streiks und Pleite Pläne für Corona-Impfpflicht auf!
- 15)** Frankreich: Moderna wird in der 3. Dosis verboten
- 16)** Paris mobilisiert weiterhin jeden Samstag gegen die Covid-Diktatur
- 17)** So geht Manipulation – Update – Die neueste Masche: Geimpfte Corona-Opfer wegen fehlender Auffrischungsimpfung tot
- 18)** CZ: Produktionsstillstand bei Škoda
- 19)** Teil 2 | Prognose über kommende Grippewelle punktgenau eingetroffen! Panikmaschinerie läuft an
- 20)** Italien blockiert von Nord bis Süd
- 21)** Green Pass: 2 Millionen Italiener verlieren ihren Arbeitsplatz
- 22)** Italienische Häfen: Streik gegen Green Pass verschärft sich, die Regierung lenkt ein, aber nicht genug
- 23)** Botschaft von Erzbischof Viganò an die italienischen Demonstranten gegen die Gesundheitstyranei
- 24)** Italien ist zum Zentrum der Antiimpfungsproteste geworden. Von Dalma Janosi (Rom)
- 25)** Erste Fluglinie nach Corona-Impfpflicht vor dem Aus: Piloten und Angestellte legen Flugbetrieb aus Protest lahm
- 26)** Wie die Corona-Politik die Strukturen der Luftfahrt und des Welthandels Zerstört. Von PETER HAISENKO

Wanderungen und Einwanderungen

Seiten 119 - 150

- 01)** Ungarn: Schlepper haben die grüne Grenze in einem Bandenkrieg unter sich aufgeteilt
- 02)** Migranten: „Italien gehört nicht mehr euch, Italiener!“
- 03)** Gewalt gegen Frauen hat eine Definition: nicht integrierte Einwanderer, besonders aus dem islamischen Kulturkreis
- 04)** Einwanderung: 67% der Franzosen sind besorgt über einen „großen Austausch“ der Bevölkerung
- 05)** Viktor Orbán: Migranten müssen gestoppt werden!
- 06)** „Fundstücke“ in einem Wald bei Görlitz: Was auf der Flucht so alles „verloren geht“
- 07)** „No Polonia – No Russia – Germany!“ brüllen besonders schutzbedürftige Jungmänner und wollen gewaltsam die polnisch-weißrussische Grenze Stürmen. Von Redaktion
- 08)** Terroristen reisen mit Migranten nach Litauen ein. Von Adam Białous
- 09)** Deutschland ist nach wie vor das Hauptziel für Asylbewerber in der EU

- 10) Arme Migranten zahlen 13.000 Euro, um nach Italien zu kommen
- 11) Islamischer Politiker jubelt: „Wir erobern euch mit Einwanderung“
- 12) Italien: Kapitän wegen Rückführung geretteter Migranten nach Libyen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt
- 13) Die Reise der Haitianer nach Amerika. Von Peter Marko Tase
- 14) „Der europäische Terrorismus ist mit der Migration verbunden“.
Von László Szócs
- 15) Von Lukaschenko zur EU-Grenze verfrachtete „Flüchtlinge“ tauchen zunehmend in Brandenburg auf
- 16) GB: In zwei Tagen wurden mehr als tausend Migranten im Ärmelkanal Abgefangen
- 17) Fast die Hälfte der Franzosen befürwortet einen vollständigen Migrationsstopp

Europa, Europa und die Welt: Politische Themen

Seiten 151 – 161

V o r d e r a s i e n (Seiten 151 bis 154)

- 01) Luftangriffe der Türkei auf Syrien und den Irak. Von Uzay Bulut

A f r i k a (Seiten 154 bis 155)

- 02) Kongo (DRK): Islamisten drängen immer weiter nach Zentralafrika vor
- 03) Der Anführer des Islamischen Staates Nigeria wurde hingerichtet.
Von Joakim Scheffer

S ü d o s t a s i e n (Seiten 160 bis 161)

S i n g a p u r (Seiten 160 bis 161)

- 04) In Singapur sorgt ein fahrbarer Überwachungsroboter für „Ordnung“ und Corona-Disziplin“

Europa: Politische Themen

Seiten 162 - 163

- 01) Die EU sucht nicht nach Gemeinsamkeiten mit Polen – sie sucht den Krieg.
Von Aleksandra Rybińska
- 02) Hälfte der EU-Länder fordert eine neue Migrationspolitik
- 03) MEP Sophie in 't Veld hat sich Zehntausende von Euro an Lebenshaltungskosten in Brüssel bezahlen lassen, obwohl sie schon seit Jahren dort lebt! Von Sara Bertoncej (Nova24tv)
- 04) Die EU an der Wende zu ihrem Ende – Teil 2. Von Redaktion
- 05) Das Planspiel zur Afrikanisierung Europas: vor 10 Jahren wurde Gaddafi getötet, seither 1 Million illegale Einanderer
- 06) Mateusz Morawiecki: „EU ist bald kein Bund freier, gleicher und souveräner Staaten mehr“

- 07)** Dr. Norbert van Handel: Wenig Licht am Horizont
- 08)** Die Europäische Volkspartei rollt unaufhaltsam bergab. Von Loretta Tóth
- 09)** Gewinner und Verlierer: Die Gefahren des Elitenausches.
Von Zoltán W.-Nemessuri

Mitteleuropa: Politische Themen

Seiten 184 - 195

- 01)** Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 18. bis 24. Oktober 2021
- 02)** Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 11. bis 17. Oktober 2021

Deutschland und nahe Staaten: Politische Themen

Seiten 196 - 222

- 01)** Energiewende: Forderungen aus Wolkenkuckucksheim
- 02)** Grüne knallen vollends durch – Abgeordnete wollen 200 Mio. „Klimaflüchtlinge“ aufnehmen
- 03)** Habermas und die deutsche ideologische Hypothek.
Von Gérard Dussouy, emeritierter Universitätsprofessor
- 04)** „Es gibt keine Macht und keine Autorität außer Allah“
- 05)** SPD-Frau Aydan Özoğuz: Salafisten- und Hisbollah-Sympathisantin als Bundestagspräsidentin im Gespräch
- 06)** „Energiewende“ soll dank „Klimakrise“ Groß-Konzernen Milliardengewinne verschaffen | Teil 2
- 07)** Deutschland: gewalttätige Unterdrückung der Opposition eskaliert

Österreich (Seiten 211– 219)

- 08)** FPÖ – Kickl: Offener Brief an Bundespräsident Van der Bellen
- 09)** Wie Linksextremisten in Tirol freie Hand für ihre Gewalttaten haben
- 10)** Wien: Das Burgtheater-Ensemble liest die Chatprotokolle in der Causa Kurz
- 11)** Österreich: FPÖ nach ÖVP-Desaster wieder auf über 20% – türkiser Totalabsturz

Niederlande (Seiten 219 bis 221)

- 12)** Wilders: Ungarn könnte ein Vorbild für viele westliche Länder sein

Belgien (Seiten 221 bis 222)

- 13)** Liège/Lüttich: Sie berauben Menschen, die Katastrophenopfern helfen!
Von Sarah Rasujew

P o l e n (Seiten 223 bis 235)

- 01) Dr. Łukasz Kamiński, Vorsitzender der Polnischen Plattform für Europäische Erinnerung und Gewissen, zu schriftlichen Drohungen
- 02) Demokracija-Chefredakteur Jože Biščak zur Verabschiedung der Resolution gegen Polen
- 03) Polen: Vor einem Jahr hat das Verfassungsgericht die eugenische Prämisse aufgehoben – Zeit für den nächsten Schritt.
Von Roman Motola
- 04) Polen: Gesetzentwurf „Stop LGBT“ wird im Sejm debattiert
- 05) Polen legalisiert die Zurückweisung von Migranten an seinen Grenzen
- 06) Polen weist EuGH zurück: Europa gegen Europäische Union.
Von David Engels
- 07) Polen stellt sich gegen Brüssel, das es nicht glauben kann!

T s c h e c h i e n (Seiten 236 bis 247)

- 08) CZ: Linksliberale Medien wollen künftige tschechische Regierung zum Ausstieg aus der Visegrád-Gruppe bewegen
- 09) CZ: Okamura-SPD fordert „Czexit“-Referendum als Preis für Unterstützung
- 10) Ein Sieg, aber kein Triumph
- 11) CZ: Verbündeter von PiS soll Regierung bilden. Von Ryszard Czarnecki
- 12) Schock für 900.000 Kunden: „Bohemia Energy“ beendet Tätigkeit

S l o w a k e i (Seiten 248 bis 249)

- 13) SK: NBS-Gouverneur wegen Bestechung angeklagt

U n g a r n (Seiten 250 bis 287)

- 14) Péter Márki-Zay, der Mann, der Orbán herausfordern will
Von Marton Aron Kovacs
- 15) Viktor Orbán kritisiert die „feindliche“ Haltung der Europäischen Union
- 17) László Kövér: „Unsere nationale Identität ist die Grundlage für unsere europäische Identität“
- 18) Ungarn: neue Beschränkungen im Asylrecht. Von Csilla Korompay
- 19) Budapester Friedensmarsch als Antwort auf ungarnefeindliche Angriffe.
Von András Miklós Lázin
- 20) Was würden die Ungarn sagen, wenn ... ? Von Irén Rab
- 21) Umfrage: 51 Prozent der Wähler würden für Viktor Orbán stimmen
- 22) „Ich sehe die deutschen Berichte über Ungarn äußerst kritisch, mit einer gewissen Bestürzung“ – Interview mit ehemaligem FAZ-Journalisten Reinhard Olt

- 23)** Budapest: „Die Drohungen der Linken sind unerträglich“
- 24)** Viktor Orbán feiert die slowakisch-ungarische Freundschaft in Esztergom (Gran)
- 25)** Die Sicherheit des ungarischen Judentums
- 26)** Ungarn: Sorgerecht für Kinder nach der Scheidung
- 27)** Gerhard Papke: „Das Gepflegte Zerrbild des modernen Ungarn“. Ein Vortrag von Dr. GERHARD PAPKE, Präsident des Deutsch-Ungarischen Gesellschaft E.V. bei “Schwarnintelligenz 2021”
Transkript des Vortrags
- 28)** Wie Ungarn Familien unterstützt (und Geburtenrekorde erzielt).
Von Marton Aron Kovacs

S l o w e n i e n (Seiten 288 bis 299)

- 29)** Söhne und Töchter der Wolfskirschplantage. Von Jože Biščak
- 30)** Slowenien wird vom LIBE-Ausschuss angegriffen
- 31)** Neues Buch von PM Janez Janša: „Wir haben uns erhoben und haben überlebt“ (Update)
- 32)** Jože Biščak: Genug ist genug! Ein Kommentar von Jože Biščak
- 33)** Kultur des Todes vs. Pro-Life. Kommentar von Aleksander Rant

K r o a t i e n (Seiten 300 bis 303)

- 34)** Hrvatski Suverenisti: „Wir wollen souveräne Nationen, die auf den Willen ihres Volkes hören“

R u m ä n i e n (Seiten 304 bis 307)

- 35)** Klaus Johannis: Trianon und das Erbe eines sächsischen Präsidenten.
Von Csaba T. Szabó

Osteuropa: Politische Themen

Seiten 308 - 309

- 01)** Putin: „Kindern zu suggerieren, sie können sich leicht in ein anderes Geschlecht umwandeln, grenzt bereits an ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Von Fabien Laurent

Südosteuropa: Politische Themen

Seite 310

Keine Berichte

I t a l i e n (Seiten 311– 325)

- 01)** Migrantengeburt in Italien: „Hier ist alles gratis“
- 02)** Italien: Wie die Mitte-Rechts-Bewegung eine erfolgreiche Strategie entwickeln kann. Von Nicola De Felice
- 03)** Italien: „Das Jahr Null der Rechten“. Von S. Folli
- 04)** Letzter Italiener in der Klasse: „Meine Tochter wird diskriminiert, weil sie Christin ist“
- 05)** Triest, Genua, Ravenna: die Revolte gegen Draghi hat begonnen (Videos)
- 06)** Warum in Rom Mitte-Rechts wählen. Von Nicola De Felice
- 07)** 15. Oktober: Chaos in Italien?
- 08)** Fratelli d'Italia: Ein Netzwerk für lokale Administratoren. Von Michele Pisano

F r a n k r e i c h (Seiten 326 bis 340)

- 09)** Alain de Benoist: „Keine Wahl, nicht einmal eine Präsidentschaftswahl, kann die Bedingungen für eine echte Revolution schaffen, die unser Volk braucht“ [Interview]
- 10)** Marion Maréchal: „Eine große demographische Verschiebung findet statt“
- 11)** Éric Zemmour: „Ich bin der einzige in der politischen Arena, der den Ausdruck „Großer Austausch“ verwendet, und 67% der Franzosen stimmen mir zu“
- 12)** Marion Maréchal in Warschau: „Der Kampf um Kultur und Bildung ist ein langfristiger Kampf“

G r o ß b r i t a n n i e n (Seiten 341 bis 343)

- 01)** Nigel Farage: Meine Botschaft an Prinz Charles (Video)

D ä n e m a r k (Seiten 344 bis 346)

- 02)** Andrea Haugen und David Amess: Opfer des Islamismus und die Mitschuld der politischen Korrektheit. Von José Papparelli

S c h w e d e n (Seiten 347 bis 348)

- 03)** Hysterisches Gekreische der Greta-Jugend vor und während Thunbergs peinlichem Gesangsauftritt

Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee

Seiten 349 - 357

Predigten und Hinweise

Aufruf zur Unterstützung

Seiten 358 - 362

- 1) Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
- 2) BdV: Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung
- 3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

„Zum Wohle des deutschen Volkes...“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56

Seite 361

Du musst denken

Seite 362

A. a) Leitgedanken

Seite 363

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“ *Arthur Schopenhauer*

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!

Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“ *LW Berlin*

A. b) Forderungen und Grundsätze

Seite 364

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsätze.pdf>

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

A. c) Mitteilungen

Seiten 365 - 374

- 01) Deutschland und Polen. Wegbereiter für Europas Zukunft. 30 Jahre Deutsch-Polnischer Nachbarschaftsvertrag´. Virtuelle Veranstaltung 05. November 2021, 19 Uhr, Schloss Johannisberg. Die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund

- 02)** Ausstellung „Vom Ihr zum Wir“. Eröffnung im Niedersächsischen Landtag
Pressemitteilung Niedersächsisches Landesbeauftragte für
Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen*) und Spätaussiedler,
Editha Westmann MdL
- 03)** Christoph de Vries zum neuen Vorsitzenden der Gruppe der
Vertriebenen, Spätaussiedler und deutschen Minderheit gewählt.
Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
- 04)** Kulturstiftung virtualisiert donauschwäbische Heimatstube
Batschsentiwan
- 05)** Bis heute sind in Tschechien Unrechtsdekrete Teil der Rechtsordnung
- 06)** Wurzeln in Böhmen – Wege nach Europa. Eine Spurensuche für
Sudetendeutsche und Tschechen
- 07)** Buchvorstellung: Murray G. Hall: Der Volk und Reich Verlag, Prag

A. da) Berichte

Seiten 375 - 389

- 01)** Fertigstellung des neugestalteten Olivaer Platzes in Berlin-Wilmersdorf
- 02)** Mirko Seebeck gewinnt mit seinem alternativen Reiseführer für Breslau
(Wrocław) den Selfpublishing-Buchpreis
- 03)** Kulturstiftung virtualisiert donauschwäbische Heimatstube
Batschsentiwan
- 04)** Heimatvertriebene und Heimatverbliebene trafen sich in Wiesbaden
- 05)** Wanderfahrt durchs Sudetenland
- 06)** Gunthersteig: Deutsch-tschechischer Pilgerweg eröffnet
- 07)** Ein Placebo ohne Legitimität: Dreier Landtag & Euregio Tirol

A. db) Berichte von Fachtagungen

Seiten 390 - 411

- 01)** Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941: Neue Dokumente,
Perspektiven, Forschungsansätze. Lüneburg, 09.07.2021 - 09.07.2021.
Veranstalter: Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren
Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen
- 02)** Das Eigene und das Fremde: Wahrnehmungen des anderen deutschen
Staates in der DDR und in der Bundesrepublik. Berlin, 16.09.2021 bis
17.09.2021. Veranstalter: Freie Universität Berlin, Friedrich-Meinecke-
Institut, gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-
Diktatur
- 03)** Der preußische Hof in Europa. Modelle, Akteure, Wahrnehmungen
(1786–1918) – eine internationale Tagung in vergleichender Perspektive.
Berlin, 30.09.2021 - 02.10.2021. Veranstalter: Berlin-Brandenburgische
Akademie der Wissenschaften; Forschungsprojekt: Anpassungsstrategien
der späten mitteleuropäischen Monarchie am preußischen Beispiel 1786
bis 1918
- 04)** Berichte zum Historikertag 2021 [2]

Keine Berichte

Die Berichte über die Umbenennungen von Mohrenstraße und Kaiser-Wilhelm-Platz in Berlin werden zurzeit für die Veröffentlichung in unseren Leitseiten vorbereitet!

Dieses Thema finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

Von der Geschichtsklitterung zur Geschichtsfälschung:
Straßenumbenennungen für eine andere Republik, für eine andere
Gesellschaft – für ein anderes Volk?

Das Beispiel Steglitz-Zehlendorf in Berlin: Paul von Hindenburg, Max von
Gallwitz, Georg Maercker

[http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-
Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gede
nktafeln_%20Ehrengraeber.pdf](http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gedenktafeln_%20Ehrengraeber.pdf)

- 01) Deutscher Orden: Seine Exzellenz, Hochmeister Frank Bayard, feierte
50. Geburtstag
- 02) Vor 76 Jahren, am 25. Oktober 1945: Beneš-Dekret Nr. 108 enteignet
deutsche, altösterreichische Volksgruppe
- 03) Gedenkfeier KZ Campo Isarco in Blumau. LH a. D. Luis Durnwalder:
Menschenfeindliche Relikte gehören weg

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V.
und weiterer Einrichtungen
- 02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für
Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.

- 03)** Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf

**A. h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde
Seiten 440 - 476**

- 01)** Kultureinrichtungen in Kleinstädten: Süddeutschland an der Spitze.
Medieninformation des Leibniz-Instituts für Länderkunde (IfL) in Leipzig
- 02)** Schwieriges Verhältnis: Nationale Identitäten und deren Wandel in den böhmischen Ländern
- 03)** Verfolgung reicher Bauern und Zwangskollektivierung in der Tschechoslowakei
- 04)** Über die Geschichte des Hultschiner Ländchens

P o l e n (Seiten 467 bis 472)

- 05)** Warschau: die Rache der Stadt des Phönix. Von Lionel Baland

U n g a r n (Seiten 473 bis xx)

- 06)** Schätze aus Ungarn: Der Tokajer Wein
- 07)** Die Rekrutierung der ungarischen Nationalgarde 1848 (Video)

**A. i) Plattform des Arbeitskreises für ostdeutsche Landsmannschaften
u.ä. (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)
Seiten 477 - 479**

- 01)** 10.12.2021 Westpreußischer Gesprächskreis, Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin: Advent bleibt Advent: Westpreußen ist keine Insel!
- 02)** Tagesfahrten, Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin: 2021 ausgesetzt
- 03)** 29.11.2021, AGOM: Adventliche Zusammenkunft mit Gesprächen zur weiteren Arbeit im kommenden Jahr 2022
- 04)** IX. Studientag aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte, 26.11.2021 in Greifswald
- 05)** Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. Berlin-Brandenburg vervollständigt Vorstand durch Briefwahl und wählt dann noch einmal neu! Bericht offen!

**A. J) Plattform des Arbeitskreises für landsmannschaftliche ostdeutsche
Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und östl. Mitteleuropa
Seiten 480 - 481**

- 01)** Heimatkreis Wirsitz: Bericht zur 30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021, in Vorbereitung
- 02)** Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2021 in Weißenhöhe / poln. Białośliwie: Wegen der Corona-Pandemie sind zurzeit alle weiteren Veranstaltungen im Haus Anna-Charlotte abgesagt
- 03)** **11.12.2021, 14:00 Uhr:** Treffen des Heimatkreises Schneidemühl im „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin, am S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

B. a) Vortragsveranstaltungen **Seiten 482 – 515**

- 01)** 27.10.2021, Deutsch-Rumänsche Gesellschaft in Zusammenarbeit mit dem in diesem Jahr gegründeten Deutsch-Rumänischen Verein Gießen e.V.: Regionale Zusammenarbeit zwischen Südsiebenbürgen und Brandenburg – eine Modellidee für Europa? Online-Vortrag
- 02)** 28.10.2021, DeutschesKultForumÖstlEuropa: Konzert-YouTube-Premiere: Kürbishütte @ Instantopia: Lieder und Echtzeitklänge aus dem alten Königsberg und dem heutigen Kaliningrad
- 03)** 28.10.2021, DeutschesKultForumÖstlEuropa: Drinnen oder draußen? Numerus clausus oder Demokratisierung der Akademie: Berlin-Lemberg. Fünftes Zernack-Colloquium online
- 04)** 04.11.2021, DeutschesKultForumÖstlEuropa: Verwaistes Erbe. Jüdische Friedhöfe diesseits und jenseits der Oder. In memoriam Eckehart Ruthenberg (1943–2011). Kurzvorträge, Film und Podium
- 05)** 31.10.2021, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner: Ein Klavierkonzert zum Reformationstag mit Christiane Klonz
- 06)** 05.11.2021, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner: Liquid Soul – Musik aus Luft und Wasser. Mit Beate Gatscha - Wasserstichorgel, Aquarion, Hang, Stimme Gert Anklam - Saxophone, chinesische Mundorgel-Sheng Uli Moritz - Perkussion, Marimbaphone
- 07)** 13.11.2021, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner: Am liebsten sterbe ich im Mai - Louis Fürnberg
- 08)** 28.10.2021, Deutsche Gesellschaft e. V.: Drei Jahrzehnte Aussiedler- und Minderheitenpolitik. Eine Erfolgsgeschichte im Fokus. - Im WEB
- 09)** 02. - 07.11.2021, u.a. DeutschesKultForumÖstlEuropa: 31. FilmFestival Cottbus FFC, Sektion SPOTLIGHT: SLOVENSKO,
- 10)** 09.11.2021, DeutschesKultForumÖstlEuropa: Jüdisches Leben in Breslau vor und nach dem Holocaust. Vortrag und Diskussion

- 11) 02.11.2021**, Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (IKGN e.V.):_Reintegration ohne Wiedergutmachung. Die Russlanddeutschen in der sowjetischen Gesellschaft in den 1950er und 1960er Jahren._Vortrag von Helene Henze, Lüneburg
- 12) 05.11.2021**, Landesgeschichtl. Vereinigung Berlin-Brandenburg: König Friedrich Wilhelm I. in Preußen: ein Monarch mit vielen Gesichtern
- 13) 09.11.2021**, Verein für die Geschichte Berlins: 9. November 1989 – Die Zeit des Mauerfalls mit den folgenden_Veränderungen im Stadtbild. Vortrag mit Bildern. Ein persönlicher Erlebnisbericht mit Lichtbildern unseres Mitglieds Eckhard Grothe.
- 14) 28.10.2021**, Literaturhaus Berlin: Shared Heritage – Niederschlesien erzählen. Gespräch
- 15) 06.11.2021**, Literaturhaus Berlin: »Rosa Luxemburg zum Gedenken« Literarischer Spaziergang mit Sebastian Januszewski
- 16) 08.11.2021**, Literaturhaus Berlin: »Februar 33. Der Winter der Literatur«. Uwe Wittstock im Gespräch mit Cornelia Geißler. Brown Bag Lunch
- 17) 11.11.2021**, Literaturhaus Berlin: »Die fantastischen Kinderbücher von Ole Lund Kirkegaard«. Mit Franziska Hüther (Übersetzerin) und Andreas Fröhlich (Sprecher). Junges Literaturhaus Lesung und Gespräch
- 18) 11.11.2021**, Literaturhaus Berlin: »Ich will nicht wieder anderen zuliebe einfach sein« Gegenwartsliteratur aus Dänemark. Mit_Luka Holmegaard, Mads Ananda Lodahl und Madame Nielsen im Gespräch mit Hannes Langendörfer. Sprecherin: Johanna Link. Literaturabend
- 19) 16.11.2021**, Literaturhaus Berlin: „Stadtflucht und Landluft“. Angelika Klüssendorf und Christoph Baumann im Gespräch mit Jörg Plath Reihe Literatur trifft Wissenschaft
- 20) 17.11.2021**, Literaturhaus Berlin: Margot Friedländer »Ich tue es für euch«. Gespräch mit der Holocaust-Überlebenden Margot Friedländer und Esther Spicker. Junges Literaturhaus. Rahmenprogramm Ausstellung
- 21) 18.11.2021**, Literaturhaus Berlin: »Franz Kafka: Die Zeichnungen«. Andreas Kilcher im Gespräch mit Andreas Platthaus. Brown Bag Lunch
- 22) 18.11.2021**, Literaturhaus Berlin: Margot Friedländer »Ich tue es für Euch. Margot Friedländer und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger im Gespräch mit Anna Staroselski. »Unterwegs ins Jahr 100 – Margot Friedländer«. Rahmenprogramm Ausstellung
- 23) 12.11.2021**, UTP Berlin: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an der deutsch-polnischen Grenze während der Corona-Pandemie. Vortrag von Prof. Elżbieta Opłowska, Institut für Soziologie, Universität Breslau
- 24) 02.11.2021**, TopogrTerrors: Sicherheit und Humanität im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Der Umgang mit zivilen Feindstaatenangehörigen im Ausnahmezustand

- 25)** 09.11.2021, TopogrTerrors, s.a. Nr. 10: Jüdisches Leben in Breslau vor und nach dem Holocaust. Begrüßung: Uwe Neumärker, Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Impulsvortrag: Jun.-Prof. Dr. Tim Buchen, Dresden.
Podiumsgespräch mit: Jun.-Prof. Dr. Tim Buchen, Tamara Włodarczyk, Breslau/Wrocław, und Prof. Dr. Dr. h.c. Norbert Conrads, Stuttgart
Moderation: Dr. Ingo Loose, Berlin
- 26)** 16.11.2021, TopogrTerrors, gemeinsam mit der Deutschen Verlags-Anstalt: Das Dritte Reich und seine Verschwörungstheorien. Wer sie in die Welt gesetzt hat und wem sie nutzen. Livestream.
Buchpräsentation und Gespräch mit Prof. Sir Richard J. Evans, Cambridge, und Prof. Dr. Michael Wildt, Berlin

B. b) Vorlesungsreihen, Podiumsdiskussionen, Seminare u.ä.

Seiten 516 – 592

- 01)** 26.10.2021, Institut für Geschichte und Archivwesen der Pädagogischen Universität in Krakau, Nationalarchiv in Krakau, Stadtarchiv Nürnberg, Archiv der Hauptstadt Prag (Archiv der Hauptstadt Prag) in Prag: Krakau – Nürnberg - Prag. Stadt und Handwerk in der vorindustriellen Zeit
- 02)** 28.10.2021, Deutsche Gesellschaft, YouTube-Kanal: Einladung zur Online-Tagung „Drei Jahrzehnte Aussiedler- und Minderheitenpolitik – Eine Erfolgsgeschichte im Fokus“ am 28. Oktober 2021 von 10:00 – 16:10 Uhr im Livestream (YouTube)
- 03)** 04.11. bis 05.11.2021, Museumsakademie Joanneum, St. Pölten, Austria: Potenziale der Postkarte. Methodische Fragen zum Ausstellen, Verzeichnen und Vermitteln
- 04)** 04.11. bis 06.11.2021, Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde und Institut für Kulturwissenschaft und Theaterwissenschaft an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, in Tübingen: Der montierte Fluss - Donaunarrative in Text, Film und Fotografie
- 05)** 04. bis 06.11.2021, Preußische Histor. Kommission, Berlin: Aspekte der Preußenforschung heute - Neue Perspektiven.
- 06)** 04.11. bis 05.11.2021, Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit; Forschungsstelle Weimarer Republik, Institut für Politikwissenschaft, Friedrich-Schiller- Universität Jena: Auf dem Weg zur liberalen Demokratie? Deutsches Kaiserreich, Nationalstaat und Europa
- 07)** 05.11.2021, Dr. John Gallagher (University of Leeds, UK) und Prof. Ulrike Krampfl (Université de Tours/CeTHiS, Frankreich), Online: Die mehrsprachige Stadt (ca. 125 bis ca. 1800)
- 08)** 05. Bis 06.11.2021, Akademie Herrnhut für politische und kulturelle Bildung e.V., Veranstaltungsort Gäste- und Tagungshaus Komenský: Die Sowjetisierung ländlicher Räume Ostdeutschlands in einem ostmittel- und osteuropäischen Kontext

- 09)** 06.11.2021, Veranstalter Prof. Dr. Eva-Maria Seng, Prof. Dr. Frank Göttmann, Dr. Maria Harnack, Universität Paderborn: 28. Jahrestagung zu "Fragen der Geschichte" zum Thema "Heimat – Ort und Identität"
- 10)** 08.11.2021 - 08.11.2021, Deutsches Historisches Institut Warschau: Der Todesmarsch von Palmnicken. Mikrogeschichtliche Annäherung an eine Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert und ihre Aufarbeitung - in transnationaler Perspektive
- 11)** 11.11. bis 13.11.2021, Institut für die Erforschung der Habsburgermonarchie und des Balkanraumes der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, digital: Was war die Habsburgermonarchie?
- 12)** 11. bis 14.11.2021, Collegium Carolinum in Kooperation mit dem Lehrstuhl Für Geschichte Ost- und Südosteuropas der Ludwig-Maximilians-Universität München: Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989
- 13)** 11. bis 14.11.2021, Collegium Carolinum, in Fischbachau: Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989
- 14)** 17.11. bis 19.11.2021, Professur für die Geschichte Osteuropas und Ostmitteleuropas an der HSU, Hamburg: Entdecken – Vermessen - Ordnen. Expeditionen im langen 19. Jahrhundert
- 15)** 18. – 20.11.2021, Hansischer Geschichtsverein, in Magdeburg: Hansetage und die Anfänge des „Parlamentarismus“ im späten Mittelalter, 18. bis 20. November 2021 in Magdeburg. 136. Jahrestagung des Hansischen Geschichtsvereins
- 16)** 18. bis 21. Nov. 2021, Herrnhut, University of Gothenburg, Johannes Gutenberg Universität Mainz, Herrnhuter Brüdergemeine (Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt, Ausrichter Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt: Die Herrnhuter Brüdergemeine als Impulsgeber für religiöse und kulturelle Innovation im 18. Jahrhundert
- 17)** 24.11.2021 - 26.11.2021, Ievgeniia Voloshchuk (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder), Kirsten Möller (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder), Ryszard Kupidura (Adam-Mickiewicz-Universität Poznań) (Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder), Adam-Mickiewicz-Universität Poznań): Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs „Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs“
- 18)** 26.11.2021, Geschichte und Zukunft e.V. und Konrad-Adenauer-Stiftung Veranstaltungsort Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35: Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen? Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955. Der Stellenwert völkischer Ideologien für Alliierte, deutsche Länder und die Bundesregierung

- 19)** 02.12.2021 - 03.12.2021, Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Veranstaltungsort Landesmuseum für Vorgeschichte 06114 Halle (Saale): Nachgeholte Historisierung? Der Braunkohlenbergbau als Herausforderung für Geschichtswissenschaft und -vermittlung
- 20)** 10.01.2022 - 14.01.2022, Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen (Prof. Dr. Beate Fieseler): Der Zerfall der Sowjetunion und das Ende der DDR als historische Zäsuren – unter besonderer Berücksichtigung neuer methodischer und quellenmäßiger Zugänge.
Nachwuchsworkshop der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen
- 21)** 13. bis 14.01.2022, Wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historiker Deutschlands: Zeit in der Landesgeschichte
- 22)** 19. – 20.01.2022, Deutsches Historisches Institut Paris, Veranstaltungsort Institut historique allemand: Strategien der Verhinderung. Der Zugang zu Archivalien in Frankreich und Deutschland im internationalen Vergleich
- 23)** 21. – 22.10.2021, Regionalgruppen der Jungen DGO in Bamberg-Erlangen und München, Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien an der LMU München (Magdalena Burger (Bamberg) und Matthias Melcher (München): Crossing Disciplinary Boundaries: Junge Perspektiven auf Interdisziplinarität in der Osteuropaforschung
- 24)** 22.03.2022 - 23.03.2022, Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut, Hamburg / Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa: „Der Osten im Westen“. Deutschsprachige Autoren aus dem östlichen Europa im Rundfunk nach 1945
- 25)** 31.03. bis 01.04.2022, Deutsches Historisches Institut Warschau: Das "Bibliomigratorische" im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg
- 26)** 06.04 – 08.04.2021, Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung München, Universität der Künste in Posen/Poznań, Deutsch-Polnische Gesellschaft München, Deutsches Polen-Institut in Darmstadt, Veranstaltungsort Zentralinstitut für Kunstgeschichte München: Un/Sichtbarkeit. Die polnische Kunst(geschichte) und Deutschland
- 27)** 08.04.2022 - 10.04.2022, Schwabenakademie Irsee / Zentralinstitut für Kunstgeschichte: Aspekte deutscher Gartenkunst der Frühen Neuzeit (ca. 1550 bis 1640)
- 28)** 11.05.2022 - 13.05.2022, Veranstalter Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf: "Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken
- 29)** 07.07. bis 09.07.2021, Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO), Universität Greifswald: IFZO-Konferenz „Ostsee im Austausch. Transformationen zwischen Konflikt und Kooperation“

- 30)** 21.09.2022 - 24.09.2022, Veranstalter Verband der deutschen Slavistik (Ruhr-Universität Bochum): Slavistiktag 2022
- 31)** 19.10.2022 - 22.10.2022, Jagellonen-Universität Krakau, Pädagogische Universität Krakau: War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923
- 32)** 17.11. bis 18.11.2021, Historische Kommission zu Berlin / Hiko 21: HiKo_21 – Nachwuchsforum zur Preußischen Geschichte – 2022

C. a) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland

Seiten 593 – 617

- 01)** 27.08. – 31.12.2021, Staatsbibliothek u.a.: Utopie Kulturforum. Transformation eines Stadtviertels. Eine gemeinsame ‚Wander‘-Ausstellung der St. Matthäus-Kirche, der Philharmonie, der Neuen Nationalgalerie, der Kunstbibliothek, des Kunstgewerbemuseums und der Staatsbibliothek zu Berlin
- 02)** 05.09. – 21.11.2021: Kommunale Galerie Wilmersdorf: Hiersein, Being Here, להיות כאן . Gruppenausstellung anlässlich des Festjahres 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland kuratiert von Birgit Szepanski
- 03)** 02. bis 28.11.2021, Ausstellung in der Rathausgalerie Charlottenburg: Ausstellung des VIZ: „Spuren jüdischen Lebens in der Magistratsbibliothek Charlottenburg 1808-1945“
- 04)** Programme der Museen von Berlin Tempelhof-Schöneberg
- 05)** 03.11.2021 bis 20.03.2022, Tempelhof-Museum: "Unser Leben" — Berlin als Zufluchtsstadt für jüdische Displaced Persons nach 1945. Sonderausstellung
- 06)** 10.11.2021, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner: Gerhart Hauptmann und Hiddensee. Eine Sonderführung mit Dorit Herden durch die Dauerausstellung des Gerhart-Hauptmann-Museums
- 07)** 21.03. bis 05.12.2021, Brandenburg-Preußen Museum, Wustrau: Ausstellung „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche...“, „[K]Ein Kinderspiel: Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung“

C. b) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin S. 618 - 622

- 01)** Westpreußischen Landesmuseum, Warendorf:
In Vorbereitung
- 02)** 30.10.2021, 15:00 Uhr, Museum für Fotografie, Görlitz: FINISSAGE der Ausstellung STREIFZÜGE / WĘDRÓWKI – Fotografien von Jacek Jaśko. Auf Streifzug – Gespräch mit dem Künstler
- 03)** 30.10.2021, 17:00 Uhr, Schlesisches Museum Görlitz: FINISSAGE der Ausstellung STREIFZÜGE / WĘDRÓWKI – Fotografien von Jacek Jaśko. Filmvorführung „Schlesiens Wilder Westen“, anschl. Publikumsgespräch mit der Filmemacherin Ute Badura und Jacek Jaśko

- 04)** 30.10.2021, 18:00 Uhr: Musikalisch-literarischen Museumsrundgang
“Ein einziger Augenblick – Schlesien in Dur und Moll“
- 05)** 05.11.2021, Schloss Johannisberg: Deutschland und Polen
– Wegbereiter für Europas Zukunft? 30 Jahre Deutsch-Polnischer
Nachbarschaftsvertrag
- 07)** Einblicke ins Depot des Sudetendeutschen Museums
- 08)** Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold

E. a) Neuerscheinungen auf dem Bücher- und Zeitschriftenmarkt

Seiten 624– 625

A. Besprechungen (Seite 624)

Wir lesen

B. Besprechungen in Arbeit (Seite 624)

- 01)** Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.
Rezensent: Prof. Dr. Grischa Vercamer, Berlin / Chemnitz

- 02)** Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020).
313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

- 03)** Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland.
(3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript (2021). 293 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00.
Rezensentin: Frau Dr. Maria Werthan, Langerwehe

- 04)** Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehrfarbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche).
Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten.
= Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (Seiten 624 – 626)

- 01) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 02) Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 03) Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). (Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.
- 04) Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann. Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90. PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 05) Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 06) Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makala. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 07) Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten. ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.
- 08) Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten). Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42. ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.

Seite XXI zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

- 09)** Christhardt Henschel (Hg.): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939 – 1945. (19 SW-Abbildungen im Text). (Osnabrück) fibre (2021). 416 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.42.
ISBN 978-3-944870-75-5. € 58,00.
- 10)** Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.).
Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten.
= Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.
- 11)** Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945. (Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten.
= Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17.
ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00.
ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 0,00.
- 12)** Reinhard Olt: Im Karpatenbogen. Ungarn und die Diaspora der Magyaren – Reportagen und Analysen. (mit mehrfarbigen Fotos). Budapest: Freunde von Ungarn Stiftung 2020. 232 Seiten. ISBN 978-615-81674-0-6. € 179,10.
- 13)** Matthias Barelkowski und Christoph Schutte (Hg.): Neuer Staat, neue Identität? Deutsch-polnisch-jüdische Biografien in Polen nach 1918. (5 Abb.).
(Osnabrück) fibre (2021). 347 Seiten.
= Polonica-Germanica. Schriften der Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e. V. 12. ISBN 978-3-944870-74-8. € 39,80.
- 14)** Jörn Pekrul: Die ehemalige Reichsstraße 1 – eine europäische Handelsroute. Gewidmet das West- und Ostpreußen und ihren Nachkommen. Eine Publikation der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern e. V. (mit zahlreichen mehrfarbigen Abbildungen). [Augsburg] 2021. 79 Seiten.
Sonderausgabe 2021 Preußen-Kurier. Heimatnachrichten für Ost- und Westpreußen in Bayern.

Briefe und Leserbriefe

Seiten 627 - 629

- 01)** Einbahnstraße Borstellstraße
Brief an das Straßenverkehrsamt von Berlin Steglitz-Zehlendorf

- Antwort weiterhin Fehlanzeige! –

Seite XXII zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

Impressum	Seite 630
Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz	Seite 630
Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“	Seite 631
2 Karten zur Geschichte Westpreußens	Seite 632
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten	Seite 633
Freie Stadt Danzig: Wappen, Karte des Territoriums	Seite 634
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920	Seite 635

**Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 802 vom 28.10.2021:
27.10.2021, 12:00 Uhr**

**Der nächste Rundbrief Nr. 803 erscheint voraussichtlich in zwei
Wochen, am 11.11.2021.
Redaktionsschluss für AWR-803: 09.11.2021, 12:00 Uhr**

Kalender 2022 mit zwölf Westpreußen-Motiven

Bitte umgehend bestellen!

MIT ZWÖLF WESTPREUSSEN-MOTIVEN DURCH DAS JAHR 2022



Der neue WESTPREUSSEN-KALENDER 2022 präsentiert die Vielfalt des unteren Weichsellandes:

- 13 zweiseitig bedruckte Blätter mit Spiralbindung und Aufhänger, davon
- 12 Kalenderblätter mit großformatigen Ansichten von Baudenkmalern und Naturschönheiten, die den Betrachter stimmungsvoll durch das Jahr begleiten,
- zu jedem Foto auf der Rückseite eine Erläuterung.

Der Kalender ist vorzüglich als Geschenk für Freunde und Partner – auch in Polen – geeignet: Die Monatsnamen und Kommentare erscheinen zweisprachig.



Im **Format DIN A4** kostet der Westpreußen-Kalender nach einer geringfügigen Preiserhöhung ab diesem Jahr **€ 11,80**, im **Format DIN A3** kostet er weiterhin **€ 19,80**. Die Preise verstehen sich jeweils inkl. MwSt., Porto und Verpackung.

Bestellungen erbitten wir

per Telefon: 02506/3057-50

per E-Mail: info@westpreussische-gesellschaft.de

per Post: Westpreußische Gesellschaft
Mühlendamm 1, 48167 Münster-Wolbeck

oder über das Internet-Formular:
der-westpreusse.de/kalender2022

Auslieferung
ab
10. Oktober



Diejenigen, die den Westpreußen-Kalender 2021 als Leser des Westpreußen erhalten und bezahlt haben, brauchen **nicht zu bestellen**, weil wir ihnen wieder ein Exemplar im DIN A4-Format **automatisch zusenden**. – Wenn Sie diesmal allerdings **keine Lieferung** wünschen oder **statt des DIN A4- lieber einen DIN A3-Kalender** erhalten wollen, bitten wir Sie, uns von Ihrer **Um- oder Abbestellung umgehend, spätestens bis zum 30. September**, in Kenntnis zu setzen.

Bei Bestellung einer größeren Anzahl von Exemplaren gewähren wir auf beide Formate **Preisnachlässe** von 10 % (ab 5 Stück) bzw. bei größeren Mengen nach Absprache.



WESTPREUSSISCHE
GESELLSCHAFT

Der Westpreuße

Prüfungsausschuss mit einer
unabhängigen Wahlkommission



Kein „Editorial“, aber:

Liebe Leser, Sie erwarten an dieser Stelle das „Editorial“! Wir verzichten in dieser Ausgabe darauf, denn der im Folgenden geschilderte Vorgang ist nicht nur seltsam, er ist skandalös, er könnte unsere heimatpolitische Arbeit für Westpreußen über Jahre, wenn nicht für Jahrzehnte bestimmen. Darüber hinaus stellt er Fragen, die unser demokratisches Selbstverständnis in der BR Deutschland betreffen!

Der Herausgeber des AGOMWBW-Rundbriefes

Westpreußisches Landesmuseum - die Würfel sind gefallen...???

Am 24. August 2021 bestimmte die Kulturstiftung Westpreußen (KSW) den Nachfolger für den langjährigen Leiter des Westpreußischen Landesmuseums – Dr. Lothar Hyss. Abgesehen davon, daß die KSW es leider nicht für nötig befunden hat, Lothar Hyss in einer würdigen Form zu verabschieden, hat sie sich in einem intransparenten und durchaus anfechtbaren Verfahren für eine Bewerberin entschieden, die diverse Anforderungen der vorausgegangenen Ausschreibung nicht erfüllt.

PD Dr. Gisela Parak, die neue Leiterin des Westpreußischen Landesmuseums werden soll, hat Kultur- und Kunstgeschichte studiert. Da ihr Forschungsschwerpunkt in der Fotogeschichte liegt, wird sie im Bereich der westpreußischen Kultur- und Landesgeschichte wohl Neuland betreten. Sie wird es wahrscheinlich – trotz ihrer in anderen Fachgebieten ausgewiesenen Kompetenz - schwer haben, die Erwartungen zu erfüllen, die ein Landesmuseum, das eine bedeutende historische ostdeutsche Provinz repräsentiert, an seine Leitung stellt, zumal in diesem Fall die sprachliche Kompetenz fehlt, die eine in die Zukunft gerichtete und weiter führende Kooperation mit polnischen Museen an der unteren Weichsel ermöglicht.

Von einer Intransparenz des Auswahlverfahrens läßt sich insofern sprechen, weil der Stiftungsrat, dem nach § 7, Abs. 2 f die Einstellung und Entlassung des Museumsleiters obliegt, in der Auswahlkommission Personen beteiligte, die dem Rat nicht angehören. Ein derartiges Verfahren sieht die geltende Satzung nicht vor. Nur wenige Personen haben sich für die Leitung des Westpreußischen Landesmuseums beworben. Nach welchen Kriterien der Stiftungsrat dann aus den vorliegenden Bewerbungen die Kandidaten zur Vorstellung einlud bzw. nicht einlud, bleibt unerfindlich. Ein Bewerber konnte sich bei dem Vorstellungsgespräch des Eindrucks nicht erwehren, als sei die Auswahl unter den Bewerbern bereits im Voraus getroffen worden. Und eine andere höchst kompetente, aber nicht zur Vorstellung gebetene Kandidatin schrieb dem Verfasser u. a., sie habe bis dato (28.09.2021) keine Rückmeldung von dem Vorsitzenden der Auswahlkommission erhalten, daß ihre Bewerbung unberücksichtigt geblieben sei. Zudem führte sie aus, es hätte die Auswahlkommission *nur einige Online-Gespräche gekostet, damit alle Bewerber/Innen den Eindruck hätten, seriös behandelt zu werden*. Resignierend stelle sich ihr die Frage, *ob [es] sich denn wirklich lohnen wird, weiter den Kopf mit unseriösen Menschen [gemeint ist die Auswahlkommission] zu belasten?* Für sie sei es jedoch eine große Genugtuung, gemeinsam mit weiteren Mitgliedern der Kulturgemeinschaft „Borussia“ in Allenstein (1990 gegründet; die „Borussia“ dokumentiert u. a. die vollständige und unverfälschte lokale Geschichte, zu der die Schicksale von Polen und Deutschen, Juden und Litauern, Ukrainern und Weißrussen sowie aller weiteren ethnischen Gruppen und Individuen gehören, die im Laufe der Jahrhunderte einvernehmlich und mitunter auch in tragische Konflikte verwickelt in Ostpreußen gelebt haben) am 7.

Oktober den Hauptpreis des Georg-Dehio-Kulturpreises 2021 im Deutschen Kulturforum östliches Europa in Potsdam zu empfangen. Hervorzuheben ist die Begründung der siebenköpfigen Jury: Sie sprach den Hauptpreis der Kulturgemeinschaft Borussia zu für ihr über drei Jahrzehnte währendes Engagement der Bewahrung und Vermittlung des kulturellen Erbes in der Woiwodschaft Ermland-Masuren.

Für den Fall, daß der Einstellungsvertrag mit der neuen Museumsleitung noch nicht unterschrieben wurde, bleibt die Hoffnung, die Verantwortlichen in der KSW werden sich zu einer Wiederholung der Ausschreibung entschließen.

Dr. Jürgen Martens, Königswinter

Liebe Leser,

leider ist Herr Dr. Martens auf dem Rückweg von der Tagung des Forum Gedanum in Lübeck unterwegs verunglückt. Er muss sich erst einmal wegen eines Oberschenkelhalsbruchs in ärztliche Behandlung begeben.

Wir wünschen ihm gute Genesung. Auf dass wir bald wieder mit ihm rechnen können! Denn der Vorgang „Westpreußisches Landesmuseum/Außenstelle Krockow“ schreitet weiterhin zum Himmel.

Reinhard M. W. Hanke

01) Katar nimmt afghanische Flüchtlinge auf, aber nur im Transit

22. 10. 2021



Bildquelle: FDS

Von den 60.000 Afghanen, die seit dem 15. August durch das Hoheitsgebiet von Katar gereist sind, hat nur eine sehr geringe Zahl das Aufenthaltsrecht erhalten.

Katar, eines der Länder mit dem höchsten Pro-Kopf-BIP der Welt, kommuniziert ausgiebig über seine Arbeit zugunsten afghanischer Flüchtlinge. Es wird jedoch vergessen zu erwähnen, dass der für sie reservierte VIP-Empfang nur von kurzer Dauer ist, bevor sie in andere Länder weitergeschickt werden.

Lorbeeren ohne langfristiges Engagement. Katar, ein Meister der Kommunikation, wenn es darum geht, über sich selbst zu sprechen, hat ein Aufnahmezentrum für afghanische Flüchtlinge geschaffen.



Bildquelle: FDS

„In Katar sollten die Park View Villas, eine neu errichtete Wohnanlage am Stadtrand von Doha, während der Fußballweltmeisterschaft 2022 eröffnet werden. Doch der Einmarsch der Taliban in Kabul Mitte August beschleunigte die Inbetriebnahme. Anstatt von Fußballfans oder FIFA-Mitarbeitern eröffnet zu werden, wenn im November nächsten Jahres die Weltmeisterschaft beginnt, wurde der Platz Ende August von afghanischen Flüchtlingen eingeweiht. Die Residenz ist einer von mehreren Orten im Emirat, die beschlagnahmt wurden, um Menschen unterzubringen, die mit Flugzeugen von Qatar Airways, der einzigen Fluggesellschaft, die Afghanistan anfliegt, aus Kabul und seinen neuen islamistischen Herrschern geflohen sind. Tausende von Evakuierten wurden in den letzten Wochen dort durchgeschleust, und fast 400 Menschen leben jetzt dort, während sie auf ein Visum warten, das ihnen die Umsiedlung in ein Drittland, in die Vereinigten Staaten, nach Deutschland oder anderswo ermöglicht“, berichtet [Le Monde](#) enthusiastisch.

Ein luxuriöses Empfangszentrum ist daher ein Geschenk des Himmels, um das Land bekannt zu machen. Ein Ansatz, der die französische Tageszeitung hingegen nicht täuscht: „Es ist eine gute humanitäre Tat des Emirats. Katar spielt wie üblich die Rolle des wohlthätigen Vermittlers und sorgt dafür, dass seine Gäste nicht im Land Fuß fassen. Von den 60.000 Afghanen, die seit dem 15. August das Land durchquert haben, wurde nur einer sehr geringen Zahl das Aufenthaltsrecht gewährt.“

Seit Beginn der Krise hat das kleine Emirat die Rolle des Vermittlers gegenüber den Taliban übernommen. Sowohl gegenüber den westlichen Mächten als auch gegenüber den internationalen Medien, die alle Berichte über die neuen Machthaber des Landes veröffentlicht haben. Ein Jahr vor der Fußballweltmeisterschaft und zu einer Zeit, in der die Gefahr besteht, dass das Land und seine Behandlung von Wanderarbeitnehmern stark kritisiert werden, ist dies ein willkommener PR-Faktor.

Quelle: www.rse-magazine.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Die Autokrise – eine Systemkrise

Von REDAKTION

26. 10. 2021



Als unmittelbare Folge des weltweiten Chipmangels, unsere [Redaktion berichtete](#), steckt die Autoindustrie weltweit in einer Krise. Derzeit gibt es nur Schätzungen über den [Umsatzverlust](#) der Autokonzerne. Diese betragen weltweit bis zu 10 Millionen Fahrzeuge, oder einem Umsatzverlust bis zu 200 Milliarden Dollar.

Allerdings wäre es viel zu einfach, wenn man dieses Desaster ausschließlich auf den, während und nach der sog. „Corona Pandemie“ plötzlich auftretenden Chipmangels zurückführen würde. Die Ursachen für den Chipmangel könnten in der Energiekrise in China liegen, die durch einen allgemeinen Kohlemangel ausgelöst wurde (!!!), jedoch ist dies eigentlich unerheblich. Der wahre Grund für dieses Dilemma liegt in der Änderung der Unternehmensphilosophie in den letzten 3 bis 40 Jahren:

„Second Source“ und Lagerhaltung haben ausgedient

In der Elektronikindustrie gab es in früheren Zeiten das Prinzip der „Second Source“, also eines zweiten Anbieters für jede Schlüsselkomponente. Zusätzlich war noch Lagerhaltung selbstverständlich. Die Manager wussten damals, dass ein Lieferant aus irgendwelchen, nicht vorhersehbaren Gründen plötzlich nicht lieferfähig sein konnte. Dieses Prinzip der Lagerhaltung wurde zugunsten der verrückten „Just-in-Time“ Produktion aufgegeben. Vorräte gibt es seither nur mehr für wenige Stunden oder Tage. Der Grund für diese Dummheit lag in der mörderischen Konkurrenz, die wieder durch den Fall der Zollschränken

ausgelöst wurde. Alles, was in der Vergangenheit durch diese unsinnige „Just-in-Time“ Produktion gewonnen wurde, ist jetzt mit einem Schlag verloren. In Wahrheit übertreffen die jetzigen Verluste, die Gewinne in der Vergangenheit bei Weitem.

Allerdings ist dies nicht die einzige Torheit, unter der speziell die Autoindustrie seit einiger Zeit leidet:

Autos nur mehr Computer auf Räder

Man gewinnt als Kunde mehr und mehr den Eindruck, dass die Fahrzeuge an den Kundenwünschen vorbeientwickelt werden. Ein modernes Mittelklassefahrzeug ist nur noch ein Computer auf Rädern. Sicher gibt es Dinge, die man heutzutage benötigt, wie z.B. eine Motorsteuerung zur Minimalisierung des Verbrauchs und der Abgase, oder beispielsweise ein Navigationsgerät, auch die Rückfahrkamera ist sehr komfortabel. Trotzdem hat man den Eindruck, dass die Zielsetzungen der Entwicklungsabteilungen sich mehr und mehr an abstrakten Paradigmen wie „Digitalisierung“ oder „autonomes Fahren“ orientieren. Wo sind die Kunden, die nach noch mehr „Digitalisierung“ im PKW rufen? Da gibt es viele „Fachzeitschriften“, die von der Autoindustrie gesponsert werden, die jeden neuen Firlefnanz bejubeln. Vielfach wird die „Digitalisierung“ zur totalen Überwachung des Autofahrers führen, doch wer will das schon?

Naturgemäß leidet unter dieser Flut von Funktionalität die Produktqualität jener Dinge, die wirklich wichtig sind. Der Autor ist unglücklicher Besitzer eines nagelneuen Tourans von Volkswagen. Dieser Wagen strotzt nur so von Firlefnanzen. Bloß die Navigation ist praktisch unbedienbar! Auch der Verkäufer resignierte mit dem Verweis auf ein „Update“, das vielleicht Besserung bringen könnte. Medienberichten zur Folge, sind Unfälle verursacht durch die Bedienung des Navigationsgerätes bereits genauso häufig, wie durch die Benutzung des Mobiltelefons!

Den Entwicklern sei gesagt, dass jede nicht selbsterklärende Funktionalität, sinnlos ist. Denn wer hat schon die Zeit sich mit seinem Fahrzeug endlos zu beschäftigen? Dies trifft vielleicht für irgendwelche Greta-Jünger zu, die sonst keine Beschäftigung haben, nicht aber auf Menschen, die sich einen Mittelklassewagen erst einmal verdienen müssen!

Jedoch ist die oft lästige Flut an teils undurchschaubarer Funktionalität auch nur ein untergeordnetes Problem. Der wirkliche Hammer ist die von der Politik erzwungene Mobilitätswende hin zum Elektroauto! Dies zeigt, dass die Autokonzerne nur mehr Teil eines plansozialistischen Systems, einer Art „Realer Sozialismus 2.0“ sind. Die Politik maßt sich an zu entscheiden, wie ein Auto gebaut wird, vorbei an Kundenwünschen und Notwendigkeiten!

Autokonzerne von Politik und Aktienfonds gesteuert

Man könnte sich an dieser Stelle fragen, ob die Manager der Autokonzerne vollkommen durchgeknallt sind, doch so einfach ist es nicht. Die Autokonzerne werden heutzutage nicht nur von der Politik, sondern auch von einer Gruppe von Aktienfonds dirigiert, die unter dem Namen „[Climate Action 100+](#)“ firmieren. Diese Aktienfonds haben sich nach eigener Darstellung zum Ziel gesetzt „die klimawandelbedingten Risiken für ihre Investitionen zu vermindern und einen nachhaltigen Gewinn aus den Investments für ihre Mitglieder zu sichern“. Dieser Club repräsentiert derzeit etwa 545 Fonds (vor allem Pensionsfonds, darunter z.B. Erste Asset Management GmbH, Generali Group, Pensionskasse Caritas, Sparinvest, Stiftung Abendrot, Allianz SE) und anderen Unternehmen, die insgesamt 52

Billionen (52 000 Milliarden) Dollar an Vermögen verwalten. Offenbar ist es nach 30 Jahren Propaganda gelungen den verantwortlichen Fondsmanagern einzureden, dass ihre Investments langfristig durch den behaupteten menschengemachten Klimawandel gefährdet seien. Bei dieser Überzeugungsarbeit haben sicher die üblichen Verdächtigen mit geholfen (Soros, Rockefeller, etc.). Hinter der geheuchelten Sorge um den Planeten dürften eher die erwarteten gigantischen Gewinne durch die „Energiewende“ stecken!

Unternehmen aus „Sorge“ um Planeten von Soros und Konsorten unter Druck gesetzt

Diese Initiative hat nun weltweit mehr als 100 Unternehmen (darunter z.B. auch die OMV, aber natürlich auch die deutsche Autoindustrie) ausgemacht, die für die weltweiten CO2 Emissionen hauptverantwortlich seien. Diese Unternehmen werden jetzt systematisch unter Druck gesetzt:

Es wird überprüft inwieweit das Ziel einer CO2-Reduktion aller Aktivitäten bzw. Produkten dieser Unternehmen in den Unternehmenszielen des betreffenden Unternehmens verankert ist und inwieweit diese Ziele auch umgesetzt werden. Kommt das betreffende Unternehmen diesen Zielsetzungen nicht nach, droht ein Verkauf der Aktien des betreffenden Unternehmens und somit ein Kurssturz an der Börse. Dies kann zu existenziellen Problemen für das betreffende Unternehmen führen, insbesondere dann, wenn das Unternehmen frisches Geld von der Börse benötigt. Wie das praktisch passiert kann man nachlesen, beispielsweise [hier](#). (z.B.:).

Dass dabei buchstäblich Geld der Anteilseigner der agierenden Fondsgesellschaften vernichtet werden würde, interessiert scheinbar nicht. Ebenso interessiert diese Fondsmanager nicht, dass die erpressten Unternehmen durch die aufoktroierte Firmenpolitik in den Bankrott getrieben werden könnten. Dann sind die Aktien des betroffenen Unternehmens auch wertlos.

„Mobilitätswende“ führt zu gigantischen Fehlinvestitionen

Die „Mobilitätswende“ führt jetzt zu einer gigantisch Fehlallokation von Ressourcen. Alleine Volkswagen will bis zu 60 Milliarden Euro in die [Mobilitätswende investieren](#) , ungeachtet der bis dato ungelösten Probleme mit der Akkuerzeugung und der Rezyklierung und Entsorgung derselben. Man würde ja noch verstehen, wenn man mit dem an den Konsumenten vorbeigeplanten Unsinn klein anfangen würde, aber Volkswagen will bis 2029 75 rein batteriegetriebene Elektromodelle (insgesamt 26 Millionen Fahrzeuge) und 60 Hybridmodelle (6 Millionen Fahrzeuge) auf den Markt bringen! Das ist Wahnsinn mit Methode und so etwas passiert eben nur in einem ideologiegetriebenen sozialistischen System!

Wären die Manager von Volkswagen vernünftige Menschen, die primär das Wohl ihres Unternehmens und seiner Kunden im Auge haben, so müsste spätestens jetzt angesichts der aktuellen Chipkrise mit dem Verlust von Millionen Fahrzeugen und Milliarden Umsatz das Steuer herumgerissen werden und eventuell gemeinsam mit anderen europäischen Autokonzernen z.B. in Zusammenarbeit mit „Infineon“ eine Halbleiterproduktion für die Chips für die europäischen Autohersteller aus dem Boden gestampft werden. Dieses Unternehmen könnte dann noch von der EU unterstützt werden, wobei sich dieser Verein endlich für irgendetwas nützlich machen könnte!

Von so einer Idee kann man aber nirgends etwas hören. Zugegeben, es würde viele Jahre dauern, bis man so ein Unternehmen auf Schiene bringt. Macht man es jedoch nicht, kann es sein, dass man 2030 nur mehr Saugdiesel für Nigeria und Brasilien fertigen kann.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) „Ein echtes Biest“: US-Medien nennen russische Drohne „ein großes Problem für die Nato“

25. 10. 2021



Sukhoi Okhotnik-8 .

Foto: Geektrooper2 / Wikimedia, CC BY-SA 4.0

Wird Russlands neue S-70-Drohne der sechsten Generation „ein großes Problem für die NATO“ sein? Diese Frage stellt ein ehemaliger US-Soldat, der glaubt, dass das neue Flugzeug „ein echtes Biest“ werden könnte.

Die Drohne S-70 Okhotnik (russisch „Fighter“) der russischen Luft- und Raumfahrtkräfte wird nach ihrer Indienststellung eine der modernsten Kampfdrohnen sein, schreibt ein ehemaliger US-Militäroffizier in einem Artikel für *19fortyfive*.

„Wenn die Tests erfolgreich verlaufen und sich alle Leistungsangaben für die Drohne als wahr herausstellen, wird der Fighter ein echtes Biest“, sagt er. Er lobt die russischen Ingenieure für ihre Bemühungen, die Systeme der Drohne mit dem Sukhoi Su-57-Kampfflugzeug der fünften Generation zu verbinden, und nennt das Konzept „faszinierend“. Der ehemalige Militäroffizier glaubt auch, dass diese Innovation neue Horizonte im Luftkampf eröffnen wird und zu einem „großen Problem für die NATO“ werden könnte. ► [Tweet](#)

Ударный БПЛА тяжелого класса С-70 «Охотник», разработкой которого занимаются специалисты ОКБ «Сухого», будет превосходить западные аналоги. Он получит широкий функционал и большой боевой радиус. Беспилотник также сможет работать в связке с истребителем пятого поколения Су-57.

[9:56 vorm. · 4. Aug. 2021 · Twitter for Android](#)

https://twitter.com/xpuctaluk/status/1422828815261315073?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1422828815261315073%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2Fein-echtes-biest-us-medien-nennen-russische-drohne-ein-grosses-problem-fuer-die-nato%2F

Vollständiger Artikel: [Fr.Sputniknews.com](https://fr.sputniknews.com)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) USA: Donald Trump startet neues soziales Netzwerk, um „abweichenden Stimmen“ eine Stimme zu geben

25. 10. 2021



Trump · Quelle : france24.com

Kein politischer Sieg ohne medialen Sieg: Diese Erkenntnis hat den ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump dazu bewogen, sein eigenes soziales Netzwerk zu gründen, um „abweichenden Stimmen“ ein Medium der Freiheit zu bieten.

Donald Trump kündigt den Start eines neuen sozialen Netzwerks an

Wird der 20. Oktober 2021 einen Wendepunkt in der Geschichte der sozialen Netzwerke markieren? Damals kündigte der ehemalige US-Präsident Donald Trump in einer Erklärung an, dass er sein eigenes soziales Netzwerk mit dem Namen „TRUTH Social“ ins Leben rufen werde. Diese neue Plattform wird zur Trump Media & Technology Group (TMTG) gehören, einem neuen Unternehmen, das sich zum Ziel gesetzt hat, „ein Rivale des liberalen Medienkonsortiums zu werden und sich gegen die ‚Big Tech‘-Unternehmen des Silicon Valley zu wehren, die ihre einseitige Macht dazu genutzt haben, abweichende Stimmen in Amerika zum Schweigen zu bringen.“

Zu den abweichenden Stimmen gehört auch Donald Trump selbst, der im Januar 2021 nach den Ereignissen auf dem Capitol Hill in Washington von Twitter, Facebook und YouTube verbannt wurde, nachdem der ehemalige Präsident beschuldigt wurde, seine Anhänger über diese Plattformen zur Gewalt aufzustacheln.

Donald Trump ging so weit, die Zensurmaßnahmen gegen ihn mit der Großzügigkeit zu vergleichen, die andere Zielgruppen in denselben sozialen Netzwerken genießen: „Wir leben in einer Welt, in der die Taliban eine riesige Präsenz auf Twitter haben, während der

amerikanische Präsident zum Schweigen gebracht wurde. Das ist inakzeptabel. Vor seinem Ausschluss hatte der ehemalige US-Präsident 35 Millionen Follower auf Facebook, 24 Millionen auf Instagram und 89 Millionen auf Twitter.

TRUTH social, Anfang 2022 für die Öffentlichkeit zugänglich?

Was den Zeitplan für die Einführung dieses neuen Tools angeht, so soll TRUTH Social ab November nächsten Jahres in einer Beta-Version auf Einladung zugänglich sein, bevor es im ersten Quartal 2022 allgemein eingeführt wird. Darüber hinaus kann die Anwendung bereits im App Store vorbestellt werden.

In der Mitteilung heißt es weiter, dass die Trump Media & Technology Group auch einen Video-on-Demand-Dienst, Unterhaltungsprogramme und „nicht wache“ Podcasts anbieten wird.

„TMTG wurde mit der Mission gegründet, jedem eine Stimme zu geben“, fügte Donald Trump hinzu, der sagt, er freue sich, „bald damit zu beginnen, seine Gedanken über TRUTH Social zu teilen und sich gegen Big Tech zu wehren. Jeder fragt mich, warum sich niemand gegen die Tech-Giganten wehrt? Nun, das werden wir bald!“

Andererseits gab die TMTG-Gruppe bekannt, dass sie durch eine Fusion mit der Digital World Acquisition Corp. entstanden ist und an der Börse notiert werden kann, wobei die Zustimmung der Aufsichtsbehörden und der Aktionäre noch aussteht. Die neue Gruppe von Donald Trump würde also mit 875 Millionen Dollar bewertet werden.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) „Flottenverbrauch“ macht's möglich: Dank E-Autos dürfen große Verbrenner weiter produziert werden

24. 10. 2021



BMW 6-Zylinder-Reihenmotor, 2996 ccm, 258 PS | Foto: [creativcommons/\(CC BY-NC 2.0\)](#)

Von PETER HAISENKO | Unauffällig sind in diesem Jahr Verschärfungen der CO₂-Normen für Pkw in Kraft getreten. Es geht um den "Flottenverbrauch" und das erklärt, warum die Autoindustrie ihre E-Autos so offensiv anpreist. Ohne die müsste die Produktion großer Verbrenner eingestellt werden. Seit geraumer Zeit werden Gesetze erlassen, die erst viel später ihre Wirkung entfalten. In Deutschland selbst und auf EU-Ebene. Das hat Methode. Weil diese Gesetze keine sofortige Wirkung haben, entstehen auch keine zeitnahen Proteste. Wird schon gut gehen, denken sich die meisten. Warum gegen etwas protestieren, was noch gar nicht aktuell ist. Selbst die Fachmedien klären nicht auf, was da auf die Bürger zukommen wird. Wenn es dann in Kraft tritt, ist es zu spät. Das Gesetz oder die Verordnung war ja durch die Parlamente bestätigt worden und kann jetzt nicht mehr zurückgenommen werden. Natürlich könnte es das, aber diejenigen, die es abgenickt haben, wollen das gar nicht.

Erinnern wir uns dazu an das faule Ei, das uns Merkel schon 1994 ins Nest gelegt hatte, als sie Umweltministerin war: Der NO_x-Grenzwert von 40 Mikrogramm/Kubikmeter, der erst mehr als zehn Jahre später zu Fahrverboten für Diesel-Pkw geführt hat. Ähnlich sieht es eben mit den Verbrauchswerten für Pkw aus. Das beginnt mit einem Etikettenschwindel. Es wird vom CO₂-Ausstoß gesprochen. Damit kann Otto Normalverbraucher wenig anfangen. Der CO₂-Ausstoß ist nämlich nichts anderes als eine andere Bezeichnung für den maximal erlaubten Verbrauch pro 100 Kilometer. Mit diesem Wert ist der Autofahrer vertraut und er würde schnell erkennen, dass die hierzu vorgeschriebenen Grenzwerte nicht nur illusorisch sind, sondern einfach nicht mit der Physik vereinbar. Jedenfalls für große Luxusmodelle oder auch die geschmähten SUVs. Aber man hat ein Schlupfloch gelassen: Den Flottenverbrauch.

Die Flottenbilanz ist ein Riesenschwindel

Flottenverbrauch heißt, dass der durchschnittliche Verbrauch für alle Pkw eines Herstellerkonzerns für die Einhaltung der Grenzwerte hergenommen werden darf. Will man also weiterhin Luxuskarossen bauen und verkaufen, muss man gleichzeitig andere Modelle produzieren, die die Grenzwerte deutlich unterbieten. Und nein, nicht nur anbieten, man muss sie auch verkaufen. So kann der Flottenverbrauch auf das geforderte Niveau gebracht werden. Mit der Verteufelung des Diesels ist das noch schwieriger geworden. Also was tun? Vor allem deswegen, weil eben mit dem Jahr 2021 die Grenzwertberechnung nochmals verschärft worden ist, was aber auch bereits vor Jahren so beschlossen worden ist. Was hat sich jetzt geändert?

Bis 2020 inklusive mussten nur 95% der Flotten die Grenzwerte einhalten, jetzt sind es 100%. Das heißt, bislang konnten die Hersteller fünf Prozent ihrer Flotte einfach aus dem Flottenverbrauch herauslassen, also die größten Spritfresser. Das geht seit diesem Jahr nicht mehr, aber es geht weiter. Bis letztes Jahr durften Pkw mit dem Faktor zwei eingerechnet werden, deren CO₂-Emissionen weniger als 50 g/km betrug. 2021 ist der Faktor nur noch 1,67, nächstes Jahr 1,33 und danach nur noch eins. Kann ein Hersteller diese Grenzwerte nicht einhalten, muss er Strafe zahlen. Für jedes einzelne Gramm, das die gesamte Flotte mehr verbraucht, sind 95 € fällig. Und zwar für jedes einzelne Auto, das der Konzern verkauft. Wieder einmal wird der Verbraucher die Zeche bezahlen und die ist nicht gering. Umgerechnet heißt das, dass jeder einzelne Pkw um 950 € teurer wird, wenn der Flottenverbrauch nur zehn Gramm über dem Grenzwert liegt. Also was tun? Da kommen die E-Autos gerade recht. Obwohl mittlerweile errechnet worden ist, dass E-Autos Laufleistungen von mehr als 100.000 Kilometern erreichen müssen, um in der CO₂-Bilanz besser als ein Diesel dazustehen, werden sie für die Flottenbilanz mit Null-Emissionen eingerechnet. Dass das ein Riesenschwindel ist, muss nicht erläutert werden. Was geschieht, wenn Lithium und Kobalt verbraucht sind?

Kronen Zeitung NACHRICHTEN BUNDESLÄNDER SPORT ADABEI DIGITAL FREIZEIT MOTOS
23.10.2021 14:23 | MOTOR

10,36 LITER HUBRAUM

General Motors bringt V8-Motor mit über 1000 PS!



(Bild: General Motors)

Der Punkt ist aber, dass alle Fachleute wissen, dass dieser Schwindel unumgänglich ist, wenn die Pkw-Hersteller auch nur in die Nähe der irrsinnigen Grenzwerte kommen wollen. Wundert sich angesichts dessen noch irgendjemand, dass die Autoindustrie derart offensiv ihre Elektromodelle anpreist? Obwohl sie wissen, dass es ein Schwindel ist? Wollten sie die Grenzwerte ohne E-Mobile einhalten, müssten sie die Produktion der großen Spritfresser einstellen. Mercedes ohne S-Klasse? Oder sogar ohne E-Klasse? Da können die ihren Laden gleich schließen. Die Einhaltung der verschärften Grenzwerte würde bedeuten, dass ab sofort nur noch Autos in der Größe und mit der Leistung eines "Smart" produziert werden können. Apropos Smart: Der wird nur noch als E-Modell verkauft und gehört nominal zu Mercedes. Wir wissen jetzt, warum das so ist.

Der Schwindel ist damit aber nicht zu Ende. Tesla. Warum macht Tesla gerade Gewinn? Tesla darf Emissionsrechte an andere Pkw-Hersteller verkaufen, die diese wiederum in ihre Flottenbilanz einrechnen dürfen. Auf diese Weise hat Tesla im vergangenen Jahr mehr als eine halbe Milliarde eingenommen. Man könnte also sagen, auch die Flottengrenzwerte sind globalisiert worden und Tesla lebt davon. Nicht zu vergessen, wie tief in die Taschen der Steuerzahler gegriffen wird, mit den irrsinnigen Subventionen für E-Mobile. Auch für den Verkauf von Tesla-Mobilen.

Alle Hersteller von E-Autos wissen, dass sie mit Materialien arbeiten müssen, die nicht nur sehr begrenzt sind, sondern deren Förderung auch die Umwelt zerstört und unter unmenschlichen Bedingungen stattfindet. Sie wissen also, dass ihre Agenda nicht nachhaltig sein kann und nur der untaugliche Versuch ist, mit irrsinnigen Vorgaben der Politik vorübergehend zurechtzukommen. Das kennzeichnet die Politik weltweit. Es werden Vorschriften erlassen mit Langzeitwirkung, mit verzögertem Wirkungseintritt, ohne einzurechnen, wie das in einigen Jahren weiter gehen soll. Dann nämlich, wenn Lithium und Cobalt verbraucht sind. Wiederverwertung? Darüber denkt noch niemand ernsthaft nach. Ist aber auch schwierig, die kunstvoll verschmolzenen seltenen Erden wieder auseinanderzukriegen.

Dank der Energiewende fehlt der Strom für Millionen von E-Autos

Ich will noch ein Beispiel anführen, welchen Schaden irrsinnige Vorgaben anrichten. Vor Los Angeles liegen Hunderte Frachtschiffe auf Reede, die nicht entladen werden können. Das wird Corona zugeschoben, aber das ist nicht wahr. Kalifornien hat mit Wirkung dieses Jahres ein Gesetz in Kraft gesetzt, das die Einfahrt in LA für Lkw verbietet, die nicht die neuen Abgasvorschriften erfüllen können. Das gilt für die Mehrzahl der amerikanischen Lkw. So fehlt es in Kalifornien weder an Hafenspersonal noch an Entladekapazitäten. Es sind schlicht keine Lkw vor Ort, die die entladenen Güter abtransportieren könnten. Geht uns nichts an? Wieder falsch. Die Schiffe, die vor Kalifornien vor sich hin dümpeln müssen, fehlen dem weltweiten Transportnetz. Weil aber auch dieses "auf Kante genäht" ist, wirkt sich die Zwangspause im Pazifik vor Kalifornien auf die gesamte Logistikbranche weltweit aus. Die Lieferketten funktionieren nicht mehr, weil bescheuerte Politiker im Hollywoodstaat ihrer verbohrten Ideologie freien Lauf lassen.

Nicht unerwähnt will ich lassen, dass gerade in Deutschland der E-Auto-Irrsinn besonders prekär werden wird. Mit abgeschalteten Kern- und Kohlekraftwerken ist es vollkommen unmöglich, den Strom für Millionen E-Autos zur Verfügung zu stellen. Ganz abgesehen davon, dass die Elektroinfrastruktur das sowieso nicht leisten kann. Es müssten überall neue, stärkere Leitungen verlegt werden, die die benötigte Strommenge zu den Ladestationen transportieren können. Wen wundert es da noch, dass der Preis für Kupfer gerade explodiert? Und auch das ist endlich, aber wenigstens einfach zur Wiederverwendung aufzubereiten.

So spiegelt sich nicht nur im Corona-Wahnsinn die Bilanz der Ära Merkel wider, sondern auch der hirnrissige Umgang mit raren Rohstoffen. Die werden nicht einmal für eine Generation E-Autos ausreichen, wenn denn tatsächlich so viele E-Mobile auf die Straßen kämen, wie sich grüne Träumer wünschen. Jeder, der auch etwas Ahnung von der Materie hat, weiß das. Also auch die Jungs von Daimler & Co. und natürlich die angebliche Physikerin Merkel und ihre Entourage. Wie sehr die Merkelbande auch die Manager der Industrie domestiziert hat, zeigt sich darin, dass sie nicht auf die Barrikaden gehen. Sie richten sich ein und nutzen das Schlupfloch, das ihnen mit dem Schwindel mit den E-Autos gelassen wurde. Dass das entsprechend der gesamten Politik nur noch Denken an kurzfristige Ziele ist, ihre Boni und "Shareholdervalue", nehmen diese Hasardeure einfach hin.

Dass der große Knall kommt, ist unausweichlich

Sollten die Grünen tatsächlich durchsetzen können, dass die Produktion von Verbrennern ab 2030 verboten wird (wieder ein "Zukunftsgesetz"?), werden die Automanager noch einmal richtig Boni abkassieren können. Es wird einen Ansturm geben auf die letzten Verbrenner, wie es ihn noch nie gegeben hat. Ach, die Produktionsbänder der nochmals hochgefahrenen Verbrennerproduktion müssen abgebaut werden? Darum müssen sich die Nachfolger kümmern und die Verluste gehen auf ihre Kappe.

Die grünen Kreuzritter haben ihre Ziele fast erreicht: Den Zusammenbruch der Weltwirtschaft. Die Führer der Wirtschaft selbst handeln nach dem Motto: Nach mir die Sintflut. Momentan erreichen sie ihr Quartalsziele, indem sie E-Autos propagieren. Das tun sie aber nur, um den Verkauf ihrer großen Karossen überhaupt weiter führen zu können. Dass der große Knall kommen wird, ist damit unausweichlich. Aber auch dafür ist schon vorgesorgt. Corona ist schuld, wir doch nicht. Wir haben alles richtig gemacht. Immerhin haben wir mit unserem systemkonformen Verhalten dafür gesorgt, dass die Reichen und Schönen weiterhin ihre Nobel- und Panzerkarossen geliefert bekommen. Mit dem ansonsten unverständlichen Einsatz für E-Mobile retten sie die großen Verbrenner. Zumindest für die nahe Zukunft. Aber wer denkt heute schon weiter, als bis zur nächsten Wahl oder Quartalsbericht? Die Pensionen der Manager und Politikdarsteller sind sowieso gesichert, ganz gleich, ob sie versagt haben.

Hier können Sie den ganzen Verordnungswahnsinn [im Original von Umweltbundesamt](#) einsehen, mit all seinen unübersichtlichen Ausnahmen und Nebenbestimmungen.



zum Autor: Peter Haisenko ist Schriftsteller, Inhaber des [Anderwelt-Verlages](#) und Herausgeber von [AnderweltOnline.com](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) UNSER MITTELEUROPA nun auch auf der zensurfreien Social-Media-Plattform GETTR vertreten

24. 10. 2021



Das am schnellsten wachsende digitale soziale Medium aller Zeiten, GETTR, hat nun auch von uns offiziell Zuwachs bekommen. [Ab sofort ist UNSER MITTELEUROPA mit einem eigenen Infokanal vertreten](#), der täglich bespielt wird. Wir setzen damit neben unserem [Telegram-Kanal](#) auf eine weitere zensurfreie Alternative. Zudem sind wir seit Beginn auch auf [Facebook](#) zu finden, noch...

GETTR ist von Prinzip und Aufbau stark an Twitter angelehnt, jedoch mit dem angenehmen Nebeneffekt, ohne politische Korrektheit und Blockwart-Zensur auszukommen. Initiiert wurde das Projekt von Jason Miller, einem ehemaligen Berater von Ex-US-Präsident Donald Trump, [hier ein Portrait](#). Wer und was noch auf GETTR zu finden ist, [finden Sie in diesem Artikel von uns](#).



<https://gettr.com/user/unsermeuropa>

<Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Václav Klaus: Die fortschreitende Selbstzerstörung des Westens und ihre Beschleunigung durch die Covid-epidemie

24. 10. 2021



Václav Klaus bei einer Veranstaltung des Europäischen Forums Alpbach (Foto: DerHuti / Wikimedia, CC 3.0)

Rede von Václav Klaus an der Collegium Intermarium Universität in Warschau: Die fortschreitende Selbstzerstörung des Westens und ihre Beschleunigung durch die Covid-Epidemie. Video auf Englisch, automatisch generierte Untertitel verfügbar (28:29).

Václav Klaus: Progressively Growing Self-Destruction of the West and Its Acceleration by Covid

11.780 Aufrufe

11.06.2021

< <https://www.youtube.com/watch?v=VIUXWucpDfg> >

Václav Klaus, Collegium Intermarium, Warschau, 28. Mai 2021

Herzlichen Dank für die Einladung. Es ist schön, zu dieser schönen Jahreszeit nach Warschau zu kommen und die Gelegenheit zu haben, nach einem Jahr ohne Reisen, ohne Konferenzen und ohne Reden im Ausland vor dieser wichtigen Versammlung zu sprechen.

In diesen Tagen der Panik, der Verwirrung und des künstlich geschaffenen Chaos eine Konferenz vorzubereiten, zu organisieren und durchzuführen, ist eine große Leistung. Ich

erwähne absichtlich die vom Menschen verursachten Faktoren und nicht die Covid-19-Epidemie selbst.

Im ersten meiner beiden Bücher zu diesem Thema[1], das bereits im April 2020 veröffentlicht wurde, habe ich betont, dass ich mehr Angst vor Menschen habe, die versuchen, die Epidemie zur Unterdrückung von Freiheit und Demokratie zu missbrauchen, als vor dem Virus selbst. Ich habe es auch gewagt, meine Befürchtung zu äußern, dass „die Epidemie die Tür zu einer enormen Ausweitung der staatlichen Eingriffe in unser Leben öffnet“.

Als der Kommunismus fiel, waren wir davon überzeugt, dass dieses böse, korrupte und unterdrückerische System vorbei sei und nie wieder zurückkehren könne. Wir wollten unsere historische Chance nutzen und uns für die Wiederherstellung von Freiheit, traditionellen Werten und Institutionen, freien Märkten, souveränen Nationen, freien und unabhängigen Universitäten und Akademien usw. einsetzen.

In unserem Teil der Welt erinnern wir uns noch an den Kommunismus. Ich hatte sehr freundschaftliche, produktive und recht intensive Kontakte zu meinen polnischen Kollegen, sowohl während der Zeit des Kommunismus als auch in den ersten Jahren danach. Wir waren damals sehr entschlossen in unserer Ablehnung des Kommunismus, auch wenn wir viele produktive Auseinandersetzungen darüber hatten, wie es weitergehen sollte und wie wir es machen sollten. Die Ziele, die wir erreichen wollten, waren jedoch dieselben. Wir waren keine leeren Idealisten, wir glaubten an Pragmatismus und Realismus, nicht an die unverantwortliche Förderung von Wunschdenken und Utopien aller Art.

Unser Denken basierte auf drei Konstanten, auf drei grundlegenden Elementen der freien Gesellschaft, auf drei Einheiten, die wir für die europäische (und mitteleuropäische) Zivilisation als entscheidend erachteten: den Menschen, der Familie und der Nation. Es ist noch nicht lange her, dass ich sie als Konstanten bezeichnet habe, aber ich wurde zunehmend nervös, dass ich mich irren könnte. Sie sind keine Konstanten mehr.

Diese drei Säulen wurden in den letzten Jahrzehnten von der neuen fortschrittlichen Ideologie, der es gelungen ist, die heutige Welt zu kontrollieren und zu beherrschen, brutal angegriffen. Die Vertreter dieser Ideologie versuchen aggressiv, die Vergangenheit und die mit ihr verbundenen Werte und Verhaltensmuster zu diskreditieren.

Um dies zu erreichen, bedarf es nichts weniger als einer „Revolution gegen unsere Kultur, gegen unsere Geschichte, gegen unsere Länder und gegen uns selbst“, so John O’Sullivan (Hungarian Review, Nr. 4, 2020). Es liegt an uns, dies zu verhindern.

Ich habe diese Fragen in Polen schon oft diskutiert. Als ich 2012 die Ehrendoktorwürde der Kardinal-Stefan-Wyczyński-Universität erhielt, sagte ich, dass „wir wahrscheinlich die tiefgreifenden Auswirkungen der 1960er Jahre nicht vollständig verstanden haben. Es war eine Zeit der radikalen Negation der Autorität traditioneller Werte und gesellschaftlicher Institutionen. Infolgedessen werden Generationen geboren, die die Bedeutung unseres zivilisatorischen, kulturellen und ethischen Erbes nicht verstehen und denen der moralische Kompass fehlt, der ihr Verhalten leitet.“

Ich habe auch vor der Ideologie der Menschenrechte, der Juristokratie, der NROs, der Mediokratie und vor Transnationalismus und Supranationalismus gewarnt.

Als ich 2017 im Kolegium Jagiellońskie (Toruńska Szkoła Wyższa) in Toruń (Thorn) den Jagiellonen-Preis erhielt, stellte ich die Frage, ob „es für die mittel- und osteuropäischen Staaten möglich ist, ihre Identität in der Europäischen Union zu bewahren“. Ich habe davor gewarnt, dass wir „eine langsame Rückkehr zu einer sozialistischeren, zentralistischeren, etatistischeren, weniger freien und weniger demokratischen Gesellschaft erleben, als wir es uns gewünscht und geplant hatten“, dass wir „unter dem Schirm der politischen Korrektheit, des Multikulturalismus und der Menschenrechte“ leben und dass wir aufgrund unserer Erfahrungen mit dem Kommunismus die nicht übertragbare Aufgabe haben, „die Hüter der alten europäischen Werte, Traditionen und Bräuche zu werden“. Das spüre ich heute noch stärker.

Ich weiß, dass der Vergleich der derzeitigen EU-Regelungen mit dem Kommunismus eine etwas provokante Aussage ist. Und dass dies irreführend sein kann. Das derzeitige Ausmaß der Manipulation und Indoktrination erinnert jedoch diejenigen von uns, die erwachsen waren und während der Zeit des Kommunismus die Augen offen hatten, daran, dass es unsere Aufgabe ist, die heutigen Generationen darüber aufzuklären.

Dies ist eine besondere Aufgabe für Schulen und Universitäten. Universitäten sind – oder sollten es zumindest sein – Zitadellen des freien Diskurses, des freien Meinungs austauschs und der differenzierten Argumentation. Sie müssen gegen Vorurteile, vorgefasste Meinungen, politisch motivierte Halbwahrheiten oder Unwahrheiten ankämpfen. Ich wünsche Ihrer Universität viel Erfolg bei diesem Unterfangen.

Als ich zu Beginn meiner Rede von der Kovidien-Epidemie sprach, meinte ich damit, dass uns der Kovidismus viel mehr Sorgen bereiten sollte, eine Ideologie, die dazu aufruft, die angeblich diskreditierte und verunglimpfte Vergangenheit zu vergessen und eine radikale Umgestaltung der menschlichen Gesellschaft zu fördern.

Dieser stark geförderte Wandel droht unseren Lebensstil, unsere traditionellen Werte und unsere freie Gesellschaft zu zerstören und zu dekonstruieren. Ich unterschätze nicht die Zahl der Todesopfer der Rinderseuche in allen unseren Ländern, aber ich bin nicht bereit, das seltsame und verdächtige Schweigen der Politiker und der Medien über die andere Seite der Medaille zu akzeptieren, nämlich die laufenden sozialen und politischen Veränderungen und ihre Folgen.

Wir alle, und insbesondere die Universitäten und die akademische Welt, haben die Pflicht, unsere Stimme zu erheben. Wir sollten die wirtschaftlichen und finanziellen Kosten der derzeitigen Schließungen, die Folgen der Schließung von Bildungseinrichtungen und die zunehmende Zersplitterung unserer Gesellschaften aufgrund der sozialen Distanz und der Ausweitung virtueller Kontakte und Heimarbeitsplätze schonungslos analysieren.

Wir sollten die wachsende Rolle des Social Engineering und des technokratischen Fachwissens (im Gegensatz zur Rolle der demokratisch gewählten Politiker) kritisieren. Wir sollten den Verlust von gesundem Menschenverstand, Mäßigung und Anstand, den Sieg von Egoismus und Unmoral und die Verteidigung neuer Formen persönlicher Privilegien nicht hinnehmen. Wir dürfen nicht zu passiven Mitläufern werden.

Unsere bereits „weiche, dekadente und hilflose“ (Anthony Daniels) Gesellschaft ist durch die künstlich erzeugte Angst der schweigenden Mehrheit unserer Mitbürger und durch die Aggressivität und die radikalen Ambitionen der Vertreter des modernen Progressivismus geschwächt worden. Dieser „Ismus“ ist das Produkt einer Mutation alter sozialistischer Ideen

mit den neuen fortschrittlichen Positionen des modischen Umweltschutzes, des gewalttätigen Genderismus, des Klimaalarmismus, des utopischen Egalitarismus, des Multikulturalismus, des Globalismus und des Europäismus.

Wer sich mit sozialen Phänomenen eingehend beschäftigt hat, weiß, dass diese „Ismen“ nicht so neu sind und nichts mit der Covidenepidemie, den Abriegelungen im letzten Jahr oder der Maskenpflicht zu tun haben. Wir sind Zeugen einer Fortsetzung und Beschleunigung bereits bestehender Trends. Im Januar 2020, also vor anderthalb Jahren, habe ich auf einer Konferenz in Wien[2] über die zunehmende soziale Isolation des Einzelnen und die Ausweitung von Ausgrenzungsprozessen und die Verarmung persönlicher Beziehungen gesprochen. Das war vor covid.

Diese Prozesse wurden durch die Digitalisierung unserer Gesellschaften und ihre Auswirkungen auf die Demokratie noch verstärkt. Chinas digitales Sozialkreditsystem stellt eine extreme Version der digitalen Gesellschaft dar. Doch nicht nur in China ist diese Entwicklung zu beobachten.

Die Digitalisierung zentralisiert unnötigerweise und auf gefährliche Weise eine große Menge an Daten in unbekanntem, unkontrollierten und unkontrollierbaren Händen. Sie trägt auch dazu bei, „eine sekundäre Realität zu schaffen, die die primäre Realität“ unseres Lebens immer weiter verdrängt. Diese Entwicklung scheint unaufhaltsam und unumkehrbar zu sein. Wir sollten uns das genauer ansehen. Sie ist eine Bedrohung und kein positives Symptom der Moderne, wie oft fehlinterpretiert wird.

Einige von uns – und ich bin überzeugt, dass es in Polen mehr von ihnen gibt als in der Tschechischen Republik – haben Angst vor einer leeren Welt ohne Nationen und ohne Religion. Ihre konkrete Erfahrung zeigt Ihnen, dass sich diese beiden traditionellen Säulen der polnischen Gesellschaft als absolut unersetzlich für eine rasche Wiederbelebung der polnischen Gesellschaft nach der kommunistischen Ära erwiesen haben. Das postmoderne progressive Projekt supranationaler Regierungen und das libertäre Predigen von Unordnung und Anarchie sind ein gefährlicher Rückschritt.

Lassen Sie mich ein paar Worte über das fortschrittliche Projekt der supranationalen Governance sagen, das in diesen Tagen in Europa so radikal umgesetzt wird. Der Prozess der europäischen Integration – der nach dem Zweiten Weltkrieg fast unschuldig begann – hat sich zu einem Prozess der europäischen Einigung entwickelt.

Der Vertrag von Maastricht und der Vertrag von Lissabon haben das ursprüngliche Konzept der Integration, das eine bessere und tiefere Zusammenarbeit souveräner Staaten bedeutete, in etwas anderes verwandelt, in eine transnationale Vereinigung. Beide Verträge haben die Macht der zentralen bürokratischen Agentur in Brüssel erheblich gestärkt. Sie haben dazu beigetragen, die Demokratie zu unterdrücken und sie in eine Postdemokratie (fälschlicherweise als liberale Demokratie bezeichnet) zu verwandeln.

Infolgedessen hat sich Europa selbst von einer historisch gewachsenen Gruppe souveräner und unabhängiger Länder in ein hochautoritäres und zentralistisches Imperium namens Europäische Union verwandelt. Der freundliche, aber unschuldige und naive Slogan aus der Zeit der Samtenen Revolution „Zurück nach Europa“ erwies sich als ziemlich problematisch. Ich war der erste tschechische Politiker, der versucht hat, meinen Landsleuten zu sagen, dass „zurück nach Europa etwas anderes ist als vorwärts in der Europäischen Union“, aber meine Stimme hat nicht gereicht. Zu meinem Bedauern verstehen und begreifen auch heute noch viele Europäer diesen Unterschied nicht.

Die politischen Eliten Europas, die bedingungslosen Bewunderer der EU in Politik, Medien und Wissenschaft sowie die riesige und ständig wachsende europäische Nomenklatur betrachten diese beiden Begriffe – Europa und Europäische Union – als perfekte Substitute. Das überrascht mich nicht. Sie haben ein ureigenes Interesse daran, die Menschen glauben zu machen, dass die EU und Europa identisch sind. Sie wollen Europa besitzen. Sie wollen als die wahren Erben aller europäischen historischen Ereignisse und Errungenschaften anerkannt werden. Alle europäischen Demokraten sollten sich dieser Denkweise widersetzen. **Sie wissen wohl, dass Europa eine kulturelle und zivilisatorische Einheit ist, die sich historisch entwickelt hat, während die EU eine menschliche Konstruktion ist.**

Auch die EU selbst ist ein sich wandelndes und variables Gebilde. Jeder EU-Gipfel definiert seinen Inhalt neu, manchmal am Rande, manchmal grundlegend. Aber die Veränderungen gehen alle in die gleiche Richtung. Der berühmte Ratscheneffekt wirkt in diesem Bereich wie in vielen anderen: Jeder Vertrag oder Gipfel bringt Europa näher an einen zentralisierten europäischen Staat.

Ich glaube, dass der Nationalstaat das einzige und unersetzliche Terrain der Demokratie und ihr einziger Garant ist, denn der Staat ist eine politische Gemeinschaft. Die europäischen politischen Gemeinschaften sind die Nationalstaaten. Wir sind Tschechen, Polen und Slowaken. Wir sprechen Tschechisch, Polnisch und Slowakisch, kein europäisches Esperanto. Wir wollen unsere Grenzen nicht aufheben und die Unterscheidung zwischen Bürgern und Ausländern abschaffen. Einige von uns haben nicht das Gefühl, dass wir – in der Terminologie von Präsident Obama – entweder Weltbürger oder Bürger Europas sind.

Um auf die Welt zurückzukommen, stimme ich mit Ed Feulner, dem Gründer und langjährigen Präsidenten der Heritage Foundation, überein, dass wir in einen neuen Kalten Krieg verwickelt sind, aber dieses Mal – sagt er – ist der Kampf intern.

Ich fürchte, dass diese Art von Kampf eher schädlich ist, weil er zu einem Kampf zwischen uns selbst führt. Einige unserer Bürger scheinen bereit zu sein, ihre individuellen Freiheiten aufzugeben und kommunistusähnliche Regierungsformen zu akzeptieren. Sie bereiten sich auf den Großen Reset vor, der zur Wiedergeburt des Kommunismus unter einem neuen Banner führen wird.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es bei unseren aktuellen Diskussionen nicht um das Coronavirus geht, sondern um die menschliche Freiheit und die Substanz unserer Gesellschaften. Wir Tschechen und Polen haben unsere eigene Impfung gegen die kommunistische Propaganda erhalten und sollten eine Immunität gegen denselben Virus entwickelt haben. Ich wünschte, dies wäre der Fall, denn es ist notwendig, sich zu verteidigen und bereit zu sein, sich gegen die Destabilisierung der Grundwerte unserer Gesellschaften zu wehren.

[1] Klaus V., et al, Karanténa, IVK, Prag, April 2020 (auf Tschechisch).

[2] Klaus, V., „Braucht die Gesellschaft die Digitalisierung?“, Wiener Kongress Com.Sult 2020, 28. Januar 2020.

Quelle: [LesObs](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Stuart Hall, Kulturwissenschaften und die Verherrlichung der „Vielfalt“

Von Francesco Erario

22. 10. 2021



Stuart Hall · Bildquelle: CM

Von Birmingham in die Welt: die Geburt der „Kulturwissenschaften“

Die *Kulturwissenschaften*, die in den 1960er Jahren in England entstanden und sich dann in den Vereinigten Staaten und dem Rest der Welt ausbreiteten, haben im Laufe der Jahre immer mehr an Gewicht und Einfluss gewonnen.

Birmingham ist das Zentrum der Entwicklung und Verbreitung dieser Strömung, wo der englische Gelehrte und Akademiker Herbert Richard Hoggart 1964 ein universitäres Forschungszentrum gründete, das sich dem Studium kultureller und sozialer Praktiken widmete: das [Centre for Contemporary Cultural Studies](#). Dieses Zentrum, das im Schicksalsjahr 1968 von Stuart Hall geleitet wurde, sollte sich in den folgenden Jahren als Brutstätte von Denkern und Ideen erweisen, die in der Lage waren, Konzepte wie Kultur und Gesellschaft neu zu gestalten. Halls Arbeit über die Veränderungen im zeitgenössischen Großbritannien ist sehr nützlich, um die starke Affinität zum italienischen und westlichen linken Gedankengut zu erkennen.

Immigration und „neuer Rassismus“

Die Auflösung des kolonialen Imperiums und sein Streben nach Weltherrschaft, die Amerikanisierung der Kultur, die Umwandlung in eine Konsumgesellschaft, die neuen Logiken der Massenkommunikation, die Entstehung neuer Jugendkulturen sind die Hauptgegenstände der Analyse des Kulturalisten. Ein Beispiel dafür ist die Veröffentlichung [Race, Culture, and Communications: Looking Backward and Forward at Cultural Studies](#) aus dem Jahr 1989. Eine der treibenden Kräfte hinter Stuart Halls Analyse ist der Prozess der „ethnischen Verwässerung“ der englischen Gesellschaft (die bis dahin sehr viel homogener war) aufgrund des Zustroms von Menschen aus dem Commonwealth, insbesondere aus der Karibik und Asien. Diese Rekonfiguration der Bevölkerung, die durch die Migrationswellen aus den ehemaligen britischen Kolonien heterogen geworden ist, bringt die Frage der „schwarzen Diaspora“ in den Mittelpunkt des britischen kulturellen Lebens, seiner Städte und seiner sozialen und politischen Existenz. Eine *Schwarze und britische Diaspora aus ständiger Besiedlung*.

Die Konzentration auf den Bereich der Massenkommunikation und die damit verbundene soziale Dynamik wird deutlich, wenn Stuart Hall über die Rolle der Medien bei der

Konstruktion des Realen spricht. Es handelt sich nicht um eine einfache Beschreibung, sondern um eine reale Konstruktion der Realität und der „Dinge“, die die Medien durch ihre Darstellung betreiben und real machen. Dieses Konzept wird bei der Untersuchung der Erscheinungsformen der Begriffe „Rasse“ und „ethnische Zugehörigkeit“ und des daraus resultierenden „neuen Rassismus“, der in der englischen Gesellschaft seiner Zeit verbreitet war, besonders wirksam sein und breite Anwendung finden. Ein veränderter Rassismus, der von einer ebenfalls „imperialen“ Form zu einer besser an die „schwarze Diaspora“ angepassten Version überging, die die Zusammensetzung des britischen Volkes veränderte: der „kulturelle Rassismus“. Ein Rassismus, bei dem Unterschiede in der Kultur, im Lebensstil, im Glaubenssystem, in der ethnischen Identität und in der Tradition wichtiger sind als die traditionellen „genetischen“ Varianten.

Für Hall hat dieser neue Rassismus seinen Ursprung in der Angst der weißen Briten vor dem Leben mit Unterschieden. Eine Angst, die Stuart Hall als erschreckend, innerlich und tiefgehend beschreibt. Es geht also darum zu verstehen, warum Verhaltensweisen als zutiefst antihuman definiert werden, was er mit der Angst vor dem Aufbau einer neuen englischen Identität in Verbindung bringt, die aus kulturalistischer Sicht akzeptieren muss, „mit Unterschieden zu leben“.

Nicht nur die Schwarzen: die anderen „unterdrückten“ Minderheiten

Die weiße englische Gesellschaft und der Rassismus gegenüber Schwarzen, aber nicht nur: In Stuart Hall scheint sich der Rassismus um andere Kategorien und Trennungen herum zu artikulieren. Der Kampf um die Überwindung der Marginalisierung in der weißen englischen Gesellschaft, der Kampf darum, die Weißen dazu zu bringen, mit den Unterschieden zu leben, das Bemühen um eine Neupositionierung der Realität der Ereignisse und der Beziehungen zwischen den „Weißen“ und den „Anderen“ (durch den Zugang zum „Kontrollraum“ der Medien und der sozialen Repräsentation) sind nicht mehr nur „von Schwarzen“. Schwarze, „Klasse“, „Geschlecht“, „Sexualität“ und „Ethnizität“ können nur als Seiten desselben Würfels betrachtet werden. In dieser Schlussfolgerung, zu der Stuart Hall in seiner 1988 erschienenen Publikation gelangt, sind die zentralen Kategorien des aktuellen linken Diskurses zusammengefasst, dessen Politik sich fast ausschließlich um sie herum zu artikulieren scheint. Schwarz, Klasse, Geschlecht, Sexualität und Ethnizität sind die gleichen Kategorien für das *Monstrum* der [politisch Korrekten](#).

Der soziopolitische Rahmen, der sich aus den Beiträgen von Stuart Hall ergibt, beschreibt eine Macht, die in der Lage ist, über die Medien (aber nicht ausschließlich) kulturelle Hegemonie auszuüben, in einem „Umfeld“, in dem die Bedeutung von Worten, die Bedeutung von Ereignissen und sozialen Realitäten aus „Machtbeziehungen zwischen Parteien“ entsteht. In solchen Beziehungen konstruiert die herrschende Mehrheit die soziale Wirklichkeit und setzt sie durch, während Minderheiten an den Rand gedrängt werden und keinen Zugang zu den „Orten“ der Sinnggebung haben. Wörter, Begriffe, Kategorien sind das Ergebnis einer Beziehung zwischen Gruppen, in der die größere oder geringere „Macht“ jeder Gruppe ausschlaggebend für die Zuschreibung (wenn auch nicht für die tatsächliche Auferlegung) ihrer Bedeutung ist.

Stuart Hall spricht von der Notwendigkeit eines „*Kampfes der schwarzen Gemeinschaft*“, um sich das Wort „Schwarz“ wieder anzueignen, um seine Bedeutung völlig neu zu definieren, die ihm bis dahin von der mächtigeren weißen Gemeinschaft aufgezwungen wurde. Ein „Kampf“ der schwarzen Gemeinschaft der „permanenten Diaspora“, um ihre Unterschiede in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Diskurses zu stellen. Unterschiede, die in den Mittelpunkt des Diskurses rücken müssen, um ein entscheidendes Gewicht in

einer Gesellschaft zu erlangen, die, um nicht rassistisch zu sein, sie notwendigerweise als Teil ihrer selbst akzeptieren und auf eine privilegierte Ebene der Repräsentation stellen muss.

Die *Schwarze-Frage* wird notwendigerweise mit anderen Minderheiten verbunden werden müssen, die nicht im eigentlichen Sinne ethnisch sind, d.h. die mit feministischen Fragen, Geschlecht und Sexualität zu tun haben, um den Rahmen für eine neue Identität zu bilden, die wir hier als multikulturell und *pluridifferent* definieren könnten. Ich will nicht rassistisch sein, aber in der englischen Gemeinschaft, die durch die koloniale Diaspora verwässert wurde, gibt es keine wirkliche Alternative zum „Leben mit Unterschieden“. Die einzige wirkliche Frage, die Frage „Wer sind die Engländer heute?“, wird also mit dieser „neuen“ Identität beantwortet werden müssen.

Die „permanente Diaspora“ in Italien

An dieser Stelle wird es dem Leser nicht schwer fallen, die große Analogie zwischen der englischen Gesellschaft von Stuart Hall und der italienischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts zu erkennen, die auch das „Ziel“ einer ähnlichen „permanenten Diaspora“ ist: der Diaspora der Migranten. Dem Leser wird auch nicht entgangen sein, dass ein ähnliches Phänomen dem ideologischen Rahmen der italienischen Linken sehr entgegenkommt. Da es sich nicht in einem echten ehemaligen Kolonialreich bewegt, musste es lange warten, bis es seine Diaspora loswerden konnte. Ein Prozess, bei dem sie im Namen der universellen Ideale des „Guten“ und der „Menschlichkeit“ an vorderster Front steht und sich in geradezu erpresserischer Weise gegen jeden wendet, der versucht, Zweifel zu äußern. Ein praktischer, konkreter Kampf, der die imposante und vielfältige Schar von Journalisten, Bloggern, Künstlern und *Influencern* in einer kontinuierlichen Anstrengung zur Unterstützung des Kampfes zur Förderung der „Landung“ antreten lässt.

Was die Konstruktion der „italienischen Diaspora“ anbelangt, so ist es schwierig, sie „wissenschaftlich“ zu belegen, vor allem wegen der Schwierigkeit der Bewegung, die dem soziologischen Bereich eigen ist. Ein Versuch in diese Richtung kann jedoch unternommen werden – und zwar mit Hilfe der von Stuart Hall vorgeschlagenen „Methode“. In dem bereits erwähnten Werk aus dem Jahr 1989, in dem die Forschungs- und Analysemethoden beschrieben werden, die bei der Untersuchung des Vorhandenseins und des Inhalts der rassistischen Ideologie in der englischen Gesellschaft seiner Zeit angewandt wurden, gab der Wissenschaftler an, sich auf die Medien zu konzentrieren:

Die Untersuchung der vielen verschiedenen Arten, wie neue Erscheinungsformen von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit und Rassismus in den Massenmedien gedacht und dargestellt wurden, war eines der Probleme, mit denen wir im Zentrum für Kulturstudien konfrontiert waren: wie man die tiefsten historischen Spuren der Rasse in der englischen Kultur ans Licht bringen konnte.

Nun, um Hall zu paraphrasieren, wird unseren Lesern die Frage gestellt, ob es nicht heute mehr denn je notwendig ist, „die vielfältigen Formen der Darstellung linker Ideologie in den Massenmedien zu untersuchen, die tiefsten Spuren der kulturellen Hegemonie der Linken in den Medien und im Diskurs der sozialen Medien und ihre Folgen für die italienische Gesellschaft ans Licht zu bringen“.

Dieses Bedürfnis entspringt nicht dem Wunsch zu verstehen, ob sich hinter dem stumpfen Schleier der politischen Korrektheit tatsächlich das wahre Gesicht einer Linken verbirgt, die in Italien kulturell und politisch hegemonial geworden ist. Diese Notwendigkeit ergibt sich

aus der Notwendigkeit zu verstehen, welche Art von Narrativ von der italienischen Linken ausgearbeitet wird, als eine Weiterentwicklung des bestehenden Narrativs, das darauf abzielt, die italienische Kultur und nationale Identität vor der Diaspora“ zu dekonstruieren.

Angriff auf die kulturelle Identität Italiens

Wie eingangs erwähnt, sind die Ähnlichkeiten zwischen den Theorien der *Kulturwissenschaften* und der politischen Praxis der heutigen italienischen Linken groß. Dem internationalen und intertemporalen Faden folgend, der zwei geografische Realitäten (England und Italien) und zwei historische Momente (die 1970er und die 1920er Jahre) miteinander verbindet, sollte die nächste „erzählerische Episode“, der nächste „Kampf“, der ausgefochten werden muss, der um die Stabilisierung der „Unterschiede“ in der italienischen Gesellschaft sein. Auch in Italien geht es um die gleichen Fragen wie im *Centre for Contemporary Cultural Studies* in England: Wer sind die Italiener heute? Was ist die kulturelle Identität Italiens heute?

Die Linke scheint genau wie Stuart Hall antworten zu wollen: durch die Konstruktion eines *Italienischen*, das sich aus einem sehr breiten Spektrum kultureller Komponenten und „Unterschiede“ zusammensetzt, die gegenüber der autochthonen Identität vor der Diaspora privilegiert werden sollen. Wie die Engländer zu Halls Zeiten müssen sich auch die Italiener von heute daran gewöhnen, mit Unterschieden zu leben. Zahlreiche und zerklüftete Unterschiede, die sich nicht nur auf rein ethnischer Ebene, sondern auch auf der Ebene des Geschlechts, der Sexualität usw. artikulieren, sind zu bewältigen.



Francesco Erario

Bachelor-Abschluss in Kommunikation, Verlagswesen und Journalismus (Universität Sapienza Rom), Master-Abschluss in Wirtschaftskommunikation (Universität Salerno), Aufbaustudium in Wirtschaftswissenschaften (Universität Perugia). Er arbeitet in Italien in den Bereichen Marketing und Geschäftsentwicklung für ein kleines belgisches Unternehmen. Er beschäftigt sich leidenschaftlich mit Soziologie, Medien und Politik und untersucht neue kulturelle und subkulturelle Phänomene unter jungen westlichen Menschen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Frankreich will keine Woke-Kultur

Von Loretta Tóth

21. 10. 2021



Emmanuel Macron · Bildquelle: FDS

Die französische Regierung hält die aus den Vereinigten Staaten „importierte“ linksextreme Identitätspolitik für gefährlich für das Land und hat unter der Schirmherrschaft des Bildungsministeriums einen Think-Tank eingerichtet, der sich mit der Bekämpfung der „Woke“-Bewegung beschäftigt.

The Great Awakening“ nennen die Mainstream-Medien den Prozess, durch den die Masse der aufgeklärten Weißen aufwacht und erkennt, dass Ausgrenzung und Unterdrückung, die in der Kolonialzeit als selbstverständlich galten, noch immer in den tiefen Schichten der amerikanischen Gesellschaft zu finden sind und dass radikale, fortschrittliche Maßnahmen erforderlich sind, um sie zu beseitigen. Obwohl der Begriff „Woke“ im europäischen politischen Diskurs neu ist, geht er in den Vereinigten Staaten fast ein Jahrhundert zurück: Ursprünglich bedeutete er ein Erwachen des Bewusstseins gegen die Diskriminierung der Schwarzen in Amerika.

Das Aufkommen der „Woke“-Ideologie in Europa wird jedoch nicht von allen begrüßt.

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat sich beispielsweise wiederholt gegen die Identitätspolitik ausgesprochen, die er als existenzielle Bedrohung für Frankreich ansieht. Sie fördere Separatismus und Islamismus, ersticke die nationale Einheit und greife das geistige und kulturelle Erbe Frankreichs an.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass Macrons Bildungsminister Jean-Michel Blanquer vor kurzem eine neue Denkfabrik ins Leben gerufen hat, die der „Woke Culture“ entgegenwirken soll. Bei der Eröffnungsfeier des Laboratoire de la République, das von der Bildungsministerin persönlich geleitet wird, sagte Pierre Valentin, einer der Experten

des Think Tanks: „Frankreich kämpft jetzt gegen ein neues Virus, das aus den Vereinigten Staaten kommt. Unser Land ist zur Zielscheibe der „Woke“-Bewegung geworden. Gäbe es einen Impfstoff gegen das Wok-Virus, wäre er französisch, und die Führer der Bewegung wissen das“, betonte Pierre Valentin. In einem Interview mit der linken französischen Tageszeitung *Le Monde* sagte Blanquer über das Institut, dass die Französische Republik völlig gegen den Wokéismus sei. In den Vereinigten Staaten habe diese Ideologie eine Reaktion hervorgerufen, die zum Aufstieg von Donald Trump geführt habe, so der Politiker, der hinzufügte, dass Frankreich sich von dieser Ideologie lösen müsse.

In jedem Fall ist der Zeitpunkt der Einweihung des Think-Tanks bezeichnend, denn sie fand sechs Monate vor den französischen Präsidentschaftswahlen statt, und alles deutet darauf hin, dass der wichtigste Herausforderer des derzeitigen Staatschefs der rechte Essayist Éric Zemmour sein wird, der als „französischer Trump“ bezeichnet wird.

Obwohl Zemmour seine Kandidatur noch nicht offiziell angekündigt hat, würde der in Algerien geborene einwanderungsfeindliche Schriftsteller nach den jüngsten Meinungsumfragen den zweiten Platz belegen, wenn die Präsidentschaftswahlen jetzt stattfinden würden, und Marine le Pen, die Vorsitzende des Rassemblement National, hinter sich lassen.

In jedem Fall hat der Think-Tank eine heftige Debatte in der französischen Öffentlichkeit ausgelöst, wobei einige behaupteten, dass „die Bildungsministerin eine private Organisation benutzt, um die öffentliche Debatte über bestimmte Themen zu blockieren. Nach Ansicht von Rim-Sarah Alouane von der Universität Toulouse Capitole nutzt Blanquer beispielsweise den Think Tank, um die staatliche Sichtweise bei der Interpretation der Themen auf der Agenda der Woke-Bewegung durchzusetzen.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) LGBT: „Superman“ ist in der neu erschienen Auflage zeitgeistkonform bisexuell

21. 10. 2021



Bildquelle: ZurZeit

Der neue Supermann ist in der aktuell erschienen Auflage bisexuell. Die Autoren wollen damit bewirken, dass sich mehr Junge mit dem Superhelden identifizieren können.

Der Propagandafeldzug der Political Correctness ist unerbittlich und macht vor nichts Halt. Das amerikanische Idol Superman wird nun genutzt, um Kindern die neue Realität zu suggerieren. Genauer gesagt, handelt es sich um den Sohn von Clark Kent, John Kent, der nun auch für Männer schwärmt. Im neuen Comic küsst er leidenschaftlich den Reporter Jay Nakamura.

Tom Taylor, der für das Superman-Skript verantwortliche Autor bei DC Comics, erklärt den neuen Plot so:

„Das Symbol Superman stand schon immer für Hoffnung, Wahrheit und Gerechtigkeit. Doch heute repräsentiert dieses Symbol noch etwas mehr. Heute können mehr Menschen sich selbst im mächtigsten Comic-Superhelden sehen.“

Es gibt wohl keinen Lebensbereich mehr, der nicht als Bühne für politische Zwecke genutzt wird. Ob Fußball, Parkplätze oder Kindercomics nichts ist mehr vor der LGBT-Agenda sicher. Wer auf den post-modernen, multikulti Social-Gender-Zug nicht aufspringt wird ohne Erbarmen überfahren.

Die Herrschaft der Minderheiten wird auch von dem britischen Reporter Pierce Morgan verhöhnt. In einem Twitter Beitrag schrieb er zur neuen Comic Auflage: „Hervorragend! Doch zu wahrhafter Inklusion will ich noch eine pansexuelle Lois Lane sehen, und einen Lex Luthor, der sich als genderfluider Lesbier identifiziert.“

Mit seinem Hohn trifft er ins Schwarze. Abnormales, das nur äußerst selten tatsächlich vorkommt, soll in der westlichen Welt zur Norm werden. Selbst Kinder dafür zu nutzen, ist schäbig und verurteilenswert. Dass sich die ganze westliche Welt dahin entwickelt bedeutet zwangsläufig den Untergang. Ein weiteres Kulturreich droht somit vom Strom der Geschichte an den Klippen des Wohlstandes und der Üppigkeit zu zerschellen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Die „kritische Rassentheorie“ lehrt, dass es falsch ist, weiß zu sein, und dass man sich dafür schämen sollte

20. 10. 2021



Bildquelle: Dreuz-info

Die US-Hypermarktkette Walmart hat mehr als 1.000 Mitarbeiter in der „kritischen Rassentheorie“ geschult, die lehrt, dass alle Weißen sich eines „supremacistischen Denkens“ und einer „verinnerlichten rassistischen Überlegenheit“ schuldig machen. Aus Dokumenten, die ein Whistleblower dem City Journal-Reporter Christopher Rufo zukommen ließ, geht hervor, dass Walmart sein Programm, das auf den Kernprinzipien der kritischen Rassentheorie beruht, in Zusammenarbeit mit dem Racial Equity Institute ins Leben gerufen hat. Man will damit gewissen Kunden die eigene Tugendhaftigkeit signalisieren und hofft zugleich, von den „Faschisten“ verschont zu bleiben.

Die Lehre der Kritischen Rassentheorie in 8 Punkten

Die Weißen machen sich der „verinnerlichten rassistischen Überlegenheit“ schuldig und müssen „ihre Schuld und Scham akzeptieren“.

1. Die Vereinigten Staaten sind ein „System der weißen Vorherrschaft“, das von weißen Europäern geschaffen wurde, „um den weißen Zugang zu Macht und Privilegien zu sichern“.
2. Die Weißen machen sich des „weißen Privilegs“ und der „verinnerlichten rassistischen Überlegenheit“ schuldig.
3. Die Weißen glauben fälschlicherweise, dass sie „ihren Komfort, ihren Reichtum, ihre Privilegien und ihren Erfolg durch Leistung und harte Arbeit verdient haben“, während sie in Wirklichkeit „nur von den Vorteilen des systemischen Rassismus profitieren“.
4. Die „Kultur der weißen Vorherrschaft“ wird durch mehrere schuldhaftige Merkmale definiert, darunter „Individualismus“, „Objektivität“, „Paternalismus“, „Defensivität“, „Machtakkumulation“, „Anspruch“ und „Kult des geschriebenen Wortes“.

5. Diskussionen über „rassistische Konditionierung“ sollten in nach Rassen getrennten Gruppen stattfinden, da „Farbige und Weiße ihre eigene Arbeit zu leisten haben, um Rassismus zu verstehen und zu bekämpfen“.
6. Rassistische Minderheiten leiden unter „konstruierter rassistischer Unterdrückung“ und „verinnerlichter rassistischer Minderwertigkeit“ und sehen sich mit inneren Gedanken konfrontiert wie „wir denken, dass etwas falsch daran ist, eine farbige Person zu sein“, „wir haben ein geringes Selbstwertgefühl“, „wir haben niedrige Erwartungen“, „wir haben nur sehr begrenzte Wahlmöglichkeiten“ und „wir haben ein Gefühl der begrenzten Möglichkeiten“.
7. Dieses schädliche innere Denken zwingt sie, sich an „vom rassistischen System geförderte Mythen“ zu halten und Gefühle von „Selbsthass“, „Wut“, „Zorn“ und „Ethnozentrismus“ zu entwickeln, und sie sind gezwungen, zu „vergessen“, zu „lügen“ und „nicht mehr zu fühlen“, um zu überleben.
8. Die Lösung besteht darin, dass die Weißen an der „antirassistischen Entwicklung der Weißen“ arbeiten und ihre „Schuld und Scham“ sowie die Tatsache akzeptieren, dass „die Weißen nicht im Recht sind“. Letztlich sollten sie auf eine „kollektive Aktion“ hinarbeiten, bei der „weiße Menschen Gutes tun können“.

Der Journalist Rufo wies Walmart darauf hin, dass alle neun Mitglieder des oberen Managements mit Ausnahme von CTO Suresh Kumar weiß sind.

Wenn Sie sich also fragen, wie ein Gigant wie Walmart (5.300 Hypermärkte in den USA, 2.500 in Mexiko, 630 im Vereinigten Königreich und 430 in China) Angst vor einem Haufen pickeliger Twitterer haben kann, die zu Hause bei ihrer Mutter leben, dann sollten Sie sich vor Augen halten, dass die Rolling Stones gerade der Cancel Culture nachgegeben und ihren berühmtesten Song Brown Sugar aus ihrem Repertoire gestrichen und sich verpflichtet haben, ihn bei ihren Konzerten nicht mehr zu singen.

Ja, die Rolling Stones, die gigantische Popmusikband, die Legende, die seit fast 60 Jahren die Weltmusikszene beherrscht, fast anderthalb Milliarden Dollar verdient hat, deren Frontmann Mick Jagger 500 Millionen Dollar wert ist, die 2021 fünf Konzerte spielen wird und die der Welt nichts mehr zu beweisen hat – die Rolling Stones haben sich einer Handvoll anonymer pickelgesichtiger Faschisten gebeugt, deren Macht noch nie so zerstörerisch gewirkt hat.

Quelle: [Dreuz-info](#) (© Jean-Patrick Grumberg)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Anti-Rassisten drehen völlig durch: Auch Pizza Hawaii soll umbenannt werden

20. 10. 2021



Linke „Aktivisten“ fordern auf Instagram, dass man den Ausdruck der Pizza Hawaii nicht mehr verwendet. Das gilt natürlich auch für den Toast-Hawaii.

Man muss schon sehr kreativ sein – oder besser gesagt wahnsinnig – um in Pizza und Toast Hawaii „Rassistisches“ auszumachen. Denn Hawaii ist bekanntlich ein Bundesstaat der USA und nicht mal im „God’s Own Country“, wo es jetzt sogar Kolumbus an den Kragen geht, stört man sich an der Namensgebung der Inselgruppe. Diese gutmenschliche Meisterleistung ist europäischen, genau gesagt, schweizerischen „Antirassisten“ vorbehalten: So forderten linke „Aktivisten“ auf Instagram, dass man den Ausdruck der Pizza Hawaii nicht mehr verwendet. Das gilt natürlich auch für den Toast-Hawaii.

„viel mit Kolonialismus zutun“

Als Begründung führten die Schuldneurotiker an, dass die „Pizza Hawaii“ deshalb problematisch sei, da sie mit der Geschichte des Kolonialismus und der Aneignung verbunden sei, denn *„Hawaii war ursprünglich von Polynesiern besiedelt und wurde 1898 von den USA kriegerisch annektiert. Schon davor wurden Polynesier durch Besiedlung zur Minderheit im eigenen Land gemacht“*, schreiben die Gutdenker „Linke PoC/Migrantifa“.

„tiefkolonialistische Ressentiments“

Nun also drohen Hawaii-Pizza und Toast Hawaii das gleiche Schicksal wie dem „Zigeunerschnitzel“, meint das Schweizer online-Magazin nau.ch. Der Ausweg aus dem Dilemma: „Pizza Hawaii“ solle zukünftig „Pizza Ananas“ heißen, und auch der „Toast

Hawaii“ gehört als „Toast Ananas“ bestellt, so die Forderung der Schweizer Grupp, die sich „selbst organisierte Antirassisten“ nennt. Der Verweis des Namens auf die Inselgruppe im Pazifik bediene tiefkolonialistische Ressentiments.

Umfragen haben ergeben, dass die Pizza Hawaii nach der Salami-Variante tatsächlich die zweitbeliebteste Pizza Deutschlands ist und wir hoffen, dass unseren Lesern, auch nach der Lektüre dieses Artikels in Zukunft eine Pizza Hawaii wohl bekommt. Möge sie linken Spinnern im Hals steckenbeliben!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Rod Dreher: „Die Wokisten zerstören die Arbeitsplätze, die Unternehmen und den Ruf der Menschen, alles im Namen dessen, was sie soziale Gerechtigkeit nennen“

19. 10. 2021



Bildquelle: Breizh-info

Ein Interview von Yann Valerie (Breizh-info.com):

Breizh-info.com: Können Sie sich unseren Lesern vorstellen?

Rod Dreher: Ich bin ein 54-jähriger amerikanischer Schriftsteller aus dem Süden Louisianas, der sich für Religion, Kultur und Politik interessiert. Ich bin 2006 zum orthodoxen Christentum konvertiert, aber ich bin daran interessiert, Brücken zwischen traditionellen Christen aller Glaubensrichtungen zu bauen. Ich glaube, dass die Unterschiede zwischen uns wichtig sind, aber das Wichtigste in dieser nachchristlichen Ära ist, dass wir zusammenstehen und den Glauben und einander gegen Verfolgung verteidigen.

Mein früheres Buch, „Die Benedikt-Option: Eine Strategie für Christen in einer nachchristlichen Gesellschaft, stellte den heiligen Benedikt als Vorbild dafür dar, wie sich Christen darauf vorbereiten können, in einer nachchristlichen Zeit treu zu leben. Sie konzentriert sich vor allem auf die Bedrohung durch den inneren Zerfall der Kirchen und das Versagen, den Glauben an unsere Kinder weiterzugeben. Mein neues Buch, „Resisting the Lie“ („Der Lüge widerstehen“), ist im gleichen Geist geschrieben, konzentriert sich aber auf die Angriffe auf den Glauben und die Gläubigen von außen. Er ist nicht so sehr für das Problem des inneren Verfalls geschrieben, sondern für das der äußeren Verfolgung.

Breizh-info.com: Warum haben Sie das Buch „Der Lüge widerstehen, als dissidente Christen leben“ geschrieben?

Rod Dreher: Vor sechs Jahren erhielt ich einen Anruf von einem amerikanischen Arzt, der sagte, er wolle mit einem Journalisten sprechen. Die Mutter des Arztes war in den 1960er Jahren aus der Tschechoslowakei in die Vereinigten Staaten ausgewandert. Als junge Frau verbrachte sie Jahre im Gefängnis und wurde von der kommunistischen Regierung als „Spionin des Vatikans“ verurteilt – weil sie sich weigerte, nicht mehr zur Messe zu gehen. Sie erzählte ihrem Sohn, dem Arzt, dass die Dinge, die sie heute in Amerika sieht, sie daran erinnern, wie es in der Tschechoslowakei war, als der Kommunismus kam.

Das erschien mir extrem. Aber ich habe mir angewöhnt, Menschen, die aus kommunistischen Ländern nach Amerika ausgewandert waren, zu fragen, ob das, was sie heute in Amerika sehen, sie an das erinnert, wovor sie geflohen sind. Jeder einzelne von ihnen bejahte die Frage! Und sie sind wütend darüber, dass die Amerikaner ihnen nicht glauben wollen.

In meinem Buch erkläre ich, warum die Dinge, die sie sehen, real sind. Ich bin auch in die ehemals kommunistischen Länder Europas und Russlands gereist, um Christen zu befragen, die die Verfolgung und sogar das Gulag überlebt haben, und um sie um Rat zu fragen, wie wir uns darauf vorbereiten können, der kommenden Verfolgung standhaft im Glauben zu begegnen.

Breizh-info.com: Sie erklären in Ihren Büchern, dass in unserem Jahrhundert, in unserer Gesellschaft, ein neuer Totalitarismus entsteht, ein weicher Totalitarismus. Können Sie das erklären?

Rod Dreher: Wenn wir an Totalitarismus denken, denken wir an Stalin, die Gulags, die Geheimpolizei – die von George Orwell in „1984“ beschriebene Welt. Das ist nicht das, womit wir es heute zu tun haben, und das ist der Grund, warum so wenige Menschen diese neue Form des Totalitarismus verstehen. Wir haben eine „milde“ Form des Totalitarismus. Lassen Sie mich das erklären.

Eine totalitäre Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der nur eine einzige Ideologie existieren darf und in der alles im Leben ideologisch gemacht wird. Das ist es, was jetzt passiert, zumindest in meinem Land – und was in Amerika passiert, passiert schließlich überall. In den USA hat die Linke eine radikal illiberale Kulturpolitik betrieben, die von Rasse, Geschlecht und Gender besessen ist und versucht, die Gesellschaft nach ihren radikalen Überzeugungen umzugestalten. Wir nennen es ‚wokeness‘ – ein Wort, das das Gefühl widerspiegelt, dass diese Menschen aufgeklärt sind, während der Rest von uns in der Dunkelheit der Bigotterie schläft.

Die Wokisten sind völlig intolerant gegenüber jeglicher Opposition. Sie glauben nicht nur, dass diejenigen, die anderer Meinung sind, im Unrecht sind; sie glauben, dass sie böse sind

und vernichtet werden müssen. Sie zerstören die Arbeitsplätze von Menschen, ihre Unternehmen und ihren Ruf, alles im Namen dessen, was sie „soziale Gerechtigkeit“ nennen. Wenn Sie die Reden von Robespierre lesen, werden Sie den Geist dieser Tugendkrieger verstehen. Sie haben noch nicht die US-Regierung übernommen, aber sie haben alle wichtigen Institutionen der amerikanischen Zivilgesellschaft übernommen: die akademische Welt, die Medien, die Wirtschaft, den Sport, die Unterhaltung, das Recht, die Medizin, viele Kirchen – sogar die CIA und das US-Militär. Sie schaffen es, Amerika wieder in ein totalitäres, waches Land zu verwandeln, ohne die Regierung zu wechseln. Dies ist einer der Gründe, warum ich diesen neuen Totalitarismus „weich“ nenne. Es gibt keine Geheimpolizei, keine Gulags, keine Diktatoren – aber das Land wird mit sanfter Macht zu einem totalitären Staat umgebaut.

Ein weiterer Grund, warum ich es „weich“ nenne: All dieser Wahnsinn wird mit dem Mitgefühl für die Opfer gerechtfertigt. Diese Totalitaristen behaupten, sie müssten das Leben und die Freiheiten der Menschen zerstören, um LGBT- und rassische Minderheiten vor weißen Vorherrschern, Heterosexuellen und Christen zu schützen.

[Breizh-info.com](#): Wie werden die Christen, die christliche Identität, von diesem neuen Totalitarismus ins Visier genommen?

Rod Dreher: Zunächst einmal muss man verstehen, dass die Woks stark antiklerikal eingestellt sind, obwohl sie viele Kirchen in den USA übernommen haben. Sie teilen die gemeinsame Auffassung der heutigen Linken, dass Religion eine reaktionäre Kraft ist, die die Menschheit fesselt. Sie ignorieren die Tatsache, dass die Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre von schwarzen protestantischen Pastoren angeführt wurde, weil diese Tatsache ihrem Narrativ widerspricht.

Aber es gibt hier noch etwas Spezifischeres. Sie verachten die traditionellen Christen, weil wir nicht mit ihnen übereinstimmen, dass LGBT-Menschen etwas Gutes sind, etwas, das man fördern sollte. Ich kann gar nicht genug betonen, wie sehr Schwulenrechte und Gender-Ideologie den Wokismus definieren. Schauen Sie sich an, was diesen Sommer in Europa passiert ist. Die ungarische Regierung hat ein Gesetz verabschiedet, das besagt, dass LGBT-Propaganda nicht auf Kinder abzielen darf, und das die staatliche Kontrolle über die Sexualerziehung in Schulen durchsetzt, um dies zu verhindern. Ich persönlich unterstütze dieses Gesetz, aber ich verstehe, warum die Linken es nicht unterstützen.

Was haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union getan? Sie wurden wild! Der niederländische Premierminister versprach, Ungarn wegen dieses Gesetzes „in die Knie zu zwingen“. Ursula von der Leyen spricht in der Sprache des Krieges über zukünftige Strafen für Ungarn. Und das nur, weil Ungarn seine Kinder schützen und in einem sehr weichen Gesetz eine christliche Sichtweise von Sex und Homosexualität zum Ausdruck bringen will.

Schauen Sie sich an, was sie in dieser Hinsicht mit Ungarn machen werden. Daran können Sie erkennen, was auf alle traditionellen Christen zukommt.

[Breizh-info.com](#): Können Sie uns etwas über die „Woke tyranny“ in den Vereinigten Staaten erzählen? Wie erklären Sie sich die Tatsache, dass es jetzt auch in Frankreich und im Vereinigten Königreich ankommt?

Rod Dreher: Im Zeitalter des Internets ist das Lokale global. Das alles verbreitet sich über die sozialen Medien. Kürzlich sprach ich in Slowenien mit einem katholischen Mann, der von dem, was mit seiner Tochter geschieht, gequält wird. Er erzählte mir, dass sie 12 Jahre

alt war und Kontakt zu Jugendlichen in den Vereinigten Staaten aufgenommen hatte. Sie sagten ihr, sie müsse sich jetzt für ihre sexuelle Identität entscheiden, bevor die Biologie sie ihr vorschreibt. Man sagte ihr, dass sie eine von 26 verschiedenen Identitäten sein müsse. Der Vater erzählte mir, dass seine Tochter nur noch daran denkt und von der Angst gequält wird, eine falsche Entscheidung zu treffen. Ich bin mir sicher, dass so etwas in ganz Europa, ja sogar in der ganzen Welt passiert, dank der sozialen Netzwerke.

Sie wird auch von den Medien getragen, die beschlossen haben, dass der Wokismus die eigentliche Definition dessen ist, was es heute bedeutet, links zu sein. In Budapest ordnete der linke Bürgermeister eines Stadtviertels im vergangenen Frühjahr den Bau einer Statue zu Ehren von Black Lives Matter an. Ein Journalist fragte den Bürgermeister, was Black Lives Matter mit Ungarn zu tun habe? Sie erwiderte, dass wir alle gegen Rassismus sein müssen. Verstehen Sie, was hier geschieht? Diese spezifisch amerikanischen Themen werden von der Linken globalisiert. Und seien Sie sich darüber im Klaren: Sie werden gezwungen sein, sich zu kümmern.

Schließlich – und das ist wichtig – ist der Wokismus zur Ideologie der globalistischen Eliten geworden. In meinem Buch erkläre ich, dass Revolutionen in der Regel nicht von unten nach oben erfolgen. Sie entstehen, wenn die Eliten einer Gesellschaft revolutionäre Ideen annehmen und sie in ihren eigenen Netzwerken verbreiten. So war es auch beim Wokismus. Sie hat sich unter den angloamerikanischen Eliten schnell verbreitet, weil wir eine gemeinsame Sprache haben. Ich hoffe inständig, dass Frankreich diesen Kulturimperialismus bekämpfen kann, aber das hängt alles von den französischen Eliten ab. Die Geschichten, die ich von Schulen wie Sciences Po höre, sind sehr entmutigend.

Breizh-info.com: Wie können und sollten wir diese neue Ideologie bekämpfen? Gibt es irgendwelche Reaktionen in den Vereinigten Staaten?

Rod Dreher: Nun, wir müssen alles tun, um die politische Macht und die Macht des Staates zu nutzen, um dagegen anzukämpfen, aber die Wahrheit ist, dass wir uns nicht aus dieser Krise herauswählen werden. Es handelt sich um eine Kulturrevolution, die sich in einer liberalen demokratischen Ordnung vollzieht. Wir müssen den Mut finden, öffentlich Widerstand zu leisten, was bedeutet, dass wir bereit sind, für unsere Überzeugungen zu leiden. Wir dürfen nicht kapitulieren, nur um Probleme zu vermeiden.

Die traurige Lehre aus der Geschichte des kommunistischen Totalitarismus ist, dass sich die meisten Menschen anpassen, um Probleme zu vermeiden. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Wir müssen anfangen, kleine Gruppen zu bilden, um uns im Widerstand zu schulen und Netzwerke aufzubauen, um den Glauben am Leben zu erhalten, wenn die Verfolgung beginnt. Wir müssen verstehen, dass nicht alle Christen unsere Verbündeten und nicht alle Nichtgläubigen unsere Feinde sein werden. In meinem Buch zitiere ich einen christlichen Dissidenten aus der Zeit des Kommunismus, der sagt, dass es selten Menschen gibt, die mutig genug sind, sich dem Totalitarismus zu widersetzen. Wenn Sie sie finden, müssen Sie sie zu Verbündeten machen, auch wenn sie Ihre politischen oder religiösen Überzeugungen nicht teilen. Dies ist ein wichtiger Grundsatz, den wir verstehen müssen.

Ich habe dieses Buch Pater Tomislav Kolakovic gewidmet, einem katholischen Priester, der sich 1943 in Kroatien gegen die Nazis engagierte, aber fliehen konnte, als er hörte, dass die Deutschen kamen, um ihn zu verhaften. Er floh in die Slowakei und lehrte an der Katholischen Universität in Bratislava. Er sagte seinen Schülern, dass die Deutschen den Krieg verlieren würden – das war die gute Nachricht. Die schlechte Nachricht war, dass die

Sowjets ihr Land nach dem Krieg regieren würden, und das erste, was sie tun würden, war, die Kirche zu verfolgen. Pater Kolakovic sagte den Schülern, dass sie sich auf das Leben im Untergrund, im Widerstand, vorbereiten müssten.

Er richtete ein Netz kleiner Gruppen ein, die sich hauptsächlich aus Studenten zusammensetzten und sich trafen, um zu beten und darüber zu sprechen, was in ihrer Gesellschaft geschah. Sie besprachen, was zu tun war, und erstellten dann einen konkreten Aktionsplan. Innerhalb von zwei Jahren breitete sich ein Netz dieser Kolakovic-Gruppen in der gesamten Slowakei aus. Die slowakischen katholischen Bischöfe kritisierten ihn, weil er die Menschen grundlos beunruhige, aber Pater Kolakovic hörte nicht auf sie. Er verstand die kommunistische Mentalität und wusste, was passieren würde.

1948 kam es zu einem kommunistischen Putsch, und alles, was der Priester vorausgesagt hatte, trat ein. Das Kolakovic-Netzwerk wurde zur Struktur der Untergrundkirche, die den Glauben in den 40 Jahren der Verfolgung am Leben hielt. Ich will damit sagen, dass wir westlichen Christen heute mehr als alle anderen damit beginnen müssen, diese kleinen Gruppen und Netzwerke zu bilden, solange wir noch die Freiheit haben, dies zu tun. Wir leben in einer Kolakovic-Zeit.

In den Vereinigten Staaten gibt es nur sehr wenige Aktivitäten. Es gibt einen jungen Aktivisten namens Chris Rufo, der eine großartige Arbeit im Kampf gegen die so genannte Kritische Rassentheorie leistet, die Ideologie hinter dem Rassismus, die so viele amerikanische Institutionen übernommen hat. Aber die meiste Zeit wehren sich die Amerikaner nicht. Sie scheinen nicht zu begreifen, wie radikal das ist, oder sie denken, dass sie nur die Republikaner wählen müssen, und alles wird wieder normal. Dies ist eine gefährliche Illusion.

Breizh-info.com: Sie bezeichnen sich selbst als christlichen Dissidenten. Was soll das bedeuten?

Rod Dreher: Es bedeutet, dass ich ein Christ bin, der sich gegen die vorherrschende Ideologie unserer nachchristlichen Gesellschaft stellt. Viele Christen tun dies natürlich, aber ich denke, es ist wichtig, dass wir anfangen, das Etikett „Dissident“ für uns in Anspruch zu nehmen, um auf den totalitären Charakter des Regimes hinzuweisen. Denken Sie an Solschenizyn, Havel, die Mutter des amerikanischen Arztes, der mich 2015 zum ersten Mal anrief. Wenn wir uns mit ihnen identifizieren, können wir besser verstehen, was hier und jetzt wirklich passiert.

Breizh-info.com: Haben Sie eine Botschaft an die Menschen in Europa, die Ihre Bücher lesen?

Rod Dreher: Sie sind das Herzstück der westlichen Zivilisation. Wir sind dabei, diese Zivilisation sehr schnell zu verlieren. Sie stehen in diesem Krieg an vorderster Front. Es hängt so viel von Ihrer Vision und Ihrem Mut ab. Bitte, kämpft! Geben Sie nicht auf! Gleichzeitig sollte man aber den politischen Kampf nicht mit dem religiösen Kampf verwechseln. Für das Christentum ist es wichtiger, diese kommende Finsternis zu überleben. In „Die benediktinische Wette“ und „Widerstand gegen die Lüge“ geht es mir um das Überleben des Glaubens, nicht um das Überleben der liberalen Demokratie. Wir befinden uns bereits mitten in einem neuen dunklen Zeitalter. Es gibt keinen Ausweg. Der heilige Benedikt bietet uns einen Weg an – aber wir müssen bereit sein, zu leiden. Das ist eine harte Wahrheit.

Ich bin kein Optimist, aber ich habe Hoffnung. Worin besteht der Unterschied? Der Optimist glaubt, dass sich alles zum Besten wenden wird. Aber das ist einfach nicht wahr. Wenn das wahr wäre, gäbe es keine Märtyrer. Ein hoffnungsvoller Christ hingegen wünscht sich, dass sich alles zum Guten wendet, aber er weiß, dass das Leben tragisch ist. Aber er weiß auch, dass, wenn wir unser Leiden mit Jesus Christus vereinen, Gott es nutzen kann, um uns zu läutern und die Welt zu erlösen. Christus ist unser Vorbild. Die Märtyrer sind unser Vorbild. Auch dies ist eine schwer zu akzeptierende Wahrheit, aber es ist besser, die harte Wahrheit zu akzeptieren, als mit einer bequemen Lüge zu leben.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Die globalistischen Eliten greifen das Einfamilienhaus an

Von Francesca de Villasmundo

20. 10. 2021



Bildquelle: MPI

„In zehn Jahren wirst du nichts mehr besitzen ... und du wirst glücklich sein.“

Das ist der Wunsch von Davos-Guru Klaus Schwab, und er wird in der westlichen Welt in Form des Great Reset für eine „Welt danach“, die durch die aktuelle Coronavirus-Krise vorangetrieben wird, schnell Wirklichkeit. Die kleinen Marionetten der Globalisten sind von Madrid über Frankreich bis nach Berlin am Werk.

Keine Eigenheime mehr, keine unbefristeten Verträge, Rente mit 70: Der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez hat im Mai seinen Plan für 2050 vorgestellt. Hundert Experten haben ein Jahr lang daran gearbeitet, Spanien in 30 Jahren zu einem der modernsten und wohlhabendsten Länder der Europäischen Union zu machen. Die Zeitung *El Mundo* kommt zu dem Schluss, dass die Spanier nach Sanchez' Plan im Jahr 2050 weder ein eigenes Auto noch ein eigenes Haus haben werden und sich eine Wohnung teilen müssen. Sie werden gezwungen sein, für kurze Strecken auf das Flugzeug zu verzichten und die Bahn zu benutzen. Was die Beschäftigung anbelangt, so sind sie selbständig oder haben einen befristeten Arbeitsvertrag und müssen möglicherweise bis zu ihrem 70. Lebensjahr arbeiten. Sie müssen weniger Fleisch essen und mehr Steuern für Alkohol und Rauchen zahlen. Für Pedro Sánchez, der diesen 675 Seiten umfassenden Plan mit dem Titel „Spanien 2050, Grundlagen und Vorschläge für eine langfristige nationale Strategie“ vorstellte, der zum kollektiven Nachdenken über die Herausforderungen des Landes nach der Pandemie einlädt, um zu wissen, was für ein Land „wir in 30 Jahren sein wollen“, ist diese dystopische Zukunft mit sowjetischem Einschlag idyllisch.

Am vergangenen Donnerstag äußerte sich Emmanuelle Wargon, die französische Wohnungsbauministerin, im gleichen ideologischen, ökologisch-kommunistisch-kompatiblen Ton: Einfamilienhäuser, „dieser Traum, der in den 1970er Jahren für die Franzosen gebaut wurde“, „dieses Modell der Urbanisierung, das vom Auto abhängt, um sie zu verbinden“, seien „ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Unsinn“. „Das Modell der Gartenpavillons ist nicht nachhaltig und führt uns in eine Sackgasse“, argumentierte sie. „Wir müssen den Kulturkampf gewinnen, der darin besteht, die Intensität der Zersiedelung, das Kollektiv dem Individuum und die Nüchternheit des Bodens der Künstlichkeit des natürlichen Bodens vorzuziehen. Dafür sind die Qualität und die Ästhetik der Wohnungen, insbesondere der Gemeinschaftsunterkünfte, von entscheidender Bedeutung“, erklärt sie. Im Namen der zukünftigen grünen Wirtschaft, dem Green New Deal, der von den globalistischen Eliten auferlegt wurde, muss der Übergang vom Eigentümer zum Mieter in einem kollektiven Gebäude und der Verzicht auf ein eigenes Auto der neue „Traum“ der Franzosen werden...

Eine ideologische Ex-Eigentümerschaft, die von Schwab und seinen Kumpanen theoretisiert wurde und in Berlin bereits Realität wird. Die Berliner stimmten am Sonntag, den 26. September, in einem Volksbegehren mit 56,4 % für die Enteignung der großen Immobilienkonzerne. Sie beschlossen, die Wohnungen der größten Immobiliengesellschaften zusammenzulegen, indem sie grünes Licht für die Enteignung von Hunderttausenden von Wohnungen zu Preisen weit unter dem Marktpreis gaben. Auch wenn dieses Projekt vorerst nur die großen Immobilienkonzerne betrifft, hat dieser Vorschlag nach „sowjetischem Vorbild“, „Stehlen statt Bauen“, mit dem Great Reset sicherlich eine große Zukunft vor sich, und das nicht nur in Deutschland.

Das bevorstehende Ende der Eigentumsrechte wird jedoch nicht für das Establishment des Davos-Forums, sondern ausschließlich für die Massen gelten, die sich in einen gemeinsamen „kollektiven Lebensraum“ zwingen müssen, mit dem zusätzlichen Bonus der digitalen Überwachung ihres Privatlebens, wofür der Gesundheitspass ein Vorbote ist.

Dieser neue Kommunismus, der noch schlimmer ist als der vorherige, ist dank des planetarischen Coronafolios unter dem Deckmantel der nachhaltigen Entwicklung und des Schutzes des Planeten Erde in der westlichen Welt im Gange.

„In zehn Jahren wirst du nichts mehr besitzen... und du wirst glücklich sein.

Wirklich?

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Jaime Nogueira Pinto: „Es ist eine absurde Idee zu glauben, dass der Markt Demokratie bringt“

Von Álvaro Peñas

19. 10. 2021



Jaime Nogueira Pinto · Bidquelle: Wikipedia (cc)

Jaime Nogueira Pinto hat einen Abschluss in Rechtswissenschaften von der Universidade Clássica de Lisboa und einen Dokortitel in Politikwissenschaften vom Instituto Superior de Ciências Sociais e Políticas der Universidade Técnica de Lisboa. Er lehrte Politikwissenschaft und internationale Beziehungen am Instituto Superior de Ciências Sociais e Polícas, der Universidade Católica, der Universidade Lusíada und der Universidade Autónoma. Er ist Mitglied der Heritage Foundation (Washington DC), des Institute of Political Studies (Bendern, Liechtenstein), des Circle (London) und Mitglied der Real Academia de Ciencias Morales y Políticas (Madrid).

Jaime Nogueira Pinto war eine führende Persönlichkeit der politischen und kulturellen Rechten Portugals, Gründer der Zeitschriften „Política e Futuro Presente“, Herausgeber der Zeitung „O Século“ und Verwalter von „Bertrand“. Er schreibt regelmäßig Beiträge für die Presse und verschiedene audiovisuelle Medien und ist Autor von Büchern über zeitgenössische portugiesische Geschichte, Politikwissenschaft und internationale Beziehungen. Sein neuestes Buch, „Hegemonie – 7 Duelle um die Weltmacht“, veröffentlicht von Editorial Crítica (Grupo Planeta), ist soeben erschienen.

Álvaro Peñas: Sie stellen diese Woche Ihr neues Buch „Hegemonie“ vor.

Jaime Nogueira Pinto: Ja, am Dienstag, den 19. Oktober im Corte Inglés in Lissabon. Ich werde von zwei Experten für chinesische Investitionen in Portugal begleitet, denn im letzten Teil des Buches geht es um den sich abzeichnenden Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China. Die Vereinigten Staaten als dominierende Macht und China als aufstrebende Macht.

Álvaro Peñas: Der kommende Konflikt...

Jaime Nogueira Pinto: Graham Allison schrieb in „Die Thukydides-Falle“, dass immer dann, wenn eine dominante Macht auftritt und eine aufstrebende Macht auftaucht, der Zusammenstoß, der Krieg, praktisch unvermeidlich ist. In Allisons Buch ist es merkwürdig, dass eines der von ihm angeführten Beispiele für vermiedene Kriege der Fall Spaniens und Portugals am Ende des 15. Mit dem Vertrag von Tordesillas wurde eine vorherige Aufteilung der Eroberungen und der Schifffahrtswege vorgenommen und so eine Konfrontation vermieden, die die Expansion beider Länder begünstigte. Das ist interessant, aber sie sprachen über Dinge, die erst noch kommen sollten. Es ist immer einfacher, Dinge früher zu regeln, als wenn sie bereits bestehen.

Das ist nicht mein Ansatz, obwohl er auch bei Thukydides zu finden ist. Thukydides spricht von den Triebkräften des menschlichen Handelns: Furcht, Ehre und Gier. Angst ist eine Triebfeder, Menschen und Politiker haben Angst. Die Furcht Spartas vor der aufstrebenden Macht Athens war der Auslöser für den Peloponnesischen Krieg. Ehre, das Streben nach Ruhm, das wir in den Kriegen großer Eroberer wie Alexander, Cäsar, Napoleon und sogar Hitler beobachten können. Und schließlich die Gier, die von den großen wirtschaftlichen Interessen vertreten wird, eine rationalere Art, einen Konflikt zu erklären. Ich habe versucht zu erklären, wie diese drei Elemente sieben große Konflikte beeinflusst haben, die ich als Duelle bezeichnet habe: den Peloponnesischen Krieg, die Punischen Kriege, die Kriege Karls V. gegen die Franzosen, die Protestanten und die Türken, die französisch-englischen Kriege im 18. Jahrhundert, die deutschen Kriege, den Kalten Krieg und nun diesen Konflikt, der jetzt beginnt.

Bei Konflikten gibt es immer eine Mischung aus mehreren Faktoren, und das ist das Thema meines Buches. Was gibt es an wirtschaftlicher Rationalität, was gibt es an Ehre oder Ruhmesstreben und was gibt es an Angst in den Führern und in den Menschen. Alle Ideologien, die versuchen, die treibenden Kräfte des menschlichen Handelns auf einen einzigen Grund zu reduzieren, sind sehr gefährlich. Der Marxismus zum Beispiel mit seiner Reduzierung auf die ökonomische Frage und die Klassenspaltung. Natürlich gibt es Klassen und soziale Konflikte, das ist für das Studium der Geschichte sehr wichtig, aber es ist nicht die einzige Erklärung. Wir dürfen nicht in diese Falle tappen.

Álvaro Peñas: Was wird Ihrer Meinung nach in diesem zukünftigen Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China mit Europa passieren?

Jaime Nogueira Pinto: Europa, die EU, wollte schon immer das Beste von beiden Seiten haben: Geschäfte mit China und militärischen Schutz vor den USA. Dies wird nicht möglich sein, und die USA werden die EU um eine Entscheidung bitten. Der natürliche Pfeiler der europäischen Verteidigung war Russland, ein christlich-orthodoxes Land, das jedoch aus ideologischen Gründen abgelehnt wurde. Außerdem ist es Russland gelungen, mit einer Wirtschaft, die an 17. oder 18. Stelle in der Welt steht, dank militärischer und energiepolitischer Faktoren zu einer Großmacht zu werden. Und, was sehr wichtig ist, es ist ein Land, das seine Verbündeten rettet. Putin hat Al-Assad in Syrien gerettet, er war sein Verbündeter und hat ihn in der schlimmsten Zeit unterstützt. Die Geringschätzung Europas und Bidens gegenüber Russland ist ein schwerer geopolitischer Fehler.

Álvaro Peñas: Aber Russland hat sich an China gewandt.

Jaime Nogueira Pinto: Ja, aber historisch gesehen gab es nicht viele Gründe. Sie sind Nachbarn, haben völlig unterschiedliche Kulturen und sind in der Vergangenheit auch militärisch aneinandergeraten. Während des Kalten Krieges unterstützten die Chinesen die USA bei der Isolierung der Sowjetunion. Es gab also keine Grundlage für eine gute Verständigung, aber diese ganze politisch korrekte Ideologie trieb Russland in die Arme Chinas.

Eine sehr schöne Ideologie, aber dann ist es ihnen egal, wenn die Taliban, die die Menschenrechte, die Frauen und die Homosexuellen nicht besonders achten, Afghanistan übernehmen. Es gibt jetzt eine Art Kampagne, um die „guten Taliban“ zu zeigen und zu behaupten, dass sie sich sehr verändert haben, aber es ist klar, dass sie sich überhaupt nicht verändert haben. Es ist eine Schande für unsere Welt, diese manichäische Rhetorik von „wir sind die Guten, wir sind die Reinen, wir sind die Verteidiger der Menschenrechte“. Und jetzt geht es nicht nur um Menschenrechte, sondern auch um die Rechte von Tieren, und bald werden wir auch die Rechte von Pflanzen und Steinen haben. Das Schlimmste ist, dass die politischen Entscheidungen mit diesem Wahnsinn im Hinterkopf getroffen werden.

Álvaro Peñas: Eine Figur, die sich all dem widersetzt und politisch immer mehr an Bedeutung gewinnt, ist der ungarische Premierminister Viktor Orbán.

Jaime Nogueira Pinto: Ja, ich habe ihn in Porto für die Wochenzeitschrift „Expresso“ interviewt. Ich habe ihn vor einigen Jahren kennengelernt, und er ist eine Figur, die den Widerstand gegen all das in den Mittelpunkt stellt, indem er volksnahe, nationale, konservative und religiöse Werte und wirtschaftliche Freiheit gut miteinander verbindet. Ich denke, er macht seine Sache gut, und er befasst sich mit dem Aspekt des Kulturkampfes, den ein großer Teil des rechten Flügels immer wieder verachtet.

Orbán packt die großen Themen an, wie den demografischen Niedergang Europas, den er mit Maßnahmen zur Förderung der Geburtenrate bekämpft. Und vor allem hat er eine Eigenschaft, er hat keine Angst, Dinge zu sagen, schwarz ist schwarz und weiß ist weiß. Das macht den Unterschied und versetzt ihn in eine strategisch und ideologisch richtige Position. Bei den aufstrebenden nationalen oder rechtsgerichteten Kräften gibt es zwei Arten von Familien: eine eher populistische, die durch den wirtschaftlichen Niedergang Europas, die Verlagerung von Industrien und die wirtschaftlichen Verluste der Mittel- und Arbeiterklasse aufgrund der Globalisierung sehr erregt ist, und eine traditionellere, die mehr an christlichen Familienwerten festhält und eher konservativ ist. Orbán bildet ein gutes geometrisches Zentrum für die beiden Strömungen, für das, was man die nationale Rechte Europas und der westlichen Welt nennen könnte.

Álvaro Peñas: Was halten Sie von Chega?

Jaime Nogueira Pinto: Ich bin nicht von der Chega, aber ich denke, dass sie eine gute ausgleichende Rolle auf der rechten Seite in einem politischen System spielen, das sehr links ausgerichtet ist. Deshalb halte ich ihre Arbeit für positiv. Das große Problem in Portugal ist, dass mit der Revolution das politische System und vor allem die politischen Werte nach links gedriftet sind. In den Jahren ,74 und ,75 wurden die Versuche, rechte Parteien zu gründen, manu militari liquidiert. Parteien wie die Fortschrittspartei, die der akademischen Rechten entstammte, wurden verboten und ihre Führer landeten im Gefängnis oder im Exil. Und alle Rechtsextremisten wurden, wie in meinem Fall, zu Präventivhaft verurteilt oder mussten das Land für mehrere Jahre verlassen. Der im System zugelassene rechte Flügel war die Rechte der Linken. Dies ist ein sehr wichtiger Begriff, um das politische System Portugals zu verstehen. Ein System, das Chega durchbrochen hat und das sein Verdienst ist.

Álvaro Peñas: In Spanien war es dasselbe, bis VOX auftauchte.

Jaime Nogueira Pinto: Natürlich war es das. Und da in Spanien die nationale Einheit in Frage steht, haben sich die Menschen viel schneller mobilisiert. In anderen Ländern war es eine Frage der nationalen Identität mit Einwanderungsproblemen. In Portugal haben wir nichts von alledem. Was wir haben, ist immer noch das Ergebnis einer linken Revolution, die jede intellektuelle oder wertebasierte Antwort zunichte gemacht hat.

Álvaro Peñas: Es ist klar geworden, dass Fukuyama sich geirrt hat, aber das ist nicht das Ende der Geschichte.

Jaime Nogueira Pinto: Ich habe Fukuyama mehrmals auf Konferenzen getroffen und er war sogar hier in Portugal, und selbst dann habe ich mit ihm darüber diskutiert, dass die Geschichte nicht zu Ende ist. Ich glaube, es war ein Kommentar zu Hegel. Man muss mit diesen deutschen Philosophen vorsichtig sein, denn sie sind sehr verführerisch, sie regen sich über den Lauf der Geschichte auf und ziehen los wie Don Quijote gegen die Windmühlen, aber man muss den Konsens von Sancho haben, den gesunden Menschenverstand. Fukuyama war am Ende des Kalten Krieges überzeugt, er war begeistert von den Märkten, weil jeder eine Menge Geld verdienen würde und die Theorie leicht zu verstehen war. Und die Menschen mögen es, wenn ihnen jemand den Schlüssel zum Verständnis der Welt gibt. „Sehen Sie, die Welt funktioniert jetzt, weil alles Demokratie und Markt sein wird“, oder wenn man Ihnen sagt, dass etwas aus irgendwelchen ideologischen Gründen oder Verschwörungstheorien nicht funktioniert. Wie lautete die Diagnose im Fall von China? Es fängt an, reiche Männer und eine Mittelschicht zu haben, also wird es eine Demokratie sein. Dies wurde gesagt, weil sie nicht einmal sahen, dass es eine Reihe von autokratischen und sogar autoritären Regimen gibt, in denen es eine Marktwirtschaft und eine einzige Partei gab. Es ist eine absurde Vorstellung zu glauben, dass der Markt Demokratie bringt.

Álvaro Peñas: Das erinnert uns an den Marxismus.

Jaime Nogueira Pinto: Natürlich. Der amerikanische Kapitalismus und seine Werte sind eine Parallellform des zielstrebigsten Marxismus. Die Mentalität der großen Millionäre ist der der Marxisten sehr ähnlich: eine globalistische Herrschaft mit ein oder zwei wesentlichen Regeln und einer völligen Missachtung der nationalen und familiären Identität sowie der religiösen Werte. Nichts interessiert sie, der Markt wird alles lösen und liquidieren.

Álvaro Peñas: Aus diesem Grund übernimmt der Globalismus alle Thesen der modernen Linken.

Jaime Nogueira Pinto: Ja, es gibt eine objektive Allianz. Außerdem war Marx ein großer Bewunderer und Enthusiast der zerstörerischen Kraft des Kapitalismus, und er sagte, dass der Kapitalismus sich selbst zerstören würde. In diesem Sinne denke ich, dass diejenigen von uns, die glauben, dass die Welt mit Nationalstaaten, mit vom Staat unabhängigen Familien, mit religiösen Werten, mit der Freiheit, auch Dummheiten zu sagen, ein besserer und freierer Ort ist, dafür kämpfen müssen.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Interview mit Yann Valerie von Breizh-Info

15. 10. 2021



Yann Valerie · Video Screenshot

Die alternativen Medien sind zu einem wichtigen Bestandteil der Informationsverbreitung geworden. Die alternativen Medien äußern sich jedoch nur selten über sich selber, daher veröffentlichen wir hier das aktuelle Interview von Grégory Roose (Paris Vox) mit Yann Valerie, dem Chefredakteur von Breizh-Info, einem unserem Partner in der Europäischen Medienkooperation.

Übersetzung des Interviews (leicht gekürzt):

Grégory Roose: Guten Abend an alle Zuhörerinnen und Zuhörer.

Es geht uns heute vor allem um ein Thema, das uns den ganzen Abend über beschäftigen wird, das der „Mediakratie“. Es geht um die endgültige Übernahme der Medien durch Metapolitik und Lobbyismus. Die Medien, die vor einigen Jahren noch als die 4. Macht bezeichnet wurden, gibt es heute nicht mehr. Zunächst möchte ich Sie bitten, sich denjenigen, die Breizh-info noch nicht kennen, vorzustellen. Was ist Breizh-infos Und wie sind Sie auf die Idee gekommen, eine Medium wie Breizh-info zu gründen? Was ist das Ziel?

Yann Valerie: Zunächst einmal danke ich Ihnen für Ihre Einladung. Wir haben Breizh-info im Jahr 2013 gegründet. Ich war ursprünglich für längere Zeit ein politischer Aktivist. Ich bin 37 Jahre alt und engagiere mich in der Politik, seit ich 16 oder 17 war. Breizh-info haben wir gegründet, weil wir ein bretonisches Medium schaffen wollten, das ein Gegengewicht zu Ouest-France oder Le Télégramme darstellt. Wir hatten nämlich bei unseren Opponenten den Eindruck, dass es sich zwar um tägliche Informationen handelte, welche die ganze Bretagne betrafen, aber es waren keine Informationen, die wirklich dem entsprachen, was in der Realität geschah. So haben wir dieses neue Medium ins Leben gerufen, das gewissermaßen die Nachfolge von Novopress.info antrat. Tatsächlich war Novopress meine erste journalistische Erfahrung, eine sehr gute Erfahrung. Wirklich, der Anfang, die Anfänge der Re-Information? Doch es ging um mehr: wie kann man alternative Medien einrichten? Wie kann man versuchen, einen Gegendiskurs zum vorherrschenden Mainstream-Mediendiskurs zu führen?

Wir hatten ein kleines Team zusammengestellt, das mehr und mehr professionell wurde. Ich bin nicht als Journalist ausgebildet worden. Ich habe es bei der Arbeit gelernt. Ich habe versucht, mich an den Berufskodex anzupassen. Und heute, 8 Jahre später, können wir Bilanz ziehen und die Informationen zusammenfassen: 12 bis 15.000 Besucher pro Tag. Breizh-info ist mittlerweile ein Medium, das nicht mehr nur regional, sondern sowohl national als auch international ist. Etwa 40 Prozent unserer Nachrichten handeln von der Bretagne, also wirklich bretonischen Nachrichten. Und dann haben wir etwa 60 Prozent nationale oder internationale Nachrichten. Wir haben auch eine Reihe von täglichen Artikeln in Bretonisch und sind wahrscheinlich das Medium, das die meisten Artikel in bretonischer Sprache veröffentlicht. Das ist sehr wichtig für die Pflege und den Erhalt der bretonischen Sprache. Wir publizieren zwischen 10 und 15 Artikel pro Tag. Darüber hinaus republizieren wir auch häufig Videos von Initiativen, die wir interessant finden.

Unser Videokanal und wir versuchen, all jene zu unterstützen, die alternative Arbeit oder interessante, nicht-sektiererische Arbeit leisten. Dazu gehören auch Interviews. Ich führe schon seit einigen Jahren Interviews mit Politikern, Historikern, Kultur- und Sportgrößen. Es geht hier wirklich sehr offen zu, und das war schon immer das Ziel von Breizh-info. Wir versuchen immer, so viele Menschen wie möglich zu erreichen. Dazu möchte ich sagen, dass ich schon immer ein Unruhestifter war. Ich mag Debatten, ich mag Meinungsfreiheit, ich mag es, wenn ich sagen kann, was ich sagen will. Und ich lasse auch gerne andere

sagen, was sie sagen wollen, auch wenn sie mich kritisieren, auch wenn sie vielleicht nicht im Einklang mit der redaktionellen Linie von Breizh-info stehen. Ich denke, dass es eine Formel ist, die funktioniert. Zwischen 12 und 15.000 Besucher pro Tag zu haben, ist es sehr schön, wenn auch bescheiden, aber wir haben damit ein Ziel erreicht, dass wir wahrgenommen werden. Wir sind mittlerweile etwa dreißig Mitarbeiter, die auf einer täglichen Basis arbeiten. Dabei gehen wir unseren eigenen Weg und verhindern, dass wir sich im Kreis drehen. Dazu gehört auch immer ein kleiner Hauch von Frechheit, den wir mögen. Weil wir so sind, wie wir sind. Wir sind Menschen, die offen für Diskussionen sind, die aber auch gerne dort ansetzen, wo es weh tut.

Für diejenigen, die keine Vorstellung davon haben, was 15.000 Besucher pro Tag bedeuten: Die regionale Tagespresse umfasst viele Websites, aber es gibt nur sehr wenige schlechte Seiten, die es schaffen, große Besucherzahlen zu erreichen. Unter den kleineren regionalen Tageszeitungen – ich spreche hier nicht von Ouest-France oder La Voix du Nord – gibt es solche, die nur 15.000 Besucher pro Monat haben! Unser Hautziel ist jedoch immer. unsere Unabhängigkeit zu bewahren.

Uns gibt es nun schon seit acht Jahren. Unser Redaktionsteam ist vielfältig, das heißt, es setzt sich aus Menschen mit unterschiedlichen Ansichten zusammen. Darüber hinaus haben wir eine redaktionelle Linie, die klar ist und die eher eine Richtlinie ist. Man könnte sagen, es ist eine Identitätslinie, es ist eine bretonische Linie und eine französisch-europäische Linie. Es gibt, so möchte ich sagen, viele Menschen, die sich darin wiederfinden. Ferner versuchen wir vielfältig zu sein, wir sind nicht nur ein politisches Medium, sondern auch ein Kulturmedium und ein Sportmedium. Ich selber schreibe zum Beispiel viele Artikel über den Radsport, über Rugby (etwa über Abel Mestre). Wir hatten sogar eine Partnerschaft mit dem Rugby-Club von Vannes. In Wirklichkeit ging es nur darum, einen Verein zu unterstützen, der sich im Aufschwung befindet.

Grégory Roose: Aber haben Sie Probleme mit der Neutralität? Manche da draußen sehen das so.

Yann Valerie: Wir haben eine Menge Probleme. So konnte nicht ausbleiben, uns in der Hand der extremen Rechten zu sehen.

Aber ja, wir sind ein ziemlich eklektisches Medium. Wir sind ein Medium, das sich bemüht, alle zum Reden zu bringen. Unser Prinzip ist es, jeden zu Wort kommen zu lassen, jedem die Fragen zu stellen, die er stellen möchte, und mit jedem zu sprechen, der mit uns sprechen möchte. Er kann im Gegenzug antworten, was er will. Und ich denke, wir haben auch eine neue Form von Journalismus gefunden, im Gegensatz zu solchen Journalisten, die Sie 20 Minuten lang interviewen und dann zwei Minuten des Interviews zurückbehalten und diesen Rest womöglich so bearbeiten, dass es Ihnen peinlich ist. Wenn ich mit jemandem ein 20-minütiges Interview führe, werde ich diese 20 Minuten ausstrahlen, und es wird kein einziges Wort herausgenommen. Darüber hinaus werden wir sie sogar vorher Korrektur lesen lassen. Denn ich denke, dass unsere Leser alt genug sind, um dies zu tun. Die Meinung der befragten Person zählt, was auch immer es ist, wir sind danicht voreingenommen.

Wenn ich Ihnen in einem Punkt widerspreche, dann ist es der, dass wir nie vorgeben, ein neutrales Medium zu sein. Für mich gibt es im Journalismus keine Neutralität. Ich spreche nicht von Neutralität, sondern von intellektueller Ehrlichkeit. Ich denke, dass wir ehrlich sind. Im Nachhinein hat man uns ein paar Fehler vorgeworfen, aber wir haben diese zutreffendenfalls auch zugegeben. Wir sind für einige Fake News stigmatisiert worden, aber wir haben uns immer bemüht, das zurückzunehmen und unsere Fehler einzugestehen. In

Rückschau scheint es mir, als hätten wir nie zu viel Dummes gesagt. Der beste Beweis dafür ist, dass es uns seit acht Jahren gibt. Wir hatten noch nie einen Prozess, wir hatten noch nie einen Rechtsstreit. Und warum? Selbst in der Fülle der radikalsten Themen haben wir nie gelogen. Wir haben die Information nicht erfunden. Wir haben uns auch noch nie über unsere Leser lustig gemacht. Denn sonst wären wir keine neutralen Medien mehr. Wir sind ein Medium mit einer redaktionellen Linie, die eine Identitätslinie ist. Diese Linie ist stimmt mit vielen anderen Medien der alternativen Presse überein. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass wir als Netzwerk arbeiten. Wir versuchen, uns gegenseitig zu helfen. Ich unterstütze alle Initiativen, die ich für unterstützenswert halte. Danach wählen wir unsere Informationen aus.

Ich sehe nie fern. Und wenn man eine Woche lang die Nachrichten auf France 2 sieht, ist das furchtbar, wenn man sich die 3, 4, 5 Hauptthemen notiert, über die eine halbe Stunde lang berichtet wird. Es wird behauptet, dass derjenige, der nur das sieht, nicht die gleiche Sicht auf die Nachrichten hat wie derjenige, der täglich das Internet beobachtet. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass die meisten Menschen, die in einem anderen Bereich als dem des Internets arbeiten, als einzige Informationsquelle entweder die 8-Uhr-Nachrichten oder ihre Tageszeitung haben. Wenn dadurch die Informationen verzerrt werden, entsteht eine völlig verzerrte Realität. Wir haben im Grunde nur versucht, das Gleichgewicht wiederherzustellen. Ich sage unseren Lesern jedoch immer wieder, sie sollen nicht nur Breizh-info lesen. Genauso wie man nicht nur Le Monde lesen sollte, genauso wie man nicht nur zu Fdesouche gehen sollte, um eine aktuelle Presseschau zu lesen, denn das würde bedeuten, in einen Teufelskreis zu geraten. Jeden Morgen, wenn ich meine eigene Presseschau mache, lese ich Le Monde, lese ich Mediapart, lese ich die News 20. Ich lese auch die alternative Presse, aber ich beschränke mich nicht auf eine bestimmte Sphäre, auf einige wenige Medien. Das ist meine politische oder ideologische Sensibilität ist, um nicht in eine Sackgasse und eine Leere zu geraten

Jeder, der nur die Nachrichten jeden Abend von 19 bis 20 Uhr sieht, ist ideologisch voreingenommen, wenn er sich nicht auch anderweitig umschaute. Was kann die alternative Presse dazu beitragen? Mit dem Aufkommen des Internets gab es eine Menge kluger Köpfe, die auf unabhängigen Plattformen zu arbeiten begannen. Und dann gab es noch die Re-Information, die vor allem von Jean-Yves Le Gallou initiiert wurde, der ein äußerst brillanter Kopf ist und klar definiert hat, wie der Kampf um echte Information aussehen sollte.

Im Grunde sagte er, dass wir kleine Schiffe sein müssten, kleine Piratenschiffe, die sich in das System einhacken, das System bombardieren und seine Presse angreifen müssten, die sich damals noch nicht an das Internet angepasst hatte. Das war vor den 2010er Jahren. Ab 2010 begannen wir, die Mittel und das Paket zu schnüren und dank der alternativen Presse Themen durchzusetzen, aber auch dank bestimmter politischer Gruppen der Medienberichterstattung Themen aufzuzwingen, die sonst unterdrückt worden wären – die Frage der Einwanderung, die Frage der Islamisierung und so weiter. Diese Themen waren tabu. Es waren Tabuthemen, die vor allem dank der alternativen Presse, zu der wir gehören, durchbrochen wurden. Aber wie gesagt, wir sind nur ein Schiff in der Galaxie der alternativen Medien. Einerseits ist es uns gelungen, der Mainstream-Presse eine bestimmte Anzahl von Themen aufzuzwingen. Und zweitens haben wir sowohl die Mainstream-Presse als auch die Behörden gezwungen, darauf einzugehen, was allerdings auch bedeutet, dass die Behörden seit mehreren Jahren zum Gegenangriff übergegangen sind. Sie sahen ein, dass sie veraltet waren. Sie waren in Bezug auf die Einflusstategie veraltet. Und so begannen sie, ihren Joker einzusetzen, den Joker der Zensur, der Bestrafung und der Justiz. Wir haben aber auch alle Fehler der Allianzen zwischen den Mainstream-Medien und den GAFAMs gesehen, da die MSM in Panik geraten ist und sich mit den Transnationalen verbündet hat.

Google: Sie wissen schon. Sich anzumaßen zu entscheiden, wer die Wahrheit sagt und wer nicht. Wir haben diese ganze Gegenoffensive in den letzten 2, 3, 4 Jahren erlebt. Es war auch ein Schlag ins Gesicht für uns, weil uns die Zensuren getroffen haben. Aber es gab auch eine Art von Gegenangriff, wieder einmal von Piratenschiffen her, die die Matrix so verdorben hatten, dass das System letztlich völlig korrumpiert war. Die heutigen Nachrichten könnten nicht existieren ohne die Arbeit, die in den letzten 10 Jahren von den Re-Information-Medien her geleistet wurde.

Oder Twitter- und Facebook-Konten, die geschlossen wurden oder bei denen die vielzitierten „Algorithmen“ angewendet wurden. Es gibt eine ganze Reihe von Medien, die darunter gelitten haben; sie erlitten einen Verlust der Sichtbarkeit von manchmal 50% und mehr. Gibt es eine Möglichkeit, dieser Zensur entgegenzuwirken, die sehr schleichend und langsam eingeführt wird, und zwar unter dem Deckmantel von fadenscheinige Gründen?

Es ist drei Jahre her, dass Breizh-info bei Facebook bei 25.000 Anhängern gesperrt wurde. Wir wurden blockiert, und wir wurden auch aus den Google News entfernt. Mit anderen Worten: Wir sind zwar immer noch da, aber wir treten nicht mehr in anderen Medien auf, wie das jahrelang der Fall war. Aber es gibt auch eine andere Sichtweise, die pragmatischere und weniger egozentrische: Wir sind nicht hier, um unsere Gesichter auf YouTube oder in den sozialen Medien usw. zu zeigen. Wir sind hier, um unsere Arbeit zu verbreiten. Ich möchte Gegenmittel verbreiten, Gegenmittel gegen die derzeitige Stagnation, gegen die derzeitige Scheiße, die unsere Gesellschaft verpestet.

Es geht um die verbreiteten Ideen, um die auferlegten Themen. Die aufgezwungenen Themen sind immer noch da, und sie sind heute noch präsenter als gestern. Machen wir uns aber nichts vor, wir haben die Schlacht noch lange nicht gewonnen, aber das zentrale Thema bleibt aufrecht, das Thema der Einwanderung, d.h. die fortschreitende Verdrängung der Bevölkerung und der Tod der europäischen oder weißen Zivilisation. Als wir vor zehn oder fünfzehn Jahren über dieses Thema sprachen, dachte ich an jemanden, den ich sehr schätzte und der inzwischen verstorben ist: Guillaume Faye, der im Jahr 2000 ein Buch mit dem Titel *La colonisation de l'Europe* geschrieben hat. Auch Éric Zemmour hat nichts erfunden, wenn er heute über die Geschehnisse in Frankreich und in Europa spricht.

Guillaume Faye hat vielleicht auch die Abspaltung gesehen, die in der Gesellschaft stattgefunden hat. Es ist diese Abspaltung, die die Mächtigen an der Macht hält und die von den Medien genährt wird. Es gibt manchmal Geschichten, die erfunden werden, um Spaltungen zu schaffen. Wir können dies in allen Bereichen feststellen, in wirtschaftlichen, ethnischen und geografischen Bereichen, in Bezug auf die Gesundheit und den Zugang zur Beschäftigung. Es gibt viele Faktoren, die dies möglich machen, vor allem im Hinblick auf die Einwanderung.

Heute leben die Menschen in Frankreich nicht mehr in Harmonie und werden auch nicht mehr in Harmonie leben. Ich habe Mitleid mit all den Menschen, die heute in Paris jeden Tag mit Menschen zusammenleben müssen, mit denen sie im Grunde nicht zusammenleben wollen. Und diese Leute, die einem ständig sagen, ja, aber es ist die Mischung, die Vielfalt, der Reichtum. Das ist völlig falsch. Es geht hier um Menschen, die nicht mit dieser Mischung, diesem Reichtum leben. Sie sind Lügner oder privilegiert und spießig. Entweder ist man ein Spießler, oder man ist jemand, der sich der Dinge bewusst ist und weiß, dass man nicht mit anderen zusammenleben kann.

Können wir uns vorstellen, dass Enklaven des französischen Territoriums vollständig islamisiert werden, wie zum Beispiel das Département Seine-Saint-Denis oder andere

Regionen? Die Entstehung von Kalifaten, wenn es möglich wäre. Im Kosovo ist es nicht ganz dasselbe, aber ist es ähnlich.

Ich will nicht, dass es morgen einen Bürgerkrieg gibt. Niemand will morgen einen Bürgerkrieg. Sicher ist nur, dass wir, wenn wir nichts tun, dort ankommen werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Kinder oder die, die uns am Herzen liegen, versaut werden. Und wir dürfen auch nicht zulassen, dass unsere Zivilisation zerstört wird. Wenn wir also morgen kämpfen müssen, werden wir kämpfen. Das ist übrigens auch der Grund, warum die Europäer, die Weißen, etwas erfunden haben, das sich Debatte und Argumentation nennt. Das heißt, bevor wir uns gegenseitig ins Gesicht schlagen, bevor wir uns gegenseitig erschlagen, sollten wir diskutieren, wie wir das Morgen organisieren. Es ist eine Tatsache, dass wir in einer offenen Welt leben, aber jede Gemeinschaft für sich. In Wirklichkeit können wir nicht zusammenleben. „Zusammenleben“ ist westlicher Unsinn. Die Inder leben nicht zusammen, die Chinesen leben nicht zusammen. Die meisten afrikanischen Völker leben nicht zusammen. In der Tat ist das so. Es gibt nur die ethnozentrische europäische Minderheit, die mit einem Teil der Welt zusammenlebt und sich als solche fühlt.

Grégory Roose: Halten Sie es für möglich, dass Zemmour, der in den Umfragen hoch im Kurs steht, sich mit der LR und dem Rassemblement National verbündet, um eine Art Bulldozer für die Wahlen zu schaffen, der Macron, die Ökologen und den Rest der Linken erschüttern würde? Glauben Sie an diese Strategie oder an diese Möglichkeit? Glauben Sie, dass alles zusammenbricht und es zu einem Duell Macron-Grüne kommt oder nicht?

Yann Valerie: Ich spreche wirklich mit einer ziemlich neutralen Meinung zu diesem Thema, weil im Grunde war Wahlkampf noch nie meine Tasse Tee. Ich weiß nicht, wie oft ich in meinem Leben gewählt habe, aber nicht oft. Und ich war noch nie ein überzeugter Anhänger einer Partei, was das betrifft. Ich denke, der RN hat sich in den letzten Jahren selbst ins Bein geschossen, aber das war nicht nötig. Ich denke, dass Zemmour das Verdienst zukommt, grundlegende Fragen auf den Tisch zu bringen. Für mich gibt es zwei Themen, die ich von Zemmour beibehalten habe und die in der Tat einen Volksaufschrei hervorrufen sollten. Es geht um Migration, d. h. um die Beendigung der Einwanderung. Über die Beendigung der Einwanderung hinaus geht es um die Massenabschiebung von Millionen von Menschen auf friedlichem Wege, Millionen von Menschen, die nichts mehr auf unserem Territorium, das heißt in Europa, zu tun haben. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist die Abschaffung aller Gesetze, die das Gedächtnis betreffen und die Meinungs- und Handlungsfreiheit verhindern, also die Gesetze Pleven, Gaysot, Taubira usw. Das sind die Gesetze, die die Meinungs- und Handlungsfreiheit verhindern. Das sind die Gesetze, die jeden Gedanken an Selektion, an Diskriminierung, also an Auswahl verhindern. Gesetze, die unsere Bevölkerung daran hindern, wirklich zu bestimmen, mit wem sie zusammenleben will, mit wem nicht, usw. Zemmour hat das Verdienst, diese beiden Dinge auf den Tisch gelegt zu haben. Darüber hinaus denke ich, dass er es schwer haben wird, zu gewinnen, weil man nie weiß, was kommt. Es kann ihm so gehen wie Trump in den Vereinigten Staaten. Eine Zemmour-Welle? Ich denke, er wird sich an die Regionen anpassen müssen. Ich habe ihn gesehen. Ich habe ihn kürzlich auf Korsika gesehen. Er sagte, dass die Korsen aufhören würden, korsische Nationalisten zu sein, wenn sie verstünden, dass Frankreich zurück sei. Ich finde, dass es nicht unbedingt ein intelligentes Gespräch war, wenn man die Korsen „mit einbeziehen“ will, denn ich denke, dass man auch Frankreich in seiner Vielfalt nehmen muss.

Wir dürfen nicht jakobinisch sein, das ist ein Rezept, das funktioniert, und ich glaube, dass der Front National schon lange damit zu kämpfen hat. Danach, ja, warum nicht ein Finale

Zemmour-Macron? Das Problem ist, dass Macron auf jeden Fall gute Chancen hat, wiedergewählt zu werden, eine parlamentarische Mehrheit zu bekommen, und dann geht es wieder fünf Jahre lang weiter. Noch einmal: Ich fordere die Menschen, die uns zuhören, auf, nicht alle Eier in einen Korb zu legen und sich nicht wie Fanatiker alles auf eine Präsidentschaftswahl und eine Parlamentswahl zu setzen. Für mich muss die Fünfte Republik beendet werden. Sie darf nicht überleben.

Wir leben im 21. Jahrhundert, wir leben im Jahr 2021. Ich möchte sagen: Hallo, Leute, wacht auf! Was ich den Menschen rate, ist erstens, sich nicht vom Wahlkampf täuschen zu lassen, und zweitens, für die grundlegenden Ideen zu stimmen, die unsere Zivilisation bewahren werden, d.h. die Abwehr des großen Austausches und der Kampf gegen die Ausrottung des weißen Mannes. Wenn wir uns nicht davor schützen, werden wir morgen tot sein. Drittens geht es um völlige und bedingungslose Freiheit der Meinungsäußerung, egal zu welchem Thema.

Vielen Dank, Yann, für diese Hinweise auf die letzte Entwicklung, die ich voll und ganz teile. Ich danke Ihnen für Ihre Zeit. Und bis bald.

Quelle: [ParisVox](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Meinungsfreiheit in Zeiten der Zensur: Social-Media-Plattform GETTR macht Monopolen Konkurrenz

14. 10. 2021



Die [neue Internet-Plattform GETTR](https://gettr.com/onboarding) < <https://gettr.com/onboarding> > , mit 2 Millionen Usern seit 4.7.2021 das am schnellsten wachsende soziale Medium aller Zeiten, ist nun auch auf Deutsch verfügbar. Die Plattform, die mit finanzstarken Investoren aus dem Umfeld

von Donald Trump politische Meinungsfreiheit ohne Zensur verspricht, bietet nun auch legendären YouTubern und konservativen Meinungsmachern ein Zuhause, die schon lange auf YouTube, Facebook und Twitter gesperrt sind.

Kritische Stimmen haben wieder ein Zuhause

Der englische Islamkritiker Tommy Robinson hatte über eine Million Follower auf Facebook, 413.000 Follower auf Twitter und 163.000 auf Instagram. In Deutschland wurde Tommy mit Auftritten bei Pegida berühmt, vor allem als er in Cottbus ein ARD-Team mit ihrer Fake News konfrontierte. Nachdem er mit seiner Doku "Panodrama" die BBC-Version der linken Magazinsendung "Panorama" bloßstellte, wurde Tommy 2019 komplett von Facebook gesperrt, weil er angeblich gefordert hatte "Muslime zu köpfen" – eine absurde Behauptung des Islamisten Mohammed Shafiq, für die es keinen Beleg gibt. Nun ist Tommy wieder mit 29.000 Followern auf GETTR – vor einer Woche waren es noch 25.000. Am 17.10. spricht Tommy Robinson beim 7-jährigen Jubiläum von PEGIDA in Dresden.

Der Co-Chef der Identitären Bewegung Österreich Martin Sellner wurde 2019 von allen Plattformen gesperrt, nachdem bekannt wurde, dass er ohne sein Wissen 2018 eine Spende des Christchurch-Massenmörders Brenton Tarrant über 1.500 Euro erhalten hatte. Das OLG Graz nannte dagegen am 3.12.2019 die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft eine „nicht begründete Spekulation“: Es wurde „nicht einmal ansatzweise dargelegt, auf die Begehung welcher Art von Straftaten die terroristische Vereinigung ausgerichtet gewesen sei.“ Seitdem betreibt Martin Sellner mit 55.000 Abonnenten erfolgreich seinen „Infokrieg“ auf Telegram und ist nun wieder auf GETTR erreichbar. Auch Sellner spricht voraussichtlich am 17.10. beim 7-jährigen Jubiläum von PEGIDA in Dresden.

Der YouTuber Shlomo Finkelstein alias „Die vulgäre Analyse“ (DVA) ist mit Robinson und Sellner der vielleicht meist gesperrte Europäer. Er hatte vor der Löschorgie auf seinem Hauptkanal ca. 80.000 Follower, bis er von Spiegel-Journalisten 2019 ohne Beweise mit dem „Orbit-Dox“ in Verbindung gebracht wurde. Seitdem wurden ihm bis zu 100 YouTube-Kanäle gesperrt, schätzt er. Shlomo musste auf alternative Plattformen wie Telegram, Gegenstimme, Frei3 und seine eigene Seite Schlomo.ga ausweichen. Nun ist Shlomo wieder auf GETTR und hat sein erstes „Donnerstagsvideo“ hochgeladen, die Sonntagssendung „Honigwabe“ mit YouTuber Idiotenwatch wird voraussichtlich in eine oder zwei Monaten ebenfalls verfügbar sein, sobald auf GETTR Livestreaming eingerichtet ist.

Außerdem findet man auf GETTR weitere „komplett gesperrte“ Persönlichkeiten aus den USA wie Alex Jones, Pamela Geller, Robert Spencer und Marjorie Taylor Jones. Wann Präsident Donald Trump sein Debüt hinlegen will ist noch nicht bekannt – Trump überlegt Beobachtern zufolge, 2024 wieder für die Präsidentschaft zu kandidieren.

Auch UNSER MITTELEUROPA ist mittlerweile auf GETTR vertreten. [Folgen Sie uns noch heute!](https://gettr.com/user/unsermeuropa) < <https://gettr.com/user/unsermeuropa> >

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Guillaume Travers: Die Überwachungsgesellschaft als letzte Stufe des Liberalismus

11. 10. 2021



Bildquelle: Breizh-info

„Antiliberal zu sein bedeutet keineswegs, gegen Freiheiten zu sein“

Besiegelt die entstehende Überwachungsgesellschaft das Ende des liberalen Projekts der „offenen Gesellschaft“? Nein, antwortet Guillaume Travers in seinem neuen Buch, „La société de surveillance, stade ultime du libéralisme“ („Die Überwachungsgesellschaft, die letzte Stufe des Liberalismus“), das bei La Nouvelle Librairie erschienen ist, sie ist im Gegenteil das logische Ergebnis.

Deshalb werden die Liberalen früher oder später alle technisch möglichen Methoden der sozialen Kontrolle fördern: Bevölkerungsüberwachung, Gesichtserkennung, genetische Veränderungen, 5G usw. Um dieses Paradoxon zu erhellen, ist es notwendig, zu den Ursprüngen des liberalen Freiheitsbegriffs zurückzukehren und seine Undenkbarkeiten aufzuzeigen. Dies ist das Ziel des vorliegenden Aufsatzes. Angesichts der abstrakten Freiheit der Liberalen fordert sie die Rückkehr zu einem klassischen Freiheitsbegriff, wie er in der Antike und im Mittelalter vorherrschte – und nicht seine Orwellsche Verfälschung.

Guillaume Travers ist Essayist und schreibt für die Zeitschrift Elements. Er ist Autor mehrerer Bücher:

- Économie médiévale et société féodale (La Nouvelle Librairie)
- Capitalisme moderne et société de marché (La Nouvelle Librairie)
- Mitautor (mit Alain de Benoist) der Bibliothèque du jeune Européen (Le Rocher).

Zur Diskussion über sein jüngstes Buch, „La société de surveillance, stade ultime du libéralisme“ („Die Überwachungsgesellschaft, die letzte Stufe des Liberalismus“), haben wir Guillaume Travers interviewt.

Breizh-info.com: Inwiefern stellt die Überwachungsgesellschaft, in der wir uns heute befinden, ein Paradoxon in Bezug auf das Projekt der „offenen Gesellschaft“ dar?

Guillaume Travers: Wenn wir es vom Standpunkt des Scheins aus betrachten, gibt es tatsächlich ein Paradoxon. Wenn wir von der „offenen Gesellschaft“ sprechen, sind die Bilder, die uns spontan in den Sinn kommen, nicht die von QR-Codes, die dreimal am Tag gescannt werden, auch nicht die von Gesichtserkennung oder gar der Verfolgung von Personen. In meinem Buch wird jedoch argumentiert, dass es ein Kontinuum zwischen den beiden gibt. Was ist mein Argument? Keine Gesellschaft kommt ohne soziale Kontrolle aus, d. h. ohne formelle oder informelle Begrenzung der Freiheit und der Impulse des Einzelnen. In vormodernen Gesellschaften, die in Gemeinschaften strukturiert sind, erfolgt die soziale Kontrolle meist informell: Jeder wird dazu angehalten, sich gut zu verhalten, weil das gegenseitige Vertrauen zu den Verwandten besteht, weil die persönliche und familiäre Ehre geschätzt wird, weil die Ausgrenzung innerhalb der Gemeinschaft die schlimmste Strafe ist.

Solche Mechanismen gab es sowohl in der Antike als auch im Mittelalter. In einer „offenen“ Welt können sie nicht mehr existieren. Wie viel Vertrauen kann man in einen Fremden von einem anderen Kontinent setzen? Was ist Ehre für Menschen wert, die man vielleicht nie wieder sieht? Damit ein Austausch zwischen Fremden stattfinden kann, muss die informelle soziale Kontrolle durch eine formelle soziale Kontrolle ersetzt werden: Es muss schriftliche Verträge, Fußnoten, Hygienevorschriften und viele Vermittler geben, die dafür sorgen, dass der Austausch ordnungsgemäß verläuft. Die soziale Kontrolle löst sich allmählich vom sozialen Körper und wird zu etwas Äußerem, das den Ausgangspunkt einer Überwachungsgesellschaft bildet. Diese Ausweitung der formellen Kontrollen ist das verborgene Gesicht der globalen Handelsliberalisierung.

Breizh-info.com: Hinter diesem Paradoxon, das Sie in Ihrem Buch aufzeigen, steckt letztlich eine Kritik am Liberalismus, mit der Sie sich auseinandersetzen. Warum ist das so?

Guillaume Travers: Es gibt tausend Definitionen des Liberalismus, aber nur eine scheint mir voll und ganz akzeptabel zu sein: Liberalismus ist der Wille, die Gesamtheit der sozialen Ordnung allein vom Individuum aus zu denken, was bedeutet, alle gemeinsamen Zugehörigkeiten, alle Wurzeln zu ignorieren. Aus liberaler Sicht ist man ein Individuum, bevor man Franzose ist (so dass man seine Nationalität wählen kann), ein Individuum, bevor man ein Mann oder eine Frau ist (so dass man sein Geschlecht wählen kann) usw. Diese liberale Idee hat einen großen Fehler. Diese liberale Idee hat einen großen Makel, nämlich den, dass sie rein abstrakt ist: Konkret ist ein Individuum immer das Produkt zweier Elternteile, das Produkt lokaler Zugehörigkeiten, einer Sprache usw. Aufgrund seines sehr abstrakten Charakters führt der Liberalismus zu großen Widersprüchen: Um das Individuum von seinen partikularen Wurzeln zu „befreien“, ist das Eingreifen von immer abstrakteren und weiter entfernten rechtlichen Verfahren erforderlich. Historisch gesehen war es der Staat, der das Individuum vom Feudalismus „befreit“ hat, indem er den Zentralismus gestärkt hat, der es von den Regionalsprachen „befreit“ hat, indem er für deren Verschwinden gekämpft hat, der es von den Familien „befreit“ hat, indem er eine nationale Erziehung durchgesetzt hat, und so weiter. Das ist es, was viele Liberale nicht sehen wollen: Das von allen Wurzeln befreite Individuum war keineswegs natürlich, sondern ist das historische Produkt immer stärkerer staatlicher Eingriffe. Derselbe Prozess ist heute im Globalismus am Werk: Supranationale Strukturen zielen darauf ab, Staaten zu zerstören, um das Individuum von nationalen Zugehörigkeiten zu „befreien“.

Breizh-info.com: Ist der Liberalismus letztlich das Gegenteil des Freiheitsgedankens, dem wir Europäer anhängen?

Guillaume Travers: Ja, und das ist die gute Nachricht: Antiliberal zu sein bedeutet keineswegs, gegen die Freiheit zu sein. In dem Buch stelle ich zwei Auffassungen von Freiheit gegenüber. Die „Freiheit der Liberalen“ ist abstrakt, universell, grenzenlos, aber letztlich oft leer: Man kann das Recht auf Leben oder auf Glück proklamieren, ohne dass dies etwas für diejenigen ändert, die Opfer von Verbrechen oder unglücklich sind. Im Gegensatz dazu herrschte in Europa während der Antike und des Mittelalters eine „klassische“ Auffassung von Freiheit vor. Diese Freiheiten waren immer kollektiv, das Ergebnis einer Verwurzelung: In Athen bin ich frei, weil ich ein Athener bin.

Diese Freiheiten hingegen sind konkret: Wenn ich Mitglied einer Gesellschaft bin, kann ich eine bestimmte wirtschaftliche Tätigkeit tatsächlich ausüben. Diese Freiheiten sind lokal: Alle vormodernen Gesellschaften unterscheiden zwischen nah und fern, und der Fremde hat niemals die gleichen Rechte wie der Vertraute (was nicht bedeutet, dass er keine Rechte hat). Überträgt man diese klassische Auffassung auf die heutige Zeit, so würde dies bedeuten, dass man etwa in Frankreich Rechte und Freiheiten nicht deshalb haben sollte, weil man ein abstrakter „Mensch“ ist, sondern weil man Franzose ist.

Breizh-info.com: Welche Rolle spielt der Protestantismus, und im weiteren Sinne die angelsächsische Welt, bei der Errichtung dieser Überwachungsgesellschaft, der letzten Stufe des Liberalismus? Wie ist es zu erklären, dass unsere Gesellschaften, die jahrhundertlang gegen die angelsächsische Welt immun waren, nun vor ihr kapitulieren?

Guillaume Travers: Historisch gesehen hat die angelsächsische Welt eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des Individualismus gespielt, und sei es nur, weil sie einige der größten Theoretiker hervorgebracht hat, von John Locke bis Adam Smith. Auch der Protestantismus hat eine Rolle gespielt, und sei es nur dadurch, dass er die Rolle der Kirche (und der öffentlichen Institutionen im Allgemeinen) zugunsten einer größeren Rolle der persönlichen und direkten Beziehung des Einzelnen zu Gott herunterspielte. Warum haben unsere Gesellschaften dem nachgegeben? Ich bin ein großer Anhänger des Schmit'schen Gegensatzes zwischen „Land“ und „Meer“.

Die traditionelle Welt ist eine „irdische“ Welt, also eine Welt der Wurzeln, der territorialen, lokalisierten politischen Ordnungen, die leicht kollektive Interessen über individuelle Wünsche stellen können. Im Gegensatz dazu ist die moderne Welt „maritim“ – und es ist kein Zufall, dass England eine Insel ist, dass die Vereinigten Staaten von entwurzelten Menschen gegründet wurden. Die Welt des Meeres ist eine Welt der Ununterscheidbarkeit, in der der Einzelne die Freiheit hat, sich vom Kollektiv zu lösen, um seine eigenen wirtschaftlichen Interessen zu verfolgen. Mit anderen Worten: Es besteht ein offensichtlicher Zusammenhang zwischen dem Aufstieg des Liberalismus und der Öffnung der Meere.

Breizh-info.com: Seit Jahren ist das Kino voll von Szenarien (Filmen und Serien), die in irgendeiner Weise die Gesellschaft der Überwachung und der totalen Kontrolle trivialisieren. Ist der vom System geführte Kulturkampf unter dem Gesichtspunkt der freiwilligen Versklavung der Massen primär (da sie es schließlich sind, die sich damit abfinden, Sklaven zu sein)?

Guillaume Travers: Ich weiß nicht, ob es eine Zunahme der Produktion zu diesem Thema gibt. Ich stelle fest, dass es schon sehr früh Filmproduktionen zu diesem Thema gab (man denke an Fritz Langs *Metropolis*), aber auch Romane. Ich glaube nicht, dass es sich um eine Handlung handelt, die vom Kino vorbereitet wird, sondern dass dieses Thema der „Überwachung“ die moderne Vorstellungskraft seit mindestens zwei Jahrhunderten aus verständlichen psychologischen Gründen verfolgt hat. In der Tat ist die Moderne – aus den von mir dargelegten Gründen – durch einen doppelten Prozess der Individualisierung und

des Aufstiegs großer abstrakter Einheiten (die Staaten, die „Bürokratie“, von der Max Weber spricht) gekennzeichnet. Abgeschnitten von seinen traditionellen Gemeinschaften steht der Einzelne angesichts dieser riesigen abstrakten Strukturen zunehmend allein da. Es ist nicht verwunderlich, dass der Mensch eine gewisse Angst empfindet, eine große Einsamkeit, verbunden mit dem Gefühl, Gefangener eines „Systems“ zu sein, das sich seiner Kontrolle entzieht. Ich glaube, dass viele künstlerische Produktionen zum Thema Überwachung diesen Frühling ausbeuten.

Breizh-info.com: In der Schlussfolgerung Ihres Buches erklären Sie, dass die einzige Antwort auf diese neue Gesellschaft, die die Eliten derzeit errichten, nur politisch sein kann. Was soll das bedeuten?

Guillaume Travers: Die liberale Welt, die Welt der abstrakten individuellen Rechte, wird im Wesentlichen durch das Recht geregelt. Da der Mensch, wer auch immer er sein mag, unveräußerliche Rechte haben soll, wird ihm die Zugehörigkeit verweigert: Es muss ein globales Gesetz herrschen, und damit auch globale (Überwachungs-)Strukturen, um es umzusetzen. Die Rückkehr der Politik besteht darin, das Primat der Wurzeln zu bekräftigen: Freiheit und Rechte können nur aufgrund einer Identität, einer Zugehörigkeit existieren, die notwendigerweise lokal ist. Konkret ist es daher dringend erforderlich, auf die rechtliche „Megamaschine“ zu verzichten, die den Planeten zunehmend einengt, um die Souveränität der einzelnen Völker zu bekräftigen, ihre Fähigkeit, außerhalb eines globalen Systems zu existieren, um ihre eigenen Besonderheiten zu verwirklichen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](https://www.breizh-info.com), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Grosse Mobilisierung in Bern gegen den Covid-Pass

27. 10. 2021



Demonstration in Bern am 23. Oktober gegen die Covid-Diktatur. *Bildquelle: MPI*

Bilder von der beeindruckenden Demonstration in Bern am 23. Oktober gegen die Corona-Diktatur:

https://www.youtube.com/watch?v=mzpHM1P4_wg&t=2s

[BERNE](#)

Bern - 23.10.2021 - Manifestation

6.635 Aufrufe
24.10.2021

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Trotz 99,7 Prozent Covid-Impfrate: Irischer Bezirk meldet Rekord-Inzidenzen

27. 10. 2021



Bild: Wikipedia/KsenK Lizenz: CC BY-SA 4.0

Die irische Hafen- und Industriestadt Waterford, mit rund 54.000 Einwohnern für irische Verhältnisse eine Großstadt, ist ein Musterbeispiel in Sachen Impfwilligkeit. Nach offiziellen Angaben sind sagenhafte 99,7 Prozent der Einwohner über 18 Jahre vollständig geimpft – mehr geht praktisch nicht mehr. Glaubt man den Worten unserer Politiker und „Expertinnen und Experten“, sollte damit Corona eigentlich erledigt sein.

Rekord-Inzidenz trotz Rekord-Impfquote

Trotzdem erlangt Waterford jetzt traurige Berühmtheit. Wie die beiden großen irischen Tageszeitungen „The Irish Times“ und „The Irish Post“ übereinstimmend berichten (zum Text), sind unter Waterfords Einwohnern in den letzten 14 Tagen rund 800 Neuinfektionen mit dem Corona-Virus festgestellt worden. Mit einer Inzidenz von 1.486 (die in Irland über 14 Tage gemessen wird) markiert Waterford City damit die absolute Spitze in ganz Irland. Einem Land, das übrigens mit einer vollständigen Durchimpfungsrate von 88 Prozent der impfbaren Bevölkerung ab zwölf Jahren zu den Spitzenreitern weltweit zählt.

Nach dem aktuell gängigen Narrativ der österreichischen Regierung, wonach wir eine „Pandemie der Ungeimpften“ hätten und „Zögerer und Zauderer“, so Bundeskanzler Schallenberg, für die derzeit wieder steigenden Infektionen verantwortlich seien, müssten also die 0,3 Prozent Ungeimpften in Waterford die Ursache der vielen neuen Corona-Fälle dort sein.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Covid-19: Selbstmordversuche bei Kindern seit Beginn der Covidkrise stark angestiegen

26. 10. 2021



Bildquelle: Brizih-info

Die Selbstmordversuche von Kindern unter 15 Jahren haben seit Beginn der Gesundheitskrise stark zugenommen. Auch Frankreich und andere EU-Staaten sind von diesem Phänomen nicht verschont geblieben. Mehrere Faktoren könnten zu diesem Trend beigetragen haben.

Ein „dramatischer Anstieg“ seit Beginn der Covidkrise

In den letzten Monaten hat sich die Besorgnis über Selbstmorde in der jüngeren Generation verschärft, da die Selbstmordversuche zunehmen. Diese Befürchtung wird durch eine

aktuelle Studie bestätigt, die Anfang Oktober von JAMA Network, der Website des *Journal of the American Medical Association*, veröffentlicht wurde.

Das vorliegende Dokument enthält die Schlussfolgerungen der Arbeiten, die darauf abzielen, die Entwicklung der Zahl der Selbstmordversuche bei Kindern zwischen Januar 2010 und April 2021 zu verstehen. Und wenn man die Ergebnisse liest, wird klar, dass diese Zahl durch die Covid-19-Krise stark angestiegen ist.

Die Autoren der Studie stellen fest, dass „die Pandemie mit tiefgreifenden Veränderungen in der Dynamik der Selbstmordversuche bei Kindern verbunden ist“, und zwar in dem Maße, dass „Ende 2020 und Anfang 2021 nach Beginn der Covid-19-Pandemie alleine in Frankreich ein dramatischer Anstieg der Selbstmordversuche bei Kindern beobachtet wurde“.

Um zu diesen Schlussfolgerungen zu gelangen, analysierten die Forscher eine Stichprobe von 830 Einweisungen in das Pariser Krankenhaus Robert-Debré, eines der größten pädiatrischen Zentren in Europa.

Selbstmordversuche und die Pandemie: Kausalität nachgewiesen, aber verschiedene Faktoren

Methodisch umfasste diese Querschnittsstudie alle Kinder im Alter von 15 Jahren oder jünger, die einen Selbstmordversuch unternommen hatten und im oben genannten Zeitraum in die pädiatrische Notaufnahme des Robert-Debré-Krankenhauses eingeliefert wurden. Das Durchschnittsalter der Stichprobe lag bei 13,5 Jahren und das Verhältnis von Jungen zu Mädchen bei 1:4.

Was die Definition betrifft, so handelt es sich bei einem Selbstmordversuch um ein nicht tödliches und potenziell verletzendes Verhalten mit der Absicht, an den Folgen dieses Verhaltens zu sterben. Eine der aufschlussreichsten Entwicklungen bei der Zahl der Selbstmordversuche ist der Anstieg um fast 300 % bis Ende 2020.

Die tatsächlichen Ursachen für den Zusammenhang zwischen der Gesundheitskrise und dem starken Anstieg der Selbstmordversuche bleiben jedoch unklar. Von den Haftbedingungen über die dadurch verursachten familiären Spannungen bis hin zur Vernachlässigung von Aktivitäten im Freien zugunsten von mehr Zeit vor Bildschirmen (und insbesondere in sozialen Netzwerken, die für Kinder eine Quelle der Qual sein können) könnten viele Faktoren eine Rolle bei dieser Entwicklung gespielt haben.

Interessant ist auch, dass während des ersten Lockdowns im März 2020 in Frankreich ein Rückgang der Selbstmordversuche zu beobachten war. Nach Ansicht der Autoren der Publikation könnte dies nicht nur auf eine verstärkte elterliche Aufsicht zurückzuführen sein, sondern auch auf Schwierigkeiten beim Zugang zur Notfallversorgung.

Abschließend möchte ich sagen, dass sich der Anstieg der Selbstmordversuche in den letzten Wochen offenbar verlangsamt hat. Professor Delorme, einer der Mitverfasser der Studie, wird von *Le Parisien* zitiert und erklärt, dass wir „allmählich zu einer Phase der Spannungen zurückkehren, die bereits aus der Zeit vor der Krise bekannt war“.

Diese Informationen sollten Eltern jedoch nicht davon abhalten, auf mögliche Veränderungen im Verhalten ihres Nachwuchses zu achten.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Covid: Öffentliche Güter als Sicherheiten für Pfizer-Verträge

26. 10. 2021



Bildquelle: MPI

Seit Beginn der Verbreitung von Covid hat sich allmählich ein Misstrauen breit gemacht, das im Laufe der Zeit die Züge einer Gewissheit angenommen hat: die übermäßige Macht, die sich die multinationalen Arzneimittelkonzerne oft auf Kosten der staatlichen Souveränität sowie der Gesundheit angeeignet haben.

Vor einigen Monaten kritisierte das Bureau of Investigative Journalism, eine gemeinnützige Organisation für investigativen Journalismus, durch Aussagen von argentinischen und brasilianischen Regierungsvertretern, dass Pfizer gegenüber den Staaten eine Haltung der Einschüchterung und Erpressung eingenommen hat.

Regierungsquellen in beiden Ländern zufolge verlangte Pfizer, dass bestimmte öffentliche argentinische und brasilianische Vermögenswerte als Sicherheiten für die Verträge gestellt werden. Dies ist eine äußerst peinliche Enthüllung, die von dem Pharmaunternehmen weder dementiert noch bestätigt wurde. Eine stille Zustimmung, die nun vielleicht eine weitere Bestätigung gefunden hat.

„Diesmal“, so Byoblule am 21. Oktober 2021, „kommt die Beschwerde von einem großen internationalen Verbraucherverband, Public Citizen, einer gemeinnützigen Organisation, die das öffentliche Interesse in den Korridoren der Macht verteidigen will. Nun, diese Organisation hat vor kurzem einen Bericht mit dem Titel Pfizer's Power von Zain Rizvi veröffentlicht, einem Pharmaexperten mit Veröffentlichungen in großen Zeitschriften wie *The Lancet*.

Der Bericht folgt den Schritten, die die Regierungen von Argentinien und Brasilien unternommen haben, um Pfizer anzuprangern, und fügt einen weiteren Schritt hinzu: „Public Citizen hat mehrere Pfizer-Verträge identifiziert, die das Ergebnis der Verhandlungen [über Covid-Impfstoffe] beschreiben. Die Verträge bieten einen seltenen Einblick in die Macht, die ein Pharmaunternehmen erlangt hat, um Regierungen zum Schweigen zu bringen, das Angebot einzuschränken, Risiken zu verlagern und die Gewinne in der schlimmsten Krise der öffentlichen Gesundheit des Jahrhunderts zu maximieren“.

„Harte Worte, die sich in den Dokumenten zu bestätigen scheinen, die Public Citizen offenbar in die Hände gefallen sind. In einigen der vorläufigen und endgültigen Verträge hatte Pfizer offenbar die Befugnis, Länder daran zu hindern, ihre COVID-19-Impfstoffe an andere Länder zu spenden, Lieferpläne bei Engpässen einseitig zu ändern und zu verlangen, dass öffentliche Vermögenswerte als Sicherheiten verwendet werden.

„Public Citizen weist darauf hin, dass mehrere Länder und Institutionen in diese völlig unlauteren Praktiken von Pfizer verwickelt sind, darunter: die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Albanien, Brasilien, Kolumbien, Chile, die Dominikanische Republik, Peru und sogar die Europäische Union. Die Beschwerde von Public Citizen bestätigt nicht nur die Existenz öffentlicher Vermögenswerte, die von Staaten als Sicherheiten verwendet werden, sondern scheint auch alles zu bestätigen, was in den letzten Monaten geschehen ist.

„Verspätete Impfstofflieferungen, fehlende Patentliberalisierung und sehr wenige Impfstofftransfers in die Länder. Genau die Bedingungen, die in den Verträgen festgelegt sind. Es gibt noch eine weitere Klausel, die von Public Citizen aufgedeckt wurde. Etwaige Streitigkeiten zwischen Pfizer und den Staaten sollten nicht vor einem nationalen Gericht, einem traditionellen öffentlichen Forum, sondern durch ein privates Schiedsverfahren unter New Yorker Gerichtsbarkeit gelöst werden.

„In der Praxis würde Pfizer zu Hause spielen und mit großer Leichtigkeit millionenschwere Prozesse gewinnen können. Die Enthüllungen von Public Citizen stellen uns also vor ein äußerst ernstes Szenario, für das nun jemand zur Rechenschaft gezogen werden sollte.

„Skrupellose multinationale Pharmaunternehmen, denen die Freiheit gegeben wurde, Staaten in den Würgegriff zu nehmen, setzen ihre einseitigen Bedingungen durch und schalten das kommerzielle Risiko völlig aus. Daher besteht für Big Pharma kein Risiko, während diese vollständig auf die Bürger abgewälzt werden.“

Diese Klage folgt auf die Enthüllung der Impfkosten in Europa im Juli, „die“, so schrieb eine sehr korrekte Tageszeitung [La Repubblica](#), „mindestens fünfmal niedriger sein könnten, wenn die Pharmariesen nicht von den Patentmonopolen auf die Covid-Impfstoffe profitieren

würden. Eine Bedingung, die die reichen Länder verpflichtete, bis zum 24-fachen der geschätzten Produktionskosten zu zahlen. (...) Pfizer/BioNTech und Moderna allein könnten den Staaten im Jahr 2021 41 Milliarden Dollar mehr als die geschätzten Produktionskosten von Impfstoffen mit mRNA-Technologie in Rechnung stellen. Und das, obwohl die Unternehmen selbst über 8,25 Milliarden Dollar an öffentlichen Geldern für ihre Entwicklung erhalten haben.“

Die Coronavirus-Krise und die verrückten Maßnahmen der westlichen Staaten haben nicht nur viele Menschen in den Ruin getrieben, ohne dass die Staaten davon Notiz genommen hätten, sondern auch die Labors, ihre Aktionäre und einige Ärzte und Politiker mit Interessenkonflikten bereichert, die sich hinter ihrem angeblichen Wohlwollen für unser Leben verbergen.

Quelle: [MTI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) FPÖ – Kickl: Pressekonferenz zum drohenden Lockdown für Ungeimpfte

25. 10. 2021



FPÖ-Chef empört wegen neuen Regierungsmaßnahmen

In gewohnt sachlicher und informativer Rhetorik kritisierte der freiheitliche Obmann die neuesten Maßnahmen der Regierung, die bekanntlich bis zu einem Lockdown für Ungeimpfte gehen sollen. Kickl besorgt:

„Was hier passiert, ist verfassungsrechtlich und moralisch unhaltbar, verwerflich und gesundheitspolitisch nutzlos, wenn nicht sogar kontraproduktiv.“ Deshalb erwägt er rechtliche Schritte: „Unsere Juristen stehen Gewehr bei Fuß.“

Der FPÖ-Chef ist jedenfalls davon überzeugt, dass die Impfung nicht der Weg aus der Krise sei. Vielmehr glaubt Kickl, dass die Impfung nicht gut genug und nicht lange genug wirkt. Daher komme es jetzt zu einer rasanten Verbreitung der Infektion durch die Geimpften, die er von der Regierung durch eine verlogenen Propaganda betrogen sieht. Auch die Todesfälle durch Impfschäden würden wachsen.

Dass am 26. September, dem österreichischen Nationalfeiertag, besorgte Bürger wieder auf die Straße gehen, unterstützt Kickl. Die FPÖ will aber auch in Zukunft selbst wieder als Veranstalter aktiv werden. Wann das sein wird, ist noch offen. Das brauche eine gewisse Vorlaufzeit, erklärte er.

Sehen Sie hier im Video die umfangreichen Ausführungen des Parteichefs:

<https://www.youtube.com/watch?v=mFluNQ0pfhs>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Covidkrise: US-Arzt Fauci beim Lügen ertappt

25. 10. 2021



Dr. Anthony Fauci · *Bildquelle: MPI*

Das Gerücht hält sich schon lange und wurde nun von den US National Institutes of Health bestätigt: „Das Institut gibt nun zu, dass es in einem Labor in Wuhan, China, Forschungen an Fledermäusen, die mit Coronaviren infiziert sind, finanziert hat, obwohl Dr. Anthony Fauci wiederholt bestritten hat, dass dafür US-Steurgelder verwendet wurden“, heißt es in einem Artikel von *Fox News*, einem der freimütigsten Medien auf der anderen Seite des Atlantiks.

In einem Brief an den Abgeordneten James Comer, ranghöchstes Mitglied des House Committee on Oversight and Reform, gibt ein NIH-Beamter laut *Fox News* zu, dass ein „begrenzttes Experiment“ durchgeführt wurde, um zu testen, ob „Spike-Proteine von natürlich vorkommenden Fledermaus-Coronaviren, die in China zirkulieren, in der Lage waren, an den menschlichen ACE2-Rezeptor in einem Mausmodell zu binden“. In dem Schreiben heißt es, dass Labormäuse, die mit dem modifizierten Fledermausvirus infiziert wurden, „kranker“ wurden als Mäuse, die das unmodifizierte Fledermausvirus erhielten.

Dr. Fauci, der Direktor des National Institute of Allergy and Infectious Diseases (Nationales Institut für Allergien und Infektionskrankheiten), hat wiederholt bestritten, dass NIH-Gelder in derartige Forschungen in Wuhan geflossen sind, aber seine Organisation hat der EcoHealth Alliance Zuschüsse in Höhe von mehreren Millionen Dollar gewährt, die mindestens 600.000 Dollar in die Coronavirus-Forschung in Wuhan geflossen sind. „Ich habe den Kongress nie belogen und nehme diese Aussage nicht zurück“, hatte Fauci gesagt, als Senator Rand Paul bei einer Senatsanhörung in diesem Sommer Fauci zu seiner früheren Aussage befragt hatte, dass die Vereinigten Staaten keine Funktionsgewinnforschung in Wuhan finanziert hätten. „Sie wissen offen gesagt nicht, wovon Sie reden, und ich möchte das zu Protokoll geben“, hatte der Dr. Covid aus den Vereinigten Staaten geklagt.

Auch die EcoHealth Alliance ist in diesem Fall auf der Anklagebank:

„Der Verantwortliche, Lawrence A. Tabak beschuldigte die EcoHealth Alliance, eine in New York ansässige gemeinnützige Organisation, die mit abgelegenen Labors zusammenarbeitet, um neu auftretende Krankheiten zu erforschen und zu verhüten, und die dem Labor in Wuhan Gelder zukommen ließ, nicht transparent über die laufenden Arbeiten zu sein. Bei der Gain-of-Function-Forschung werden Viren aus Tieren entnommen und im Labor künstlich hergestellt, um sie für den Menschen übertragbarer und tödlicher zu machen.“

In seinem Schreiben vom vergangenen Mittwoch an die Mitglieder des Energie- und Handelsausschusses des Repräsentantenhauses räumte das NIH zwei Tatsachen ein: Zum einen hat EcoHealth Alliance tatsächlich ein Fledermaus-Coronavirus verbessert, um es für den Menschen potenziell infektiöser zu machen, was in dem NIH-Schreiben als „unerwartetes Ergebnis“ der von ihm finanzierten und in Zusammenarbeit mit dem Wuhan Institute of Virology durchgeführten Forschung bezeichnet wurde. Der zweite Grund war, dass die EcoHealth Alliance gegen die Bedingungen ihres Zuschusses verstoßen hatte, wonach sie berichten musste, wenn ihre Forschung das virale Wachstum eines Krankheitserregers um das Zehnfache erhöhte.

EcoHealth Alliance ist besonders schuldig, weil ihr Gründer, der britische Zoologe Peter Daszak, zu dem Expertenteam gehörte, das im Februar 2021 in Wuhan im Rahmen einer 28-tägigen WHO-Mission in das Reich der Mitte reiste, um den Ursprung von SARS-CoV-2 zu ergründen. Dr. Daszak kam zu dem Schluss, dass die von den Amerikanern immer noch vertretene Hypothese eines Entweichens des Virus aus einem Labor in Wuhan „äußerst unwahrscheinlich“ sei.

Angesichts seiner Enthüllungen verteidigte sich Dr. Fauci mit der Aussage, dass er den Fortschrittsbericht, der die umstrittene Forschung detailliert beschreibt, nicht hatte, als er im Juli vor dem Kongress aussagte, und leugnete jegliche Forschung zum Funktionsgewinn, aber die EcoHealth Alliance schien dem zu widersprechen und sagte in einer Erklärung: „Diese Daten wurden gemeldet, sobald wir davon Kenntnis erhielten, in unserem Bericht zum vierten Jahr im April 2018.“

Es geht darum, wer am meisten lügt, um seine Spuren zu verwischen. Wie der Wissenschaftler Gilles Demaneuf von der Internet-Detektivgruppe, die sich DRASTIC (kurz für Decentralized Radical Autonomous Search Team Investigating COVID-19) nennt, gegenüber *Vanity Fair* erklärt:

„Ich kann nicht sicher sein, dass [COVID-19] von einem forschungsbedingten Unfall oder einer Infektion bei einer Probenahme stammt. Aber ich bin mir hundertprozentig sicher, dass es eine massive Vertuschung gab“.

Eine Vertuschung, inszeniert von Anthony Fauci, Amerikas Dr. Covid, dem Mann der Eindämmung und jetzt Mister Vaccin, der Amerikaner, die experimentelle Anti-Covid-Injektionen verweigern, wegen der mangelnden Einsicht und der Gefährlichkeit zwingt, verurteilt, ausgrenzt, dämonisiert und sozial tötet. Da er bei der Erforschung des Funktionsgewinns von Coronaviren gelogen hat, sind die impfscheuen Amerikaner mehr als vorsichtig, ihm zu vertrauen, wenn Fauci ihnen sagt, dass diese „Impfstoffe“ keine Gefahren oder ernststen Nebenwirkungen mit sich bringen.

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Zwischenbilanz des Corona-Ausschusses: „Ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ | Teil1

24. 10. 2021



Stiftung
Corona
Ausschuss

Der Corona-Ausschuss, eine Initiative von vier Rechtsanwälten, hat sich seit Juli 2020 die Aufgabe gestellt, in wöchentlichen öffentlichen Sitzungen Zusammenhänge und Hintergründe der Corona-Krise aufzuklären. Rechtsanwalt Dr. Rainer Füllmich, einer der vier Anwälte des [Corona-Ausschusses](#), gab per Video über die bisherigen Ermittlungen einen Zwischenbericht, den wir, nachfolgend in schriftlicher Form aufgrund des Umfangs in mehreren Teilen veröffentlichen.

Lesen Sie heute Teil 1:

Das Coronavirus-Geschehen ist in Deutschland nun fast gänzlich zum Erliegen gekommen. Durch eine Vielzahl von Studien ist inzwischen belegt, dass Letalität und Mortalität ein grippeähnliches Ausmass haben. Eine Überlastung des Gesundheitssystems ist nicht auch nur annähernd eingetreten.

„Ich bin Reiner Füllmich und ich will Ihnen die bisherigen Ergebnisse der Arbeit des Berliner Corona-Untersuchungs-Ausschusses mitteilen. Ich bin als Prozessanwalt seit 26 Jahren in Deutschland und im US-Bundesstaat Kalifornien tätig. Wir haben bis zum Auftauchen von Corona und der Gründung des Corona-Ausschusses durch Viviane Fischer und mich in meiner Kanzlei ausschließlich Verbraucher und kleine und mittlere Unternehmen gegen globale kriminelle Konzerne wie die Deutsche Bank, VW und Kühne + Nagel vertreten. Das änderte sich, nachdem im März 2020 plötzlich ein zuvor als harmlos bezeichnetes Virus zum Verursacher einer weltweiten Pandemie erklärt wurde und die Welt mit Lockdowns, social distancing und einer Maskenpflicht, sowie massenhaften PCR-Tests und angeblichen «Impfungen» für völlig gesunde Menschen überzogen wurde.

Dies geschah, indem weltweit immer nur dauerfeuermäßig und immer nahezu wortgleich auf die angebliche Gefährlichkeit des angeblich neuen Virus hingewiesen wurde. Um diese Horrorstory glaubhaft zu machen, wurde sie mit Horrorbildern unter anderem aus Bergamo in Italien und New York unterlegt, die jedermann suggerieren sollten, dass es einen Grund für Panik gäbe. Inzwischen wissen wir – das kann ich vorwegnehmen – dass es, jedenfalls bis zum Beginn der sogenannten Impfungen, nirgends eine Übersterblichkeit gab. Die Horrorbilder waren zum Teil inszeniert und beruhen zum anderen Teil auf grob medizinischer Falschbehandlung.

Angesichts dieser urplötzlich wie auf ein Kommando eingetretenen chaotischen Situation gründeten die Kollegin Viviane Fischer und ich am 10.7.2020 zusammen mit zwei anderen Anwaltskollegen in Berlin den Corona-Ausschuss, um Antworten auf die Fragen zu bekommen, auf die unsere Bundesregierung aus uns damals noch nicht bekannten Gründen nicht bereit war, Antworten zu geben. Wir wollten vor allem wissen:

- Wie gefährlich ist das Virus wirklich?
- Wie zuverlässig ist der von dem deutschen Professor Drosten entwickelte und von der WHO weltweit empfohlene PCR-Test zur Feststellung von Infektionen.
- Wieviel wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schaden verursachen die Anti-Corona-Maßnahmen?

Ich will Ihnen zunächst einen zusammenfassenden Überblick geben des bisherigen Ergebnisses der Arbeit des Corona-Ausschusses. Seit dem 10.7.2020 also haben wir zu diesen Fragen [...] etwa 150 angesehene Wissenschaftler und Experten aus aller Welt und aus allen Fachrichtungen, unter anderem natürlich aus Gesundheit, Recht, Wirtschaft, Psychologie, Psychiatrie, angehört. Darunter sind Dr. Mike Yeadon, ehemaliger Vize-Chef

von Pfizer, Prof. Luc Montagnier, Nobelpreisträger aus Frankreich, Catherine Austin Fitts, Investmentbankerin und frühere stellvertretende Ministerin der USA, Mitglied des Landtages von Sacramento Country in Kalifornien.

Hätte mir jemand vor eineinhalb Jahren das hier nun zusammengefasste bisherige Ergebnis des «Corona-Ausschusses» vorhergesagt, dann hätte ich ihm geraten, seine Tabletten zu nehmen und seinen Arzt aufzusuchen, aber unsere Anhörungen belegen dieses Ergebnis ohne jeden vernünftigen Zweifel:

1. Es ging bei Corona zu keinem Zeitpunkt um Gesundheit, denn wir haben keine Pandemie, sondern es ist ein Virus im Umlauf, das von jedem intakten menschlichen Immunsystem genauso gut bekämpft wird wie die Grippe. Und das gilt auch für den Fall, dass das Virus nicht natürlich, sondern künstlich ist. Davon abgesehen gibt es sehr gute alternative Heilmethoden zur Prävention oder Behandlung dieser Erkrankung wie Vitamin C und D, Zink, möglicherweise sogar Ivermectin und anderes.

2. Unsere Regierungen, jedenfalls aber nahezu alle europäischen Regierungen wie auch diejenige der USA handeln nicht im besten Interesse ihres Volkes, sondern befinden sich weitestgehend unter der Kontrolle der Hintermänner der globalen Konzerne und NGO's, welche zusammenfassend von Catherine Austin Fitts zutreffend bezeichnet werden als «Mister Global». Diese Bezeichnung verwende auch ich hier für die Hintermänner dieses wohl größten Verbrechens gegen die Menschlichkeit, welches die Welt je gesehen hat. Wie sind wir zu diesem Ergebnis gekommen?

Nun, Corona hat für jeden von uns eine Vorgeschichte. Für mich sieht sie so aus: Schon lange bevor Corona auf die Bühne trat, hatten die Kollegen in meiner Kanzlei und ich bei unserer Arbeit in den deutschen Gerichten immer wieder das deutliche Gefühl, dass etwas nicht stimmt. Globale Konzerne wie die oben genannten Deutsche Bank, VW und Kühne + Nagel schienen in den deutschen Gerichten fast überall – fast überall! – über dem Gesetz zu stehen, weil sie, z.B. wie die Deutsche Bank, pauschal als systemrelevant angesehen und damit faktisch unter besonderen Schutz gestellt werden oder schlicht, wie VW, im Bundesland Niedersachsen der größte Arbeitgeber sind.

Der Verdacht, dass die deutsche Justiz von der Politik so beeinflusst wird, dass sie nicht mehr fähig ist, das geltende Recht auf solche Konzerne anzuwenden und ihre Betrügereien im Wege der Beweisaufnahme aufzudecken, wurde immer größer. Der Satz „Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen“, entspricht der Realität.

Aufgrund des Verhaltens der deutschen Justiz in den Corona-Fällen steht für uns ohne Zweifel fest, dass es tatsächlich so ist. Deutsche Richter, die nicht auf der Corona-Panik-Linie der Regierung bzw. von „Mister Global“, sondern auf Basis des geltenden Rechts entscheiden, werden nicht nur hinter den Kulissen unter Druck gesetzt, sondern es wird für jedermann sichtbar mit den willkürlich brutalen Methoden eines antidemokratisch ja, totalitären Regimes politisch gegen sie vorgegangen. Dies geschieht ganz offensichtlich, um sie davon abzuhalten, das geltende Recht anzuwenden und damit die Regierungslinie infrage zu stellen.“

Lesen Sie morgen Teil 2

Unter Anderem erfährt man dort, wie mit einem Richter verfahren wurde, der den Spuk nicht mitwachen wollte und im Interesse der Bürger handelte.

Zum

Rechtsanwalt
Dr. Reiner Füllmich

Autor:



Seit 1993 Anwalt in Deutschland, seit 1994 Zulassung auch in Kalifornien/USA

Seit 1991 Verbraucherschutzanwalt insbesondere gegen Banken

1985 – 2001 wiss. Assistent Forschungsstelle Arzt- und Arzneimittelrecht Lehrstuhl Prof. Deutsch/Universität Göttingen sowie Mitarbeit Ethik-Kommissionen der Uni-Kliniken Göttingen und Hannover

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Italienisches Gesundheitsinstitut: Covid forderte weniger Todesopfer als Grippekrankheiten

23. 10. 2021



Bildquelle: MPI

Die Medien sind peinlich berührt, die Politiker sind verärgert, die Nachrichten sind fast versteckt, aber nicht ganz:

„Nach dem neuen Bericht (der seit Juli nicht mehr aktualisiert wurde) des Obersten Gesundheitsinstituts über die Covid-Sterblichkeit, enthüllt die Tageszeitung *Il Tempo*, hätte das Virus, das die Welt in die Knie gezwungen hat, weit weniger Todesopfer gefordert als eine einfache Grippe.“

Dabei handelt es sich nicht um Daten, die von einem Verschwörungsblog veröffentlicht wurden, sondern um die offiziellen Statistiken des italienischen Obersten Gesundheitsinstituts (ISS) zur Covid-Mortalität. Ein ernüchterndes Ergebnis, das den Unterschied zwischen „Tod durch Covid“ und „Tod mit Covid“ deutlich macht. Aus den vom ISS veröffentlichten offiziellen Daten geht hervor, dass die meisten Todesfälle in den letzten zwei Jahren der Einschränkungen und Entbehrungen hauptsächlich auf den vorherigen Zustand der Patienten zurückzuführen sind. Covid oder kein Covid?

Es klingt wie eine bizarre Behauptung und wie ein Nein“, heißt es weiter, „aber nach der statistischen Stichprobe von Krankenakten, die das Institut gesammelt hat, sind nur 2,9 % der seit Ende Februar 2020 verzeichneten Todesfälle vermutlich auf Covid 19 zurückzuführen. Von den 130.468 Todesfällen, die die amtliche Statistik zum Zeitpunkt der Erstellung des neuen Berichts verzeichnete, sind also nur 3.783 auf das Virus selbst zurückzuführen“.

Alle anderen Italiener, die starben, hatten zwischen einer und fünf Krankheiten, die ihnen laut ISS wenig Hoffnung ließen. Sogar 67,7 % hätten mehr als drei zeitgenössische Krankheiten zusammen gehabt, 18 % sogar mindestens zwei zusammen.

Nach Angaben des ISS hatten 65,8 % der Italiener, die nach einer Infektion mit Covid nicht mehr leben, Bluthochdruck. 23,5 % litten auch an Demenz, 29,3 % zusätzlich an Diabetes und 24,8 % an Vorhofflimmern. Und damit nicht genug: 17,4 % hatten bereits eine kranke Lunge, 16,3 % hatten in den letzten 5 Jahren Krebs; 15,7 % hatten eine Herzinsuffizienz, mehr als jeder Zehnte war zudem fettleibig, mehr als jeder Zehnte hatte einen Schlaganfall erlitten, und wieder andere, wenn auch in geringerem Umfang, hatten schwere Leberprobleme, eine Dialyse und Autoimmunerkrankungen.

Da aus den Daten des Berichts des Obersten Gesundheitsinstituts hervorgeht, dass der Anteil von Covid an der Gesamtzahl der Todesfälle weniger als 3 % beträgt, „ist der Alarmismus, der eine bestimmte politische Linie dazu veranlasst hat, so nachdrücklich auf den Impfstoff und die Einschränkungen zu drängen, die als Vorrecht angesehen werden, um dem Gesundheitsnotstand zu entkommen, nicht zu erklären“, kommentiert eine andere Tageszeitung, *Il Giornale d'Italia*. Das ängstliche Drängen der Organe auf eine De-facto-Impfung und das Erfordernis eines „Green Pass“ scheinen sich nicht in den Zahlen widerzuspiegeln.

Der neue ISS-Bericht hat lange auf sich warten lassen“, so *Il Giornale*. Das Institut hatte seit Juli keine Aktualisierungen mehr veröffentlicht, und die jüngsten Entwicklungen lassen vermuten, warum. Es ist zumindest peinlich für die Behörden, fast 24 Monate lang Beschränkungen und einen drakonischen Vorstoß in Richtung einer De-facto-Impfpflicht mit einer verschwindend geringen Zahl von 2,9 % zu rechtfertigen.

Die italienische Tageszeitung weist darauf hin, dass „die Behörden ihre Entscheidungen, die manchmal zum Entzug der individuellen Freiheit geführt haben, gerade auf die Panikmache vor Todesfällen und nicht nur vor Ansteckungen gestützt haben. Viele von ihnen sind auch heute noch in Kraft. (...) In der Tat scheint es, dass auf den höchsten Ebenen die Zahlen weniger interessant sind als die zwingenden Entscheidungen über die Einführung des „Green Pass“.

„Wenn die Situation also weniger alarmierend ist, als manchmal beschrieben wird, wie lassen sich dann die immer noch geltenden Beschränkungen rechtfertigen“, fragt der Journalist abschließend:

„Um es mit Shakespeare zu sagen: In vielen Fällen wurde auf Kosten der Freiheit vieler und unter Berufung auf das (wenn auch tragische) Schicksal einiger weniger viel Lärm um nichts gemacht.“

„Viel Lärm um nichts“, also. Wahrscheinlicher ist, dass es sich in Italien wie auch in Frankreich um viel Lärm um nichts handelt, wenn man es aus gesundheitlicher Sicht betrachtet, politisch gesehen jedoch um viel vorteilhaften Lärm, wenn es darum geht, die Bevölkerungskontrolle nach chinesischem Vorbild durchzusetzen, die Welt zu regieren und die Agenda von Davos voranzubringen.

Wir wussten, dass es bei der Covid-Krise vorwiegend um Politik handelt, und zwar um die von globalistischen Kreisen diktierte Politik. Der italienische ISS-Bericht ist ein weiterer Beweis dafür.

Quelle: [MPI](#)

09) Woran erkennt man eine Pandemie? Teil 10 | Wenn es zu wenig Erkrankte zum Testen von Corona-Medikament gibt

23. 10. 2021



Bild: Tabletten pixabay | montage unser-mittleuropa

Braunschweig – Das Biotechnologieunternehmen Corat Therapeutics hat ein Corona-Medikament entwickelt. Die Entwicklungskosten betragen bis jetzt 100 Mio. Euro, um das Medikament in klinischen Studien zu testen, fehlen in Deutschland aber Probanden, berichtet der [NDR](#).

Zulassung bereits verschoben

Für die klinischen Medikamenten-Studie benötigt das Unternehmen 400 Probanden. Doch an den Studienstandorten in Braunschweig, Leipzig und Tübingen gibt es zu wenige Patientinnen und Patienten, die schwer an Covid-19 erkrankt sind. Für sie soll das neue Arzneimittel mit dem Namen COR-101 maßgeschneidert sein. Corat Therapeutics musste deshalb bereits die für den Jahreswechsel angepeilte Zulassung des Medikaments auf 2022 verschieben.

Auf der Suche nach Kranken im Ausland

In Ermangelung heimischer schwer Erkrankter will das Unternehmen jetzt im Ausland erkrankte Probanden rekrutieren. Man denkt hier etwa an die Ukraine oder Vietnam.

Hier die bisher erschienenen Folgen unserer aufschlussreichen Serie:

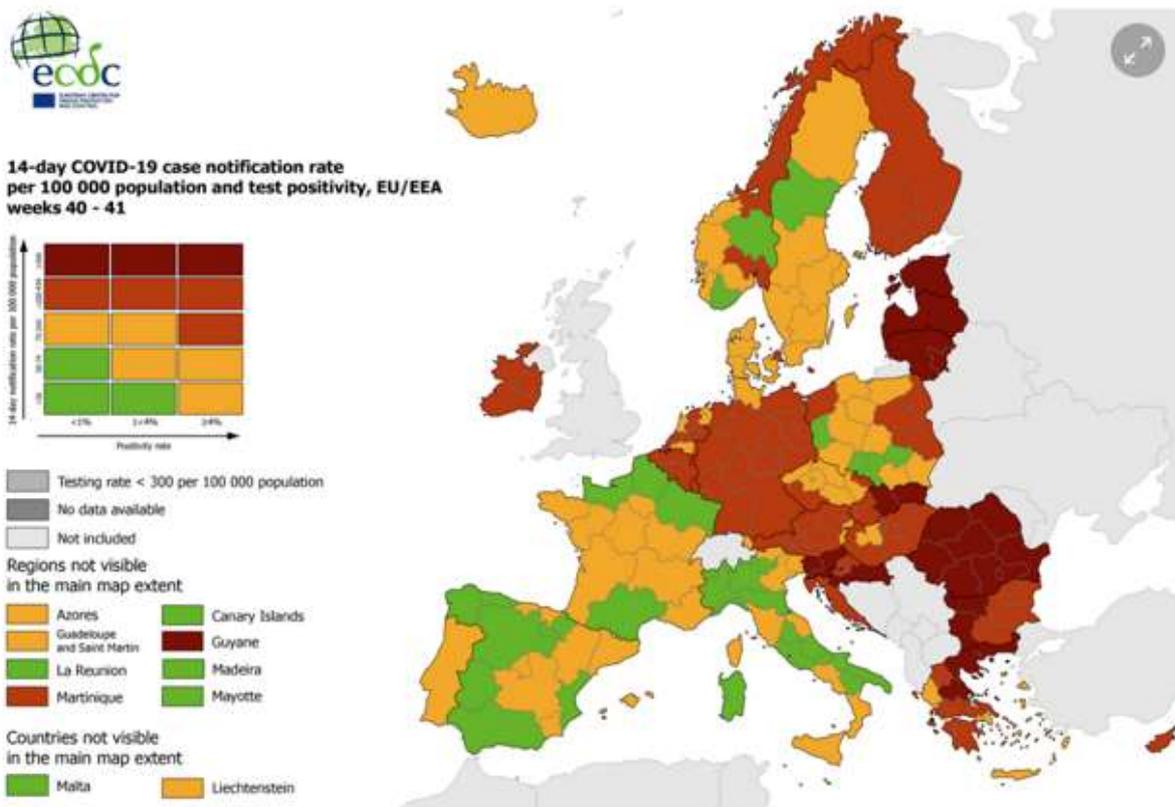
- **Woran erkennt man eine Pandemie? [Teil 9](#) | Wenn 4.000 Intensivbetten in einem Jahr abgebaut werden**

- Woran erkennt man eine Pandemie? [Teil 8](#) | Wenn eine extra gebaute Corona-Notfallklinik leer bleibt
- Woran erkennt man eine Pandemie? [Teil 7](#) | Wenn 9 von 10 Pflegekräften sich nicht impfen lassen
- Woran erkennt man eine Pandemie? [Teil 6](#) | Wenn covidbedingt „überlastetes“ Klinikpersonal Tanz-Chorographien einübt
- Woran erkennt man eine Pandemie? [Teil 5](#) | Wenn 2 Kliniken in Essen schließen
- Woran erkennt man eine Pandemie? [Teil 4](#) | Wenn Tausende Klinik-Mitarbeiter Corona-Impfungen ablehnen
- Woran erkennt man eine Pandemie? [Teil 3](#) | Wenn eine Klinik wegen leerer Betten Personal abbauen muss.
- Woran erkennt man eine Pandemie? [Teil 2](#) | Wenn eine Klinik den Betrieb einstellen muss
- Woran erkennt man eine Pandemie? [Teil 1](#) | Wenn Bestatter in Kurzarbeit sind!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Krise in Rumänien: Ausgangssperre für Nichtgeimpfte eingeführt, Krankenhäuser überfüllt, Schulen geschlossen

21. 10. 2021



Rumänischer Präsident ergreift Initiative in der Regierungskrise

In Rumänien werden die Schüler ab nächster Woche in eine zweiwöchige Zwangspause geschickt, das Tragen einer Schutzmaske wird überall zur Pflicht, und es werden weitere Einschränkungen für Ungeimpfte eingeführt, kündigte Staatspräsident Klaus Iohannis am Mittwoch nach einem Treffen mit den für die Bekämpfung der Coronavirus-Epidemie zuständigen Behörden an.

Das Staatsoberhaupt hat noch nicht im Einzelnen dargelegt, wie sich die Struktur des Schuljahres ändern wird – die Universitäten werden beispielsweise nicht geschlossen -, aber rumänische Medien berichteten, dass die genauen Einschränkungen im Laufe der Woche in einem Regierungsbeschluss geklärt werden sollen.

Tagsüber werden die meisten Orte nur mit einer „grünen Karte“ zugänglich sein, die Schutz bietet. Der Staatschef sagte, die Beschränkungen seien notwendig, solange Skeptiker nicht davon überzeugt werden können, dass die Pandemie nur durch Impfungen eingedämmt werden könne.

Er wies darauf hin, dass in Westeuropa, wo die Durchimpfungsrate 70 bis 80 Prozent beträgt, die Menschen zu ihrem normalen Leben zurückgekehrt sind und die Epidemie nicht mehr zu spüren ist. Im „nördlichen“ Teil des Kontinents hingegen, wo die Menschen aus verschiedenen Gründen Vorbehalte gegen die Impfung haben, wütet eine weitere Welle der Epidemie, und in Rumänien hat sich eine katastrophale Situation entwickelt: Hunderte von Menschen sterben und Zehntausende infizieren sich jeden Tag.

„Fallen Sie nicht auf diejenigen herein, die lügen, dass der Impfstoff gefährlich ist, sondern lassen Sie sich impfen, denn nur so können sie sich vor schweren Formen der Krankheit schützen, und nur so kann die Gesellschaft als Ganzes die Epidemie eindämmen“, sagte Iohannis.

Nach einer Pause von mehr als einem Jahr ergriff der Staatschef die Initiative zu epidemiebezogenen Maßnahmen, nachdem die Zahl der Opfer der Krankheit in Rumänien an einem einzigen Tag 500 überschritten hatte und das Parlament kurz vor seinem Eingreifen die vorgeschlagene neue Regierung des Landes abgelehnt hatte. Iohannis bewertete die Untätigkeit der Behörden angesichts dieser dramatischen Situation als alarmierend.

In Rumänien mit seinen 19,3 Millionen Einwohnern überstieg die Zahl der seit Beginn der Epidemie festgestellten Infektionen am Mittwoch die Zahl von 1,5 Millionen, und der Zwei-Wochen-Durchschnitt der neu diagnostizierten Coronavirus-Infektionen pro Tag stieg auf über 14.000. In der vergangenen Woche sind mehr als 2.500 Coronavirus-Patienten in dem Land gestorben, und in der dritten Woche in Folge hat Rumänien die meisten Opfer der Epidemie in der Welt zu beklagen. In Rumänien sind bisher 35,7 Prozent der Bevölkerung über 12 Jahren geimpft worden.

Ungarn hat letzte Woche bekannt gegeben, dass es 50 rumänische Coronavirus-Patienten auf Intensivstationen aufnimmt; die Patientenaufnahme wächst seitdem kontinuierlich.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MANDINER](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Moskau verhängt 4 Monate Hausarrest für ungeimpfte Bürger ab 60!

21. 10. 2021



In Russland gehen die Corona-Infektionszahlen seit Monaten angeblich „durch die Decke“, so wird es zumindest in westlichen Medien laufend berichtet. Der „laxe Umgang“ der Putin-Regierung mit der Pandemie sei dafür verantwortlich. Anderes ließt man allerdings derzeit aus Moskau, wo die Corona-Maßnahmen seit Beginn mitunter die Härtesten in ganz Russland sind. Dort verhängt Bürgermeister Sergei Sobyenin, ein Putin-Vertrauter, nun einen [viermonatigen Lockdown für Ungeimpfte ab 60 Jahren](#).

Russland auf „Corona-Linie“?

Die Maßnahme sei ein Schritt um die drastisch steigenden Infektionszahlen im Land, gepaart mit einer zunehmenden „Impfmüdigkeit“, zu bekämpfen, so offizielle Stellen. In der knapp 13 Millionen Einwohner zählenden Stadt dürfen ab 25. Oktober Menschen, die 60 oder älter sind, ihre eigenen vier Wände nur mehr verlassen, wenn sie gegen Covid-19 geimpft oder genesen sind. Sobyenin will damit die Krankenhäuser entlasten, die laut seiner Aussage mit ungeimpften Senioren überfüllt wären.

Unternehmen in Moskau wurden zudem angewiesen, mindestens 30 Prozent ihrer Belegschaft in die Heimarbeit zu schicken. Russlandweit werden zudem Schulen geschlossen und auch Zwangsurlaube in Betrieben vorgeschrieben.

Putin betont: keine Impfpflicht in Russland

In Russland sind nur etwa 30 Prozent der Bevölkerung gegen Corona geimpft. Um die Impfquote zu erhöhen, überlegt man nun von Regierungsseite ähnliche Regelungen wie die in Europa gerade eingeführten „3-G“ vorzuschreiben. Auf der Halbinsel Krim müssen Angestellte in Tourismus-, Gesundheits-, oder Unterrichtsbetrieben beispielsweise bereits geimpft sein.

Dennoch betonte Präsident Vladimir Putin, dass es in Russland keine Corona-Impfpflicht geben werde.

Tweet

Neue Tweets ansehen

Unterhaltung



[@RT_com](#)

Vladimir Putin AGAINST Covid-19 vaccine mandate in Russia Follow us on Telegram

<https://t.me/rtnews>

8:23 nachm. · 21. Okt. 2021

https://twitter.com/RT_com/status/1451252902979416064?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1451252902979416064%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Funsere-mittleuropa.com%2Fmoskau-verhaengt-4-monate-hausarrest-fuer-ungeimpfte-buerger-ab-60%2F

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Italien: hartes Vorgehen gegen Gegner der Covid-Diktatur – Nationalisten inhaftiert

21. 10. 2021



Lassr Roberto Fiore frei · Bildquelle: MPI

Wir haben bereits darüber berichtet, wie die Revolte in Italien seit der Einführung des obligatorischen Gesundheitspasses – in Italien als „Green Pass“ bekannt – tobt. Die Hafendarbeiter haben ihre Entschlossenheit durch die Blockade mehrerer Häfen gezeigt. In mehreren Regionen werden die Fabriken bestreikt. Die Lkw-Fahrer sind ebenfalls mobilisiert, und die Auseinandersetzungen sind manchmal sehr hart, da die Regierung des Bankiers Mario Draghi die Polizei angewiesen hat, mit den stärksten Mitteln gegen die Wirtschaftsblockaden in ganz Italien vorzugehen.

Wenn die Mobilisierung der Arbeitnehmer an der Spitze des Kampfes gegen die Covid-Diktatur steht, so geschieht dies ohne die geringste Unterstützung durch die Gewerkschaften, die sich wie die meisten politischen Parteien schamlos dem Big Pharma und dem vom Weltwirtschaftsforum ausgeheckten Projekt des Great Reset unterwerfen.

In Italien, wie auch in vielen anderen Ländern, haben sich von Anfang an nur die nationalistischen politischen Bewegungen an den Mobilisierungen gegen die Errichtung einer globalistischen Tyrannei unter dem Vorwand der Gesundheit beteiligt. Die italienische Bewegung Forza Nuova ist eine dieser Bewegungen, die sich energisch für die Verteidigung der individuellen Freiheiten einsetzen.



Roberto Fiore · Foto Cecilia Fabiano

Am 9. Oktober hatten Komitees, die der Forza Nuova nahestehen, eine Demonstration organisiert, an der 10.000 Menschen in den Straßen Roms teilnahmen. Am Ende der Demonstration drangen einige Dutzend Menschen in die Büros der CGIL, der wichtigsten italienischen Gewerkschaft, ein.

Der Volkszorn wurde durch einige Beschädigungen an den Büros von Gewerkschaftern zum Ausdruck gebracht. Doch von einer „Durchsuchung“ ist das weit entfernt, wie die von der Presse veröffentlichten Fotos einiger auf den Boden geworfener Akten zeigen.

Doch der Repressionsapparat der italienischen Regierung nutzte dies sofort aus, um seine politischen Gegner mundtot zu machen. Roberto Fiore, der Vorsitzende der Forza Nuova, und 13 führende Vertreter der nationalistischen Bewegung Italiens wurden unter dem Vorwurf, die Vorfälle organisiert zu haben, inhaftiert. In der Folge wurde die Website von Forza Nuova gesperrt und die Linke forderte in völliger Hysterie das Verbot von Forza Nuova.



„Der Hauptsitz der CGIL? Wir wollten nur ein Sit-in machen. Die Schäden wurden von unkontrollierten Randalierern verursacht, die die Macht übernommen haben“, verteidigten sich die Führer der Forza Nuova, Roberto Fiore und Giuliano Castellino, und beantworteten die Fragen der Ermittlungsrichterin Annalisa Marzano, die sie per Videokonferenz befragte. Und die am Ende des Verhörs die vorläufige Haft für sie, aber auch für Luigi Aronica, Pamela Tesa, Biagio Passaro von „IoAprò“ (Bewegung von Restaurantbesitzern, die gegen den Green Pass sind) sowie für Salvatore Lubrano bestätigte.

Die Richterin schrieb in dem Beschluss, dass Castellino eine „Gefahr für die öffentliche Ordnung“ darstellt, während Roberto Fiore sich „nicht die Hände schmutzig macht“, sondern „Umzüge und Demonstrationen organisiert“. Gegenüber dem Untersuchungsrichter

erklärten Fiore und Castellino, dass sie an der Demonstration auf der Piazza del Popolo als einfache Bürger teilnahmen, die gegen die Forderung nach einem Grünen Pass waren, und nicht als politische Führer.

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Hessen: Ungeimpfte können aus Supermärkten verbannt werden

21. 10. 2021



Bildquelle. Flickr (CC BY-NC 2.0/Herald Post)

Supermärkte in Hessen sind nun berechtigt, ungeimpften Personen den Zutritt zu ihren Geschäften zu verweigern, selbst wenn diese einen negativen Test auf Covid-19 aufweisen. Die gesundheitliche Begründung für eine solche Maßnahme ist nicht sehr stichhaltig und zielt nur darauf ab, widerstrebende Deutsche weiter zur Impfung zu zwingen.

Auch hier handelt es sich um eine sehr besorgniserregende Information über die Covid-Tyrannei, die in vielen westlichen Ländern herrscht und über die dort in den Mainstream-Medien kaum berichtet wurde.

Während Australien in den letzten Wochen wiederholt durch sein wahnhaftes autoritäres Regime gegenüber Covid-19 aufgefallen ist, scheint auch Deutschland dem in nichts nachzustehen. Im Bundesland Hessen hat der Landtag den Supermärkten in diesem Gebiet mit etwas mehr als 6 Millionen Einwohnern die Genehmigung erteilt, das „2G-System“ in den Verkaufsstellen einzuführen.

Diese umstrittene Regelung ermöglicht es Geschäften in der Region, nur geimpften Personen und Personen mit einer Covid-19-Genesungsbescheinigung den Zutritt zu ihren Räumlichkeiten zu gestatten. Bislang ist das „2G-System“ in der Hälfte der deutschen Bundesländer für bestimmte öffentliche Orte wie Bars, Restaurants, Nachtclubs und Kinos zugelassen.

Angesichts der Kontroverse erklärte die hessische Regierung, sie habe beschlossen, noch weiter zu gehen und den Geschäften zu erlauben, ungeimpften Personen „auf Wunsch der Branche“ den Zutritt zu verwehren.

Negative Tests, die bereits ausgestellt wurden, sind ebenfalls ausgeschlossen.

Mit dem Inkrafttreten der von der hessischen Landesregierung angekündigten Neuregelung wird nun zusätzlicher Druck auf die ungeimpften Deutschen im Lande ausgeübt.

Volker Bouffier, der hessische Regierungschef, ist der Meinung, dass „diese Möglichkeit nur an bestimmten Tagen genutzt werden wird und dass Unternehmen, die den Grundbedarf decken, davon keinen Gebrauch machen werden“. Diese Entscheidung erging, nachdem ein Frankfurter Gericht einem Grillgeschäft Recht gegeben hatte, das dagegen geklagt hatte, dass es die 2G-Vorschriften in seinen Räumlichkeiten nicht anwenden durfte.

Darüber hinaus ist anzumerken, dass im Rahmen des „3G-Systems“ auch nicht geimpfte Deutsche mit einem negativen Covid-19-Test bestimmte Räumlichkeiten betreten durften, während dies bei der 2G-Regelung nicht der Fall ist.

Und schließlich, so verrückt es auch klingen mag, wird es in Geschäften, die beschlossen haben, diese neuen Regeln umzusetzen, erlaubt sein, keine Maske mehr zu tragen und die Regeln der sozialen Distanzierung nicht mehr einzuhalten. Es scheint, dass die hessischen Behörden nicht wissen, dass die Impfung gegen Covid-19 die Übertragung des Virus nicht verhindert. Ebenso wenig verhindert sie die Entwicklung schwerer Formen der Krankheit, auch wenn sie diese reduzieren mag.

Neben Hessen haben sieben weitere deutsche Regionen Unternehmen bestimmter Branchen und Veranstalter ermächtigt, die 2G-Regelungen zu übernehmen, wodurch de facto eine Absonderung für nicht geimpfte Personen, auch solche mit negativem Test, geschaffen wird.

Tests, die, wie von der Bundesregierung bereits im August letzten Jahres vorgesehen, seit diesem Oktober in Deutschland kostenpflichtig sind.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Nächste Fluglinie gibt aus Angst vor Streiks und Pleite Pläne für Corona-Impfpflicht auf!

20. 10. 2021



Aero Icarus from Zürich, Switzerland/Wikimedia (CC BY-SA 2.0)

Nachdem die US-amerikanische Fluglinie Southwest Airlines mit ihrer Ankündigung einer allgemeinen Corona-Impfpflicht für die Belegschaft Massenstreiks von Boden- und Flugpersonal auslöste und dadurch fast in den Ruin „flog“ – [wir berichteten exklusiv im deutschsprachigen Raum](#) – musste sie die [Impfpflicht letztlich zurückziehen](#), wie der CEO Gary C. Kelly bekanntgab. [Nun muss mit Delta Airlines gleich das zweite US-Luftfahrtunternehmen](#) den Plan für einen Impfwang für Mitarbeiter zu Grabe tragen. **Impfwang wurde plötzlich zur Freiwilligkeit**

Wie CEO Ed Bastian bekannt gab, werde man von einer Impfpflicht für die Mitarbeiter der Fluglinie absehen. Der Grund liegt aber laut Bastian nicht in der unmoralischen Vorgehensweise und der fraglichen rechtlichen Grundlage, sondern angeblich in der „wirksamen Ankündigung“ (Drohung) einer baldigen Impfpflicht, die diese letztendlich obsolet gemacht hätte. Denn 90 Prozent des Personals sei mittlerweile geimpft.

Ebenso führte der CEO an, dass man auf „religiöse und gesundheitliche Gründe“, eine Impfung gegen Corona abzulehnen, Rücksicht nehmen müsse. Daher stehe auch die Kündigung ungeimpfter Mitarbeiter nicht mehr zur Debatte. Noch im August kündigte der Chef von Delta Airlines übrigens an, die Versicherungsbeiträge von ungeimpften Mitarbeiter deutlich erhöhen zu wollen, um die Kosten möglicher Krankenhausaufenthalte zu decken. Davon ist plötzlich ebenfalls keine Rede mehr. Der Fall Southwest Airlines und die weltweiten Streiks und Proteste gegen die Corona-Diktatur, mit ihren grünen Pässen, dürfte doch Wirkung zeigen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Frankreich: Moderna wird in der 3. Dosis verboten

20. 10. 2021



Bildquelle: MPI

Ein großer Tag in der französischen Nationalversammlung: Am Dienstag, den 19. Oktober, diskutieren die Abgeordneten über die umstrittene Verlängerung des Gesundheitspasses.

Nachdem von dem Impfstoff von AstraZeneca in Frankreich wegen seiner schweren Nebenwirkungen abgeraten wurde, ist klar, dass man sich bezüglich der dritten Dosis des Impfstoffs, die erforderlich sein wird, um den Gesundheitspass zu behalten, in Frankreich ausschließlich auf Pfizer/BioNtech verlassen muss. Die französischen Gesundheitsbehörden empfahlen am vergangenen Freitag, die Stellungnahme der Europäischen Arzneimittelagentur abzuwarten, bevor der Moderna-Impfstoff möglicherweise eingesetzt wird. In ihrer letzten Stellungnahme vom 6. Oktober empfahl die französische Gesundheitsbehörde (HAS) die Verwendung des Impfstoffs von Pfizer für diese Auffrischungsimpfung, ohne die Verwendung von Moderna auszuschließen, das noch keine Zulassung für die Auffrischungsimpfung erhalten hat.

„Die Ankündigungen der verschiedenen Gesundheitsbehörden haben deutlich gemacht, dass es noch Unklarheiten bezüglich der Dosis und der Zielgruppe für Spikevax® (Moderna) Booster gibt und dass es gerechtfertigt ist, auf die erwarteten Klarstellungen der europäischen Behörde im Rahmen der derzeit geprüften Marktzulassung zu warten“, schrieb HAS am Freitag in einer Erklärung.

Anfang Oktober setzten die skandinavischen Länder die Impfung mit Moderna für die Jüngsten und in Island sogar für alle Erwachsenen aus. Sie kündigten an, dass sie die

Europäische Arzneimittel-Agentur über Studien zu einem möglichen erhöhten Risiko von Myokarditis und Perikarditis im Zusammenhang mit der Verwendung dieses Impfstoffs informieren würden.

AstraZeneca, Moderna, Johnson und Johnson, von den Gesundheitsbehörden abgelehnt, in bestimmten Ländern verboten, Pfizer von einem Teil der Bevölkerung wegen seiner Nebenwirkungen in Frage gestellt... Dennoch erwägt die französische Regierung immer noch die Beibehaltung des Gesundheitspasses, um eine quasi-obligatorische Impfung in der Praxis durchzusetzen. Dieser Gesundheitspass ist in erster Linie ein politisches Instrument zur Kontrolle der Massen!

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Paris mobilisiert weiterhin jeden Samstag gegen die Covid-Diktatur

19. 10. 2021



Bildquelle. MPI



Die traditionelle Samstagsdemonstration in Paris gegen die Impfpflicht und den Gesundheitspass war wieder gut besucht.



Trotz der Zahlen und der Dauer unterdrücken die regierungsnahen Medien Informationen zu diesem Thema, ebenso wie Meldungen über die riesigen Demonstrationen, die derzeit in Italien stattfinden.



Die Woche war geprägt von der Weigerung des französischen Senats, den Gesetzentwurf der Sozialistischen Partei zur Einführung einer Impfpflicht für die gesamte Bevölkerung anzunehmen.



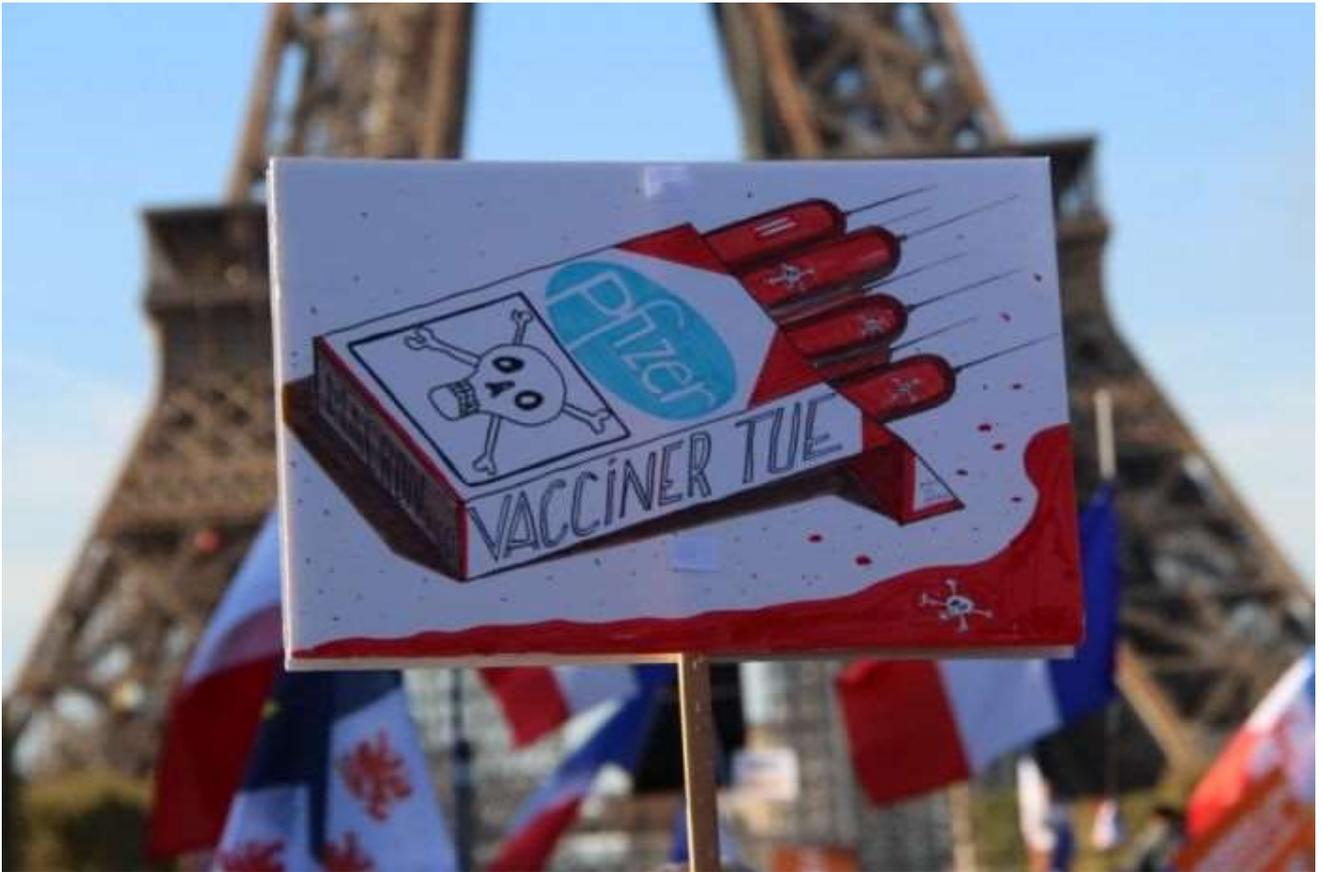
Frankreichs Gesundheitsminister Olivier Véran erklärte diese Woche, dass es keine nachgewiesenen Todesfälle gibt, die auf die Impfung zurückzuführen sind, und dass die

Zahlen, die er im Internet gesehen hat, „weit hergeholt“ seien. Es sei daran erinnert, dass Civitas sich über die „weit hergeholtten Zahlen“ der europäischen Agentur [Eudravigilance](#) auf dem Laufenden hält, die nicht in die gleiche Richtung wie Olivier Véran zu gehen scheinen.

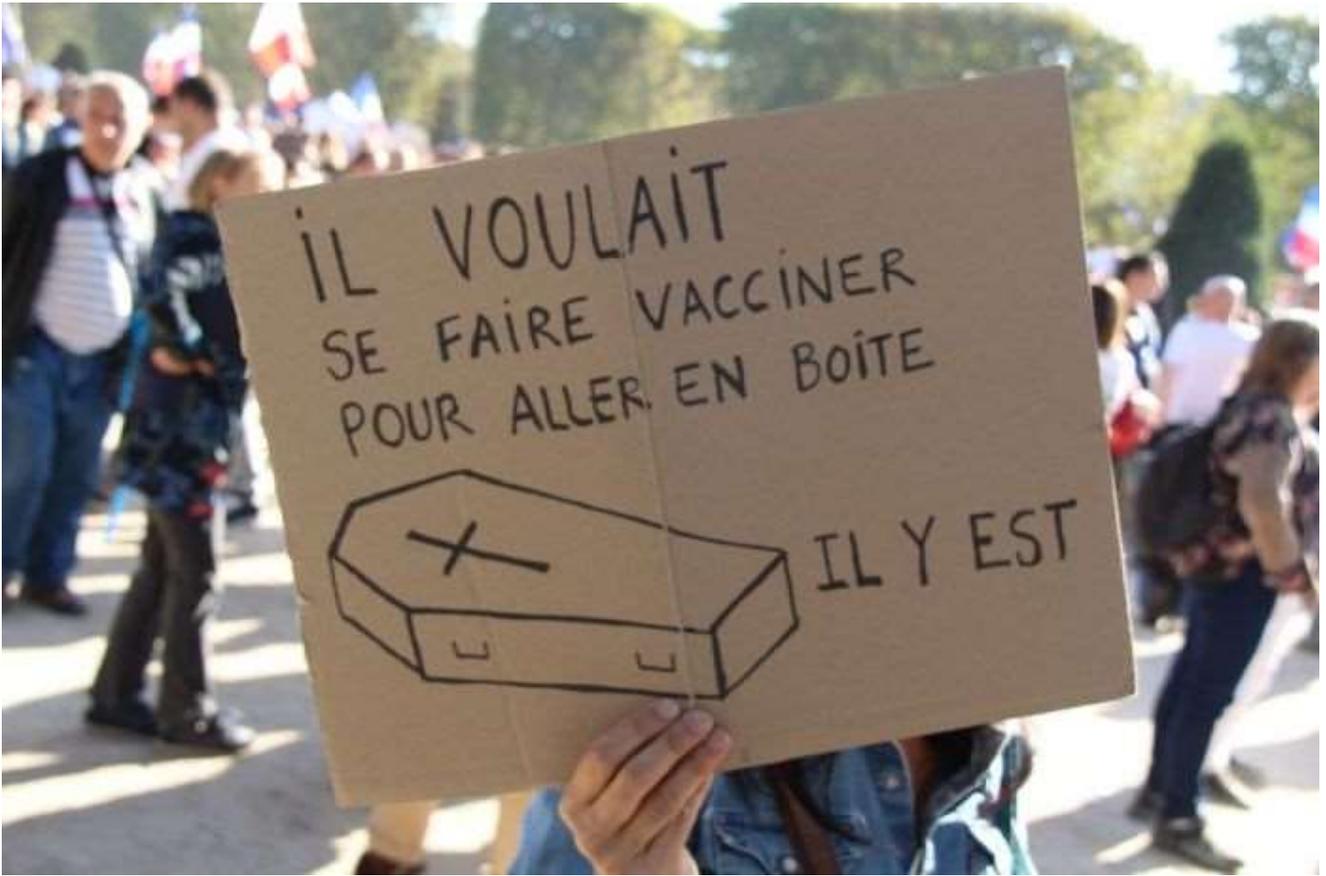














Quelle: [MPI](#)

Aus: *UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

17) So geht Manipulation – Update – Die neueste Masche: Geimpfte Corona-Opfer wegen fehlender Auffrischungsimpfung tot

19. 10. 2021



Bild: Shutterstock

Unzählige Menschen, die noch geradeaus denken können, fragen sich, wie es denn möglich ist, einen erheblichen Teil der Bevölkerung in einen Zustand ständiger Angst zu versetzen, obwohl die vermeintliche Gefahr der „Pandemie“ für mehr als 99 % der Leute gar nicht wahrnehmbar ist. Die Ursache dafür ist leicht erklärt: Die Funktionsebenen, die von ihnen kontrollierten Mainstreammedien sowie abhängige „Experten“ ziehen alle Register aus dem Repertoire gängiger Manipulationstechniken. Diese Methoden sind derart ausgetüftelt und raffiniert, dass sie nicht leicht zu durchschauen sind. Unsere neue Serie „So geht Manipulation“ möge dem Leser vor Augen führen, wie solche Mechanismen funktionieren.

19.10.2021

Die neueste Masche: Geimpfte Corona-Opfer wegen fehlender Auffrischungsimpfung tot

Dass besonders in Alters- und Pflegeeinrichtungen Senioren nach der „Immunisierung“ versterben ist bekannt. Bereits Anfang des Jahres hat UNSER MITTELEUROPA tragische Fälle in einem Pflegeheim im Artikel [„Impf-Tote plötzlich „Corona-Opfer“ – Nachdem 25% der Geimpften in Seniorenheim starben“](#) thematisiert und in einem weiteren Artikel [„Nach Impfung: Zahl der Sterbefälle in Altenheimen explodiert“](#) das Unvorstellbare anhand von umfangreichen Statistiken belegt. Die Vorfälle haben natürlich keineswegs zum Umdenken angeregt, zu stark ist die gegenteilige Propaganda in den Mainstreammedien.

Die Impffobby versteht es inzwischen, den Spieß sozusagen umzudrehen: Jetzt ist es die „fehlende Drittimpfung“, der „Booster-shot“, der für das Dahinscheiden der Senioren verantwortlich sein soll und so lautete die Artikelüberschrift in [tagesanzeiger.ch](#):

„Fehlende Drittimpfung fordert Opfer – «Mit einem Booster wäre meine Mutter noch am Leben»“

Im Artikel fordert dann Jack Schmidli, der am Montag seine doppelt geimpfte Mutter an Covid-19 verlor und auch „Experten“ „endlich mehr Tempo bei der Booster-Impfung.“

Und weiter steht dort, dass die zum Zeitpunkt der Impfung 89-Jährige damals große Hoffnung hegte, dass „die Pandemie bald vorbei sein werde“. Da war sie nicht alleine – viele gingen den Lügen der Politiker auf den Leim (siehe weiter unten). Und ihr Sohn legt nach: „Hätte meine Mutter eine Booster-Impfung bekommen, wäre sie jetzt noch am Leben“, sagt er.

Fairerweise muss man sagen, so unrecht hat er dabei gar nicht, denn „Verschwörungstheoretiker“ behauptete schon seit Beginn der Impfkampagne, dass die „Immunisierten“ jetzt ständig an der Nadel hängen werden, wollen sie überleben. Junkies auf Abo sozusagen.

18.10.2021

Doppelt geimpfter Ex-US-Außenminister Powell starb an Covid

Heute ist der frühere US-Außenminister Colin Powell im Alter von 84 Jahren verstorben. Der Republikaner war von 2001 bis 2005 unter Präsident George W. Bush Außenminister der USA. Im Prinzip ist es nichts Außergewöhnliches, wenn man in diesem hohen Alter

dahinscheidet. Was ist aber am Ableben Powells so Besonderes dran, dass die vermeintliche Todesursache in den Schlagzeilen der Mainstreammedien mittransportiert wird, was bei „normalen“ Todesfällen bei Prominenten nicht die Regel ist.: Der Ex-Außenminister soll an Corona verstorben sein.

Und das muss gleich in großen Lettern gebracht werden

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG ● FAZ.NET

IM ALTER VON 84 JAHREN

Früherer US-Außenminister Colin Powell an Covid-19 gestorben

Süddeutsche Zeitung

18. Oktober 2021, 15:47 Uhr USA

Ex-US-Außenminister Powell an Covid-19 gestorben



Früherer US-Außenminister Colin Powell an Covid-19
gestorben

SPIEGEL Ausland

Früherer US-Außenminister

Colin Powell an Covid-19 gestorben

Der Schönheitsfehler dabei: Colin Powell war bereits **zweifach** „immunisiert“, was nicht gerade eine Empfehlung darstellt, es ihm gleichzutun. Das alles spielt jedoch keine Rolle, denn „hängen bleiben“ soll die Botschaft: Seht wie gefährlich das Virus ist! Und wer liest schon den ganzen Artikel durch?

Und noch etwas wird in den meisten Medien komplett ausgeblendet: Powell war ein Krebspatient. Bereits 2003 musste er sich einer Prostata-Operation unterziehen, wie damals rp-online.de berichtete und zum Schluss litt er an Blutkrebs wie das US-Portal cnbc.com berichtete.:

„[...] Nach Angaben von NBC News wurde er wegen eines multiplen Myeloms behandelt. Dabei handelt es sich um eine Art von Blutkrebs, der die Fähigkeit des Körpers, Infektionen zu bekämpfen, beeinträchtigt. (...)“

Ob Colin ohne geimpft zu sein länger gelebt hätte oder früher gestorben wäre, ist nicht bekannt. Oder fehlte ihm am Ende gar ein Auffrischungsimpfung, ein „Booster-shot“ um noch länger zu leben? Was zählt ist, dass wir endlich einen prominenten Corona-Toten haben. Und das muß groß in die Schlagzeilen. Der Rest ist unwichtig.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) CZ: Produktionsstillstand bei Škoda

18. 10. 2021



Foto: Shutterstock

Škoda stellt die Produktion in drei tschechischen Werken für zwei Wochen ein

Škoda Auto wird die Produktion in allen drei inländischen Werken für die nächsten zwei Wochen komplett einstellen, mit Ausnahme einer Linie im Werk Kvasiny in der Region Rychnov (Reichenau). Während des Stillstands plant das Unternehmen, 10.000 verteilte Fahrzeuge fertig zu stellen, sagte Tomáš Kotera, Kommunikationschef von Škoda Auto, heute. Der Grund für den Produktionsrückgang ist ein Mangel an Chips.

„Während des Stillstands werden wir uns auf die Fertigstellung von etwa 10.000 Fahrzeugen konzentrieren, die wir dann schneller an unsere Kunden ausliefern können. Außerdem werden wir am Freitag, den 22. Oktober, unsere jährliche Inventur und Verpackungsinventur durchführen“, so Kotera.

Kotera geht davon aus, dass sich das Halbleiterangebot in der zweiten Jahreshälfte 2022 wieder stabilisieren wird. In der Folge dürfte sich die gesamte Versorgungslage beruhigen.

Škoda Auto hat im vergangenen Jahr weltweit über eine Million Fahrzeuge ausgeliefert. Das Unternehmen betreibt drei Produktionsstätten in der Tschechischen Republik und produziert zudem in China, Russland, der Slowakei und Indien, meist im Rahmen von Konzernpartnerschaften, sowie in der Ukraine und Kasachstan in Zusammenarbeit mit lokalen Partnern.

Quelle: [Echo24.cz](https://www.echo24.cz)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Teil 2 | Prognose über kommende Grippewelle punktgenau eingetroffen! **Panikmaschinerie läuft an**

15. 10. 2021



Bild: shutterstock, Montage unser-mittleuropa

Vor einem Monat haben wir prognostiziert, warum heuer mit einer Grippewelle wieder zu rechnen sein wird. Die Gründe dafür führten wir in unserem Artikel an.

Dass unsere Prognose so rasch Wirklichkeit wurde, kam sogar für uns überraschend, da jetzt schon mit der Panikmache begonnen wird, obwohl **die prognostizierte Grippewelle noch gar nicht da ist**. Nicht auszumachen, wie die Panikmaschinerie erst anlaufen wird, wenn die ersten Grippefälle auftreten werden.

Lesen Sie hier die ersten Botschaften. Darunter haben wir unseren Artikel vom 16. September hinzugefügt:



SPAHNS GEHEIME CORONA-RUNDE

Wegen Grippe! Experte warnt vor Klinik-Kollaps

Für Intensivstationen „nicht schaffbar“

„15.10.2021

Die Corona-Inzidenz (aktuell 67 Ansteckungen/100 000 Einwohner) ist in Deutschland weiter auf Niedrig-Niveau. Doch der Intensivmediziner-Verband DIVI schlägt trotzdem Alarm – und warnt vor der KOMBINATION aus Corona- und Grippewelle im Winter!“ berichtet [BILD](#).

STIKO empfiehlt gleichzeitige Impfung gegen COVID-19 und Grippe

Die gleichzeitige Impfung gegen COVID-19 und Grippe ist nun laut STIKO möglich, solange es sich bei dem eingesetzten Grippe-Impfstoff auch um einen Totimpfstoff handelt. Daneben gibt es neue Empfehlungen zum Booster der COVID-19-Impfung im Epidemiologischen Bulletin, berichtet die [Gelbe Liste](#).



tagesschau

Sendung verpasst?

Videos & Audios Warnung vor Grippe-Welle: RKI und Spahn rufen zu Impfung auf

VIDEO

Warnung vor Grippe-Welle: RKI und Spahn rufen zu Impfung auf

06.10.2021 20:09



Quelle: Tagesschau



©Getty Images

HARTE INFLUENZA-SAISON DROHT

Früh wie nie! Erster Alarm um Grippewelle

„07. Oktober 2021

Doppelte Gefahr: Neben Corona ist heuer auch wieder die Grippe am Vormarsch.“ Berichtet oe24.de

Und hier [unser Artikel](#) vom 16. September zum Nachlesen:

Das Corona-Orakel zu Mitteleuropa

Warum heuer die Grippe wieder zurückkehren wird

„Dass unsere Prognosen rund um die sogenannte „Pandemie“ bis jetzt immer punktgenau zutrafen, hat nicht etwa damit zu tun, dass wir über hellseherische Fähigkeiten verfügen, oder dass in unserem Team eine Wahrsagerin mit Kristallkugel dabei ist. Nein, der Grund ist schnell erklärt: Wir versetzen uns in die Rolle der Impflobbyisten und stellen uns die Frage, wie würden wir an deren Stelle handeln um die Corona-Panik zu prologieren?“

Wie prolongiert man die Corona-Hysterie?

Um diese Frage zu beantworten, muss analysiert werden, wo denn der Schuh bei der „Pandemie“, die über 99% der Menschen nicht betrifft, drückt. Da gibt es gleich mehrere wunde Punkte. Die sind:

- Die Infektionszahlen sind zu gering
- Die Zahl der Erkrankten ist zu gering
- Die Zahl der Impfdurchbrüche ist zu hoch
- Der angebliche gegebene „Schutz“ der „Vollimmunisierten“ vor Ansteckungen wird vor dem Hintergrund der gebrochenen Versprechungen („... die Pandemie ist für Geimpfte vorbei“) immer schwerer zu vermitteln.
- Der „Joker“, überfüllte Intensivstationen samt Verschiebung von Operationen, zieht auch nicht richtig, weil die Frage, warum denn während der „Pandemie“ Intensivbetten ab- statt aufgebaut wurden, nicht ehrlich zu beantworten ist.

Die Lösung: eine Grippewelle

Galt es letztes Jahr, die alljährliche Grippewelle wegzuleugnen um alle, vom Unfallopfer bis zum normal Verstorbenen, als Corona-Opfer zu deklarieren, falls sie auf Corona positiv getestet wurden, so ist eine Grippewelle ein willkommener Anlass, heuer umgekehrt, aus Corona erkrankten Geimpften, Grippefälle zu konstruieren. Nichts leichter als das!

Die Lüge, wegen der Corona-Maßnahmen hätte es letztes Jahr keine Grippewelle gegeben, kann aufgewärmt werden, um das weitere Maskentragen(müssen) als „vernünftig“ und „verantwortungsvoll“ hinzustellen. Das gilt auch für andere Hygienevorschriften (die es bisher bei Grippewellen nicht gab). Kurz gesagt: Die Disziplinierungsmaßnahmen könnten auch ohne Corona zum Selbstläufer werden.

Impfungen können im „Doppelpack“ (Corona/Grippe) verpasst werden. Man denke da an die Nachimpfungen, den „Booster-shots“, die dann noch „voller immunisieren“ werden.

Nachdem bekanntlich bei Grippewellen die Krankenhäuser restlos überfüllt sind (die Leute wurden teilweise in Gängen untergebracht), wird zur Vermeidung von noch mehr hospitalisierten Kranken natürlich auch die Corona-Impfung mit Nachdruck forciert werden.

Und last but not least wird die Pharma-Lobby sicher nicht auf die Gewinne mangels verstärkter Grippeimpfungen verzichten wollen. „Lassen Sie sich unbedingt auch gegen Grippe impfen, denn Corona plus Grippe ist noch gefährlicher“ wird die Parole sein.

Zusammenfassend darf festgehalten werden, dass es immer Grippewellen gab und geben wird und dass das angebliche restlose Verschwinden letztes Jahr sich nahtlos in die Lügen reiht, die uns seit nunmehr fast zwei Jahren aufgetischt werden.“

Anmerkung von heute (15.Oktober) dazu: Gehirngewaschene Vollidioten wird auch das sicher nicht zum Nachdenken anregen. Wir sind froh, dass unser Leser nicht in dieser Kategorie von Deppen zu verorten sind.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Italien blockiert von Nord bis Süd

16. 10. 2021



Port w Trieście zablokowany przez ogromny tłum, ponad 6 000 osób, 15 października 2021 r., w dniu wejścia w życie obowiązkowej przepustki zdrowotnej ("Green Pass") dla wszystkich włoskich pracowników - *Źródło obrazu: MPI*

Erinnern Sie sich an Solidarność: Die Proteste der Danziger Hafenarbeiter brachten das kommunistische Regime in Polen zu Fall.

Wiederholt sich die Geschichte? Das Corona-Regime des Bankers Mario Draghi, eine neokommunistische Diktatur der kapitalistischen Finanziers, deren würdiger Vertreter er ist, sieht sich massiven Protesten vom Norden bis zum Süden der Halbinsel gegenüber.



Der Hafen von Triest startete den Angriff gegen den Green Pass, der Hafen von Ancona antwortete, ferner stimmten die Häfen Liguriens mit ein, darunter der große Hafen von Genua, und andere wie Gioia Tauro und Civitavecchia vor den Toren von Rom: die Blockierung der Häfen verursacht natürlich Störungen in der Logistik, Lastwagen können weder ein- noch ausfahren, weder laden noch entladen.

Die Hafenarbeiter sind nicht die einzigen, die auf dem Kriegspfad sind. Auch vor den Fabriken in Turin gibt es starke Proteste. „Nur in diesem Land muss man für die Arbeit bezahlen, ich bin seit 32 Jahren hier, und heute Morgen komme ich nicht rein, weil ich nicht geimpft bin, man nimmt uns die Freiheit“, schimpfte ein Arbeiter von Fiat Avio in Rivalta Torinese, der seit dem Morgengrauen mit Dutzenden von Menschen vor dem Tor 10 des Luft- und Raumfahrtwerks gegen den verpflichtenden Green Pass protestiert.

„Arbeit ist ein Recht, kostenlose Tests“, heißt es in einem Manifest der Arbeitnehmer. „Hier bei uns gibt es auch geimpfte Menschen, erklären sie, aber wir glauben nicht mehr an diese Regierung. Die Bürger sind verärgert, Gewalt ist nie gerechtfertigt, aber wir können es wirklich nicht mehr ertragen. Sie haben an den Grundfesten gerüttelt, an Artikel 1 der Verfassung, und dabei vergessen, dass die Menschen von der Arbeit leben“.

Lastwagenfahrer, andere Angestellte, einfache Bürger und viele Studenten schlossen sich den Demonstrationen überall an: in Florenz, in Turin, in Mailand vor dem Gericht, der Universität und dem Sitz des staatlichen Fernsehsenders RAI, in kleinen Städten und in der Hauptstadt Rom auf dem Circus Maximus. Die Präfekturen und die Polizei waren in Alarmbereitschaft. Die Initiativen gegen den Green Pass finden „vor Firmeneingängen und an Flughäfen, Häfen, Straßenkreuzungen, Autobahnen und Eisenbahnen statt und zielen darauf ab, Unannehmlichkeiten zu verursachen, die die Regelmäßigkeit von Dienstleistungen und Produktionsaktivitäten behindern könnten“, schrieb das Ministerium für öffentliche Sicherheit in einem Rundschreiben.

Alle Augen richten sich auf die Arbeiter des Hafens von Triest, die das Angebot der Regierung, sich kostenlos testen zu lassen, abgelehnt haben: 40 % der 950 Beschäftigten sind nicht geimpft und werden ab heute den Betrieb blockieren, bis der Gesundheitspass abgeschafft wird. In der Zwischenzeit hat der nationale Verband der italienischen Transportunternehmen, Trasportiunito, angekündigt, dass „etwa 80.000 Fahrer von Lastwagen und anderen Fahrzeugen in 98.000 Unternehmen fehlen werden“. Die Verkehrsgewerkschaften berechnen Zahlen, die, wenn sie sich bestätigen, zur Lähmung ganzer Sektoren, nicht nur der Logistik, führen würden. Der Green Pass wird zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen, sagt die Gewerkschaft Serviziunito. Die höheren Kosten ergeben sich aus der mangelnden Produktivität der suspendierten Fahrer, die wegen Personalmangels nicht ersetzt werden können. Es könnte auch zu „Lieferverzögerungen, etwa 320.000 Stunden pro Tag mehr als die tägliche Norm“ führen. Die Gewerkschaft Coldiretti betont ihrerseits, dass „85 % des gewerblichen Verkehrs in Italien auf der Straße abgewickelt werden und das Anhalten von Lkw und Lastwagen die Ausgaben der Italiener gefährdet. Dies gilt insbesondere für die verderblichsten Produkte wie Milch, Obst und Gemüse, die nicht in die Verkaufsregale gelangen können“.

Kritisch ist auch die Situation im öffentlichen Verkehr, wo der Prozentsatz der nicht geimpften Beschäftigten zwischen 10 und 20 % liegt.

Auch der Agrarsektor ist betroffen: Die landwirtschaftliche Tätigkeit ist an saisonale Zyklen gebunden und kann nicht unterbrochen werden, und auf den Feldern arbeiten mindestens 100.000 ungeimpfte Landarbeiter.

Auch bei den Carabinieri, den italienischen Gendarmen, sorgt der Gesundheitspass für Aufregung: mehr als 5.000 von ihnen sind nicht geimpft. Die Neue Gewerkschaft der Carabinieri (NSC) kritisiert, dass Soldaten ohne Gesundheitspass gezwungen werden, ihre Unterkunft in der Kaserne zu verlassen. Auf der Facebook-Seite der Gewerkschaft heißt es: „Alle Carabinieri, die in der Kaserne untergebracht sind, wurden angewiesen, ihre Schlafsäle zu verlassen, wenn sie bis Mitternacht nicht im Besitz des Green Pass sind“. „Das

Generalkommando hatte offenbar den Befehl an die Bewohner der Zimmer gegeben, diese zu verlassen und die Unterkunft mit einem Arbeitsplatz zu vergleichen“, fügte die Gewerkschaft hinzu, die betonte, dass „kein Erlass jemals eine solche Maßnahme auferlegt hatte, die in der Geschichte der Armee beispiellos war. Zusätzlich zu diesen Carabinieri gibt es etwa 7.000 Polizeibeamte, die nicht geimpft wurden. Dies sind die Polizeikräfte, die die Regierung braucht, um ihren Gesundheitspass durchzusetzen.

Zum ersten Mal demonstriert auch die italienische Luftwaffe gegen den Green Pass: Die SIAM (Union Aeronautica Militare) hat für Freitag, den 15. Oktober 2021 um 7 Uhr morgens die erste historische „Sitzblockade“ in der Geschichte der Luftfahrt vor den Toren des Militärstützpunkts Sigonella gegen die Verpflichtung zum „bezahlten“ Green Pass angekündigt.

Wenn der italienische Regierungschef Draghi, die ehemalige Nummer eins der Europäischen Zentralbank, „eine der einflussreichsten Figuren der Weltregierung im Dienste des ‚Grand Reset‘“, wie der Blog *Le courrier des stratèges* erinnert, keine Zugeständnisse machen will, so ist der heutige Tag hoch riskant und könnte ihn zum Einlenken bewegen: Die soziale und Anti-Sanitär-Pass-Agitation hat in Italien gerade erst begonnen...

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Green Pass: 2 Millionen Italiener verlieren ihren Arbeitsplatz

16. 10. 2021



Draghi und Merkel · Bildquelle: VoxNews

Am kommenden Montag werden 2 Millionen Arbeitnehmer zu Hause bleiben müssen, weil sie nicht in der Lage sind, den verbleibenden Zeitpuffer zu nutzen, um den verpflichtenden Green Pass zu erhalten. Nach Schätzungen der Regierung gibt es 3 Millionen Arbeitnehmer ohne Green Pass, das sind 13 % der Beschäftigten in Italien.

Menschen, die, um bis Ende des Jahres einen Job zu erhalten, alle zwei Tage die Prüfung für den Green Pass ablegen müssten. Gegenwärtig ist das Angebot viel geringer: Gestern wurden beispielsweise nur 506.000 Abstriche gemacht.

Geht man von einer Produktivitätssteigerung der Apotheken und Einrichtungen aus, die diese Tests durchführen, könnte die Gesamtzahl übermorgen auf 700.000 ansteigen, was zusammen mit den mehr als 300.000 Personen, die aus gesundheitlichen Gründen keine Bescheinigung benötigen, 2 Millionen Menschen ohne Pass ausmachen würde.

Quelle: VoxNews

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) Italienische Häfen: Streik gegen Green Pass verschärft sich, die Regierung lenkt ein, aber nicht genug

14. 10. 2021



Bildquelle: MPI

Die Verpflichtung, ab dem 15. Oktober den Green Pass (den italienischen Gesundheitspass) für alle italienischen Arbeitnehmer einzuführen, bringt Italien an den Rand des Chaos: Engpässe, leere Regale in den Supermärkten und eine Lähmung der Wirtschaft sind zu erwarten, wenn der von den Hafentarbeitern begonnene Streik weiter anhält. Die Hafentarbeiter kündigten gestern an, dass sie den Betrieb ab Freitag, dem 15. Mai, vollständig blockieren werden, da dann die Pflicht zur Ausstellung eines Green Pass

beginnt. Es gibt keinen Verhandlungsspielraum. Das Rundschreiben des Innenministeriums, in dem die Unternehmen des Sektors aufgefordert wurden, die Möglichkeit kostenloser Tests für die Beschäftigten zu prüfen, wurde von der Koordinierung der Beschäftigten des Hafens von Triest (CLPT) abgelehnt. Die CLPT ist die führende gewerkschaftliche Kraft bei der Demonstration gegen den Gesundheitspass am vergangenen Montag, an der 15.000 Bürger teilgenommen haben.

Der italienische Arbeitnehmersausschuss weist erneut darauf hin, dass der Hafen von Triest ab dem 15. Oktober gesperrt wird, wenn die Verpflichtung zur Ausstellung eines Gesundheitspasses nicht aufgehoben wird. Aber nicht nur dieser Hafen ist in Gefahr: „Heute wird es Überraschungen geben, denn nicht nur der Hafen von Triest wird stillstehen. Auch der Hafen von Genua? Ich würde nicht in Genua anhalten, denn fast alle Häfen werden streiken. Heute Abend wird sich das bestätigen“, so Stefano Puzzer, Sprecher der Hafentarbeiter von Triest, der die Blockade im Vorfeld der für Freitag geplanten Ausstellung des Green Pass für den Zugang zur Arbeit angekündigt hat, gegenüber der Huffington Post. „Die einzige Möglichkeit, die sie uns bieten können, ist die Rücknahme des Green Pass“, fügte er hinzu. „Der wirtschaftliche Schaden einer Blockade des Hafens von Triest? Dieser wird allein durch die Hartnäckigkeit der italienischen Regierung bei der Aufrechterhaltung dieser Maßnahme verursacht. Wir hoffen, dass alle Europäer der italienischen Regierung die Ohren lang ziehen, damit sie dieses Dekret zurückzieht. Nein zur Diskriminierung, wir sind bereit, alle Häfen zu blockieren. Der nächste Freitag wird ein schwarzer Freitag sein.“ Einigen Daten des Hafens von Triest zufolge liegt der Prozentsatz der nicht geimpften Arbeitnehmer bei fast 40 %.

„Ich hoffe, dass wir mit gesundem Menschenverstand ein Gleichgewicht erreichen können“, andernfalls „riskieren wir, enormen Schaden anzurichten“, kommentierte der Präsident der Konferenz der Regionen, Massimiliano Fedriga.

Auch in Gioia Tauro, einem anderen großen italienischen Hafen, ist die Lage nicht eindeutig. Aus Gewerkschaftskreisen ist zu hören, dass es derzeit keine Anzeichen für Proteste gibt, aber da die Verpflichtung in einigen Tagen beginnt, ist nicht auszuschließen, dass die Anwendung der Rechtsvorschriften in den nächsten Stunden Reaktionen der Arbeitnehmer hervorrufen wird. Der Prozentsatz der Arbeitnehmer ohne Green Pass ist hoch.

Aber nach den Häfen könnten auch die Transport- und Logistikunternehmen streiken: „Es besteht die Gefahr einer Blockade, einer Lähmung des nationalen Logistiksystems“, warnte Ivano Russo, Generaldirektor von Confetra, einem Verband von Transport- und Logistikverbänden. „Unser Verband vereint 400.000 Autofahrer, und wir schätzen, dass 30 % von ihnen keinen Green Pass haben und in einigen Tagen aufhören müssen. Sowie verschiedene Unternehmen wie Electrolux Italia in Susegana, die am 15. mit einem Generalstreik beginnen werden, der heute von den Gewerkschaftsvertretern beschlossen und angekündigt wurde.“

Um die Unzufriedenheit zu besänftigen, hat das Innenministerium gestern einen Rückzieher gemacht und die Hafengesellschaften aufgefordert, abweichend von der nationalen Gesetzgebung kostenlose PCR- oder Anti-Gen-tests zur Verfügung zu stellen, um die Blockade der Häfen zu vermeiden. Der Ausschuss der Hafentarbeiter hält diese Maßnahme für unzureichend und fordert die vollständige Abschaffung des Passes.

Die Bestimmung würde „doppelte Standards zwischen verschiedenen Wirtschaftssektoren“ schaffen, und „es wäre ein schwerer Fehler“, sagte der Präsident des Regionalrats von Friaul-Julisch Venetien, Piero Mauro Zanin. „Kostenlose Schnellabstriche für Arbeitnehmer

(im Hafen von Triest) ohne Green Pass, um Probleme zu vermeiden? Und für die anderen Millionen von Arbeitnehmern gilt das nicht? Anstelle der Unternehmen sollte der Staat einen Beitrag leisten. Die gegenwärtige Situation ist unzureichend“, rief Lega-Chef Matteo Salvini, der sich für kostenlose Tests für alle einsetzt.

In nur wenigen Tagen wurde der italienische Regierungschef Draghi Opfer einer „negativen Stimmung von über 50 %“.

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

23) Botschaft von Erzbischof Viganò an die italienischen Demonstranten gegen die Gesundheitstyrannie

12. 10. 2021



Carlo Maria Viganò · Bildquelle: MPI

„Lasst uns wieder echte Zeugen Christi werden“

Transkript der Videobotschaft von Seiner Exzellenz Mgr. Carlo Maria Viganò:

Rom – Piazza del Popolo, 9. Oktober 2021

Liebe Freunde,

Sie haben sich heute in Rom, auf der Piazza del Popolo und auf vielen anderen Plätzen Italiens versammelt, während Hunderttausende von Menschen auf der ganzen Welt ihren Widerstand gegen die Errichtung einer globalen Tyrannie demonstrieren. Millionen von Bürgern aller Nationen haben unter dem ohrenbetäubenden Schweigen der Medien „Nein!

Nein zum pandemischen Wahnsinn, nein zu den Einsperrungen, Ausgangssperren und aufgezwungenen Impfungen, nein zu den Gesundheitspässen und nein zu den Erpressungen einer totalitären Macht, die den Eliten hörig ist.

Fast zwei Jahre sind vergangen, seit dieser globale Alptraum begann. Wir haben ein Labyrinth betreten, Schritt für Schritt. Zuerst waren es Masken auf der Innenseite, dann selbstzertifizierte Eingrenzungen, dann Ausgangssperren... erinnern Sie sich? Jedes Mal, wenn wir mit einem Missbrauch konfrontiert wurden, der durch die Notlage gerechtfertigt zu sein schien, haben wir akzeptiert, dass uns ein wenig Freiheit genommen wurde. Schritt für Schritt. Wir wurden daran gehindert, in die Kirche zu gehen, unsere Häuser zu verlassen, zu arbeiten, zur Schule zu gehen, unsere Lieben und sogar unsere sterbenden Eltern im Krankenhaus zu besuchen. Schritt für Schritt. Zu einer bestimmten Zeit am Abend sahen wir auf unseren Straßen nur noch Amazon- und Just-Eat-Lieferanten [1]: neue Opfer des Great Reset, neue Sklaven des Systems, sowie viele Kleinunternehmer, Ladenbesitzer, Bars und Restaurants, die durch absurde, illegitime und kontraproduktive Vorschriften aus dem Geschäft gedrängt wurden. Ganz zu schweigen von dem psychischen Zusammenbruch, der viele von uns, von den Jüngsten bis zu den Ältesten, getroffen hat: Einige sind jeglicher sozialer Kontakte beraubt, andere sind ohne Betreuung in Pflegeheime (Residenza sanitaria assistenziale, RSA) eingesperrt, die durch ein ministerielles Protokoll zum Tode verurteilt wurden. Schritt für Schritt gewöhnten wir uns an den Gedanken, dass ein technisch-wissenschaftlicher Ausschuss entscheiden könnte – so wurde uns gesagt -, dass das Virus nur nach 18 Uhr zirkulierte, dass es Steh- und nicht Sitzplätze in Bars betraf, dass es Kirchen oder Museen infizierte, nicht aber Pendlerzüge oder Busse voller Studenten. Schritt für Schritt wurde uns vorgegaukelt, dass die saisonale Grippe wie jedes andere Coronavirus Tausende von Menschen töten kann, ohne dass uns gesagt wurde, dass Hausärzte und Krankenhausstationen für die Behandlung gesperrt sind, weil man auf die Verschlimmerung der Krankheit wartet. Sie sagten uns nicht, dass Covid auf Anweisung der Gesundheitsbehörde als Lungenkrankheit behandelt werden sollte, obwohl es sich um eine Kreislauferkrankung handelte; sie sagten uns nicht, dass Autopsien verboten waren und dass Leichen eingeäschert wurden, um zu verhindern, dass wir die Ursachen der Krankheit herausfinden und verstehen, wie man sie behandeln kann. In der Zwischenzeit zeigten sie uns die mit Leichen beladenen Militärlastwagen von General Figliuolo und erklärten uns, dass diese Lastwagen nur einige wenige Särge enthielten, die in Bergamo angehäuft worden waren, nachdem die Bestatter daran gehindert worden waren, die Leichen abzuholen und die Beerdigungen zu organisieren. Aber welche Auswirkungen hatte das auf die gesamte Bevölkerung, die zu Hause vor dem Fernseher saß, hypnotisiert von einem Medienterrorismus, der wissenschaftlich nach den zynischsten Prinzipien der Propaganda geplant war! Denken Sie an die alten Menschen, die von ihren Angehörigen getrennt sind, denen jeglicher Trost, selbst der geistliche Trost, verwehrt wird – sogar den Priestern ist es verboten, die Letzte Ölung zu spenden! – Sie sind gezwungen, diese täglichen Schikanen zu ertragen, ihre Bettnachbarn sterben zu sehen und die Verzweiflung von Menschen mitzuerleben, die noch einsamer sind als sie selbst. Nun stellt sich heraus, dass die Verabreichung von Propofol, einem Narkosemittel zur Herbeiführung eines pharmakologischen Komas, nicht nur von dem wegen fahrlässiger Tötung verhafteten Chefarzt von Montichiari praktiziert wurde, sondern in allen Krankenhäusern gängige Praxis war, wie der Präsident der Chefärzte [2] in einem Interview bestätigte und Dr. Scoglio hervorhob. In der Praxis erzählt man uns mit äußerster Nonchalance, dass im vergangenen Jahr kritisch kranke Patienten in Covid mit Propofol sediert wurden, bevor sie intubiert wurden, wohl wissend, dass dies ihren Tod zur Folge haben würde. Und sie erzählen uns das so dreist, weil sie offensichtlich davon überzeugt sind, dass niemand von uns Einspruch erheben wird, dass kein Richter eine Akte eröffnen wird, dass kein Journalist über diesen x-ten Skandal berichten wird, dass kein Politiker es wagen wird, den Premierminister oder den Gesundheitsminister zu kritisieren.

Um unseren Arbeitsplatz nicht zu verlieren und unseren normalen Tätigkeiten nachgehen zu können, wurden wir nach und nach gezwungen, ein Dokument – den grünen Pass – vorzulegen, das den Gesundheitszustand von Personen bescheinigt, die gegen ansteckende und übertragbare Krankheiten geimpft worden sind, und von Personen, die negativ auf unzuverlässige Proben reagieren. Denn wie Sie wissen, schützt der Impfstoff nicht vor Ansteckung und die Abstriche garantieren nicht, dass das Ergebnis der Realität entspricht. Und wofür? Für eine Grippe, die geheilt werden könnte – und in vielen Fällen mit dokumentiertem Erfolg geheilt wurde, wo man es zuließ -, die aber unheilbar sein musste, um die Erprobung von Impfstoffen durch Abweichung von den üblichen Regeln zu legitimieren.

Und auch in diesen Tagen, in denen die Wahrheit immer mehr ans Licht zu kommen scheint, erfahren wir aus den Erklärungen einiger Ärzte, dass die Proben – auf deren Grundlage wir in unseren Häusern eingesperrt oder in eine lächerliche und anstrengende Quarantäne gezwungen wurden – diese Proben, die uns auferlegt wurden, um positive Fälle zu ermitteln und für die berühmten Statistiken der Experten zu verwenden, nicht zuverlässig sind. Und das sagen sie uns heute ungestraft, nachdem sie die Wirtschaft, das soziale Gefüge und das psychophysische Gleichgewicht einer ganzen Nation ruiniert haben. Aber wenn diese Abstriche heute nutzlos sind, dann waren sie auch gestern nicht nützlich; und das sagten nicht nur die „Verschwörer“, sondern auch ihre eigenen Erfinder, die behaupteten, sie hätten keinen diagnostischen Nutzen. Aber da die Abstriche nun als einzige – zugegebenermaßen teure – Alternative zur experimentellen Genserum-Impfung delegitimiert werden müssen, sind sie nicht mehr auf magische Weise zuverlässig, während sie früher per Gesetz zuverlässig waren. Ein bisschen wie Covid nach 18 Stunden.

Ich habe bereits das Labyrinth erwähnt, in dem wir uns verlaufen haben. Genauer gesagt: ein Labyrinth, in dem wir uns wiederfanden, als wir denen folgten, die uns einen Ausweg versprochen, obwohl wir genau wussten, dass es keinen gab. Mit jedem Schritt, den wir in das Labyrinth machten, entfernten wir uns weiter und verloren den Weg.

Denn ES IST ein Labyrinth. Ein Gewirr von pseudowissenschaftlichen Aussagen, logischen Widersprüchen, apodiktischen Proklamationen, Dogmen, die von den neuen Priestern von Covid, vom pandemischen Sanhedrin verkündet werden. Nichts an dem, was uns gesagt wird, ist konsistent oder rational, und gerade weil wir glauben, dass das, was uns gesagt wird, einen Sinn hat, versinken wir immer tiefer in dem Labyrinth. „Wir sollten impfen, um die gebrechlichen und älteren Menschen zu retten, die nicht geimpft werden können“, sagten sie uns, während sie die gebrechlichen und älteren Menschen impfen. „Wenig später entdeckten wir, dass wir nicht nur die Maske tragen mussten, sondern dass eine Dosis des Serums nicht mehr ausreichte, nicht zwei, nicht einmal drei. Inzwischen sterben gebrechliche und ältere Menschen selbst nach der doppelten Dosis an Covid, und wenn sie überleben, dann deshalb, weil in den Krankenhäusern – widersprechen Sie mir, wenn Sie können – seit einiger Zeit Azithromycin an Covid-Patienten verabreicht wird, unter dem Vorwand, Darmparasiten zu behandeln, aber wohl wissend, dass es eigentlich gegen das Virus eingesetzt wird. Um die Glaubwürdigkeit der Impfstoffe und nicht die Gesundheit der Patienten nicht zu gefährden.“

Wir müssen aus diesem Labyrinth herauskommen, liebe Freunde. Aber wir können uns nicht damit begnügen, gegen den grünen Pass zu protestieren, der nur das jüngste und sicherlich nicht das letzte Instrument der Unterdrückung ist. In der Tat: der grüne Pass ist ein juristischer Irrweg, eine abscheuliche Erpressung, ein Beweis für die Scheinheiligkeit des Pandemiealarms; aber selbst wenn sie den grünen Pass widerrufen würden, bliebe immer noch die Absurdität, ein heilbares Virus, das nicht mehr Todesfälle als in den vergangenen Jahren verursacht hat, für tödlich zu halten; die Absurdität, Masken zu tragen, die nicht nur

keinen Zweck erfüllen – wie die „Experten“ selbst sagen -, sondern im Gegenteil schwere Lungen- und Gehirnerkrankungen verursachen; die Absurdität, ein Medikament als „Impfstoff“ zu bezeichnen, das keine Immunität verleiht und dessen Nebenwirkungen so schwerwiegend sind, dass sie in nur wenigen Monaten der Verabreichung die Todesfälle aller Impfstoffe der letzten zehn Jahre übersteigen; Es ist absurd, uns zu erlauben, uns mit einem experimentellen Medikament zu impfen, das auf unsere DNA einwirkt und uns zu genetisch veränderten Organismen macht; es ist absurd, Anweisungen und Protokolle zu befolgen, die von Hexendoktoren und nicht von gewissenhaften Ärzten verfasst worden zu sein scheinen, wenn man die Reihe von Gegenanordnungen bedenkt, die jetzt den Pathetiker erreicht haben. Die Absurdität, ernsthaft und in aller Ruhe Behauptungen zu widerlegen, die so ungeheuerlich und falsch sind, dass sie keine Antwort verdienen. Draghis Aussage: „Wer geimpft ist, wird gerettet, wer nicht geimpft ist, stirbt“ ist eine Lüge; die Aussage „Geimpfte Menschen sterben nicht an Covid“ ist falsch, ebenso wie die Aussage, Covid sei eine tödliche Krankheit, da sie nur dann tödlich ist, wenn sie nicht behandelt wird. Und es ist falsch zu sagen, dass es kein Heilmittel gibt, denn diese viel geschmähten Mittel werden jetzt von denselben europäischen Behörden als Präventivmaßnahme gegen die afghanischen Flüchtlinge eingesetzt, die wir vor einigen Wochen aufgenommen haben. Das ist alles falsch. Die Angaben zu den Todesfällen durch Covid sind falsch. Die Zuverlässigkeit der Stichproben ist falsch. Die Wirksamkeit und Sicherheit von Impfstoffen ist falsch. Falsch, Einweisungen in die Intensivstation. Die „Nicht-Korrelation“ von „plötzlichen Erkrankungen“ bei geimpften Personen ist falsch. Falsch die Alarme in den Nachrichten, falsch die Berichte in den Unterhaltungsshows mit den üblichen „Experten“ und „Virostars [3]“, falsch die Vorhersagen der Statistikexperten.

Lasst uns aus dem Labyrinth herauskommen! Wehren wir uns gegen die Medienberichterstattung, indem wir vielleicht beschließen, den Fernseher auszuschalten, der sich inzwischen in ein höllisches Tabernakel verwandelt hat. Wir sollten den logischen Kurzschluss derjenigen unterbrechen, die unsere Zustimmung verlangen, selbst wenn sie nach Strich und Faden lügen. Und um aus dem Labyrinth herauszukommen, liebe Freunde, müssen wir die Dinge mit einem Blick betrachten, der sich nicht auf isolierte Fakten beschränkt, sondern sie alle in einem größeren Bild sieht, in dem die Pandemie ein Instrument des Social Engineering ist, das geschickt provoziert wurde, um uns genau zum grünen Pass zu führen, zur totalen Kontrolle, zur Einschränkung natürlicher und verfassungsmäßiger Freiheiten im Namen eines Great Reset, den niemand von uns will, die niemand je von uns verlangt hat, zu wählen, die Macht und Reichtum in den Händen einer Elite konzentriert – den „Philanthrokapitalisten“ wie Gates und Soros – und die den Rest der Menschheit wie einen Pool von Sklaven und Kunden behandelt, denen sie das Minimum an Geld geben – das aus dem Nichts geschaffen und wie eine Schuld auferlegt wird -, mit dem sie die Waren kaufen können, die diese Elite produziert; Waren, die natürlich von billigen Arbeitskräften hergestellt werden, die gezwungen sind, alles zu tun, um zu überleben. Während sie sich darauf vorbereiten, uns die Luft, das Wasser und die Sonne zu verkaufen, vielleicht unter dem Deckmantel des „grünen Notstands“ und unter dem Druck von Greta Thumbergs lächerlichem „Freitag für die Zukunft“.

Verlassen wir das Labyrinth, indem wir anerkennen, dass es ein Problem der Autorität gibt: eine zivile Autorität, die nicht das Gemeinwohl der Bürger verfolgt, und eine religiöse Autorität, die sich nicht nur nicht mehr um das ewige Heil der Gläubigen kümmert, sondern sie dem Rachen eines höllischen Drachens ausliefert. Wir kommen aus dem Labyrinth heraus, indem wir lernen, ein kritisches Urteil zu fällen und uns nicht von denen täuschen zu lassen, die eine so lange Geschichte von Missbrauch, Lügen und Verbrechen haben, dass wir nicht davon ausgehen können, dass sie sich uns gegenüber anders verhalten werden. Verlassen wir das Labyrinth mit der Erkenntnis, dass ein Weltkrieg im Gange ist, der nicht mit echten Waffen, sondern mit unkonventionellen Waffen geführt wird, wie der

Zensur von Informationen, der Versklavung von Ärzten, der Komplizenschaft von Politikern, Richtern und Polizeikräften; ein Krieg, der unschuldige Opfer hinterlässt, der die Gesellschaft zerstört, der die Seele der Menschen noch vor ihrem Körper betrifft, der gegen alles erklärt wurde, was uns an unsere Zivilisation, unsere Kultur, unseren Glauben, unsere Werte erinnert. Ein Krieg zwischen Licht und Dunkelheit, zwischen Gut und Böse.

Sie kümmern sich nicht um unsere Gesundheit, ebenso wenig wie um die Erhaltung der Umwelt oder die Förderung des Friedens: Nach Ansicht einiger – wie Minister Cingolani – sollte mehr als die Hälfte der Menschen verschwinden, weil wir Parasiten auf dem Planeten sind. Und gerade diejenigen, die die Entvölkerung des Planeten durch neue Impfstoffe, Abtreibung, Euthanasie und Massensterilisation theoretisieren, geben sich als wohlthätige Philanthropen aus und verteilen wirksame Impfstoffe zu genau diesem Zweck. Und all diejenigen, die sich in verschiedenen Funktionen an diese „Philanthropen“ verkauft haben, fordern uns auf, „an die Wissenschaft zu glauben“ (heute für Covid, morgen für die globale Erwärmung), und verzichten auf die Vernunft im Namen eines fideistischen Bekenntnisses, das an Selbstmord grenzt. Lasst uns aus dem Labyrinth herauskommen! Wir können kein Spiel gewinnen, wenn die Regeln jederzeit von unserem Gegner umgestoßen werden können.

Wir müssen erkennen, dass wir vor allem deshalb so weit gekommen sind, weil wir untreu waren, weil wir zugelassen haben, dass andere anstelle von Gott entscheiden, was richtig und was falsch ist, weil wir im Namen der Toleranz die Verletzung des Naturrechts und den Verfall der christlichen Moral zugelassen haben, die Ermordung von Kindern im Mutterleib, die Ermordung von Kranken und Alten, die Verderbnis von Kindern und Jugendlichen. Was heute geschieht, ist die vergiftete Frucht von jahrzehntelanger Auflösung, von Rebellion gegen das Gesetz des Herrn, von Sünden und Lastern, die in Gottes Augen nach Rache schreien. Die Vorsehung zeigt uns, was aus der Welt werden kann, wenn sie die Herrschaft Jesu Christi aufgibt und sich in die Knechtschaft des Satans begibt.

Dies sind keine apokalyptischen Worte – wie manche behaupten -, sondern eine strenge Warnung, als Pastor zu Gott zurückzukehren und zu erkennen, dass dort, wo Christus, der König, und Maria, die Königin, nicht regieren, die grausame und unbarmherzige Tyrannei des Teufels herrscht, der universelle Brüderlichkeit verspricht, obwohl er nur unsere Zerstörung auf Erden und unsere ewige Verdammnis will.

Jesus Christus ist der König und Herr der Geschichte, und in seinen Händen liegen das Schicksal und die Bestimmung eines jeden von uns, der Staaten und der Heiligen Kirche. Er wird nicht zulassen, dass wir uns den Angriffen des Feindes der Menschheit beugen. Kehren wir zurück, kehren wir alle zu ihm zurück, mit dem Vertrauen des verlorenen Sohnes, der seinen Vater demütig bittet, ihm zu verzeihen und ihn wieder in sein Haus aufzunehmen. Lassen Sie uns wieder Christen werden, stolz auf unseren Glauben und auf die Zivilisation, die die Religion in zweitausend Jahren Geschichte aufgebaut hat. Kehren wir zurück zur Verteidigung dieser nicht verhandelbaren Werte, die wir heute verleugnet und mit Füßen getreten sehen, in unserem zivilen und politischen Engagement. Vor allem aber – ich bitte euch, ich flehe euch an – lasst uns wieder in der Gnade Gottes leben, die Sakramente besuchen, die Tugenden üben, Christen sein, die den Verheißungen der Taufe entsprechen, echte Zeugen Christi.

Um aus dem Labyrinth herauszukommen, müssen wir unsere Schritte zurückverfolgen: Unser „Ariadnefaden“ ist die Verteidigung der Familie, des sozialen und religiösen Gefüges der Nation, unserer Kultur, die unausweichlich christlich, katholisch und römisch ist.

Wir Italiener sind keine Rassisten! Im Namen der Nächstenliebe, die über Jahrhunderte hinweg einer der Stolz des christlichen Europas war, können wir diejenigen aufnehmen, die von ihren eigenen Ländern verfolgt und geächtet werden, aber wir können uns nicht unter dem Vorwand, sie aufzunehmen, für die Ausbeutung von Millionen von Migranten verantwortlich machen. Wir wissen, dass ihre Einwanderung nach Europa von den Eliten geplant wurde, um unsere zivile, kulturelle und religiöse Identität zu zerstören; sie dient den Eliten dazu, soziales Chaos zu schaffen, unterbezahlte Arbeitskräfte ins Land zu holen, Kriege unter den Armen zu schüren und die Länder, aus denen sie kommen, ihrer Jugend zu berauben.

Um aus diesem Labyrinth herauszukommen, müssen wir uns mit Mut und Entschlossenheit wehren, so wie unsere Väter sich gegen die Diktaturen des letzten Jahrhunderts gewehrt haben. Ziviler Ungehorsam, Koordination von Protestaktionen, Kontakte mit Bewegungen in anderen Ländern, Zusammenschluss in einem Antiglobalisierungsbündnis, das Hilfe und Unterstützung gegen die dem System hörigen Behörden gewährleistet. Ein friedlicher Widerstand, der sich aus dem Bewusstsein speist, dass die Welt, wie sie sich der Great Reset vorstellt, nicht unsere Welt ist, da sie auf einer Ideologie des Todes, auf antihumanem und antichristlichem Denken beruht und sich ausschließlich auf Waffengewalt oder Erpressung gegen diejenigen stützt, die sich nicht auflehnen können.

Sie vergessen, diese erbärmlichen Diener der Neuen Ordnung, dass ihre Utopie, ja eine höllische Dystopie, uns allen zuwider ist, eben weil sie nicht berücksichtigt, dass wir nicht aus elektromagnetischen Schaltkreisen bestehen, sondern aus Fleisch und Blut, aus Leidenschaften, aus Zuneigung, aus Heldentaten und Großzügigkeit. Weil wir Menschen sind, geschaffen nach dem Bild und Gleichnis Gottes, ausgestattet mit Intelligenz und freiem Willen. Aber die Dämonen können das nicht verstehen: Deshalb werden sie kläglich scheitern.

Und damit dieser Tag, an dem Sie öffentlich und mutig Ihren Widerstand gegen die drohende Tyrannei demonstrieren, nicht steril und ohne übernatürliches Licht bleibt, lade ich Sie alle ein, mit mir die Worte zu rezitieren, die der Herr uns gelehrt hat. Tun wir dies mit Inbrunst, mit einem Impuls der Nächstenliebe, indem wir den Schutz unseres Herrn und seiner Gottesmutter für uns alle, für unsere Familien, für unser Land und für die ganze Welt anrufen: Vater unser, der du bist im Himmel....

+ Erzbischof Carlo Maria Viganò

Rom, 9. Oktober 2021

Anmerkungen

[1] Just Eat ist ein britisches Unternehmen, das Fertiggerichte liefert.

[2] Siehe twitter.com/AlexGiudetti/status/1443448302834528256

[3] scenarieconomici.it/il-prof-massimo-galli-la-virostar-vaccinata-contro-il-devastante-virus-delletica/

Das Original-Video, das am 9. Oktober 2021 auf der Piazza del Popolo an die gegen die Gesundheitstyrannei demonstrierenden Italiener gesendet wurde:

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

24) Italien ist zum Zentrum der Antiimpfungsproteste geworden

Von Dalma Janosi (Rom)

12. 10. 2021



Das italienische Regierungsdekret sieht vor, dass ab dem 15. Oktober der Zugang zu Arbeitsplätzen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor an den Besitz eines Immunitätsausweises gebunden ist - *Bildquelle: MTI/ANSA/Fabio Frustaci*

Gestern fand ein landesweiter Streik der Beschäftigten im öffentlichen Verkehr, im Bildungs- und Gesundheitswesen und im öffentlichen Sektor in Italien statt, während die Proteste in den großen italienischen Städten fortgesetzt wurden.

In den italienischen Großstädten herrscht eine revolutionäre Stimmung. Die Impfpolitik der italienischen Regierung unter Mario Draghi stößt in der Bevölkerung auf wachsenden Widerstand, und die gewalttätigen Ausschreitungen vom Wochenende sorgen weiterhin für Unruhe. Die Proteste, die Ausdruck der sozialen Unzufriedenheit und der unterdrückten Frustrationen sind, wurden gestern im ganzen Land fortgesetzt, wobei die Beschäftigten des öffentlichen Nahverkehrs, des Bildungs- und Gesundheitswesens und des öffentlichen Sektors zu einem ganztägigen Generalstreik aufgerufen haben. Unter dem Motto „Vereint gegen die Regierung“ gingen die Gewerkschaften erneut auf die Straße:

Die Regierung macht die Arbeitnehmer immer verletzlicher, verklärt sie an die globalen Konzerne und macht es ihnen durch das Greencard-System völlig unmöglich zu arbeiten.

Matteo Salvini, Generalsekretär der rechtsgerichteten Lega, und Giorgia Meloni, Vorsitzende der oppositionellen Partei „Fratelli d’Italia“, geben Innenministerin Luciana Lamorgese die Schuld an der Situation, die es den den Behörden bekannten Bandenanführern erlaubt hat, sich unter die friedlichen Demonstranten zu mischen, anstatt ihre Strafen hinter Gittern zu verbüßen.



Die Mehrheit der Menschen lehnt den Grünen Pass ab - Foto: MTI/ANSA/Fabio Frustaci

Der Marsch durch das historische Zentrum Roms am Wochenende erinnerte an einen Guerillakrieg: Die Behörden sind der Ansicht, dass die radikale Gruppe Forza Nuova, die sich unter die friedlichen Demonstranten mischt, die ihre demokratischen Rechte ausleben, für die schweren Unruhen verantwortlich gemacht werden kann, aber ihr ursprüngliches Ziel war mehr als nur die Unterwanderung der Stadt. Ihre Pläne konzentrierten sich darauf, das römische Parlament zu stürmen und den Präsidentenpalast einzunehmen.

Die Behörden befürchten, dass neofaschistische extremistische Bewegungen die soziale Unzufriedenheit ausnutzen, um einen wachsenden Konsens zu schaffen. Linke Politiker fordern die Auflösung der radikalen Gruppe Forza Nuova.

Bei den Zusammenstößen am Wochenende wurden 38 Polizeibeamte verletzt und später in Notaufnahmen von Krankenhäusern eingeliefert. Die medizinische Einrichtung wurde daraufhin zum Schauplatz der Auseinandersetzungen. Eine Gruppe von dreißig Impfgegnern stürmte die Notaufnahme des Krankenhauses, beschimpfte das Personal und griff dann zu körperlicher Gewalt. Die Polizei nahm 600 Personen und 12 vorbestrafte Ordnungsstörer fest.

Stundenlang wurden die Straßen rund um das Parlament und auf den wichtigsten Plätzen der Hauptstadt terrorisiert. Am frühen Abend stürmten Demonstranten den Hauptsitz der CGIL, der größten Gewerkschaft Italiens, in Rom und verursachten erhebliche Schäden am Gebäude.

Die italienischen Politiker verurteilten ausnahmslos die blinde Gewalt. Ministerpräsident Mario Draghi hält trotz der landesweiten Proteste an seiner strengen Impfkampagne fest. Um weitere Unruhen zu vermeiden, hat der italienische Ministerpräsident beschlossen, die Genehmigung von Demonstrationen zu verschärfen und die Sicherheit zu erhöhen.

Einzigartig in Europa. Im Juni wurde ein Impfnachweis für Beschäftigte des Gesundheitswesens verbindlich vorgeschrieben, im August dann auch für Beschäftigte im Bildungswesen. Ab dem 15. Oktober gilt das Gleiche für alle Berufsgruppen: 23 Millionen Arbeitnehmer im öffentlichen und privaten Sektor dürfen ihren Arbeitsplatz, sei es in einer Fabrik oder in einem Büro, nur noch betreten, wenn sie mindestens eine Impfung haben, die Krankheit durchgemacht haben oder negativ getestet wurden. Liegt keine Immunitätsbescheinigung vor, muss der Arbeitgeber den nicht geimpften Arbeitnehmer in unbezahlten Urlaub schicken. Nach der neuesten Fassung der Verordnung verliert ein nicht geimpfter Arbeitnehmer also nicht seinen Arbeitsplatz, sondern nur sein Gehalt. Längerfristig verliert der nicht geimpfte Arbeitnehmer natürlich sein gesamtes Gehalt, und der Arbeitgeber hat das Recht, ihn an seinem Arbeitsplatz zu ersetzen.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

25) Erste Fluglinie nach Corona-Impfpflicht vor dem Aus: Piloten und Angestellte legen Flugbetrieb aus Protest lahm

12. 10. 2021



Immer mehr Fluglinien weltweit führen eine Corona-Impfpflicht für ihr Personal (manche auch schon für die Passagiere) ein. Argumentiert werden diese Eingriffe in die Grundrechte der Arbeitnehmer mit den Vorgaben in den Zieldestinationen, die angefliegen werden. Dass dieser Impfwang allerdings massiv nach Hinten losgehen könnte, [muss nun die US-Fluglinie Southwest Airlines bitter erkennen.](#)

Flugbetrieb aus Protest völlig lahmgelegt

Die ab 8. Dezember geplante Impfpflicht für Flugpersonal (dazu zählen natürlich auch Piloten) führt bei Southwest Airlines derzeit zu massiven Protesten innerhalb der Belegschaft. Da die Fluggesellschaft auch häufig für die US-Regierung fliegt, ist sie von der Impfpflicht für staatsnahe Betriebe der Biden-Administration betroffen. Hunderte Angestellte der Fluglinie meldeten sich daher in den vergangenen Tagen „krank“ und verliehen so ihrem Unmut eine Stimme.

Das hatte einen kompletten Betriebsausfall der Fluglinie zur Folge. [Vergangenes Wochenende mussten tausende Flüge](#) innerhalb der USA und weltweit binnen kürzester Zeit gestrichen oder verspätet umgeleitet werden. Tausende Passagiere mussten auf diversen Flughäfen Stunden ausharren und konnten so ihre Flüge nicht wahrnehmen, was zu einem weiteren Dominoeffekt an Flugverspätungen und Co. führte. Auch bereits getätigte Buchungen wurden zu Tausenden wieder von den Fluggästen storniert.

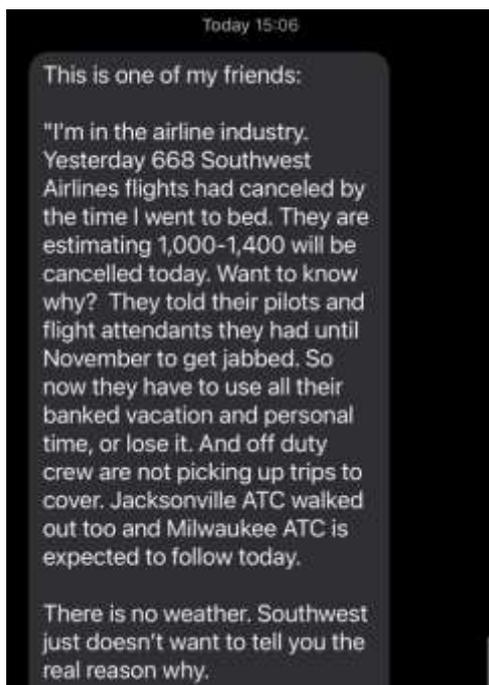
Southwest Airlines gibt Wetter die Schuld

Southwest Airlines dürfte dies Millionen an Dollar Schaden einbringen. Eine Schuld oder gar einen Zusammenhang mit der hausinternen Corona-Politik will man allerdings öffentlich nicht eingestehen. Die Fluglinie aus Texas gab dem Wetter und der Flugkontrollbehörde Schuld an dem Flugchaos.

Anders stellt sich die Lage natürlich dar, wenn man die Berichte der Piloten der Fluglinie ließt. Circa 80 Prozent der Piloten sind Ex-Militärs und lehnen den Eingriff in ihre Grundrechte durch eine Zwangsimpfung als persönlichen Angriff zutiefst ab:

[Joshua](#)
[@I Kill Art Hoes](#)

From my dad who is a pilot about the current situation with Southwest airlines



I asked one of the pilots about it. The answer I got was (paraphrasing):

80% of our pilots are ex-military. We see the tyranny that's happening. They're coming for essential workers first (nurses, doctors, firefighters, police, military, teachers and transportation workers) and they're coming for the rest of America next. We're not doing it for us, we're doing it for America. We swore to defend the constitution against all enemies."

[10:32 nachm. · 10. Okt. 2021](#)

Link zum Tweet

https://twitter.com/I_Kill_Art_Hoes/status/1447299133862199302?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1447299133862199302%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2Ferste-fluglinie-nach-corona-impfpflicht-vor-dem-aus-piloten-und-angestellte-legen-flugbetrieb-aus-protest-lahm%2F

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

26) Wie die Corona-Politik die Strukturen der Luftfahrt und des Welthandels zerstört

Von PETER HAISENKO

12. 10. 2021

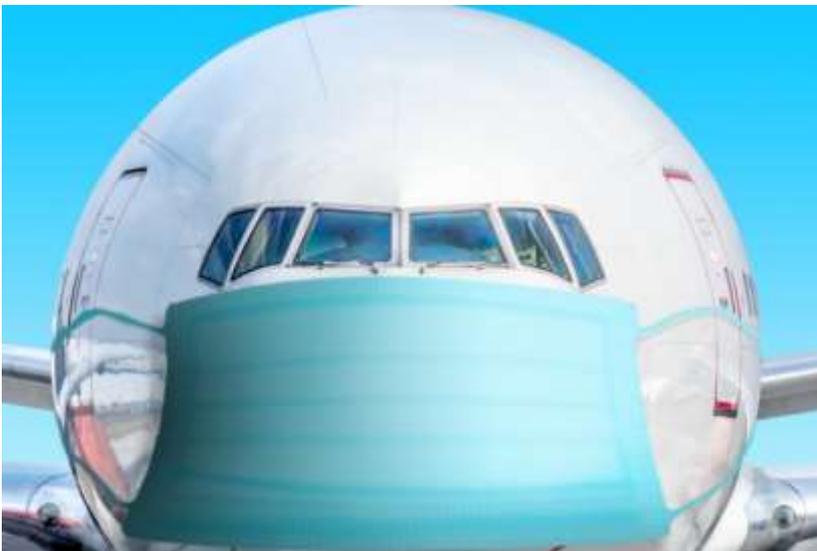


Bild: shutterstock

Mit Beginn der Corona-Einschränkungen vor eineinhalb Jahren kämpft die Luftfahrtindustrie ums Überleben. Die produzierende Industrie leidet vermehrt unter Lieferengpässen und muss ganze Werke stilllegen. Impfnötigungen erschweren die Situation, denn viele Impfunwillige quittieren den Dienst. Auch im Gesundheitswesen.

Seit vielen Jahrzehnten ist die Bezahlungsstruktur für Piloten ein Ärgernis für die Kaufleute und Manager. Schließlich darf es nicht sein, dass jemand im produktiven Beruf mehr Geld bekommt als die Kaufleute selbst. Dabei spielt es für Manager keine Rolle, dass Piloten etwas leisten, was sie selbst niemals könnten. Das gilt auch für Ingenieure, denn auch die verfügen über Fertigkeiten, deren Betriebswirtschaftler nicht fähig sind und auch nicht sein werden. Drastisch ausgedrückt kann man sagen, dass ein guter Ingenieur schnell das Kaufmännische adaptieren kann, der Kaufmann aber die Ingenieurstätigkeit nicht. So steht schon immer die Frage im Raum, warum Kaufleute besser bezahlt werden als Ingenieure. Nun, die Kaufleute bestimmen über den Einsatz von Geld und mit Corona werden sie es vielleicht endlich erreichen, die Gehälter der Piloten unter ihre zu drücken.

Mit Corona standen und stehen zu viele Flugzeuge einfach am Boden. Gerade in dieser Branche ist das schwierig, denn Lizenzen zum Betrieb der Flugzeuge müssen andauernd erneuert werden – auch am Boden. Während kleine Flugbetriebe einfach ihren Laden geschlossen haben, wollen die großen zukunftsfähig sein und unternehmen große Anstrengungen, Lizenzen und Gerät operationsfähig zu erhalten. Dennoch leiden sie unter den Kosten für überflüssiges Personal. Da kommt der Impfwang gerade recht, wie sich jetzt in den USA zeigt.

Mithilfe von Corona wird man die lästigen Angestellten los

Wie die *Allied Pilots Association (APA)* berichtet, die etwa 15.000 Piloten der *American Airlines* vertritt, hat sich etwa ein Drittel der Piloten dem Impfgebot nicht gebeugt. Ihnen droht nun die Entlassung. Wie die APA anführt, könnte das zu massiven Turbulenzen führen, die eine Fortführung pünktlicher Flüge infrage stellt. Aber auch die Impfung selbst wird beanstandet. So verbietet die US-Behörde für Flugaufsicht (FAA) Piloten nach der Impfung das aktive Fliegen für zwei Tage. Zum anderen gibt es zu viele Berichte über Fälle, wo fliegendes Personal nach der Impfung verstorben ist oder für immer fluguntauglich blieb. So hat die APA jetzt die Regierung aufgefordert, das Impfgebot für Luftfahrtpersonal auszusetzen. Eine Antwort steht noch aus.

Diese Sache hat aber noch einen ganz anderen Aspekt. In der gegenwärtigen Lage haben alle Airlines zu viel Personal. Allerdings nicht im Frachtgeschäft, aber dazu später mehr. Wie bei den großen europäischen Fluggesellschaften gilt auch bei amerikanischen das Senioritätsprinzip. Das heißt, wer am längsten dabei ist, wird als erster gefördert und als letzter entlassen. Muss also eine Airline (fliegendes) Personal entlassen, sind immer zuerst die jüngsten dran. Die sind aber auch die billigsten. Stehen also große Entlassungswellen an, verschwinden zuerst die Copiloten. Im Extremfall könnten dann nur noch Kapitäne übrig bleiben. Abgesehen davon, dass es für das Arbeitsklima im Cockpit nicht förderlich ist, wenn zwei Kapitäne dort sitzen, verteuert sich die Bezahlungsstruktur erheblich. Also, was tun?

Da kommt die Impfnötigung gerade recht. Es gibt genügend Kapitäne, die sich nicht als Versuchskaninchen für Impfstoffe hergeben wollen. Die US-Regierung hat die Impfung für fliegendes Personal befohlen und so haben die Airlines das Recht zugesprochen bekommen, Impfunwillige zu entlassen – Kapitäne und Copiloten. Die Struktur bleibt erhalten. Dazu kommt, dass auch Airlines daran interessiert sind, kritische Mitarbeiter auszusondern. Was sind Impfunwillige anderes als kritische Mitarbeiter? So können die Airline Manager zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Der dringend notwendige

Personalabbau zieht sich durch alle Ränge und gleichzeitig wird man die lästigen Angestellten los, die zu viel kritisch hinterfragen. Es soll also mithilfe von Corona eine "Säuberung" beim Personal durchgezogen werden. Wie das dann ausgehen soll, falls die Luftfahrtindustrie wieder auf die Beine kommt, steht in den Sternen. Oder falls sich herausstellen sollte, dass ein größerer Anteil der Geimpften dauerhaft fluguntauglich wird.

Viele Matrosen wollten die Verträge mit Impfzwang nicht mehr unterschreiben

Aber wie gesagt, für die Frachtflieger gilt das nicht. Die haben so viel zu tun, wie nie zuvor. Das liegt auch daran, dass übliche Lieferketten auf dem Seeweg gestört sind. Engpässen muss mit dem Flugzeug begegnet werden. Doch warum gibt es die überhaupt? Da wird kolportiert, das läge an Produktionsschwierigkeiten. Tut es auch, aber erst am Ende der Lieferketten, weil das produzierte Vorprodukt nicht angeliefert wird. Und woran liegt das? Nun, die Schiffe, die alles transportieren sollen, sind nicht im Meer versunken. Das heißt, wie im Flugverkehr sind die Transportmittel vorhanden. Die Aufträge für die Seefahrt auch. Aber anders als im Luftverkehr, fehlt es an Personal. Aber warum?

Auch im maritimen Transportgewerbe handeln die Reeder im vorausseilenden Gehorsam. Sie verlangen von den Seeleuten vor der Anheuerung einen Impfnachweis. Wie die FAZ dazu zu berichten weiß, führt das zum möglichen Zusammenbruch der gesamten Lieferketten auf dem Seeweg. Hier das Originalzitat aus der FAZ vom 04.10.2021, S. 21:

„Nachdem immer wieder einzelne Gruppen der Beschäftigten in der Logistik, wie etwa Matrosen, auf ihre Lage aufmerksam machten, ruft nun die ganze Transportbranche um Hilfe. Die Verbände von 65 Millionen Arbeitern, die die weltumspannenden Lieferketten aufrechterhalten haben, warnen vor einem Zusammenbruch. Guy Platten, Generalsekretär der Internationalen Schifffahrtskammer (ICS), warnt, dass die Unterbesetzung insbesondere auf Schiffen und in Häfen gegen Jahresende noch zu wachsen drohe. Viele Matrosen wollten die neuen Verträge nicht mehr unterschreiben.“

Mit dem Hinweis, dass die Matrosen keine neuen Verträge unterzeichnen wollten ist gemeint, dass sie sich nicht spritzen lassen wollen, was aber Voraussetzung für das Anheuern ist. Gerade bei den unterbezahlten Seeleuten aus armen Ländern funktioniert die Buschtrommel ziemlich gut. So hat sich bei denen schnell herumgesprochen, wie viele von ihnen schon Impfschäden erlitten haben. Da fällt die Entscheidung ziemlich leicht, lieber auf den Hungerlohn ganz zu verzichten, als das Risiko eines Impfschadens auf sich zu nehmen. Und damit bin ich bei den Medien, die uns verheimlichen, wie gewaltig die weltweiten Proteste gegen den Impfzwang sind.

Heftige Proteste in vielen Ländern: Die Systemmedien schweigen dazu

Australien steht seit zwei Wochen still – zumindest die Lkw. Die australische Regierung hatte befohlen, dass alle Trucker geimpft sein müssen. Das wollen die aber nicht und so haben sie sich zusammengetan und die Zufahrten zu großen Städten blockiert. Die Regale sind leer und es herrschen Zustände, nahe am Bürgerkrieg. Aber soweit muss man gar nicht blicken. Auch die italienischen Lkw-Fahrer protestieren seit Montag den 29. September mit Blockaden. In Bukarest sind Millionen aus demselben Grund auf der Straße. Gestern haben sie die Regierung zum Rücktritt gezwungen. Überall drohen die Proteste zu eskalieren, wegen überzogener Impfnötigung. Davon haben Sie noch nichts gehört? Wie auch? Die Systemmedien schweigen sich darüber aus. Schließlich soll niemand die "schlechten" Beispiele zum Anlass nehmen, sich Gedanken darüber zu machen, warum es in Deutschland diesbezüglich so ruhig ist.

Die Impfpflicht in den USA hat zu Notständen beim medizinischen Personal geführt. In New York zum Beispiel musste der Bürgermeister den Heimatschutz zur Hilfe rufen, weil mehr als 1.500 Pfleger die Impfung verweigern und gekündigt haben. Selbst bei der US-Airforce haben Dutzende hochqualifizierte Kampfpiloten den Dienst quittiert, aus demselben Grund. Wie viele "einfache" Soldaten denselben Weg gegangen sind, ist unklar. So oder so, überall wird sichtbar, dass überzogene Impfnötigung das fein gesponnene Räderwerk in Gefahr bringen. Bei der irrsinnigen Auslastung aller kapitalistischen Einrichtungen von 100 Prozent oder sogar mehr wird deutlich, dass bereits ein Ausfall von nur zehn Prozent des Personals fatale Auswirkungen haben wird. Impfunwillig und auch bereit, das durchzustehen, sind aber überall gut 30 Prozent. Es hat schon einen Grund, warum immer mehr Länder das Corona-Regime komplett kippen. Nur unser Merkel-Regime hat den Knall noch nicht gehört.

Der "Great Reset" ist über kurz oder lang unumgänglich

Zum Abschluss noch ein Blick auf die Lufthansa. Dort wird ernsthaft über eine Impfpflicht gesprochen. Als Argument soll zum Beispiel Hong Kong herhalten, weil dort angedroht wird, nur noch Geimpfte einreisen zu lassen. Gut, schon immer gab es Länder, die die eine oder andere Impfung zur Einreise verlangten. Aber genauso kenne ich noch das Verfahren mit einer Datenbank, in der erfasst ist, wer welche Impfungen hat oder wegen anderer Umstände bestimmte Zielorte nicht anfliegen kann. Wo ist also das Problem? Auch beim fliegenden Personal der Lufthansa gibt es genügend viele, die der Impfnötigung schon nachgegeben haben. Und ansonsten gab es für fliegendes Personal auch schon immer Ausnahmen von solchen Regeln. Da muss dann aber immer das Auswärtige Amt behilflich sein, aber es ist nicht zu erwarten, dass das Maasmännchen da mitmachen wird.

Wenn der Corona-Wahnsinn mit den Impfnötigungen so weiter geführt wird, steht der Zusammenbruch des gesamten Systems der Globalisierer bevor. Man sollte aber dem Verdacht nachgehen, ob es nicht genau anders herum war oder ist. Es ist kein Geheimnis, dass das ganze System der globalen Lieferketten schon seit längerer Zeit extrem störungsanfällig ist. Ebenso wie jedem klar sein sollte, dass das gesamte Finanzsystem nur noch durch gnadenloses Gelddrucken im Wachkoma erhalten wird. Dass die "Pandemie" eine "Plandemie" ist, ist ebenfalls ziemlich offensichtlich.

Ist es folglich so, dass die Geldgewaltigen und ihre Paladine erkannt haben, dass es so nicht weiter gehen kann? Dass der "Great Reset" über kurz oder lang unumgänglich ist? Jetzt eher früher. Hat man also die Plandemie geschaffen, um anschließend behaupten zu können, dass der Zusammenbruch nicht die Schuld eines untauglichen Systems und der Umgang damit ist? Dass man behaupten kann, man hätte ja immer alles richtig gemacht, aber die Pandemie hätte alles zerstört? Sich auf diese Weise dem Volkszorn zu entziehen, wenn das System im unumgänglichen Kollaps versunken ist? Vergessen wir nicht, was Herr Schäuble schon vor langer Zeit sinngemäß gesagt hat: Wir brauchen nur eine Krise, die groß genug ist, dann können wir dem Wähler alles verkaufen. Genau da werden wir in Kürze angekommen sein.

Als Nachtrag will ich noch etwas aus meinem Fliegerleben erzählen, was zum Thema passt. Als ich Ende der 1990-er Jahre die DC-10 für Condor geflogen habe, hatte ich auch einen kurzen Umkehrstopp in Tel Aviv. Ich war erstaunt, dass während der sowieso schon kurz bemessenen Zeit fast die gesamte Kabinenbesatzung ins Terminal wollte. Wie ich erfahren habe, nicht zum Shopping. Die Mädels wollten sich einen israelischen Stempel in ihren Reisepass geben lassen. Mit diesem Stempel konnten sie nicht mehr für Flüge nach Saudi-Arabien eingesetzt werden und genau das war ihr Begehrt. Die sogenannten "Hadsch-Flüge"

nach Jedda/ Mekka waren nämlich sehr unbeliebt und das war eine beliebte Methode, dem zu entgehen. Man sieht also, eine Airline kann sehr wohl mit derartigen Einschränkungen leben.



zum Autor: Peter Haisenko ist Schriftsteller, Inhaber des [Anderwelt-Verlages](#) und Herausgeber von [AnderweltOnline.com](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

*

Spenden und als Dankeschön Aufkleber erhalten:

Spenden

Für jede Spende (PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! In diesem Fall geben Sie uns bitte eine Lieferadresse bekannt, unter: unser-mittleuropa@protonmail.com

10 Euro Spende	12 Aufkleber
20 Euro Spende	30 Aufkleber
40 Euro Spende	100 Aufkleber
100 Euro Spende	250 Aufkleber

Größere Mengen auf Anfrage

Möchten Sie uns via Banküberweisung unterstützen, finden Sie folgend unsere Kontodaten:

New Network Communications
IBAN: PL52 1020 2472 0000 6602 0609 1252
BIC: BPKOPLPW

Vielen Dank!



Für jede Spende (PayPal oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! [Details hier.](#)

<https://unser-mittleuropa.com/spenden/>

Für Bestellungen unseres neuen Aufklebers „Impfzwang“ klicken [Sie hier.](#)

<https://unser-mittleuropa.com/sticker-aktion/>



Auf Anregung unserer impfskeptischen Leser:
SONDER-EDITION „IMPFZWANG“
runde Aufkleber
9,5 cm Durchmesser

30 Stk.  **€ 19,90** inkl. Porto

Jetzt mit einem [Klick](#) bestellen ...
... und per PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung bezahlen.

Limitierte Auflage

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Ungarn: Schlepper haben die grüne Grenze in einem Bandenkrieg unter sich aufgeteilt

Von László János Semán

25. 10. 2021



Bildquelle: Regierung von Ungarn/Facebook

Zunehmend gewaltsame Versuche von Migranten, die Grenze zu überqueren

Zunehmend gewaltsame Versuche von Migranten, die Grenze zu überqueren

Nur über das Internet – über soziale Netzwerke, Messenger, Chatrooms – kommunizieren die internationalen Schleuserbanden, die die serbische Seite der ungarisch-serbischen Grenze gewaltsam geteilt haben, wo nur sie illegale Einwanderer über die Schengen-Grenze bringen können, so Oberst Zoltán Boross in einem Interview mit *Magyar Nemzet*. Der Leiter des Nationalen Ermittlungsbüros der Polizei, der für die Bekämpfung der internationalen Kriminalität zuständig ist, erklärte, dass der Migrationsdruck mit der Ankunft von Syrern in Scharen, von denen dreieinhalb Millionen in Lagern in der Türkei leben, und Millionen afghanischer Einwanderer, die Ankara mit dem Bau einer neuen „großen Mauer“ an der Grenze zum Iran aufhalten will, zunimmt.

- Kürzlich fanden die Österreicher zwei weitere tote Migranten in einem Lieferwagen mit ungarischem Kennzeichen. Zuvor war in der Nähe von Parndorf ein Kühltransporter aus Ungarn gefunden worden, in dem 71 Migranten gestorben waren. Was können wir bisher über die jüngste Tragödie wissen? Warum werden die Opfer in Österreich gefunden?

- Schlepper können beispielsweise in maximal vier Stunden von der serbisch-ungarischen Grenze zur österreichischen Grenze fahren, so dass selbst Migranten, die unter

schlimmsten Bedingungen transportiert werden, gute Chancen haben, den ungarischen Teil der Reise zu überleben.

Die jüngste Tragödie ereignete sich fünfhundert Meter von der Grenze entfernt, auf österreichischem Gebiet. Der Schlepper könnte ein Problem entdeckt haben oder die Überlebenden könnten ein Signal gegeben haben. Der Fahrer hielt an, die Überlebenden sprangen aus dem Fahrzeug, und ein in der Nähe postierter österreichischer Soldat bemerkte die Situation sofort und wollte eingreifen, doch der Schlepper rannte davon. Es ist möglich, dass er zu Fuß nach Ungarn zurückging, sich eine Weile versteckte und dann nach Wien zurückkehrte. Auf das österreichische Signal hin haben wir sofort die ungarische Seite der Grenze geschlossen. Wir warteten darauf, dass ein Auto kam um ihn abzuholen, aber es kam nicht.

- Vielleicht war es kein ungarisches Fahrzeug...

- Nach unseren Informationen könnte es entweder serbisch oder moldawisch sein. Was die Nationalität der erwischten Menschenhändler betrifft, so sind die Top 5 in dieser Reihenfolge rumänisch, serbisch, ungarisch, ukrainisch und moldawisch. Die Zahl der Ungarn ist in diesem Jahr deutlich gestiegen.

In diesem Jahr (bis zum 21. Oktober – der Autor) wurden bisher 909 Menschenhändler aus 55 Ländern festgenommen.

Man könnte sagen, dass die halbe Welt zum Schleppen hierher kommt. Im gesamten letzten Jahr haben wir 414 Menschenschmuggler verfolgt. Übrigens haben wir in 794 Fällen 909 Schlepper erwischt, letztes Jahr waren es 414 in 327 Fällen. Letztes Jahr transportierten die 414 Schleuser 2.743 Migranten, dieses Jahr haben die 909 Schleuser versucht, 7.771 Migranten aus 32 Ländern in den Westen zu schmuggeln. Ähnlich sieht es in Österreich bei der Zahl der aufgegriffenen illegalen Einwanderer aus. Bei der Frage nach dem Herkunftsland der geschleusten Migranten liegen die Syrer nach wie vor an der Spitze, und zwar mit großem Abstand. Von den 7771 Personen gaben mehr als 5.000 an, Syrer zu sein, gefolgt von den Afghanen.

- Nimmt die Zahl der Afghanen unter den Migranten zu?

- Noch nicht. Was man nicht vermuten würde: Die drittgrößte Zahl der geschleppten Migranten kommt aus Bangladesch, die viertgrößte aus Pakistan und die fünftgrößte aus Somalia. Die letzten drei Zahlen zeigen uns, dass kriminelle Gruppen hauptsächlich aus Flüchtlingslagern in Rumänien schmuggeln. Im Lager von Timisoara (Temeschvár) leben viele Pakistaner, Bangladescher und Somalier. Und syrische und afghanische Migranten kommen durch den serbischen Teil.

- Migranten, die die grüne Grenze überschritten haben, werden von den Schleppern auf der Straße mitgenommen. Sind die Autobahnen nach Österreich immer noch die beliebtesten?

- Es ist sehr typisch und ein jahrelanger Trend, dass die Autobahnen immer noch die bevorzugte Route sind, obwohl die kriminellen Organisationen gelernt haben, die Autobahnen zu meiden. Heutzutage ist es üblich, dass sie auf Nebenstraßen und sogar auf unbefestigten Wegen weiter nach Westen fahren. Sie tun ihr Bestes, um Kontrollpunkte und Kameras zu vermeiden. Dennoch sind die mit Abstand beliebtesten Routen für Schleuser die M1, M5, M6, M9, 55 und 8.

- Sie haben erwähnt, dass die Zahl der ungarischen Menschenschmuggler zunimmt, die, wie ich annehme, Autos mit ungarischen Kennzeichen fahren.
- Eine Untersuchung der Fahrzeuge nach Kennzeichen zeigt ein auffälliges Ergebnis: Die Täter sind mit Abstand am häufigsten, meist mit Mietwagen, unterwegs. Nach dem ungarischen gibt es noch rumänische, serbische, österreichische und deutsche Kennzeichen. Das serbische ist das Kuckucksei, aber es scheint, dass Schlepper die weniger auffälligen EU-Kennzeichen bevorzugen. Früher wurde der Schmuggel hauptsächlich mit dem Auto durchgeführt, heute fast nur noch mit Lieferwagen und Kleinbussen. Gruppen von mehr als zwanzig Personen werden oft in ein einziges Fahrzeug gepfercht.
- Wann hat der Migrationsdruck an den ungarischen Grenzen wieder zugenommen?
- Seit August ist ein Anstieg der Migration zu verzeichnen. Dies geschah zu einer Zeit, als die Lage in Afghanistan sehr schlecht war und alle mit einem Massenexodus von Afghanen rechneten. Es stellte sich jedoch heraus, dass dies nicht der Grund für die Zunahme der Migranten war. Es sind die Syrer, die jetzt in großer Zahl kommen, diejenigen, die in der Türkei in Flüchtlingslagern waren. Dort leben immer noch dreieinhalb Millionen syrische Flüchtlinge, die von den Türken anerkannt werden.

Besorgniserregend ist, dass nach jüngsten türkischen Berichten die Zahl der in der Türkei inhaftierten Afghanen zu steigen beginnt und auf 45 000 pro Monat ansteigt. Dies ist kein großer Anstieg im Vergleich zur Gesamtzahl der aufgegriffenen Migranten, die nur um ein Prozent von 16 % auf 17 % gestiegen ist, aber sie ist seither stetig gestiegen. Was wir wissen, ist, dass es in Afghanistan 4,5 Millionen Binnenmigranten gibt, die ihre Heimat verlassen haben und vermutlich nur auf eine Gelegenheit warten, nach Westen zu gelangen.

Und die Türken haben ernsthaft mit dem Bau der Mauer an ihrer Grenze zum Iran begonnen. Sie ist drei Meter hoch und zwei Meter breit und wird aus zwei Tonnen schweren Betonelementen gebaut. In unmittelbarer Nähe der Grenze haben sie ein Betonwerk errichtet, in dem sie die Elemente vor Ort herstellen. Über dem Zaun wird ein sechzig Zentimeter hoher Stacheldraht angebracht. Das Wandsystem wird durch ein komplettes technisches System mit Reflektoren, Bewegungsmeldern, Kameras, Relaisstationen und Türmen ergänzt.

- Was haben die ungarischen Behörden angesichts des Migrationsdrucks unternommen, um auf die Bedrohung zu reagieren?
- Die Polizei und die Kriminalpolizei haben gemeinsam eine neue Methode zur Bekämpfung von Migranten und Menschenschmugglern entwickelt. Dies hat auch dazu geführt, dass die Zahl der Festnahmen in unserem Land seit September spektakulär gestiegen ist, während sie in Österreich zurückgegangen ist. Andererseits hat ein sehr hochrangiges Treffen mit den Österreichern auf der Ebene des nationalen Generalinspektors und des Generaldirektors für kriminalpolizeiliche Angelegenheiten zu einer Reihe präziser Aktionspläne geführt, die genau festlegen, in welchen Bereichen österreichische und ungarische Polizeibeamte zusammenarbeiten werden. Man war sich unter anderem einig, dass eine gemeinsame Risikoanalyse im 21. Jahrhundert unerlässlich ist und dass wir heute nicht nur ein gemeinsames System von Polizei und Strafjustiz haben, sondern auch täglich mit den Österreichern in Kontakt stehen und Daten weitergeben, die als kriminalitätsrelevant eingestuft werden könnten. Entlang des Grenzabschnitts des Komitats Győr-Moson-Sopron haben gemeinsame Schwerpunktkontrollen begonnen, an denen 50–50 Kollegen

teilnehmen. Wir wurden von österreichischen Kollegen in Strafsachen unterstützt, und in der dritten Woche waren zwei unserer Ermittler in Österreich im Einsatz. Sie sind an der Vernehmung von Migranten beteiligt, die auf österreichischem Staatsgebiet aufgegriffen werden, was uns eine umfangreiche Informationsbasis liefert. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Menschenhändler aufgrund der steigenden Zahl der Festnahmen aggressiver geworden sind. Es kommt häufig vor, dass sie ungarische Grenzpolizisten und Soldaten angreifen.

- Der Menschenhandel ist ein hochprofitabler Zweig der organisierten Kriminalität. Haben Sie Erfahrungen mit der Organisation der „Mafias“?

- Die Schleuserbanden haben die serbisch-ungarische Grenze in 5–6 Abschnitte auf serbischer Seite unterteilt. Entweder kaufen sie sich gegenseitig das Territorium ab, oder sie besetzen es gewaltsam und können dann allein illegale Einwanderer einschleusen. Im wahrsten Sinne des Wortes wird jeder, der versucht, Menschen in ihr Gebiet zu schmuggeln, zu Tode geprügelt – selbst wenn er die eigene Nationalität hat. Sie inszenieren blutige Showdowns zwischen sich selbst. Die Gruppen werden von Irakern, Syrern, Afghanen und Marokkanern angeführt. Die Organisation ist klar, ebenso wie die enormen Einnahmen; bis Wien verlangen sie von den Migranten 3–4.000 € pro Person.

- Graben Schmuggler immer noch Tunnel unter den technischen Grenzbarrieren?

- Der Tunnelbau wurde praktisch eingestellt, jetzt werden Leitern benutzt. Serbische Taxifahrer bringen Aluminiumleitern an die Grenze, und in den Grenzstädten gibt es schon keine Leitern in den Geschäften mehr. Die Schmuggler kümmern sich darum; wenn die Leitern von der ungarischen Grenzpolizei unterbrochen werden, ist es für sie das Wichtigste, die Ausrüstung zu retten.

Sie klettern auch am helllichten Tag weiter und greifen die ungarischen Grenzsoldaten mit Stöcken und großen Steinen an. Polizisten und Soldaten müssen Schutzausrüstungen wie Schutzwesten tragen, und auch Streifenwagen werden beschädigt.

Seit letzter Woche führen wir gemeinsame Patrouillen mit den Serben durch, und wenn nötig, kann die ungarische Patrouille zusammen mit der serbischen Patrouille zum Ort des Geschehens fahren, und nach Absprache können wir auch auf die serbische Seite wechseln. All dies kann abschreckend wirken. Die Gefahr wird jedoch dadurch deutlich, dass die Migranten sagen, die Schlepper hätten Messer und Schneidewerkzeuge, Messer und Yatagans an ihren Gürteln hängen und würden sich nicht scheuen, sie einzusetzen. Der organisierte Charakter der Banden zeichnet sich dadurch aus, dass sie das Internet optimal für den Menschenschmuggel nutzen. Der Hauptorganisator kommuniziert mit dem so genannten Walker und dem Fahrer über verschiedene soziale Netzwerke, Chatrooms und Messenger. Der Wanderer trägt die Migranten, die zu Fuß über die grüne Grenze „gewandert“ sind, zum Abholpunkt, und er weiß nicht einmal, wer die Migranten mit dem Auto abholen wird. Beide werden vom Organisator gesteuert und orientieren sich nur an Koordinaten. Die Koordinaten werden schrittweise an die Telefone der Nutzer gesendet. Der Schmuggler, der mit dem Auto anreist, kennt nicht einmal die Route zur österreichischen Grenze, die nicht von ihm, sondern von der Person, die die Navigationsdaten übermittelt, festgelegt wird. Auch hier muss ich darauf hinweisen, dass in einem großen Prozentsatz der Fälle Aggression von den Schmugglern zu erwarten ist, und es ist auch eine Form der Aggression, wenn sie sich den polizeilichen Maßnahmen entziehen und weglaufen. Das kann so einfach sein, dass man die Migranten während der Fahrt auf der Autobahn auswirft, dann losfährt, später wieder anhält und das Fahrzeug verlässt.

- Was können wir im Vergleich zur Migration 2015 erwarten?

- Vor sechs Jahren, im Jahr der Krise, sind wir gegen 1.117 Schleuser vorgegangen, jetzt fangen wir im Durchschnitt sechs Schleuser pro Tag, und wenn dieser Trend anhält, werden wir bis Ende des Jahres die Zahlen der Krise übertreffen. Dies ist auch ein Hinweis darauf, dass auf dem westlichen Balkan eine sehr ernst zu nehmende Migrationsbewegung eingesetzt hat. Einer der Gründe dafür ist, wie bereits erwähnt, der Massenexodus von Syrern aus der Türkei. Sie sehen keinen Sinn darin, nach Syrien zurückzukehren, sie ziehen es vor, nach Westeuropa zu gehen. Einige von ihnen leben seit zehn Jahren in einem türkischen Lager und verlassen es nun. Und die Afghanen bereiten sich gerade darauf vor.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Migranten: „Italien gehört nicht mehr euch, Italiener!“

23. 10. 2021



Bildquelle: VoxNews

in Satz, den wir in unsere Gehirne einritzen sollten. Denn das ist es, was hier passiert. Das ist es, was sie denken. Und deshalb sind sie hier.

Eine Migrantin verlangt, ohne Fahrschein in den Bus zu steigen: „Italien ist nicht mehr dein Land“, sagt sie. Und sie hat Recht, wenn man sich nicht wie diese Passagierin gegen die ständige Invasion auflehnt:

streamable.com/e/qtah15 (Video, bitte anklicken)

Und es gibt eine Partei, die an diesem Ersetzungsprozess beteiligt ist: die Polizei. Die zunehmend zur Partei der Einwanderer wird. Vor allem von Muslimen, die diese Partei

zunehmend unterwandern und sie als Vehikel nutzen, um die italienische Gesellschaft zu infizieren. Und es ist nicht nur der Fall des Extremisten Chaouki, der laut Verteidigungsdossier von Saudi-Arabien mit der Leitung der Großen Moschee in Rom betraut wurde, sondern es ist eine ganze Schar von Muslimen in der „demokratischen“ Partei.

Wie zum Beispiel Mustapha Soufi, der in die Exekutivgruppe der PD von Cesena aufgenommen wurde. Eine islamische.

Interessante Auszüge aus einem Interview, das vor einigen Jahren in einer Lokalzeitung mit ihm geführt wurde, zeigen, was dabei herauskam:

Welchen Beitrag werden Sie für die PD leisten?

„Zunächst möchte ich der Partei und dem Kreis von Gatteo danken, die mir ihr Vertrauen geschenkt haben; dann möchte ich mich für die Kinder von Einwanderern einsetzen: Sie werden die Zukunft des Landes sein“.

Wer also für die PD stimmt, stimmt für die Kinder von Einwanderern. Und um es klar zu sagen: Es ist nicht seltsam, dass ein Einwanderer die Interessen der Einwanderer vertreten will: Seltsam ist, dass es Italiener gibt, die dasselbe tun wollen und tun.

Quelle: www.facebook.com/levaobbligatoria/videos/537153280381629/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Gewalt gegen Frauen hat eine Definition: nicht integrierte Einwanderer, besonders aus dem islamischen Kulturkreis

22. 10. 2021



Bildquelle: UDC

Seit Januar dieses Jahres sind in der Schweiz 21 Frauen getötet worden. Ausländische Täter aus frauenverachtenden Kulturen sind in dieser traurigen Bilanz überproportional vertreten. Viele von ihnen waren der Polizei bereits wegen Gewalttaten und Drohungen bekannt.

Die SVP fordert nun die wirksame Umsetzung der Initiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer, eine Verschärfung der Einbürgerungsverfahren und Nulltoleranz für Gewaltverbrecher.

Häusliche Gewalt ist eine traurige Realität auch in der Schweiz. Allein die Kantonspolizei Zürich wird täglich 18 Mal wegen solcher Gewalttaten gerufen. In einigen Fällen verlieren Frauen ihr Leben. Seit Januar sind in der Schweiz 21 Frauen gestorben, letztes Jahr waren es 20, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) mitteilt. Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) schätzt, dass jedes Jahr 25 Menschen durch häusliche Gewalt getötet werden. Außerdem gibt es jede Woche einen Mordversuch.

Die Statistiken zeigen uns auch, dass es sich dabei hauptsächlich um importierte Gewalt handelt. In den meisten Fällen handelt es sich bei den Tätern nämlich um Einwanderer. Mehr als die Hälfte der im Jahr 2021 begangenen Tötungsdelikte wurden von Ausländern begangen, häufig von nicht integrierten Männern aus der Türkei, dem Balkan, arabischen oder afrikanischen Ländern, kurz gesagt, aus Ländern, in denen Frauen nur wenige oder gar keine Rechte haben. Wie die SVP bereits in ihrem Positionspapier 2019 „Das Verbrechen hat einen Namen: Masseneinwanderung“ erwähnt, wird die Mehrheit der schweren Sexualdelikte von nicht integrierten Zuwanderern begangen. In vielen Fällen sind die Täter bereits seit längerem wegen Drohungen und Gewalttätigkeiten polizeilich bekannt.

Die rosa-grüne Linke schützt Kriminelle mehr als Frauen

Es ist erstaunlich, dass die rosa-grüne Linke diese Zusammenhänge aus ideologischen Gründen bewusst vermeidet. Von allen politischen Parteien ist es nicht nur absurd, sondern auch gefährlich, dass gerade die SP, die für sich in Anspruch nimmt, eine Vorreiterin im Kampf für die Rechte der Frauen zu sein, vor dieser Tatsache bewusst die Augen verschließt. Anstatt offen zu sprechen und die Dinge beim Namen zu nennen, um kriminelle, nicht integrierte Ausländer auszuweisen, schützt die rosa-grüne Linke diese Verbrecher. Sie zieht es vor, mehr Frauenhäuser zu schaffen, von „toxischer Männlichkeit“ zu sprechen und alle Männer als „verdächtig“ zu bezeichnen. Jeder, der diese realen Auswirkungen der Masseneinwanderung anprangert, wird des Rassismus bezichtigt.

Anstatt Frauen wirksam zu schützen, ziehen es die SP und die Grünen vor, noch mehr Gewalt zu importieren, indem sie die Aufnahme von Zehntausenden von Migranten aus Afghanistan und Syrien fordern. Im Bundesparlament lehnen dieselben Parteien systematisch alle Vorschläge ab, die darauf abzielen, Maßnahmen zu verstärken, die Frauen besser schützen und gleichzeitig Gewalttäter härter und wirksamer bestrafen würden. Einige Beispiele für parlamentarische Vorstösse, die vor allem an der SP, den Grünen und den Grünliberalen gescheitert sind:

- 16.483: „Vergewaltigung: Strafverschärfung“, parlamentarische Initiative der SVP – SP und Grüne lehnten die parlamentarische Vorlage ab. Drei Tage später feierten sie in Bern den Frauenstreik;
- 18.453: „Gewalt gegen Frauen und kantonale oder kommunale Polizeibeamte im Dienst. Erschwerende Umstände“, parlamentarische Initiative der SVP;
- 19.301: „Verschärfung der in Buch 2 Titel 5 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Strafen“ (Verschärfung der Strafen für Straftaten gegen die sexuelle Integrität, für die

bisher nur eine geringe Geldstrafe vorgesehen ist), kantonale Initiative des Kantons Tessin;

- 19.4191: „Kein Aufenthaltsrecht bei sexuellem Missbrauch und Gewalt gegen Frauen und Kinder“, Motion der SVP;
- 20.088: Änderung des Gesetzes über DNA-Profile.

Die SVP fordert, dass:

- Nicht integrierte Ausländer, die wegen häuslicher Gewalt und Bedrohung polizeilich bekannt sind, bekommen ihre Aufenthaltserlaubnis entzogen und ihre Sozialleistungen gestrichen.
- **die Einbürgerungen werden nur mit einer Probezeit** erteilt; wer innerhalb von 5 Jahren nach der Einbürgerung bzw. bei Jugendlichen bis 5 Jahre nach der Volljährigkeit eine Straftat begeht, dem wird das Schweizer Bürgerrecht entzogen.
- **Die 2010 vom Volk angenommene Initiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer soll endlich umgesetzt werden.** Wenn eine Abschiebung nicht möglich ist, sollten Gewaltverbrecher in Abschiebehaft genommen werden. Statt weiterer Frauenhäuser müssen wir Abschiebegefängnisse für kriminelle Ausländer schaffen.
- **Es sollte null Toleranz** für sexuelle Übergriffe und Gewalt gegen Frauen geben.
- dass Ehen, bei denen der Ehepartner unter 16 Jahre alt ist, automatisch als mutmaßliche Zwangsverheiratung eingestuft werden und somit ein Straftatbestand vorliegt.
- **Der Staat schont Kriminelle und Gewalttäter nicht mehr.** Bei der anstehenden Harmonisierung des Strafrahmens müssen die Strafandrohungen der Realität entsprechen. Konkret sind ausgesetzte Geldstrafen unwirksam, weshalb sie ebenso wie der „Erlass“ abgeschafft werden müssen.

Die SVP-Bundeshausfraktion wird in der Wintersession mehrere Vorstösse in diese Richtung einreichen.

Quelle: SVP/UDC

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Einwanderung: 67% der Franzosen sind besorgt über einen „großen Austausch“ der Bevölkerung

21. 10. 2021



Bildquelle: Breizh-info

Eine Umfrage, die es in sich haben könnte. 67 % der Franzosen befürchten den „großen Austausch“ der Bevölkerung, d. h. das Aussterben oder die allmähliche Verdrängung der weißen und christlichen Bevölkerung durch andere Bevölkerungsgruppen, und 61 % glauben, dass es dazu kommen wird, so eine heute veröffentlichte Umfrage von Harris Interactive für die Zeitung *Challenges*.

Laut derselben neuen Umfrage, die am Mittwoch, den 20. Oktober 2021 von Harris Interactive veröffentlicht wurde, würde Eric Zemmour in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen gegen Emmanuel Macron antreten, unabhängig davon, welcher Kandidat auf der rechten Seite steht, wobei er im ersten Wahlgang mit 17% bis 18% der Stimmen rechnen kann.

Je nach Konstellation liegt Eric Zemmour ein oder zwei Punkte vor Marine Le Pen, der nur 16 % der Wählerstimmen zugeschrieben werden. Emmanuel Macron, dem in dieser Umfrage je nach Hypothese 23 bis 25 % der Wählerstimmen zugeschrieben werden, könnte somit mit seiner Wiederwahl rechnen (57 zu 43%).

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Viktor Orbán: Migranten müssen gestoppt werden!

21. 10. 2021



Viktor Orbán · Foto: Facebook

Ministerpräsident Viktor Orbán hat auf seiner offiziellen Social-Media-Seite ein Video gepostet, in dem er über Migration und den Stopp von Migranten spricht.

<https://unser-mittleuropa.com/viktor-orban-migranten-muessen-gestoppt-werden/>

Transkript/Übersetzung des Videos durch UNSER MITTELEUROPA:

Zwölf Länder haben jetzt gemeinsam einen Brief geschrieben, in dem wir schreiben, dass wir nicht mit Zwangsquoten bombardiert werden wollen. Wir wissen, dass dieses Thema wieder auf der EU-Tagesordnung steht. Nicht behandelt wird allerdings die Frage, welche Schritte unternommen werden sollten, um die europäischen Außengrenzen zu schützen, denn während wir vom Westen unter politischem Druck stehen, stehen wir hier in Mitteleuropa unter dem Druck der illegalen Immigration. Dies gilt auch für Ländern wie Österreich und Griechenland. Diejenigen, die hier in Schwierigkeiten sind, leben also auf der Problemspur der Migration in Europa. Sie sind diejenigen, die wir zu organisieren versuchen, weil wir ein Gegengewicht bilden wollen.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) „Fundstücke“ in einem Wald bei Görlitz: Was auf der Flucht so alles „verloren geht“

20. 10. 2021



Bilder: FB

Als Schutzsuchender hat man es nicht leicht seine sieben Sachen zusammenzuhalten. Ständig geht was verloren, egal ob Reisepass, Flugtickets etc. – es ist wirklich wie verhext.

Zum Glück haben teure iPhones nicht die Eigenschaft einfach zu verschwinden.

In einem Wald bei Görlitz tauchten gerade so ein paar Fundstücke wieder auf. Vom zerrissen Reisepass, einer türkischen Telefonwertkarte, Papiergeld aus der Türkei und Weißrussland, zerrissene Papiere einer Airline war da alles dabei. Die Fundstücke wurden lt. Finder der Polizei übergeben. Da wird der Mustafa eine Freude haben, wenn er seinen verlorenen Pass zurückbekommt. Wie er jetzt wohl heißen mag? Egal – jetzt ist er halt da und so wird es auch bleiben.







Vgl. dazu unseren Bericht aus dem Jahr 2015::

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) „No Polonia – No Russia – Germany!“ brüllen besonders schutzbedürftige Jungmänner und wollen gewaltsam die polnisch-weißrussische Grenze Stürmen

Von Redaktion

19. 10. 2021



Bilder: Screenshot Facebook

Die „Schutzsuchenden“, die es um viel Geld nach Weißrussland geschafft haben, um von dort dank der tatkräftigen Unterstützung des Herrn Lukaschenko über Polen weiter in die die Wunschdestination „Germony“ zu reisen, wollen nicht zur Kenntnis nehmen, dass Polen seine Grenzen schützt. Wenn nicht Frauen und Kinder mit lieben Kulleraugen mit von der Partie sind, dann sollen Eisenstangen den illegalen Grenzübertritt ermöglichen. Wer nun glaubt, dass die EU oder Deutschland als Hauptbetroffener der neuen Invasion den Polen dankbar ist und froh darüber, dass man die EU-Außengrenzen verteidigt, liegt leider daneben. Auch Litauen und Lettland sind gerade dabei um hunderte Millionen Euro Grenzzäune zu errichten. Ansuchen der beiden Länder, dass doch die EU die Finanzierung übernehmen möge, wurde wie zu erwarten, eine Abfuhr erteilt.

Länder wie Polen, Österreich und Ungarn fordern in einem Brief an die EU-Kommission, die EU-Grenzen mit Zäunen oder Mauern zu sichern. Die Barrieren sollen aus EU-Budget finanziert werden, berichtet t-online.de. Deutschland, Frankreich, Spanien und andere Länder, in denen die Vielzahl der Asylanträge gestellt wird, haben den Brief nicht unterschrieben. Dort ist man froh, dass Lukaschenko für „Entlastung“ der „Seenotretter“ und anderer Schleuser sorgt. Aber Deutschland? Da hat man offensichtlich noch immer zu wenig Goldstücke im Land. Und kann noch immer nicht genug davon haben. Koste es was es wolle. Und nicht nur Geld.

Und was sagt Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn, einer dem die Islamisierung Europas nicht schnell genug gehen kann dazu: Er sei „absolut nicht“ dafür, mehr Mauern zu

errichten, sagte der Einwanderungsbefürworter. Man müsse zwar wissen, wer in die EU komme, doch er sei entschieden dagegen, alle ankommenden Migranten in Internierungslagern unterzubringen.

Schöne Worte, die vor lauter Vernunft und „Humanität“ nur so triefen. Nur zwischen Grenzschutz und „Internierungslagern“ ist doch wohl ein Unterschied, oder? Und wer so alles in die EU kommt will man gar nicht wissen – nicht umsonst wird toleriert, dass das Gros der Neuankömmlinge ihrer Papiere auf der „Flucht“ verlogen haben. Ganz im Gegensatz zu den iPhones – die gehen nie verloren.

In einem Satz: die Agenda Umvolkung wird weiter dank löchriger Grenzen durchgezogen, selbst in Zeiten von Corona. Es die Bürger Europas, die an Binnengrenzen schikaniert werden. Für den gebenedeiten „Flüchtling“ gehen die Uhren eben anders.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Terroristen reisen mit Migranten nach Litauen ein

Von Adam Białous

18. 10. 2021



Symbolbild - *Quelle: YouTube / Delfi*

Litauische Geheimdienste haben berichtet, dass zehn Personen, die illegal aus Weißrussland ins Land gekommen sind, terroristischen Organisationen angehören. Mehrere dieser Personen sind bereits abgeschoben worden.

Laurynas Kasčiūnas, Vorsitzender des litauischen Parlamentsausschusses für nationale Sicherheit und Verteidigung, informierte die Medien über die Terroristen, die mit den Einwanderern nach Litauen gekommen sind. „Zehn Personen, die illegal nach Litauen eingereist sind, wurden enttarnt. Sie stehen jeweils in Verbindung mit einer terroristischen

Organisation oder Gruppe“, sagte der Vorsitzende. Er fügte hinzu, dass weitere zehn Personen auf ihre Zugehörigkeit zu terroristischen Organisationen überprüft werden. Sie werden wahrscheinlich ebenfalls abgeschoben werden.

Die von den Litauern als Terroristen erkannten Personen gehören verschiedenen terroristischen Organisationen an. Die deportierten Tschetschenen gehörten islamisch-kaukasischen Terrorgruppen an. Ein kamerunischer Staatsangehöriger hatte sich der Terrororganisation Boko Haram angeschlossen. Ein irakischer Staatsbürger, der mit der Arbeiterpartei Kurdistans in Verbindung steht, die in der Vergangenheit zahlreiche Anschläge verübt hat, wurde ebenfalls abgeschoben.

Seit Beginn des Sommers herrscht in der litauisch-weißrussischen Grenzregion eine vom Regime in Minsk unterstützte Migrationskrise. Mehr als 4,1 Tausend Menschen haben die Grenze bereits illegal überquert. Derzeit hat der Druck der Einwanderer an der weißrussisch-litauischen Grenze wieder zugenommen.

Vielen Menschen, die illegal aus Weißrussland nach Litauen eingereist sind, gelingt die Einreise nach Polen. Sie fliehen aus litauischen Flüchtlingszentren und werden dann von Schleusern nach Polen und weiter in den Westen gebracht. Vor kurzem nahmen Beamte des Grenzschutzpostens in Sejny (Seine, Podlachien) 12 Ausländer fest, die die polnisch-litauische Grenze illegal überschritten hatten. Auch 4 Personen, die ihnen beim illegalen Grenzübertritt halfen, wurden festgenommen. Bei den festgenommenen Ausländern handelt es sich um syrische Staatsbürger, die zuvor illegal die litauisch-weißrussische Grenze überquert hatten. Eine weitere große Gruppe syrischer Staatsangehöriger wurde einige Stunden später in dem Dorf Hołny Majera bei Sejny festgenommen.

Den polnischen Behörden gelingt es nicht, alle Migranten in Gewahrsam zu nehmen. Nach Angaben der deutschen Bundespolizei sind seit August dieses Jahres bereits mehr als 4.300 Migranten über die neue Migrationsroute über Weißrussland und Polen illegal nach Deutschland eingereist. Die am stärksten von der neuen Migrationswelle betroffenen Bundesländer sind Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Die dortigen Migrantenzentren sind bereits voll.

Quelle: PCh24.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Deutschland ist nach wie vor das Hauptziel für Asylbewerber in der EU

17. 10. 2021



Illegale Einwanderer aus Kamerun in einem Flüchtlingslager in der litauischen Stadt Vydenia am 10. Juli 2021 · Foto: MTI / Mindaugas Kulbis

Deutschland ist nach wie vor das Zielland Nummer eins für Asylbewerber in der Europäischen Union, und die Zahl der Asylanträge geht auch in diesem Jahr in die Hunderttausende

Wie die deutsche Zeitung *Welt am Sonntag* berichtet, sind beim Bundesamt für Migration und Asyl (BAMF) bis Ende September 100.278 Asylanträge eingegangen. Dies ist das neunte Jahr in Folge, in dem die Zahl der Anträge die 100.000er-Marke überschritten hat.

Deutschland ist bei weitem das beliebteste EU-Ziel für Asylumigration. Dies geht aus den noch nicht öffentlich zugänglichen Statistiken des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) hervor, der Gemeinschaftseinrichtung, die für die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Asylbereich zuständig ist. Frankreich liegt mit 54.105 Asylanträgen nach Deutschland an zweiter Stelle, gefolgt von Spanien (41.799 Anträge), Italien (37.492 Anträge) und Österreich (22.928 Anträge), berichtet die *Welt am Sonntag*. Es wurde darauf hingewiesen, dass im September mit 13 849 Anträgen besonders viele Anträge beim BAMF eingegangen sind. In den letzten vier Jahren wurden nur zweimal, im November 2017 und im Januar 2019, so viele Asylanträge in Deutschland gestellt.

Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass die illegale – EU-interne – Asylumigration nach Deutschland aus Italien, Griechenland und Spanien seit Jahren stark anhält und in diesem Sommer eine neue Route aus Weißrussland in die EU entstanden ist.

Die Zahl der Asylbewerber, die über Weißrussland und Polen nach Deutschland kommen, hat im Zusammenhang mit den Aktivitäten des Minsker Regimes von Präsident Aljaksandr Lukaschenka stark zugenommen. In einem Anfang Oktober vorgelegten Bericht

bezeichnete die Europäische Kommission diese Aktivitäten als staatlich finanzierten Menschenhandel, der von staatlichen weißrussischen Tourismusunternehmen organisiert wird. Die für die Grenzkontrolle zuständige Bundespolizei teilte auf Anfrage der *Welt am Sonntag* mit, dass sie seit August bereits 4.900 Personen im deutsch-polnischen Grenzgebiet festgenommen habe, die unerlaubt über Weißrussland und Polen nach Deutschland eingereist seien. Sie fügten hinzu, dass die Zahl der Ankömmlinge weiter ansteigt.

Asylbewerber, die in die EU einreisen wollen, reisten bisher in der Regel mit dem Flugzeug von der Türkei nach Weißrussland.

Europol, die EU-Koordinierungsstelle für polizeiliche Zusammenarbeit, hat jedoch berichtet, dass auch Charterflüge aus Syrien eingetroffen sind. Die syrische Fluggesellschaft Cham Wings bietet drei Flüge pro Woche nach Minsk mit insgesamt fünfhundert Sitzplätzen an. Neben Syrien kommen nach Angaben von Europol auch Flüge aus den Nachbarländern Jordanien und Libanon in der weißrussischen Hauptstadt an, berichtet die *Welt am Sonntag*. Während der letzten großen Flüchtlingswelle im Jahr 2015 hat Deutschland rund 890.000 Asylbewerber aufgenommen. Ihre Zahl sank 2016 auf 280.000 und ist seither stetig zurückgegangen, wobei sie jedes Jahr über 100.000 liegt.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Arme Migranten zahlen 13.000 Euro, um nach Italien zu kommen

17. 10. 2021



Bildquelle: VoxNews

Sie zahlen Tausende von Euro für die illegale Einreise nach Italien. Aber sobald sie in Italien sind, leben sie von Sozialleistungen und der Mindestsicherung („Staatsbürgerschaftseinkommen“).

Viele illegale Einwanderer kommen mit Segelbooten. Meistens aus der Türkei oder Griechenland. Alleine in den letzten Tagen sind mehrere hundert Menschen auf verschiedenen Wegen gelandet.

Video-Player

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Islamischer Politiker jubelt: „Wir erobern euch mit Einwanderung“

16. 10. 2021



Bildquelle: VoxNews

Dieser muslimische Politiker gibt bereitwillig zu, dass die Welle der so genannten Flüchtlinge der letzten Jahre in Wirklichkeit eine „Eroberung des Westens“ durch Einwanderung ist:

<https://www.youtube.com/watch?v=5OgncR6cewc>

The Glazov Gang-Muslim Refugee in Europe Warns About Muslim Refugees in Europe.

24.672 Aufrufe
15.10.2015

Sie „erobern“ euch ohne den Einsatz von Waffen, sagt er.

Und diese Eroberung ist so tiefgreifend, dass sie unsere Gesellschaften verändert hat. Nicht nur mit Verfall und Unsicherheit, auch mit „Traditionen“.

In Schweden, der Heimat des oft extremen Libertinismus, stellen Ärzte jetzt „Jungfräulichkeitszeugnisse“ aus.

Die Extreme berühren sich immer. Die moralische Wüste ist das Vorzimmer zur kulturellen Invasion einer sterbenden Zivilisation.

Eine Reportage mit versteckter Kamera wirft ein Licht auf diese von islamischen Familien geforderte Praxis:

Familien von „Migranten“ bringen ihre Töchter zu willfährigen Ärzten, die „gründliche Untersuchungen“ durchführen, um eine Jungfräulichkeitsbescheinigung auszustellen.

Quelle: [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Italien: Kapitän wegen Rückführung geretteter Migranten nach Libyen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt

16. 10. 2021



Asso Ventotto · Bildquelle: FDS

Ein Gericht von Neapel hat am Mittwoch, den 13. Oktober, einen italienischen Kapitän verurteilt, weil er gegen internationales Recht verstoßen haben soll, indem er 2018 etwa 100 Migranten, die vor Libyen aus

„Seenot gerettet“ wurden, an Bord des Offshore-Unterstützungsschiffs (OSV) Asso Ventotto nach Libyen zurückgebracht hat. Er hätte wissen müssen, dass dort ihre Rechte bedroht wären.

Die Richterin verurteilte ihn wegen Vernachlässigung von Minderjährigen und schutzbedürftigen Personen zu einem Jahr Gefängnis, sprach ihn aber vom Vorwurf des Machtmissbrauchs frei, wie die italienische Zeitung *Avvenire* berichtet. Am 30. Juli 2018 hatte der Betreiber des Schiffes Augusta Offshore mit Sitz in Neapel, mitgeteilt, dass die Asso Ventotto einen Anruf von der libyschen Küstenwache erhalten hatte, um Flüchtlinge in einem Schlauchboot zu retten, das fast eine Meile von der Ölplattform Sabratha nördlich von Tripolis entfernt war, auf der das Schiff operierte.

„Die italienische Staatsanwaltschaft sagte jedoch, dass die Anweisung, die Migranten zurück nach Tripolis zu bringen, von der Ölplattform und nicht von der Küstenwache kam, und dass die Besatzung die Migranten weder identifiziert noch ihren Zustand oder ihren möglichen Asylantrag überprüft hat“, so die italienische Agentur AP und wies darauf hin, dass libysche Häfen nach internationalem Recht nicht als sichere Orte gelten, berichtet [Le marin](#).

Was sagt und das alles aus?

- Dieses skandalöse Urteil ist sicher nicht die Entscheidung eines einzelnen Richters. Hier wurde nach der Mao-Methode „einen bestrafen und dadurch hunderte erziehen“ vorgegangen. Fassen wir zusammen:
- Hier wurde das Rechtsstaat samt Seerecht von kriminellen Komplizen (in Richterfunktion) von nordafrikanischen Schleuserbanden ausgehebelt. Denn man verlangt quasi von einem Kapitän, der Leute aus Seenot rettet, in die Rolle von NGOs zu wechseln und den ganzen Kanon gutmenschlicher Heuchelei verinnerlicht zu haben. Gleichzeitig muss er beurteilen, ob ein Land, wo die Gerettet abzuladen sind, als sicher oder unsicher einzustufen sind. Wenn dieses Land obendrein noch Libyen ist, so ist das umso erstaunlicher, da Libyen bekanntlich ja vor Jahren im Namen der Humanität von Gaddafi „befreit“ wurde.
- Dieses Urteil soll vielmehr ein Warnung darstellen, ja nicht die Agenda „Massenhaften Import islamisch-arabischer Jungmänner“ nach Europa zu sabotieren. Salvini wird aus demselben Grund auch vor Gericht gestellt, weil er als damaliger Innenminister ein Schiff mit „Flüchtlingen“ nicht sofort anlanden ließ.

So ein Urteil ist auch ein Signal an anständige Leute, gefälligst zur Kenntnis zu nehmen, dass es über dem Rechtsstaat in westeuropäischen Ländern noch mächtige Strukturen gibt, mit denen man sich besser nicht anlegen soll. Diese Rechtsbrecher maßen sich noch an, osteuropäische Staaten in Sachen Rechtsstaatlichkeit zu belehren oder zu verurteilen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Die Reise der Haitianer nach Amerika

Von Peter Marko Tase

13. 10. 2021



Beitragsbild: Kulturni Marksizem

Hauptziel des offiziellen Besuchs von Erika Mouynes am 30. September 2021 in Washington war es, die Einwanderungs- und Sicherheitsprobleme zu erörtern, die sich aus dem illegalen Überschreiten der Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko ergeben; die Grenzstädte im Bundesstaat Texas sind zum Hauptziel von mehr als siebzigtausend mittelamerikanischen und karibischen Bürgern geworden, die aus ihren Ländern fliehen und amerikanischen Boden erreichen wollen.

Erika Mouynes, Panamas Außenministerin, schilderte die düstere und verzweifelte Lage in ihrem Land, das unmittelbar mit großen Wellen illegaler Einwanderer aus Haiti und anderen Ländern konfrontiert ist, die versuchen, die Grenzen der USA zu erreichen.

Nach Angaben von Minister Mouynes haben sich seit dem 1. Januar 2021 mehr als 85 000 Migranten über Panama auf den Weg nach Norden gemacht. Mehr als 20 000 Migranten haben bereits die US-Grenze überquert und werden derzeit in Del Rio, Texas, und anderen Orten untergebracht, wo sie darauf warten, die frische amerikanische Luft zu genießen und in eine Landschaft einzutauchen, die viele Lateinamerikaner kennen und sich danach sehnen wie nach dem amerikanischen Traum.

Tony Gonzales (R-Texas), Mitglied des US-Repräsentantenhauses, erklärte, dass mehrere Personen mit Verbindungen zu Al-Qaida in Panama festgenommen worden seien und planten, in die Vereinigten Staaten zu reisen. Bei ihrem Treffen mit Gonzales erklärte Außenministerin Mouynes, dass die Zahl der Flüchtlinge, die nach Panama einreisen, dramatisch angestiegen sei, und zwar von 800 Personen pro Monat auf zuletzt 20 000 Personen pro Monat.

Die Regierung Biden muss eng mit den Behörden in Panama und anderen mittelamerikanischen Ländern zusammenarbeiten, um diese wachsende Krise besser zu bewältigen und Wege zu finden, den Menschenhandel in Mexiko einzudämmen.

In Guatemala durchqueren täglich mehr als 900 haitianische Staatsangehörige und Migranten aus Mittelamerika das Staatsgebiet des Landes.

Die guatemaltekischen Notunterkünfte sind ausgebucht, und die mexikanische Regierung stellt nur langsam Genehmigungen aus, damit die Haitianer die Kontrollpunkte der Nationalgarde und der Einwanderungsbehörde passieren können.

Gleichzeitig hat es die Regierung Biden versäumt, sich angemessen mit der Krise in Südtexas zu befassen, und die politischen Entscheidungen verursachen weiterhin eine große humanitäre Katastrophe in den texanischen Grenzstädten.

Am 23. September forderte US-Senator Ted Cruz (R-Texas) in einer Rede vor dem Senat, dass Präsident Biden und seine Regierung die Verantwortung für ihre katastrophalen politischen Entscheidungen übernehmen, die die Krise an der Südgrenze der USA direkt verursacht haben. Mehr als 10 000 illegale Einwanderer haben die internationale Brücke von Del Rio überflutet, weil die Unterkünfte für Migranten überfüllt sind. Senator Ted Cruz hat Präsident Biden aufgefordert, das Bundeseinwanderungsgesetz durchzusetzen und die Sicherheit der texanischen Grenzgemeinden zu schützen.

Senator Cruz sagte vor dem Senat: „Ich erhebe mich heute, um auf die humanitäre Krise aufmerksam zu machen, die sich derzeit im Bundesstaat Texas abspielt. Ein weiteres Ereignis findet gerade in Del Rio, Texas, statt. Eine weitere als Ergebnis der gefährlichen Weigerung von Präsident Biden und Vizepräsident Harris, unsere Gesetze durchzusetzen oder unsere Grenzen zu schützen, und eine Weigerung, die dazu führt, dass Menschen sterben, die dazu führt, dass junge Mädchen gehandelt werden, die dazu führt, dass Drogen in unser Land strömen und die unsere Gemeinden weit weniger sicher macht. Zurzeit befinden sich Tausende von Haitianern, die illegal in unser Land eingereist sind, unter einer Brücke in Del Rio, Texas. Vor sechs Tagen war ich ebenfalls in Del Rio, um aus erster Hand zu erfahren, was dort geschieht und warum es geschieht. Die Zahl der Menschen unter der Brücke verschlug mir den Atem. Die Menschen versuchen zu überleben, auch Babys und kleine Kinder. Ich erfuhr von den Behörden vor Ort, was passiert war und dass es sich um eine von Menschen verursachte Krise handelte.“

Heute schweigt Washington und ist machtlos, wenn es darum geht, die Südgrenze der USA sicherer zu machen und die Wellen illegaler Einwanderer in Schach zu halten. Vielleicht sollte das Weiße Haus den politischen Diskurs und die konkreten Maßnahmen der derzeitigen slowenischen Regierung unter Premierminister Janez Janša, die sehr erfolgreich illegale Einwanderungsströme aus dem östlichen Teil Europas und dem südlichen Mittelmeerraum verhindert hat, proaktiv analysieren und genau beobachten.

Präsident Joe Biden weigert sich, die Realität zu akzeptieren und will das Rio Grand Valley nicht besuchen. Wenn er dorthin ginge, würden die Fernsehkameras mit ihm kommen. Wie Senator Cruz sagt: „Die Demokraten zählen darauf, dass die korrupten Konzernmedien plötzlich sagen: ‚Hier gibt es nichts zu sehen‘.“ Die Herausforderung an der US-Grenze steht weiterhin im Mittelpunkt des Interesses, während das Weiße Haus versucht, seine Inkompetenz unter den Teppich zu kehren.

Quelle: [Kulturni Marxizem](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) „Der europäische Terrorismus ist mit der Migration verbunden“

Von László Szócs

14. 10. 2021



Diego Muro · Foto: Magyar Nemzet / Árpád Kurucz

Es besteht kein Zweifel daran, dass es Terroristen gibt, die über illegale Migrationsrouten nach Europa gelangt sind, und dass es unter ihnen einige gibt, die von muslimischen Gemeinschaften versteckt wurden. Aber es geht nicht so sehr um die Zahl der Einwanderer, sondern darum, wie die Einwanderung funktioniert, wie integriert sich die Muslime fühlen. Dies liegt natürlich in ihrer Verantwortung, nicht nur in der des Gastlandes“, sagte Diego Muro, Terrorismusforscher an der Universität St. Andrews in Schottland, der als Gast des Mathias-Corvinus-Kollegs in Budapest weilte.

- Kürzlich, am 20. Jahrestag der Anschläge vom 11. September, erinnerte sich die Welt an die Terroranschläge. Doch seit 2001 hat sich die Art und Weise, wie der globale Terrorismus funktioniert, verändert. Wie sehen Sie das?

- Historisch gesehen ist der Terrorismus immer in Wellen aufgetreten, von den alten Anarchisten über die Gewalt bei der Entkolonialisierung bis hin zum Linksterrorismus, wie zum Beispiel die Aktivitäten der deutschen Roten Armee Fraktion. Seit den 1970er und 1980er Jahren wird immer deutlicher, dass hinter dem Terror ein religiöses Motiv sowie eine Verbindung zum Islam und insbesondere zum sunnitischen Extremismus steht. Die beiden führenden „Marken“ des islamistischen Terrorismus, al-Qaida und der Islamische Staat (ISIS), sind mit kleinen autonomen Gruppen verbunden, die auf lokaler Ebene kämpfen, indem sie sich zu ihnen bekennen. Es gibt also eine gleichzeitige Präsenz von Zentrum und Dezentralisierung und eine Spannung zwischen beiden. Aber wir neigen dazu, die Rolle des Zentrums zu überschätzen. Es gibt inzwischen viele Untersuchungen über Al-Qaida, und wir wissen jetzt, dass nicht alles in Pakistan erfunden wurde, wie wir früher glaubten. Heute

ist Al-Qaida wieder eine viel größere Bedrohung für die Welt als ISIS, dessen Ideologie zwar weiterlebt, dessen Organisation aber verblasst ist, besiegt wurde und keine Bedrohung mehr für die territoriale Integrität Syriens und Iraks darstellt.

- In Europa handelt es sich bei den Tätern islamistischer Terroranschläge in der Regel um Einwanderer mit Migrationshintergrund. Dies gilt auch für den derzeit größten Terroranschlag in Paris, bei dem der in Brüssel geborene marokkanisch-französische Staatsbürger Salah Abdeslam auf der Anklagebank sitzt. Einige leugnen jedoch den Zusammenhang zwischen Einwanderung und Terrorismus.

- Sie wissen sicher, dass Korrelation in der Statistik nicht gleichbedeutend mit Kausalität ist. Aber es gibt definitiv eine Korrelation zwischen beiden. In Europa werden die meisten Terroranschläge dort verübt, wo es bevölkerungsreiche muslimische Gemeinschaften gibt, wie z. B. in Frankreich, dem Vereinigten Königreich oder Deutschland. Und dort, wo sie nicht so zahlreich sind, wie in dem Gebiet, über das wir hier sprechen, gibt es nur sehr wenige solche Vorfälle. Es besteht kein Zweifel, dass es Terroristen gibt, die über illegale Migrationsrouten nach Europa gekommen sind, und dass einige von ihnen von muslimischen Gemeinschaften versteckt wurden. Es besteht jedoch kein kausaler Zusammenhang in dem Sinne, dass die Zahl der Muslime Rückschlüsse auf terroristische Handlungen zulässt. Es geht nicht so sehr um die Einwanderung an sich, sondern darum, wie sie funktioniert, wie Muslime sich als Teil der lokalen Gemeinschaft fühlen, ob sie integriert sind, gleich behandelt werden und die Möglichkeit haben, in der Gesellschaft voranzukommen. Dies liegt natürlich in ihrer Verantwortung, nicht nur in der des Aufnahmestaates. Und es ist überall eine Herausforderung, es gibt keine Zauberformel. Auch in den Vereinigten Staaten leben viele Muslime, aber es gibt keine Vorfälle von internem Terrorismus.

- Anna Lindh, die Außenministerin von Schweden, einem der fortschrittlichsten Länder der Welt, wurde in einem Supermarkt von einem Einwanderer der zweiten Generation erstochen. Doch welche Bedingungen sollte Europa schaffen, um zu verhindern, dass einige Einwanderer ihre Frustration in Anschlägen äußern?

- Beschwerden werden nicht unbedingt im Lichte der objektiven Umstände verstanden. Natürlich kann man argumentieren, dass Migranten in Schweden einen hohen Lebensstandard genießen und es ihnen viel besser geht, als wenn sie zu Hause geblieben wären. Das, was wir in der Literatur als relative Deprivation bezeichnen, verdeutlicht den Unterschied zwischen dem, worauf man glaubt, Anspruch zu haben, und dem, was man tatsächlich hat. Es ist also ein gefühlter Nachteil. Angenommen, Sie haben ein Einkommen von zwanzigtausend Euro im Jahr. Aber Sie meinen, Ihnen würden 30.000 zustehen. Dieses Gefühl des Mangels ist eine Kränkung. Im Falle der Muslime muss auch berücksichtigt werden, dass das Schicksal ihrer Glaubensbrüder und -schwestern in den entlegensten Winkeln der Welt ebenfalls Anlass zur Sorge gibt.

- Um auf den Abdeslam-Prozess zurückzukommen: Welche Bedeutung hat er Ihrer Meinung nach?

- Ich bin sicher, dass sie eine kathartische Wirkung auf die gesamte französische Gesellschaft haben wird, so wie die 9/11-Kommission eine solche Wirkung in den Vereinigten Staaten hatte. Die Art und Weise, wie sich Zeugen und Überlebende an die Ereignisse der Terroranschläge in Paris 2015 erinnern, berührt mich. Ich denke, der Prozess wird viele Wunden heilen und die Franzosen dazu bringen, über ihre eigenen Werte nachzudenken und darüber, wie wenig sie als Gesellschaft tun können.

- Wird sie auch Auswirkungen auf den französischen Präsidentschaftswahlkampf haben, in dem die Einwanderung ein wichtiges Thema sein wird?

- Das wird den Politikern, die ihre Gegner in den Griff bekommen wollen, sicherlich Munition liefern. Das ist ganz natürlich. Aber ich glaube nicht, dass es einen signifikanten Einfluss auf die Wiederwahlchancen von Emmanuel Macron haben wird. Vielmehr sind die langfristigen Auswirkungen des Prozesses auf Frankreich von Bedeutung.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Von Lukaschenko zur EU-Grenze verfrachtete „Flüchtlinge“ tauchen zunehmend in Brandenburg auf

12. 10. 2021



Bild: shutterstock

Immer mehr illegale Einreisen nach Brandenburg über die deutsch-polnische Grenze

Wie der RBB berichtete, sind seit August dieses Jahres knapp 2.000 Menschen illegal über die deutsch-polnische Grenze nach Brandenburg eingereist. Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen. An die Öffentlichkeit kamen diese Zustände erst, als es nicht mehr unterm Deckel zu halten war. Zahlreiche Hinweise aus der Bevölkerung und von „Vor-Ort-Kräften“ machten schon länger die Runde.

Der migrationspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg, Volker Nothing, bezeichnet es als einen weiteren Auswuchs verfehlter Migrationspolitik, unter welcher die Bevölkerung Brandenburgs zu leiden habe:

„Lukaschenko schickt in Erwiderung auf die Sanktionen der EU gegen Weißrussland Migranten nach Polen, die sich wiederum nach Deutschland aufmachen.“

Für diese Planspiele auf dem Rücken der Brandenburger hat Nothing kein Verständnis. Ebenso wenig für die geradezu heuchlerische Ansicht des Innenministers Stübgen, die Ursache sitze in Minsk.

„Nein Herr Stübgen, die Ursachen des Problems sitzen in Brüssel und Berlin. Verantwortlich sind all jene, für die Verträge und Gesetze nicht mehr gelten und die jedes Maß an Aufnahmefähigkeit und Akzeptanz von kulturfremden und teils nicht integrierbaren und kriminellen Invasoren verloren haben und die Zerstörung unserer Gesellschaft billigend in Kauf nehmen.“ So Volker Nothing weiter.

Noch vor wenigen Wochen wollte Stüngen alle sogenannten Ortskräfte aus Afghanistan in Brandenburg behalten. Lukaschenko sei in diesem Spiel nur der willkommene Buh-Mann. Abschließend fordert Volker Nothing:

„Nehmen Sie Ihre Aufgaben als Innenminister Brandenburgs wahr. Sorgen Sie für die Sicherheit der Brandenburger Bevölkerung und schicken Sie illegal Eingereiste umgehend zurück.“

Quelle: Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg vom 12. Oktober 2021

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) GB: In zwei Tagen wurden mehr als tausend Migranten im Ärmelkanal abgefangen

11. 10. 2021



Youtube Screenshot

Nach Angaben des britischen Innenministeriums vom 10. Oktober rettete oder fing das Vereinigte Königreich am 8. und 9. Oktober insgesamt 1.115 Migranten ab, die in kleinen Booten den Ärmelkanal überquerten.

Am Vortag hatten die britischen Behörden in 17 Einsätzen 491 Personen und am 8. Oktober in 23 Einsätzen 624 Personen geborgen. Nach Angaben des britischen Innenministeriums hinderten die französischen Behörden am 9. Oktober 114 Menschen daran, die britische Küste zu erreichen, am 8. Oktober waren es 300.

In einer Erklärung betonte Commander Dan O'Mahoney, der für die „illegale Bedrohung“ im Ärmelkanal zuständig ist, die Entschlossenheit der britischen Regierung, die „inakzeptable Zunahme“ dieser gefährlichen Überfahrten zu bekämpfen.

„In Zusammenarbeit mit der Polizei und unseren internationalen Partnern wurden mehr als 300 Personen verhaftet und 65 Personen verurteilt“, und durch unsere gezielten Bemühungen konnten seit Anfang des Jahres mehr als 13.500 Einreiseversuche verhindert werden“, fügte er hinzu.

Nach einer Zählung der britischen Nachrichtenagentur PA haben es in diesem Jahr bisher mehr als 17.000 Migranten geschafft, Großbritannien in kleinen Booten zu erreichen, mehr als doppelt so viele wie im gesamten Jahr 2020. Das Thema ist ein regelmäßiger Anlass für Spannungen zwischen London und Paris.

Verschärfung des Strafrechts in Vorbereitung

Die britische Regierung ist dabei, einen umstrittenen Gesetzesentwurf zur Reform des Asylsystems zu verabschieden und plant, die Strafen zu verschärfen, indem sie die Höchststrafe für Schleuser von derzeit 14 Jahren auf lebenslange Haft erhöht.

Am 9. Oktober forderte der französische Innenminister Gérald Darmanin in Loon-Plage (Nord) die Aushandlung eines Migrationsvertrags zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Frankreich wird dieses Projekt fördern, wenn es im Januar die sechsmonatige Präsidentschaft der Europäischen Union innehat, versicherte der Innenminister.

Außerdem forderte er die britische Regierung auf, ihre Zusage einzuhalten, Frankreich in den Jahren 2021–2022 62,7 Millionen Euro zur Finanzierung der Verstärkung der französischen Polizeikräfte an der Küste zu zahlen.

„Wir fordern die Briten auf, ihr Finanzierungsversprechen einzuhalten, während wir die Grenze für sie halten“, sagte er. „Wir müssen einen Vertrag aushandeln, da Michel Barnier dies nicht getan hat, als er den Brexit aushandelte, der uns in Migrationsfragen bindet“, hatte Gérald Darmanin ebenfalls gesagt.

Quelle: [francais.rt.com](https://www.francais.rt.com)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Fast die Hälfte der Franzosen befürwortet einen vollständigen Migrationsstopp

11. 10. 2021



Bildquelle: Magyar Nemzet

Einwanderung wird ein zentrales Thema bei den französischen Wahlen im nächsten Jahr sein

Mehr als vier von zehn Franzosen wollen die Zahl der neuen Einwanderer im Land auf Null reduzieren, so eine aktuelle Studie. Die Einwanderung wird eines der Hauptthemen des französischen Präsidentschaftswahlkampfes im nächsten Jahr sein, schreibt die Nachrichtenagentur V4NA.

Vierundvierzig Prozent der Franzosen befürworten laut einer aktuellen Umfrage die Beendigung jeglicher Einwanderung nach Frankreich, sowohl legaler als auch illegaler. Die Umfrage wurde vom CSA-Institut im Auftrag von CNews durchgeführt und steht im Zusammenhang mit der Tatsache, dass die Einwanderung ein wichtiges Thema im Präsidentschaftswahlkampf 2022 ist.

Die Umfrage zeigt, dass 45 Prozent der über 65-Jährigen und 42 Prozent der 18- bis 24-Jährigen mit dem Einwanderungsverbot einverstanden sind.

Allerdings gehen die Meinungen je nach politischer Überzeugung stark auseinander.

Während etwa drei Viertel bzw. 72 Prozent der Befragten aus dem rechten Lager einen vollständigen Einwanderungsstopp befürworten, ist eine große Mehrheit der Wähler aus dem linken Lager mit 86 Prozent gegen die Maßnahme.

Die Befürworter des rechtsgerichteten und stark einwanderungsfeindlichen Rassemblement National unter der Führung von Marine Le Pen würden den Einwanderungsstopp fast einstimmig unterstützen: 93 Prozent.

Das Thema Einwanderung wird auch den öffentlichen Diskurs im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr weitgehend bestimmen.

Marine Le Pen hat bereits Ende März erklärt, dass sie im Falle ihrer Wahl zur Präsidentin der Republik als erstes ein Referendum über die Zuwanderung initiieren wird. Ihrer Meinung nach ist es nicht richtig, dass die französische Regierung seit Jahrzehnten Entscheidungen zu diesem Thema trifft, ohne die Meinung des Volkes einzuholen.

Obwohl er es noch nicht bestätigt hat, wurde in der Presse bereits bekannt, dass Éric Zemmour, ein renommierter französischer Philosoph und Essayist, ebenfalls bei den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr kandidieren wird, und auch er hat eine starke Meinung zur Einwanderung.

Mitte Juli griff Zemmour die politische Debatte auf, indem er sagte, dass die Einwanderung ein großes Problem für Frankreich sei und dass den Einwanderern das Recht entzogen werden sollte, über die Migrationspolitik des Landes zu entscheiden.

Quelle: [Maygar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

N a h e r O s t e n (Seiten 151 bis 154)

01) Luftangriffe der Türkei auf Syrien und den Irak

Von Uzay Bulut

25. 10. 2021



Am 17. August führte das türkische Militär im Irak einen Luftangriff auf ein Krankenhaus in der Provinz Sindschar durch, wo die jesidische Minderheit bereits 2014 einem Völkermord durch den IS zum Opfer gefallen war. Der aus drei Drohnenangriffen bestehende Überfall habe das provisorische Krankenhaus im Dorf Sekaina "total zerstört". Ein Arzt in Sindschar sagte, dass mindestens drei Menschen getötet und fünf weitere verletzt worden seien. - Foto: MilborneOne /wikimedia CC BY-SA 4.0

- Die Türkei scheint darauf hinzuarbeiten, einen islamischen Staat in Syrien und im Irak auszubauen.
- Dieselbe türkische Regierung, die behauptet, mit ihrem Kampf gegen die kurdische PKK dem „Terrorismus“ entgegenzutreten, unterstützt seit Jahren den IS in der Region.
- „Die Fähigkeit des IS, so schnell zu einem funktionierenden Staat zu werden, liegt vor allem an seinen Beziehungen zu Präsident Erdoğan in der Türkei.“ — Dr. Mordechai Kedar, BESA-Center, 11. Oktober 2020.
- Die türkische Regierung – ein Mitglied der NATO – scheint sich eindeutig auf einer dschihadistischen Mission zu fühlen.

Seit der gewaltsamen Übernahme Afghanistans durch die Taliban am 15. August hat die Türkei ihre expansiven Militäraktivitäten im Nahen Osten in einer Weise verstärkt, die das Leben von Minderheiten erheblich beeinträchtigt.

Die Türkei scheint darauf hinzuarbeiten, einen islamischen Staat in Syrien und im Irak auszubauen.

Die Türkei hat ihren Kampf gegen die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) bisher als Vorwand benutzt, um ihre militärische Aggression, die Zerstörung und Verluste von Menschenleben verfolgter Minderheiten zu rechtfertigen. Zu den von türkischen

Militäraktionen im Irak und in Syrien betroffenen Gemeinschaften gehören Jesiden, Assyrer und Kurden – Gemeinschaften, die zuvor schon von IS und al-Qaida ins Visier genommen wurden.

Am 17. August führte das türkische Militär im Irak einen [Luftangriff auf ein Krankenhaus](#) in der Provinz Sindschar durch, wo die jesidische Minderheit bereits 2014 einem Völkermord durch den IS zum Opfer gefallen war.

Der aus drei Drohnenangriffen bestehende Überfall habe das provisorische Krankenhaus im Dorf Sekaina „[total zerstört](#)“. Ein Arzt in Sindschar sagte, dass mindestens drei Menschen getötet und fünf weitere verletzt worden seien. Ein hochrangiger irakischer Armeeeoffizier sagte der Nachrichtenagentur AFP, der Überfall sei vom türkischen Militär durchgeführt worden. Ein weiterer türkischer Luftangriff am 16. August zielte auf einen hochrangigen jesidischen Führer, Hassan Saeed, und tötete ihn.

Assyrische Christen, eine weitere verfolgte indigene Minderheit im Irak, [leiden ebenfalls unter türkischen Luftangriffen](#). In einem [Bericht](#) namens „Ins Kreuzfeuer geraten: Assyrer und der Türkei-PKK-Konflikt im Irak“ des Assyrischen Politikinstitutes von 2021 heißt es:

„Türkische Angriffe im Nordirak haben irreparablen und kostspieligen Schaden an zivilem Eigentum und landwirtschaftlichen Flächen angerichtet... Die Zerstörung von Privateigentum und Ackerland durch türkische Luftangriffe beraubt assyrische Bauern effektiv ihrer Lebensgrundlage und bedroht unmittelbar ihre Fähigkeit, in ihren Häusern und Dörfern bleiben zu können.“

Unterdessen visiert das Militär der Türkei Nordsyrien an, wo die von den USA unterstützten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) und ihre kurdische Komponente, die Volksschutzeinheiten (YPG), zuvor gegen den IS gekämpft haben.

Ebenfalls im August führte das türkische Militär [Bombardierungen](#) in der Provinz Al-Hasaka durch; Wieder einmal benutzte die Türkei die PKK, um die Angriffe auf Zivilisten und US-Verbündete zu rechtfertigen. [Nach Angaben](#) der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte wurde bei dem Bombardement ein Kind getötet und fünf weitere Zivilisten verletzt. Am nächsten Tag trafen 13 Raketen das Stadtzentrum von Afrin, töteten drei Menschen und verletzten vier weitere. Bei einem weiteren Luftangriff, bei dem vier Angehörige der SDF [getötet](#) wurden, zielte das türkische Militär auf die Militärratsbasis von Tel Tamir. Sosin Birhat, eines der Opfer der SDF, hatte zuvor an Treffen mit hochrangigen US-Militärbeamten und Diplomaten teilgenommen, wie die regierungsnah türkische Zeitung *Sabah* [berichtete](#).

Amy Austin Holmes, Stipendiatin für Public Policy am Woodrow Wilson Center for Scholars, hat die türkische Version der Ereignisse [in Frage gestellt](#):

„Erstens rechtfertigte die Türkei ihre [Interventionen von 2018 und 2019](#) in Syrien mit der Behauptung, dass die Präsenz der SDF/YPG entlang ihrer Südgrenze eine ernsthafte Bedrohung darstelle. Doch meine Analyse der Daten des Armed Conflict Location and Event Data Project zeigt, dass das Gegenteil näher bei der Wahrheit liegt. Zwischen Januar 2017 und August 2020 führten die Türkei und von der Türkei unterstützte Streitkräfte [3.319 Angriffe gegen die SDF/YPG](#) oder Zivilisten durch. Im Gegensatz dazu führten die SDF/YPG [22 grenzüberschreitende Angriffe auf die Türkei](#) durch. Türkische Funktionäre behaupten, ihre Angriffe gegen die SDF/YPG seien „wie Du mir, so ich Dir“, doch das ist mathematisch unmöglich.“

„Zweitens hat die Türkei nach der Unterzeichnung des von den USA vermittelten Waffenstillstandsabkommens in Syrien im Oktober 2019 versprochen, Zivilisten sowie religiöse und ethnische Minderheiten zu schützen. Jesiden, Christen und Kurden sind jedoch in Scharen aus den türkisch besetzten Gebieten Syriens geflohen. Die Analyse zeigte, dass die Türkei und von der Türkei unterstützte Milizen im ersten Jahr nach ihrer Unterzeichnung mehr als 800 Mal gegen das US-Waffenstillstandsabkommen verstoßen haben. Die assyrisch-christliche Region Tel Tamer wurde jeden Monat ins Visier genommen.

„Schließlich leitete ich ein Forschungsprojekt, das die Auswirkungen türkischer Luftangriffe auf die Jesiden in Sindschar analysierte. Datenauswertungen aus fünf verschiedenen Quellen ergaben, dass die Türkei Sindschar in den letzten fünf Jahren jedes Jahr mit Angriffen getroffen hat. Die türkische Militäraktivität ist ein großes Hindernis für die Genesung. Allein im Juli zogen 472 Jesiden, die versuchten, nach Sindschar zurückzukehren, um ihr Leben wieder aufzubauen, in Lager für Binnenvertriebene um.

„Wie diese Beispiele veranschaulichen, müssen türkische Behauptungen über „Anti-PKK“-Operationen auf Fakten geprüft werden.“

Dieselbe türkische Regierung, die behauptet, mit ihrem Kampf gegen die kurdische PKK dem „Terrorismus“ entgegenzutreten, unterstützt seit Jahren den IS in der Region. Laut Dr. Mordechai Kedar:

„2014 war das Jahr, in dem ISIS zu einer sehr realen Bedrohung für den Nahen Osten wurde. Innerhalb eines Jahres gelang es der Gruppe, ein Drittel des Irak und die Hälfte Syriens zu erobern, mit 200.000 Kämpfern unter ihrer Kontrolle...

„Die Fähigkeit des IS, so schnell zu einem funktionierenden Staat zu werden, liegt vor allem an seinen Beziehungen zu Präsident Erdoğan in der Türkei.

„ISIS hatte im Laufe der Jahre starke Verbindungen zur Türkei, sei es durch seine Ölindustrie oder durch seine Bereitschaft, gesuchte Mitglieder der Muslimbruderschaft abzuschirmen. Diese 'nachbarschaftliche' Beziehung war für den Erfolg des IS von wesentlicher Bedeutung und spiegelt sich auch weiterhin in türkischen Entscheidungen wider.

„Die Türkei wird seit 2002 von Erdoğan regiert. Er ist ein lautstarker Unterstützer der Muslimbruderschaft, einer Bewegung, die versucht, ein weltweites islamisches Kalifat zu errichten, das die islamische Scharia anwendet.

„Präsident Erdoğan hat nicht nur nie Anti-Terror-Operationen gestartet, um die Netzwerke oder Rekrutierungsaktivitäten des IS zu stören, sondern er hat ihm regelrecht Hilfe geleistet.“

International Christian Concern hat berichtet, dass die expansionistische Außenpolitik der Türkei die Religionsfreiheit in der Region erheblich eingeschränkt hat, was verfolgte Minderheiten noch verwundbarer macht:

„Länder, die früher zum ehemaligen Osmanischen Reich der Türkei gehörten, und Länder mit einer bedeutenden muslimischen Bevölkerung werden gezielt angegriffen... Die Türkei hat die Religionsfreiheit der Nachbarländer zum eigenen Vorteil auf Kosten der lokalen Bevölkerungsminderheiten ausgenutzt.

„Kurz gesagt, der militärische Expansionismus der Türkei hat dazu geführt, dass Menschen ausgebeutet, Verfolgung exportiert und die Täter in die Lage versetzt wurden, noch ungeheuerlichere Handlungen zu begehen. Wenn die Türkei gefährdete Gemeinschaften außerhalb ihrer eigenen Grenzen so behandelt, wie viel mehr dann innerhalb.“

Die türkische Regierung – ein Mitglied der NATO – scheint sich eindeutig auf einer dschihadistischen Mission zu fühlen.

Uzay Bulut, eine türkische Journalistin, ist Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute.

Übersetzung: Daniel Heiniger



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [GATESTONE INSTITUTE](https://www.gatestoneinstitute.org/), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Afrika (Seiten 154 bis 159)

02) Kongo (DRK): Islamisten drängen immer weiter nach Zentralafrika vor

23. 10. 2021



Abu Musab al-Barnawi, Anführer des Islamischen Staates von Nigeria · Bildquelle: Magyar Nemzet

Im Osten der Demokratischen Republik Kongo steigt die Zahl von Christen, die bei Angriffen von Islamisten getötet wurden, weiter an.

Die Situation in dem zentralafrikanischen Land war in den letzten Monaten besonders schlimm. Insgesamt wurden mehr als 750 Menschen von islamistischen Rebellen getötet. Die Bevölkerung setzt sich zu 95 % aus Christen zusammen, dementsprechend waren auch die meisten Opfer Christen. Über die Zahlen hinaus zeichnet sich die klare Absicht ab, die christliche Bevölkerung gezielt anzugreifen.

Mehrere Regionen sind betroffen: Zwischen 24. September und 1. Oktober kam es zu einer Serie von Angriffen in und um die kleine Stadt Komanda in der Provinz Ituri. Dabei starben insgesamt mindestens 21 Christen, viele wurden entführt und werden noch vermisst, zahlreiche Häuser wurden niedergebrannt. Am 4. September 2021 wurden in der Provinz Ituri 30 Menschen umgebracht. Am 29. August fanden bei einem Angriff auf ein Dorf in der Region Beni (Provinz Nord-Kivu) 19 Menschen den Tod. Am Nachmittag des 2. August wurden in der Nähe von Idohu im Gebiet Irumu in Ituri 16 Menschen mit Messerstichen ermordet.

Wirkungsloser Ausnahmezustand

All diese Angriffe wurden von den Allied Democratic Forces (ADF) verübt, einer bewaffneten Rebellengruppe, die ursprünglich aus Uganda stammt, jetzt aber nur noch in der DRK aktiv ist. Sie besteht hauptsächlich aus Islamisten, die sich 2017 der Terrorgruppe Islamischer Staat angeschlossen haben.

Seit Jahrzehnten töten und entführen sie Christen, bilden Dschihadisten aus und entsenden sie in andere afrikanische Staaten. Zwar hatte die kongolesische Regierung im Mai den Ausnahmezustand über die betroffenen Regionen verhängt, doch die erhoffte Wirkung blieb aus.

Ausbreitung des Islamismus

Ein Experte von Open Doors für Subsahara-Afrika erklärt, dass das Angriffsmuster der Rebellengruppe ADF ident ist mit dem anderer islamistischer Extremistengruppen: »Hier geschieht dasselbe wie in anderen Teilen der Sahelzone, wo Gruppen wie Boko Haram den Nordosten Nigerias terrorisieren. Es geht um eine Ideologie, das Ziel, ein Kalifat zu errichten. Sie gehen auf dieselbe Weise vor, und wir sehen das Leid, das sie unschuldigen Gemeinschaften zufügen.«

Die DRK liegt im Weltverfolgungsindex auf Rang 40. Diese wiederholten Angriffe lösen in der Bevölkerung eine Welle der Angst aus und die mehrheitlich christliche Stadt Beni wird eindeutig zur Zielscheibe. Unzählige Menschen wurden durch die Gewalt vertrieben. In dieser Region kam es nach den Anschlägen Ende August zu Demonstrationen, um auf das Unvermögen der UN-Truppen hinzuweisen, die Angriffe zu verhindern, durch die in den letzten drei Jahren über 2500 Menschen ihr Leben verloren haben.

[Übernommen von Open Doors – Im Dienst der verfolgten Christen weltweit.](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Der Anführer des Islamischen Staates Nigeria wurde hingerichtet

Von Joakim Scheffer

17. 10. 2021



Abu Musab al-Barnawi, Anführer des Islamischen Staates von Nigeria · *Bildquelle: Magyar Nemzet*

„Er ist tot und er wird tot bleiben. So einfach ist das“, prahlte der nigerianische Armeechef, als er verkündete, dass seine Streitkräfte den radikalen Islamistenführer Abu Musab al-Barnawi erfolgreich ausgeschaltet hätten. Am nächsten Tag gab es weitere Erfolge: Mehrere nigerianische Nachrichtenseiten berichteten über einen weiteren Angriff auf wichtige Mitglieder des Islamischen Staats in Westafrika (ISWAP). Presseberichten zufolge wurden bei einer der Razzien 20 Terroristen getötet und Modou Okocha, der neben al-Barnawi einer der wichtigsten Anführer der Organisation ist, verletzt.

Die ISWAP spaltete sich 2016 von der ebenfalls in Nigeria ansässigen Terrororganisation Boko Haram ab. Seitdem sind die beiden Terrorgruppen miteinander verfeindet, und es kam immer wieder zu Zusammenstößen zwischen ihren Mitgliedern, bei denen auch der blutrünstige Anführer von Boko Haram, Abubakar Shekau, ums Leben kam. Nun aber scheint die nigerianische Armee in der Lage zu sein, den Terroristen schwere Verluste zuzufügen, was auch die im Lande lebenden Christen freuen dürfte.

Die Terrororganisation Boko Haram wurde 2002 von dem muslimischen Religionsführer Muhammed Yusuf mit dem Ziel gegründet, die Kontrolle über Nigeria zu übernehmen und eine radikal-islamische Herrschaft auf der Grundlage der Scharia einzuführen. Zwar gehörte die Verfolgung von Christen von Anfang an zu den Aktivitäten der Organisation, doch nach Yusufs Tod im Jahr 2009 und Shekaus Aufstieg zur Macht nahmen die Gräueltaten und Grausamkeiten drastisch zu.

Nach Angaben der Internationalen Kommission für Religionsfreiheit der USA wurden allein seit 2011 mehr als 37 500 Morde an Christen der ISWAP, Boko Haram und anderen radikalen islamistischen Organisationen zugeschrieben.



Rettungskräfte und Polizisten stehen am 7. Juli 2015 auf dem Platz vor einem städtischen Bürogebäude, nachdem ein Selbstmordattentäter in Zaria, Nordnigeria, eine Bombe gezündet hat. Bei dem Anschlag wurden mindestens 20 Menschen getötet. · *Bildquelle: Magyar Nemzet / MTI*

Nach Angaben einer anderen US-Organisation, International Christian Concern, liegt die Zahl seit 2002 zwischen 50.000 und 70.000, was bedeutet, dass mehr als die Hälfte der weltweiten Morde an Christen in den letzten zehn Jahren in Nigeria stattfanden. Laut einer aktuellen Studie der Nichtregierungsorganisation InterSociety haben allein in den ersten 200 Tagen des Jahres 2021 mindestens 3 400 Christen, darunter zehn Priester und Pastoren, ihr Leben durch religiöse Verfolgung verloren. Das sind sechzig weniger als bei der Gesamtjahresschätzung für 2020.

Das bedeutet, dass im Durchschnitt jeden Tag siebzehn Christen getötet werden.

Darüber hinaus wissen wir von rund 3.000 jungen Mädchen und Frauen, die aufgrund ihrer Religion entführt und festgehalten werden. Dies ist der Fall der vierzehnjährigen Leah Sharibu. Sie wurde 2018 zusammen mit 110 anderen von Boko Haram entführt. Die muslimischen Kinder wurden freigelassen, aber Leah hat ihrem christlichen Glauben nicht abgeschworen und wird weiterhin als Sklavin gehalten. Einigen Berichten zufolge hat die heute Siebzehnjährige ihr zweites Kind zur Welt gebracht, das durch die Vergewaltigung durch ihre Entführer gezeugt wurde.



Mädchen, die aus der Gefangenschaft von Boko Haram zurückkehren, werden in ihrer Heimat begrüßt. · *Bildquelle:Magyar Nemzet / MTI*

Im Jahr 2019 wurden elf Christen von ISWAP-Terroristen aus Rache für die Ermordung des Führers des Islamischen Staates enthauptet. Das Videomaterial wurde am 26. Dezember veröffentlicht und sendet eine deutliche Botschaft an die gesamte christliche Gemeinschaft.

Trotz der brutalen Angriffe auf christliche Gläubige und Einrichtungen in Nigeria unternimmt die internationale Gemeinschaft wenig, um das Problem zu lösen. Abgesehen von Reden, in denen Ihre Taten verurteilt werden, und Beiträgen in den sozialen Medien gibt es kaum konkrete Maßnahmen und oft keine Nachrichten über die Gräueltaten in den Mainstream-Medien.



Nigerianische Christen bei einer Beerdigung. - Bildquelle: Magyar Nemzet / Emmy Ibu

Das Vorgehen der nigerianischen Armee mag für die Christen des Landes eine gewisse Hoffnung bedeuten, doch ohne ein entschlosseneres Vorgehen der internationalen Gemeinschaft wird der jahrzehntelange Völkermord wohl kaum beendet werden können.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S ü d o s t a s i e n (Seiten 160 bis 161)

S i n g a p u r (Seiten 160 bis 161)

04) In Singapur sorgt ein fahrbarer Überwachungsroboter für „Ordnung“ und Corona-Disziplin

17. 10. 2021



Bild: screenshot YouTube

In Singapur wird uns ein Vorgeschmack auf das geboten, was uns in Zukunft erwartet: Totalüberwachung mit zehntausenden Kameras und aktuell durch einen mobilen Roboter zur Ermahnung des modernen Herdenmenschen.

Der mit sieben Kameras und vier Reifen ausgestattete Roboter „Xavier“ unterstützt die Mitarbeiter des Ordnungsamtes und wird damit selbst zu einem. Er patrouilliert und ermahnt die Bürger, wenn sie sich nicht an die Verordnungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Gesundheit – etwa was Abstands- und Hygieneregeln in Bezug auf die Corona-Maßnahmen, berichtet [t-online](#).

Totalüberwachung

„Halten Sie einen Meter Abstand“, mahnt er beispielsweise in einer Fußgängerzone, in Wohnsiedlungen und in Einkaufszentren. Oder etwa: „Bitte beschränken Sie sich auf fünf Personen in einer Gruppe.“ Auch Raucher werden zur Ordnung gerufen und der richtige Umgang mit Fahrrädern ist ihm auch ein Anliegen.

Polizeistaat wird ausgebaut

Der Roboter ist die „ideale“ Ergänzung zu den 90.000 (!) Kameras in der 5,5 Millionen Stadt. Diese sollen bis 2030 verdoppelt werden. Dass viele „patrol robots“ noch dazukommen

werden ist anzunehmen. All das, damit das Leben noch „sicherer“ wird in dieser schönen neuen Weltordnung. Dazu noch alle paar Monate eine Auffrischungsimpfung könnten das Bild noch abrunden.

Begleiten **wir in den folgenden Videos Xavier auf der Streife:**

https://www.youtube.com/watch?v=0Ylrw4_8Bvk

Robots to Patrol Singapore Streets to Detect Bad Social Behaviour

1.651 Aufrufe

07.09.2021

[Technology Journalist](#)

Ranked one of the safest countries in the world, Singapore has put two autonomous robots on trial to detect bad behaviour such as flouting of COVID-19 safety measures, smoking in prohibited areas and the improper parking of bicycles.

<<https://www.youtube.com/watch?v=Kp3eq4Ca3e8>>

[Singapore patrol robot stokes surveillance state fears | AFP](#)

2.082 Aufrufe

06.10.2021

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Die EU sucht nicht nach Gemeinsamkeiten mit Polen – sie sucht den Krieg

Von Aleksandra Rybińska

21. 10. 2021



Mateusz Morawiecki · Foto: Kancelaria Premiera/ flickr.com/ Gemeinfrei

Die feindselige Reaktion auf die Rede des polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki im Europäischen Parlament zeigt, dass die EU nicht nachgeben wird und weiterhin versuchen wird, die Kompetenzen ihrer Institutionen zu erweitern.

Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki hielt eine Rede im Europäischen Parlament, um die Position der polnischen Regierung und die Art des jüngsten Urteils des Verfassungsgerichts zu erläutern. Seine Stimme war deutlich zu hören, aber wird sie die Meinung der Europäischen Kommission und anderer Abgeordneter ändern? Angesichts der Rede, die die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen später hielt, und der anschließenden Debatte lautet die Antwort: nein.

Brüssel führt den Konflikt mit Polen nicht aus Sorge um die Rechtsstaatlichkeit oder um die Vereinbarkeit des Ernennungsverfahrens für polnische Richter mit dem EU-Recht. In Wirklichkeit geht es bei diesem Kampf um etwas ganz anderes. Die EU-Institutionen versuchen, ihre Zuständigkeiten (durch die Urteile des Europäischen Gerichtshofs) über das hinaus auszuweiten, was ihnen durch die EU-Verträge übertragen wurde. Gleichzeitig konkurrieren sie miteinander, um herauszufinden, welche Institution am meisten Einfluss hat. Dieser Kampf findet unter dem Deckmantel eines großen Narrativs über universelle Werte statt – ein Narrativ, die völlig falsch und gefälscht ist.

Hinzu kommt, dass die EU eine Art Abwehrreaktion zeigt. Die europäische Integration, die weitere Vereinheitlichung, selbst in ihrer ungeschicktesten Form, ist eine Garantie für die Existenz der EU-Institutionen und ihre Reproduktion. Überall in Europa sind politische Kräfte entstanden, die diesen Vereinheitlichungsprozess ablehnen.

Diese Kräfte stellen eine Bedrohung für die Interessen des Brüsseler Konglomerats dar. Ihr Ehrgeiz, über alles zu entscheiden, hat ein solches Ausmaß erreicht, dass die Abgeordneten des Europäischen Parlaments kürzlich über die Abtreibungsgesetze in Texas debattierten. Die Zuständigkeiten der EU kennen also keine Grenzen. Sie erstrecken sich nicht nur auf Europa, sondern sogar auf die Vereinigten Staaten.

Es geht darum, eine unbequeme Regierung in Warschau abzusetzen. Europa soll offen liberal, tolerant und einheitlich sein. Wer damit nicht einverstanden ist, hat keinen Platz in der EU.

Die europäischen Eliten erklären offen, dass die „Populisten“ in der EU beseitigt und die Regierungen in Ungarn und Polen ausgewechselt werden müssen. Sie werden die Hand, die gegen Brüssel erhoben wird, abschneiden. Das wurde auch in der Debatte nach der Rede von Ministerpräsident Morawiecki deutlich: Polen ist cool, aber die polnische Regierung ist „eklig“. Die Polen haben schlecht gewählt, und das kann man ihnen verzeihen, aber zum Glück gibt es die Europäische Kommission und das Europäische Parlament, die diesen Fehler korrigieren.

Das ist nichts Neues und war der Fall, seit die polnische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) die Macht übernommen hat. Was sich jedoch geändert hat, ist, dass Brüssel endlich ein wirksames Instrument gefunden hat: den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus.

Frühere Versuche, Polen zu bestrafen, wie z. B. Artikel 7, haben nicht funktioniert, so dass es aus Sicht der EU eine Sünde wäre, ihr neues Instrument nicht zu nutzen. Andernfalls riskiert die EU, ihr Gesicht zu verlieren. Man kann nicht weiter über die Verletzung der Rechtsstaatlichkeit schreien, die polnische Opposition unterstützen und sich dann plötzlich zurückziehen.

So ist die Rede von der Leyens zu verstehen.

Der Rest, wie die Debatte der Europaabgeordneten, ist nur noch das oft wiederholte rituelle Geplänkel. Sie sprachen von Pölexit, „pathologischer Demokratie“, einem Abdriften nach Russland und der Infragestellung der Grundlagen der EU. Nichts davon ist wahr (oder wenn, dann eher in Berlin als in Warschau), aber das ist egal, denn um die Wahrheit geht es hier nicht. Es geht darum, eine unbequeme Regierung in Warschau abzusetzen.

Europa soll offen liberal, tolerant und einheitlich sein. Wer mit dieser Auffassung nicht einverstanden ist, hat in der EU nichts zu suchen.

Da Polen das konservativste Land in der EU ist, liegt es auf der Hand, dass es auf Kollisionskurs mit der zunehmend progressiven Agenda der EU-Institutionen gehen wird.

Daher sollte die Aussetzung von Mitteln aus dem Europäischen Konjunkturprogramm und sogar aus dem mehrjährigen Finanzrahmen für 2021–2027 in Betracht gezogen werden.

Sollte diese Aussetzung erfolgen, wäre dies ein zweiseitiges Schwert. Eine solche Entscheidung könnte zu einem Element der Geschichte werden, in der die EU durch

undemokratisch gewählte Institutionen die Mitgliedsstaaten demütigt und dominiert. Es wird auch ein gewisser Präzedenzfall geschaffen werden. Wenn Polen auf diese Weise behandelt werden kann, dann kann das auch jedes andere Land.

Indem Polen die EU-Gelder gestrichen werden, wird Brüssel das einzige Druckmittel einsetzen, das es hat. Sozusagen die „nukleare“ Option. Und wenn das nicht funktioniert? Was könnte Brüssel dann noch mit Polen anstellen?

Ich bin sehr gespannt, wie es nach der Rede von Premierminister Morawiecki weitergehen wird, denn diese Geschichte wird sich auf dem bevorstehenden EU-Gipfel wahrscheinlich weiterentwickeln.

Quelle: WPolityce.pl / RMX.news

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Hälfte der EU-Länder fordert eine neue Migrationspolitik

20. 10. 2021



Illegale Einwanderer im Hafen von Pozallo in der Nähe von Ragusa, Sizilien, am 21. Mai 2021. Ein Schiff der deutschen Organisation Sea Eye, die sich auf den Transport von Migranten spezialisiert hat, ist mit mehr als 400 illegalen Einwanderern in den Hafen von Süditalien eingelaufen. - Foto: MTI / ANSA / Francesco Ruta.

Nicht nur Budapest und Warschau, sondern nicht nur Mittel- und Osteuropa, sondern auch Athen und Kopenhagen und insgesamt fast die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten fordern nun, dass die Europäische Kommission ihren „Idealismus“ in Bezug auf Einwanderung aufgibt, warnte Jean-Thomas Lesueur, Direktor des Thomas-More-Instituts, in einer Erklärung gegenüber *Le Figaro* und erklärte, dass diese Mitgliedstaaten die Gefahr einer Destabilisierung erkannt hätten.

Die Innenminister von zwölf Mitgliedstaaten (Bulgarien, Dänemark, Estland, Griechenland, Lettland, Litauen, Österreich, Polen, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern) haben laut einem Interview mit Lesueur am 7. Oktober einen Brief an EU-Kommissar Margaritis Skinas geschickt, in dem sie ihre Unzufriedenheit mit der gemeinsamen Migrationspolitik zum Ausdruck brachten.

Das Schreiben war an Margaritis Skinas, Kommissar für die Förderung der europäischen Lebensart, und Ylva Johansson, Kommissarin für Inneres, gerichtet. Trotz des höflichen und konstruktiven Tons des Schreibens unterstreicht Lesueur, dass dieser Brief eine Warnung vor der europäischen Migrationspolitik und ein Aufruf zum Handeln an die Kommission darstellte.

Die Unterzeichner des Vorschlags zur Erörterung und Änderung der von der Kommission im Juni vorgelegten „Strategie für einen stärkeren und widerstandsfähigeren Schengen-Raum“ sind nicht zimperlich:

Sie sagen, dass der 2006 angenommene und 2016 überarbeitete Schengener Grenzkodex „das illegale Überschreiten der Außengrenzen nicht angemessen behandelt“, „keine klaren Regeln bietet“ und keine Instrumente für den Fall „ernsthafter Bedrohungen“ vorschlägt.

Diesem Konzept zufolge könne Europa nur im Falle der oben erwähnten ernsthaften Bedrohung substanzielle Maßnahmen ergreifen.

Lesueur weist darauf hin, dass sich neben Polen und Ungarn in letzter Zeit zehn weitere Mitgliedstaaten kritisch zum Thema Migration und europäische Rechtsordnung geäußert haben. Dies ist ein Zeichen dafür, dass sich diese Länder der Gefahr einer Destabilisierung politisch bewusst sind.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) MEP Sophie in 't Veld hat sich Zehntausende von Euro an Lebenshaltungskosten in Brüssel bezahlen lassen, obwohl sie schon seit Jahren dort lebt!

Von Sara Bertoncelj (Nova24tv)

18. 10. 2021



Sophie in 't Veld · Bildquelle: Demokracija

Kürzlich wurden die Politiker Dion Graus (PVV) und Theo Hiddema (FVD) wegen des Umgangs mit Abgeordnetendiäten in Misskredit gebracht. Angesichts der bevorstehenden Europawahlen werden nun auch Fragen zu den „Tagegeldern“ aufgeworfen, die die D66-Parteivorsitzende Sophie in 't Veld erhalten hat – in diesem Fall für Hotelaufenthalte – und die sich im Laufe der Jahre auf Hunderttausende von Euro belaufen könnten, berichten niederländische Medien. Ton F. van Dijk stellte Nachforschungen an und fand unter anderem heraus, dass sie die einzige in der D66-Partei ist, die keine Einkommenssteuer in den Niederlanden zahlt. Das Mitglied des Europäischen Parlaments hält sich derzeit in Slowenien auf, um die Themen Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit und Korruption zu untersuchen. Es scheint, dass es Zeit für ihre Erklärungen ist, die wir auf der Pressekonferenz verlangen werden.

Die Vorsitzende der Europäischen Partei, Sophie in 't Veld (D66), erhielt allein 2018 eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 27 840 EUR, einschließlich Hotelkosten in Brüssel, die speziell für den Aufenthalt in Brüssel während der Sitzungen bestimmt sind. In 't Veld lebt seit 2005 dauerhaft in der belgischen Hauptstadt. Daher muss sie im Prinzip nicht die hohen Kosten für den Aufenthalt an ihrem eigenen Wohnsitz tragen. Warum hat sie dann eine Rückerstattung erhalten?

Wie alle anderen Abgeordneten des Europäischen Parlaments erhält die Vorsitzende der Partei D66 eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 320 € netto pro offiziellem Arbeitstag in Brüssel oder Straßburg, zwei wichtigen Tagungsorten in Europa. Das Europäische Parlament sagt über die Aufwandsentschädigung: „Das Parlament zahlt eine

Pauschalentschädigung in Höhe von 320 € für die Unterbringung und die damit verbundenen Kosten für jeden Tag, an dem sich die Abgeordneten aus dienstlichen Gründen in Brüssel oder Straßburg aufhalten, sofern sie sich anmelden und dies durch eine Anwesenheitsbescheinigung nachweisen.“ Es wird präzisiert, dass die Zulage zur Deckung von Hotel-, Verpflegungs- und ähnlichen Kosten bestimmt ist.



Foto: Twitter/Demokracija

Sophie in 't Veld erhält demnach 320 Euro, wenn sie zum Beispiel an Sitzungen in Brüssel teilnimmt; in diesem Fall ist die Zulage unter anderem für teure Hotelaufenthalte bestimmt. Ein Hotel in der belgischen Hauptstadt kann schnell 300 € pro Nacht oder mehr kosten. Nach Angaben des Europäischen Parlaments zeigt das Register, dass mehr als 98 % der Abgeordneten das Parlament besuchen. Dazu sagt sie in einer schriftlichen Antwort auf Fragen von *HP/De Tijd*: „Was die von Ihnen errechnete Zahl der Sitzungstage angeht: 2018 zeigt mir 134 Tage, davon 47 in Straßburg.“ Das bedeutet, dass die Abgeordnete D66 im Jahr 2018 bei mindestens 87 Gelegenheiten als „anwesend“ bei einer Sitzung in Brüssel registriert war. Insgesamt beläuft sich die Erstattung der Unterbringungskosten an ihrem Wohnort allein im letzten Jahr auf 27.840 Euro.

Die drei D66-Europaabgeordneten Marietje Schaake, Gerben-Jan Gerbrandy und Matthijs van Miltenburg hingegen nutzen die Zulage für das, wofür sie gedacht ist, da sie in den Niederlanden wohnen und daher oft in der belgischen Hauptstadt übernachten. Insgesamt hat In 't Veld damit in den 15 Jahren ihrer Zugehörigkeit zum Europäischen Parlament einen Betrag für Unterbringungskosten in Brüssel erhalten, der sich auf mehr als 400 000 Euro netto belaufen dürfte. In 't Veld widerspricht allerdings der Schlussfolgerung, dass sie durch die großzügige Vergütung für Hotelaufenthalte, die nicht an ihrem Wohnort anfallen, „viel Geld verdient“ hat.

Die Vorsitzende der Partei D66 behauptete nämlich, dass ihr in Brüssel tatsächlich Unterkunftskosten entstanden seien: „Wie ich bereits erwähnt habe, lebe ich seit 1994 in Belgien. Das Tagegeld ist ein Pauschalbetrag und bedarf keiner Begründung (...) Natürlich habe ich Lebenshaltungskosten in Brüssel, die nicht von meiner offiziellen Postleitzahl abhängen (...) Daher ist Ihre Schlussfolgerung, dass ich „tonnenweise“ Geld gesammelt habe, das nicht für Ausgaben bestimmt war, falsch.“ Aus ihrer Antwort geht nicht klar hervor, um welche Unterbringungskosten in Brüssel es sich handelt und um welchen Betrag es sich handelt. Sie erklärte auch, dass sie die Aufwandsentschädigung für „Leben und Arbeiten an mehreren Orten“ verwendet. Aber ist das wirklich der Fall? Nach Angaben des Europäischen Parlaments erhält Sophie in 't Veld eine pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von 4513 Euro pro Monat sowie ein Tagegeld in Höhe von 320 Euro für allgemeine Kosten, die sich „aus ihrer parlamentarischen Tätigkeit ergeben“. Darüber hinaus erhält sie eine gesonderte Reisekostenvergütung für ihre Arbeitsbesuche.

Dies ist den anderen Parteien der D66-Gruppe in Europa ein Dorn im Auge, nicht zuletzt, weil In 't Veld neben der großzügigen Erstattung der „Hotelkosten in Brüssel“ keine Einkommenssteuer in den Niederlanden zahlt. Die D66-Europaabgeordnete muss sich nur mit der begrenzten Quellensteuer des Europäischen Parlaments auseinandersetzen, was wiederum nur daran liegt, dass sie in Brüssel wohnt. In 't Veld räumte in ihrer Antwort ein: „Ich habe seit 2005 ein Haus in Brüssel und unterliege daher den belgischen Steuerbehörden“. Infolgedessen zahlt sie etwa 25 % Einkommensteuer. Der Parteivorsitzende der D66 sagt: „Die belgischen Steuerbehörden hätten eine zusätzliche Abgabe erheben können, aber das haben sie bisher nicht getan.“



Auf Twitter kritisieren die Niederländer die Europaabgeordnete ebenfalls und bezeichnen sie als bloße Nutznießerin von Steuergeldern.

Da die prominente D66-Politikerin also dauerhaft in einem „Steuerparadies“ in Brüssel wohnt (seit fast 15 Jahren), hat sie keinen Beitrag zu den kollektiven Rückstellungen in den Niederlanden in Form einer Einkommensteuer geleistet. Es stellt sich daher die Frage, inwieweit sie als Abgeordnete des Europäischen Parlaments Verbindungen zu ihren Wählern hat, die in den Niederlanden leben und dort Steuern zahlen. Sophie in 't Veld selbst sagt dazu: „In den Niederlanden bin ich jede Woche auf Arbeitsbesuchen, Konferenzen, politischen Cafés, Debatten, Interviews, Treffen mit Experten, der Wirtschaft oder der Zivilgesellschaft, Parteiberatungen und Kampagnenaktivitäten anzutreffen (...) Diese Besuche sind eine der wichtigsten Möglichkeiten, um mit dem Geschehen in Kontakt zu bleiben.“ Die in Brüssel lebende D66-Politikerin sagt, dass sie mit den niederländischen Wählern hauptsächlich durch Arbeitsbesuche, Treffen mit Experten und Konsultationen mit den Parteien in Kontakt steht. Es ist nicht bekannt, was die D66-Partei mit diesen Informationen anfangen wird. Jedenfalls wurde In 't Veld von ihrer Partei vorerst nicht von der Liste gestrichen, schließlich ist sie als Parteivorsitzende das Gesicht der D66 bei den bevorstehenden Europawahlen.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Die EU an der Wende zu ihrem Ende – Teil 2

Von Redaktion

20. 10. 2021



Zwei Themen beherrschen derzeit die Mainstreammedien:

1. Die aktuelle „Energiekrise“ und
2. der aktuelle Chipmangel

Beide Krisen hat die EU selbst verschuldet und haben ihre tieferen Ursachen in einer seit etwa 30 Jahren fehlgeleiteten Industrie- und Energiepolitik. Es begann mit der absurden „Globalisierung“:

Durch den Fall der Zollschranken zahlte es sich für die großen Konzerne aus, ihre Standorte in Europa zu schließen und Produktionsstätten in Asien zu suchen. Es ging um das ewige alte Spiel der Globalisten, irgendwo in der weiten Welt billig einzukaufen und woanders teuer zu verkaufen. Es begann mit der Unterhaltungselektronik und kurz darauf mit den Mobiltelefonen und setzte sich bei allen möglichen anderen Produkten fort.

Philips als Paradebeispiel für Europas Deindustrialisierung

Ein Beispiel für diese Entwicklung ist der Philips-Konzern, der vor 40 Jahren in Europa noch etwa 400 000 Mitarbeiter beschäftigte. Davon ist heute fast nichts mehr vorhanden. Philips war bei TV-Geräten, Aufzeichnungs- und Wiedergabegeräten für Video und Audio und bei Haushaltsgeräten in Europa die führende Marke. Philips produzierte eine Zeitlang sogar eigene Halbleiter und Mikroprozessoren und natürlich auch die eigenen Leiterplatten. Davon ist nichts mehr übrig. Dieser Konzern konnte jahrelang nur noch durch gesundschrumpfen überleben. Man kann die Geschichte dieses Konzerns als eine Art Präkursor für das kommende Schicksal der EU betrachten. Die Manager dieses Konzerns vertraten auch die gleichen unsinnigen Paradigmen wie die Politikkasperln in der EU.

Mit der Unterhaltungselektronik und der Telefonie konzentrierte sich nun aber auch die gesamte Halbleiterindustrie in Asien, was sich jetzt als Flaschenhals für alle möglichen anderen Produkte, insbesondere für die Automobilbranche herausstellt. Wie vielfach berichtet, können die deutschen Autofirmen Millionen geordnete Fahrzeuge nicht bauen. Besonders blamabel ist, wenn unsere Politikdarsteller ständig von der „Digitalisierung“ schwadronieren, aber nicht wissen, woher die Chips dafür kommen sollen.

Eine neue Produktionsstätte für Chips ist aber unter 10 Milliarden Euro nicht zu haben. Obendrein benötigt man dafür auch Fachkräfte (nicht die aus Afghanistan), die man in Europa nicht ausreichend zur Verfügung hat. Hier wirkt sich also auch der jahrzehntelange Brain-Drain katastrophal aus. Man übertreibt folglich nicht, wenn man die gesamte EU auf einen „Entwicklungspfad“ hin zu einem Entwicklungsland oder besser -kontinent sieht.

Unseren Politikdarstellern auf nationaler, sowie auf EU Ebene ist diese ganze Problematik offenbar nicht bewusst. Wie ist es sonst zu erklären, dass der EU nichts Besseres einfällt, als die ganze Welt mit dem Klimaschwindel (siehe www.klimaschwindel.net) zu belästigen und statt Versäumtes schnellstens nachzuholen, die gesamte Produktion in Europa nach dem unsinnigen Paradigma der CO₂-Freiheit jeder beliebigen Produktion auszurichten? Der Leser sei nochmals daran erinnert, das CO₂ ein lebensnotwendiges Gas genauso wie der Sauerstoff ist (siehe unser-mitteuropa.com/co2-giftgas-oder-lebensspende). Irgendwie wird man bei dieser „Methode“ der „Industrieförderung“ an die vollkommen sinnlose Methode des Aderlasses in der Medizin vor hunderten von Jahren erinnert: Man versuchte den Körper zu heilen, indem man ihn noch mehr schwächt.

Vielleicht ist diese ganze CO₂-Hype auch das instinktive Eingeständnis der eigenen Schwäche. Den Wettkampf auf wirtschaftlicher Ebene hat man mit Asien bereits verloren,

also versucht man sich scheinbar mithilfe des moralinsauren CO₂-Gesunderes noch einmal in der Geschichte der Menschheit wichtig zu machen. Der CO₂-Schwindel ist also eine neue Heilslehre, mit der sich die westlichen Eliten versuchen, über die ganze übrige Welt moralisch zu erhöhen, um so diese zu dominieren. Brüssel will das Rom der neuen Klimareligion werden. Man könnte diese Methode auch als eine Art Moral-Imperialismus betrachten. Dieser beschränkt sich ja nicht nur auf den Klima-Unsinn, sondern auch auf andere Ideologien wie beispielsweise den Genderwahn.

Im Untergangsmythos Europas wird es dereinst heißen, dass die EU zugrunde gegangen sei, weil sie versuchte den ganzen Planeten vor dem Untergang zu retten.

In China hat man Wichtigeres zu tun. Der chinesische Präsident wird an der nächsten Klimakonferenz nicht teilnehmen (www.t-online.de/nachrichten/ausland/internationale-politik/id_90973328/klimakonferenz-in-glasgow-chinas-praesident-xi-jinping-nimmt-nicht-teil.html) . Die chinesischen Vertreter hatten bisher schon diese Konferenzen vielfach ignoriert.

China baut zwar neben Kohlekraftwerken und Atomkraftwerken auch Windkraft- und Photovoltaikanlagen, jedoch geht es dabei nicht darum CO₂ einzusparen, sondern begrenzte andere Ressourcen zu schonen. Das macht auch Sinn. Jedem vernünftigen Menschen ist klar, dass Windkraft- und Photovoltaikanlagen nur die Rolle einer „Hilfsenergie“ spielen kann. Die Wahnsinnsidee die gesamte Energieversorgung auf den Zappelstrom aus Windkraft- und Photovoltaikanlagen umzustellen bleibt uns Europäern unbenommen. Damit kommt man jetzt auch zur aktuellen Energie- und Gas-Krise.

Die gesamte Energiewende hat mit dem Einsatz von 400 Milliarden Euro in Deutschland in den letzten zwanzig Jahren nur erreicht, dass die Stromversorgung destabilisiert wurde. In den Mainstreammedien mehren sich Berichte, wonach mit längerfristigen Blackouts zu rechnen ist. Die Stromversorgung wird also teurer und unsicherer. Die Motivation für Unternehmen steigt also zumindest innerhalb von Europa in solche Länder zu migrieren, wo die Energieversorgung billiger und zuverlässiger wird. Statt das viele Geld in eine robuste Energieversorgung zu investieren, hat man dieses Geld dazu verwendet, um die Energieversorgung zu destabilisieren. Diesen Unsinn verdanken wir offensichtlich nur der Tatsache, dass „unsere Eliten“ vor allem in Westeuropa das Klimamärchen, zusammen mit anderen Torheiten wie des Genderwahns für ihre Selbstrechtfertigung dringend benötigen.

Diese Kaste ist offenbar reif für den Abtritt!

Als Ursache für die aktuelle Energiekrise wird pikanter Weise trotz des dauernden Geschwafels von der „Globalen Erwärmung“ der kalte letzte Winter genannt. Für wie blöd hält man die Bürger eigentlich? Da bemühen sich die Meteorologen im Fernsehen redlich, jeden zweiten Monat als den wärmsten in der Geschichte der Menschheit darzustellen, aber plötzlich war der letzte Winter zu kalt, zumindest zu kalt was die Kapazitäten unserer Energieversorgung angeht?

In Wahrheit gibt es nur zwei Gründe für die aktuelle Energiekrise:

1. Es wurden 2020 und 2021 insgesamt 20 000 MW an Kraftwerksleistung in Deutschland stillgelegt. Diese Kraftwerke werden zum Teil in Zukunft mit Gas weiterbetrieben, was den Gasbedarf in die Höhe treibt und treiben wird.
2. Die Spekulanten wurden am Gasmarkt am falschen Fuß erwischt, was jetzt die Gaspreise zusätzlich in die Höhe treibt (siehe unser-mittleuropa.com/gas-krise-oder-krise-der-energiewende/)

Zur Erinnerung: Durch die Gasmarktliberalisierung

(de.wikipedia.org/wiki/Gasmarktliberalisierung) wurden die einzelnen Komponenten der Gasversorgung (Erdgasgroßhändler, Erdgasspeicherbetreiber, Ferngasnetzbetreiber, Erdgasvertrieb) getrennt. Lediglich bei den Netzbetreibern sind noch Monopole erlaubt. In allen anderen Bereichen können beliebig viele Firmen um Kunden rittern (insbesondere beim Vertrieb). Das System sollte die Gewinne der Erdgasmonopolisten schmälern. Allerdings ist in diesem System niemand mehr explizit für die Versorgungssicherheit zuständig. Man geht davon aus, dass die Versorgungssicherheit durch das Funktionieren des Marktes gewährleistet wird.

In diesem System wird also das Gas wie bisher von den Netzbetreibern bis zum Kunden gebracht, die „Versorger“ übernehmen jetzt so quasi die Verrechnung. Diese müssen jetzt das Gas auf einer Gas-Börse oder dem Gas-Spotmarkt einkaufen. Gewinne können sie nur machen, wenn sie „günstig“ einkaufen, also gut spekulieren. Dabei haben sie sich im laufenden Jahr allerdings mit ihren Dispositionen massiv verschätzt und müssen jetzt kurzfristig Gas zu überhöhten Preisen einkaufen. Da die Gasspeicher nur etwa zur Hälfte gefüllt sind, können jetzt die Gasspeicherbetreiber den Zockern die Daumenschrauben ansetzen. Wenn also die Gasspeicherbetreiber in Zukunft dafür sorgen, dass die Speicher nicht voll sind, werden sie die besten Geschäfte machen. Speziell in England hat dies dazu geführt, dass jetzt viele „Versorger“ pleite sind. Dieses Konzept hat voriges Jahr blendend funktioniert (da waren die Gaspreise am Tiefpunkt), heuer ging es jedoch in die Hose. Die Versorgungssicherheit wird also durch die Gasmarktliberalisierung zu Gunsten der Zockerei aufs Spiel gesetzt.

Siehe Teil 1 am 16.09.2021

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Das Planspiel zur Afrikanisierung Europas: vor 10 Jahren wurde Gaddafi getötet, seither 1 Million illegale Einwanderer

20. 10. 2021

Quando c'erano lui si stava meglio!



Bildquelle: VoxNews

Heute vor zehn Jahren haben die Franzosen Gaddafi beseitigt. Seitdem sind über 1 Million illegale Einwanderer wie ein Tsunami alleine über Italien hereingebrochen.

Kriege dienen dazu, Bevölkerungen zu „bewegen“, wie es in Syrien und in Libyen der Fall war.

Nach dem Abkommen mit Gaddafi brachen die Anlandungen ein und gingen 2010 praktisch auf Null zurück. Diejenigen, die aus Gründen, die über wirtschaftliche Interessen hinausgehen und auf eine historische Rache hinauslaufen, die ethnische Entflechtung Europas im Sinn hatten und haben, konnten dies nicht hinnehmen. Gaddafi musste beseitigt werden. Damit der Immigrantverkehr wieder aufgenommen werden kann.

Außerdem wollte Sarkozy verhindern, dass die Bestechungsgelder, die der libysche Staatschef erhalten hatte, ans Licht kommen. Es reichte also nicht aus, ihn abzusetzen: Gaddafi musste sterben.

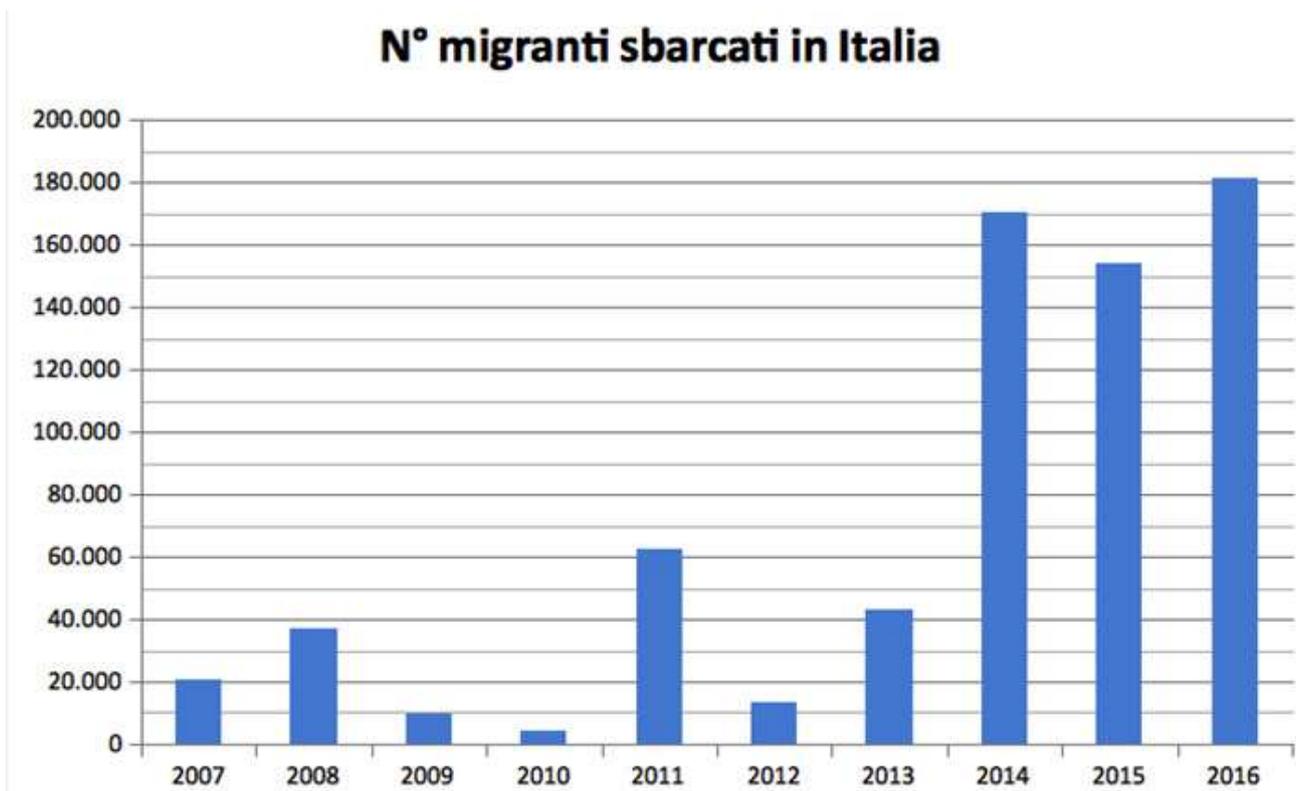
So haben sich Interessen verschiedener Art und Herkunft verflochten. Und sie haben sich beim Angriff auf Libyen zusammengeschlossen.

Und so brach 2011 die libysche Barriere auf und die Welle illegaler Einwanderer begann, die der Fake-News-Medienkomplex sofort als „Flüchtlinge“ zu definieren begann: obwohl kein einziger Libyer unter den „Flüchtlingen“ war, denn es waren alles Subsaharier, die aus dem Süden nach Libyen strömten, um das Machtvakuum auszunutzen. Auch hier gilt: Die Geschwindigkeit, mit der der Verkehr begann, lässt auf eine gezielte Organisation schließen.

Alles war bereit. Die libyschen Menschenhändler waren bereit, die illegalen Einwanderer zu transportieren. Die Afrikaner waren bereit, sie nach Libyen zu bringen. Die Journalisten waren bereit, die illegalen Einwanderer als „Flüchtlinge“ zu bezeichnen und den Sizilienkanal nach Libyen zu verlängern. Und die NGO-Schiffe waren bereit.

Es wäre interessant zu wissen, ob Sarkozy der einzige an der Vorbereitung des Libyen-Krieges beteiligte Politiker ist, der von Gaddafi bestochen wurde. In Italien hat Napolitano entschlossen gehandelt und einem durch seine „eleganten Abendessen“ geschwächten Berlusconi aufgezwungen, die letzte gewählte Regierung zu stürzen.

Wir werden wahrscheinlich nie die ganze Wahrheit erfahren. Aber das Ergebnis ist für alle klar erkennbar:



Quelle: [VoxNews](#)

Aus: *UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

06) Mateusz Morawiecki: „EU ist bald kein Bund freier, gleicher und souveräner Staaten mehr“

19. 10. 2021



Mateusz_Morawiecki · Foto: Kancelaria Premiera

Polens Ministerpräsident warnt in einem Brief an die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, dass die EU bald ein „zentral geregelter Organismus“ sein wird, der ohne die demokratische Kontrolle der Bürger geführt wird.

Die EU könne bald kein Bund freier Staaten mehr sein, denn es gebe eine ungewöhnlich gefährliche Entwicklung, die die Zukunft der EU bedrohe, hieß es in dem am Montag von der Regierung veröffentlichten [Schreiben](#).

Wenn man diese Entwicklung nicht stoppe, könne sie heute ein Land betreffen und morgen weitere Länder.

In seinem Brief schrieb Morawiecki weiter, Polen halte sich vollkommen an das europäische Recht, und die Urteile des EuGH würden wie in jedem anderen Mitgliedsland eingehalten. Allerdings habe Polen das Recht zu fordern, dass EU-Institutionen dort tätig würden, wo dies ihre Kompetenz sei – und nicht in anderen Bereichen.

Polens Regierungschef wird heute an einer Debatte im Europaparlament in Straßburg umstrittene Entscheidungen zu Justiz- und Rechtsfragen verteidigen. Dabei geht es auch um das jüngste Urteil des polnischen Verfassungsgerichts, das den Vorrang des europäischen Rechts vor polnischem Recht in Frage stellt.

Quelle: [Gov.pl](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Dr. Norbert van Handel: Wenig Licht am Horizont

18. 10. 2021



Dr. Norbert van Handel

Ein Beitrag von Dr. Norbert van Handel (Steinerkirchen/Traun) *)

- 1. Österreich**
Die Regierungskrise in Österreich ist innerhalb weniger als einer Woche gelöst worden.

Es war dies auch notwendig, denn sonst wäre die schwarz-grüne Koalition gescheitert.

Ein eher diffuses Zwischenkabinett aus drei bis vier Parteien hätte den Staat eher destabilisiert.

Das Sittenbild, das die Truppe um **Sebastian Kurz** abgegeben hat, ist in jeder Weise unappetitlich. **Es zeigt vor allem auch, wie die sittliche Verwahrlosung, durch mangelnde Erziehungskapazität von Eltern und Schulen aber auch den Medien, zugenommen hat.**

Man darf allerdings vermuten, dass, wenn alle privaten Nachrichten der linken Jagdgesellschaft, die jetzt erfolgreich war, öffentlich werden würden, **es mit aller Wahrscheinlichkeit nicht besser aussehen würde.**

Der rasche Wechsel von **Sebastian Kurz** vom Kanzleramt als Clubobmann ins Parlament war geschickt, **wird aber mittel- und langfristig seine politische Karriere kaum retten können**, denn Strafverfolgungsbehörden arbeiten vor allem dann lange, wenn überall und jederzeit Rechtsmittel eingesetzt werden. Bis man zu einer Letztentscheidung eines Obersten Gerichtes kommt, dauert es Jahre. Der Prozess gegen **Karl-Heinz Grasser** ist bis jetzt noch nicht abgeschlossen! **Aus unserer Sicht war der wirkliche Sündenfall von Kurz die Auflösung der Koalition mit den Freiheitlichen.** Ohne jede Not wurden **Norbert Hofer** und **Herbert Kickl** mit ihrem Team in die Wüste geschickt, denn Ibiza war in Wirklichkeit nur ein Geschwätz unter Alkoholeinfluss.

Auch damals schon hat die öffentliche Meinung, aufgehetzt von vor allem auch deutschen Medien (Süddeutsche und Spiegel), die heimische Politlandschaft derart verunsichert, dass **Kurz** meinte die FPÖ eliminieren zu müssen. **Schwer vorstellbar wäre es gewesen, dass damals zum Beispielspiel HC Strache als Vizkanzler wieder als Clubobmann in das Parlament zurückgekehrt wäre, so wie Kurz es jetzt gemacht hat.**

Ein medialer Aufschrei wäre die Folge gewesen und pharisäerhaft hätten alle die korruptionelle Verfasstheit der Republik bejammert.

Nun, es ist so, wie es ist.

Die ÖVP ist zwar noch nicht auf der politischen Intensivstation, jedoch ist sie dann auf dem besten Weg dorthin, **wenn es nicht rasch gelingt politische und personelle Alternativen aus dem Hut zu zaubern.**

Sie zeigen sich bis jetzt nicht. Das Konglomerat des Föderalismus zwischen Bund und Ländern, vor allem auch die Entbürokratisierung der Verwaltung, wird nun einer konsequenten Reformierung bedürfen.

Ob der gräfliche neue Kanzler, **Alexander Schallenberg**, ein erfahrener Diplomat aber ein unerfahrener Politiker, in der Lage sein wird den Eisberg, auf den das türkisch-schwarze Schiff zusteuert, zu umschiffen, wird die Zukunft zeigen.

2. Deutschland

Aus der Sicht eines freundlichen Nachbarn muss man Herrn **Laschet** bedauern. Sich als Verwalter der Aktiva der Ära **Merkel** zu gerieren, war falsch. **Die Aktiva stellten sich nämlich als veritable Konkursmasse heraus.** Die fatale Energiewende, die katastrophale Immigrationspolitik und der konsequente Linksrutsch, den Frau **Merkel** moderierte, hat für Herrn **Laschet** eine Union übriggelassen, die wenig Möglichkeiten bot.

Dies unabhängig von dem eigenartigen Wahlkampf, der noch dazu von einem stets intrigierenden Markus Söder begleitet war.

Es ist zu wünschen, dass die einst stolze Union sich in einer Restrukturierungsphase einigermaßen erholt, denn sonst wären Spaltungen und vor allem veritable Verluste bei den nächsten Wahlen kaum zu vermeiden.

Wer dort wirklich das Ruder übernehmen soll, entzieht sich unserer Kenntnis, außer dass wahrscheinlich **doch die „weißen alten Männer“ (Friedrich Merz?), auch**

mangels zwingender junger Talente, die Sache einigermaßen richten müssen. Wenn es nun zur Ampel kommt, ist zu befürchten, dass diese eher schnell von rot auf grün und von grün auf rot schalten wird und das gelbe Flackern dazwischen hoffentlich nicht zu schwach ist. **Herr Lindner ist nicht zu beneiden.**

3. Europa

Wenn man nicht erkennt und konsequent dagegen auftritt, wird die **Denaturierung der kulturellen Identität des Kontinents sukzessive und mit steigenden Gewalttaten islamitischer Terroristen schneller, als man meint, an Fahrt gewinnen.**

Europa selbst, seine Gutmenschen aber auch die Kirchen tun alles dazu, dass es so kommen könnte.

Auch die großen Parteien in Europa erodieren. **Es wird daher höchste Zeit sein, dass die patriotischen, heimatverbundenen Parteien sich zusammenschließen um endlich mehr Subsidiarität ins europäische Gefüge zu bringen.**

Konfliktstoffe gibt es genug: z.B. die Frage, inwieweit Europarecht nationalen Verfassungsrecht vorgeht?

Die Meinungen, auch vom Deutschen Bundesgerichtshof, sind diesbezüglich geteilt. Zu wünschen wäre, dass nur in ganz wenigen Fällen Europarecht vorgeht, etwa dann, wenn es um den Frieden oder die vier großen Freiheiten (Personen, Waren, Dienstleistungen und Geld) geht.

Es ist anzunehmen, dass sich die Kommission und ihre Institutionen dagegen heftig sträuben werden.

Hier hart zu sein wird wiederum die Aufgabe mittel-osteuropäischer Länder sein, die, wenn sie weiter auf allen Ebenen kritisiert, angegriffen und blockiert werden, diese EU langfristig verlassen werden.

Unser Vorschlag einer Ost- und einer West EU, der heute unrealistisch klingt, könnte durchaus Realität werden.

Der Rückgang des Einflusses Deutschlands ist vorgegeben. Etwa in der Energiepolitik, wenn Frankreich und auch Großbritannien wieder auf Atomkraft setzen und in Deutschland nicht einmal die Leitungen die Windenergie von Nord nach Süd bringen sollen, gesichert sind.

Schließlich wird auch die europäische Vorliebe, mehr oder minder singulär mit den USA zu dealen und Russland und China links liegen zu lassen, zu größten Problemen führen.

Statt die Nato zu verlassen, soll nach dem Afghanistan Debakel ein neuer Schulterschluss gefunden werden. Wie dumm!

Nur weil man die eigene Verteidigungspolitik nicht orchestrieren oder überhaupt auf den Weg bringen kann, setzt man falsche und einseitige Weichen für die Zukunft.

Diese liegt aber für Europa nicht nur im Westen, sondern vor allem auch im Osten. Russland und China lassen grüßen.

Die Zahl der Probleme, die auf uns und den Kontinent zukommen, sind zahlreich, unübersehbar und kaum bewältigbar.

Ob und wie sie gelöst werden ist mehr als fraglich.

*) Webseite des Gastautors: norbert.vanhandel.at/

* * *

M7 – ein Mitteleuropa der Sieben

In der EU müssen endlich die kleinen christlichen Länder gegen den großen linksliberalen
Mainstream auftreten.

Deshalb ist M7 – Mitteleuropa der Sieben – eine Gruppe aus Visegrád-Staaten, Österreich, Kroatien und Slowenien in der EU so wichtig.

Wir werden mit allen Mitteln daran arbeiten müssen, dass dies auch Wirklichkeit wird, sonst sind wir langfristig auf der Verliererstraße.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Die Europäische Volkspartei rollt unaufhaltsam bergab

Von Loretta Tóth

15. 10. 2021



Manfred Weber - Bildquelle: Magyar Nemzet

Wenn in Berlin in naher Zukunft eine sozialdemokratisch geführte Regierung gebildet wird, was zunehmend erwartet wird, wird Ljubljana (Laibach) die westlichste europäische Hauptstadt der Mitte-Rechts-Bewegung werden, was für die Parteienfamilie, die die EU-Politik jahrzehntelang dominiert hat, sehr unangenehm ist.

Die Zukunft der Europäischen Volkspartei (EVP) ist düster, so *Politico*, das den Linksruck der Parteifamilie, die sich selbst als politische Kraft der rechten Mitte definiert, normalerweise positiv bewertet. In einer gestern veröffentlichten Analyse wies das in Brüssel ansässige Nachrichtenportal darauf hin, dass die EVP-Abgeordneten, einst die stärkste politische Kraft in der Europäischen Union, innerhalb von nur 13 Tagen die letzten Tage im Amt ihrer erfahrensten Führerin, der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, und das plötzliche Ausscheiden des ehemaligen österreichischen Bundeskanzlers Sebastian Kurz, des hellsten neuen Sterns in ihrer Parteifamilie, erlebt haben.

Die christliche Demokratie ist kein Supermarkt

Die Zeitung erinnert daran, dass das Parteienbündnis aus Christlich Demokratischer Union und Bayerischer Christlich Sozialer Union (CDU/CSU) bei der Bundestagswahl im September hinter den Sozialdemokraten zurücklag,

sodass es fast unvermeidlich ist, dass die EVP bald die Kontrolle über die deutsche Regierung verlieren wird, die bisher ihre wichtigste Einflussquelle war.

Slowenien bleibt die westlichste Bastion der EVP

Es ist also vergeblich, dass die Parteienfamilie seit Jahrzehnten die EU-Politik dominiert, dass sie nach wie vor die größte Fraktion im Europäischen Parlament ist und dass Merksels Schülerin Ursula von der Leyen an der Spitze der Europäischen Kommission steht. Die EVP hat nur noch neun der 27 Staats- und Regierungschefs des Blocks in ihren Reihen, und

wenn Berlin, wie zunehmend erwartet wird, in naher Zukunft eine sozialdemokratisch geführte Regierung bildet, wird Ljubljana die am konservativsten geführte europäische Hauptstadt werden

- erinnerte das Nachrichtenportal und bezog sich dabei auf den slowenischen Premierminister Janez Janša, einen wichtigen Verbündeten Ungarns.

„Im Moment sind wir, wenn wir uns die Mitgliedsstaaten anschauen, nicht in genügend Regierungen vertreten“, beschwerte sich ein nordeuropäischer Abgeordneter gegenüber *Político*.

Kurz' Starburst hat eine große Narbe in der Parteienfamilie hinterlassen

Ein Politiker, der nicht namentlich genannt werden wollte, sagte, dass viele in der Parteifamilie Kurz als eine Linie ansähen, der man folgen könne:

„Seien Sie hart in Bezug auf die Migration und andere Themen, die den Wählern wichtig sind, aber zeigen Sie, dass er modern und fortschrittlich ist und es zum Beispiel mit dem Klimawandel ernst meint.“

Kurz' Rücktritt ist also gelinde gesagt problematisch.

- betonte der Abgeordnete.

Zu denjenigen, die Sebastian Kurz als Vorbild ansahen, gehörte Manfred Weber, der erfahrene EVP-Politiker, der am Mittwoch mit überwältigender Mehrheit – wenn auch nicht einstimmig – als Vorsitzender der Parteifamilie wiedergewählt wurde. Der Politiker, der auch das Amt des stellvertretenden CSU-Vorsitzenden bekleidet, kündigte außerdem an, dass er im kommenden April für den Vorsitz der Parteifamilie kandidieren werde, der durch den Rücktritt von Donald Tusk frei geworden ist.

Manfred Weber, ein Symbol für Probleme?

Analysten zufolge ist die Wiederwahl Webers ein Zeichen dafür, dass das deutsche Parteienbündnis die führende Volkspartei in Europa bleiben will. Einige sind jedoch der

Meinung, dass der bayerische Politiker eher ein Symbol für Probleme als ein Schlüssel zur Wiederbelebung der Zukunft der Parteifamilie ist.

Indem er auf der Position des Fraktionsvorsitzenden besteht und sogar den Vorsitz beansprucht, erweckt er zunehmend den Eindruck, dass er seine eigenen Interessen in den Vordergrund stellt, um ein Blutbad zu verhindern.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Gewinner und Verlierer: Die Gefahren des Elitentausches

Von Zoltán W.-Nemessuri

15. 10. 2021



Bildquelle: Magyar Nemzet

Der Mensch ist seit dem Anfang seiner Existenz ein Gemeinschaftswesen. Besonders seitdem er in der Lage ist, Stämme, Nationen und schließlich auch Staaten zu entwickeln, diese zu zerstören und danach – im besten Fall – neu zu organisieren. Die verschiedenen Vorstellungen, Glauben und Religionen hielten jahrtausendlang die Massen zusammen, von den Sprachen und Kulturen gar nicht zu sprechen. Sie befruchteten sich gegenseitig durch Wettbewerb, während sie nicht nur die Künste, sondern auch die gesellschaftlichen Veränderungen anregten. **Zum Schluss erreichten wir den kulturellen-ideologischen Imperialismus.** Wir kamen dahin, wohin zunächst die militärisch-wirtschaftliche Überlegenheit einiger Staaten und Regionen, später auch die Herrschaft von transnationalen Riesenunternehmen führte und bedrückend wurde.

Seit der Schreckensherrschaft der sogenannten großen Französischen Revolution existieren Ersatzreligionen, aber in unseren Tagen sind sie viel verwirrender als früher.

Im Mittelalter und in der Neuzeit hatten manche Familien die gesetzmäßige Ausplünderung in ihrer Hand: die Medici, die Fugger, die Welser, die Rothschild, die Rockefeller, die Vanderbilt, während

die zu der Ausschachtung der Kolonien gegründeten britischen, holländischen, französischen, belgischen Privatgesellschaften ganze Erdteile ausgebeutet hatten.

Letztlich gelangten wir zu den **gesichtslosen Großkonzernen**. Die Massendemokratie begünstigt sie, weil hauptsächlich diese auch **über die notwendigen Mittel zur Beeinflussung der Politik, des geistigen Lebens, und sogar der Mode verfügen**. Obwohl die soziale Marktwirtschaft, sowie die Wohlstandsgesellschaft eine mehr oder minder ausgeprägte rechtliche Gleichstellung herbeiführte und den sozialen Aufstieg der aus den Kleinbetrieben und den bezahlten Löhnen lebenden Personen begründete, die politischen Entscheidungen wurden von dem Großkapital allmählich enteignet. Heute zieht er mit Hilfe einer immer stärker werdenden und wirkungsvollen Manipulation Tag für Tag mehr und mehr davon an sich. Wie weit bleibt die frühere Übermacht der Kirche, deren Hauptaufgabe immer die Sorge um das Seelenheil der Menschen und um die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Friedens war, davon entfernt? Doch zu der weltumfassenden Konzentration des Kapitals und zu der Einflussnahme auf die Politik ist heutzutage keine unverhohlene Gewalt mehr nötig. **Es genügt, sich auf die Angst, auf Neid, auf Rachsucht und auf die aufgepeitschten, gemeinen Emotionen zu stützen.**

Die Ergebnisse eines ausdauernden, leisen Aufbaus geraten schnell in Vergessenheit. Die Bühne wird durch die demagogischen Versprechungen, durch die Skandale der Politiker, der Spitzensportler, der Künstler, der Prominenz, durch die Popularität der gewöhnlichen Verbrecher und durch die „gutmenschlich“ getarnten Machtziele beherrscht. Letzteres ist ein Beispiel für den Anreiz der unkontrollierten Migration, für das Gegeneinanderstellen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen wegen ihrer geschlechtlichen Orientierung, aber auch für den Krieg um die Covid-Arzneimittel.

In unseren Tagen lenken der globale Geldadel und ihre Vasallen den Westen – besonders die Vereinigten Staaten -, als ob er ihr eigenes Lehen wäre.

Die gründliche Argumentation wird durch das **hemmungslose Verdrehen der Tatsachen**, durch die mit „kreativer“ Rechtsauslegung einhergehende **finanzielle Erpressung**, durch die ständige **Erwähnung eines bildhaften Demokratiebegriffes** ersetzt. Gegen die immer offensichtlichere Einmischung kämpfen die V4 und neulich auch Slowenien mit mehr oder minderem Erfolg, während die **westlichen „Mainstream“-Medien hauptsächlich an der Bedienung der Eliten, an der Nachrichtenverfälschung und an der Skandalinszenierung interessiert sind**. Diese **beeinflussen die öffentliche Meinung**, die linksliberale Presse hier bei uns zitiert dann mit Wollust ihre Verleumdungen. Zuletzt wurden die Aussagen von Papst Franziskus verzehrt, seine würdigen Worte und die Aussicht auf einen neuerlichen Besuch verschwiegen. Die nackte Tatsache seines Besuches konnte so klein gehalten werden, als ob der christliche Oberhaupt Ungarn gar nicht aufgesucht hätte.

Mitteleuropa ist in der Lage, ihre Interessen, die ihre wirtschaftliche Bedeutung übersteigen, in der seit dieses Jahr dreißig Jahre dauernden Zusammenarbeit durchzusetzen,

während sie jedoch eine charakteristische Sondermeinung vertritt. Der liegt eine **jahrhundertalte Vorgeschichte** beziehungsweise geschichtliche Erfahrung und die **Erkenntnis der Angewiesenheit aufeinander zu Grunde**. Eine Erfolgsgeschichte, auf die die ständige, angemessene Notwendigkeit ihren Schatten wirft. Die Absicht: **unsere**

Länder in eine Zweitrangigkeit zu versenken, ist nicht neu, aber der Widerstand dagegen auch nicht. Zwar **unterteilt die EU**, was die Integration betrifft, **die Länder in Musterschüler und Durchgefallene** – wie sie bereits vor anderthalb Jahrzehnten mit dem österreichischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel getan hatte – vorerst noch erfolglos. Wir haben für unseren Erfolg keine Garantie, aber die Aussicht ist verheißungsvoll.

Nach der Europäischen Kommission wächst die ungarische Wirtschaft dieses Jahr mit 7,5 Prozent, was das Wachstum der Union mit 4,5 Prozent weit übertrifft.

Obwohl unsere Ausgangsleistung niedriger war, ist dieses Ergebnis trotz der Pandemie hervorragend. Auch die rekordmäßig niedrige Arbeitslosigkeit im Verhältnis zur EU weist auf ein bedeutendes Wachstum hin. Gleichzeitig konnten die transnationalen Großkonzerne in den Ländern der V4, besonders in Ungarn noch keinen Einfluss auf die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik gewinnen und sie schon gar nicht lenken.

Eine andere Frage ist die Arbeit des Geflechts von Netzwerken: kurz gesagt, durch die **verlogenen Agenten der Zivilorganisationen**, durch die – um mit den Worten des kürzlich verstorbenen Udo Ulfkotte zu sprechen – „**gekauften Journalisten**“, durch **manche Universitätsprofessoren**, durch die ausgebooteten, aber sich nach der Macht zurücksehenden **Politiker** und durch die von der Mode und unterwürfigen Anpassung **beeinflussten Idioten**.

Selbst die Existenz dieser Netzwerke wird durch die Linksliberalen trotz ihrer offensichtlichen Anwesenheit in Frage gestellt.

Sie protestieren sich auf den Umweltschutz berufend **gegen die Erneuerung des** zugrunde gegangenen **Stadtparkes** (Városliget), **gegen die Renovierung der Burg in Buda**. Die **Angelegenheit der CEU**, die nicht in der Lage ist, den ungarischen Gesetzen zu entsprechen und das gar nicht beabsichtigt, wird von einer Mücke zum Elefanten aufgebauscht: die **lärmende Rebellion um die Universität für Theaterwissenschaften und Filmkunst** (Színház és Filmművészeti Egyetem), die scheinheiligen Proteste **gegen die Umwandlung des Hochschulwesens in Stiftungen** sind nur einige Beispiele von vielen. Der gegen die Modernisierung des Puskas-Stadions schrillend protestierende Stadtoberhaupt und der junge Vorsitzende der hiesigen Olympiabewerbung verhindernden kleinen Partei hatten keine Scham, bei einem internationalen Fußballspiel den Fotografen in die Kamera zu lächeln. Auch der Parteiführer, der in Luxuslimousine und mit persönlichen Leibwächtern herumkutschiert und sich mit der Verteilung von Kartoffeln und Aufschnitt als „Volksfreund“ brüstet, wird ebenfalls nicht aus den Mitgliedsbeiträgen der Partei bezahlt.

Es gibt den französischen Ausdruck, die „**Kaviarsozialisten**“. Aber das ist nicht nur für die erwähnte Partei bezeichnend. Es ist für jeden zutreffend, der sich ständig auf die Menschen beruft,

während seine Zielsetzung und seine Lebensführung so weit von ihnen entfernt liegt, wie die Erde von dem trügerischen Mond am Tag.

Die Komödie ist seicht und ständig kommt die Wahrheit zu Tage, aber sie bleibt nicht ohne Einfluss. Die Geschädigten, ein **bedeutender Teil der Wählerschaft, glauben nicht ihren Augen**, sondern lieber ihren immer neu entstehenden Illusionen.

Das ist es, womit wir uns **nicht abfinden dürfen**. Sonst würde sich Europa von vornherein unter die Verlierer einreihen. Respekt für die Ausnahmen, aber für die besonders Ausgelieferten und für die vom Wohlstand bequem gewordenen Personen ist der gesunde

Menschenverstand und die Folgerung aus den geschichtlichen Lehren keineswegs kennzeichnend. **Unser Erdteil wird nicht von Staatsmännern, sondern sich von Wahlzyklus zu Wahlzyklus durchringenden Politikern und von ihren Eintagsfliegen ähnelnden Koalitionen und noch mehr von den Riesen der Waffenindustrie und der Technologiekonzernen gelenkt.** Die Gewinner der weichen und der harten Kriege sind sie, und nicht die USA, die EU, Deutschland oder die anderen, als entwickelt angesehenen Staaten. Der Wohlstand kann den Alterungsprozess und die Ebbe bei den Geburtenraten nicht kompensieren. Auch den kulturellen Niedergang nicht. So bleibt das Losungswort der mehr als hundertjährigen Pfadfinderbewegung auch heute gültig: Sei auf der Hut!

Der Autor, Zoltán W.-Nemessuri, ist Schriftsteller und Publizist.

Übersetzung: Dr. Gábor Bayor

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 18. bis 24. Oktober 2021

25. 10. 2021



Bildquelle: Demokracija

V4

- Einem am Sonntag, den 17. Oktober, auf der Website des *Express* veröffentlichten Bericht zufolge beabsichtigt der britische Premierminister Boris Johnson, Anfang 2022 ein Gipfeltreffen zwischen dem Vereinigten Königreich und den vier Ländern der Visegrád-Gruppe (V4) zu organisieren, da sich die französisch-britischen Beziehungen in letzter Zeit tendenziell verschlechtert haben.
- Im Gegensatz zur Haltung der europäischen Institutionen (Kommission, Parlament und EuGH) rät die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, die bis zur Bildung der Regierung ihres wahrscheinlichen Nachfolgers Olaf Scholz (SPD) die Geschäfte wie gewohnt weiterführt, zur Vorsicht in den Beziehungen zu Ungarn und Polen und plädiert für einen Dialog anstelle von Sanktionen. „Ich denke, es ist an der Zeit, mit der polnischen Regierung eingehend darüber zu diskutieren, wie wir diese Schwierigkeiten überwinden können. Wir haben ernste Probleme, aber ich rate dazu, dass wir sie durch Verhandlungen lösen, um Kompromisse zu finden“, sagte sie am Freitag, den 15. Oktober, nach einem Treffen mit ihrem belgischen Amtskollegen Alexander de Croo in Brüssel.
- Der Direktor des Ungarischen Zentrums für Grundrechte, Miklós Szánthó, kündigte am Mittwoch, den 20. Oktober, die Gründung einer internationalen Organisation, der Allianz für das Gemeinwohl (ACG), an, in der ungarische, polnische, tschechische, slowakische und italienische Think Tanks zusammenarbeiten, um auf europäischer Ebene „für Europa zu kämpfen“. „Das Hauptziel der neuen Organisation [...] ist es, dass christlich-konservative Kräfte Europa retten, denn nur so kann das Überleben der Zivilisation gesichert werden [...] Es ist in Europa klar und spürbar, dass die Idee

von Gott, Familie und Heimat weltweit angegriffen wird und dass souveränistische und traditionalistische Kräfte sich den globalistischen Kräften entgegenstellen, während Europa die Vergangenheit verleugnet, aus der sein Wohlstand und sein Reichtum stammen“, erklärte Szánthó.

Ungarn

- Wie die Website Magyar Jelen am 17. Oktober berichtete, führt die Regierung angesichts der so genannten vierten Welle der Pandemie, die sich im Land ausbreitet, neue Gesundheitsbeschränkungen ein. So werden die Quarantänevorschriften in Schulen verschärft und betreffen nun auch geimpfte Personen (Schüler und Lehrer).
- Am Dienstag, den 19. Oktober, hat die ungarische Erdölgesellschaft MOL an ihrem Standort in Csburgó (Komitat Somogy – im Südwesten des Landes) einen neuen 15.000 Kubikmeter fassenden Speicher eingeweiht. Die Investition in Höhe von 9 Milliarden Forint (25 Millionen Euro) soll vor allem die Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf die Umwelt der Region verringern. Dank dieser Lagerstätte wird das Öl nun über eine Pipeline zur Raffinerie in Százhalombatta (Komitat Pest) transportiert, wodurch nicht weniger als 15.000 Tankertransporte pro Jahr ersetzt werden, wodurch nach Angaben des Unternehmens die Emission von 7.000 Tonnen CO₂ vermieden wird.
- Imre Kacs Kovics, Dekan der naturwissenschaftlichen Fakultät der Budapester Loránd-Eötvös-Universität, erklärte am Donnerstag, den 21. Oktober, gegenüber *InfoRádió*, dass das ungarische Medikament gegen Covid bereits an Tieren getestet werde und die klinischen Versuche Anfang 2023 beginnen könnten: „Wir konnten neue Moleküle identifizieren, die unserer Meinung nach patentierbar sind, und wir konnten diesen Sommer zeigen, dass diese Moleküle, diese Wirkstoffe, das Virus daran hindern, die Zellen zu infizieren“. Nach Ansicht des Immunologen könnte dieses künftige Medikament auch zur Prävention eingesetzt werden.
- Der Sprecher des ungarischen Premierministers, Bertalan Havasi, gab am Freitag, den 22. Oktober, bekannt, dass die Kandidatin des Rassemblement National (RN) für die bevorstehenden französischen Präsidentschaftswahlen, Marine Le Pen, am Dienstag, den 26. Oktober, nach Budapest reisen wird, um Viktor Orbán und Katalin Novák zu treffen.
- Anlässlich des Feiertags am 23. Oktober, der an den Aufstand von 1956 erinnert, organisierte die Fidesz in Budapest einen Marsch mit anschließender Rede von Viktor Orbán, an dem mehrere hunderttausend Menschen teilnahmen. Die progressiven Oppositionsparteien schafften es nicht, mehr als 4.000 Menschen zu versammeln, während die nationalistische Partei Mi Hazánk etwa 2.000 Menschen versammelte.



Viktor Orbán bei seiner Ansprache am 23.10.2021
Foto: Visegrád Post / Ferenc Almássy

Polen

- Der Vorstoß des Warschauer Bürgermeisters Rafał Trzaskowski (PO), den traditionellen Unabhängigkeitsmarsch am 11. November zu verbieten, war letztlich erfolglos. Die Warschauer Bezirksstaatsanwaltschaft kam am 15. Oktober zu folgendem Schluss: „Es ist unmöglich, das Verhalten der Teilnehmer des Unabhängigkeitsmarsches als etwas anderes zu betrachten als die Darstellung ihrer eigenen Ansichten, als Ausdruck politischer Meinungen, die der in Polen und Europa betriebenen Migrationspolitik skeptisch gegenüberstehen, oder als Ausdruck der Opposition gegen die kommunistische Ideologie. Es ist zu betonen, dass die Meinungsäußerung in den Anwendungsbereich des in Art. 54 der Verfassung der Republik Polen verankerten Verfassungsgrundsatzes fällt und aus diesem Grund nicht als eine nach Art. 256 § 1 des Strafgesetzbuches verbotene Handlung angesehen werden kann.
- Wiederholte Behauptungen der polnischen Linksopposition halten das Gerücht am Leben, die Regierung von Mateusz Morawiecki bereite den Austritt Polens aus der Europäischen Union (Polexit) vor, was sowohl die Regierung als auch die PiS ebenso regelmäßig dementieren. Laut einer kürzlich von *SW Research* durchgeführten und von *Rzeczpospolita* veröffentlichten Umfrage wünschen sich 42,6 % der Polen ein Referendum zu diesem Thema, während 36,9 % dagegen sind und 20,5 % keine Meinung dazu haben. Derselben Umfrage zufolge wollen 64,4 % der Polen in der Europäischen Union bleiben, während nur 14,8 % für einen Polexit sind, eine Minderheitsoption, zumindest im Moment. Am Rande sei bemerkt, dass die Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen etwas mehr Befürworter hat (19 %) als andere Altersgruppen.
- Am 17. Oktober stellte die Polnische Nationalbank (Narodowy Bank Polski) den Prototyp der neuen 20-Zloty-Banknote vor, die ab dem 9. November für Sammler in Umlauf gebracht werden soll. Die neue Banknote wird das Bildnis von Lech Kaczyński, dem ehemaligen polnischen Staatspräsidenten von 2005 bis 2010 – der tragischerweise bei der Katastrophe von Smolensk ums Leben kam – und Zwillingenbruder des PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński, zeigen und das Motto *Warto być Polakiem* (Es lohnt sich, Pole zu sein) tragen.
- Angesichts der Kritik europäischer Gremien an der Tatsache, dass einige Richter des polnischen Obersten Gerichtshofs vom Präsidenten auf Vorschlag eines Justizrats ernannt werden, dessen Mitglieder vom Parlament ernannt wurden – was die Unabhängigkeit des besagten Gerichts in Frage stellen würde –, wies der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro (Solidarna Polska) am Montag, den 18. Oktober, auf Twitter darauf hin, dass auch in Deutschland „Politiker eine entscheidende Rolle bei der Ernennung von Richtern für das Äquivalent des Obersten Gerichtshofs spielen“ und kündigte an, er werde „einen Antrag an den Ministerrat [stellen], ein Gerichtsverfahren einzuleiten [und] Deutschland vor dem EuGH zu verklagen, weil es durch die Politisierung der Justiz gegen die EU-Verträge verstößt“. „Die Rechtsstaatlichkeit ist eine der Säulen, auf denen die Europäische Union beruht [...] Damit das alles funktioniert, brauchen wir jedoch die Gleichheit aller Staaten in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit“, sagte er am selben Tag, zitiert von *Wirtualna Polska*.
- Der polnische Abgeordnete Janusz Kowalski (Solidarna Polska), der am Donnerstag, den 21. Oktober, von *Do Rzeczy* zitiert wurde, kritisierte scharf die neue Entschließung des Europäischen Parlaments, in der das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts über den Vorrang des nationalen Rechts vor dem EU-Recht verurteilt wird: „In einer absurden Entschließung des Europäischen Parlaments greifen die Eurokraten das Verfassungsorgan der Justiz an – das Verfassungsgericht. Sie sollen ihre Entschließungen verabschieden. Wir machen unsere Arbeit! Sein Kollege Witold Waszczykowski (PiS), ehemaliger Außenminister,

schloss sich dieser Meinung an: „Dies ist ein Dokument, das dazu führen soll, die polnische Regierung zu stigmatisieren, eine schlechte Atmosphäre um Polen und die polnische Regierung herum zu schaffen [...] Der Zweck [...] solcher Entschließungen ist es, die Rating-Agenturen dazu zu bringen, unsere Ratings zu senken und Investoren dazu zu bringen, nicht investieren zu wollen, unsere Kredite zu verteuern. *Do Rzeczy* veröffentlichte auch die Liste der polnischen Europaabgeordneten, die die Resolution gegen ihr eigenes Land unterstützt haben.

- In einem am Donnerstag, 21. Oktober, von der *Gazeta Wyborcza* veröffentlichten Interview griff der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Manfred Weber, erneut die polnische Regierung und den Ministerpräsidenten an: „Wir sind Freunde, wir wollen die Zusammenarbeit und Partnerschaft mit Polen. Aber es muss klar sein, dass wir, obwohl wir Freunde Polens sind, entschlossen sein werden. [...] Jetzt hat der Streit eine neue Ebene erreicht. Es geht um die Unabhängigkeit der Justiz. Nur in Polen hat das Verfassungsgericht die Bestimmungen des Europäischen Vertrags in Frage gestellt und die europäische Rechtsordnung angegriffen. [...] In der gegenwärtigen Situation kann die Kommission die Zahlungen an Polen aus dem Wiederaufbaufonds nicht aktivieren. Voraussetzung für die Zahlungen ist der Vollzug des EuGH-Urteils und die Aussetzung der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs. Aber es gibt auch Fragen, die auf politischer Ebene geklärt werden müssen. [...] Ein Staat, der die Rechtsstaatlichkeit verletzt, der die Unabhängigkeit der Justiz nicht respektiert, stellt sich selbst außerhalb der Europäischen Union. Nur einer ist über das Verhalten Polens glücklich: Wladimir Putin.
- Der Präsident des Europäischen Parlaments, der italienische Sozialdemokrat David Sassoli, gab am Mittwoch, den 20. Oktober, bekannt, dass er die Europäische Kommission angewiesen hat, wegen der Nichtanwendung der Verordnung über den Konditionalitätsmechanismus vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) zu klagen: „EU-Mitgliedstaaten, die die Rechtsstaatlichkeit verletzen, sollten keine EU-Mittel erhalten. Die Europäische Union ist eine Gemeinschaft, die auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit beruht. [...] Wenn sie in einem Mitgliedstaat bedroht sind, muss die EU handeln, um sie zu schützen“, sagte er.
- Ein 31-jähriger Mann wurde am Mittwoch, dem 20. Oktober, in Polen verhaftet, weil er in der Stadt Zielona Góra (Grünberg in Schlesien, Woiwodschaft Lubusz) ein Kreuz am Straßenrand mit einer elektrischen Säge umgeschnitten hatte. Ein Video der Szene wurde in sozialen Netzwerken veröffentlicht.
- Der deutsche Innenminister Horst Seehofer (CSU) hat am Mittwoch, den 20. Oktober, erklärt, dass Deutschland – auf Beschluss von Bundeskanzlerin Angela Merkel – trotz der ausdrücklichen Bitte der Polizeigewerkschaften und seines polnischen Amtskollegen Mariusz Kamiński den Schutz seiner Grenze zu Polen nicht verstärken wird, um die Einreise von Migranten aus Weißrussland nach Deutschland zu verhindern. Diese Nichtmaßnahme trägt insbesondere dazu bei, den Migrationsdruck an der polnisch-weißrussischen Grenze zu erhöhen, da die auf der weißrussischen Seite angesammelten Migranten aus dem Nahen Osten nach Deutschland wollen, wie die polnischen Behörden betonen.
- Laut dem letzten Eurostat-Bericht hat Polen für das Jahr 2020 600.000 Aufenthaltsgenehmigungen ausgestellt, was 26 % der Gesamtzahl der in der Europäischen Union in diesem Zeitraum erteilten Aufenthaltsgenehmigungen entspricht. Damit ist Polen das EU-Land mit der höchsten Zahl legaler Einwanderer, noch vor Deutschland (313.000 oder 14 %) und Spanien (312.000 oder 14 %). Es sei jedoch angemerkt, dass 81,7 % der von Warschau ausgestellten Aufenthaltsgenehmigungen an Ukrainer vergeben wurden.

- Einem Ende September vom polnischen Statistikamt veröffentlichten Bericht zufolge ist das polnische BIP seit 2010 um 38 % gestiegen, während das BIP der Europäischen Union im gleichen Zeitraum nur um 15 % zugenommen hat. Gleichzeitig ist das polnische Pro-Kopf-BIP von 62 % auf 72 % des EU-Durchschnitts gestiegen.
- Am Rande des Europäischen Rates in Brüssel traf der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki mit Marine Le Pen, der Kandidatin des Rassemblement National (RN) für die bevorstehenden französischen Präsidentschaftswahlen, zusammen.
- Laut einer Umfrage des Instituts für soziale Veränderungen, über die *Do Rzeczy* am Freitag, den 22. Oktober berichtete, befürworten 78 % der Polen die Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts, das daran erinnert, dass europäisches Recht nur in den Bereichen Vorrang vor nationalem Recht hat, in denen Polen seine Souveränität ausdrücklich an die Europäische Union delegiert hat. Nur 10 % der Befragten waren der gegenteiligen Meinung. Es ist bemerkenswert, dass nicht nur 96 % der PiS-Wähler die polnische Souveränität unterstützen, sondern auch 82 % der Wähler der Bürgerplattform (PO) und 86 % der Wähler von Polska 2050.
- Die polnische Gewerkschaft Solidarność organisierte am Freitag, den 22. Oktober, eine Demonstration vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) in Luxemburg, um gegen die Entscheidung zu protestieren, Polen mit einer Geldstrafe von 500.000 Euro pro Tag zu belegen, weil es die einstweilige Anordnung zur Schließung des Tagebaus Turów bis zum endgültigen Urteil nicht umgesetzt hat. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Solidarność, Piotr Duda, rief insbesondere zum „Widerstand gegen diese Idioten auf, die heute Tausende von Arbeitsplätzen abbauen [...] und Millionen von Polen den Strom vorenthalten wollen“, und bezeichnete die polnischen Europaabgeordneten, die am Vortag eine Resolution gegen ihr eigenes Land verabschiedet hatten, als „Feiglinge“ und „Verräter“.
- Nach Informationen, die am Freitag, den 22. Oktober, von *The Guardian* veröffentlicht wurden, haben mehr als 34 000 polnische Frauen im Ausland abgetrieben, seit das Verfassungsgericht die eugenische Abtreibung (aufgrund der Diagnose einer schweren und unheilbaren Anomalie oder Krankheit des ungeborenen Kindes) in Polen verboten hat. In Fällen von Vergewaltigung, Inzest und lebensbedrohlichen Risiken für die werdende Mutter ist ein Schwangerschaftsabbruch weiterhin erlaubt. Der Verein Abtreibung ohne Grenzen (AWB) nennt sogar Zahlen, die von 80 bis 200.000 pro Jahr vor dem Verbot eugenischer Abtreibungen reichen, alte Zahlen, die immer wieder auftauchen, ohne dass jemand wirklich weiß, worauf sie beruhen. Dieser Verein – dessen Zweck durch seinen Namen klar definiert ist – organisiert die Reise und den Aufenthalt polnischer Frauen, die in Deutschland, Spanien, Großbritannien und der Tschechischen Republik einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen möchten. Eine andere Organisation, Women Help Women, verschickt Abtreibungspillen per Post. Die vom *Guardian* zitierten abtreibungsbefürwortenden NRO berichten, dass mehr als 1.000 polnische Frauen für Abtreibungen ins Ausland gereist sind und mehr als 18.000 Abtreibungspillen erhalten haben.
- Der Gesetzentwurf der Volksinitiative „Stop LGBT“, der von 140.000 Unterzeichnern unterstützt wird, wird am 28. und 29. Oktober von den polnischen Abgeordneten diskutiert.

Tschechische Republik

- In geschlossenen Räumen müssen wieder Masken getragen werden. Ab Anfang November werden nichtmedizinische PCR-Tests nicht mehr von den Krankenkassen erstattet, und für Restaurants und Bars wird ein Covid-Ausweis erforderlich sein.
- Die tschechische Finanzministerin Alena Schillerová kündigte auf einer Pressekonferenz am Montag, den 18. Oktober, an, dass ihr Ministerium aufgrund der steigenden Energiepreise im November und Dezember auf die Erhebung der Mehrwertsteuer auf Energie verzichten wird. Die Befreiung, die durch eine Bestimmung im tschechischen Steuergesetzbuch ermöglicht wird, wird den Staatshaushalt voraussichtlich rund eine Milliarde Kronen (39 Mio. EUR) kosten und könnte im Januar durch eine Änderung des Mehrwertsteuergesetzes verlängert werden.

Slowakei

- Der Sprecher des chinesischen Außenministers Wang Wenbin warnte die Slowakei und die Tschechische Republik, dass China Maßnahmen ergreifen müsse, wenn die beiden Länder den taiwanesischen Außenminister weiterhin einladen würden.
- Außenminister Ivan Korčok sagte, dass die Slowakei sich in der V4 Gehör verschafft, was nicht allen gefällt. Nach Ansicht des Ministers liegt es nicht im Interesse der Slowakei, die V4 über die EU zu stellen oder die V4 zu einer Art Anti-Brüssel-Pol werden zu lassen, auch wenn er einräumt, dass die EU bei weitem nicht perfekt funktioniert.

Slowenien

- 24.10. Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist Slowenien eines der Länder mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit. Nach den jüngsten OECD-Daten für September gehört Slowenien mit einer Arbeitslosenquote von 3,9 % zu den wirtschaftlich und sozial erfolgreichsten Ländern der Welt und nimmt damit einen Spitzenplatz ein. Ende September waren bei der Arbeitsagentur 66.122 Arbeitslose gemeldet, das sind 4,6 % weniger als im August und 21,1 % weniger als im September des Vorjahres. Die Ergebnisse zeugen von einer bemerkenswerten Erholung der slowenischen Wirtschaft nach der durch die weltweite Pandemie verursachten Krise, die ohne die wirksamen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und andere wirtschaftliche und soziale Maßnahmen der derzeitigen Regierung nicht möglich gewesen wäre. Die Daten unabhängiger Institutionen zeigen also den unbestreitbaren Erfolg der Regierung Janez Janša, der weder von den Mainstream-Medien noch von der Opposition bestritten werden kann.
- 24.10. Premierminister Janez Janša und Verteidigungsminister Matej Tonin haben erneut Morddrohungen erhalten. Offenbar handelt es sich in beiden Fällen um denselben Täter. Die Drohungen wurden ihnen am Freitag per Post zugestellt, und zwar in einem Schreiben, in dem mit ihrer Liquidierung gedroht wurde und dem Kugeln größeren Kalibers beigefügt waren. Der Fall wird derzeit von der Polizei untersucht. Wie aus einer der Redaktion von *Demokracija* vorliegenden Fotodatei hervorgeht, wurden die Kugel und der Text in Umschlägen an die Privatadressen von Janez Janša und Matej Tonin geschickt. Interessanterweise hat man sich im Falle von Tonin etwas mehr Mühe mit der Länge des Textes gegeben, worin versprochen wird, ihn zu liquidieren. Der Premierminister erhielt einen Umschlag, der unter anderem ein Foto von ihm selbst mit einer Zielscheibe und ein Foto seiner Familie mit einer Zielscheibe enthielt, die von einem oder mehreren unbekanntem Absendern gezeichnet worden waren. Der Premierminister erhielt ein Foto von sich selbst mit

einer Zielscheibe. Über dem Foto stand eine Morddrohung und die Warnung, dass „Teams auf das Kommando warten“. Der oder die unbekanntes Absender sprachen nicht nur Morddrohungen gegen die Empfänger der Pakete aus, sondern auch gegen alle Unterstützer der derzeitigen Regierung, berichtet die Website *Siol*.



- 23.10. Im Vergleich zu den EU-Zahlen schneidet Slowenien bei der Eintreibung von Staatsschulden sehr gut ab. Der Schuldenstand im Verhältnis zum BIP lag im EU-Durchschnitt bei 90,9 %, während der Schuldenstand Sloweniens bei 80 % des BIP lag, womit Slowenien zu den Ländern mit stabilen öffentlichen Finanzen zählt. Es ist wichtig, an dieser Stelle zu betonen, dass wir Kredite zu einem negativen Zinssatz aufgenommen haben. Das Finanzministerium geht davon aus, dass die Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP bis Ende 2023 auf 76 % sinken wird, was mit den Jahren 2014 und 2015 vergleichbar ist, als wir die slowenischen Banken gerettet haben.
- 22.10. Am Freitag nahm Außenministerin Anže Logar an einem Treffen der C5-Minister in Wien teil. Er betonte die wichtige Rolle der Europäischen Union und der C5 bei der Unterstützung der Länder bei der Bewältigung der Coronavirus-Pandemie und bei der Weichenstellung für die grüne Transformation und den digitalen Wandel. „Der heutige Austausch der Wiederaufbaupläne unserer Länder hat einmal mehr gezeigt, wie notwendig die Zusammenarbeit der C5 in allen Bereichen von gemeinsamem Interesse ist. Die Herausforderungen, mit denen wir alle konfrontiert sind, spiegeln sich auch in den Prioritäten des slowenischen Ratsvorsitzes der Europäischen Union wider“, sagt Logar. Die C5-Gruppe, die sich aus den Außenministern Österreichs Michael Linhart, der Tschechischen Republik Jakub Kulháněk, Ungarns Péter Szijjártó, der Slowakei Ivan Korčok und Sloweniens Dr. Anže Logar zusammensetzt, hat seit ihrer Gründung im vergangenen Jahr inmitten der Epidemie ihre Position als hervorragendes Forum für den Meinungsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den mitteleuropäischen Ländern gefestigt. Hauptthema des diesjährigen Treffens der Minister aus den fünf Zentral-5-Ländern am Freitag in Wien war die wirtschaftliche Erholung von der C19-Pandemie.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 11. bis 17. Oktober 2021

18. 10. 2021



Bildquelle: Demokracija

V4

- Am Montag, den 11. Oktober, begann in Luxemburg die Verhandlung vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) über die Klage Ungarns und Polens gegen den so genannten Konditionalitätsmechanismus, der den EU-Haushalt im Falle von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten schützen soll. In einem von der ungarischen Tageszeitung *Magyar Nemzet* veröffentlichten Interview äußerte die ungarische Justizministerin Judit Varga die Hoffnung, dass „in Luxemburg eine wirklich professionelle und substanzielle juristische Debatte geführt wird“: „Wir sehen ja, dass der einwanderungsfreundlichen Mehrheit im Europäischen Parlament nichts heilig ist, wenn es darum geht, Mitgliedstaaten zu bestrafen [...] Für sie ist es nur wichtig, die EU-Gelder zu streichen und sich so in die Parlamentswahlen [in Ungarn] im nächsten Jahr einzumischen; an diese politisch motivierten Schauprozesse waren wir schon gewöhnt, aber wir hätten nicht gedacht, dass die europäischen Institutionen sich gegenseitig so aggressiv unter Druck setzen. Sie sehen nicht, dass sie den Baum, auf dem sie sitzen, fällen und das Vertrauen in die europäische Zusammenarbeit untergraben. Nach zweitägigen Anhörungen kündigte der Gerichtshof an, dass der Generalanwalt am 2. Dezember seine Schlussanträge vorlegen wird. Das Urteil des Gerichtshofs wird für Anfang 2022 erwartet.“
- Acht mitteleuropäische Länder – Bulgarien, Kroatien, Ungarn, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien und die Tschechische Republik – sowie Finnland haben soeben eine gemeinsame Erklärung zugunsten der Kernenergie im Rahmen des Kampfes gegen den Klimawandel unterzeichnet und sich damit Frankreich in diesem Bereich angeschlossen. „Wir haben die gleichen Interessen wie Frankreich. Unsere beiden Länder setzen sich für die Kernenergie ein, deshalb haben wir uns auf gemeinsame

Maßnahmen geeinigt. Wir wollen, dass Brüssel Kernenergie und Gas als nachhaltige Aktivitäten anerkennt“, sagte der tschechische Industrie- und Handelsminister Karel Havlíček.

- Eine Mehrheit im Europäischen Parlament scheint der Meinung zu sein, dass die Europäische Kommission im Zusammenhang mit den Konflikten der EU mit Ungarn und Polen zu nachsichtig mit diesen beiden widerspenstigen mitteleuropäischen Ländern ist. So beschloss der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments am Freitag, den 15. Oktober..., die Europäische Kommission wegen ihrer Langsamkeit bei der Anwendung des Konditionalitätsmechanismus vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) zu verklagen, wie der deutsche grüne Europaabgeordnete Sergey Lagodinsky auf Twitter mitteilte: „Wir haben beschlossen, eine Klage gegen die EU-Kommission wegen Untätigkeit einzureichen. Wir können nicht länger zusehen, wie die Grundrechte, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Mitgliedstaaten abgebaut werden. Der Konditionalitätsmechanismus muss jetzt angewendet werden!“
- Die Generalstabschefs der vier Länder der Visegrád-Gruppe trafen sich am 13. und 14. Oktober in Balatonakarattya (Ungarn), um Fragen im Zusammenhang mit den neuen Sicherheits Herausforderungen in Europa zu erörtern.

Ungarn

- Die Vorwahlen der Vereinigten Opposition endeten mit der Wahl von Péter Márki-Zay zum Kandidaten der Vereinigten Opposition.
- Das Gesundheitsministerium beschloss, das allgemeine Tragen von Masken nicht wieder einzuführen, nachdem der Bürgermeister von Budapest, Gergely Karácsony (PM, progressive europophile Grüne), ausdrücklich die Wiedereinführung der Maske im ganzen Land gefordert hatte. Das Ministerium vertrat die Auffassung, dass die Abwehrstrategie gegen das Coronavirus nunmehr ausschließlich auf Impfungen basieren sollte, da etwa 60 % der Bevölkerung gegen Covid geimpft sind. Das Ministerium hat jedoch festgelegt, dass die Masken in den Gesundheitszentren weiterhin obligatorisch sind und dass die Menschen sie überall tragen können, wenn sie dies wünschen. Das Tragen einer Maske ist in Ungarn seit dem 2. Juli nicht mehr vorgeschrieben.
- Wie die ukrainische Website Sogodni am 12. Oktober berichtete, hat das Europäische Parlament die Frage des Gasabkommens zwischen Ungarn und Gazprom geprüft und festgestellt, dass der Vertrag über die Lieferung von Gas aus Russland nach Ungarn – ohne Umweg über die Ukraine – nicht gegen europäisches Recht verstößt. „Soweit ich weiß, enthält das Abkommen zwischen Ungarn und Gazprom nichts Illegales, nichts, was gegen europäisches Recht verstoßen würde“, sagte Josep Borrel, Vizepräsident der Europäischen Kommission und Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außenpolitik.
- Ein ehemaliger Soldat des so genannten „Islamischen Staates“ mit syrischer Staatsbürgerschaft, Hassan F., wurde am Dienstag, den 12. Oktober, in Budapest zu einer lebenslangen Haftstrafe ohne die Möglichkeit eines Straferlasses verurteilt. Diese Person war an zwei Morden – darunter die öffentliche Enthauptung eines Imams – beteiligt, die im Mai 2015 in Syrien begangen wurden. Er wurde 2018 am Budapester Flughafen wegen Besitzes falscher Dokumente verhaftet.
- Der ungarische Premierminister Viktor Orbán und sein slowakischer Amtskollege Eduard Heger feierten am 11. Oktober den 20. Jahrestag der Einweihung der Marie-Valérie-Brücke zwischen Esztergom und dem slowakischen Nachbarort Šturovo (Parkány).
- Nach monatelangem Zögern hat sich Ungarn endlich der globalistischen Initiative für einen Mindeststeuersatz für Unternehmen angeschlossen

.Polen

- Der polnische Nationalistenführer Krzysztof Bosak (Konfederacja) sagte am Montag, den 11. Oktober, in der Sendung Mówiąc Wprost, dass Polen den sogenannten NextGenerationEU-Konjunkturfonds nicht brauche und sich daraus zurückziehen solle, da die Europäische Kommission diese Mittel zurückhalte, um Polen politisch und ideologisch zu erpressen: „Wir könnten auf diese Mittel verzichten [...] Unser Standpunkt war, dass wir diese Mittel überhaupt nicht eingeben sollten. Wenn aber die Regierung von Mateusz Morawiecki dies verfolgt und einen Erfolg verkündet hat, dann müssen sie jetzt das Bier trinken, das sie gebraut haben. Ich denke, wir werden das Geld letztendlich bekommen, aber die Regierung wird gezwungen sein, verschiedene politische Zugeständnisse zu machen“, sagte er und fügte hinzu, dass „die derzeitige Krise an der polnisch-weißrussischen Grenze unter anderem das Ergebnis der Präsenz [Polens] in der EU ist. Die große Mehrheit der Migranten will nicht in Polen bleiben. [...] Das Fehlen von Binnengrenzen in der EU macht die Migrationskrise sehr einfach. Menschen, die versuchen, mit Gewalt über unsere Ostgrenze zu gelangen, müssten sich danach mit den deutschen Einwanderungsbehörden auseinandersetzen. Sie sind aber gegen uns, weil wir die Außengrenze der EU schützen.“
- Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, die deutsche Sozialdemokratin Katarina Barley – die bereits vor einiger Zeit mit der Aussage von sich reden machte, dass Ungarn und Polen finanziell „ausgehungert“ werden sollten, um sie politisch auf Linie zu bringen – bleibt bei ihrer Aussage vom Sonntag, den 10. Oktober, dass nach dem Urteil des polnischen Verfassungsgerichts, das das Recht der europäischen Institutionen in Frage stellt, ihre Vorrechte über die Verträge hinaus auszuweiten, die EU-Mittel für Polen nun eingefroren werden sollten: „Die Europäische Kommission muss in diesem Fall ein Betrugsbekämpfungsverfahren einleiten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in dieser Situation Gelder aus dem Wiederaufbaufonds nach Polen fließen würden. [...] Das Geld aus dem Wiederaufbaufonds wird einfach nicht ausgezahlt werden. [...] Und die vom EuGH verhängten Sanktionen werden von anderen Zuschüssen abgezogen.“
- Am Sonntag, den 10. Oktober, fanden in mehreren Städten Polens (u. a. in Warschau, Krakau und Posen) Demonstrationen statt, um gegen die Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts zu protestieren, das daran erinnerte, dass europäisches Recht nur in den Bereichen Vorrang vor polnischem Recht hat, in denen Polen seine Souveränität ausdrücklich an die Europäische Union delegiert hat. Ein Teil der polnischen Opposition sowie einige führende Politiker wollen in diesem Urteil den Vorboten eines „Polexit“ sehen, den die PiS aktiv vorbereiten würde, was ihre Führer jedoch vehement bestreiten. So erklärte der ehemalige liberale Ministerpräsident und Vorsitzende der größten Oppositionspartei, Donald Tusk, bei dieser Gelegenheit: „Wir müssen Polen retten, niemand sonst wird es tun [...] Dieses Pseudo-Verfassungsgericht, eine Gruppe von Leuten, die sich als Richter verkleidet haben, hat beschlossen, unser Land unter Verletzung der Verfassung aus der EU zu entlassen. Diese Handvoll Leute zögert nicht, jede Lüge, die ihnen zur Verfügung steht, zu benutzen [...] Wir wollen ein europäisches und demokratisches Polen. Wir wollen ein rechtmäßiges Polen, ein ehrliches Polen. Diese fünf Regeln werden nun von der Regierung, die ihr Gewissen und ihre Moral verloren hat, mit Füßen getreten.“ Beobachtern zufolge versammelten sich bei der Hauptdemonstration in Warschau rund 15.000 Menschen.
- Das Motto des traditionellen Unabhängigkeitsmarsches, der am 11. November in Warschau zum 12. Mal stattfindet, lautet in diesem Jahr: „Die Unabhängigkeit ist nicht käuflich“, um im Konflikt zwischen Polen und der Europäischen Union eine klare Position zu beziehen. „Das Motto des diesjährigen Marsches ist nicht nur historisch,

sondern auch aktuell und in naher Zukunft. – Die polnische Unabhängigkeit wurde von vielen Generationen von Polen errungen, 1918 wurde sie wiedererlangt und wir werden uns darauf berufen“, erklärte Robert Bąkiewicz, einer der Organisatoren des Marsches.

- Die Zahl der jungen Männer, die in katholische Priesterseminare eintreten, ist im vergangenen Jahr um 20 % gesunken, berichtet die Katholische Informationsagentur (Katolicka Agencja Informacyjna, KAI), die feststellt, dass die Zahl der neuen Priesteramtskandidaten im Jahr 2021 in ganz Polen 356 beträgt, gegenüber 441 im Jahr 2020, 498 im Jahr 2019... während es 2012 noch 828 waren. So konnten vier Seminare (Bydgoszcz/Bromberg, Elbląg/Elbing, Łowicz/Lowitsch und Drohiczyn) keine neuen Studenten aufnehmen, während die beliebtesten Seminare – die in Rzeszów/Reichshof und Łódź/Lodsch – 12 bzw. 11 Studenten aufnahmen.
- Laut einer aktuellen Umfrage des Kantar-Instituts, über die *Do Rzeczy* am Donnerstag, den 14. Oktober berichtete, unterstützt die Mehrheit der Polen (81 %) die Maßnahmen ihrer Regierung angesichts der Migrationskrise an der polnisch-weißrussischen Grenze.
- Am Donnerstag, den 14. Oktober, verabschiedete das polnische Parlament (mit 274 zu 174 Stimmen) ein Gesetz, das die Verstärkung des Schutzes der polnisch-weißrussischen Grenze durch den Bau einer echten Mauer vorsieht, um die Durchreise von Migranten aus dem Nahen Osten, die die EU über den nun als weißrussisch bezeichneten Kanal erreichen wollen, wirksamer zu verhindern.
- Die Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts vom 7. Oktober über den Vorrang des polnischen Rechts in den Bereichen, in denen Polen seine Souveränität nicht an die Europäische Union delegiert hat, ruft weiterhin gegensätzliche Reaktionen in den europäischen Kanzleien hervor.

Slowakei

- Die Inflation erreichte im September 4,6 % im Vergleich zum September 2020.
- Der Präsident der Nationalversammlung Boris Kollár traf am Mittwoch in Warschau mit dem polnischen Präsidenten Andrzej Duda sowie mit Senatsmarschall Tomasz Grodzki und Sejm-Marschallin Elżbieta Witek zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die interpolnische Zusammenarbeit zwischen der Slowakei und Polen, Covid, die EU und der Grenzschutz.
- Alle Wirtschaftszweige verzeichneten im August einen Anstieg der durchschnittlichen Nominallöhne im Vergleich zum Vorjahr: 10 % im Wohnungsbau, 14 % im Verkauf, 12,4 % im Verkauf und in der Reparatur von Kraftfahrzeugen und 11,6 % im Gaststättengewerbe.

Tschechische Republik

- Nach der Untersuchung des Spiels zwischen den Rangers (Glasgow) und Spartak Prag, bei dem der finnische Spieler sierraleonischer Herkunft Glen Kamara (Rangers) von tschechischen Schülern ausgepöbeln wurde, endete die UEFA-Untersuchung mit einem Platzverweis zugunsten der Tschechen: „Die Untersuchung ergab, dass es keine ausreichenden Beweise für rassistisches oder diskriminierendes Verhalten während des Spiels gab, um die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den AC Sparta Praha zu rechtfertigen“.

Österreich

- Die Korruptionsermittlungen gegen die regierende Österreichische Volkspartei (ÖVP) schlagen weiter hohe Wellen. Nach den Durchsuchungen am 6. Oktober und dem

anschließenden Rücktritt von Bundeskanzler Kurz wurde die Leiterin des Meinungsforschungsinstituts Research Affairs, Sabine Beinschab, am Dienstag, den 12. Oktober, verhaftet. Sie soll versucht haben, die Festplatte ihres Computers kurz vor dem Eintreffen der Ermittler, die ihre Räumlichkeiten durchsuchen wollten, zu löschen, was darauf schließen lässt, dass sie möglicherweise vor der bevorstehenden Aktion gewarnt wurde. Frau Beinschab wurde am 14. Oktober freigelassen.

Slowenien

- Am Mittwoch, den 13. Oktober, kam es in Ljubljana erneut zu unangekündigten Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung des Covid-19-Virus. Die Demonstranten blockierten erneut die Straßen und mehrere wurden festgenommen.
- Am Donnerstag, den 14. Oktober, traf Premierminister Janez Janša mit der Präsidentin der Slowakischen Republik, Zuzana Čaputová, zusammen. Sie erörterten die bilaterale Zusammenarbeit, die slowenische EU-Ratspräsidentschaft und die Situation der COVID.
- Am Freitag, den 15. Oktober, fand in Ljubljana eine Pressekonferenz mit Sophie in 't Veld, der Leiterin der Delegation des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Europäischen Parlaments, statt, die sich in Slowenien aufhielt, um sich ein „umfassendes und vollständiges Bild von beiden Seiten“ über die Medienfreiheit und andere Themen zu machen. Die linke Opposition beklagt, dass die Medienfreiheit unter der derzeitigen Regierung bedroht ist. Sophie in 't Veld traf sich mit NGO-Vertretern wie Amnesty International, CNVOS, dem Friedensinstitut, dem Rechtsnetzwerk zum Schutz der Demokratie und Info Kolpa sowie mit linken Journalisten wie Blaž Zgaga und Marko Milosavljević. Auf der Konferenz selbst sagte sie, dass die öffentlichen Einrichtungen Sloweniens zwar funktionierten, sie aber besorgt sei über die Einstellung der Finanzierung der STA und den „Ton der öffentlichen Debatte“. Sie fügte hinzu, dass einige Mitglieder der Regierung sich einer Sprache bedienten, die ihrer Meinung nach einer zivilisierten und demokratischen Gesellschaft nicht angemessen sei. Angesichts der Tatsache, dass Sophie in 't Veld, obwohl das Ziel ihres Besuchs in Slowenien darin bestand, sich ein umfassendes Bild von den Ereignissen zu machen, an denen beide Seiten beteiligt waren, hauptsächlich mit Vertretern der linken Medien und NGOs zusammentraf, fragte Demokracija weekly sie, warum sie nur mit Vertretern der linken Medien und NGOs zusammentraf, wenn sie ein umfassendes Bild haben wollte. In ihrer Antwort bestritt sie dies, obwohl sie sich nicht mit Vertretern rechter oder konservativer Medien getroffen hatte: „Wir haben nicht nur „linke“ NGOs und Journalisten eingeladen. Wir haben verschiedene Standpunkte gehört. Am interessantesten fand ich das Treffen mit drei Hochschulprofessoren aus verschiedenen Lagern, aber es war eine sehr interessante Debatte, bei der sich herausstellte, dass es mehr Standpunkte gibt als nur links und rechts. Wir haben sowohl mit „linken“ als auch mit „rechten“ Journalisten gesprochen und uns ein ziemlich vollständiges Bild gemacht.“
- Am Sonntag, dem 17. Oktober, ergab eine Meinungsumfrage, dass bei einer Wahl im Oktober die regierende Slowenische Demokratische Partei 20,7 % der Stimmen erhalten würde, während die Sozialdemokraten mit 10,7 % an zweiter Stelle liegen würden.

<hr>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Energiewende: Forderungen aus Wolkenkuckucksheim

27. 10. 2021



Ob die Weltenretter Corona-Hysteriker auch nach der Demo dermaßen peinlich maskiert herumhängen?

Von HUBERT VON BRUNN | „Gebt den Kindern das Kommando (...) Kinder an die Macht“ forderte dereinst Herbert Grölemer und alle Eltern, die jegliche Art von Erziehung für eine Art Folter halten, klatschten Beifall. Wir kommen der Sache näher. Am Freitag waren in Berlin wieder mehr als 10.000 Fridays-for-Future-Kids auf der Straße, um lautstark zu fordern, dass Deutschland die Welt retten muss.

Alles, was aus den Sondierungsgesprächen der Ampel bisher zum Thema Klimaschutz verlautbart wurde, reicht den Greta-Jüngern nicht. Unter dem Motto „Ihr lasst uns keine Wahl“ stellen sie Maximalforderungen, die nicht nur unbezahlbar wären, sondern das Ende der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt bedeuten würden:

- Strikte Einhaltung der 1,5-Grad-Marke,
- verbindlicher Kohleausstieg bis 2030,
- Einbaustopp für fossile Verbrennungsmotoren ab 2025,
- sofortiger Neu- und Ausbaustopp für Autobahnen und Bundesstraßen und so manches mehr aus Wolkenkuckucksheim.

Man könnte das ja abtun mit: „Na ja, junge Leute schießen halt schon mal über das Ziel hinaus“ und es dabei belassen. Aber so einfach ist das nicht. Die Grüne Jugend, die Linke und die Jusos, von denen Heerscharen im neuen Giganto-Parlament sitzen, unterstützen zu großen Teilen die Forderungen der pubertierenden Revoluzzer. Sie werden bei Abstimmungen, bei denen es ums Klima geht, so manchen vernünftigen Beschluss torpedieren. Die gemäßigten Genossen um Olaf Scholz und die FDP werden da so manches blaue Wunder erleben.

Halbfertige Menschen wollen die Politik des Landes bestimmen

Nach Berechnungen des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und der Boston Consulting Group (BCG) erzwingt die Umsetzung der bereits beschlossenen Klima-Maßnahmen bis 2030 Mehrinvestitionen in Höhe von 860 (!) Milliarden Euro, also knapp 100 Milliarden/Jahr. Allein für den Ausbau der Strom- und Fernwärmenetze sowie der Ladetankstellen für E-Autos veranschlagen die Experten Ausgaben von insgesamt 240 Mrd. Euro. Den Grünen reicht das aber noch nicht. Sie fordern – allen voran die Vortänzerin Baerbock, aus deren Mund kein Satz kommt, in dem nicht mindesten einmal das Wort „Klima“ vorkommt – 50 Milliarden Investitionszuschüsse zusätzlich pro Jahr, „damit wir das Land in Schuss halten und klimaneutral werden“. Wirklich eindrucksvoll, wie die Wolkenkuckucksheimer mit den Milliarden nur so um sich werfen. Auf die Frage, woher das Geld kommen soll, herrscht dezentes Schweigen.



Nicht ohne mein Handy: Selbst während der Ansprache auf einer „Fridays for Future“ Demo in Wien wollten junge Weltenretter nicht auf das Herumreiben am Handy verzichten. Könnte die ganz in schwarz angetane Aktivistin (Bild links unten) durch weniger fressen nicht auch ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten? | Foto: C. Reichmann

Von den FfF-Kids, für die das Schulschwänzen zugunsten der Demo ja irgendwie auch eine Gaudi ist, kann man nicht mehr erwarten. Sie sind gewohnt, dass Mutti sie mit dem SUV zur Schule bringt und wieder abholt, Vati drei bis vier schicke Urlaube auf den Malediven, in Davos oder auf einem Kreuzfahrtschiff finanziert und ansonsten der Strom aus der Steckdose kommt und das Geld für alle die Must-Haves von der Bank. Das sind junge Leute,

die – von einigen Ausnahmen abgesehen – nie erlebt haben, was es heißt, Geld zu verdienen, damit zu wirtschaften und für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. Sie sind aufgewachsen im Wohlstand, wenn nicht im Luxus, müssen sich um nichts kümmern, gewohnt, dass Papi und Mami schon alles richten. Wie kann es sein, dass Menschen mitten in der körperlichen und geistigen Entwicklung, also halbfertig, Menschen ohne jegliche Lebenserfahrung, und logischerweise nicht in der Lage, komplexe Zusammenhänge zu überreißen – wie kann es sein, dass dieses intellektuelle Mittelmaß sich anheischig macht, die Politik dieses Landes bestimmen zu wollen?

Atom-Politik: „Wir sind die Geisterfahrer auf der Autobahn“

Weil man sie lässt und noch dazu anstachelt: „Gebt den Kindern das Kommando“! Problematisch wird es allerdings, wenn – wie bereits angesprochen – dieses unausgegorene Gedankengut Einzug hält in die Parlamente und sich dort eine Grundhaltung etabliert, die eine vernünftige, sachorientierte Politik des Ausgleichs unmöglich macht. Nehmen wir nur einmal die Forderung der Klima-Aktivisten nach einem vorgezogenen Kohle-Ausstieg bereits 2030. Schon der im so genannten „Kohlekompromiss“ vereinbarte Ausstiegstermin 2038 ist mehr als problematisch. Ganz einfach, weil Deutschland nicht in der Lage sein wird, den für Industrie und Privathaushalte nötigen Strom allein aus Erneuerbaren Energien zu erzeugen.

Der CDU-Politiker Wolfgang Bosbach hat dazu eine klare Meinung: „Wenn jetzt einer glaubt, wir können in anderthalb Jahren die Zahl der Windräder um 50 Prozent erhöhen – dann ist das nicht von dieser Welt. Das werden wir nie schaffen.“ Und vergessen wir nicht: Im nächsten Jahr sollen die letzten noch im Betrieb befindlichen Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Frau Merkel hat das so verfügt, weil 2011 im fernen Japan das Kernkraftwerk Fukushima von einem Tsunami zerstört wurde. Diese Logik hat mich schon vor zehn Jahren sprachlos gemacht. Eine einsame Entscheidung des Irrsinns, bar jeder Vernunft und jeder Weitsicht.

Der Ökonom und Ex-Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, bringt den deutschen Alleingang in der Atom-Politik auf den Punkt: „Wir sind die Geisterfahrer auf der Autobahn.“ In der Tat: Während wir hierzulande hoch moderne und sehr sichere Atomkraftwerke abschalten, produzieren unsere Nachbarn rundum auf z.T. veralteten Anlagen weiter Atomstrom und bauen sogar neue Kraftwerke. Folgerichtig wirft H.-W. Sinn der Öko-Partei eine „Mogelpackung“ vor und sagt:

„Wenn Deutschland auf Atomkraft verzichtet, muss es ausländischen Atomstrom kaufen. Es geht gar nicht anders, als die Energiewende mit der Kernkraft hinzukriegen“.

Und auch Wolfgang Bosbach äußert sich dazu eindeutig:

„Ich kenne Länder, die steigen aus der Kohleverstromung aus ODER aus der Kernenergie – ich kenne nur nicht Länder, die beides gleichzeitig machen.“ – Außer Deutschland, versteht sich.

ei diesem Wahnsinn sind wir wieder einmal Weltspitze mit dem Ergebnis, dass wir dann 2035 bei gestiegenem Energiebedarf von 106 Gigawatt eine Versorgungslücke von 44 Gigawatt haben werden.

Der Nobelpreis für totale Verblödung wurde noch nicht ausgelobt

Diese Zahlen und Fakten interessieren unsere links-grünen Weltverbesserer natürlich überhaupt nicht. Ihnen geht es um die Durchsetzung ihrer Ideologie, koste es, was es wolle. Und wenn wir dann teuren Atomstrom aus Polen oder Frankreich einkaufen müssen, weil hierzulande sonst die Lichter ausgehen, werden sie sagen:

„Aber wir sind das erste Land der Welt, das auf gefährliche und klimaschädliche Energiegewinnung verzichtet.“

Meinen die, sie kriegen für ihre großartige Leistung den Nobelpreis? Wohl kaum. Der Nobelpreis für totale Verblödung wurde noch nicht ausgelobt. Derweil gehen die satten und gepamperten FfF-Kids weiter auf die Straße und krakeelen irgendwelche schwachsinnigen Parolen in die Luft, deren wirkliche Bedeutung sie nicht verstehen. Und Papi und Mami werden stolz sein auf ihre Nachkommen, die sich so aufopferungsvoll dafür einsetzen, die Welt zu retten. Wenn die Demo zu Ende ist, werden sie im SUV nach Hause gebracht.

Zugegebenermaßen ist die Verblödung in diesem Zusammenhang nicht allein ein Privileg der Jugend. Detlef Flintz (63), Leitender Redakteur beim WDR, hat vor einigen Tagen in den ARD-Tagesthemen einen Kommentar zur aktuellen Erhöhung der Lebenshaltungskosten und insbesondere der Energiepreise abgegeben: „Er ist da, der Preisschock. Gut so!“ klatscht er dieser für viele Menschen im Lande bedrohlichen Entwicklung Beifall. „Nur, wenn Öl und Gas spürbar teurer werden“, so Flintz weiter, „kriegen wir die Erderwärmung in den Griff. Die Bürger sollten froh sein, dass wir gezwungen werden, Konsum und Produktion zu ändern.“ Wie abgehoben muss man da sein, wenn man mindestens 10.000 Euro im Monat nach Hause trägt? Einmal mehr wird mit so einem Kommentar deutlich, wie stromlinienförmig der ÖRR im Kielwasser der Regierung schwimmt. Bloß keine Kritik. Die da oben haben immer Recht und die da unten sollen sich gefälligst warm anziehen. Und für derart unverschämte Kommentare zahlen wir auch noch Rundfunkgebühren.

Nachtrag: Die FfF-Aktivisten verkünden nicht nur unausgegorenen Schwachsinn, nein, Teile von ihnen bewegen sich mit radikalen Parolen inzwischen haarscharf am Rande der Legalität. Die deutsche Greta, Carla Reemtsma, hat ja in einem taz-Artikel klipp und klar eine „Radikalisierung der Aktionsformen“ gefordert. Bei einer Demo vor der SPD-Zentrale in Berlin ging das dann schon mal ziemlich in die Hose. Dort zeigten Aktivisten vom radikalen Flügel Spruchbänder mit dem Slogan: „Wer hat uns verraten...?“ – zu ergänzen mit „die Sozialdemokraten“. Das war zunächst ein Schlagwort der Kommunisten, das später von den Nazis übernommen wurde. Der CDU-Innenexperte Christoph de Vries hat dazu unmissverständlich festgestellt:

„Nazi- und Kommunistenrhetorik stehen in Deutschland nicht unter Welpenschutz.“

Die jüngste Parole gegenüber der SPD ist ungeheuerlich. Und er stellt in den Raum, dass bei einer weiteren Radikalisierung der Weltretter „auch der Verfassungsschutz ein Auge auf diese Entwicklung werfen“ müsse. – Wenn das passiert und Greta Wind davon bekommt, wird sie Gift und Galle spucken: „How Dare You!!!“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Grüne knallen vollends durch – Abgeordnete wollen 200 Mio. „Klimaflüchtlinge“ aufnehmen

17. 10. 2021



Screenshot Twitter

Grüne Abgeordnete wollen 200 Millionen Klima-Flüchtlinge aufnehmen

Träumer*innen im Bundestag

Derzeit sorgt ein Video-Ausschnitt in sozialen Medien für Aufregung: Zu sehen sind zwei frisch gewählte Abgeordnete der deutschen Grünen, die mit der schon länger existierenden Idee des Klimapasses sympathisieren. Das würde im Klartext bedeuten, dass 200 Millionen Flüchtlinge aufgenommen werden müssten, berichtet [exxpress.at](https://www.express.at).

Volles Migrationsrecht in der EU

Bei den Humanist*innen handelt es sich um zwei weniger bekannte Politikerinnen der Grünen, die am Sonntag erstmals in den Bundestagswahl gewählt worden sind. Konkret sympathisieren die beiden Damen in dem Video-Ausschnitt mit der schon länger existierenden Idee eines Klimapasses, der vorsieht, dass Menschen, die aufgrund der Auswirkungen der Klimakrise auf der Flucht sind, innerhalb von Europa volles Migrationsrecht bekommen.

Und wieder ist Deutschland schuldig

Die Überlegung dahinter: Jene Länder, die den Klimawandel verursachen, sollen auch für die Folgen aufkommen. Jetzt ist es umstritten, inwiefern Deutschland tatsächlich ein globaler Klimatreiber ist, denn sein Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß liegt bei lediglich zwei Prozent, berichtet das genannt online-Magazin weiter.

Können Quacksalber die Welt retten?

Am Ende des Tages werden diese Träumer*innen (und leider nicht nur diese) zur Errettung des Planeten dahingehend hoffen, dass alle Bewohner*innen der Welt bei uns in Europa landen sollen. Politikwissenschaftler*innen, Soziolog*innen, und „Studierende“ diverser Quatschberufe, wie die Erbrüter*innen von „Genderstudien“ werden das allerdings finanziell nicht stemmen können.

[Hartes Geld](#)

[@Hartes_Geld](#)

Frisch gewählte Abgeordnete der [#Grünen](#) im Bundestag: Deborah Düring (27) und Emilia Fester (23) besprechen die Zukunft Deutschlands und stellen klar: "Deutschland muss 200 Millionen [#Flüchtlinge](#) aufnehmen, weil Deutsche deren [#Klima](#) zerstören!" [#GrünerMist](#)



[10:22 nachm. · 29. Sep. 2021](#)

https://twitter.com/Hartes_Geld/status/1443310179827736580?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1443310179827736580%7Ctwq%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funsere-mittleuropa.com%2Fgruene-knallen-vollends-durch-abgeordnete-wollen-200-mio-klimafluechtlinge-aufnehmen%2F

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Habermas und die deutsche ideologische Hypothek

Von Gérard Dussouy, emeritierter Universitätsprofessor

15. 10. 2021



Jürgen Habermas - Bildquelle; Polémia

Polémia verfolgt aufmerksam die politische und soziale Situation in Deutschland. Heute möchten wir unseren Lesern einen brillanten Text aus der Feder von Gérard Dussouy vorstellen. In einer faszinierenden philosophischen Analyse zeichnet Gérard Dussouy das erbauliche Porträt eines Volkes, das einer umfassenden sozialen Indoktrination ausgesetzt ist.

Ein Text, den man aufmerksam lesen sollte, um zu verstehen, was in unseren Nachbarländern geschieht.

In der Tat wird Deutschland seit mehr als fünfzig Jahren von derselben Ideologie beherrscht, die es politisch hemmt und die gleichzeitig das politische Handeln der Europäischen Union bestimmt. Diese Ideologie erklärt, warum ihre Außenpolitik unabhängig von den an der Macht befindlichen Parteien oder Koalitionen starr, d. h. systematisch auf die Vereinigten Staaten ausgerichtet ist, und warum sie der Standardträger für alle UN-Desiderate ist. Das erklärt auch, warum Deutschland, obwohl es eine Industrie- und Finanzmacht ist, sich auf der internationalen Bühne kaum Gehör verschafft und vor allem, warum es nie seine Stimme erhebt, wenn es um die Forderung nach europäischer Emanzipation geht.

Um diese Apathie zu verstehen, muss man natürlich den internationalen Status Deutschlands seit 1945 berücksichtigen, der der einer „begrenzten Souveränität“ ist, wie man zu Zeiten der Sowjetunion von den Volksdemokratien sagte, oder, wenn man es vorzieht, einer „überwachten Souveränität“. Doch wie der Philosoph Peter Sloterdijk vor einigen Jahren anprangerte, rührt der deutsche ideologische Konsens, so wie er sich aufgedrängt hat, vor allem daher, dass „in den siebziger Jahren, als Habermas an die Macht kam, [...] der Anti-Nietzscheismus der Kritischen Theorie, der Frankfurter Schule, zum dominierenden Ton in Deutschland wurde. Die Kritische Theorie [...] hat eine Art ‚Wache

am Rhein' aufgestellt, sie hat alles getan, um das französische Denken in Deutschland zu minimieren, ob es nun Leute wie Deleuze, wie Foucault oder andere waren"[1]. Dies geht so weit, dass die heute in Deutschland vorherrschende Philosophie nach Sloterdijk zum Erzeuger einer „Hypermoral“ (nach Arnold Gelhen) geworden ist, die sich jedem kritischen Denken widersetzt und jede politische Orientierung, die nicht dem etablierten Status quo entspricht, verbietet.

Es sei darauf hingewiesen, dass der größte Teil des Werks von Jürgen Habermas der Infragestellung des Herrschaftsparadigmas gewidmet ist, das in fast der gesamten politischen Philosophie zu finden ist. In seiner Studie über diesen Philosophen kommt Arnauld Leclerc zu folgendem Schluss: „Erstens argumentiert Habermas gegen Arendt, dass es unmöglich ist, Macht unter Ausschluss von Herrschaft zu denken; zweitens argumentiert Habermas gegen Hobbes, Schmitt und Weber, dass es unmöglich ist, Macht auf Herrschaft zu reduzieren, die zwar rationalisiert werden kann, aber niemals legitim ist; drittens argumentiert Habermas gegen die kritischen Theorien der Herrschaft, die von Marx über Bourdieu und die Frankfurter Schule bis hin zu Foucault reichen, dass es absolut unmöglich ist, Herrschaft zu einem Paradigma der politischen Theorie zu machen.[2] Er plädiert daher für einen Übergang in das postnationale Zeitalter, in dem die Deutschen nicht mehr ein Volk an sich, sondern Weltbürger sind, und sieht die Globalisierung als „Horizont ohne Herrschaft“ als Folge der Homogenisierung der Menschen. Es muss gesagt werden, dass diese neue Situation von den Deutschen ziemlich leicht akzeptiert wurde, da ihre bemerkenswert spezialisierte Wirtschaft stark von der Globalisierung profitiert hatte.

Um den jedem Individuum und jedem Volk innewohnenden Ethnozentrismus aufzulösen, wollte Habermas an die „kommunikative Vernunft“ appellieren, die er, wie der amerikanische pragmatistische Philosoph Richard Rorty anmerkt, „als Verinnerlichung sozialer Normen und nicht als Bestandteil des „menschlichen Selbst“ interpretiert“. Habermas beabsichtigt, die demokratischen Institutionen zu „erden“, wie Kant es zu tun hoffte; aber er will es besser machen, indem er anstelle der „Achtung der Menschenwürde“ einen Begriff der „herrschaftsfreien Kommunikation“ ins Spiel bringt, unter dessen Schirmherrschaft die Gesellschaft weltoffener und demokratischer werden muss.[3] Jürgen Habermas' Ziel ist es, dass kommunikatives Handeln in Verbindung mit einer gut strukturierten Öffentlichkeit den Menschen dazu bringen kann, seine nationale, romantische Identität abzulegen und es der Menschheit zu ermöglichen, sich in ewigem Frieden zu vereinen, indem sie Souveränitäten überwindet und so jeden Anflug von Konflikt beseitigt.

Der Siegeszug von Habermas und die Übernahme seiner Ideen durch offizielle Kreise (wie z.B. den Bildungssektor) führte in der Tat zur kommunikativen und ideologischen Hegemonie seines Lagers in Deutschland, mit der Unterstützung seiner „Verbündeten“, die sich mit der daraus resultierenden politischen Passivität zufrieden gaben, anstatt zu einem Dialog, der diesen Namen verdient. Durch die Kontrolle der Information, der Medien und der verschiedenen Sozialisationsprozesse war es möglich, die kollektive Repräsentation so zu gestalten, dass die politische Kultur der deutschen Nation radikal verändert wurde. Bei der Analyse des Programms der politischen und historischen Umerziehung, dem die Deutschen, aber auch die Japaner unterworfen waren, zögert Thomas U. Berger nicht zu schreiben: „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in die politische und historische Umerziehung des deutschen Volkes hineingeraten. Berger zögert nicht zu schreiben, dass „sie von einer antimilitärischen Propaganda bombardiert wurden, die mindestens so gewalttätig war wie die Propaganda der vorangegangenen Kriegszeit“[5].

Die ideologische Ankylose, unter der die deutschen politischen Parteien leiden, erklärt unter anderem die Zurückhaltung Deutschlands, Emmanuel Macron zu folgen, wenn dieser von „europäischer Souveränität“ spricht und Fortschritte im Bereich der gemeinschaftlichen

Verteidigung oder einer europäischen Armee vorschlägt. Der französische Präsident, selbst ein Anhänger der Thesen von Habermas, den er zu Beginn seiner fünfjährigen Amtszeit besuchte, hätte dies erwarten müssen.

Das Dilemma ist jedoch umso schwieriger zu lösen, als gleichzeitig mehrere Partnerländer Deutschlands, insbesondere die Länder im Süden der Europäischen Union, darunter Frankreich, insofern von Deutschland abhängig bleiben, als es als „Währungsschirm“ dient; und im Falle einer tiefgreifenden Meinungsverschiedenheit oder Trennung droht ihnen der Bankrott. Wir werden also auf außergewöhnliche Ereignisse warten müssen, bevor die deutsche ideologische Hypothek aufgehoben wird.

[1] Sloterdijk Peter, Le Magazine Littéraire, Interview, Nr. 406, Februar 2002, S. 34.

[2] A. Leclerc, „La domination dans l'œuvre de Jürgen Habermas. Essai sur la relativisation d'une catégorie“, Politeia, N°1 Politique et domination à l'épreuve du questionnement philosophique, November 1997, S. 53–85.

[3] R. Rorty, Kontingenz, Ironie und Solidarität, Paris, Armand Colin, 1993, S. 205.

[4] J. Habermas, La paix perpétuelle. Le bicentenaire d'une paix kantienne, Paris, Le Cerf, 1996.

[5] T. U. Berger, „Norms, Identity and National Security in Germany and Japan“, Peter J. Katzenstein, The Culture of National Security, New York, Columbia University Press, 1996, S. 317–356.

Quelle: [Polémia](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) „Es gibt keine Macht und keine Autorität außer Allah“

14. 10. 2021



Bildquelle: FDS

Der islamische Gebetsruf wird nun jeden Freitag in den 35 Moscheen in Köln zu hören sein

Die Stadt Köln, eines der wichtigsten Zentren des katholischen Glaubens in Deutschland, wird in den nächsten zwei Jahren den Ruf des muslimischen Muezzins in der gesamten Stadt zulassen.

Die 35 Moscheen in Köln können jeden Freitag zwischen 12 und 15 Uhr für fünf Minuten zum Gebet aufrufen und über Lautsprecher verkünden: „Es gibt keine Macht und Autorität außer Allah“.

Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker feierte dieses „Modellprojekt“ auf Twitter als „Zeichen des Respekts“. Schließlich wird jeder Reisende in der Stadt „von der Kathedrale empfangen und von den Kirchenglocken begleitet“. Als „weltoffene Stadt“ will Köln nun auch die „berechtigten religiösen Interessen“ der Muslime schützen. Kritikern erteilte Reker eine klare Absage: „Wer das bezweifelt, stellt die Identität Kölns und unser friedliches Zusammenleben in Frage.“

Muezzin-Rufe in Köln – Islamexperten sind skeptisch. Sie werfen Reker vor, das eigentliche Problem zu ignorieren. „Hier geht es nicht um ‚Religionsfreiheit‘ oder ‚Vielfalt‘, wie Oberbürgermeisterin Reker behauptet“, sagt Integrationsexperte Ahmad Mansour. „Die Moscheebetreiber wollen sichtbar sein. Sie zelebrieren den Muezzin als Machtdemonstration über ihre Stadtviertel“.

Quelle: [BILD](#)

Die Zentralen der großen türkischen Nichtregierungsorganisationen wie die Türkisch-Islamische Union bei der Direktion für religiöse Angelegenheiten (DITIB), Milli Gorus (IGMG) und die Türkisch-Europäische Islamische Union (ATİB) befinden sich in Köln, der größten Stadt in Nordrhein-Westfalen.

In Deutschland gibt es mehr als 900 Moscheen, die der DITIB angeschlossen sind.

Quelle: [TRT](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) SPD-Frau Aydan Özoğuz: Salafisten- und Hisbollah-Sympathisantin als Bundestagspräsidentin im Gespräch

14. 10. 2021



Aydan Özoğuz | Bild: wikimedia commons ((CC BY-SA 3.0 DE))

Die ehemalige SPD-Integrationsministerin Aydan Özoguz ist, so der Tagesspiegel, eine ernsthafte Option für das Amt des Bundestagspräsidenten. Laut *WELT* gibt es sogar „entsprechende Gedankenspiele im Willy-Brandt-Haus“. Bekannt wurde Özoguz durch ihre Behauptung, eine deutsche Kultur sei „abseits der Sprache, schlicht nicht identifizierbar“.

SPD-Frau Özoguz: Salafisten-Sympathisantin als Bundestagspräsidentin im Weniger bekannt in der Öffentlichkeit ist Özoguz' offen pro-islamistische Einstellung, sei es bei ihrer Teilnahme an einer antisemitischen Hisbollah-Demonstration, beim Kampf gegen ein Burka-Verbot oder auch bei ihren Sympathiebekundungen für Salafisten, die zum IS nach Syrien reisten. Erwähnenswert auch Özoguz' Engagement beim Islamischen Zentrum Hamburg IZH, das als „Außenposten“ der iranischen Terror-Mullahs vom Verfassungsschutz beobachtet wird. 2011 rief Özoguz Muslime zum Boykott der Islamkonferenz auf, weil der Schwerpunkt der Veranstaltung auf Sicherheit und Deradikalisierung liegen sollte.

Außerdem warnte Özoguz 2013 davor, Kinderehen pauschal zu verbieten. Dabei sterben jedes Jahr weltweit mehr als 22 000 Mädchen durch zu frühe Schwangerschaften und Geburten. Der Grund: Kinderehen, so die internationale Nichtregierungsorganisation „Save the Children“ (11. Oktober 2021).

Die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beatrix von Storch, erklärt dazu:

„Nach dem Muezzin-Ruf in der Domstadt Köln jetzt noch eine Islamistin und Antisemitin im Umfeld von Hisbollah und Muslimbrüdern als Bundestagspräsident? Özoguz' vielfach

nachgewiesene Islamistenfreundlichkeit scheint die SPD bei der Besetzung eines der höchsten Ämter in unserer Demokratie nicht zu stören. Genosse Scholz wird mit Özoguz seine politische Entdeckung aus Hamburger Tagen weiter fördern. Und eine völlig desolante Union wird Merkmals ehemalige Staatsministerin für Integration bei deren Marsch durch die Institutionen an die Spitze des Bundestages sicherlich aktiv unterstützen. Über dem Reichstag steht ‚Dem deutschen Volke‘, nicht ‚Dem deutschen SPD-Islamismus‘. Wehret den Anfängen.“

Quelle: Pressestelle der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) „Energiewende“ soll dank „Klimakrise“ Groß-Konzernen Milliarden Gewinne verschaffen | Teil 2

13. 10. 2021

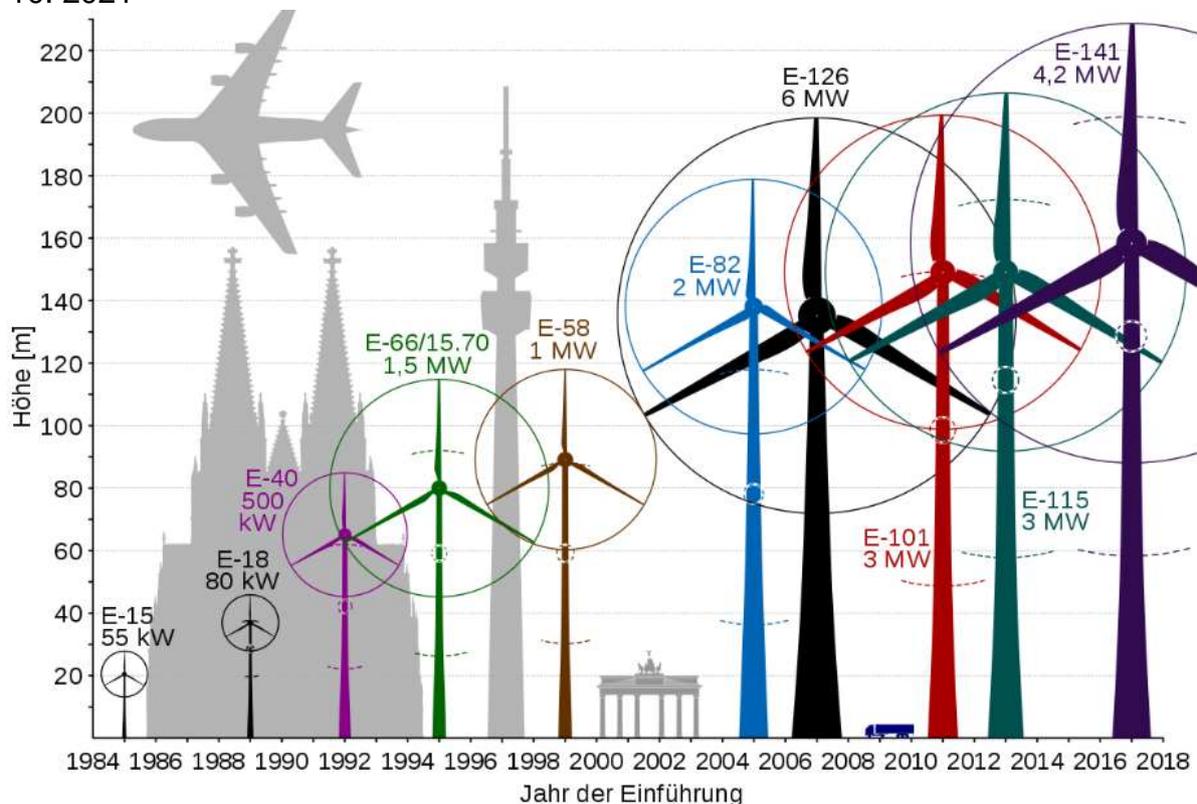


Bild: Jahobr / wikimedia commons / (CC0 1.0)

Teil 2: Energiewende in der Sackgasse – Institutionelle Anleger enttäuscht

Die Fokussierung der institutionellen Anleger auf die Windparks stellten allerdings die Stromversorger vor unlösbare Probleme. Die fluktuierende, also windabhängige Stromproduktion durch die Windkraftanlagen waren im Netz immer schwerer auszuregulieren. Teilweise musste Stromüberschüsse sogar zu negativen Strompreisen exportiert werden. Die Windenergie boomte zumindest bis 2017. Anteile an Windkraftanlagen waren so beliebt, dass es sogar Wartelisten für private Investoren gab, die am großen Kuchen mitnaschen wollten. Seither ist es allerdings Schluss mit lustig.

Windparkboom vorbei

Sogar im Mekka der Windenergie in Deutschland ist man gewaltig auf die Förderbremse gestiegen. Für alte Anlagen laufen die Förderverträge aus und diese müssen bald abgewrackt werden, weil sie zu Marktkonditionen nicht mehr kostendeckend zu betreiben sind. Interessenten für neue Windparks müssen sich einem „Bieterverfahren“ stellen. Dabei bekommt derjenige den Zuschlag, der den günstigsten Einspeisetarif anbietet. Gewinn und Verlust liegen da ganz eng beisammen. Eine Anleitung zum Gelddrucken sieht anders aus. Die „institutionellen Investoren“ bekamen kalte Füße und die Anzahl der neu errichteten Anlagen halbierte sich gegenüber 2018 (2017 5300 MW, 2018 nur noch 2400 MW neu installierte Nennleistung in Deutschland).

Wie ist diese ganze Entwicklung zu erklären?

Am Beginn der Förderung der „alternativen Energien“ hatte die Windenergie die Nase vorne, weil der Preis der erzeugten KWh wesentlich geringer war, als die von Biomassekraftwerken.

Obendrein war eine Investition in einen Windpark für einen institutionellen Investor viel überschaubarer als in viele kleine lokale Biogasanlagen. Banken, Versicherungen und Pensionsfonds verfügen auch einfach nicht über die Kompetenz sich beispielsweise mit der wesentlich komplexeren Technologie von Biogasanlagen zu beschäftigen. Windkraftanlagen sind da wesentlich einfacher zu durchschauen. So war das Vorpreschen der Windenergie leicht zu erklären.

Windenergie ohne Speichermöglichkeiten Fehlentwicklung

Was dabei allerdings übersehen wurde war, dass man eine erzeugte KWh von einem Windrad nicht mit der von einer Biogasanlage oder einem Biomassekraftwerk vergleichen konnte: Letztere liefern vorhersehbar Strom, während Windräder nur Strom liefern, wenn eben gerade mal der Wind bläst. Das Ganze war vom Anfang an ein Äpfel-Birnen Vergleich. Allerdings konnte eine Zeitlang das Netz mit der fluktuierenden Stromproduktion durch Windräder umgehen: Es mussten eben die verpönten Kohle-, Öl- und Gaskraftwerke nach Bedarf zu- und abgeschaltet werden, damit das Netz stabil blieb. Die Kosten für die Bereitschaftshaltung von Kraftwerkskapazitäten wurden einfach den Endkunden umgehängt.

Industriestandort gefährdet

Ein weiterer Ausbau der Windenergie würde die Netzstabilität und damit den Industriestandort Deutschland (oder Österreich) gefährden. Trotzdem will die Finanzindustrie auf die liebgewordene Einnahmequelle nicht mehr verzichten. Man will offensichtlich die Politiker mit einer irrationalen Medienkampagne gegen alle Vernunft dazu zwingen, die Windenergie weiter üppig zu fördern! Klar ist auch, dass man irgend eine technische Lösung anbieten muss, um mit dem fluktuierenden Windstrom irgendwie fertig zu werden. Technisch sind dazu nur Pumpspeicherkraftwerke oder Akkus im Stande. Erstere kann man nicht beliebig ausbauen, also bleiben nur Akkus über.

Lesen sie in den nächsten Tagen in Teil 3, wie man die Nebenkosten der Windkraft auf den Endkunden abwälzen will. Teil 1 finden sie [hier](#). (04.10.2021)

<https://unser-mittleuropa.com/energiewende-soll-dank-klimakrise-und-klimahysterie-gross-konzernen-milliardengewinne-verschaffen/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Deutschland: gewalttätige Unterdrückung der Opposition eskaliert

12. 10. 2021



Antifa-Aufmarsch vor und Haus von Petr Bystron | Bilder: Screenshot FB-Seite ‚Antifa Stammtisch München‘ (mitte) und Petr Bystron (links und rechts)

Übergriffe, Todesdrohungen, Extremistenaufmärsche: massive Unterdrückung der Opposition in Deutschland

Der Kommissar für Folter der Menschenrechtskommission der UNO ist allarmiert: In Deutschland häufen sich massive Übergriffe gegen Oppositionelle. Egal ob massive Polizeigewalt gegen Demonstranten, Todesdrohungen gegen Oppositionspolitiker oder Aufmärsche von gewaltbereiten Extremisten – immer sind Regierungskritiker die Opfer. Besonders dramatisch: Oft werden diese Übergriffe von den Behörden unterstützt. Die deutschen Medien, selbst bei den kleinsten Übergriffen gegen die Regierenden sofort zur Stelle, beschweigen die Überfälle weitestgehend. Hier das Video des Aufmarsches:

<https://www.youtube.com/watch?v=iz0mkglrBh8>

Linksextremisten randalieren, werfen Rauchbomben und Farbe auf die private Wohnung des Oppositionspolitikers Petr Bystron.

So kam erst durch eine [Veröffentlichung des US-Magazins](#) The Getaway Pundit heraus, dass am Vorabend der Wahl ein Angriff auf das Haus des früheren bayerischen Landesvorsitzenden der AfD, Petr Bystron verübt wurde. Eine 800 Personen zählende Demonstration von militanten Linksextremistischen versammelte sich vor der privaten Wohnung des Bundestagsabgeordneten, zündete Rauchbomben, randalierte, bewarf das Haus mit Farbgeschossen und lieferte sich Schlägereien mit der Polizei. Dies war kein Einzelfall, sondern ein weiterer Angriff aus einer Reihe von Übergriffen, verbrannten Autos, beschädigten Hausfassaden und schweren Körperverletzungen, denen Oppositionell in Deutschland in den letzten Monaten ausgesetzt waren.

Am 13. September veröffentlichten Linksextremisten auf einer vom Verfassungsschutz beobachteten linksextremen Webseite eine [Liste mit 53 Namen](#) und privaten Adressen von AfD-Politikern. „Töten wir die Schweine der AfD mittels Sprengstoff“, hieß es wörtlich in dem Hetzaufruf. Beigefügt soll auch eine Anleitung zur Herstellung des Sprengstoffs gewesen sein. Am 23. September kam ein Aufruf von Linksextremisten in Umlauf, in dem die „Entnahme“, wie bei „gefährlichen Tieren“ von 250 Oppositionellen gefordert wird. Betroffen sind konservative Politiker, Journalisten und Publizisten, darunter die Schriftstellerin Birgitt Kelle, der Journalist Roland Tichy, zahlreiche Politiker der AfD, aber auch die führenden Köpfe der Corona-Kritiker aus der Partei die Basis wie Alexandra Motschmann oder Dr. Rainer Füllmich. Im Wahlkampf wurden unzählige Büros und Häuser von AfD-Politikern beschädigt, deren [Autos angezündet](#).

Bereits im August kam es in Berlin zu einer gewaltsamen Auflösung einer Regierungskritischen Demonstration, bei der die Polizeikräfte äußerst brutal gegen friedliche Demonstranten vorgegangen sind, darunter Frauen, Kinder und Rentner. Die erschütternden Szenen haben den [UN-Sonderberichterstatter](#) über Folter, Nils Melzer auf den Plan gerufen, der die Untersuchung der Vorfälle angekündigt hatte. Für massive Kritik sorgte auch die Tatsache, dass die gleichen Einheiten der Berliner Polizei nur eine Woche später eine über 60.000 Personen zählende LGBT-Demo völlig unbehelligt durch Berlin flanieren ließen.

Alle diese Ereignisse bestätigen das Bild eines Deutschlands, in dem die Opposition systematisch unterdrückt und schikaniert wird. Politiker der größten Oppositionspartei sind Freiwild für Linksextremisten, Journalisten freier Medien werden mit polizeilichen Maßnahmen eingeschüchtert, deren Bankkonten gekündigt und [Anzeigenkunden verjagt](#). Regierungskritische Demonstranten werden unter dem Vorwand der Nichteinhaltung von Corona-Vorschriften brutal verprügelt währenddessen Demonstranten, die im Sinne der Regierungsideologie demonstrieren, unbehelligt bleiben.

Das Ausmaß der staatlich geduldeten Gewalt gegen die Opposition in Deutschland hat erschreckende Ausmaße erreicht. Zieht man die unzähligen illegalen Hausdurchsuchungen bei oppositionellen Aktivisten, Journalisten und zuletzt sogar bei Richtern, deren einziges „Verberechen“ darin bestand, Urteile zu fällen, die der aktuellen Regierungspolitik entgegenstanden, muss man feststellen, dass Deutschland längst wegen der Unterdrückung der Opposition reif für eine Beobachtung durch die OSZE ist.

So hat auch der [Bundsvorstand der AfD](#) zwar im Fall Bystron den „feigen Anschlag auf einen gewählten Volksvertreter“ verurteilt und die Aufklärung der Tatsache gefordert, dass der Demonstrationzug durch ein Wohngebiet vorbei an der privaten Wohnung geführt wurde, obwohl dem BKA bereits Tage zuvor Hinweise auf Bedrohung des Abgeordneten aus Kreisen der linksextremen Antifa vorlagen. Doch eine Hoffnung auf eine Aufklärung oder gar Verurteilung der Täter ist nicht in Sicht.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Österreich (Seiten 211 – 219)

08) FPÖ – Kickl: Offener Brief an Bundespräsident Van der Bellen

22. 10. 2021



FPÖ – Kickl: Offener Brief an Bundespräsident Van der Bellen

Wien (OTS) – FPÖ-Bundesparteiobmann Klubobmann NAbg. Herbert Kickl richtete heute einen Offenen Brief an Bundespräsident Alexander Van der Bellen zum Thema 3G am Arbeitsplatz. Wir veröffentlichen das Schreiben im Wortlaut.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Seit rund 19 Monaten werden die Grund- und Freiheitsrechte der Österreicher von der Bundesregierung Stück für Stück eingeschränkt – und das ohne echte Evidenz. Unter dem Deckmantel des Gesundheitsschutzes wurde ein Regime errichtet, das Merkmale aufweist, die in einer westlichen Demokratie nichts verloren haben.

Es wurde und wird mit einer noch nie dagewesenen Angst- und Panikmache ganz gezielt ein Keil in die Gesellschaft getrieben, Menschen wurden und werden gegeneinander aufgebracht, selbst vor Familien wurde und wird nicht Halt gemacht.

Auch wenn Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, sich bedauerlicherweise bisher nicht mahnend zum stückweisen Raubbau unserer Grund- und Freiheitsrechte geäußert haben, spätestens jetzt sollten Sie es tun. Mehr noch: Sie sollten von Ihrem verfassungsmäßig festgelegten Recht, ein Gesetz nicht zu unterschreiben, Gebrauch machen. Im Namen ganz vieler Bürgerinnen und Bürger des Landes ersuche ich Sie darum, die aktuelle Novellierung des Covid19-Maßnahmengesetzes, die den Grundstein für das 3G-Regime am Arbeitsplatz legen soll, nicht zu unterfertigen.

Sie wissen, die Regierung hat immer wieder in Abrede gestellt, eine Corona-Impfpflicht in Österreich einzuführen. Was jetzt auf den Weg gebracht wird, ist aber der Sache nach nichts Anderes. Wer keine Repressalien erleiden will, wer nicht ständig testen gehen will oder kann, wer seine Arbeit nicht verlieren möchte – und im schlimmsten Fall die Arbeitslosenunterstützung obendrauf –, der soll nun offenbar über den Weg des Arbeitsplatzes gezwungen werden, sich impfen zu lassen.

Ich nenne diese Vorgangsweise schlicht und ergreifend erpresserisch. Dass die US-Seuchenbehörde CDC schon vor Monaten festgestellt hat, dass sich Geimpfte sehr wohl mit Covid infizieren und das Virus weiterverbreiten können, wird von der Regierung ignoriert – genauso wie die Tatsache, dass auch vollständig geimpfte Menschen schwer erkranken können und im Krankenhaus versorgt werden müssen, und wie die Tatsache, dass es häufig zu schweren Nebenwirkungen von Corona-Impfungen kommt. Nicht umsonst warnen Wissenschaftler von Weltruf davor, diesen Weg des Impfzwangs fortzusetzen, und plädieren stattdessen für eine frühzeitige medikamentöse Behandlung von symptomatischen Infizierten, die große Erfolge erzielt.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, Sie können doch auch die Augen nicht vor offenkundigen Widersprüchen in der Regierungsargumentation verschließen!

Während ÖVP-Finanzminister Blümel erst vor kurzem quasi das Ende der Pandemie verkündete, hat die Regierung zur gleichen Zeit den Ausnahmezustand in Österreich sogar per Gesetz bis zum Sommer 2022 ausgedehnt – mit der Option auf Verlängerung bis Ende 2022. Auf Basis welcher Fakten eigentlich? Es gibt keine.

Gleichzeitig wurde beschlossen, dass es die Gratis-Testmöglichkeiten nur mehr bis März 2022 geben wird. Das bedeutet, dass in Kombination mit der 3G-Regelung am Arbeitsplatz gesunde Menschen künftig dafür zahlen müssen, um ihrer Arbeit nachgehen zu dürfen. Wo bleiben Freiheit und Menschenwürde?

Zu einem Zeitpunkt, wo andere Staaten schon lange Öffnungsschritte gesetzt haben bzw. solche zumindest angekündigt haben, rollt die Regierung also fakten- und evidenzbefreit ein Impfzwangssystem aus.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, die Grundrechtseinschränkungen, mit denen die Regierung unser Land überzogen hat, waren nie tragbar und sind auch jetzt mit keinem Argument zu rechtfertigen.

Aktuell, im Herbst 2021, ist in Österreich keine epidemische Lage gegeben. Betrachtet man die Zahl der bereits Geimpften und die Zahl jener, die genesen sind, muss man davon ausgehen, dass die sogenannte „Herdenimmunität“ ohnehin erreicht ist. Würde die Regierung unserem Vorschlag, flächendeckend Antikörpertests anzubieten, entsprechen, hätten wir auch darüber längst Klarheit.

Es besteht keine Ausnahmesituation. Deshalb besteht auch keine Rechtfertigung (mehr) für jegliche Art von Grundrechtseingriffen.

Die Fragen, die Sie sich als Bundespräsident jetzt stellen müssen, sind: Ist ein derartiges Vorgehen noch mit einer Demokratie vereinbar? Entspricht diese Art der staatlichen Erpressung Ihrem eigenen Wertekanon? Wollen Sie weiterhin einem faktenbefreiten Zwangsregime durch Ihre Unterschrift Vorschub leisten? Wollen Sie die von der Regierung betriebene Spaltung der österreichischen Gesellschaft weiterhin durch Ihre Unterschrift gutheißen?

Ich gehe davon aus, dass Sie, der Sie als Bundespräsident für alle Österreicher angetreten sind, die vorhin gestellten Fragen mit einem klaren „Nein, das will ich nicht“ beantworten müssten. In diesem Fall ist es konsequent, wenn Sie auch danach handeln. Konkret dadurch, dass Sie Ihre Unterschrift unter das aktuelle Gesetz, mit dem das 3G-Regime am Arbeitsplatz implementiert werden soll, verweigern.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, wann, wenn nicht jetzt, wenige Tage vor unserem Nationalfeiertag, ist der ideale Zeitpunkt, für uns alle und insbesondere für Sie, ein klares Zeichen für die Freiheit und gegen Zwang zu setzen? Andernfalls sind alle Feiertagsreden zum Thema Freiheit und Souveränität nichts Anderes als Schall und Rauch.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Herbert Kickl
Abgeordneter zum Nationalrat der Republik Österreich
Bundesparteiobmann und Klubobmann der FPÖ

Quelle: [Presseaussendung FPÖ](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Wie Linksextremisten in Tirol freie Hand für ihre Gewalttaten haben

21. 10. 2021



Neben Wien entwickelt sich Tirol und hier primär die Landeshauptstadt Innsbruck immer mehr zu einem Hotspot der linksradikalen Szene in Österreich. Ausgehend aus dem Umfeld der lokalen Universitäten, haben es die linken Gewalttäter vor allem auf die FPÖ und ihre Einrichtungen und Mitarbeiter abgesehen. Von der grün-regierten Stadtverwaltung sowie der Polizei müssen sie sich nicht in Acht nehmen, wie die mittlerweile dutzenden Fälle der Vergangenheit zeigen, die alle bisher ohne ernsthafte Konsequenz blieben.

Gelockerte Radmuttern, Farbanschläge, Fäkalien, Grabkerzen

Die Serie an linksextremen Angriffen auf Eigentum und auch Personen der FPÖ in Tirol, besonders in Innsbruck, ist gut dokumentiert und lange. Sie reichen von gelockerten Radmuttern an einem Fahrzeug der Freiheitlichen, womit die Linken sogar den Tod des Fahrers in Kauf nahmen, über Schmier- und Farbbeutelattaken auf Geschäftsstellen, Lokale und Wahlkampfstände bis hin zu Grabkerzen vor Parteilokalen und regelmäßigen Attacken mit Fäkalien. [Innerhalb eines Jahres kamen so über zehn Angriffe zusammen.](#)

Linksextremes Treiben wird toleriert

Nun wurde erneut die FPÖ-Landesgeschäftsstelle Ziel einer Fäkalattacke, und das, nachdem erst die Fassade neu gereinigt wurde. Das stellt den elften Angriff auf ein Parteibüro der FPÖ in Innsbruck in den letzten zwei Jahren dar, so der Generalpartei sekretär der FPÖ Tirol Patrick Haslwanter, der eine härtere Gangart gegen Linksextremismus in Innsbruck und erhöhte Polizeipräsenz bei den Parteibüros der Freiheitlichen forderte.



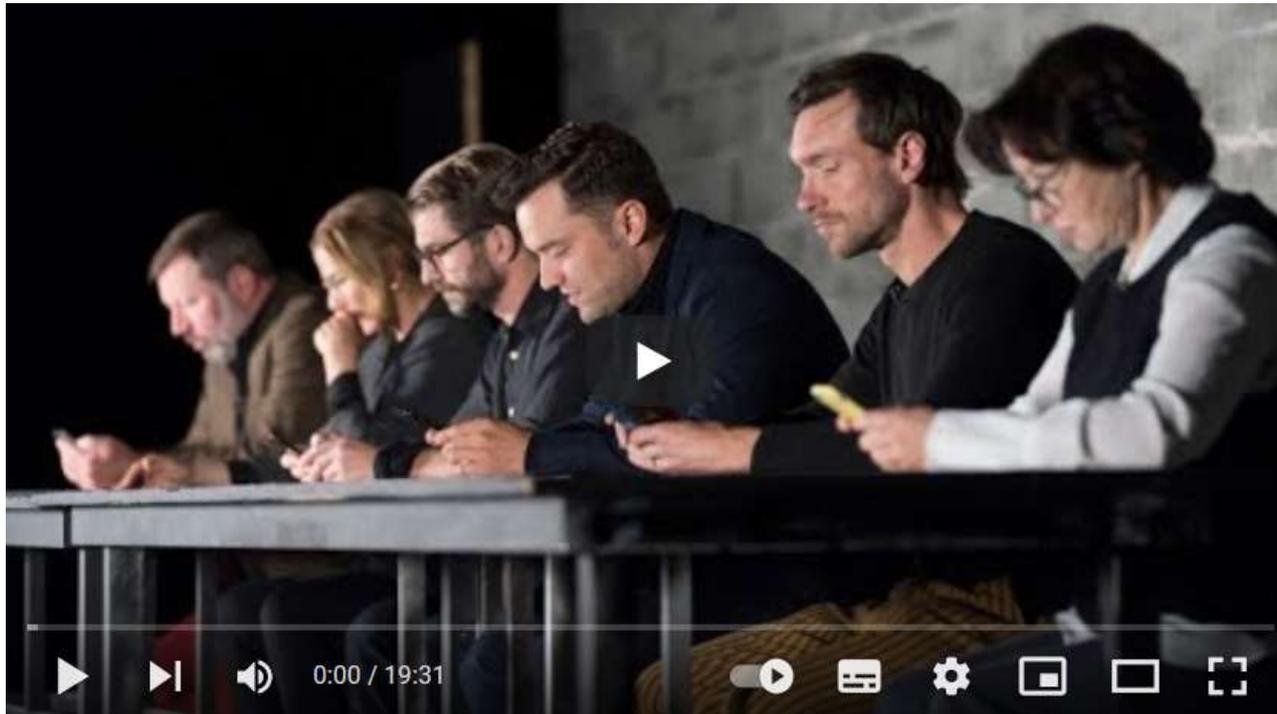
„Der Angriff auf eine Partei ist ein Anschlag auf die Demokratie, weshalb entsprechend gehandelt werden muss“, fordert Haslwanter mehr Engagement im Kampf gegen den Linksextremismus, bevor Personen zu Schaden kommen. Darüber hinaus fordert der FPÖ-Politiker erneut die anderen Parteien auf, hier einen Schulterschluss zu vollziehen, diese Taten zu verurteilen und gegen antidemokratische Vorgänge von jeder politischen Richtung aufzutreten.

Eine Liste sämtlicher Angriffe auf die FPÖ findet sich auf der Seite dokumentationsarchiv.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

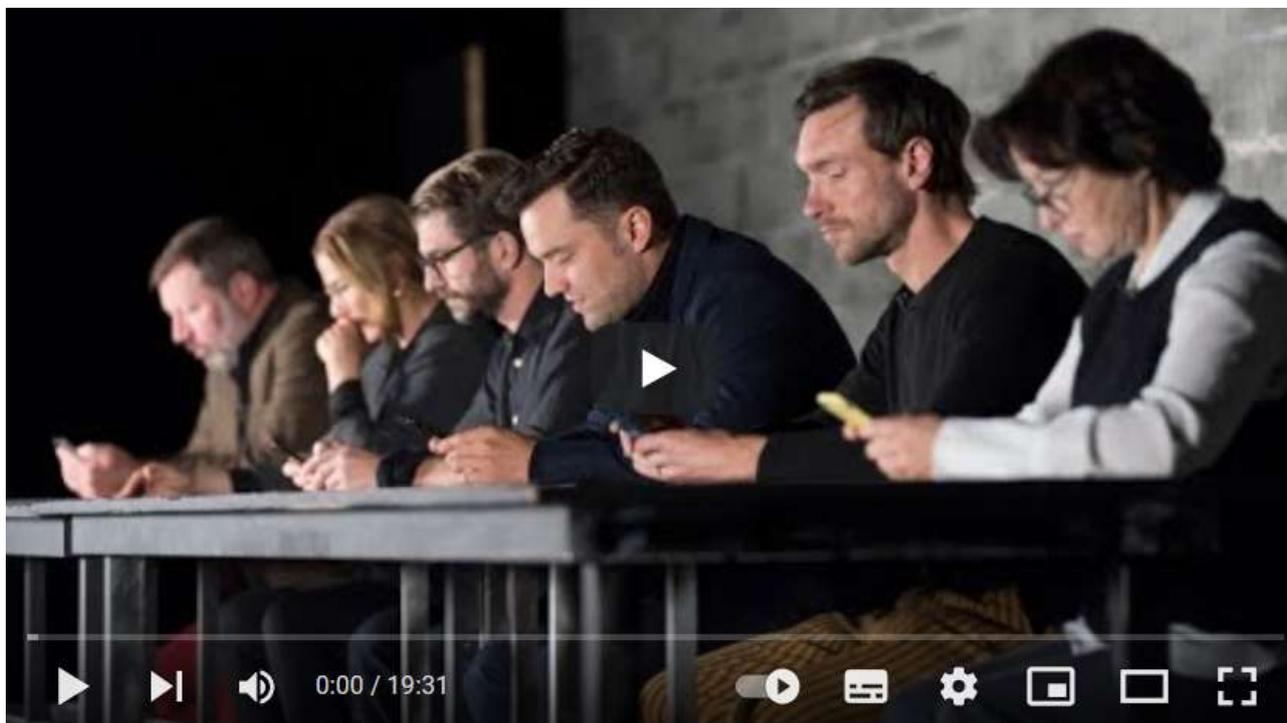
10) Wien: Das Burgtheater-Ensemble liest die Chatprotokolle in der Causa Kurz

17. 10. 2021



Screenshot Video Burgtheater

CAUSA KURZ: DIE CHATPROTOKOLLE – Eine Lesung des Burgtheater-Ensembles



<https://unser-mittleuropa.com/wien-das-burgtheater-ensemble-liest-die-chatprotokolle-in-der-causa-kurz/>

Aus dem YouTube-Kanal des Wiener Burgtheaters:

„Korruption und Betrug – gegen Sebastian Kurz und weitere Beschuldigte ermittelt die Staatsanwaltschaft. Sie gründet ihre Vorwürfe auf Chat-Nachrichten. Wir lesen diese vor! Gemeinsam mit der STANDARD-Redaktion setzen wir die Chats in den Kontext. Damit Sie sich selbst ein Bild von all den Vorgängen machen können. Die Ensemblemitglieder des Burgtheaters Regina Fritsch, Daniel Jesch, Christoph Luser, Dörte Lyssewski, Robert Reinagl und Nils Strunk schlüpfen in die Rollen von Sebastian Kurz, Thomas Schmid und anderen.“

CAUSA KURZ: DIE #CHATPROTOKOLLE
Eine Kooperation von Der [Standard](#) & [Burgtheater](#)
ab 16.10.2021, 10 Uhr

Mit Regina Fritsch, Daniel Jesch, Christoph Luser, Dörte Lyssewski, Robert Reinagl & Nils Strunk sowie Chefredakteur Der Standard Martin Kotynek und Burgtheaterdirektor Martin Kušej

Videoproduktion: [Der Standard](#)
Redaktion: [Der Standard](#)
Künstlerische Umsetzung: [Burgtheater](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Österreich: FPÖ nach ÖVP-Desaster wieder auf über 20% – türkiser Totalabsturz

14. 10. 2021



Der Absturz der Türkisen | flickr.com

Die Turbulenzen rund um die mutmaßlichen Kriminalfälle im Umfeld der ÖVP – es gilt die Unschuldsvermutung – fanden natürlich auch in den neuesten Umfragen ihren Niederschlag. Die Spitze des Eisberges war bekanntlich der „erfolgreiche“ Versuch mit manipulierten Umfragen, die obendrein ausgerechnet vom Finanzministerium finanziert wurden, die gewünschte Stimmung für Sebastian Kurz zu produzieren, um seinen Vorgänger Reinhold Mitterlehner als ÖVP-Parteichef abzuservieren.

FPÖ legt massiv zu

Den höchsten Zugewinn nach Aufliegen der Kurz-Machenschaften kann die FPÖ verzeichnen, die jetzt lt. Umfrage (siehe unten) wieder die 20-Prozent-Marke übersteigt. Zwei Gründe sind hier mitauschlaggebend:

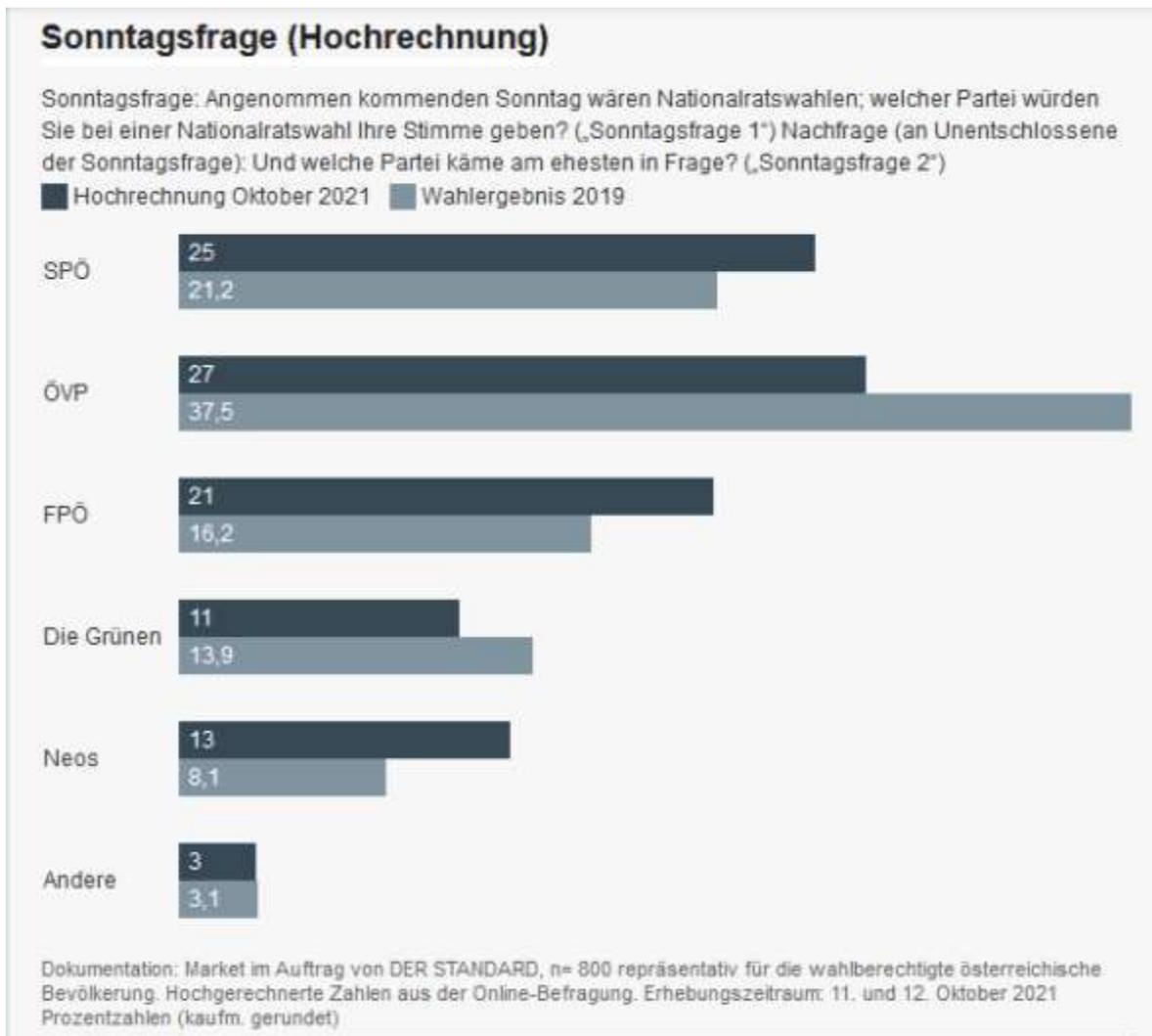
- Zum einen hat es Kurz gut verstanden, sich auf FPÖ-Themen „draufzusetzen“, beispielsweise in der Migrationspolitik. Auch hier wurde er jetzt durchschaut. Österreich verzeichnet derzeit einen Rekordzuwachs an illegalen Einwanderern, während Kurz immer von einer geschlossenen Balkanroute schwadronierte. Getäuschte Kurz-Wähler kehren jetzt zu FPÖ zurück.
- Zum anderen ist es der neue FPÖ-Chef Herbert Kickl, dem die Leute das zutrauen, was Kurz versprach: nämlich auf der Seite der Einheimischen zu stehen und nicht fremde Interessen zu vertreten. Außerdem ist Kickl absolut integer, ganz im Gegensatz zur Kurz-Riege, die jetzt die Fäden aus der zweiten Reihe ziehen will. Kurz ist ja bekanntlich nicht komplett zurückgetreten, sondern jetzt Klubchef seiner Partei und Abgeordneter im Nationalrat.

ÖVP verliert jeden vierten Wähler

Nachdem das alles jetzt aufgefliegen ist und Kurz als Kanzler zurücktrat, muss die von Schwarz auf Türkis umgefärbte Partei auch einen Absturz in den aktuellen Umfrageergebnissen zur Kenntnis nehmen. Und ein Ende des Debakels ist noch lange nicht in Sicht: Weitere Enthüllungen drohen und zur inzwischen festgenommenen Meinungsforscherin, die für die getürkten Umfrageergebnisse verantwortlich war, könnten demnächst weitere Inhaftierte hinzukommen.

Der Wechsel an der Regierungsspitze von Kurz auf den ehemaligen Außenminister Alexander (Graf) Schallenberg lässt die ÖVP geschwächt zurück: In der aktuellen Market-Umfrage für den [STANDARD](#) rutscht die Kanzlerpartei gegenüber der Nationalratswahl vor zwei Jahren von 37,5 auf 27 Prozent, als um rund zehn Prozentpunkte – oder etwa jeden vierten Wähler verlieren – ab.

Hier die Grafik im Auftrag von derstandard.at:



Hier noch eine kleine Auswahl an Umfrageergebnissen von „Research Affairs“ der Agentur, deren Chefin, Sabine Beinschab inhaftiert wurde. Das jeweilige Anliegen der ÖVP wurde als Wille der Bevölkerung dargestellt. Speziell die beiden Fragen rund um Corona offenbaren einmal mehr, wie in der sog. „Pandemie“ die Leute zum Narren gehalten werden:

20. März 2021: ÖVP für regionale Corona-Regelungen

22. März 2021: *Umfrage von Research Affairs: Österreicher wollen regionale Corona-Regelungen*

31. März 2021: ÖVP will Sputnik V in Österreich

31. März 2021: *Umfrage von Research Affairs: Österreicher wollen Sputnik V*

12. Juni 2021: ÖVP will keine Erleichterungen bei Zugang zur Staatsbürgerschaft

20. Juni 2021: *Umfrage von Research Affairs: Österreicher möchten keine Erleichterungen*

4. Juli 2021: ÖVP möchte mehr Druck auf Arbeitslose

10. Juli 2021: *Umfrage von Research Affairs: Österreicher wollen mehr Druck auf Arbeitslose*

28. Jänner 2021: ÖVP möchte keine Änderungen, Grüne wollen Lockerungen bei Abschiebungen

4. Februar 2021: *Umfrage von Research Affairs: Österreicher wollen keine Lockerungen bei Abschiebungen*

Update v. 14.10. 16 Uhr:

Inzwischen wurde bekannt, dass die festgenommene Agenturchefin Sabine Beinschab, die für ihre „Leistungen“ mehr als eine halbe Million Euro erhielt und einen Tag vor der Hausdurchsuchung die Festplatten der Rechner der Agentur löschte, bereits wieder auf freiem Fuß ist.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Niederlande (Seiten 219 bis 221)

12) Wilders: Ungarn könnte ein Vorbild für viele westliche Länder sein

13. 10. 2021



Geert Wilders · Foto: Rijksoverheid / Phil Nijhuis / Wikimedia CC 1.0

Die Zeitung Magyar Hírlap befragte Geert Wilders, den Vorsitzenden der größten niederländischen Oppositionspartei, der Partei für die Freiheit (PVV), über die Zukunft seines Landes und dessen Kampf gegen „progressive Ideen“. Der niederländische Politiker sprach auch über die Tatsache, dass er seit siebzehn Jahren unter Polizeischutz leben muss, weil er seine Ansichten über den Islam frei äußert.

Im Gespräch mit der Zeitung Magyar Hírlap beschrieb Geert Wilders die Ideologie seiner Partei, der PVV:

Wir sind eine kulturkonservative Partei, die für einen starken Nationalstaat eintritt. Wir glauben an eine Kultur, die sich auf das Christentum, das Judentum und den Humanismus stützt, an eine strenge Einwanderungspolitik und an eine strikt durchgesetzte Rechtsstaatlichkeit. Gleichzeitig unterstützen wir die Arbeiterklasse, die älteren Menschen, und wir unterstützen Steuererleichterungen für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

Aus dem Interview geht hervor, dass Millionen niederländischer Bürger den Zustrom nicht-westlicher – vor allem muslimischer – Einwanderer strikt ablehnen, und das aus gutem Grund, denn siebzig Prozent der niederländischen Muslime halten ihre eigenen religiösen Regeln, die Scharia, für wichtiger als das niederländische weltliche Recht. Es steht viel auf dem Spiel: unsere Lebensweise, unsere Werte und unsere Toleranz.

Immer mehr Menschen in den Niederlanden erkennen die Gefahren einer Parallelgesellschaft, die nichts mit unseren Werten und unserer Rechtsstaatlichkeit zu tun hat. Die Menschen sind besorgt, mehr denn je.

Wilders sagte, dass die Mehrheit der christlichen Kirchen in den Niederlanden leider politisch korrekt sei, Einwanderung und Asyl stark unterstütze und die Gefahren des Islam als totalitäre und gewalttätige Ideologie nicht nur ignoriere, sondern sogar versuche, mit ihm zu kooperieren.

Der Vorsitzende der Freiheitspartei erzählte auch, dass er und seine Frau seit siebzehn Jahren rund um die Uhr unter Polizeischutz in einem sicheren Haus der Regierung leben, weil gegen sie von Terrororganisationen wie al-Qaida, ISIS und den Taliban mit Fatwas (islamischen Rechtssprüchen) zum Mord angestiftet werde. Zu ihrer Sicherheit wurden sie sogar in Militärcasernen und Gefängnissen untergebracht. Alles nur aus dem Grund, weil sie den Islam, den Koran und den Propheten Mohammed kritisieren.

„Ich habe meine persönliche Freiheit in meinem Kampf für die Freiheit und gegen die Anti-Freiheit des Islam verloren. Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist im Westen bedroht, weil es zu viele schwache Politiker, Richter, Journalisten sowie linke und liberale Intellektuelle gibt, die das gefährliche Konzept des Kulturrelativismus propagieren und leugnen, dass eine vorherrschende nationale Kultur zu einem Nationalstaat gehört und dass Freiheit und Islam unvereinbar sind, wie sich in allen Ländern gezeigt hat, in denen der Islam eine starke oder dominante Präsenz hat. Ich habe ein Buch über dieses Thema geschrieben, das vor einigen Jahren auch in Ungarn veröffentlicht wurde.“

Trotz alledem ist Wilders optimistisch; er glaubt immer noch, dass die Niederländer als Nation eine Zukunft haben.

Doch er fügte hinzu, dass wir dazu früher oder später unsere Einstellung und unsere Politik ändern müssen. Es geht nicht nur um Einwanderung und Demografie, sondern auch darum, uns gegen eine Europäische Union zu verteidigen, die die Nationalstaaten zerstören will.

„Glücklicherweise gibt es in der Union starke Führungspersönlichkeiten wie Viktor Orbán, aber im Allgemeinen sind die linksliberalen Führer der EU unsere größten Feinde, wenn es um die Zukunft unseres Nationalstaats geht“, so Wilders.

Geert Wilders sagte, Ungarn könne ein Vorbild für viele westliche Länder sein, was den Stolz auf ihre nationale Kultur und Identität und ihre Bereitschaft, diese zu verteidigen, angeht. Ungarn ist ein Beispiel dafür, wie man die islamische Einwanderung stoppen, die Einmischung europäischer Bürokraten in nationale Angelegenheiten verhindern und zeigen kann, wie man sein Volk und seine Kultur verteidigen müssen. „Leider sind die Nationen Westeuropas weitgehend verrückt geworden und haben sich selbst zerstört“, heißt es in dem Interview.

Die gefährliche „Woke“-Ideologie, der Kulturrelativismus, die Politik der offenen Grenzen und des „Wir schaffen das“ sowie der Multikulturalismus machen uns kaputt.

„Ich sage, wir müssen die Niederlande zurückerobern. Ich sage, dass wir, wie in Ungarn, die Einmischung des Staates in unsere Schulen durch liberale, fortschrittliche Ideen stoppen müssen, insbesondere wenn es um Sexualerziehung geht, denn das ist das Privileg der Eltern. Dass wir uns auf unsere alten Werte besinnen müssen, dass wir unser eigenes Volk an die erste Stelle setzen müssen, dass wir die Islamisierung der Niederlande stoppen müssen und dass der Progressivismus eine Bedrohung darstellt. Kultureller Konservatismus ist nicht nur eine Tugend, sondern der einzige Weg für das Überleben unseres Volkes und unseres Staates.“

Quelle; [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Belgien (Seiten 221 bis 222)

13) Liège/Lüttich: Sie berauben Menschen, die Katastrophenopfern helfen!

Von Sarah Rasujew

13. 10. 2021



Die gestohlenen Werkzeuge wurden in der unmittelbaren Umgebung der Verdächtigen gefunden

Mohamed (35), Abdaziz (19), Trabelsi (27) und Ali (29) wurden vor dem Strafgericht von Lüttich zu Haftstrafen von bis zu 21 Monaten verurteilt, weil sie eine Reihe von Diebstählen begangen hatten, von denen einer besonders schockierend ist. Zwei von ihnen stahlen Werkzeuge von einem Mann, der sein Fahrzeug geparkt hatte, um den Opfern der schrecklichen Überschwemmungen zu helfen, die die Region im vergangenen Juli heimsuchten. Die Angeklagten wurden auch wegen einer Reihe von Diebstählen angeklagt, die sich sowohl gegen Einzelpersonen als auch gegen Geschäfte richteten.

Sie haben den Diebstahl zu ihrem täglichen Geschäft gemacht. Sie wurden wegen nicht weniger als acht Diebstählen und versuchten Diebstählen angeklagt, die zwischen März und August begangen wurden. Die meisten Angeklagten halten sich irregulär im belgischen Hoheitsgebiet auf, mit Ausnahme von Mohamed, der hofft, von einer Regularisierung seiner Staatsangehörigkeit profitieren zu können, da er die Schritte eingeleitet hat, um Belgier zu werden. „Ich muss Insulin nehmen und habe kein Geld, um es zu bezahlen“, sagte der Angeklagte bei seinem ersten Auftritt vor Gericht. „Ich habe auch gestohlen, um zu essen. Eine Aussage, die zu relativieren ist, da die betreffende Person meist Gegenstände gestohlen hat, die bis zum Beweis des Gegenteils nicht gegessen werden können...

Er stahl zwar ein Knäckebrot, aber zusammen mit zehn Zigarren und zwei Flaschen Whisky! Die unangenehmste Tatsache, für die er sich verantworten muss, wurde jedoch am 21. Juli letzten Jahres begangen. Er war mit einem gewissen Walid vor Ort, nicht weit von dem überfluteten Gebiet entfernt. Einmal wurden sie abgefangen, als sie neben einer Aktentasche standen, die Werkzeuge enthielt, die aus dem Lieferwagen eines der Retter gestohlen worden waren, der den Flutopfern half. Die Verdächtigen wurden festgenommen, als sie sich in der Nähe des Tatorts aufhielten. Die Polizei fand bei den beiden Männern die Fahrzeugschlüssel, einen Werkzeugkasten, eine Zigarrenkiste und eine Zigarre. Aber keiner der Angeklagten wollte den Diebstahl zugeben. Doch Mohamed war ein Wiederholungstäter. Er wurde zu einer einundzwanzigmonatigen Haftstrafe verurteilt. Die anderen Angeklagten erhielten insgesamt neunzehn Monate Haft, die zur Bewährung ausgesetzt wurde, soweit sie über die Dauer der Sicherungsverwahrung (Untersuchungshaft) hinausging.

Quelle: dhnet.be

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

P o l e n (Seiten 223 bis 235)

01) Dr. Łukasz Kamiński, Vorsitzender der Polnischen Plattform für Europäische Erinnerung und Gewissen, zu schriftlichen Drohungen

27. 10. 2021



Dr. Łukasz Kamiński · Foto: Polona Avanzo

„Es gibt einen schmalen Grat zwischen gewalttätigen Worten oder Drohungen und echter Gewalt“

Die Nachricht von Morddrohungen und Kugeln, die per Post an den slowenischen Premierminister Janez Janša, Verteidigungsminister Matej Tonin, Innenminister Aleš Hojs, den SNS-Vorsitzenden Zmagelj Plemeniti und die beiden Fraktionen in der Nationalversammlung, DeSUS und SNS, geschickt wurden, hallt im Ausland wider. Dr. Łukasz Kamiński, Vorsitzender der Polnischen Plattform für Europäische Erinnerung und Gewissen, äußerte sich gegenüber Demokracija ebenfalls zu diesen Bedrohungen.

Kamiński war Ende August in Slowenien zu Gast bei einer internationalen Konferenz anlässlich des Europäischen Tages des Gedenkens an die Opfer aller Totalitarismen, die in Ljubljana stattgefunden hat. Er bezeichnete die Drohungen als besorgniserregende Nachrichten und betonte, dass, sobald Gewalt an die Stelle von Debatten und Argumenten tritt, dies den Anfang vom Ende der demokratischen Ordnung bedeuten könnte.

„Es gibt einen schmalen Grat zwischen gewalttätigen Worten oder Drohungen und echter Gewalt. Ich hoffe, dass solche Taten von allen Vertretern aller politischen Kräfte verurteilt

werden. Wir wissen aus der Geschichte, dass der Moment, in dem Gewalt an die Stelle von Debatte und Argumentation tritt, ein gefährlicher Moment ist, da er den Anfang vom Ende der demokratischen Ordnung markieren kann“, so Dr. Kamiński.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Demokracija-Chefredakteur Jože Biščak zur Verabschiedung der Resolution gegen Polen

22. 10. 2021



Jože Biščak · Foto: Archiv Demokracije; Bearbeitung: Matic Štojs Lomovšek

„Was im Europäischen Parlament passiert ist, ist eine Schande und ein ungeheurer Versuch, einen souveränen Staat zu unterjochen!“

„Es ist ganz klar, was die progressive Elite in Brüssel und die Marionetten von Soros stört. Die derzeitige Regierung Polens hat eine konservative Weltanschauung. Deshalb ist die heutige Verabschiedung der Entschließung eine Schande für die Europäische Union“, kommentierte Jože Biščak, Chefredakteur der Wochenzeitung Democracy, gegenüber einer der meistgelesenen polnischen Tageszeitungen, *Polityka*, die gestrige Entschließung des Europäischen Parlaments.

Das Europäische Parlament hat gestern in Straßburg mehrheitlich eine Resolution verabschiedet, in der es heißt, dass Polens „illegitimes Verfassungsgericht die Verfassung nicht auslegen kann“, da es lediglich „ein Instrument zur Legalisierung illegaler Handlungen der polnischen Behörden“ sei. Die Abgeordneten argumentierten, dass die EU die polnischen Bürger schützen müsse.

Jože Biščak, Chefredakteur des slowenischen Wochenmagazins *Demokracija*, kommentierte für *Polityka* die Annahme der Resolution. „Was heute im Europäischen Parlament geschehen ist, ist eine Schande für die Europäische Union. Die Tatsache, dass die Abgeordneten des Europäischen Parlaments eine völlig linke EntschlieÙung angenommen haben, die dem polnischen Verfassungsgericht die Legitimität abspricht, seine eigene Verfassung auszulegen, ist beispiellos und ohne Beispiel in der Geschichte der Europäischen Union. Lassen Sie es mich klar und deutlich sagen: Polen ist ein souveräner Staat und ein Mitglied der EU. Der oberste Akt eines souveränen Staates ist die Verfassung, und die einzigen, die das Recht haben, diese Verfassung auszulegen, sind die polnischen Verfassungsrichter. Es ist ganz klar, was die progressive Elite in Brüssel und die Soros-Marionetten stört. Die derzeitige polnische Regierung hat ein konservatives Weltbild und Polen entwickelt sich schnell“, so Biszcak.

Er erinnerte die Abgeordneten daran, dass der mutige polnische Feldherr Johann III. Sobieski von Polen vor etwas mehr als drei Jahrhunderten einen bedeutenden Beitrag zur Zukunft Polens und Europas geleistet habe. Ohne Sobieski und seine Armee, die den Vormarsch des Islams vor Wien gestoppt hat, gäbe es heute keine Europäische Union, könnten sich keine linken Abteilungen auf dem Brüsseler Boden breitmachen und auf Kosten der ehrlichen Menschen leben. Er hält den Versuch, Warschau den rein politischen Zielen Brüssels unterzuordnen, für inakzeptabel. „Alle Abgeordneten, die für die EntschlieÙung gestimmt haben, haben gezeigt, wie töricht und einfach es ist, das Europäische Parlament zu benutzen, um zu versuchen, dem Progressivismus zu huldigen. Die Resolution ist daher unrechtmäßig, und der EU-Gerichtshof kann sich in keiner Weise über die Verfassung und das Verfassungsgericht eines bestimmten Landes hinwegsetzen“, argumentiert der Chefredakteur von *Demokracija*. Die Länder sind der Europäischen Union nicht beigetreten, um sich von einer Elite sagen zu lassen, was richtig und falsch ist, um für die Nationalstaaten zu entscheiden, sondern um durch den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr Wohlstand für alle zu sichern.

An die Adresse der Polen richtete Jože Biščak seinen Aufruf: „Ich rufe die Polen auf, stark und stolz zu bleiben, wie sie es in ihrer Geschichte immer waren. Liebe polnische Männer und Frauen, die tapferen Männer und Frauen mit Mut, die die Bastion von Werten wie Glaube, Kultur, Familie und Tradition sind, lasst euch nicht von den Drohungen und dem Geschrei der Linken einschüchtern. Die Brüsseler Bestie mag schwarze Wolken aufziehen lassen und sie über Ihr Land schicken, aber lassen Sie sich nicht einschüchtern und stehen Sie für Ihre Ideale ein, die Ihnen heilig sind und für die es sich zu kämpfen lohnt“.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Polen: Vor einem Jahr hat das Verfassungsgericht die eugenische Prämisse aufgehoben – Zeit für den nächsten Schritt

Von Roman Motoła

22. 10. 2021



Bildquelle: PCh24

Vor einem Jahr verkündete das polnische Verfassungsgericht nach monatelangen Beratungen ein Urteil, das das Leben vieler gezeugter Kinder rettete. Die Richter, die es unterzeichnet haben, haben ein glorreiches Kapitel im Kampf für einen wahrhaft humanen, zivilisierten Staat hinterlassen. Damit schafften sie die so genannte eugenische Prämisse ab, nach der es nach altem polnischem Recht möglich war, dem ungeborenen Kind das Leben zu nehmen, wenn nur der Verdacht auf eine Krankheit oder Behinderung bestand. Ist dies das Ende des Kampfes um das Leben?

Die Geschichte der parlamentarischen Entschließungsanträge zu diesem Thema war recht komplex. Der erste Antrag wurde bereits im Herbst 2017 eingereicht. Da sich der Gerichtshof nicht vor Ende der letzten Legislaturperiode des Sejm und des Senats mit der Angelegenheit befasst hat, mussten die Parlamentarier ihre Untersuchung wieder aufnehmen. Dies geschah durch 119 Abgeordnete am Vorabend von Heiligabend 2019. Die Petenten beriefen sich auf mehrere Artikel des Grundgesetzes, darunter Artikel 30 (angeborene und unveräußerliche Menschenwürde), Artikel 32 (Gleichbehandlung durch die öffentliche Gewalt) und Artikel 38 (Garantien für den rechtlichen Schutz des Lebens eines jeden Menschen).

Es dauerte daher fast ein Jahr, bis der Fall verhandelt wurde. Während dieser Zeit erinnerten die Befürworter des Lebensschutzes den Obersten Gerichtshof ständig an den moralischen, vorrangigen Aspekt des Falles. Zu dieser Zeit gab es im parlamentarischen Gefrierschrank ein bürgerliches Projekt „Stoppt die Abtreibung“ der Stiftung Leben und Familie, das auch eugenische Prämissen betraf. Die Regierung hat sie jedoch völlig außer Acht gelassen und die Landsleute nicht zum ersten Mal wissen lassen, was sie von ihren Volksinitiativen halten.

Auf der anderen Seite übten die Abtreibungsbefürworter, die zwar nur wenige sind, aber über einen starken finanziellen und medialen Hintergrund verfügen, weiterhin Druck aus. Es gelang ihnen, große Gruppen von „Verteidigern der Frauenrechte“ auf die Straße zu bringen, die sich nicht immer darüber im Klaren waren, worum es bei dem lautstarken, äußerst emotionalen Protest eigentlich ging. Abtreibungsfanatismus mischte sich wie üblich mit aggressivem Antiklerikalismus. Beide Phänomene haben, angestachelt durch die großen Medien, eine wahrhaft explosive Atmosphäre geschaffen, in der alle rationalen Argumente einfach niedergeschrien wurden.

Nicht das Ende der Straße, sondern eine Etappe.

Das Urteil der Proteste hat nicht zum Schweigen gebracht, ganz im Gegenteil. Die Abtreibungsgegner, die nach dem 22. Oktober 2020 erneut auf die Straße gingen, wurden nicht einmal von der „tödlichen Epidemie“ erschreckt. Schließlich beruhigten sich die Demonstrationen und die Organisatoren konzentrierten sich darauf, ein Netz von „Diensten“ für Mütter zu organisieren, die über ihren eigenen Nachwuchs verunsichert sind. Viele rechte Politiker erklärten das Thema *Pro-Life* für abgeschlossen.

Kaum jemand diskutiert ernsthaft über das Recht auf Leben von Kindern, die infolge von Straftaten gezeugt wurden. Auch die Argumentation der Autoren des Projekts „Stoppt die Abtreibung“ (vollständiger Schutz des ungeborenen Lebens durch Streichung aller abtreibungsfreundlichen Ausnahmen) aus dem Jahr 2016 stieß auf breites Unverständnis. Auch die Begründung mit der Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der Mutter sei überflüssig, da sie ohnehin zuerst gerettet wird, wenn die Entscheidung notwendig ist, es sei denn, sie selbst äußert einen anderen Willen.

Nach Angaben der *Dziennik Gazeta Prawna* wird diese Ausnahmeregelung heute jedoch derart missbraucht, dass im vergangenen Jahr in Polen bis zu 300 Frauen unter dem Vorwand einer möglichen Schädigung der psychischen Gesundheit ihre Kinder legal getötet haben. Noch auffälliger sind Organisationen, die die so genannte Abtreibung als einzig mögliche Lösung bei schwierigen oder unerwarteten Schwangerschaften anpreisen. Sie organisieren Auslandsreisen in Länder, in denen die Ungeborenen ungehindert getötet werden, sie versorgen Mütter mit Abtreibungspillen, sie unterhalten Kontakte zu Pseudo-Heilern, die den Abtreibungs-Untergrund mitbegründen. Es fällt ihnen schwer, sich in ihren blutigen Prozessen auch nur im Entferntesten gestört zu fühlen, wenn die wichtigste Person des Landes solche Worte äußert: – *Es ist unsinnig zu sagen, dass Abtreibung verboten ist. Sie ist weiterhin zulässig, wenn die Schwangerschaft das Ergebnis eines Verbrechens ist und das Leben oder die Gesundheit der Frau bedroht. Es geht nur um Down- und Turner-Syndrom, bei denen die Möglichkeit der Abtreibung abgeschafft wurde. Aber ich weiß auch, dass es Anzeigen in der Presse gibt, die jeder halbwegs intelligente Mensch versteht und eine solche Abtreibung im Ausland, ob billiger oder teurer, organisieren kann. (...) Unter den Möglichkeiten, einen Schwangerschaftsabbruch zuzulassen, gibt es ein Hindernis in Form der psychischen Gesundheit. Für manche Menschen mag es inakzeptabel sein, aber es kann verwendet werden* (aus dem Interview von Jaroslaw Kaczynski für „Wprost“, 23. Mai 2021).

Opfer von „kriminellen Handlungen“ haben auch das Recht zu leben.

Die Richter, die – ja, mit einer Verzögerung, die viele Menschenleben gekostet hat – das Urteil vom 22. Oktober 2020 unterschrieben haben, haben ein ruhmreiches Kapitel im Kampf für einen wirklich humanen, zivilisierten Staat geschrieben. Die Zahl der dadurch geretteten Kinder ist nicht zu ermitteln, da nicht alle in den offiziellen Statistiken erfasst

werden. Schließlich hat das Gesetz auch eine erzieherische Wirkung, und so manche Mutter hat schon aus Angst, mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten, davon Abstand genommen, eine Straftat zu begehen.

Die Frage des Schutzes des Lebens eines jeden Kindes sollte jedoch unermüdlich erläutert und publik gemacht werden, damit die Politiker am Ende, auch wenn es Jahre dauert, ihre Bedeutung anerkennen müssen. Damit sie wissen, dass es sich für sie schon aus rein pragmatischen Gründen nicht „lohnt“, sich für die Abschaffung des Rechts auf Leben oder gar für die Erhaltung des derzeitigen *Status quo* einzusetzen.

Es besteht keine Illusion, dass sie, von einigen Ausnahmen abgesehen, das Thema nicht von sich aus aufgreifen werden, es sei denn, sie werden von ihren Parteioberen dazu überredet. Die Aufgabe der Medien und der konservativen Kreise in der Frage des *Pro-Life* besteht daher darin, ein absolut lebensfreundliches Klima zu schaffen; eine ständige Aktion, die auf einen Zustand abzielt, in dem die von der Linken im fötalen Lebensstadium „entmenschlichten“, behinderten oder kranken Menschen ihre ihnen innewohnende Würde im gesellschaftlichen Bewusstsein zurückgewinnen. Die Arbeit von (vor allem katholischen) Organisationen, die Müttern in schwierigen Lebenssituationen echte Unterstützung bieten, die sich für Behinderte einsetzen und die den Wert eines jeden Lebens betonen, wie zerbrechlich und kurzlebig es auch sein mag, ist in dieser Hinsicht von unschätzbarem Wert.

Die Abgeordneten, denen wir den Antrag an das Verfassungsgericht verdanken, verwiesen unter anderem auf das Urteil vom Mai 1997, in dem die Richter darauf hinwiesen, dass menschliches Leben auch vor der Geburt beginnt und dass jedem Menschen verfassungsrechtlicher Schutz zusteht, unabhängig davon, ob er bereits geboren ist oder nicht. Bei den Bemühungen um die Wiederherstellung des vollen, universellen Rechts auf Leben für die jüngsten Polen sollte man sich auch dieses elementare Argument in Erinnerung rufen.

Quelle: [PCh24](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Polen: Gesetzentwurf „Stop LGBT“ wird im Sejm debattiert

20. 10. 2021



Foto: Fundacja Życie i Rodzina

Über das von der Stiftung [Życie i Rodzina](#) (Leben und Familie) vorgelegte Volksbegehren „Stop LGBT“, der von 140.000 Unterzeichnern unterstützt wurde, werden am 28. und 29. Oktober die polnischen Abgeordneten in erster Lesung debattieren.

Mit der polnischen Verfassung „nicht vereinbare“ Postulate...

Den Urhebern dieses Volksbegehrens zufolge sind „im öffentlichen Raum die deutlich organisierten Aktivitäten von Gemeinschaften, an denen homosexuelle Aktivisten beteiligt sind (sogenannte LGBT-Gruppen), sichtbar.“

Sie stellen das Modell der Familie als Verbindung von Frau und Mann in Frage und fordern die Gleichberechtigung homosexueller Partnerschaften mit der Ehe. Sie bemühen sich auch um eine Gesetzesänderung im Bereich der Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare.

Diese Postulate sind mit Art. 18 der Verfassung der Republik Polen nicht vereinbar, und ihre Umsetzung steht in völligem Widerspruch zu den in Polen allgemein akzeptierten und von der Mehrheit der Bürger vertretenen ethischen Normen [...].

Die LGBT-Bewegungen nutzen regelmäßige öffentliche Demonstrationen, um Druck auf Gesellschaft und Gesetzgeber auszuüben. Sie wollen, dass gesetzliche Änderungen vorgenommen werden, um ihren Forderungen gerecht zu werden.

Die so genannten Gleichstellungsmärsche fordern die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe, die Möglichkeit der Adoption von Kindern durch Homosexuelle, die Legalisierung der Abtreibung und die Erleichterung der so genannten Geschlechtsumwandlung. Es werden auch christliche Symbole und Werte verspottet und polnische Nationalsymbole instrumentalisiert. Die Teilnehmer an den Versammlungen verhalten sich oft in einer Weise, die gegen die öffentliche Moral verstößt, und dieses Projekt

„Stop LGBT“ ist daher „ein Weg, sich den Aktivitäten der LGBT-Lobby zu widersetzen, die Verbreitung von Homo-Propaganda im öffentlichen Raum zu stoppen und den Schutz von Kindern und Familie zu stärken“, um der LGBT-Ideologie Einhalt zu gebieten, „Stopp der homosexuellen Propaganda, Stopp der Beleidigungen, Stopp der homosexuellen Ehe bzw. Adoption“.

„Ein diskriminierender Antrag...“

Auf Seiten einer bestimmten Zivilgesellschaft und der liberalen Medien hat diese Initiative die Wirkung eines roten Tuches. So veröffentlichte das Portal [Wyborcza](#) am Donnerstag, den 14. Oktober, einen offenen Brief an die Abgeordneten des Sejm, in dem diese aufgefordert werden, dieses „faschistische Gesetz“ abzulehnen, das „eine Tragödie für viele unschuldige Menschen und eine Schande für unser Land“ wäre:

„Dies ist ein diskriminierender Antrag, der LGBT+ Menschen und ihre Familien trifft und gegen die wichtigsten christlichen Werte und Traditionen verstößt: Nächstenliebe und Gleichheit aller vor Gott.

Dieses Projekt wurde von 140.000 Polen unterzeichnet – aufgrund der Anti-LGBT+-Ideologie, die in der Gesellschaft verankert ist, des mangelnden Wissens zu diesem Thema und der daraus resultierenden Ängste: Homophobie und Transphobie [...]

Deshalb möchten wir darum bitten, dass niemand von Ihnen eine Entscheidung über dieses Projekt trifft, bevor Sie nicht ein zuverlässiges Wissen und Verständnis darüber erlangt haben, was Nicht-Heteronormativität wirklich ist, d.h. sexuelle und geschlechtliche Minderheiten, ob diese wirklich in irgendeiner Weise gefährlich sein können.

[...] Homosexualität, Bisexualität und Transgenderismus sind keine Wahl, keine Ideologie, keine Modeerscheinung und keine Laune; die Menschen werden so geboren, wie sie sind, und haben keinen Einfluss darauf – weder sie selbst, noch ihre Eltern, noch eine Ideologie, Propaganda oder Erziehung. [...] Transgender-Personen die Geschlechtsumwandlung zu verbieten, ist unmenschlich, weil die Unfähigkeit, dies zu tun, unmittelbar zu schweren Depressionen und Selbstmord führt – es ist keine Laune, es ist kein geringfügiges oder sekundäres Problem...“



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Polen legalisiert die Zurückweisung von Migranten an seinen Grenzen

15. 10. 2021



Der Nachrichtensender TVP Info hat ein Video von der polnisch-weißrussischen Grenze aufgenommen.

Das polnische Parlament hat am Donnerstag (14. Oktober) eine Änderung des polnischen Ausländergesetzes verabschiedet, die die umstrittene Praxis der Zurückweisung an der Grenze legalisiert und es ermöglicht, einen nach dem illegalen Grenzübertritt gestellten Asylantrag zu ignorieren. Einem an der Grenze aufgehaltenen Ausländer kann die Einreise nach Polen und in den Schengen-Raum für einen Zeitraum von „sechs Monaten bis drei Jahren“ untersagt werden.

Die polnischen Behörden behalten sich das Recht vor, den Antrag auf internationalen Schutz eines Ausländers, der unmittelbar nach dem illegalen Grenzübertritt aufgegriffen wird, „ungeprüft zu lassen“, es sei denn, er ist direkt aus einem Gebiet gekommen, in dem sein Leben und seine Freiheit bedroht sind.

Das Parlament gab auch grünes Licht für den Plan der Regierung, eine Mauer zu bauen, um Migranten am Grenzübertritt zu hindern, ein Projekt, das mit 353 Millionen Euro veranschlagt wird. Tausende von Migranten, die meisten aus dem Nahen Osten, haben in den letzten Monaten versucht, die EU-Grenze von Weißrussland nach Lettland, Litauen und Polen zu überqueren.

Quelle: [Le Figaro](#)

06) Polen weist EuGH zurück: Europa gegen Europäische Union

Von David Engels

12. 10. 2021



Nach mehrmaligem Aufschub hat das polnische Verfassungsgericht am 7. Oktober 2021 endlich entschieden, dass dem Europäischen Gerichtshof in den Fällen, in denen er versucht, in die polnische Verfassung einzugreifen, kein prinzipieller Vorrang vor Letzterer einzuräumen ist, und damit den Weg für ernste Auseinandersetzungen zwischen Warschau und Brüssel geebnet. Diese folgenschwere Entscheidung ist nur die jüngste Etappe in dem langen und komplexen Kampf zwischen der konservativen polnischen Regierung und den linksliberalen europäischen Institutionen, die von Berlin und Paris bedingungslos unterstützt werden.

Seit 2015 ist Polen mit seinen westlichen Nachbarn zerstritten, nachdem es sich geweigert hatte, zehntausende muslimischer Migranten aufzunehmen, die von Angela Merkel in die Europäische Union eingeladen worden waren. Neben der Migrationsfrage sind auch die Verschärfung der Abtreibungsgesetze sowie die Unterzeichnung der angeblich homophoben Familiencharta durch eine Reihe polnischer Gemeinden weitere wichtige Streitpunkte. Doch das problematischste Konfliktfeld ist die so genannte Justizreform. In den letzten Wochen ihrer Amtszeit hatte die linksliberale Regierung von Donald Tusk im Voraus die Nachfolger jener Verfassungsrichter benannt, die erst in der nächsten Legislaturperiode in den Ruhestand gehen sollten. Eine Reihe von Skandalen brachte Tusk zu Fall, und 2015 wählte das Volk die jetzige, konservative Regierung, die verständlicherweise das Recht für sich beanspruchte, diese Nominierungen vorzunehmen. Dies führte zu einer vorübergehenden Verdoppelung bestimmter richterlicher Funktionen, zu starken internen politischen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Richterschaft, zu wiederholten Versuchen der Regierung, die Situation durch eine Reihe von Gesetzen zu bereinigen, und zu einer scharfen Verurteilung Polens durch die EU und Berlin.

Rein formell gesehen hat die Justizreform lediglich versucht, die Mitspracherechte des polnischen Parlaments bei der personellen Zusammensetzung der hohen Richterschaft zu stärken und die politische Einflussnahme der Richter einzuschränken – wie es übrigens in

zahlreichen anderen westlichen Ländern, vor allem in Deutschland, schon lange der Fall ist. Das Grundproblem hinter dem Streit Warschaus mit den europäischen Institutionen ist jedoch die Tatsache, dass diese Maßnahmen in der Praxis dazu führten, dass eine Reihe von Richtern mit bekannten linksliberalen Sympathien durch neue, von der konservativen Mehrheit ernannte Personen ersetzt wurden. Hierdurch wurden einflussreiche Cliquen geschwächt, die oft bis auf die Zeiten des Kommunismus zurückgehen, so dass die Rechtsreform von der derzeitigen polnischen Opposition unter dem ehemaligen polnischen Premierminister und Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, vehement angefeindet wurde, der in Brüssel und Berlin über erheblichen Einfluss verfügt und nun mit der Hoffnung auf ein neues Mandat auf die polnische politische Bühne zurückgekehrt ist.

Aber es geht bei dem Streit nicht nur um Personalpolitik, sondern auch und vielleicht vor allem um Werte: Als Polen der Europäischen Union beiträt, war es – ähnlich wie Großbritannien – davon überzeugt, dass dieses Projekt auf der gemeinsamen Achtung grundlegender gesellschaftlicher Institutionen wie der klassischen Familie, des Privateigentums, der nationalen Identität oder der abendländischen Zivilisation basierte. Doch die europäischen Eliten haben sich zunehmend linksradikalen Ideen wie Multikulturalismus, Gender Mainstreaming, LGBTQ-Ideologie, Globalismus, Schuldenkultur und westlichem Masochismus zugewandt.

Nichts Geringeres als ein „Regime Change“ beabsichtigt

Unter Ausnutzung der dynamischen Offenheit des europäischen Rechtssystems, bekannt als „Méthode Monnet“, hat der Europäische Gerichtshof zunehmend vage Schlagworte wie „Vielfalt“, „Toleranz“, „Minderheitenschutz“, „Rechtsstaatlichkeit“ oder „Gleichheit“ instrumentalisiert, um somit indirekt, undemokratisch und ohne jede Möglichkeit zum Appell allen Mitgliedstaaten unterschiedslos einen neuen Rechtsrahmen aufzuzwingen. Die unvermeidlichen ideologischen Konflikte zwischen dem Linksliberalismus in Brüssel, Berlin und Paris und dem Konservatismus in Warschau, Budapest oder London werden dabei als juristischer Kampf zwischen einem angeblichen „Rechtsstaat“ und einem sogenannten „nationalen Populismus“ verschleiert.

Nachdem die Europäische Union vor einigen Wochen aufgrund der angeblichen Angriffe Polens auf die „europäischen Werte“ überraschend beschlossen hat, dem Land die zugesagten Covid-Fonds vorzuenthalten und damit Warschau offen zu erdrosseln, ist jedem klar geworden, dass nichts Geringeres als ein „Regime Change“ beabsichtigt ist, um eine der letzten Bastionen des Konservatismus in Europa zu zerstören. Die Weigerung des polnischen Verfassungsgerichts, den Vorrang des europäischen vor dem polnischen Verfassungsrecht anzuerkennen, war ebenso mutig wie alternativlos: Ein Einlenken hätte die totale Preisgabe all dessen bedeutet, was die derzeitige polnische Regierung aufgebaut hat, und hätte den Weg zu einer neuen Berlin-hörigen Tusk-Regierung und damit zu einer nicht enden wollenden Serie politisch motivierter Prozesse gegen alle hohen Vertreter der derzeitigen Mehrheit geebnet.

Wird diese Entscheidung ein weiterer Schritt in Richtung Polexit sein? Die meisten Polen, darunter auch die Regierung, wollen eine friedliche und immer engere gemeinsame Zusammenarbeit mit ihren Nachbarn und fühlen sich als echte abendländische Patrioten. Aber die Dinge sind wohl an einem Punkt angelangt, an dem die EU als der schlimmste Feind des Abendlandes angesehen werden muss.



Prof. Dr. David Engels unterhält eine Forschungsprofessur am Instytut Zachodni in Posen, wo er verantwortlich ist für Fragen abendländischer Geistesgeschichte, europäischer Identität und polnisch-westeuropäischer Beziehungen.

Quelle: [Achgut.com](https://achgut.com)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Polen stellt sich gegen Brüssel, das es nicht glauben kann!

12. 10. 2021



Polen und EU · Bildquelle: MPI

Dies ist eine Enttäuschung für Brüssel, aber es könnte auch der Beginn einer neuen Seite in den Beziehungen zwischen den Nationen und der Europäischen Union sein, dank der

souveränen Haltung Polens. Von den ständigen Aufforderungen und Drohungen der Europäischen Kommission, insbesondere die Regenbogen-„Werte“ zu übernehmen, hat sich Polen mit einem Schlag befreit. Dank eines Urteils des höchsten polnischen Gerichts, das den Vorrang des nationalen Rechts vor dem EU-Recht bestätigt und Brüssel erzürnt hat.

Das polnische Verfassungsgericht entschied, dass die Auslegung bestimmter Artikel der europäischen Verträge durch den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) mit der Verfassung des Landes „unvereinbar“ sei, da „unter den von Polen auf die EU übertragenen Zuständigkeiten keine Zuständigkeit für die Schaffung oder Organisation des Justizwesens zu finden ist“. In diesem Urteil vom 7. Oktober wirft das polnische Gericht dem EuGH vor, die staatliche Souveränität zu untergraben und damit den Vorrang des nationalen Rechts vor dem europäischen Recht zu bekräftigen. Der Vorrang des EU-Rechts gilt in Polen nicht mehr uneingeschränkt, sondern ist streng auf die der EU übertragenen Befugnisse beschränkt. Gleichzeitig hat das polnische Verfassungsgericht den Grundsatz der aufrichtigen und echten Zusammenarbeit in Frage gestellt.

Sollte der „fortschreitende Aktivismus“ des EU-Gerichtshofs fortgesetzt werden, der Urteile erlässt, die in die ausschließliche Zuständigkeit polnischer Staatsorgane fallen, den Vorrang der Verfassung als übergeordneter Rechtsakt in der polnischen Ordnung untergräbt und die Allgemeingültigkeit und Endgültigkeit der Urteile des Gerichtshofs sowie den Status der Richter des Gerichtshofs in Frage stellt, wird das polnische Verfassungsgericht eingreifen und die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs aus dem polnischen Rechtssystem entfernen.

Die Entscheidung des Verfassungsgerichts darüber, ob die polnische Verfassung Vorrang vor europäischen Normen und Entscheidungen hat oder nicht, wurde von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki im vergangenen März beantragt. Für den Justizminister und Vorsitzenden von Solidarność Polen, Zbigniew Ziobro, „hat das Verfassungsgericht der Anarchisierung des Justizsystems und des gesamten Staates einen Riegel vorgeschoben und den Vorrang der polnischen Verfassung vor dem EU-Recht bestätigt“.

Diese Entscheidung schlug ein wie eine Bombe. Brüssel hat bereits damit gedroht, Warschau die im Konjunkturprogramm vorgesehenen Mittel nicht auszuzahlen, und das Wort „Polexit“ wurde in den Mund genommen, ohne dass Polen auch nur im Geringsten nachgegeben hätte, da es den Brüsseler Technokraten stolz die Stirn geboten hat.

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Tschechien (Seiten 236 bis 247)

08) CZ: Linksliberale Medien wollen künftige tschechische Regierung zum Ausstieg aus der Visegrád-Gruppe bewegen

23. 10. 2021



Petr Fiala · Foto: David Sedlecký / Wikimedia CC 4.0

Die Zukunft der gegenwärtigen V4 steht auf dem Spiel, da die tschechische Regierung eine Veränderung erfährt, schreibt Grzegorz Górný

Nach den jüngsten Parlamentswahlen in Tschechien deutet alles auf die Bildung einer vierten Mitte-Rechts-Regierung in der Visegrád-Gruppe hin. Die SPOLU-Koalition erhielt die meisten Stimmen und setzt sich aus der rechtsgerichteten Demokratischen Bürgerpartei (ODS), der christdemokratischen Volkspartei-Vereinigung KDU-CSL und der liberal-konservativen TOP 09 zusammen.

Obwohl eine neue Regierung noch nicht gebildet und der Koalitionsvertrag zwischen SPOLU und dem zweiten Wahlblock (PirSTAN) noch nicht unterzeichnet wurde, wird das künftige Regierungslager von den linksliberalen Milieus und Medien ständig unter Druck gesetzt. Sie fordern vor allem eines: dass sich die Regierung von Petr Fiala entschieden von der Politik Polens und Ungarns abgrenzt und sich sogar von der V4 distanziert.

Solche Ideen werden dem tschechischen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten von mehreren Kommentatoren vorgetragen. Besonders repräsentativ ist in diesem Fall ein Artikel, den der einflussreiche linke Schriftsteller Jiří Pehe für das Nachrichtenportal Referendum geschrieben hat. Darin erklärt Pehe, die neue Regierung müsse sich vom Erbe Andrej Babiš' lösen (und daher aufhören, sich in der Außenpolitik auf den Begriff des nationalen Interesses zu berufen), ihre Haltung zur Migrationspolitik der EU ändern und sich vom polnischen und ungarischen „nationalistischen Populismus“ distanzieren. Laut Pehe würde dies das angeblich beschädigte Image Tschechiens auf der internationalen Bühne verbessern.

Die andere Gruppe der Regierungskoalition – PirSTAN, die sich aus der linksliberalen Piratenpartei und der Partei der Bürgermeister und Unabhängigen der Mitte (STAN) zusammensetzt – wird eher geneigt sein, diese Ideen zu beherzigen. Ein prominenter Vertreter der STAN, Jan Farský, hat beispielsweise erklärt, dass die V4 überbewertet sei und außer guten Beziehungen zur Slowakei nichts Sinnvolles zur tschechischen Politik beitrage.

Ähnlich äußern sich auch SPOLU-Politiker wie Ondřej Benešík, der die KDU vertritt. Benešík ist der Meinung, dass die Tschechen in der V4 die Rolle der nützlichen Idioten gespielt haben, indem sie sich für die Interessen Ungarns eingesetzt haben, und dass diese Politik ein Ende haben sollte.

Die Partei, die am ehesten mit Polen zusammenarbeiten möchte, ist zweifellos die ODS. Der Parteivorsitzende Petr Fiala und sein Stellvertreter Alexandr Vondra antworteten auf die Frage, ob sie Viktor Orbán oder Jarosław Kaczyński verurteilen sollten, dass es nicht ihre Aufgabe sei, die Regierungen anderer Länder zu kritisieren.

Die ODS hat auch oft versichert, dass die Visegrád-Gruppe für Tschechien genauso wichtig sei wie die NATO oder die EU. Doch obwohl die ODS die stärkste Partei ist, ist sie nur eine von fünf Parteien in der kommenden Koalition. Die anderen vier sind von der V4 nicht so begeistert.

Die Position von Petr Fiala zu diesem Thema wird entscheidend sein, da er höchstwahrscheinlich der künftige Premierminister Tschechiens sein wird. Kommentatoren haben daran erinnert, dass Viktor Orbán kurz vor den Wahlen nach Tschechien gereist ist, um Andrej Babiš, den er als seinen Freund bezeichnete, persönlich zu unterstützen. In dieser Situation wird es schwierig sein, eine Freundschaft zwischen den Führern von ODS und Fidesz zu schmieden.

Auch die Frage der Braunkohlemine in Turów ist erneut aufgetaucht. Fiala wurde nahegelegt, nicht nachzugeben und keine Einigung mit Polen anzustreben. Bei diesem Ratschlag geht es nicht um die Ökologie, sondern vielmehr um die politischen Folgen: die Eskalation des Konflikts mit Warschau und die Schwächung der V4.

Im Moment gleicht Fiala bei all den angesprochenen Themen einer Sphinx: Er hüllt sich in geheimnisvolles Schweigen. Das bedeutet, dass die Zeit, alle Karten offen zu legen, noch nicht gekommen ist – aber es wird früher oder später geschehen müssen.

Quelle: wPolityce.pl / RMX.news

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) CZ: Okamura-SPD fordert „Czexit“-Referendum als Preis für Unterstützung

22. 10. 2021



Tomio Okamura · CC BY-SA 4.0,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=65297267>

Die rechtsgerichtete SPD-Partei, die bei der Bildung einer neuen tschechischen Regierung im nächsten Monat eine Rolle spielen könnte, würde vom Kabinett einen Gesetzesvorschlag fordern, der zu einem Referendum über den Austritt aus der Europäischen Union führen könnte, erklärte Parteichef Tomio Okamura (岡村富夫).

Die ANO von Premierminister Andrej Babiš hat bei den Wahlen vom 8. bis 9. Oktober die meisten Stimmen erhalten, hat aber Schwierigkeiten, eine Mehrheit zu bilden, da ihre derzeitigen Partner in den Umfragen bei oder unter der 5%-Hürde liegen, um ins Parlament einzuziehen.

Zwei große Oppositionsgruppen weigern sich, mit Babiš in eine Regierung einzutreten, da sie der Meinung sind, dass er als Gründer eines Geschäftsimperiums in Interessenkonflikte gerät.

Damit könnte Okamuras europafeindliche und NATO-feindliche SPD (Freiheit und direkte Demokratie) zu einem Partner in den Gesprächen werden, was die ANO nicht ausschließt. Meinungsumfragen zufolge liegt der Rückhalt der Partei bei etwa 10 %.

Okamura sagte, die Zusage, ein Gesetz über die Durchführung von Volksabstimmungen vorzuschlagen, was derzeit nicht möglich ist, wäre sein Preis. Sollte ein solches Gesetz eingeführt werden, würde es wahrscheinlich ein Bürgerbegehren erlauben, um eine Abstimmung vorzuschlagen, was bedeutet, dass Okamura helfen könnte, ein solches zu organisieren.

„Eine der grundlegenden Bedingungen ist, dass das Regierungsmanifest ... ein Referendumsgesetz enthält, das die Möglichkeit eines Referendums über den Austritt aus der EU oder möglicherweise aus der NATO vorsieht“, sagte Okamura gegenüber Reportern nach einem Treffen mit Präsident Milos Zeman, dessen Aufgabe es sein wird, die Verhandlungen nach den Wahlen zu moderieren.

Die SPD wirbt seit Jahren für den Austritt aus der EU und ein Referendum über den EU-Austritt. Eine Meinungsumfrage der Agentur CVVM vom Juli ergab, dass 66 % der Tschechen die EU-Mitgliedschaft unterstützen, während 28 % der Meinung sind, dass das Land nicht in der EU sein sollte.

Frühere Versuche, ein Referendumsgesetz zu verabschieden, sind im Parlament ins Stocken geraten, doch Okamuras Vorstoß könnte das Thema wieder auf die Tagesordnung setzen – trotz der offenbar erheblichen Hindernisse, die ihm im Weg stehen.

Die bisherige Regierung Babiš hat sich gegen ein allgemeines Referendumsgesetz ausgesprochen, das Abstimmungen über Themen wie die EU-Mitgliedschaft ermöglichen würde. Die Regierung hat sich auch für eine hohe Unterschriftenzahl ausgesprochen, damit ein Referendum abgehalten werden kann.

Jedes vorgeschlagene Gesetz über Volksabstimmungen würde eine verfassungsmäßige Dreifünftelmehrheit in beiden Kammern des Parlaments erfordern, was schwer zu erreichen ist, wenn das Gesetz spalterisch ist, da die EU-freundliche Opposition das Oberhaus, den Senat, kontrolliert.

Der Senat wird gestaffelt über sechs Jahre und nach einem Mehrheitswahlrecht gewählt, das normalerweise extreme Kandidaten ausschließt.

Quelle: [Prague Morning](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Ein Sieg, aber kein Triumph

Das tschechische Wahlergebnis aus deutscher Sicht

Nach den Wahlen in Tschechien laufen die Verhandlungen der Spolu-Koalition mit dem Bündnis aus Piraten und Bürgermeisterpartei Stan zur Regierungsbildung auf Hochtouren. Kai-Olaf Lang von der deutschen Stiftung Wissenschaft und Politik mit Sitz in Berlin beschäftigt sich als Politologe mit dem Geschehen in Tschechien. [In diesem Interview gibt er eine Einschätzung des Wahlergebnisses.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 131, 2021

Wien, am 21. Oktober 2021

<https://deutsch.radio.cz/ein-sieg-aber-kein-triumph-das-wahlergebnis-tschechien-aus-deutscher-sicht-8731035>

Ein Sieg, aber kein Triumph: Das Wahlergebnis in Tschechien aus deutscher Sicht

12.10.2021



Foto: David Taneček, ČTK

Nach den Wahlen am Wochenende sind am Dienstag sowohl die neuen als auch die wiedergewählten Abgeordneten erstmals im Rahmen ihrer Fraktionen zusammengekommen. Parallel dazu laufen die Verhandlungen der Spolu-Koalition mit dem Bündnis aus Piraten und Bürgermeisterpartei Stan zur Regierungsbildung weiter. Kai-Olaf Lang von der deutschen Stiftung Wissenschaft und Politik mit Sitz in Berlin beschäftigt sich als Politologe mit dem Geschehen in Tschechien. Im Interview gibt er eine Einschätzung des Wahlergebnisses.



Kai-Olaf Lang.

Foto: Stiftung Wissenschaft und Politik

Herr Lang, die Abgeordnetenhauswahlen in Tschechien sind knapp ausgegangen. Die meisten Stimmen konnte die Koalition Spolu für sich verbuchen, ein Wahlbündnis aus den konservativen Parteien der Bürgerdemokraten, Christdemokraten und Top09. Spolu hat auch bereits ein Memorandum für Koalitionsverhandlungen mit dem Bündnis aus Bürgermeisterpartei und Piraten unterschrieben. Wie wird dieses Ergebnis in Deutschland aufgenommen?

„Die generelle Wahrnehmung lautet, dass es sich um eine Richtungswahl handelte und dass die tschechischen Wählerinnen und Wähler Andrej Babiš abgewählt haben. Außerdem dass es ein Votum für eine sachlichere Politik war und dass ein Großteil der tschechischen Gesellschaft erschöpft ist von der Art und Weise, wie Babiš Politik macht. Bei näherem Hinsehen erkennen wir aber, dass die Oppositionskräfte, die vermutlich die Regierung bilden werden, zwar einen Sieg einfahren konnten. Es handelte sich dabei aber nicht um einen Triumph. Denn viele Stimmen gingen an europaskeptische Parteien und Gruppierungen, die sehr stark das Nationale betonen. Einige davon sind zwar nicht ins Parlament gekommen. Aber die nationalistische SPD, die neue Gruppierung ‚Přísaha‘ – die eine Art Law-and-Order-Politik verfolgt – sowie kleinere Gruppierungen wie die ‚Trikolora‘ oder der ‚Volný blok‘ konnten fast ein Fünftel der Wählerstimmen auf sich vereinen. Und dann gibt es natürlich immer noch die treue Anhängerschaft von Andrej Babiš, die für Anó votiert hat. Diese ist, relativ in Mandaten gerechnet, die stärkste Partei geblieben. Es ist also keine Wahl, die eine Aufbruchsstimmung zum Ausdruck bringt. Aber es hat sich manifestiert, dass viele Menschen in Tschechien einen Wechsel wollen.“



Foto: Luděk Peřina, ČTK

Nun haben Sie die Wahlerfolge für verschiedene Parteien und Gruppierungen rechts von der Mitte benannt. Das andere Ergebnis dieser Wahl ist, dass weder die Sozialdemokraten noch die kommunistische Partei wieder ins Abgeordnetenhaus einziehen. Was bedeutet das?

„Das ist sicherlich eine Zäsur. Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens ist schon seit längerem ein Auslaufmodell. Sie ist überaltert und hat es nicht vermocht, sich zu modernisieren – nicht nur in Bezug auf ihre Positionierungen, sondern vor allem auch auf die Formen. Sie war in den sozialen Medien nicht so präsent wie andere. Noch wichtiger ist aber vielleicht, dass die Sozialdemokraten der ČSSD nicht mehr in der Abgeordnetenkammer präsent sein werden. Tschechien ist somit eines der ganz wenigen Länder in Europa, in dem es keine Linke – auch keine gemäßigte Linke – im Parlament gibt. Die Frage ist, ob die Sozialdemokratie in den nächsten Jahren in der Lage sein wird, sich zu erneuern. Es gibt ein Beispiel, bei dem dies einer Partei gelungen ist: Die Christdemokraten sind auch einmal aus dem Parlament geflogen und haben dann nach vier Jahren die Rückkehr geschafft. Aber es ist fraglich, ob es bei der ČSSD glaubwürdige Führungsfiguren gibt und ob und wie sie sich inhaltlich positioniert. Hier wird es einen Richtungsstreit geben zwischen jenen, die sich in der sozialliberalen urbanen Mitte sehen, und solchen, die die konservativen Sozialdemokraten zurückerobern wollen – also die Leute, die früher einmal in der Partei waren und dann zur Partei Ano von Babiš abgewandert sind.“

Buntes Regierungsbündnis

Die Wahlsieger und auch hiesige Kommentatoren proklamieren, dass mit dem Ergebnis die demokratischen Kräfte der tschechischen Politiklandschaft gewonnen hätten. Tatsächlich zählt der bisherige Premier Andrej Babiš und seine Partei Ano zum populistischen Lager. Wie sehen Sie das: Wird durch eine mögliche Regierung aus Spolu und PirStan die Demokratie in Tschechien gestärkt?



Andrej Babiš | Foto: Regierungsamt der Tschechischen Republik

„Zum einen wird es wahrscheinlich eine Regierungskoalition geben, die nun sehr stark auf das setzt, was man ‚gute Regierungsführung‘ nennt. Man will also eine moderne Verwaltung und mehr Transparenz sowie gleichzeitig Korruption bekämpfen. Zudem will man Interessenkonflikte vermeiden, wie sie etwa Andrej Babiš vorgeworfen wurden, oder auch die Digitalisierung voranbringen. Im weiteren Sinne wird dies also eine Regierung sein, die mehr Dezentralisierung verfolgt und die die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden sowie auch bürgerschaftliches Engagement aufwerten will. Aber ich bin mir nicht sicher, ob all dies mittel- und längerfristig entscheidend sein wird. Denn es geht auch um wichtige Brot- und Butterthemen, bei denen diese Parteien liefern müssen. Das sind etwa soziale Themen oder die Frage der klimaorientierten Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Ganz konkret auch die steigenden Energiepreise oder generell die Inflation – das sind harte Herausforderungen, mit denen sich diese wahrscheinlich kommende Regierungskoalition auseinandersetzen muss. Zum anderen basiert eine funktionierende Demokratie immer auch darauf, dass es eine effektive und konstruktive Opposition gibt. Diesbezüglich tun sich ein paar Fragezeichen auf. Denn wenn Ano in der Opposition ist und Andrej Babiš nicht mehr Ministerpräsident sein wird, dann ist dies eine sehr ungewohnte Rolle für ihn. Wird seine Partei versuchen, als loyale Opposition aufzutreten, oder wird sie der Regierung eher Knüppel zwischen die Beine werfen? Dann gibt es noch die nationalistische SPD als weitere Oppositionspartei, die aber nur eine Anti-System-Gruppierung ist. Die Frage ist also: Wer ist eigentlich die tschechische Opposition?“



Vorsitzende der zukünftigen Regierungsparteien|Foto: ČT24

Wie effektiv die neue Regierung sein wird, hängt also einerseits von den Themen ab. Andererseits wird sie vermutlich aus fünf Parteien bestehen. Wie stabil und konsensfähig ist so eine Konstellation?

„Dies ist ein doch recht buntes Bündnis. Das beginnt bei der bürgerdemokratischen ODS auf der einen Seite, die eine konservative Partei ist und zumindest früher immer auch eine deutliche europaskeptische Komponente hatte. Diese hat sich zwar abgeschliffen, ist aber immer noch präsent. Auf der anderen Seite reicht das Bündnis bis hin zu den Piraten, die man als progressiv oder linksliberal bezeichnen könnte. Ich glaube aber dennoch, dass diese heterogene Allianz erst einmal durchhalten kann. Und das nicht nur, weil die Piraten geschwächt sind und man sie mit ihren vier Abgeordneten im Extremfall nicht einmal zur Mehrheitsfindung bräuchte. Deswegen werden sie auch nicht besonders kantig auftreten. Aber die Regierung kann vor allem deswegen halten, weil diese Parteien ja angetreten sind als Anti-Babiš-Bündnis. Die Furcht vor einer Rückkehr von Babiš oder vor Obstruktionen durch ihn im Verein mit dem – jetzt schwer kranken, aber immer noch präsenten –

Staatspräsidenten Zeman wird diese Koalition dann doch zusammenschweißen. Sie wird darum relativ stabil agieren können.“

Positivere Atmosphäre für tschechisch-deutsche Beziehungen

Und welche Auswirkungen wird diese Regierung auf die tschechisch-deutschen Beziehungen haben?



Foto: Tschechisches Fernsehen

„Die tschechisch-deutschen Beziehungen sind stabil. Es gibt eine robuste Kommunikationsinfrastruktur sowie einen strategischen Dialog zwischen den Regierungen. Zudem bestehen zivilgesellschaftliche Kontakte, und die Wirtschaft ist natürlich sehr eng miteinander verflochten. In den letzten Jahren, also auch während der Regierungsbeteiligung von Anso und mit Andrej Babiš als Ministerpräsidenten, haben sich die Beziehungen gut entwickelt. Babiš war jemand, der immer recht pragmatisch gegenüber Deutschland gehandelt hat. Ich glaube, daran wird sich in der Sache nicht viel ändern. Aber die Atmosphäre wird besser werden. Denn Babiš hatte bei ein paar Themen doch auch immer wieder den Stachel gelockt – vor allem in Richtung Brüssel, bei Fragen der Migration etwa. Ich gehe davon aus, dass sich die neue tschechische Regierung da anders positionieren wird. Die ODS, die mit Petr Fiala wahrscheinlich den Ministerpräsidenten stellen wird, ist zwar keine integrationsfreundliche Partei. Aber insgesamt wird sich die neue Koalition konstruktiv aufstellen. Sie wird eine aktive Rolle in der Europäischen Union wie auch in den transatlantischen Beziehungen spielen wollen. Und sie wird natürlich auch versuchen, die Beziehungen nach Deutschland in den Vordergrund zu stellen und zu unterstreichen, dass das Nachbarland der zentrale Partner für sie ist. Ich glaube, dies wird in Berlin – auch hier mit einer neuen Regierung – auf viel Zustimmung stoßen. Wir sollten uns aber trotzdem nicht täuschen lassen: Es gibt ein paar Themenfelder – die etwa auch die europäische Politik betreffen –, bei denen Deutschland und Tschechien unterschiedliche Ansätze haben. Das wäre etwa die Frage der obligatorischen Verteilquoten für Flüchtlinge. Dies lehnt Tschechien bislang konsequent ab, und ich denke, dass wird auch in Zukunft so bleiben. Des Weiteren ist die Einführung des Euro zwar kein deutsch-tschechisches Streitthema. Aber die Frage bleibt, wann dieses wichtige Nachbarland, mit dem Deutschland ja auch wirtschaftlich eng verbunden ist, die Gemeinschaftswährung übernimmt. Auch das wird, glaube ich, nicht so schnell kommen. Es gibt zwar ein paar Parteien, die das prinzipiell befürworten, aber da wird die ODS vor sein. Und auch in der Klima- und Energiepolitik gibt es einige Unterschiede. Tschechien wird beim Übergang zu einer CO₂-neutralen

Klimawirtschaft weiterhin auf Atomkraft setzen und eine eher realistische Klimapolitik verfolgen, die auch wirtschaftliche und industrielle Interessen betont. Dies sind nur ein paar Beispiele dafür, dass es nun nicht gerade ein großes Feuerwerk an Kooperation geben dürfte. Aber insgesamt werden die deutsch-tschechischen Beziehungen jetzt in einem positiveren atmosphärischen Rahmen stattfinden.“

Autor: [Daniela Honigmann](#)

11) CZ: Verbündeter von PiS soll Regierung bilden

Von Ryszard Czarnecki

21. 10. 2021



Petr Fiala · Foto: David Sedlecký / Wikimedia CC 4.0

Petr Fiala, der als Hauptkandidat für das Amt des nächsten tschechischen Premierministers gehandelt wird, ist für seine pro-polnische Haltung bekannt und könnte eine neue Öffnung der Beziehungen zwischen Warschau und Prag herbeiführen, schreibt der PiS-Abgeordnete Ryszard Czarnecki

Der tschechische Präsident Miloš Zeman – ein pro-russischer Sozialist mit einer Prise Euroskepsis, ähnlich wie sein Vorgänger Vaclav Klaus – sollte Babiš mit der Bildung einer neuen Regierung betrauen. Babiš – paradoxerweise aus der Slowakei stammend und gleichzeitig als „geheimer Kollaborateur“ in die tschechoslowakischen kommunistischen Sonderdienstregister eingetragen – war jedoch Realist genug, um dieses praktisch zum Scheitern verurteilte Unterfangen abzulehnen.

Unmittelbar vor den Wahlen habe ich in Prag und Pardubice mit Babiš‘ Gegnern in Tschechien gesprochen. Sie behaupteten, dass hinter den Kulissen in Prag von einer möglichen „Großen Koalition“ unter Beteiligung des SPOLU-Blocks, dessen Hauptanteilseigner die Demokratische Bürgerpartei (ODS) und die derzeit regierende ANO sind, die Rede war – alles ohne Babiš, dem das Amt des Präsidenten am Ende der Amtszeit Zemans garantiert war.

Viele hielten dieses Szenario für sehr wahrscheinlich und für einen typischen Ausdruck tschechischen Pragmatismus.

Dennoch haben sich die Oppositionsparteien in der Wahlnacht, kurz nach der Bekanntgabe der Ergebnisse, in zwei Blöcke aufgeteilt: SPOLU, zu deren Koalitionspartnern die mit Recht und Gerechtigkeit (PiS) verbündete ODS (die Partei gehört derselben Fraktion im Europäischen Parlament an wie die polnische PiS; beide sind Mitglieder der Europäischen Konservativen und Reformisten), die Christdemokraten und die liberal-konservative TOP 09 gehören.

Der andere Block setzte sich aus der Piratenpartei und unabhängigen lokalen Regierungsvertretern zusammen. Diese Blöcke gaben einstimmig bekannt, dass es keine Koalition mit Babiš' ANO geben wird.

Dies bedeutet, dass der neue tschechische Premierminister ein Konservativer der ODS und kein Liberaler sein wird. Das bedeutet auch, dass der neue Premierminister höchstwahrscheinlich Petr Fiala heißen wird – und nicht Andrej Babiš.

Fiala stand in den letzten sieben Jahren an der Spitze der ehemaligen Partei von Vaclav Klaus, nachdem Petr Nečas, der erste katholische Ministerpräsident in der Geschichte der Tschechoslowakei und Tschechiens, von seinem Amt zurückgetreten war (Nečas, Vater von vier Kindern, hatte eine Affäre mit einer seiner Kolleginnen).

Fiala gelang es, die Unterstützung der ODS zu verdoppeln, obwohl der tschechischen Schwesterpartei der PiS noch vor einem Jahr mit einem Umfrageergebnis von 12 Prozent kaum eine Chance bei den Wahlen eingeräumt wurde.

Fiala ist für seine pro-polnische Haltung bekannt und könnte eine „neue Öffnung“ in den Beziehungen zwischen Warschau und Prag einleiten. Er könnte auch die Politik seines Vorgängers Petr Nečas fortsetzen, der betonte, dass die mitteleuropäischen Länder sich nicht von ihren Nachbarn manipulieren lassen sollten.

Quelle: [DoRzeczy.pl](https://dozeczy.pl) / [Rmx.news](https://rnx.news)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Schock für 900.000 Kunden: „Bohemia Energy“ beendet Tätigkeit

„**Bohemia Energy**“, die größte Firmengruppe alternativer Energieversorger in Tschechien, hat am Mittwoch das Ende ihrer Tätigkeit verkündet. Das Unternehmen versorgt etwa 900.000 Abnehmer mit **Strom und Gas**. Wie dessen Leitung der Presseagentur ČTK mitteilte, wird es nun beim Regulationsamt für Energie die Aufhebung der Lizenzen aller beteiligten Firmen beantragen. Der Grund dafür seien die **extremen Preisanstiege** auf dem Energiemarkt, hieß es weiter.

Nach der Firmenauflösung müssen die Energielieferungen sechs Monate lang durch einen sogenannten Versorger der letzten Instanz garantiert werden. Diese Rolle übernehmen in Prag eben die beiden städtischen Betriebe.

Das Regierungskabinett beschäftigt sich laut Premier **Andrej Babiš** (Partei Ano) bereits seit Dienstag mit dem Ende von „Bohemia Energy“ und der Weiterversorgung seiner Kunden.

Seite 247 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

Nach Ansicht des Industrieministers **Karel Havlíček** (parteilos) geht es bei dem Fall um das Versagen eines Wirtschaftsunternehmens als Ergebnis von Spekulationen und dem europaweiten Preisanstieg für Energie

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.127, 2021

Wien, am 14. Oktober 2021

S l o w a k e i (Seiten 248 bis 249)

13) SK: NBS-Gouverneur wegen Bestechung angeklagt

14. 10. 2021



NBS-Gouverneur Peter Kažimír · *Bildquelle: TASR*

Peter Kažimír, Gouverneur der Slowakischen Nationalbank (NBS) und ehemaliger Finanzminister unter den Smer-Regierungen, ist wegen Bestechung angeklagt worden.

Die Website [Aktuality.sk](https://www.aktuality.sk), die die Information aus mehreren Quellen erhielt, berichtete als erste darüber. Später wurde sie von anderen Quellen, darunter Kažimírs Anwalt, bestätigt.

Die Anklage steht angeblich im Zusammenhang mit einer Bestechung des ehemaligen Leiters der Finanzverwaltung, František Imrecze, der Anfang des Jahres mehrere Straftaten gestanden und seitdem mit der Polizei kooperiert hat. In seiner Aussage soll Imrecze ausgesagt haben, dass Kažimír als Minister ein Schmiergeld in Höhe von 150.000 Euro erhalten hat, um sich die politische Unterstützung für den Kauf des IT-Systems e-Kasa zu sichern.

Kažimír beteuert seine Unschuld

„Ich habe keine Informationen und bin mir nicht bewusst, dass ich gegen das Gesetz verstoßen habe, und ich hatte nie ein Interesse daran, ein Verfahren zu beeinflussen“, betonte er laut TASR Newswire und fügte hinzu, dass die in der Entscheidung dargelegten Tatsachen unwahr seien und die Erklärung keinen Beweis enthalte.

Nach den Vorwürfen sagten mehrere Vertreter der Regierungskoalition und sogar Präsidentin Zuzana Čaputová, Kažimír solle seinen Rücktritt in Erwägung ziehen. Nach den geltenden Vorschriften ist es recht schwierig, ihn seines Amtes zu entheben. Der Vorschlag zur Abberufung des NBS-Gouverneurs muss zunächst vom Kabinett vorgelegt und dann vom Parlament gebilligt werden. Erst dann kann der Präsident ihn offiziell abberufen. Außerdem gibt es bestimmte Bedingungen, unter denen der Gouverneur entlassen werden kann.

Kažimír hat nicht die Absicht zurückzutreten, wie er kürzlich in einer Erklärung gegenüber den Medien betonte. Nicht einmal die Oppositionsführer Robert Fico und Peter Pellegrini sehen einen Grund für seinen Rücktritt, da beide die Unschuldsvermutung betonen. Ersterer deutete sogar an, dass die Anklage erhoben worden sein könnte, weil jemand den Posten des NBS-Gouverneurs haben will.

Quelle: [Slovak Spectator](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ungarn (Seiten 250 bis 287)

14) Péter Márki-Zay, der Mann, der Orbán herausfordern will

Von Marton Aron Kovacs

25. 10. 2021



Péter Márki-Zay · Bildquelle: CM

Péter Márki-Zay, Bürgermeister der südungarischen Stadt Hódmezővásárhely, hat die gemeinsamen Vorwahlen gewonnen und wird der Kandidat der ungarischen Opposition für das Amt des Ministerpräsidenten bei den Wahlen 2022 sein.

Warum Vorwahlen in Ungarn?

Vorwahlen sind bekanntlich Vorwahlen, die theoretisch dazu dienen, die Macht der Kandidatenauswahl von den Händen der Parteilite auf die des Volkes zu übertragen. Sie stammen zum Teil aus den Vereinigten Staaten von Amerika, wo diese Auswahlmethode seit anderthalb Jahrhunderten angewandt wird und wo es die komplexesten Regeln gibt. Der Hauptunterschied zwischen dem europäischen und dem amerikanischen Vorwahlmodell besteht darin, dass in den USA die öffentliche Verwaltung eine aktive Rolle bei der Organisation dieser Wahlen spielt, während es in Europa keine solche Beteiligung gibt.

Im Jahr 2005 erkannte die zersplitterte italienische Linke, dass sie isoliert keine Chance hatte, eine Wahl zu gewinnen, und wandte daher die Praxis der Vorwahlen an, um ihre Kräfte zu bündeln und einen künftigen Herausforderer für Silvio Berlusconi zu finden. Ursprünglich war nur Romano Prodi im Rennen, doch dann traten andere Kandidaten auf den Plan. Der italienische Präzedenzfall war eine Quelle der Inspiration für die ungarische Opposition, wie der Verfassungsrechtler Zoltán Lomnici schreibt.

Die Oppositionskoalition

Im Jahr 2020 schlossen sechs ungarische Oppositionsparteien – DK (Demokratische Koalition), Jobbik, LMP (Grüne), MSZP (Sozialistische Partei), Momentum und Párbeszéd – eine Kooperationsvereinbarung mit Blick auf die Parlamentswahlen 2022. Diese sechs Parteien decken fast das gesamte politische Spektrum ab, von rechts bis links. Die Oppositionskoalition steht den Regierungsparteien, nämlich FIDESZ und KDNP,

gegenüber. Der Plan sah vor, dass die Wähler in jedem Wahlbezirk einen einzigen Gegner der FIDESZ-KDNP wählen und Viktor Orbán einen einzigen Herausforderer gegenüber stellen.

Nachdem sie bei den letzten Wahlen gescheitert waren, sahen diese Parteien keinen anderen Weg zur Macht, als einige ihrer jeweiligen Grundsätze aufzugeben und sich zu vereinen. Sie alle haben die Idee aufgegeben, eine eigenständige Politik zu verfolgen, eine starke besondere Unterstützung aufzubauen, an ihren ursprünglichen politischen Prinzipien festzuhalten und die Interessen ihrer Wähler zu vertreten. Es stellt sich jedoch die Frage, wie sie angesichts der unterschiedlichen Vorstellungen, die bereits zu Beginn bestehen, überhaupt regieren können.

Der Fall Jobbik

Der Fall Jobbik hilft uns, die Vielfalt der Koalition zu veranschaulichen. Kürzlich kam es zu einem Bruch der Einheit, als Jobbik für ein Gesetz stimmte, das von der übrigen Opposition boykottiert wurde. „Das erste Ziel der Jobbik-Bewegung für Ungarn ist es, die Nachfolgepartei des Kommunismus und die mit ihr verbundenen liberalen Extremisten von der Macht zu entfernen“, heißt es in der Gründungserklärung von Jobbik, die sich vor zwei Jahren entschlossen hat, sich mit der Nachfolgepartei des Kommunismus zusammenzuschließen. Kurz gesagt: Wir sehen eine Partei, die die Einheit der Koalition aufgrund ihrer ursprünglichen Prinzipien bricht, und dieselbe Partei, die diese Prinzipien verrät, indem sie sich entscheidet, dieser Koalition beizutreten.

Die Opposition hat ein Narrativ konstruiert, wonach es nur darauf ankäme, Orbán abzulösen. Es gäbe nur die Wahl zwischen der Koalition und dem derzeitigen Regime. Natürlich gäbe es noch eine dritte Möglichkeit: eine kompetente Partei, die in der Lage ist, genügend Wählerstimmen auf sich zu vereinen, aber sie haben es alle versucht, und keine hat es geschafft. Die Bürgerinnen und Bürger werden sich also mit einer Koalition zufrieden geben müssen, die sich aus einzelnen schwachen politischen Parteien mit unterschiedlichen Ideologien zusammensetzt und bei der viele Zweifel an ihrer Regierungsfähigkeit bestehen.

Wird Márki-Zay die Koalition zusammenhalten können?

Eine Mehrparteienkoalition zu führen ist immer schwierig, vor allem wenn – wie im Fall von Márki-Zay – die stärksten Komponenten DK und Jobbik heißen.

Klára Dobrev, DK-Kandidatin bei den Vorwahlen, die ihm in der Stichwahl unterlag, warf Márki-Zay vor, unaufrichtig und für das Amt des Ministerpräsidenten ungeeignet zu sein. Dies geschah, nachdem Márki-Zay erklärt hatte, dass diejenigen, die für Dobrev stimmen, „nicht nur Karácsony, sondern auch das Land verraten“. Bevor er den Vorwurf des Verrats erhob, hatte Márki-Zay erklärt, er arbeite daran, die DK zur ersten Partei in der künftigen Regierung zu machen. (Zu seinen anderen merkwürdigen Aussagen gehört, dass die Hälfte der FIDESZ-KDNP-Regierung aus Schwulen besteht).

Nach solchen Äußerungen fragen sich viele Menschen, ob die Koalition wirklich geeint ist, und immer mehr DK-Wähler denken darüber nach, im nächsten April nicht wählen zu gehen. Imre Urbán, ein DK-Aktivist, ist einer derjenigen, die deutlich gemacht haben, dass er nicht für einen Kandidaten wie Márki-Zay stimmen wird. Einige DK-Sympathisanten schlagen vor, dass Ferenc Gyurcsány und seine Partei 2022 allein antreten sollten, andere argumentieren, dass ein Sieg bei den Vorwahlen Márki-Zay nicht automatisch zum

Premierministerkandidaten machen sollte. Auch der DK-Vorsitzende Gyurcsány äußerte sich nach Bekanntwerden der Ergebnisse der Vorwahlen zweideutig: Er sagte, dass die Koalition zunächst eine parlamentarische Mehrheit erreichen müsse und dann der Regierungschef gewählt werde.

Ist Márki-Zay wirklich ein Verfechter der Demokratie?

Die internationale Presse vergleicht Márki-Zay mit einem David, der Goliath herausfordert, einem Kämpfer für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Márki Zay befürwortet jedoch (wie seine gesamte Koalition) die Idee, eine einfache Mehrheit im Parlament zur Änderung der Verfassung zuzulassen (heute ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich). Es ist besonders lehrreich, herauszufinden, warum. In seinen Worten: „Sie überschreiben keine Zwei-Drittel-Regel, denn sie wurde nie verabschiedet, sie war ungültig“. Aber um es klar zu sagen: nicht die gesamte (2011 verabschiedete) Verfassung ist ungültig, da sie viele natürliche und allgemein akzeptierte Paragraphen enthält, die auch in der alten Verfassung zu finden waren“, d.h. derjenigen, die von den Kommunisten 1949 eingeführt und 1989 geändert wurde. Ja, aber wer entscheidet, was gültig und was ungültig ist? Seine Antwort lautet: „Normalerweise wäre dies die Aufgabe des Verfassungsgerichts, aber da die FIDESZ dort ihre eigenen Leute eingesetzt hat, muss sich von nun an wohl ein Gremium aus ehemaligen Richtern und Verfassungsrechtlern darum kümmern“.

Die internationalen Medien schwärmen von der Opposition, weil sie überzeugt sind, dass sie sich an die „Rechtsstaatlichkeit“ halten wird. Sie verspricht jedoch ausdrücklich, sofortige verfassungswidrige Maßnahmen zu ergreifen und Beamte und Politiker zu inhaftieren. Es stellt sich die Frage: Wie würde die EU solche ersten Maßnahmen einer möglichen Anti-Orbán-Regierung begrüßen?



Marton Aron Kovacs

MCC-Stipendiat am Centro Studi Machiavelli. Er studiert Jura an der Katholischen Péter Pázmány-Universität und ist Projektleiter von „RoLink Biotechnology“.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei CENTRO MACGHIARELLI, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Viktor Orban kritisiert die „feindliche“ Haltung der Europäischen Union

25. 10. 2021



Viktor Orbán - Bildquelle: Magyar Nemzet

„Brüssel täte gut daran, zu verstehen, dass es nicht einmal den Kommunisten gelungen ist, uns in die Knie zu zwingen.“

Viktor Orbán erhebt seine Stimme. Der ungarische Ministerpräsident hat am Samstag, den 23. Oktober, bei einem Treffen in Budapest sechs Monate vor den voraussichtlich knappen Parlamentswahlen die Haltung der Europäischen Union gegenüber seinem Land und Polen angeprangert, die seiner Meinung nach der UdSSR würdig sei. „Die Europäische Union spricht mit uns und verhält sich uns und den Polen gegenüber so, als wären wir Feinde“, sagte er vor einer Menge von Anhängern, die sich zu einer Kundgebung anlässlich der Feiertage zum Gedenken an den ungarischen Aufstand von 1956 gegen die UdSSR versammelt hatten.

„Brüssel äte gut daran zu verstehen, dass es nicht einmal die Kommunisten gelungen ist, uns in die Knie zu zwingen. Wir sind der David, den Goliath besser meiden sollte“, fügte er hinzu und zeigte damit seine Unterstützung für Warschau in seinem Streit mit Brüssel über die Unabhängigkeit der Gerichte und die Herrschaft des europäischen Rechts.

Zuvor waren Zehntausende von Menschen durch die Straßen der Hauptstadt defiliert.

Quelle: [Franceinfo](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Die Ungarn von heute sind würdige Nachfolger der Helden von 1956

Von István Simicskó

23. 10. 2021



Foto: MTI/Bruzák Noémi

Der heutige ungarische Nationalfeiertag nimmt einen wichtigen Platz in unserem Leben ein, da er so viele Botschaften, Bedeutungen und Lehren in sich trägt, die unsere Identität und unser Bild von der Welt und der ungarischen Nation in ihr bestimmen. In der Eile des 21. Jahrhunderts können wir jedoch dazu neigen, ihre Bedeutung zu übersehen, obwohl es sich lohnt, innezuhalten und darüber nachzudenken, woran die Geschichte selbst uns alle mit diesen Tagen mit roten Buchstaben erinnert. Neben der Entspannung ist es wichtig, die Botschaft des Festes zu verinnerlichen, das mit all seinen Errungenschaften, Verlusten, Triumpfen und Tragödien verkündet, dass wir hier sind, wie Gott uns geschaffen hat, und dass sich dies nie ändern wird. Viele haben versucht, das Gegenteil zu behaupten, aber unsere gefeierten Helden haben es nicht auf sich beruhen lassen. Das werden wir auch nicht!

Der 23. Oktober ist ein Datum, das uns aus der nicht allzu fernen Vergangenheit Hinweise gibt, um unsere Welt besser zu verstehen und unser Leben in die richtige, gute Richtung zu lenken. Inwiefern sind die Helden von 1956 ein Vorbild für uns, und was können wir seitdem von ihnen lernen? Nichts Geringeres als das Wissen und die Aufopferung, bis zum Ende für die Freiheit zu kämpfen; dass ein Volk sich gegen ausländische Unterdrückung und eine kommunistische Macht, die blindlings ausländischen Mächten dient, mit geradem Rücken und stolz wie David gegen Goliath behaupten kann. Und alle, die an der Revolution beteiligt waren, wussten, dass ihr Leben buchstäblich auf dem Spiel stand.

Unsere Eltern und Großeltern hatten 1956 das Feuer, das in den Verteidigern der Burg von Johannes Hunyadi, in Ferenc Rákóczi's Kuruzzen oder in den begeisterten Menschenmassen von 1848 brannte, die die Unterdrückung nicht länger hinnehmen wollten. Besondere Situationen bringen besondere Menschen und besondere Begabungen zum Vorschein. Es ist ein Sieg des Herzens, wenn man gegen eine überwältigende

Übermacht zu den Waffen greift. Die Ungarn, die bereit waren, bis zum Ende für ihr Land, ihre Nation und ihre Familien zu kämpfen, zeigten 1956 ihre Entschlossenheit und Stärke.

In vielerlei Hinsicht können wir sagen, dass Ungarn trotz der Pandemie im Jahr 2021 in einer guten Position ist. Wir leben hier mitten in Europa, in Freiheit. Unser Land, das nach Trianon ausgeblutet war, hat wieder zu sich selbst gefunden, und wir haben uns mit unseren ethnischen Brüdern und Schwestern jenseits der Grenze wiedervereint. Wir haben unsere physische und moralische Zugehörigkeit durch Einbürgerung und Staatsbürgerschaft bewiesen, und wir haben vielleicht die besten Beziehungen zu benachbarten Völkern und Ländern in den letzten hundert Jahren. Was Ungarn heute sagt und tut, hat Gewicht. Wir sind Teil der stärksten militärischen und politischen Bündnisse. Wir sind endlich auf einem Weg, der es uns ermöglicht, die Rückständigkeit von vierzig Jahren Kommunismus und die Wutausbrüche der sozialistischen Regierungen nach dem Regimewechsel zu überwinden.

Gleichzeitig dürfen wir uns nicht zurücklehnen, denn wir müssen weiter für den Erhalt unserer Souveränität kämpfen. Die größte Schlacht wird in der intellektuellen und ideologischen Arena geschlagen, gegen einen Gegner, mit dem wir ein gemeinsames Schicksal teilen. Die Zugehörigkeit zu Europa stand nie in Frage, aber die Bürokraten in Brüssel haben vergessen, dass die Europäische Union ein institutioneller Rahmen ist, ein Instrument, das für die Mitgliedstaaten existiert, mit Befugnissen, die von den Mitgliedstaaten erteilt werden, und nicht über die Mitgliedstaaten herrschen kann, indem es sie erpresst und gegeneinander ausspielt. Brüssel übt nun Druck auf uns aus und zwingt den Ungarn eine unannehmbare Ideologie auf, die unsere bestehende Identität in jeder Hinsicht zerstören soll. Dies ist für jede verantwortliche Person inakzeptabel. Die Gründungsväter der Union hatten die Absicht, eine Beziehung aufzubauen, die auf der Zusammenarbeit starker, souveräner Nationen beruht, die sich gegenseitig helfen, die Werte des anderen bewahren und die Entfaltung der Mitgliedstaaten fördern, was nun zu einem System der Drohungen und der selbst auferlegten Kapitulation mit wirtschaftlichen Mitteln geworden ist. Der Migrationsdruck an unseren Grenzen macht die Lösung von Konflikten nicht einfacher, da die EU seit Jahren nicht in der Lage ist, sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen, um den Strom neuer Einwanderungswellen einzudämmen. Unsere Position ist klar: Ein starkes Ungarn kann nur von Bürgern aufgebaut werden, die sich auf tausendjährige christliche Wurzeln und sichere familiäre Bindungen in Zeiten der Not stützen.

Die Freiheit ist ein Schatz, der immer wieder neu erkämpft werden muss, und nicht etwas, das man einmal erworben hat und dann immer besitzt – das lehrt uns unsere Geschichte. So wie die Helden von 1956 vor Jahrzehnten in blutigen Schlachten für Ungarn und die ungarische Nationalität gekämpft haben oder unsere Vorfahren jahrhundertlang vor ihnen, so müssen wir für unsere Interessen und unsere Freiheit eintreten. Jetzt ist es nicht mehr eine fremde Armee, die uns unterdrückt, sondern Brüssel, das sich in der Illusion der Vereinigten Staaten von Europa verschanzt hat und mit geradezu imperialer Arroganz versucht, uns alle zu unterjochen, unsere christliche, nationale Identität zu schwächen, sie in einen Schmelztiegel zu verwandeln, die Einzigartigkeit des Kontinents, der Länder und letztlich der Menschen zu beseitigen und unser Leben, das schon jetzt manchmal völlig absurd ist, in surreale Erwartungen zu verwandeln.

Wir müssen der Welt zeigen, dass wir hier zu Hause sind, in diesem Land, und wir werden nicht zulassen, dass uns unsere Vergangenheit, unsere Gegenwart und unsere Zukunft genommen wird! Wir müssen zeigen, dass die Ungarn von heute würdige Nachfolger der Helden sind, die im Herbst 1956 aufgestanden sind und unser Heimatland mit bloßen Händen verteidigt haben. Lasst uns heute auf dem Friedensmarsch sein, um der Welt und

der Linken, die um die Macht ringt, zu zeigen: Wir werden nicht vergessen! Wir sind viele, und mit der Kraft der Liebe werden wir alles, was wir gemeinsam erreicht haben, bis 2021 schützen!

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) László Kövér: „Unsere nationale Identität ist die Grundlage für unsere europäische Identität“

22. 10. 2021



László Kövér · Foto: Vanda Katona / Magyar Nemzet

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger sind durch viel mehr gemeinsame Werte geeint, als sie geteilt oder gar getrennt sind. Das dürfen wir nie vergessen, wenn wir über die Zukunft Europas sprechen

- sagte der ungarische Parlamentspräsident László Kövér am Freitag auf der Konferenz der Präsidenten des Europarates in Athen.

Am zweiten Tag der zweitägigen Konferenz, die unter der Schirmherrschaft der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) stattfand, stand die gemeinsame Zukunft der europäischen Bürger auf der Tagesordnung. In seiner Rede betonte der ungarische Redner:

Unsere europäische Identität beruht auf unserer nationalen Identität und unserer Muttersprache, unserer Verbundenheit mit unserem Heimatland, unseren engen Beziehungen. Die Stärke Europas liegt in seiner sprachlichen, kulturellen und religiösen Vielfalt sowie in der eng miteinander verflochtenen Vergangenheit und Tradition unserer Nationen. Ich bin davon überzeugt, dass unsere gemeinsame Zukunft auf starken Demokratien, der Entwicklung des Parlamentarismus, einer

erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen unseren Nationen, der Solidarität gegenüber nationalen Minderheiten und den Prinzipien der Nachhaltigkeit beruhen muss.

László Kövér betonte, dass sich die Welt unserer Zeit sehr schnell verändert und viele europäische Bürger das Gefühl haben, dass ihre Meinung nicht mehr zählt.

Die Menschen stecken den Kopf in den Sand, wenn sie nicht erkennen, dass das Vertrauen der Menschen insbesondere in die EU-Institutionen, aber auch in die nationalen demokratischen Institutionen, gefährlich schwindet

- sagte László Kövér. Er sagte, dass die europäischen Demokratien nur dann erneuert werden können, wenn die Bürgerinnen und Bürger ein Mitspracherecht bei Entscheidungen über reale Fragen haben. Der erste Schritt in diesem Prozess ist eine auf nationaler Ebene organisierte nationale Stimme.

Er wies darauf hin, dass wir in Ungarn den Mut hatten, die Menschen zu Migrationsfragen zu befragen, und während der Pandemie, obwohl es keine Möglichkeit für ein Referendum mit persönlicher Anwesenheit gab, konnten die Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den wichtigsten Fragen der Pandemiebewältigung durch eine nationale Online-Konsultation äußern und dabei eine neue Form der direkten Demokratie nutzen.

Der ungarische Parlamentspräsident führte weiter aus, dass Ungarn der Meinung ist, dass die europäischen Bürger nicht nur starke nationale Demokratien und transparente europäische Institutionen brauchen, die die Souveränität und Gleichheit der Nationen respektieren und sich an die Regeln der Demokratie halten, sondern auch eine regionale Zusammenarbeit, die die einzelnen Nationen noch enger miteinander verbindet und gleichzeitig die Grundlage für einen neuen, wertebasierten politischen Dialog schafft. „Die Visegrád-Länder (V4) – Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn – sind ein gutes Beispiel für diese Form der regionalen Zusammenarbeit“, sagte er. Er sagte, dass diese Länder nicht nur durch ihre Nähe und ähnliche geopolitische Lage verbunden sind, sondern auch durch ihre gemeinsame Geschichte, Traditionen, Kultur und die gemeinsamen Werte. Er wies darauf hin, dass die Zusammenarbeit nun schon seit dreißig Jahren besteht und dass für die Zukunft viele Jahrzehnte gemeinsamer Arbeit zu erwarten sind.

László Kövér führte weiters aus::

Wir Ungarn sind in der glücklichen Lage, mit zahlreichen nationalen Minderheiten zusammenzuleben, dreizehn an der Zahl, die in unserem neuen Grundgesetz als konstituierende Elemente des Staates genannt werden. Ihre Vertretung ist sowohl auf kommunaler als auch auf parlamentarischer Ebene gewährleistet. Wir glauben, dass es uns gelingen wird, eine rechtliche Garantie für ein Leben in gleicher Würde für alle autochthonen nationalen Minderheiten in Europa zu schaffen, indem wir das Recht, in ihrem Heimatland zu leben und ihre nationale Identität zu bewahren und an ihre Nachkommen weiterzugeben, durch internationale Zusammenarbeit zu einem universellen Menschenrecht machen.

Kövér wies darauf hin, dass man bei jungen Menschen nicht vergessen dürfe, wie wichtig es sei, Demokratie zu lernen, und wie wichtig das Umfeld sei, in dem die jungen Menschen von heute in Zukunft leben müssten. Er betonte, dass Ungarn sich für die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung einsetzt und dass das ungarische Parlament – fast

einzigartig unter den Parlamenten der Welt – eine eigene beratende Institution unterhält: den Nationalen Rat für nachhaltige Entwicklung. Alle zwei Jahre erstellt der Rat eine detaillierte Analyse der Situation des Landes im Hinblick auf die ökologische, wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit. Kövér fügte hinzu, dass die Erfahrungen des Rates in Bezug auf seine Funktionsweise und seine Aktivitäten anderen Parlamenten zur Kenntnis gebracht werden und dass Ungarn bereit ist, sie mit ihnen zu teilen.

Der ungarische Parlamentspräsident sagte weiter, dass Ungarn an neuen, innovativen Initiativen und Ideen interessiert sei, die Europa und seine repräsentativen Institutionen gemeinsam besser und effektiver machen könnten. Schließlich wies er auf die Erklärung hin, in der die V4 und die südosteuropäischen Länder, die auf den Beitritt zur Europäischen Union warten, gemeinsam die Beteiligung der Kandidatenländer an der EU-Konferenz über die Zukunft Europas fordern.

László Kövér erklärte, dass sich die Präsidenten der nationalen Parlamente auf der Tagung des Europarates insbesondere darin einig waren, dass Europa ein umfassenderes Konzept als die Europäische Union ist und dass alle europäischen Länder und Nationen außerhalb der Union die Möglichkeit erhalten sollten, zur Gestaltung einer gemeinsamen europäischen Zukunft beizutragen.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Ungarn: neue Beschränkungen im Asylrecht

Von Csilla Korompay

21. 10. 2021



MTI

Fotó: Ujvári Sándor

Künftig wird ein Ausländer, bei dem die begründete Annahme besteht, dass er in seinem Herkunftsland eine Straftat begangen hat, die in Ungarn mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder mehr geahndet wird, und bei dem die begründete Annahme besteht, dass er sein Herkunftsland nur verlassen hat, um sich der Strafe zu entziehen, nicht als Flüchtling anerkannt.

Ein Gesetzespaket mit Maßnahmen zur Modernisierung bestimmter Verfahren und zur weiteren Stärkung der Sicherheit der Bürger wurde dem ungarischen Parlament am Mittwoch vorgelegt. Der Vorschlag sieht unter anderem eine Verschärfung bestimmter Migrationsfragen vor.

Der Gesetzentwurf über die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen wird dahingehend geändert, dass die Ausweisung eines Drittstaatsangehörigen, der bereits im Besitz eines Aufenthaltstitels ist, nicht nur im Falle einer „Verletzung“ der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung, sondern auch im Falle einer „Gefährdung“ möglich ist. Der Begründung zufolge ermöglicht der neue Wortlaut, der die nationalen Interessen in den Vordergrund stellt, eine viel breitere Anwendung, ohne den EU-Rechtsrahmen zu verletzen.

Das Asylgesetz wird ferner dahingehend geändert, dass ein Ausländer, bei dem begründeterweise davon ausgegangen wird, dass er in seinem Herkunftsland eine Straftat begangen hat, die in Ungarn mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder mehr geahndet wird, und bei dem davon ausgegangen wird, dass er sein Herkunftsland verlassen hat, um der Strafe für seine Straftat zu entgehen, nicht als schutzberechtigte Person anerkannt wird. Dies ermöglicht es den Juristen, zwischen Asylbewerbern, die tatsächlich Anspruch auf subsidiären Schutz haben, und solchen zu unterscheiden, die nur deshalb um subsidiären Schutz nachsuchen, um eine Strafverfolgung in ihrem Herkunftsland zu verhindern oder zu vermeiden. Eine solche „missbräuchliches Verhalten von Asylbewerbern“ stellt eine unnötige Belastung für das nationale Asylsystem dar. Der Ausschluss von der Anerkennung als Schutzberechtigter bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass dem Antragsteller der Schutz vollständig entzogen wird, denn wenn er in seinem Herkunftsland aus rassistischen oder religiösen Gründen, aus Gründen der Staatsangehörigkeit, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder der politischen Überzeugung von Verfolgung bedroht wäre und es keinen sicheren Drittstaat gibt, der ihn aufnehmen würde, würde ihm der Status einer Person zuerkannt, die nicht zurückgeschickt werden darf.

Eine weitere Änderung des Asylgesetzes verlangt die persönliche Anwesenheit des Antragstellers im Asylverfahren. In dem Entwurf heißt es: „Die persönliche Anhörung des Antragstellers ist in Gerichtsverfahren obligatorisch, wenn sich der Antragsteller in Asylgewahrsam befindet. Das Gericht lehnt den Antrag ab, wenn der Antragsteller nicht aus seiner Wohnung vorgeladen werden kann oder wenn er sich an einen unbekanntem Ort begeben hat. (...) Das Verfahren ist auch dann einzustellen, wenn der Antragsteller anderweitig durch einen gesetzlichen Vertreter vertreten ist.“

In der Begründung heißt es, dass die persönliche Anwesenheit des Asylbewerbers im Asylverfahren unerlässlich ist. Vom Antragsteller auf internationalen Schutz kann erwartet werden, dass er persönlich an den verschiedenen Verfahrensschritten teilnimmt, mit der Behörde, die seinen Antrag bearbeitet, zusammenarbeitet und bei der Prüfung seines Antrags auf Rechtsbehelf im Verwaltungsverfahren kooperiert. Verlässt ein Asylbewerber die ihm zugewiesene Unterkunft ohne Erlaubnis für mehr als 48 Stunden mit unbekanntem

Ziel, so verstößt er gegen seine gesetzlichen Pflichten, was nicht durch das Handeln seines Bevollmächtigten behoben werden kann. In der Praxis könne Ungarn Asylbewerbern, die sich an einem unbekanntem Ort aufhalten oder nicht kooperieren, keinen wirksamen Schutz bieten, argumentierte Innenminister Sándor Pintér, der das Vorschlagspaket vorstellte.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Budapester Friedensmarsch als Antwort auf ungarnefeindliche Angriffe

Von András Miklós Lázin

20. 10. 2021



"Wir hoffen, dass wir so zahlreich sein werden wie am 12. Januar 2012" - Foto: MH/Hegedüs Róbert

László Csizmadia: Diejenigen, die glauben, dass Gott, Land und Familie eine wichtige Rolle in ihrem Leben spielen, hat einen Platz unter uns

„Wir bitten alle Teilnehmer, ihre Mobiltelefone mitzubringen und, wenn Sie Unruhen oder Provokationen sehen, sich nicht der linken Gewalt auszusetzen, sondern die Ereignisse getreu aufzuzeichnen“, erklärte László Csizmadia gegenüber der ungarischen Tageszeitung Magyar Hírlap. Der Vorsitzende des Kuratoriums des Forums der Zivilen Allianz (CÖF-CÖKA) betonte, dass dieser Friedensmarsch, wie auch die vorangegangenen, ein Zeichen für die Einheit der ungarischen Nation setzen soll.

Linke und liberale Provokationen sind immer zu befürchten, aber im Grunde organisieren wir einen ruhigen, friedlichen und würdigen Marsch, vor allem, weil wir auch die Märtyrer der blutigen Repressalien nach der Revolution 1848 ehren wollen, führt László Csizmadia weiter aus.

„Es ist ein Grundprinzip der Achtung der Meinungsfreiheit, dass wir nicht dorthin gehen, um Unruhe zu stiften, wenn linke und liberale Kreise ihre kleinen Demonstrationen abhalten“, sagte László Csizmadia.

„Wir sind auch sicher, dass nicht die Gyurcsányi-Polizei von 2006, sondern eine Polizei, die sich ihrer Aufgaben bewusst ist, die Veranstaltung überwachen wird“, betonte er. Eine, die die Interessen des ungarischen Volkes vertritt und nicht die einer linken Partei, sagte er. Der Friedensmarsch wird um 13:00 Uhr auf dem Platz vor der Technischen Universität von Budapest beginnen.

Der Grund dafür ist, dass dieser Campus eine der Wiegen der Revolution von 1956 war. Der Marsch beginnt hier und führt von der Freiheitsbrücke über den Várház- und den Károly-Boulevard zum Erzsébet-Platz, wo die Staatsfeierlichkeiten stattfinden werden. Ministerpräsident Viktor Orbán wird hier eine Rede halten. Wer mit dem Bus anreist, kann am Ende der Budafoki út parken, während Fußgänger die Promenaden entlang der Donau nutzen können.

„Hoffen wir, dass wir so zahlreich sein werden wie am 12. Januar 2012, denn genau wie damals gibt es einen großen Bedarf für den Friedensmarsch“, sagte László Csizmadia. Die Gründer und Teilnehmer früherer Märsche werden an der Spitze des Zuges marschieren, gefolgt von Unterstützern aus Polen. Neu ist, dass auch eine italienische Delegation in Budapest eintreffen wird.

„Ihr Besuch ist darauf zurückzuführen, dass die italienische UGL, eine nationale konservative christliche Gewerkschaft mit zwei Millionen Mitgliedern, auf dem Kongress des Europäischen Rates für zivile Zusammenarbeit (EuCET) in der vergangenen Woche der CÖF-CÖKA beigetreten ist“, so László Csizmadia. „Sie dachten, ihr Platz sei in der ungarischen Hauptstadt, direkt neben uns“, fügte er hinzu.

„Jeder, der glaubt, dass Gott, Land und Familie eine wichtige Rolle in seinem Leben spielen, hat einen Platz unter uns“, sagte der Präsident. Er erinnerte auch daran, dass sich die Absichten der links-liberalen Kreise, die ständig von Brüssel finanziert und ermutigt werden, in den letzten Jahren kein bisschen geändert haben – sie wollen die ungarische Regierung, die 2010 mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt wurde, um jeden Preis stürzen. Er fügte hinzu: „Die beste Art und Weise, wie wir auf diese bösartigen Angriffe reagieren können, ist, Solidarität zu zeigen.“

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Was würden die Ungarn sagen, wenn ... ?

Von Irén Rab

19. 10. 2021



Bildquelle: Ungarnreal

Was würden die ungarischen Rentner sagen, wenn sie dieses Jahr, in diesem verfluchten Pandemiejahr, unter Berufung auf die schlechten wirtschaftlichen Daten vom letzten Jahr **keine Rentenerhöhung, Aufstockung, Rentnerprämie bekämen und auch das Versprechen einer dreizehnten Monatsrente nicht existieren würde?** Ich glaube kaum, dass sie sich so leicht mit der eigentlich einleuchtenden Erklärung zufriedengeben würden, obwohl die Pandemie die Wirtschaft der meisten Länder ruiniert hat und noch dazu die EU auch die Auszahlung des für Ungarn zustehenden Geldes aus dem Corona-Hilfspaket zurückhält.

Für die Deutschen begann aber die Überweisung ihres 25 Milliarden Euro hohen Anteils aus diesem Fonds bereits im August, denn Deutschland ist ein Rechtsstaat, da gibt es keine Fragezeichen, keine Korruption, man muss nicht befürchten, dass das Geld in falsche Kanäle gerät. Die Deutschen haben großes Glück, dass sie keinen einzigen Abgeordneten im Europäischen Parlament haben, der andauernd gegen das eigene Land intrigiert. Von dem Geld des Hilfspaketes werden die deutschen Rentner bestimmt nichts abbekommen, weil **die Rentenerhöhung – im Hinblick auf die Wirtschaftsdaten – dieses Jahr ausbleibt und Prämien, sowie eine dreizehnte Monatsrente sowieso nicht existieren.** Genauer gesagt, den Rentnern in der ehemaligen DDR wurde als Kompensation eine winzige Erhöhung, nämlich 0,72%, zugestanden, denn

in den neuen Bundesländern sind die Lohntarife und auch das Arbeitslosengeld, sowie die Rentenbasis 31 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung immer noch niedriger.

Die deutsche Gesellschaft ist bekannterweise überaltert, fast 22 Millionen Menschen bekommen eine Altersversorgung, von der die Krankenversicherung einen Beitrag erhält und die auch noch vom Staat besteuert wird. Die Durchschnittsrente ist zudem nicht üppig, im Großen und Ganzen ca. eintausend Euro, und es besteht selbstverständlich ein **Unterschied zwischen der ostdeutschen und westdeutschen Durchschnittsrente** zu Gunsten der letzteren. Auch die **Gleichheit unter den Geschlechtern ist nicht gewährleistet**, weil die Zahlungen an die Frauen gegenüber den Männern niedriger ausfallen. Vom dritten Geschlecht mit den vielen Buchstaben (LGBTQI etc.) gibt es bisher keine Daten, sie sind noch viel zu jung, um in den Genuss dieser Versorgung zu kommen.

Mit einem Wort, ich weiß nicht, wenn es in Ungarn wäre, was jetzt in Deutschland gibt, wie die Opposition die Rentner wegen einer ausbleibenden Rentenerhöhung und wegen der möglichen Steuer- und Beitragspflicht gegen die Orbán-Regierung aufhetzen würde?

Was würden eigentlich die ungarischen Haushalte sagen, **wenn die Wohnnebenkosten plötzlich in die Höhe stiegen**, sagen wir mal, auf das Dreifache. Denn der Gaspreis an der Börse hat eine Rekordhöhe erklommen, die Einkaufspreise sind gegenüber dem letzten Jahr auf das Fünffache gestiegen. Die Deutschen befürchten, dass das Gas in den Lagerstätten ausgeht, sodass sie dann nur zu viel höheren Preisen ihre Vorräte besorgen können, was aber einen Anstieg der Verbraucherpreise nach sich ziehen würde. **Energie war auch bisher nicht billig in Deutschland**, für einen Durchschnittshaushalt kosteten Gas und Strom 2400 Euro auf das Jahr bezogen. **Den über die steigenden Nebenkosten klagenden Menschen riet** die EP-Abgeordnete der SPD, **Frau Barley**, eine Parteigenossin und gute Freundin von **Klara Dobrev** (eine Spitzenkandidatin der ungarischen Opposition) im Europaparlament, mit besonderem sozialem Einfühlungsvermögen, dass **sie nicht heizen und nicht das Licht einschalten sollen, dann werden sie auch keine Nebenkosten haben**. Einen so guten Ratschlag habe ich in Ungarn aus dem Mund keines Regierungsangestellten gehört,

in Ungarn wird nur erklärt, dass die Energiepreise dank der Nebenkostenbezuschung der Orbán-Regierungen seit zehn Jahren unverändert geblieben sind und es auch weiterhin bleiben.

Ich kann mich erinnern, dass meine ungarischen Wohnnebenkosten **Anfang der 2000-er Jahre** die deutschen deutlich überstiegen, die **Energieabrechnung fiel in Ungarn höher aus, das Telefon war teurer, die Kreditzinsen viel höher und die Bankgebühren** ebenso, obwohl **der Energiesektor, die Dienstleister, die Banken waren damals in deutschen Händen in Ungarn**. Es dauerte eine Woche, bis mein überwiesenes Geld auf mein ungarisches Bankkonto gutgeschrieben wurde. Als ich nachfragte, klärte mich der freundliche Bankmitarbeiter auf, dass das Geld da wäre, er könne es sehen, aber es sei noch nicht gutgeschrieben worden. Auf gut Deutsch heißt das, die Bank benutzte mein Geld eine Woche lang unrechtmäßig. Wahrscheinlich spielte der Broker Kulcsár eine Woche lang damit seine Tricks, den Börsengewinn brachte dann der Taxifahrer Gyuszi in einer Aktentasche zu den Begünstigten. **(Das war der größte Broker- und Korruptionsskandal der damaligen Zeiten.)** Jetzt bleibt für solche Geschäfte keine Zeit und keine Chance mehr, es herrscht Disziplin in der Finanzwelt, eine Überweisung kommt in Sekunden auf dem Konto an, egal, woher das Geld überwiesen wurde.

Was würden die Einwohner von Budapest sagen, wenn die Partei „Momentum“ oder eine ähnliche grün-liberale Bewegung oder eventuell jemand persönlich *eine Volksabstimmung über die Enteignung der im Privatbesitz befindlichen Wohnungen in Budapest*

initiiert würde, wie das vor einigen Wochen in **Berlin** geschah. Es wird die **Verstaatlichung von mehr als zweihundertvierzigtausend Wohnungen gefordert**, den großen Wohnbaukonzernen soll das Eigentumsrecht entzogen werden. In Berlin gibt es private Wohnungsbaukonzerne, die die Wohnungen vermieten, diese wären von einer Enteignung betroffen, sie sind es, die jetzt zittern müssen. Sie versprechen nun auch Himmel und Erde, die Einfrierung der Mieten für fünf Jahre, den Bau von neuen, billigeren Wohnungen. All das ist vergebens, weil „die Menschen in Berlin sich entschieden haben“ – sagt der Sprecher von dem die Volksabstimmung initiiierenden „Verein für mehr Demokratie“ – und der Volkswille steht über jeglichem Gesetz. Und tatsächlich.

Eine Million Berliner, 56 Prozent der Wähler, votierten für die Enteignung.

Berlin ist nicht nur für Deutschland, sondern für **ganz Europa die „Multikulti“-Hauptstadt**, wo die postmodernen 68-er Hippies und die vielfarbigem, progressiven Jugendlichen mit vielerlei Identität in autonomem Einklang leben. Sie fühlen sich **gestört von der traditionellen bürgerlichen Welt- und Werteordnung**, weshalb sie die gesellschaftlichen Ungleichheiten beseitigen und die nach ihrer Meinung ungerechte Welt umkrempeln wollen. Von den Reichen wegnehmen, was sie besitzen, und unter den Bedürftigen verteilen. **Wie einst die ehemaligen roten Kommunisten in den Ostblockstaaten**, jetzt mit grünem Anstrich, weil sie damit bekannterweise auch für die Rettung der Erde kämpfen. Jetzt wollen sie die Wohnbaukonzerne enteignen, dann alle Wohnungen von ihren rechtmäßigen Besitzern wegnehmen und die Güter neu verteilen. Sie pfeifen auf die Verfassungsmäßigkeit, sie setzen sich über Gesetze hinweg und gehen auf die Straße, wenn ihnen danach ist. **In Berlin sind Demos, Straßenkämpfe, die Bekämpfung der Polizei, brennende Barrikaden und angezündete Autos an der Tagesordnung**. Einen Anlass findet man immer. Die Gewalt, die Zerstörung kommt **meistens von der linksautonomen Szene**. Die Stadt Berlin wird auch von einer linken rot-rot-grünen Koalition regiert, diese wurde jetzt mit 62 Prozent erneut gewählt, obwohl rund um die Wahlen ziemlich viele Unrechtmäßigkeiten, Betrüge zu Tage kamen.

Was würden die sich ein eigenes Haus wünschenden Ungarn sagen, wenn einer Parteiwille plötzlich das Bauprogramm für das eigene Haus nicht mehr unterstützen?

Es würde gleich verbieten, weil ein **Einfamilienhaus viel zu teuer und energieintensiv** wäre, außerdem hätte **niemand das Recht auf einen so großen privaten Lebensbereich**. Das ist auch ein Teil des Programms der deutschen Grünen, genauso wie die Enteignung, und wer weiß, wieviel davon verwirklicht wird, wenn die rot-gelb-grüne „Ampelkoalition“ zustande kommt. (Wir haben so etwas in Ungarn schon erlebt, als **die Parteiführung den Wohnbedarf des Volkes festlegte**. Für eine vierköpfige Familie waren zwei Zimmer oder ein Zimmer mit zwei Halbzimmern vorgeschrieben und auch gebaut worden.)

- Was würden die ungarischen Staatsbürger sagen, **wenn die schwer errungene Sicherheit des Privateigentums erneut verloren ginge?**
- Was würden die Ungarn sagen, wenn die durch die Opposition versprochene Abrechnung Wirklichkeit würde, **wenn die verfassungsmäßige Ordnung, die Garantien des Rechtsstaates in Gefahr geraten würden?** Wenn die Volksabstimmung der manipulierten Massen, die so genannte direkte Demokratie, **das Grundgesetz wegwischen würde?**
- Was würden die Ungarn sagen, wenn die **strategisch wichtigen Wirtschaftszweige erneut in ausländische Hand geraten würden**, wenn das durch den IWF frisch prognostizierte, zu der europäischen Spitze

zählende, 7,6-prozentige Wirtschaftswachstum mit der pseudolinken Machtübernahme plötzlich abstürzen würde?

- Ich weiß nicht, was die Menschen in Budapest sagen würden, wenn ihre Stadt von den an Oktober 2006 erinnernden Unruhen auf den Straßen laut werden würde, **wenn die öffentliche Sicherheit dahin wäre, wie das in den europäischen Großstädten zu erleben ist?**
- Und ich weiß nicht, **was die ungarischen Oppositionsparteien**, die ganze sog. Regenbogenkoalition, **sagen würde, wenn sich die Verfassungsschutz** (verständlicher ausgedrückt: der Geheimdienst) **sie auf Artikel 59 des Grundgesetzes berufend für extremistisch und nationalfeindlich einstufen würde**, wie die Deutschen es mit der AfD machen? **Wenn ihre Politiker nach deutschem Vorbild beobachtet werden würden**, wenn die jungen Aktivisten der Regierungspartei ihre Stände zur Vorwahl umstürzen und damit den ganzen Flohzirkus des Vorwahlkampfes unmöglich machen würden?

Zu diesem letzten Punkt kenne ich aber die Antwort: **die ungarische Opposition würde hilfesuchend nach Brüssel rennen, weil in Ungarn ihrer Meinung nach Diktatur herrscht und die demokratische Rechtsordnung wie auch die Menschenwürde sich in Gefahr befinden.**

Die Autorin, Dr. phil. Irén Rab, ist Kulturhistorikerin.

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#)

Ungarnreal

und in deutscher Übersetzung von Gábor Bayor bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Umfrage: 51 Prozent der Wähler würden für Viktor Orbán stimmen

19. 10. 2021

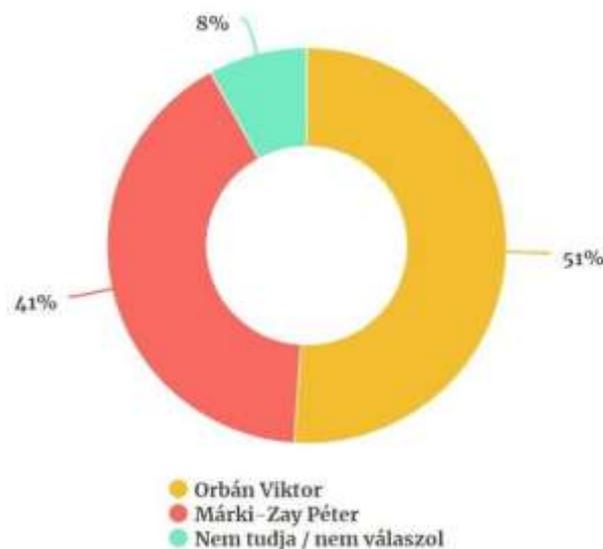


Viktor Orbán · Bildquelle: Magyar Nemzet

Eine aktuelle Umfrage des ungarischen Meinungsforschungsinstituts Századvég zeigt, dass Péter Márki-Zay in Budapest den stärksten Rückhalt hat, während er bei den Wählern auf dem Lande keinen Anklang findet.

Nach Abschluss der linken Vorwahlen führte Századvég eine Umfrage durch, ob die ungarischen Wähler lieber Péter Márki-Zay, den Gewinner der Vorwahlen, oder den Amtsinhaber Viktor Orbán ab 2022 als Premierminister sehen würden.

Die Umfrage ergab, dass 51 Prozent für Orbán stimmen würden, während 41 Prozent Márki-Zay unterstützen würden. Der Anteil der Nichtantworter und Unentschlossenen liegt bei 8 Prozent.



Die auf der Website von Századvég veröffentlichten Daten zeigen, dass der linke Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten zwar in Budapest beliebt ist, aber – wie Gergely Karácsony – bei den Wählern auf dem Land weniger oder gar nicht erfolgreich ist.

54 Prozent der Budapester möchten Márki-Zay als Regierungschef sehen, im Vergleich zu 42 Prozent der Bewohner der Komitatszentren und 37–37 Prozent der Bewohner der Städte und Dörfer.

Im Gegensatz dazu würden 38 Prozent der in der Hauptstadt lebenden Menschen die Wiederwahl Viktor Orbáns unterstützen, und 52 Prozent der in Komitaten lebenden Menschen und 54 bzw. 56 Prozent der in Städten und Dörfern lebenden Menschen würden seine Wiederwahl als Ministerpräsident im Jahr 2022 befürworten.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) „Ich sehe die deutschen Berichte über Ungarn äußerst kritisch, mit einer gewissen Bestürzung“ – Interview mit ehemaligem FAZ-Journalisten Reinhard Olt

18. 10. 2021



Prof. Reinhard Olt · *Bildquelle: Ungarn Heute*

27 Jahre bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und eine gewisse Zeit auch bei der politischen Berichterstattung über Ungarn – so begann Reinhard Olts persönliche Geschichte mit unserem Land. Wie er uns gegenüber zugab, hatte er keine Erwartungen an Ungarn, als er unter anderem ungarischer Korrespondent der deutschen Zeitschrift wurde. Doch er meint, dass die „markantesten Veränderungen im Land indes erst seit Orbáns Wahlsieg 2010 eintraten.“ Der ehemalige Journalist hob unter anderem die Familien-, Wirtschafts- und Minderheitenpolitik hervor. Er hat sich auch mit seiner Arbeit auf das Thema Minderheitenpolitik spezialisiert, worüber er kürzlich sogar das Buch „Im Karpatenbogen“ (Herausgegeben von der Stiftung „Freunde von Ungarn“) verfasste.

INTERVIEW

27 Jahre lang waren Sie bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung tätig, können Sie sich noch an den ersten Ungarn-Bericht erinnern?

Gewiss. Mein erster Bericht kam aus Budapest und erschien am 14. Mai 1991 in der F.A.Z. Ich habe ihn bewusst in mein Buch [„Im Karpatenbogen...“/„A Karpatok iven...“](#) aufgenommen, unter dem Titel „Wie alles begann“. Ich schrieb damit aber nicht über Ungarn als Land, sondern berichtete über einen Nationalitätenkongress, der in Budapest stattgefunden hatte.

Was waren Ihre Erwartungen an das Land, als Sie Korrespondent wurden, und was haben Sie im Vergleich dazu gesehen?

Ich trat meine Korrespondentenstelle in Wien 1994 an, wurde aber für die politische Berichterstattung über Ungarn erst 2000 zuständig. Das heißt aber nicht, dass ich das Land nicht von Anfang an im Blick gehabt hätte. Mit Ungarn beschäftigte ich mich schon, als ich in der Frankfurter Zentralredaktion von 1985 bis 1994 tätig war. Ja eigentlich befasste ich mich schon während des Studiums der Osteuropäischen Geschichte mit Ungarn.

Als ich dann als Korrespondent für Ungarn tatsächlich zuständig wurde, hatte ich keine speziellen Erwartungen an das Land, ich war eigentlich nur neugierig auf die damals seit zwei Jahren im Amt befindliche erste Regierung Orbán.

Doch bevor ich damit genügend Erfahrung sammeln konnte, war sie alsbald wieder Geschichte, denn die alte Formation aus MSZP und SZDSZ unter Medgyessy löste sie 2002 ab.

Wie hat sich das Land in diesen 27 Jahren am meisten verändert?

Die markanteste Veränderung war zweifellos der – von Ungarn initiativ mitbewirkte – Systemwechsel und der Übergang vom „Gulaschkommunismus“, in der „lustigsten Baracke des Ostblocks“, zu einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung.

Die markantesten Veränderungen traten indes erst seit Orbáns Wahlsieg 2010 ein. Erst von da an wurden Fakten geschaffen, welche das Tun der „in neuem Kleid wirkenden alten Kräfte“ unterband.

Nur zum Vergleich: Wohin es führt, wenn die „alten Kräfte“ mit ihrem Gebaren trotz wechselnder Regierungen an der Macht bleiben konnten, sieht man im benachbarten Rumänien! Budapest, die Hauptstadt, aber auch andere Teile des Landes, die ich kennenlernte, sind seitdem ersichtlich sauberer geworden.

Ungarn hat sich während der Wahl- und Regierungsperioden seit 2010 zu einem prosperierenden Wirtschaftsstandort entwickelt. Die praktizierte Familienpolitik ist

beispielhaft, die Unterbindung des Zustroms aus Kulturkreisen, mit denen unsere christlich-abendländische Kultur nichts gemein hat, und haben sollte, ist mustergültig, und die Wahrung der nationalen Identität und des Nationalbewusstseins der Magyaren ist vorbildlich.

Wie sehen Sie heute die deutschen Medienberichte über Ungarn? Haben sich diese in den letzten Jahren/Jahrzehnten wesentlich verändert?

Ich sehe sie äußerst kritisch und mit einer gewissen Bestürzung. Natürlich haben sie sich in den letzten Jahren verändert – alles andere als zum Besseren verändert.

Wir haben hier in Ungarn oft das Gefühl, dass unser Land bzw. die innenpolitischen Geschehnisse in den deutschen Medien überrepräsentiert erscheinen. Können Sie, als Deutscher in Wien lebend, diese Anmerkung bestätigen?

Dieses Ihr Gefühl mag trügen. Eine „Überrepräsentation“ von innenpolitischen Geschehnissen kann ich nicht bestätigen. Ich kann nur eine völlige Überzeichnung von Geschehnissen bis hin zu bizarren Einseitigkeiten moralinsauren Berichtens und Kommentierens feststellen und dazu bemerken, dass die medialen Betrachtungen zu Ungarn, insbesondere wie sie über die Regierung(sparteien) angestellt und publiziert werden, nicht jenen Maßstäben entsprechen, welche ich kennengelernt und praktiziert habe.

Wird das Bild unseres Landes nicht dadurch entstellt, dass die Korrespondenten der großen ausländischen Zeitungen in den meisten Fällen nicht in Ungarn leben und sogar kein Ungarisch sprechen? (Die Welt, F.A.Z....)

Das sind nicht wirklich schlagkräftige und anwendbare Kriterien, welche Sie hier nennen, um das Bild Ungarns zu entstellen.

Auch ich habe nie im Lande gelebt, auch ich spreche nicht Ungarisch, und ich nehme für mich in Anspruch, dennoch wahrheitsgemäß und redlich berichtet, analysiert und kommentiert zu haben.

Die Probleme liegen nach meinem Dafürhalten woanders. Es wird nicht mehr ordentlich recherchiert, man marschiert in einer Art „Mainstream-Gleichschritt“ mit, weil man sich dessen kaum entziehen kann, ohne Schaden zu nehmen. Man „korrespondiert“, berichtet/beschreibt nicht wirklich nach den grundlegenden journalistischen „W-Fragen“ (Was? Wann? Wer? Warum?), sondern zeigt Haltung. Längst gilt nicht mehr das Diktum eines berühmten deutschen Journalisten namens Hanns-Joachim Friedrichs: *„Einen guten Journalisten erkennt man daran, dass er sich nicht gemein macht mit einer Sache – auch nicht mit einer guten Sache; dass er überall dabei ist, aber nirgendwo dazu gehört.“*

Sie haben sich in Ihrer Arbeit als Journalist auf das Thema „ungarische Minderheitenpolitik“ spezialisiert. Sie erwähnen in Ihrem Buch „Im Karpatenbogen“ Ihren Vater, der den größten Einfluss auf diese Themenwahl ausübte. Warum?

Ich habe mich als Journalist nicht allein mit „ungarischer“, sondern generell mit Minderheitenpolitik befasst. Und ich habe mich – nicht nur als Journalist, sondern auch als Wissenschaftler, als der ich stets neben dem journalistischen Hauptberuf engagiert gewesen bin und wissenschaftliche Artikel in Büchern und Fachzeitschriften veröffentlichte – selbstverständlich auch mit anderen nationalen Minderheiten beschäftigt.

Mein Vater bereitete dadurch eine Art „Initialzündung“ vor, dass er während seiner Kriegsgefangenschaft in Sibirien in Gulag-Lagern auf Angehörige mehrerer Nationalitäten traf, darunter auch Ungarn – und viel davon erzählte. Das weckte mein Interesse.

Gleichwohl muss ich den Hauptanteil meinem Studium der osteuropäischen Geschichte an einem Institut der Universität Gießen zuschreiben, an dem zahlreiche Forscher aus mittel(ost)- und südosteuropäischen Ländern, darunter auch aus Ungarn, als Dozenten wirkten. Zudem habe ich mich im Geschichtsstudium sehr mit dem Habsburgerreich, also mit Österreich-Ungarn sowie mit den politisch-zeitgeschichtlichen Entwicklungen nach dessen Zusammenbruch infolge des Ersten Weltkriegs beschäftigt.

Wie kam die Idee, das erst kürzlich veröffentlichte Buch zu verfassen? Welches Ziel hat das Buch?

Ich war der erste deutschsprachige Journalist, der einst über die Csángós schrieb. Mein Freund Komlóssy József, ein Szekler, der zu den 1956ern gehört, der wie viele seiner Generation damals Ungarn infolge der sowjetischen Niederschlagung des Aufstands verließ und über Kanada und die Schweiz wieder zurückkehrte, der dann eine wichtige Rolle für Ungarn im Europarat wahrnahm und in der Führung der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen“ (FUEV) mitwirkte: Er hat mich ebenso dazu ermuntert wie Németh Zsolt, Fidesz-Außenpolitiker und Gründer der „Pro minoritate Alapítvány“.

Zsolt meinte, ich müsse unbedingt ein Buch über die Csángós schreiben. Ich entgegnete, ich fände es wichtiger, über möglichst alle ungarischen Minderheiten zu schreiben und dies in den Rahmen Europäischer Minderheitenpolitik zu stellen. Und „Jóska bácsi“ (also Komlóssy József) trat mit dem Vorschlag an den weltberühmten ungarischen Wissenschaftler Professor Szilveszter Vizi heran, den vormaligen Präsidenten der Akademie der Wissenschaften und jetzigen Kuratoriumsvorsitzenden der „Stiftung Freunde Ungarns“. Diesem musste ich mein Manuskript zusenden; er war begeistert und befürwortete sofort die Buchausgabe in deutscher Sprache sowie die Übernahme/Finanzierung durch die Stiftung. Und Zsolt Németh garantierte die Ausgabe in ungarischer Sprache.

Ich lege Wert auf die Feststellung, dass ich völlig ohne Eigennutz das Buch verfasste und das Manuskript gänzlich ohne Honorar bereitstellte.

Ziel des Buches soll sein, in deutschsprachigen Ländern Kenntnisse über und Verständnis für nationale Minderheiten im Allgemeinen und ungarische Minderheiten im Besonderen zu wecken und zu fördern.

Die Ausgabe in ungarischer Sprache richtet sich naturgemäß an alle, die der ungarischen Sprache mächtig sind oder für die das Ungarische Muttersprache ist. Ich bin übrigens gespannt, ob, wie es einige fordern, auch eine Ausgabe in englischer Sprache noch zustande kommt ...

Haben Sie schon eine Rückmeldung dazu erhalten?

Schon viele Rückmeldungen habe ich erhalten, und es dürften mehr werden, wenn die Auslieferung vorankommt, die in der „Corona-Phase“ stockte und daher nicht immer reibungslos klappte.

Ihre ersten Artikel zu diesem Thema stammen aus den neunziger Jahren, sind viele von diesen heute immer noch aktuell?

Selbstverständlich. Denn die Zusammenstellung spiegelt die Entwicklung wider, bildet daher ein inhaltliches Kontinuum und ermöglicht die Reflexion und Durchdringung.

Die Europäische Union hat kürzlich zwei wichtige Initiativen (Minority Safe Pack und die Petition des Szekler Nationalrates) abgewiesen, die dieses Problem hätten beheben können. Waren Sie von der Entscheidung überrascht?

Nein, nicht im Geringsten – so wie die EU konstruiert ist und sich selbst versteht, war dies zu erwarten. Wenngleich ich dies für absolut unangebracht und verfehlt halte.

Es gibt einen Minderheitenschutz in der EU, jedoch bezieht sich dieser in der Praxis eher auf Flüchtlinge und sexuelle Minderheiten als auf ethnische Gruppen. Zugleich lautet das Motto der EU „In Vielfalt vereint“. Was meinen Sie, warum schenken sie diesem Problem nicht mehr Aufmerksamkeit?

Weil zentralstaatlich organisierte bzw. verfasste Staaten – vor allem jene der Romania, insbesondere Frankreich, Spanien und Rumänien – stets dagegen sind und wohl auch bleiben werden.

Glauben Sie, dass der Westen die durch Trianon verursachten Narben schon versteht?

Nein, „der Westen“ will sie gar nicht verstehen – lediglich historisch Beschlagene und die, die darunter leiden, verstehen, was Trianon für Ungarn und die Magyaren bedeutet.

Wie kann man das einem Ausländer, zum Beispiel einem deutschen Staatsbürger, überhaupt erklären?

Man kann dies jedem Ausländer erklären – sofern er über gewisse Grundkenntnisse verfügt, Bereitschaft zeigt und man als Erklärer Geduld dafür aufbringt.

Wie gut verstehen die jeweiligen deutschen Regierungen die Triebkräfte der ungarischen Außen- und Innenpolitik?

Darüber ist kein Pauschalurteil möglich – die eine versteht sie (gut), die andere weniger; die eine ist interessiert, die andere weniger bis gar nicht.

Wir sind jetzt kurz nach den Bundestagswahlen in Deutschland. Nach dem Sieg der deutschen Sozialdemokraten erwarten viele eine „Abkühlung“ in den ungarisch-deutschen Beziehungen. Ist das Ihrer Meinung nach eine reale Vision?

Zweifellos – dennoch wird es aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtungen nicht zu einer „Eiszeit“ kommen; das wäre den obwaltenden Interessen zuwiderlaufend und insgesamt widersinnig!

Vor ein paar Jahren wurden Sie Mitglied der Stiftung der „Freunde von Ungarn“ in Budapest. Lieben Sie das Land so sehr?

Ich liebe allein meine Frau! Ich schätze das Land ungemein und mich freut das Nationalbewußtsein der Ungarn, dem ich mich zutiefst verbunden fühle.



Im Jahr 2017 wurden Sie mit dem „Freund-von-Ungarn-Preis“ [ausgezeichnet](#), der an Personen verliehen wird, die sich unter anderem für die Verbesserung der Darstellung Ungarns einsetzen. Wie konnten Sie seitdem zu den Interessen Ungarns bzw. zu einer positiven Entwicklung der ungarischdeutschen Beziehungen beitragen?

Ob ich tatsächlich etwas dazu beitragen konnte, vermag ich nicht einzuschätzen. Ich bemühte und bemühe mich lediglich, publizistisch aktiv und passiv, daran mitzuwirken.

Sie haben in Ihrem Leben viel Zeit in Ungarn verbracht. Haben Sie jemals daran gedacht, dauerhaft hierher zu ziehen?

Daran gedacht schon, aber gerade heraus: Dies wäre mit sehr vielen Umständen und Unwägbarkeiten vor allem hinsichtlich meiner angeschlagenen Gesundheit verbunden, für deren Überwindung ich nicht mehr die Kraft aufbringen könnte.

Und „Ehren(staats)bürger“ werde ich wohl kaum, was einen Umzug moralisch nach sich ziehen würde ...

Quelle: [Ungarn Heute](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

23) Budapest: „Die Drohungen der Linken sind unerträglich“

18. 10. 2021



Foto: István Mirkó / Magyar Nemzet

Die Vereinbarung zwischen den beiden Gründern des Rates der Europäischen Union für zivile Zusammenarbeit (EUCET), dem Forum der Bürgervereinigung (CÖF) und dem Club der Gazeta Polska, ist die engste europäische Zusammenarbeit, die es geben kann, sagte der am Samstag gewählte Generalsekretär des EUCET. Zoltán Lomnici sagte auch, dass der Budapester Friedensmarsch am 23. Oktober der größte sein könnte, der jemals von der Technischen Universität bis zur Andrassy-Allee stattfand.

Die wichtigste Errungenschaft des vor zwei Jahren gegründeten Rates der Europäischen Union für zivile Zusammenarbeit (EUCET) ist, dass wir auf Berichterstatterebene aus mehr als einem Dutzend EU-Mitgliedsstaaten Mitarbeiter für unsere gemeinsame Sache gewonnen haben, die sich für eine auf starken Nationalstaaten basierende Europäische Union einsetzen, so Zoltán Lomnici, ein Verfassungsrechtler. Der neu gewählte Generalsekretär von EUCET betonte, dass die Vereinbarung zwischen den beiden Gründern der europäischen Kooperationsorganisation, dem Zivilen Kohäsionsforum (CÖF) und dem Club der Gazeta Polska, die engste europäische Zusammenarbeit ist, die es geben kann.

„Die Europäische Union muss sich auf ein Europa der Nationen stützen“ Vergessen wir nicht, dass Gruppen mit souveränistischen, nationalkonservativ-christlichen Werten heute im europäischen politischen Raum nachweislich im Nachteil sind. Im Vergleich dazu sind wir fast schockiert, dass Menschen von Spanien bis Polen, von Frankreich bis Finnland unsere Initiative unterstützen, was an sich schon ein großer Erfolg ist,“ so Lomnici.

Er führte ferner aus, dass der LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments, der sich mit Fragen der Rechtsstaatlichkeit befasst, früher Vertreter der CÖF zu seinen Sitzungen

einlud, diese Gesten nun aber eingestellt wurde, wodurch das ohnehin fragile Gleichgewicht in den EU-Institutionen gestört wird.

Der Verfassungsrechtler wies auch darauf hin, dass die derzeitige EU-Politik die Legitimität der Organisation zeige: „Während in unserem Land nationale Konsultationen oder Volksabstimmungen gut funktionieren, scheint Westeuropa direktdemokratische Institutionen zunehmend unmöglich zu machen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Europäische Kommission in Brüssel die Initiative „Minority Safe Pack“ für die Rechte nationaler Minderheiten und andere Vorschläge, mit denen sie sich regelmäßig befassen sollte, einfach unter den Tisch fallen lässt. Zoltán Lomnici erklärte, dass das Komitee unter dem Vorsitz von László Csizmadia plant, ein Büro in Brüssel einzurichten und mit europäischen souveränen NGOs in Kontakt zu bleiben.

Die größte jemals erwartete Anzahl von Menschen auf dem Budapester Friedensmarsch

Er sagte auch, dass die Organisatoren realistisch davon ausgehen, dass am 23. Oktober die größte Friedensdemonstration aller Zeiten stattfinden wird. Der CÖF-CÖKA-Sprecher erinnerte daran, dass der erste Friedensmarsch im Jahr 2012 nach den Erinnerungen von András Bencsik mit 30.000 bis 50.000 Menschen geplant war, aber im Vergleich dazu – unter Berufung auf einen linken Pressebericht von damals – die Straßen von Budapest mit endlosen Menschenmassen gefüllt waren.

Im Geiste der Würde und des Respekts vor dem Gedenken an die Opfer von 1956

Mit dem Näherrücken der Konferenzen über die Zukunft der Europäischen Union müsse Brüssel die Botschaft übermitteln, dass es die vielen ungarischen Menschen, die in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft für ein unabhängiges, starkes und freies Ungarn gekämpft haben, nicht ignorieren kann. – Die andere Botschaft des Marsches richtet sich an die dunkle, unnachgiebigere linke Opposition als je zuvor, die in letzter Zeit nicht nur politische Debatten mit der nationalen Rechten führt, sondern auch deren Führer und Mitglieder physisch, psychisch und existenziell bedroht. „Das ist unerträglich“, sagte Lomnici. Auf unsere Frage hin äußerte sich der Verfassungsrechtler auch zu den Vorwahlen der Linken, die er als einen Zirkus bezeichnete, bei dem nichts auf dem Spiel stehe, der unaufrichtig und in Bezug auf die rechtlichen Garantien unberechenbar sei.

- Sie ignorieren die Wähler im In- und vor allem im Ausland und beleidigen damit immer wieder das ungarische Volk, sagte Zoltán Lomnici, der meinte, dass es selbst mit viel strengeren rechtlichen Garantien unrealistisch sei, dass sich diese Institution in unserem Land etablieren könne.

Es sei sehr wahrscheinlich, dass sich die ungarische Linke, wie viele andere europäische Beispiele, die schief gelaufen sind, langfristig nicht für diese Lösung entscheiden werde. Es sei jedoch offen, wie der Prozess selbst finanziert werde, wie die einzelnen Kandidaten Wahlkampf machten und was mit den Wählern geschehe, deren Daten möglicherweise auf ausländischen Servern gespeichert seien. „Die Beispiele aus dem Ausland, vor allem aus Übersee, zeigen, dass diejenigen, die an ähnlichen Vorwahlprozessen teilnehmen, viel ernster genommen und geschützt werden“, fügte der EUCET-Generalsekretär hinzu.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

24) Viktor Orbán feiert die slowakisch-ungarische Freundschaft in Esztergom (Gran)

18. 10. 2021



Foto: Facebook / Visegrád Post

Die slowakisch-ungarische Freundschaft ist ein wiederkehrendes Thema in den öffentlichen Äußerungen des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, [der keine Gelegenheit auslässt, sie zu feiern](#), wie am Montag, den 11. Oktober in Gran (*Esztergom*) in Begleitung seines slowakischen Amtskollegen Eduard Heger anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Einweihung der Maria-Valeria-Brücke, die die ungarische Stadt Gran mit dem slowakischen Šturovo am anderen Donauufer verbindet.

„Wir sind keine Feinde, sondern Waffenbrüder“

„Freundschaft und Bündnis [zwischen Ungarn und der Slowakei] sind der Schlüssel zu unserem Überleben“, sagte er.

„Es kann kein erfolgreiches Ungarn ohne erfolgreiche Slowakei geben und umgekehrt.

[...] An der Grenze zwischen zwei Ländern, die getrennt und gemeinsam eine harte Lektion aus der Aggression der Besatzer des letzten Jahrhunderts gelernt haben, ist es leicht zu erkennen, dass wir Slowaken und Ungarn keine Feinde, sondern Waffenbrüder sind [...]

Unfreundschaft ist zwischen den Ländern Mitteleuropas unnötig. Die Garantie für unser Überleben ist Freundschaft und die Bildung eines Bündnisses

[...] Die Maria-Valeria-Brücke bleibt ein Symbol dafür, dass wir die Zukunft Europas sind. Wir dürfen nicht zulassen, dass jemand die Brücken zwischen uns wieder abreiße.“

Innerhalb dieses Jahrzehnts sollen vier weitere Brücken zwischen der Slowakei und Ungarn über die Donau gebaut werden.

Projekt zum Kauf von Ackerland in der Südslowakei

Diese schönen Worte können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass zwischen Ungarn und Slowaken ein gewisses Misstrauen herrscht, das sich u.a. in der

nach der Intervention von Eduard Heger bei Viktor Orbán am 11. Oktober in Grab schließlich aufgegebenen Initiative zum Erwerb von Ackerland in großem Umfang – ohne vorherige Absprache mit Preßburg – durch einen ungarischen Staatsfonds,

widerspiegelt.

Eine erste Intervention des slowakischen Außenministers Ivan Korčok (SaS) bei seinem ungarischen Amtskollegen Péter Szijjártó am 5. Oktober trug offenbar nicht gleich die erhofften Früchte. Der Verzicht wurde am 12. Oktober von Viktor Orbán gegenüber Ivan Korčok schriftlich bestätigt, der daraufhin erklärte:

„Ich denke, dies bestätigt die Notwendigkeit gegenseitiger Konsultationen und eines intensiven Dialogs über alles, was wir in unseren bilateralen Beziehungen tun“.

In einem ähnlichen Zusammenhang hatte Rumänien seine Rechtsvorschriften geändert, um die Veräußerung von Ackerland auf rumänischem Gebiet zu verhindern.

Die Frage der ungarischen Minderheit

Die Tatsache, dass die Südslowakei, in der sich diese Ländereien befinden, die der ungarische Staat zu kaufen beabsichtigte, ebenso wie die slowakische Stadt Šturovo (*Párkány*) gegenüber von Esztergom, überwiegend von Magyaren bewohnt wird, die von den Ungarn als durch Trianon getrennte Brüder betrachtet werden und in denen die Slowaken nach wie vor eine Art fünfte Kolonne sehen, trägt dazu bei, dass eine von beiden Seiten gewünschte Freundschaft wegen weniger versöhnlicher Erklärungen auf beiden Seiten manchmal rasch ins Wanken gerät.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

25) Die Sicherheit des ungarischen Judentums

14. 10. 2021



Katalin Novák: In Ungarn spielt eine offen antisemitische Partei, Jobbik, eine Schlüsselrolle im Oppositionsbündnis, und das hat keine internationalen Auswirkungen · Foto: Facebook

Katalin Novák betonte auf einer Konferenz in Schweden die Bedeutung der Bekämpfung des Antisemitismus. Die Ministerin erinnerte die Teilnehmer daran, dass Ungarn Nulltoleranz erklärt hat und dass der Grenzschutz neben vielen anderen Maßnahmen auch der Sicherheit der Juden dient.

Von Mariann Óry

Das Internationale Forum gegen Antisemitismus und die Holocaust-Gedenkkonferenz fanden am Mittwoch in Malmö, Schweden, statt. An der hochrangigen Veranstaltung nahmen Staats- und Regierungschefs aus 40 Ländern, Minister, Leiter von EU-Institutionen und der Generalsekretär des Europarats, mehrere internationale NRO, darunter der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Ronald Lauder, sowie Vertreter großer Unternehmen wie TikTok, Facebook und Google teil.

Ungarn war durch Katalin Novák, Ministerin ohne Geschäftsbereich für Familien, vertreten, die den ungarischen Standpunkt in der Sitzung „Bekämpfung des heutigen Antisemitismus und anderer Formen des Rassismus online und offline“ darlegte. Zu den Rednern in diesem Teil der Konferenz gehörten der irische Premierminister Michael Martin, Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats, und Margaritis Skinas, Vizepräsident der Europäischen Kommission. Wie die ungarische Ministerin in einem Facebook-Posting mitteilte, wurde sie auch vom schwedischen Ministerpräsidenten Stefan Löfven und der Bildungsministerin Anna Ekström empfangen.

Die Organisatoren der Konferenz haben alle teilnehmenden Länder um Zusagen gebeten. Ungarn verpflichtete sich, antisemitische Gruppen in der BDS-Bewegung, die zum Boykott Israels aufgerufen hat, einzudämmen und zu verhindern, dass EU-Gelder an diese Bewegung fließen. Ungarn gewährleistet die Freiheit jüdischer religiöser Praktiken und Traditionen und wendet sich gegen Einschränkungen und Verbote dieser Praktiken. Zu diesem Zweck hat Ungarn die Arbeitsdefinition der Internationalen Vereinigung zur Erinnerung an den Holocaust (IHRA) für Antisemitismus übernommen und verpflichtet sich, ihre Umsetzung weiter zu beschleunigen und zu vertiefen. Darüber hinaus wird Ungarn im Rahmen der ungarisch-serbischen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine Holocaust-Gedenkstätte in der serbischen Stadt Bor einrichten und sein Programm zur Renovierung von Synagogen und Friedhöfen fortsetzen.

Katalin Novák erinnerte ihre internationalen Partner daran, dass die ungarische Regierung eine Nulltoleranzklärung gegen Antisemitismus abgegeben hat und dass die Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft im Vergleich zu anderen europäischen Ländern heute in Ungarn in größter Sicherheit leben, wo sie ihre Identität in völliger Freiheit leben können und nicht durch den wachsenden Antisemitismus aufgrund der Migrationswelle in Europa bedroht werden. Die Ministerin betonte, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um zu verhindern, dass antisemitische Kräfte in die Regierung gelangen. Sie machte die Teilnehmer darauf aufmerksam, dass in Ungarn eine offen antisemitische Partei, Jobbik, eine Schlüsselrolle im Oppositionsbündnis spielt und dass dies bisher keinerlei internationale Auswirkungen hatte. Im Rahmen des ungarischen Kampfes gegen den Antisemitismus unterstützt die Regierung auch die Renovierung von Synagogen und jüdischen Kultstätten, arbeitet mit jüdischen Interessenverbänden zusammen, macht die Holocaust-Erziehung zum Bestandteil des nationalen Lehrplans und verteidigt die Staatsgrenze.

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

26) Ungarn: Sorgerecht für Kinder nach der Scheidung

14. 10. 2021



Foto: 123RF

Nach einer Scheidung sind die Kinder die Leidtragenden in einer zerrütteten Familie. Der von der ungarischen Justizministerin Judit Varga vorgelegte Gesetzentwurf soll dazu beitragen, dass minderjährige Kinder nicht von einem Elternteil getrennt werden müssen.

Ein Gesetzesentwurf, der viele Bereiche des Kinderschutzes abdeckt, wurde dem Parlament vorgelegt, gab Justizministerin Judit Varga auf ihrer Social-Media-Seite bekannt. Da es für Kinder sehr schwierig ist, nach einer Scheidung von einem Elternteil getrennt zu sein, würde der Entwurf es dem Gericht ermöglichen, einem Elternteil auf Antrag das gemeinsame Sorgerecht zuzusprechen, d. h. beide Elternteile könnten sich bei der Betreuung des Kindes für denselben Zeitraum abwechseln.

In ihrem Beitrag verwies die Ministerin auf die bereits erzielten Fortschritte: „Wir haben das Meldesystem für den Kinderschutz verstärkt. Das System zur Erkennung und Meldung von gefährdeten Kindern ist nun auf vier Ebenen organisiert: auf lokaler, Bezirks-, Landes- und nationaler Ebene. Für die Behandlung dringender Fälle wurden kürzere Fristen festgelegt, damit die Gerichte in Familiensachen schneller entscheiden können. Wir setzen uns weiterhin für den Schutz minderjähriger Kinder in Familienrechtsfällen ein.

§Wir haben die Möglichkeit geschaffen, dass Kinder so schnell wie möglich Unterhaltszahlungen erhalten, und damit die Wirksamkeit der Unterhaltsbeitreibung erhöht. Wir haben die Vollstreckung von Umgangsverfügungen effektiver gestaltet und die Verfahrensgarantien verbessert. Wir haben den Kindern eine echte Chance gegeben, ihre Meinung zu äußern“, so Varga.

Die Ministerin betonte auch, dass die Arbeit mit der Expertenarbeitsgruppe zum Familienrecht, der Arbeitsgruppe zum Familienrecht mit mehr als 20 NGOs und der in diesem Jahr eingerichteten operativen Arbeitsgruppe fortgesetzt wird.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

27) Gerhard Papke: „Das Gepflegte Zerrbild des modernen Ungarn“

Ein Vortrag von Dr. GERHARD PAPKE, Präsident des Deutsch-Ungarischen Gesellschaft E.V. bei "Schwarmintelligenz 2021"
Transkript des Vortrags

12. 10. 2021



Dr. Gerhard Papke · Bildquelle: Ungarnreal

In Nordrhein-Westfalen Fraktionsvorsitzender der FDP und ist jetzt und in dieser Funktion hier der Präsident der deutsch-ungarischen Gesellschaft, die heute das erste Mal beim Schwarm dabei ist, und wird uns einige Dinge sagen zum schwierigen, aber schönen deutsch ungarischen-Verhältnis. Gerhard Papke Herzlich willkommen!

Ja, ja. Lieber Klaus, vielen herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch darf man diese Anrede in Deutschland ja benutzen. Es gibt wohl kaum ein anderes Land in Europa, dem wir Deutschen so viel zu verdanken haben wie Ungarn. Und zugleich gibt es kaum ein anderes Land in Europa. Das von Deutschland so unfair behandelt wird. Wenn gute Freunde schlecht behandelt werden, meine Damen und Herren, dann darf man das nicht einfach hinnehmen, sondern dann muss man seine Stimme dagegen erheben. Und dazu möchte ich ihn gerne in der gebotenen Kürze der Zeit einige Gedanken vortragen. So ein bisschen strukturiert anhand von drei Fragen. Erstens Was haben wir Ungarn zu verdanken? Zweitens Wie wird in Deutschland mit Ungarn und ungarischer Politik umgegangen? Und drittens. Warum ist das so? Woran liegt das? Wir werden morgen den Tag der Deutschen Einheit begehen, der in den Köpfen von uns allen vor allem verbunden ist mit dem 9. November 1989, dem Fall der Berliner Mauer. Und ich bin mir sicher, wir alle sind froh, dass wir diesen Tag. Der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes haben miterleben dürfen. Wir sollten aber und das würde ich gerne heute machen! Unsere Erinnerung nicht nur auf den 9. November 1989 richten, sondern zum Beispiel auf den 19. August 1989. Da gab es in Sopron an der ungarisch österreichischen Grenze, unweit von Wien, das sogenannte Paneuropäische Picknick. Das hört sich jetzt so an, als hätten sich da ein paar Leute an einem lauen Sommernachmittag zu Kaffee und Kuchen im Grünen getroffen. Tatsächlich. Gab es an diesem Tag ein wirklich historisches Ereignis? Denn Ungarn hat am 19. August 1989 die Grenze, wenn zunächst auch vorübergehend geöffnet, um 700 DDR-Bürgern, um 700 von unseren Landsleuten den Weg in die Freiheit zu

ermöglichen. Man muss sich das wirklich noch mal vor Augen führen, weil Ungarn stand damals noch unter dem kommunistischen Regime. Und wenn diese 700 jungen DDR-Bürger am selben Tag versucht hätten, in Berlin über die innerdeutsche Grenze zu flüchten, hätten viele von denen das nicht überlebt. Die Ungarn sind ins Risiko gegangen, um den Angehörigen eines anderen Volkes den Weg in die Freiheit zu ermöglichen. Das sind die Ungarn, meine Damen und Herren. Und ich will drittens ihr Augenmerk noch auf ein anderes historisches Datum richten, das etwas weiter zurückliegt auf den 23. Oktober. Der 23. Oktober ist in Ungarn Nationalfeiertag und die Ungarn erinnern Jahr für Jahr an den 23. Oktober 1956. Das war der Tag, an dem der ungarische Volksaufstand gegen die kommunistische Unterdrückung losbrach. Er brach wirklich los. An diesem Tag waren Hunderttausende in Budapest auf den Straßen, um für die Freiheit ihres Landes zu demonstrieren und zu kämpfen. Und auch wenn dieser Volksaufstand nach zwei Wochen durch russische Panzer niedergewalzt wurde. Der Aufstand war nicht vergebens und der Aufstand der Ungarn gegen den Kommunismus war nicht nur ein Ereignis der ungarischen Geschichte, sondern ein Meilenstein der europäischen Freiheits Geschichte. Denn er hat im Bewusstsein ganz Europas. Die Überzeugung lebendig gehalten, dass die kommunistische Unterdrückung Europas und die Teilung Europas niemals von Dauer sein würde, meine Damen und Herren, auch das haben wir den Ungarn zu verdanken. In den gut 1000 Jahren ihrer staatlichen Existenz haben die Ungarn permanent ums nackte Überleben kämpfen müssen.

Dr. Gerhard Papke: "Das gepflegte Zerrbild des modernen Ungarn" | Schwarmintelligenz im Livestream

2.968 Aufrufe

Live übertragen am 02.10.2021

<https://www.youtube.com/watch?v=MC9NRSyMW2E>

Sie haben Phasen brutaler Besetzung erlebt. 150 Jahre alleine durch das Osmanische Reich. Und sie haben sich niemals unterkriegen lassen. Glauben Sie mir eins, meine Damen und Herren, die Liebe zur Freiheit ist in der DNA des ungarischen Volkes fest verankert. Die Ungarn brauchen keinen arroganten Nachhilfeunterricht aus Westeuropa, wie freiheitliche Demokratie funktioniert. Und im Übrigen aus Deutschland brauchen sie diesen Nachhilfeunterricht schon gar nicht. Wirklich nicht aus Deutschland. Kommen wir zum Zweiten Punkt. Wir haben in diesem Jahr den traurigen, bisher traurigen Höhepunkt der Kampagne gegen ungarische Politik in Deutschland, auch in anderen Ländern Westeuropas. Aber bleiben wir bei Deutschland. Sie erinnern sich alle an die Fußball-Europameisterschaft, an das Heimspiel der deutschen Mannschaft gegen Ungarn. Als eine große Mehrheit der deutschen Parteien und der deutschen Medien der Auffassung war, das wäre doch jetzt mal die richtige Gelegenheit, um ein weltweit sichtbares Zeichen gegen die böse homophobe Politik der Ungarn zu setzen und die Münchner Allianz-Arena in Regenbogenfarben zu illuminieren. Auf allen Kanälen konnten sie wie selbstverständlich die Nachricht verfolgen, in Ungarn herrsche eine Politik der Homophobie, also der Schwulenfeindlichkeit. Das wurde wie selbstverständlich wie ein Naturgesetz verbreitet. Und es wurde begründet mit einem Gesetz, das die ungarische Nationalversammlung verabschiedet hatte. Dessen Ziel es war und ist, die Frühsexualisierung von Kindern im Schulunterricht zu begrenzen, meine Damen und Herren, darum ging es. Nur mal so als Randbemerkung. Ich habe die Ahnung, wenn alle deutschen Eltern mitbekommen würden, mit welchen Unterrichtsmaterialien bei diesem Thema in deutschen Schulen operiert wird, dann glaube ich, würden viele von denen auch durchaus ein ähnliches Gesetz in Deutschland befürworten.

Eins ist jedenfalls klar. Die Rechte von erwachsenen Homosexuellen wurden durch dieses Gesetz in Ungarn überhaupt nicht berührt. Niemand in Deutschland wollte zur Kenntnis nehmen, dass es in Ungarn seit vielen Jahren. Ein Das Rechtsinstitut der eingetragenen Lebenspartnerschaft gibt weitgehend identisch mit der mit der deutschen Regelung. Und dass Homosexuelle in Ungarn geschützt, gut und sicher leben können, das ist die Realität. Das wurde in Deutschland komplett ausgeblendet. Und das war er schneidend und diffamierend gegenüber unseren ungarischen Freunden, meine Damen und Herren, so etwas gehört sich nicht. Und der Gipfel der Unverschämtheit war da noch das eigene, die eigene Rolle als Gastgeber so zu missbrauchen. Also wer als Gastgeber so mit seinen Gästen umgeht, der muss sich nicht wundern, wenn er bald keine Freunde mehr hat. Im Übrigen Wenn die ungarische Mannschaft nach Deutschland kommt, dann fühlen sich alle stark. Dann blasen alle die Backen auf. Wir haben Ende nächsten Jahres die Fußball-WM in Katar. Ah ja, da wird Homosexualität mit Gefängnis bestraft. Meinen Sie denn, dass der DFB vor den Stadien in Katar dann auch Regenbogenflagge verteilen lässt? Meinen Sie das? Meinen Sie? Meinen Sie, dass Markus Söder dann auf der Tribüne sitzt? Oder andere mit der mit der Regenbogen Maske im Gesicht? Das ist Pharisäertum, meine Damen und Herren, dass in Deutschland leider zur Normalität geworden ist. Ich halte das für fatal. Kommen wir zu einem zweiten Punkt. Ist auch ein Vorwurf, der permanent weiter verbreitet wird.

Die angebliche Abschaffung der Pressefreiheit und der Medienvielfalt. Ich hatte vor einigen Wochen mal Gelegenheit, bei Phoenix mit Frau Barley darüber zu debattieren. Nein, mir hat das Spaß gemacht. Mir hat das Spaß gemacht. So, und dann habe ich gesagt Ja, Frau Barley, dann konkretisieren wir das doch mal, gehen wir das doch mal durch. Orientieren wir uns mal an den Fakten. Der Reichweiten stärkste ungarische Fernseher ist RTL. Regierungskritisch die auflagenstärkste ungarische Tageszeitung Népszava, traditionelle sozialdemokratische Zeitung. Knallhart auf der Seite der Opposition. Die auflagenstärkste Wochenzeitung HVG geht so brutal mit der ungarischen Regierung ins Gericht, wie sich das in Deutschland kaum eine Zeitung trauen würde. Gucken wir ins Internet. Von den acht Reichweiten stärksten Online-Portalen. Die in Ungarn auf Ungarisch senden sind 7 eindeutig auf der Seite der Opposition. Das sind die Fakten. Deshalb finde ich es immer wieder, drücken wir es mal diplomatisch aus bemerkenswert, wenn ausgerechnet in den Beiträgen von ARD und ZDF. Immer die angeblich fehlende Medienvielfalt in Ungarn beklagt wird. Das hat was. Interessant ist im Übrigen auch nicht nur das, was berichtet wird, sondern auch, was nicht berichtet wird. Als die Ungarn ihre letzte Linksregierung abgewählt haben sie haben sie regelrecht davongejagt 2010 war Ungarn wirtschaftlich und sozial völlig am Ende. Wir haben in Erinnerung aus 2010 immer die Krise in Griechenland. Die in Ungarn hatte eine ähnliche Dimension. Das Land war wirklich völlig am Ende. Und dann hat eine neue Regierung ein marktwirtschaftliches Reformprogramm implementiert. In einer Konsequenz und Radikalität, die wir uns gar nicht vorstellen können. Beispielsweise mit einem Flat Tax Steuersatz bei der Einkommenssteuer: 15 Prozent.

Das wird bei uns nur unter ganz verwegenen Fachkreisen diskutiert. Die anderen trauen sich das gar nicht mehr. Unter Abschaffung fast aller steuerlichen Ausnahmetatbestände eine richtig radikale Steuerreform. Ungarn hat die niedrigsten Körperschaftssteuersatz in der gesamten Europäischen Union von neun Prozent und diese marktwirtschaftliche Reformpolitik hat eine Wachstumsdynamik entfaltet, die enorm ist, ohne die man die enorme Zustimmung der ungarischen Bevölkerung zu ihrer Regierung gar nicht verstehen kann. Aber auch das wird komplett in der Berichterstattung in Deutschland ausgeblendet. Nur um das mal zu konkretisieren. 2010 gab es in Ungarn bei etwa 10 Millionen Einwohnern noch 1,8 Millionen Steuerzahler. Zehn Jahre später, 2020, waren daraus 4,5 Millionen geworden. Trotz trotz einer drastisch reduzierten Einkommenssteuer von 1,8 4,5 Millionen innerhalb dieser zehn Jahre ist die Arbeitslosigkeit in Ungarn von 12,5 Prozent auf 3,3 Prozent

runtergegangen. Und nach den Daten von Eurostat hat in diesem Zeitraum der Anteil der Menschen, die in relativer Armut leben, von 27 Prozent abgenommen auf 8,7 Prozent. Es wäre sicherlich hilfreich, wenn auf solche Fakten in Deutschland auch gelegentlich einmal hingewiesen würde, meine Damen und Herren. Das passiert nicht und deshalb sind wir bei der Frage Warum nicht? Und ich sage Ihnen ganz offen Das ist eine Frage, ich bin alle paar Wochen in Budapest, die mir viele Ungarn auch stellen, weil man muss wissen, die Ungarn lieben Deutschland. Wer von ihnen schon mal Gelegenheit hatte, sich etwas länger in Ungarn aufzuhalten, der merkt, mit welchem Respekt und welcher Sympathie die Ungarn uns Deutschen in aller Regel begegnen.

Die die glauben auch nie, wenn ich den erzähle, wie das in Berlin so aussieht. Nein, nein, das wirklich. Das könnte. Das könnte sich gar nicht vorstellen. Weil es gibt in Ungarn keine brennenden Barrikaden. Da werden keine Autos von Andersdenkenden angezündet. Es gibt überhaupt keine politische Gewalt, es gibt es nicht. Das kennen die gar nicht. Und wenn man denen dann erzählt, wie sich das bei uns so entwickelt, dann glauben die manchmal, man würde aus Kolumbien berichten, aber es ist leider Berlin. Warum, warum wird in Deutschland so mit Ungarn umgegangen? Ich versuche meinen ungarischen Gesprächspartnern und Freunden dann immer zu erklären, dass es sich nicht gegen Ungarn selbst richtet, sondern dass die Ursache für diese Diffamierungskampagne und Desinformationskampagne, an der sich leider weite Teile der deutschen Politik und auch der Medien beteiligen. Als Ursache schlichtweg hat. Das den meisten deutschen Parteien und den deutschen Medien die ganze Richtung der ungarischen Politik nicht passt, die ganze Richtung passt ihnen nicht. 2015 hat Deutschland die Grenzen Europas geöffnet und der gesamten Europäischen Union seine Migrationspolitik aufgezwungen. Die Ungarn waren strikt dagegen. Und seitdem gibt es diesen grundsätzlichen Konflikt zwischen der deutschen Regierung und den Ungarn, die Europa verteidigen wollen. Und die wir haben gerade auch schon darüber diskutiert, die kulturelle Identität Europas verteidigen wollen. Das Selbstverständnis der Ungarn ist ein christlich abendländisches. Sie sind auch deshalb gegen die Massenmigration nach Europa, weil sie nicht ihr christlich abendländisches Selbstverständnis der Massenmigration opfern wollen. Meine Damen und Herren. Das ist die feste Überzeugung der Ungarn. Und da steht erkennbar in Kontrast zu der kulturellen Beliebigkeit der politischen Linken weit über Deutschland hinaus.

Es ist ein massiver Kontrast und der dritte Punkt. Der die Kampagne gegen Ungarn erklärt. Ist natürlich eine Frage, die mit der Statik der Europäischen Union zu tun hat. Wenn Sie sich die Institutionen in der Europäischen Union in Brüssel anschauen, egal ob Parlament, Kommission, EuGH in einem sind sie sich einig Sie wollen mehr Macht. Sie wollen immer mehr Einfluss nach Brüssel verlagern, parteiübergreifend, Institutionen übergreifend. Ist das der Punkt, der alle zusammenbringt und das größte Hindernis für diese Politik, die am Ende, wenn man sie nicht aufhielten, zu einem europäischen Superstaat führen würde? Das größte Hindernis für diese Politik ist Ungarn. Meine Damen und Herren! Denn die Ungarn sind Pro-Europäer, glühende Pro-Europäer. Sie wollen aber keinen Brüsseler Zentralismus, sondern sie wollen ein Europa der Vaterländer. Sie wollen ein freiheitliches Europa. Und sie haben recht damit. Und deshalb müssen sie dabei unterstützt werden. Und ich beobachte ja wirklich bin habe viel erlebt in der Politik, aber ich beobachte zum Teil mit Entsetzen, wie die Kampagne gegen Ungarn gerade in Brüssel hochgefahren wird. Erinnern Sie sich noch an das Zitat des niederländischen Regierungschefs vor einigen Wochen Mark Rutte, der nach dem Europäischen Rat in Brüssel in die laufenden Fernsehkameras gesagt hat Wir wollen Ungarn in die Knie zwingen. Wir wollen Ungarn in die Knie zwingen. Eine unfassbare Entgleisung im Umgang untereinander. Wenn das die neue Tonlage ist, meine Damen und Herren, wie will man denn dann Europa zusammenhalten? Wie will man denn dann sicherstellen, dass wir im Konzert der Großen.

In den Auseinandersetzungen mit China, mit Russland, aber auch unseren amerikanischen Freunden überhaupt noch mitreden wollen. Ganz zu schweigen von der islamistischen Bedrohung. Wir haben doch gerade das Desaster in Afghanistan erlebt. Wir werden doch unser Verständnis von europäischen, von europäischer Freiheit nur gemeinsam verteidigen können, wenn wir es überhaupt verteidigen können. Dafür müssen wir Europäer geschlossen sein. Und ich kann Ihnen sagen Wir können froh sein, solche Freunde wie Ungarn in dieser Auseinandersetzung gegen den Islamismus an unserer Seite zu haben. Zum Schluss etwas etwas Beruhigendes. Die Ungarn lassen sich nicht so schnell in die Knie zwingen. Wenn der Druck von außen erhöht wird, schließen die Ungarn sich noch enger zusammen, das haben sie in ihrer langen Geschichte immer so gemacht. Aber. Ich halte es für wichtig. Dass unsere ungarischen Freunde merken. Dass sie in dieser Auseinandersetzung nicht alleine stehen. Sondern dass es in Deutschland viele Bürgerinnen und Bürger, viele Menschen gibt, die die Überzeugung der Ungarn teilen und die alles dafür unternehmen werden, um sie gegen diese ungerechtfertigten Vorwürfe in Schutz zu nehmen, meine Damen. Und das ist meine Bitte zu guter Letzt an Sie alle. In welcher Form auch immer, tragen Sie die Ziele, tragen Sie die Überzeugungen der Ungarn mit. Nicht nur im Herzen, sondern auch in den Gesprächen, die sie führen, an den Positionen, an denen Sie tätig sind. Die Freiheitsliebe der Ungarn, meine Damen und Herren, ist etwas von Europa und wovon Deutschland immer profitiert haben. Und diese Freiheitsliebe der Ungarn ist so wertvoll, dass wir mithelfen sollten, sie zu verteidigen. Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Lieber Gerhard Papke, herzlichen Dank für diesen fulminanten Abschluss des Vormittags, sage ich mal, ich glaube zu erkennen, dass ein wirklicher Diskussionsbedarf nach deinen Worten nicht mehr ist. Aber wenn jemand etwas sagen möchte oder eine Anmerkung hätte, geht das natürlich. Wir haben ja Pluralismus, Meinungsfreiheit und so weiter. Aber vielleicht stelle ich mal selber die Frage Ja, wir sind so rund 400 Leute im Saal. Hat irgendjemand von euch irgendjemand von Ihnen in den vergangenen Jahren mal einen FDP-Politiker so reden hören? Sie haben keine Lust mehr auf Parteipolitik, oder?

Du hast mich bisher nicht eingeladen, Klaus,

Sehr gute Antwort.

Also nein, nein, ich habe vielleicht darf ich das noch sagen, ich bin ja, ich habe 2017 meine parlamentarische Laufbahn beendet. Ich war lange Fraktionschef der FDP hier in Nordrhein-Westfalen, zum Schluss Vizepräsident. Dann hatte ich aus unterschiedlichen Gründen gar keine Lust mehr, weil ich mit meiner Partei nicht ganz im Reinen war, was die Auseinandersetzung mit dem Islamismus, die Massenzuwanderung und andere Themen anging. Und seitdem widme ich mich ehrenamtlich. Sie merken das mit großem Engagement, mit großer Leidenschaft, den deutsch ungarischen Beziehungen. Und ich habe wirklich das Gefühl, dass dieses Engagement den Schweiß der Edlen, den Schweiß von uns allen wert ist. Nicht nur mit Blick auf die Ungarn, sondern auch mit Blick auf unser eigenes Land. Ich freue mich auf die weiteren Gespräche mit denen ich bin es morgen auch noch da. Noch einmal vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank!

Ja so! Die der erste halbe Tag, obwohl der Abend kommt ja auch noch als das erste Drittel des Tages ist rum. Hat es euch gefallen? War das okay? Holger Sehr schön. Wir haben jetzt eine gute Stunde Mittagspause, draußen ist was aufgebaut. Es ist erstaunlicherweise für alle was da. Genießt die Zeit.

Dr. Gerhard Papke ist Präsident der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft E.V., Fraktionsvorsitzender der FDP in Nordrhein-Westfalen a.D. Seinen Vertrag hielt er am 2. Oktober 2021 bei "Schwarnintelligenz 2021".

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

28) Wie Ungarn Familien unterstützt (und Geburtenrekorde erzielt)

Von Marton Aron Kovacs

11. 10. 2021



Bildquellen: CM

Europa inmitten einer demografischen Krise

Die Lebenserwartung steigt weltweit, dank besserer Gesundheitsversorgung und gesünderer Lebensweise. Allerdings bekommen die Europäer weniger Kinder als früher und in einem höheren Alter. Diese beiden Dynamiken treiben den demografischen Wandel in Europa voran, dessen relatives Gewicht in der Welt abnimmt. Während 1960 die Bevölkerung der heutigen EU-Länder 12 % der Weltbevölkerung ausmachte, sind es heute nur noch 6 %, und es wird erwartet, dass dieser Anteil bis 2070 auf unter 4 % sinken wird. So können wir im Bericht der EU-Kommission über die Auswirkungen des demografischen Wandels lesen.

Laut der Weltbevölkerungsprognose der Vereinten Nationen wird mehr als die Hälfte des weltweiten Bevölkerungswachstums bis 2050 in Afrika stattfinden. Von den 2,2 Milliarden Menschen, die zur Weltbevölkerung hinzukommen werden, werden 1,3 Milliarden aus Afrika stammen. Europa ist die einzige Region, deren Bevölkerung im Jahr 2050 voraussichtlich niedriger sein wird als im Jahr 2017. In der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen wird die internationale Migration als positive Kraft für die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen den Arbeitsmärkten in den Herkunfts- und Zielgebieten anerkannt, wodurch die globale sozioökonomische Entwicklung gefördert wird.

Die UN-Perspektive ist eine globale Perspektive, die die verschiedenen Interessenkreise in der Welt nicht repräsentiert. Europa hat seinen eigenen Interessenkreis – zumindest theoretisch. Die UN-Initiative zielt auf ein „Rebalancing“ ab, was vereinfacht ausgedrückt

bedeutet, dass man dort, wo man mehr hat, etwas wegnimmt und dort, wo man weniger hat, etwas gibt. Ist die hyperkonsumorientierte europäische Gesellschaft bereit für einen solchen Wandel? Eines ist sicher: Die postkommunistischen Länder haben schlechte Erfahrungen mit einer solchen „Neuorientierung“ gemacht.

Im Jahr 2020 werden etwa 15 Millionen EU-Einwohner aus einem Mitgliedstaat mit hohem Bevölkerungsanteil stammen. Die innereuropäische Migration erfreut sich zunehmender Beliebtheit, was vor allem auf die Abwanderung von Fachkräften zurückzuführen ist: Qualifizierte Arbeitskräfte aus Osteuropa werden dazu gebracht, in Westeuropa zu arbeiten, wo sie im Gegenzug höhere Löhne und soziale Sicherheit erhalten. Junge Arbeitnehmer verlassen ihre Länder in der Regel ohne die Absicht, zurückzukehren.

In Ungarn wird jungen Paaren jedoch eine Alternative zur Auswanderung geboten: Sie können eine Familie gründen und dank der zahlreichen Möglichkeiten der Familienförderung eine langfristige Zukunft planen. Worin besteht die ungarische Strategie?

Lassen Sie uns mit einem aktuellen Beispiel beginnen. Ministerpräsident Viktor Orbán hat kürzlich eine Steuerrückerstattung für Familien angekündigt. Die einzige Bedingung ist, dass das BIP im Jahr 2021 um mindestens 5,5 Prozent wächst. 1,9 Millionen Eltern, die Anspruch auf Familienbeihilfe haben, sowie schwangere Frauen nach dem 91. Tag der Schwangerschaft (und ihre Ehepartner) werden anspruchsberechtigt sein. Die Steuerrückerstattung soll die durch die Pandemie verursachten Härten lindern, nachdem das Wirtschaftswachstum wieder eingesetzt hat.

Die Regierung ist der Ansicht, dass die Pandemie vor allem ältere Menschen und Familien getroffen hat. Daher hat sie beschlossen, dass diejenigen, die Steuern zahlen und gleichzeitig Kinder großziehen, belohnt werden, wenn sie ein Einkommen aus einem erheblichen Wirtschaftswachstum haben. Wie Viktor Orbán erklärte, waren es diese Menschen, die während der Pandemie die schwerste Last zu tragen hatten.

Diese Maßnahme ergänzt das Familienhilfssystem, das Ungarn seit 2010 aufgebaut hat. Budapest gibt derzeit 5 % seines BIP für die Unterstützung von Familien aus – das ist der höchste Wert in der Welt. Wie jedes andere Industrieland befindet sich auch Ungarn in einer demografischen Krise, auf die die Regierung mit außergewöhnlichen Maßnahmen reagiert. Die ersten kleinen, aber vielversprechenden Ergebnisse sind zu sehen: Die Geburtenzahl im Jahr 2021 ist die höchste seit 25 Jahren.

Das ungarische System der Familienförderung

Gegenwärtig umfasst das ungarische System zur Unterstützung von Familien:

- Familienwohngeld (CSOK): Finanzielle Unterstützung für Familien und junge Ehegatten, die Wohneigentum erwerben wollen;
- „Rural CSOK“: Menschen, die in kleineren Dörfern leben, haben leichteren Zugang zu Wohngeld;
- „Green CSOK“: zinslose Darlehen für Menschen, die „grüne“ Häuser kaufen oder bauen;
- Steuererleichterungen für Familien, die ein Haus kaufen;
- Zuschüsse und zinsgünstige Darlehen an Familien für die Renovierung von Häusern;
- Erlass von Studienschulden für Personen mit mehr als drei Kindern;
- Reduzierung der Hypothek im Verhältnis zu den Kindern;

- zinslose Darlehen für Personen, die Kinder erwarten;
- Fonds für den Kauf von Familienfahrzeugen;
- Ausbau der Kinderkrippen;
- Zuschuss für Großeltern zur Betreuung ihrer Enkelkinder;
- ermäßigte oder gar keine Kosten für Dienstleistungen für Kinder, wie z. B. Schulbücher, Impfungen, öffentliche Verkehrsmittel, Sprachprüfungen.

Das ungarische Portal „Portfolio“ bietet ein nützliches Beispiel dafür, wie diese Hilfe funktioniert. Eine Familie mit drei Kindern kann 41 Millionen HUF (115.000 €) an Zuschüssen und 73 Millionen HUF (205.000 €) an zinsgünstigen Darlehen erhalten. Dies ergibt eine Gesamtunterstützung von 114 Millionen HUF (320.000 €). Für Paare mit zwei Kindern beträgt die Unterstützung 100 Millionen HUF (280.000 €), für Paare mit einem Kind 96 Millionen HUF (270.000 €).

Das Familienschutzgesetz regelt teilweise die ungarische Unterstützungspolitik. In der Präambel wird deutlich gemacht, in welche Richtung sie geht:

Die Familie ist die wichtigste Ressource Ungarns. Als Grundeinheit der Gesellschaft ist die Familie von zentraler Bedeutung für den Lebensunterhalt der Nation und bildet das natürliche Umfeld, in dem sich die Persönlichkeit entfaltet. Sie muss vom Staat respektiert werden. [...] Es gibt keinen nachhaltigen Fortschritt oder wirtschaftlichen Wohlstand ohne die Geburt von Kindern und die Gründung von Familien. Kinder zu haben, darf nicht zur Verarmung der Familie führen.

Die Wirksamkeit der ungarischen Familienpolitik wird sich erst langfristig zeigen. In der Zwischenzeit sind bereits kleine, vielversprechende Veränderungen eingetreten. Die ungarische Regierung unternimmt sicherlich große Anstrengungen, um junge Paare zur Gründung einer Familie zu ermutigen.



Marton Aron Kovacs

MCC-Stipendiat am Centro Studi Machiavelli. Er studiert Jura an der Katholischen Péter Pázmány-Universität und ist Projektleiter von „RoLink Biotechnology“.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei CENTRO MACHIVALLI, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S l o w e n i e n (Seiten 288 bis 299)

29) Söhne und Töchter der Wolfskirschplantage

Von Jože Biščak

25. 10. 2021



Jože Biščak · Foto: Demokracija

Die erste Hochschuleinrichtung in Slowenien wurde Ende des 16. Jahrhunderts von den Jesuiten gegründet. Der Orden war bereits ein halbes Jahrhundert alt, und sein Gründer, der heilige Ignatius von Loyola, war bereits von Gott heimberufen worden. Die Gesellschaft Jesu, wie sie sich selbst nannte (die Römer nannten sie „Pilger“), wuchs schnell, war ausgesprochen apostolisch und flexibel und arbeitete intensiv mit jungen Menschen. In Bezug auf Kinder wird dem heiligen Ignatius ein Gedanke zugeschrieben, der in etwa so lautet: Gib mir ein Kind bis zum Alter von sieben Jahren, und ich werde dir einen Ehemann zeigen.

Fast ein halbes Jahrtausend später hat die Neurowissenschaft bewiesen, dass der Gründer der Jesuitenbruderschaft seiner Zeit weit voraus war. In vielerlei Hinsicht haben die Erfahrungen und Erlebnisse eines Kindes in den ersten sieben Jahren einen bedeutenden Einfluss auf sein Verhalten während seines gesamten Lebens. Der Zugang zum kindlichen Gehirn zu einer Zeit, in der das neuronale Netz weitgehend durch Emotionen geschaffen und reguliert wird, ist eine große Macht. Die Werbeindustrie weiß das sehr gut, ebenso wie die Ideologen der progressiven Agenden; sie ersetzen traditionelle und „altmodische“ Spiele durch neue, verkleiden Jungen als Mädchen und Mädchen als Jungen. Was daraus erwächst, kann man bei Pride-Paraden beobachten. Nein, ein Kind ist nie zu jung, um indoktriniert zu werden. Der Leitgedanke ist, dass das Kind niemals der Entwicklung überlassen werden darf, damit es sich zu einem neugierigen, kreativen, emotional

belastbaren und verantwortungsbewussten Menschen entwickeln kann. Das ist es, was beim „Rückwärtsspielen“ in der frühen Kindheit passiert: Laufen, Springen, Klettern mit blauen Flecken an Armen und Beinen und gelegentlich einem gebrochenen Knochen haben unsere Vorfahren abgehärtet, und ihre natürliche Umgebung war gut für die körperliche Entwicklung und die geistige Gesundheit. „Bildung“ ist heute anders.

Wenn Sie die Aufnahmen der unangemeldeten Kundgebungen zum Sturz der slowenischen Mitte-Rechts-Regierung gesehen haben, dann haben Sie auch die jüngsten Kinder gesehen, die an der Seite ihrer Eltern marschierten und Transparente gegen die Regierung trugen, während eines von ihnen wütend auf eine Trommel schlug. Natürlich hatten die Kinder keine Ahnung, worum es ging, vielleicht hielten sie das Ganze für ein Spiel, das sie gegen jemanden spielten. Sie werden sich an den Hass erinnern, der in den Älteren, zu denen sie aufschauten und die sie nachahmten, hochkochte. Was sind das für Eltern, die ihre Kinder als Instrument für rein politische Botschaften benutzen? Und um ihnen das beizubringen. Und sie zu einer nicht genehmigten (illegalen) Versammlung mitzunehmen, bei der klar ist, dass es zu Gewalt kommen kann, dass die Polizei Zwangsmittel einsetzen kann? Es ist, als würde man sie zu einer Plantage mit Wolfskirschen bringen, scheinbar verlockende, aber sehr giftige Früchte.

Die Taktik, Kinder zu benutzen, um Sympathien für den Feind zu wecken, ist nicht neu. Im Jahr 2015 hatte ich in der Nähe von Brežice die Gelegenheit, aus erster Hand zu sehen, wie Tausende von illegalen Migranten Jungen und Mädchen in die vordersten Reihen einer Kolonne von Polizisten und Soldaten drängten. Sie waren menschliche Schutzschilde, der wichtigste Teil der Empathie, die von den progressiven Medien hervorgehoben wurde. Diese sinnlose Sentimentalität hat es dann ermöglicht, dass in diesem Herbst mehr als eine Million Menschen einer fremden Kultur auf dem alten Kontinent ankamen, einer Kultur, die aufgrund ihrer aggressiven Botschaft keinen Platz auf diesem Boden hat. Was soll aus ihnen werden, denen ihre Eltern gezeigt haben, dass einem nichts passiert, auch wenn man die Gesetze bricht, die in einem fremden Land gelten? Kindesmissbrauch im Jahr 2015 und im Jahr 2021 sind ähnlich, unabhängig von anderen Umständen. Ob man das nun zugeben will oder nicht. Dies ist ein Akt der Unmenschlichkeit, eine noch nie dagewesene Manifestation von Missbrauch. Und wenn das Tränengas in die Augen gelangt, ist die Polizei schuld, nicht die Eltern, die das Kind in eine giftige Umgebung gebracht haben. Die Kinder werden so zu einer wegwerfbaren Infanterie in einem politischen Kampf.

Ihre Eltern gehören meist der Generation Y an, der zerstörerischsten Generation unserer Zeit. Sie lehnen die Werte der Gesellschaft und der Nation ab, ihnen werden aufgrund ihrer freizügigen Erziehung soziale Kompetenzen und Arbeitsgewohnheiten vorenthalten, sie übernehmen selbst keine Verantwortung, und schuld sind immer die anderen. Sie setzen politische und weltanschauliche Differenzen mit ethischen Mängeln gleich und halten andere Überzeugungen als ihre eigenen für eine Geistesstörung. Sie sind nicht in der Lage anzuerkennen, dass es andere Meinungen, andere Sichtweisen auf die Ereignisse und die Welt gibt. Deshalb terrorisieren sie die Welt. Und sie geben diese Mentalität an ihre Nachkommen weiter, die eines Tages selbst ihre Kinder zu den Wolfskirschplantagen führen werden.

Jože Biščak ist Chefredakteur und Herausgeber des konservativen Magazins *Demokracija*, Präsident des slowenischen Verbands patriotischer Journalisten und Autor der Bücher *Geschichten aus dem Hayek-Café*, *Notizen eines konservativen Liberalen* und *Unterwegs mit Orwell*.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

30) Slowenien wird vom LIBE-Ausschuss angegriffen

16. 10. 2021



Slowenien unter Beschuss des LIBE-Ausschusses: Dieses Mal kritisierte Sophie in 't Veld den politischen Diskurs in Slowenien - Foto: Europäisches Parlament

Die Linke im Europäischen Parlament will Mitte-Rechts-Regierungen kriminalisieren, so Milan Zver gegenüber Magyar Hírlap

Eine Delegation des Ausschusses für Grundrechte des Europäischen Parlaments besuchte Ljubljana. Milan Zver, Europaabgeordneter der slowenischen Regierungspartei, erklärte gegenüber der ungarischen Tageszeitung *Magyar Hírlap*, er erwarte keine ausgewogene Bewertung.

Eine Delegation des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) und des Haushaltskontrollausschusses (CONT) des Europäischen Parlaments unter Leitung der niederländischen Liberalen Sophie in 't Veld hat sich in den letzten Tagen mit der Rechtsstaatlichkeit in Slowenien befasst. Die Delegation wurde nicht von Premierminister Janez Jansa empfangen, der in Brüssel für Aufsehen sorgte, als er einige Europaabgeordnete, darunter Sophie in 't Veld, als Marionetten von Soros bezeichnete.

Auf einer Pressekonferenz in Ljubljana sagte der niederländische Politiker gestern, dass die staatlichen Institutionen gut funktionierten, kritisierte jedoch den feindseligen und aggressiven Charakter des politischen Diskurses, der seiner Meinung nach das Vertrauen in die Institutionen untergrabe. Sophie in 't Veld sagte, dass die Politik Slowenien in zwei

Lager geteilt habe und dass ein Dialog der Gehörlosen stattfindet. Mehrere Journalisten fragten die niederländische Politikerin, warum die Gespräche hauptsächlich mit Linken geführt wurden, aber in 't Veld bestand darauf, dass das Programm ausgewogen sei.

Milan Zver, Europaabgeordneter der regierenden Slowenischen Demokratischen Partei (SDS), erklärte gegenüber unserer Zeitung, er habe keine Hoffnung, dass der LIBE-Besuch für irgendjemanden von Nutzen sein werde. Er erinnerte daran, dass es von Anfang an klar war, dass sie die Situation der slowenischen Medien nicht objektiv untersuchen wollten, sondern der slowenischen Regierung politischen Schaden zufügen wollten.

Der Abgeordnete erwartet einen sehr einseitigen Bericht, der keine nennenswerten Auswirkungen auf die slowenische Innenpolitik haben wird, aber ein weiterer Schritt in Richtung „Kriminalisierung von Mitte-Rechts-Regierungen in der EU“ sein könnte, was ein Ziel der EP-Linken seit Jahren ist. Er sagte, er persönlich habe nichts gegen objektive und gründliche Untersuchungen der Situation der slowenischen Medien. In der Tat würden solche Analysen zeigen, dass mehr als 80 Prozent der slowenischen Medien im Besitz linker Strukturen sind, dass es eine erhebliche Asymmetrie gibt und dass der Besitz unrechtmäßig in den Händen bestimmter linker Pressemagnaten konzentriert ist.

Der Delegation gehörte auch Nicolaus Fest von der Alternative für Deutschland an, der uns mitteilte, dass auf der Reise keine systematischen Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit festgestellt wurden, obwohl es Defizite in der Justiz, bei der Korruptionsbekämpfung und beim Datenschutz gibt, sowie eine stark gesplante Gesellschaft und ein geringes Niveau des Diskurses auf Twitter. Er fügte hinzu, dass Sanktionen nicht gerechtfertigt seien, solange die EU-Institutionen nicht „supranationales Kindermädchen“ spielen wollten.

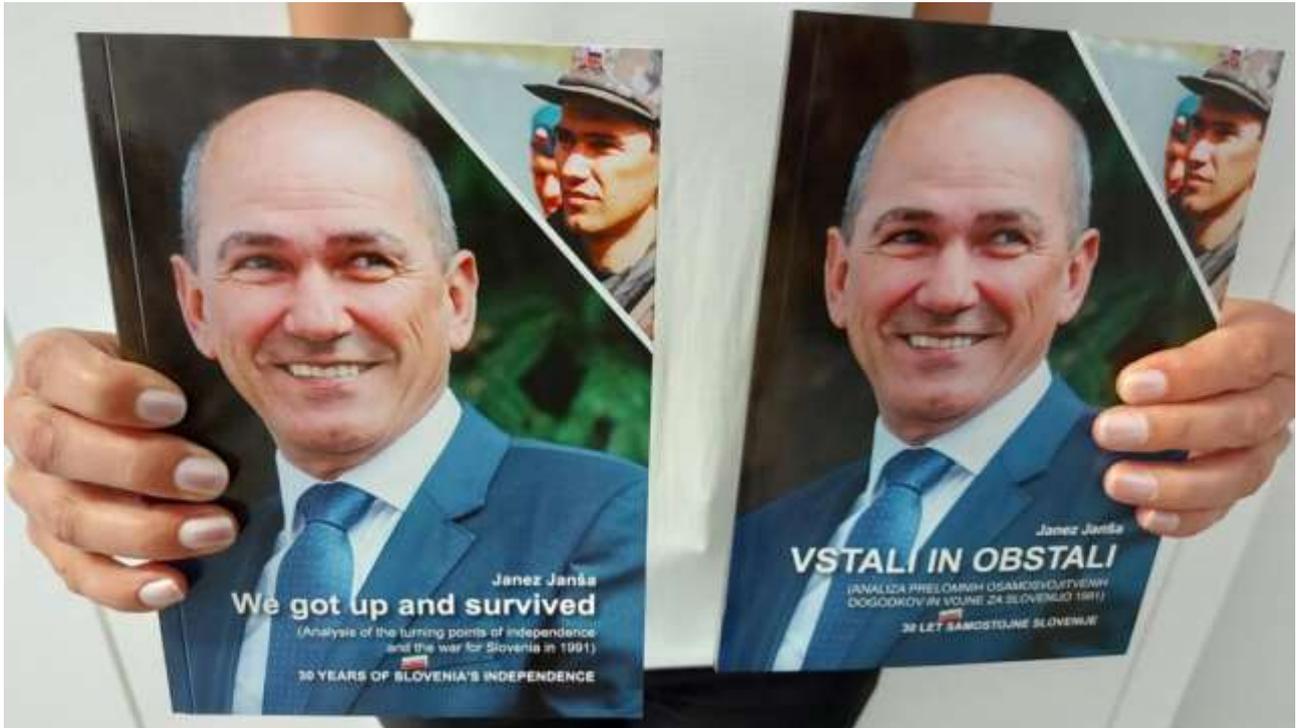
MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

31) Neues Buch von PM Janez Janša: „Wir haben uns erhoben und haben überlebt“ (Update)

13. 10. 2021



Fotoquelle: Demokracija

Das Buch „**Vstali in obstali: Analiza prelomnih osamosvojitvenih dogodkov in vojne za Slovenijo 1991**“ („**Wir haben uns erhoben und haben überlebt: Analyse der Wendepunkte der Unabhängigkeit und des Krieges für Slowenien im Jahr 1991**“) erschien aus Anlass des 30. Jahrestages der Unabhängigkeit Sloweniens zuerst in slowenischer und englischer Sprache beim Verlag Nova Obzorja (Ljubljana/Laibach).

UNSER MITTELEUROPA erhielt das Recht, für Leser in ganz Europa auch eine deutsche, ungarische, polnische, französische und spanische Ausgabe online zu stellen.

Janez Janša, Verteidigungsminister im Jahr 1991 und heutiger Premierminister Sloweniens, stellt in dem Buch alle wesentlichen Texte zum Verständnis der Unabhängigkeit seines Landes und des Krieges um Slowenien vor.

Der erste Text ist eine Analyse der einschneidenden Ereignisse der Unabhängigkeit und wurde erstmals im sog. „Weißbuch“ veröffentlicht. Darin schildert der Autor detailliert die Zeit zwischen 1990 und 1991, als Slowenien in seinen Unabhängigkeitsbestrebungen international isoliert war, und die innenpolitischen Entwicklungen, wie die damalige linke Opposition Demos Steine vor die Füße warf und mit der Bundesregierung des damaligen Jugoslawien paktierte.



„Die Einheit der Nation, der Mut ihrer bewaffneten Arbeit, der starke politische Wille der Regierungskoalition Demos unter der Führung von Dr. Jože Pučnik und die Eigeninitiative einer Vielzahl einzelner Kommandeure taktischer Einheiten des TO und der Polizei haben Slowenien den Sieg im Krieg gestiftet.“ Aus dem Buch „Vstali in obstali“ · Foto: Demokratija-Archiv

Der zweite Text ist eine Analyse des Krieges um Slowenien und wurde erstmals als Begleitbuch zum Buch „Krieg um Slowenien“ veröffentlicht. Darin analysiert der Autor den militärischen Konflikt, der dank der Einheit des Volkes mit der Niederlage des Aggressors, der jugoslawischen Bundesarmee (JNA) endete.

Der dritte Text ist das Vorwort zur 3. Auflage des Buches „Bewegungen“, von dem fast 100 000 Exemplare verkauft wurden. Der einleitende Text von Janez Janša sind die Erinnerungen des Autors und die Analyse der Ereignisse von seiner Verhaftung (1988) bis zur internationalen Anerkennung des neuen Staates. Die Besonderheit der Einleitung und der 3. Auflage besteht darin, dass der Autor einige Dokumente bespricht und enthüllt, die zur Zeit der ersten Auflage (1992) noch nicht bekannt waren, die aber für das Verständnis der slowenischen Unabhängigkeit sehr wichtig sind.

„Dies ist ein unschätzbbares Zeitdokument. Wir müssen wissen, wie wir unsere Souveränität aufgebaut haben, wie wir die Liebe zu unserem Heimatland empfunden haben und wie dankbar wir für diesen Moment in der Geschichte waren. Aber sie müssen auch wissen, wer dagegen ist. Nicht um irgendjemanden zu verurteilen oder zu verfolgen, sondern einfach, weil dies die Fakten sind. Die heutige Romantisierung der Geschichte, dass Slowenien die Souveränität leicht erlangt hat, ist eine Verzerrung der Tatsachen und dient als Rechtfertigung für diejenigen, die alles sabotiert haben, was die Demos-Regierung in entscheidenden Momenten getan hat. Es stimmt, dass die Nation geeint war, aber die damalige politische Übergangslinke hat alles getan, damit Slowenien keine eigene Armee

bekommt, dass Slowenien nicht einmal unabhängig wird, sondern im Kessel des Balkans bleibt“, schreibt Jože Biščak, Direktor des Verlags Nova Obzorja und Herausgeber der Zeitschrift Demokracija, in seinem Vorwort.

Hier ist ein Link, wo Sie die englische Ausgabe als gedrucktes Buch bestellen können: vseknjige.si/vsenaseknjige/politika/we-got-up-and-survived/

Und hier die Links zu den Online-Versionen des Buches (gratis):

(Deutsch:) [Janez Janša: Wir haben uns erhoben und haben überlebt](https://unser-mittleuropa.com/janez-jansa-wir-haben-uns-erhoben-und-haben-ueberlebt/)

<https://unser-mittleuropa.com/janez-jansa-wir-haben-uns-erhoben-und-haben-ueberlebt/>

(Englisch:) [Janez Janša: We got up and survived](https://unser-mittleuropa.com/janez-jansa-we-got-up-and-survived/)

(Französisch:) [Janez Janša: Nous nous sommes levés et avons survécus](https://unser-mittleuropa.com/janez-jansa-nous-nous-sommes-levés-et-avons-survécus/)

(Polnisch:) [Janez Janša: Powstaliśmy i przetrwalismy](https://unser-mittleuropa.com/janez-jansa-powstalismy-i-przetrwalismy/)

<https://unser-mittleuropa.com/janez-jansa-powstalismy-i-przetrwalismy/>

(Ungarisch:) [Janez Janša: Felálltunk és túlétük](https://unser-mittleuropa.com/janez-jansa-felálltunk-és-túléltük/)

(Spanisch:) [Janez Janša: Nos levantamos y vencimos](https://unser-mittleuropa.com/janez-jansa-nos-levantamos-y-vencimos/)

NEU (Italienisch:) [Janez Janša: Sollevati e sopravvissuti](https://unser-mittleuropa.com/janez-jansa-sollevati-e-sopravvissuti/)

Weitere Sprachversionen folgen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

32) Jože Biščak: Genug ist genug!

Ein Kommentar von Jože Biščak

12. 10. 2021



Jože Biščak · Foto: Demokracija

Achten Sie darauf, wenn slowenische Linke über Eritrea reden und hegemoniale Medien darüber berichten. Meist geht es dabei um Hunger und Armut oder um hilflose Flüchtlinge, die auf dem alten Kontinent ein besseres Leben suchen. Als totalitärer afrikanischer Staat, in dem sich nur die marxistisch-leninistische Eritreische Volksbefreiungsfront politisch organisieren darf, wird sie nur selten und dann auch nur sehr schüchtern erwähnt. Das Gleiche gilt für Kuba, Russland oder Weißrussland. Das Problem für die Linke ist nicht, dass diese Staaten per definitionem totalitär sind; das waren sie schon immer oder seit langem. Für sie sind Armut, Hunger, westliche Einmischung und die dortigen Oligarchenfamilien das Problem, nicht die Tatsache, dass Kommunisten regieren. Sie ignorieren oder vergessen absichtlich, dass es die marxistische Ideologie ist, die all dies verursacht hat und das Übel über die Menschen bringt. Aber das ist für diese Art von Menschen logisch: Sie haben den Sozialismus immer gemocht, er ist das Ideal, das Slowenien anstreben muss.

Slowenien war innerhalb Jugoslawiens bereits sozialistisch und wurde von einer einzigen Partei – der Kommunistischen Partei – regiert. Die Folgen eines halben Jahrhunderts des revolutionären Terrors mit seiner systematischen Verletzung der menschlichen Freiheiten sind noch heute spürbar. Die Kommunisten haben nach dem Krieg nicht nur die Blüte des slowenischen Unternehmertums und der intellektuellen Elite ermordet und in die Gruben gejagt, sie haben auch deren (Unter-)Systeme unterworfen und beherrschen sie bis zum heutigen Tag. Die Mitte-Rechts- oder Rechts-Regierungen sind noch nicht lange genug an der Macht, um die dringend notwendigen Reformen im Bildungs-, Justiz- und Gesundheitswesen durchzuführen. Bei letzterem wurden alle Schwachstellen während der Epidemie aufgedeckt.

Obwohl Slowenien rund 9 % seines BIP für die Gesundheit ausgibt und damit im goldenen Mittelfeld der EU-Länder liegt, steht die öffentliche Gesundheit am Rande des Zusammenbruchs. Dies ist eine unmittelbare Folge der Korruption im öffentlichen Beschaffungswesen, aber vor allem der Überbleibsel der sozialistischen Mentalität im (solidarischen und fortschrittlichen) Krankenversicherungssystem (Monopol der Pflichtversicherung in Form der ZZZS) und des Kampfes gegen private Anbieter. Machen Sie keinen Fehler. Wir haben hervorragende, engagierte Ärzte und Krankenschwestern, wir brauchen nur eine radikale Reform und ein kompetentes Management.

Wir stehen für Slowenien

Die derzeitige Regierung versucht, in allen Bereichen etwas zu tun, aber die linke Elite mobilisiert alles, was sie kann, um zu sabotieren. Selbst auf Kosten der Gesundheit der Menschen. Mehr noch. Das in der CUL zusammengeschlossene linke Oppositionsquartett hat in der Kooperationsvereinbarung nach den Wahlen deutlich gemacht, dass es Slowenien zurückerobert wird. Es ist klar, wohin: zurück in den stinkenden Sumpf der Herrschaft der ersten Klasse und der Inkompetenten. Auch sonst besteht die Vereinbarung nur aus endlosen Versprechungen (ohne konkreten Inhalt) und einem Bekenntnis zur Zukunft, auch wenn jede Partei separat und mit ihrem eigenen Programm zu den Wahlen antreten wird. Aber verstehen Sie, wer auch immer das kann. Igor Završnik von Nova24TV schrieb, er habe beim Lesen der Vereinbarung den Eindruck gehabt, „dass sie von Oberstufenschülern in der ersten Konferenz geschrieben wurde“. Ich möchte meinen Kollegen und Freund Igor nur daran erinnern, die intellektuelle Reichweite von Šarc, Bratuškova, Mesec und Fajon nicht zu überschätzen, denn die Oberstufenschüler könnten es ihm übel nehmen.

Es ist klar, dass sie etwas zu Papier gebracht und dann auf dem Platz der Republik theatralisch unterzeichnet haben. Es ist klar, dass sie sich ihrer Unfähigkeit bewusst sind und dass sie es in einer so hohen Position, wie sie die Mitte-Rechts-Regierung innehat, niemals aus eigener Kraft schaffen werden. Es ist vor allem klar, dass es nicht die Regierung selbst ist, die die Linken stört, sondern die (konservative) Weltanschauung, die von mindestens zwei Parteien in der Regierungskoalition vertreten wird. Und sie werden dem Frieden keine Chance geben, sondern weiter für Chaos und Gewalt auf den Straßen sorgen, bis sie ihren Willen bekommen. Sie haben auch immer wieder deutlich gemacht: Solange es in der Gregorčičeva-Straße Rechte gibt, werden die Linken ihre Anhänger und Aktivisten auf die Straße schicken. Sogar über Leichen.

Linke, es reicht!

Die slowenische Geschichte hat bereits einzelne Männer hervorgebracht, die den Mut hatten, dem Druck von Drohungen und inszenierten Protesten zu widerstehen. Slowenien besteht weder aus Menschen, die mitten am Arbeitstag vor aller Augen eine Autobahn blockieren, noch aus Menschen, die auf Fahrrädern herumfahren wie ein Hamster im Rad. Slowenien besteht aus Automechanikern, Ingenieuren, Verkäufern, Krankenschwestern, Gärtnern, Landwirten und Zehntausenden anderen, die hart arbeiten, während die Landlosen auf Kosten der Steuerzahler die Straßen plündern. Sie sind die ruhige und schweigende Mehrheit, von der ich hoffe, dass sie am Wahltag im nächsten Jahr aufsteht, zur Wahl geht und sagt: „Linke, genug ist genug!“

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

33) Kultur des Todes vs. Pro-Life

Kommentar von Aleksander Rant

11. 10. 2021



Marsch für das Leben · Foto: Twitter

Am vergangenen Samstag fand in Slowenien eine der schönsten Veranstaltungen statt – der Marsch für das Leben. Die Demonstranten wollten zeigen, dass jedes Leben heilig ist und dass die künstliche Tötung eines ungeborenen Kindes unmoralisch und unmenschlich ist. Obwohl ich selbst Vorbehalte gegen ein Abtreibungsverbot habe, vor allem wenn es sich um eine Schwangerschaft nach einer Vergewaltigung handelt, ist das Argument der Demonstranten besser: Das Kind trägt keine Schuld.

Es ist nicht die Schuld des Kindes, wenn die Eltern es versäumt haben, sich zu schützen. Das Kind ist nicht schuld, wenn es in einer absolut bösen Tat gezeugt wurde. Ein Kind ist nicht schuld, wenn die Eltern kein Geld haben, um es zu unterstützen. Es ist nicht die Schuld des Kindes, wenn sich die Eltern vor der Geburt des Kindes trennen. Ein Kind ist ein hilfloses

menschliches Wesen, das sich nicht gegen die Schrecken dieser Welt wehren kann. Auch wenn er sich seiner selbst noch nicht bewusst ist, auch wenn er noch nicht alle seine Organe entwickelt hat, auch wenn er noch kein Bewusstsein hat, ist er ein Lebewesen. Keine seriöse biologische Wissenschaft bestreitet dies. Ein Lebewesen ist eine Zelle.

Am schmerzlichsten ist, dass es bei uns immer noch Menschen und vor allem Politiker gibt, die die Abtreibung als solche als Recht definieren. Ein solches Recht gibt es nicht. Es gibt kein Recht auf Abtreibung. Artikel 55 der Verfassung der Republik Slowenien besagt in seinem ersten Absatz: „Die Entscheidung, eigene Kinder zu gebären, ist frei. Das bedeutet, dass Sie ein Kind haben können oder auch nicht. Es bedeutet auch, dass man nicht gebären kann, sondern abtreiben kann. Was von den Abtreibungsbefürwortern jedoch regelmäßig vergessen wird, ist, dass Artikel 55 zwei Absätze hat. Im zweiten Absatz heißt es: Der Staat schafft Möglichkeiten für die Ausübung dieser Freiheit und schafft Bedingungen, die es den Eltern ermöglichen, sich für die Geburt ihrer Kinder zu entscheiden. Dieser zweite Absatz ist äußerst wichtig, da er den Geist der Verfassung deutlich macht. Der Geist der Verfassung besagt ganz allgemein: „Wir werden Sie nicht daran hindern, über die Geburt Ihrer Kinder zu entscheiden, und der Staat wird Ihnen die Möglichkeit geben, diese Freiheit auszuüben, aber der Staat muss vor allem dafür sorgen, dass es so viele Geburten wie möglich und so wenige Todesfälle wie möglich gibt.“

In der Verfassung steht nicht, dass Abtreibung uneingeschränkt erlaubt ist. Dieser Artikel wird von den Linken und Feministinnen oft als de facto-Recht auf Abtreibung missbraucht. In der Verfassung steht nirgends, dass diese Freiheit besteht. Nirgendwo steht, dass Abtreibung ohne Einschränkung erlaubt ist. Nirgendwo steht, dass Mord besser ist als Leben. Und ganz sicher steht nirgendwo, dass wir nicht eine andere Meinung haben dürfen. Menschen, die am Marsch für das Leben teilgenommen haben, lieben das Leben. Sie lieben Kinder, auch die ungeborenen, weil sie das Leben von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod anerkennen. Sie sind der Meinung, dass die Ermordung ungeborener Kinder nicht so allgemein toleriert werden sollte.

Marsch für das Leben

Aber in unserem Land ist das ein Tabu. Über die Kundgebung wird nicht berichtet und sie wird auch nicht manipuliert, um sie zu verleumden. So titelte das neue „unabhängige“ Medium N1: „Heute in Ljubljana eine Kundgebung von Abtreibungsgegnern ...“ Sie wurden sofort mit einer negativen Konnotation versehen, weil sie gegen etwas sind. Aber das stimmt überhaupt nicht. Sie sind für das Leben. Noch schlimmer als die Medien waren die Anhänger der radikalen Linken, die Gegner des Lebens auf die Straße brachten. Befürworter der Kultur des Todes. Frauen ohne Kinder, Mitglieder der LGBT-Gemeinschaft, die von Natur aus keine Kinder bekommen können, und diejenigen, die die uneingeschränkte Tötung von Kindern befürworten. Sie haben diejenigen ins Boot geholt, die glauben, dass ein Kind ein Teil des Körpers einer Frau ist (was ein medizinischer Unsinn ist) und dass sie mit ihrem Körper machen können, was sie wollen.

Ein Baby ist kein Teil des Körpers einer Frau. Ein Kind hat seinen eigenen Körper, seine eigene DNA, die sowohl von Vater als auch von Mutter stammt. Und die Gewalt, die von den Lebensgegnern ausgeht, könnte psychoanalytisch auch als unverarbeiteter Schmerz über den Verlust des eigenen Kindes definiert werden. Aber lassen wir die Gründe dafür und das Wie beiseite. Betrachten wir das Ganze einmal ganz allgemein. Wir leben in einem Land, das eigentlich demokratisch sein sollte. Wenn dies der Fall ist, ist es zulässig, alle Standpunkte zu äußern. Die Pro-Life-Botschaft ist eine der stärksten Botschaften, die alle Postulate des Kulturmarxismus durchbricht. Das Gebet zerstört die Postulate des kulturellen Marxismus. Die Kirche zerstört den kulturellen Marxismus. Die Familie vernichtet den

kulturellen Marxismus. Das ist der Grund für den Hass, für die Wut, für die Unfähigkeit, auf seine Mitmenschen zu hören. Denn die Kultur des Lebens ist eine Kultur der Freude, des Zusammenlebens und des Glaubens, und die Kultur des Todes ist eine Kultur des Hasses, der Bitterkeit und der Bosheit. Seien wir weise – entscheiden wir uns für die Kultur des Lebens.



Aleksander Rant ist Chefredakteur von Nova24TV.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Kroatien (Seiten 300 bis 303)

34) Hrvatski Suverenisti: „Wir wollen souveräne Nationen, die auf den Willen ihres Volkes hören“

16. 10. 2021



Marko Milanović Litre · Bildquelle: El Correo de España

Interview mit Marko Milanović Litre, Abgeordneter der kroatischen Souveränisten (Hrvatski Suverenisti) und Vorsitzender der Bürgerinitiative für das Euro-Referendum

Die kroatischen Souveränisten nahmen an den Parlamentswahlen 2020 in einer Koalition mit der Vaterlandsbewegung teil und erhielten 12 % der Stimmen und 16 Sitze im Sabor (kroatisches Parlament).

Vor zwei Wochen, am 3. Oktober, schlossen sich beide Parteien mit den Unabhängigen für Kroatien (Neovisni za Hrvatsku) mit 3 Abgeordneten und der Generation der Erneuerung (Generacija Obnove) zusammen. Die neue Organisation, die den Namen Kroatische Souveränisten trägt, ist die drittgrößte politische Kraft in Kroatien.

Sie sind Vorsitzender einer Bürgerinitiative, die ein Referendum gegen die Einführung des Euro als kroatische Einheitswährung durch die Regierung fordert. Worum geht es bei dieser Initiative?

Die Regierung will den Euro ohne jede Debatte einführen, weder in den Medien noch in der Gesellschaft. Wir wollen mit dieser Initiative erreichen, dass die kroatische Währung, die Kuna, durch einen Artikel in der Verfassung geschützt wird und natürlich, dass das kroatische Volk in einem Referendum darüber entscheidet, ob es den Euro einführen will.

Und es ist auch eine Frage der Demokratie, denn wir wollen keine Regierung, die nicht auf ihr Volk hört. Unsere Position als Partei ist klar: Der Beitritt Kroatiens zur Eurozone ist ein weiterer Schritt zur Föderalisierung Europas und unseres Landes.

In Ländern wie Spanien hat die Einführung des Euro zu einem beträchtlichen Preisanstieg und einem Wertverlust der Löhne geführt, obwohl die damalige Regierung versicherte, dass dies nicht passieren würde. Befürchten Sie, dass dasselbe auch in Kroatien passieren wird?

Ja, in den Ländern, in denen dies geschehen ist, war das Ergebnis immer ein Kaufkraftverlust der Löhne. Der Verlust in der Gesamtwirtschaft mag geringer sein, wie in Italien, wo er 1 % betrug, aber wenn man auf die Verbraucher eingeht, ist der Prozentsatz viel höher. Wir haben eine Umfrage in Auftrag gegeben, um herauszufinden, was die Kroaten über den Beitritt zur Eurozone denken. 70 % der Befragten gaben an, dass es keine ausreichende Debatte gegeben hat, und nur 22 % waren für die Maßnahme.

Im Jahr 2018 wurden 400.000 Unterschriften für eine Petition zur Durchführung eines Referendums über die Unterzeichnung der Istanbul-Konvention eingereicht, aber die Regierung verhinderte das Referendum. Könnte etwas Ähnliches auch in diesem Fall passieren?

Die Anzahl der Unterschriften, die für ein Referendum erforderlich sind, beträgt 10 Prozent der Wähler, damals waren es etwa 380.000 Unterschriften. Die Regierung hat jedoch mehr als 40.000 Unterschriften für ungültig erklärt, weil die eingereichten Daten fehlerhaft waren, so dass die erforderliche Zahl von 10 % nicht erreicht wurde. Diesmal werden wir sehr genau darauf achten, dass sich dies nicht wiederholt. Wir werden am 24. Oktober mit der Unterschriftensammlung beginnen und haben bis zum 7. November fünfzehn Tage Zeit, um zwischen 250.000 und 300.000 Unterschriften zu sammeln. Es werden zwei intensive Wochen werden, aber ich bin überzeugt, dass wir die Unterstützung vieler Kroaten haben werden.



Am vergangenen Sonntag hat sich Ihre Partei mit anderen patriotischen Organisationen zusammengeschlossen, um eine größere Partei zu bilden. Sind die Kroatischen Souveränisten die gemeinsame Heimat von Patrioten und Konservativen?

Ja, auch wenn der offizielle Zusammenschluss wegen bürokratischer Probleme erst im nächsten Jahr vollzogen wird, aber ansonsten kommen unsere Strukturen zusammen und schaffen neue lokale Arbeitsgremien. Dieser Zusammenschluss war für Kroatien sehr notwendig, da Mitte-Rechts und Rechts immer sehr gespalten waren, was der HDZ-Regierung (Europäische Volkspartei) sehr gelegen kam. Es war nicht einfach, aber wir haben verstanden, dass es das Beste für Kroatien und für die Werte ist, für die unsere Parteien stehen.

Wofür stehen die Kroatischen Souveränisten?

Unser Volk musste einen hohen Preis für die Freiheit zahlen, und wir wollen diese Freiheit bewahren, daher ist es wichtig, unsere Souveränität zu verteidigen. Wir wollen auch eine echte Demokratie, in der das kroatische Volk vertreten ist, und der Fall des Euro ist ein gutes Beispiel dafür. Was die EU anbelangt, so sind wir für die europäische Zusammenarbeit, aber wir sind besorgt über ihre ideologische Ausrichtung und wollen sie reformieren, um sie wieder zu dem zu machen, was sie war, als sie entstand, und um ihre christlichen Werte wiederherzustellen.

Ihre Partei unterhält ausgezeichnete Beziehungen zur polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Sie sind gerade aus Polen zurückgekehrt, nachdem Sie sich mit verschiedenen Vertretern der Regierung und der PiS getroffen haben. Ist die polnische Regierung für Sie ein Vorbild?

Ja, die polnische Regierung hat es geschafft, die Vorteile der Europäischen Union zu nutzen, um Polen zu entwickeln und das Land zum Wohlstand zu führen. Es ist lustig, denn wenn man mit einem älteren Kroaten über Polen spricht, zum Beispiel mit meinen Eltern, denken sie, es sei ein Dritte-Welt-Land, weil das vor vierzig Jahren so war. Heute ist Polen ein erfolgreiches Land, was die Wirtschaft und alles andere angeht, und ich glaube, sie haben die kommunistische Mentalität, unter der sie nach dem Eisernen Vorhang gelitten haben, vollständig abgeschüttelt. In Kroatien ist das nicht geschehen. Wir haben immer noch Wirtschaftslehrer, die in Jugoslawien die Fünfjahrespläne gelehrt haben und die jetzt Kapitalismus lehren. Ich vergleiche diese Situation immer mit Moses und den vierzig Jahren in der Wüste. Er war nicht verloren, sondern es ging darum, die Mentalität seines Volkes zu ändern, damit eine Generation mit neuen Ideen kommen kann. Ich glaube, das kommt in Kroatien, und unser Ziel ist es, diese neue Mentalität so schnell wie möglich zu etablieren.

Kennen Sie die Arbeit von VOX in Spanien?

Ich kenne sie. Wir teilen die gleichen Werte wie VOX und sind in der gleichen europäischen Fraktion, der ECR. Unser Europaabgeordneter Ladislav Ilčić hat die große Viva21-Veranstaltung in Madrid besucht und war von der Organisation der Veranstaltung beeindruckt. Seiner Meinung nach ist sie ein Beispiel für die Stärke der konservativen und patriotischen Werte in Spanien und Europa. Wir wollen keinen Superstaat in der Europäischen Union, sondern souveräne Mitgliedsstaaten, die auf den Willen ihrer Völker hören und nicht auf die Bürokraten in Brüssel oder Straßburg.

Bürokraten, die davon besessen zu sein scheinen, Ungarn und Polen anzugreifen.

Die Polen und Ungarn versuchen, die Europäische Union zu ihrem Ursprung zurückzubringen, zu einer Zusammenarbeit zwischen souveränen Nationen, nicht zu einer Zusammenarbeit, bei der uns gesagt wird, wie wir unser Land zu regieren haben. Was die Europäische Kommission tut, ist sehr gefährlich: Sie erpresst die polnische Regierung und droht ihr mit dem Entzug von Geldern, weil ihr Verfassungsgericht entschieden hat, dass das polnische Recht über dem EU-Recht steht. Wenn die EU diesen Weg weitergeht, wird es keine souveränen Nationen mehr geben.

Was halten Sie von der neuen europäischen Gruppe, die u. a. von Viktor Orbán geleitet wird?

Ich halte sie für einen großen Schritt nach vorn, auch wenn ich glaube, dass die Bildung dieser Gruppe nicht sofort erfolgen wird, sondern viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Ideologisch unterstützen wir die ungarische Regierung, aber es stimmt auch, dass wir einige Differenzen in Bezug auf die Integration von Serbien und Montenegro in die EU haben, da wir über den russischen Einfluss in beiden Ländern besorgt sind.

Ich wollte Sie noch nach dem Gedenken an die Opfer Titos fragen. In Slowenien gibt es noch viele offene Wunden und die politischen Erben der Henker wollen keine Versöhnung. Ist das in Kroatien auch so?

Natürlich ist das zu einem Problem geworden, und in jeder Diskussion wird alles auf die Spitze getrieben: Ustascha (Faschisten) gegen Partisanen (Kommunisten). In Kroatien ist es nicht so wie in Polen, und die ehemaligen Kommunisten haben immer noch einen großen Einfluss in unserer Gesellschaft, in den Fakultäten, überall. Tito war nichts anderes als ein Schlächter seines eigenen Volkes, so wie Stalin ein Schlächter der Völker der Sowjetunion war. Die Menschen im Westen haben ein romantisches Bild von Tito, weil er nicht hinter dem Eisernen Vorhang verbündet war, aber er war nicht besser als die anderen kommunistischen Diktatoren. Die Zerstörung der kroatischen Nation und der kroatischen Identität ist allgemein bekannt, aber es besteht keine Einigkeit darüber, dass er ein Verbrecher war. Jedes Mal, wenn dieses Thema diskutiert wird, ziehen die kroatischen Medien die rechtsradikale Karte. Ich glaube, dass diese Generation des Wandels notwendig ist, damit Kroatien seine westlichen und christlichen Werte zurückgewinnen kann.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei EL CORREO DE ESPAÑA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Rumänien (Seiten 304 bis 307)

35) Klaus Johannis: Trianon und das Erbe eines sächsischen Präsidenten

Von Csaba T. Szabó

14. 10. 2021



Klaus Johannis · Bildquelle: Aachener Nachrichten

Bei der Verleihung des Karlspreises 2021 in Aachen reagierte Staatspräsident Klaus Johannis auf die vielbeachtete Erklärung von János Áder zur Ukraine über die Tragödie von Trianon, vermutlich mit einem Monat Verspätung. **Der rumänische Präsident ist „genervt“ und „verärgert“ über die Tatsache, dass ungarische Politiker ständig auf Trianon pochen, und es ist an der Zeit, dies zu akzeptieren!** Er sagt dies, weil er selbst aus Siebenbürgen stammt und glaubt, dass – ich zitiere –

die Rumänen 1918 per Abstimmung beschlossen haben, dass Siebenbürgen sich mit Rumänien vereinigen soll. Mit dieser Aussage spielt Klaus Johannis zum x-ten Mal die „ungarische Karte“ aus.

Unter dem Deckmantel der **„ungarischen Bedrohung“**, die als **Risiko für die nationale Sicherheit** angesehen wird, haben Generationen von rumänischen Politikern ihre eigene politische Krise durchlebt und erleben sie immer noch – zumindest seit hundert Jahren

Klaus Johannis wurde in eine **sächsische Familie** hineingeboren. Allerdings in einer sächsischen Familie, die sich bereits in den 1970er Jahren sehr von ihren Wurzeln entfernt hatte und, man könnte sagen, **romanisiert wurde**. Dass sie aus Ceaușescus Rumänien nicht fliehen konnten oder wollten, ist eine interessante Geschichte, aber auch das haben nicht viele recherchiert, schließlich gibt es heute kaum noch Menschen, die das Leben von

Politikern wirklich erforschen. Die wenigen investigativen Journalisten und Organisationen, die noch dazu in der Lage sind, sind so beschäftigt, dass solche Kleinigkeiten wie eine **detaillierte Untersuchung der Vergangenheit von Klaus Johannis vor 1990**, bei der jeder noch so kleine Moment erforscht wird, **ein kleines Problem zu sein scheint**.

Natürlich könnte Johannis auch ungarische Freunde aus dieser Zeit gehabt haben, aber auch darüber wissen wir nicht viel. **Hermannstadt ist per Definition keine ungarische Stadt** und war es auch nie, daher ist es einigermaßen verständlich, dass der **gebürtige Sachse aus Südsiebenbürgen den Ungarn gegenüber neutrale oder sogar negative Gefühle hatte**. Dafür gibt es natürlich keine Beweise, obwohl wir wissen, dass sich Sachsen und Siebenbürger Ungarn seit 1848/49 nicht besonders gut verstanden haben: Die **Hinrichtung von Stephan Ludwig Roth, die Magyarisierung** der dualistischen, österreichisch-ungarischen Politik und die schrittweise **Aufhebung der sächsischen Autonomie** haben leider ihre Spuren in den ungarisch-sächsischen Beziehungen hinterlassen. **Ein Ausdruck davon war das Treffen in Medgyes am 8. Januar 1919, auf dem die Sachsen die Vereinigung begrüßten**.

In ihrer Erklärung heißt es:

“Die Siebenbürger Sachsen erklären unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker ihren Beitritt zum Königreich Rumänien und heißen das rumänische Volk als Brüder und Schwestern willkommen und wünschen ihm viel Glück bei der Verwirklichung seiner nationalen Ideale”.

Es ist ja bekannt, dass die Sachsen vor der Medgyes-Erklärung alles andere als einmütig waren: Im November und Dezember 1918 gab es in der sächsischen Intelligenz **große Debatten darüber, wo man** in der zusammengebrochenen österreichisch-ungarischen Monarchie **stehen sollte**. Dies zeigte sich deutlich daran, dass sich der **Zentralrat der Sachsen** am 29. Oktober 1918 in Hermannstadt **zum ungarischen Staat bekannte**. Im November verhandelte der Sächsische Nationalrat mit der Regierung von Mihály Károlyi, doch **ein Teil der Sachsen** begann, **sich stärker an den Rumänen zu orientieren**.

Am 25. November 1918 beschloss die Vertretung der Siebenbürger Sachsen, sich weder an die Rumänen noch an die Ungarn zu binden.

Sie waren auch mit dem Vorschlag von **Friedrich Ipsen**, einem Priester aus Medgyes, unzufrieden, **der Siebenbürgen als Kanton nach dem Vorbild der Schweiz im künftigen Rumänien** sehen wollte. Ipsens Plan gehörte zu den föderalistischen Vorschlägen, die 1918 im Umlauf waren, aber leider konnte er sich nicht mit den Wilson'schen Visionen von Ethnizität und Nationalstaatlichkeit verbinden.

Der Punkt ist jedoch, dass die Sachsen 1918–19 auch nicht für die Wiedervereinigung gestimmt haben: Johannis' Aussage ist daher falsch.

Es waren die sächsischen Anführer, die willkürlich entschieden, und **es gab nie eine Abstimmung oder ein Referendum** unter den Tausenden oder Hunderttausenden Sachsen **zu diesem Thema. Ebenso wenig gab es ein Referendum oder eine Abstimmung unter den Ungarn und Rumänen**, obwohl in deren Generalversammlung in Gyulafehérvár mit fast 100.000 Delegierten ein bedeutender Teil der siebenbürgischen Roma-Bevölkerung vertreten war.

Zwischen **1919 und 1923**, während der Pariser Friedensverträge und -verhandlungen, hielten nur sehr wenige Gemeinden und **kleine Regionen Volksabstimmungen über die**

Legitimität der von den Großmächten willkürlich gezogenen neuen Grenzen ab. Ein Beispiel dafür war die **Abstimmung in Sopron und Umgebung vom 14. bis 16. Dezember 1921**, bei der neun Ortschaften darüber abstimmten, ob sie zu Österreich oder zu Ungarn gehören wollten. Sechs der neun Gemeinden stimmten für Österreich, aber da **Sopron für Ungarn stimmte, blieben alle neun Gemeinden Teil von Ungarn.**

So etwas war in Partium undenkbar, wo **Dutzende von Städten** und deren unmittelbare Umgebung 1919–20 noch **weitgehend ungarisch waren (mindestens 50–60 Prozent, in einigen Fällen 90 Prozent).**

Für eine Generation, die eines Morgens in einem anderen Land ohne Wahlrecht, ohne Referendum aufgewacht ist, war es also keine angenehme Zeit.

Der Krieg war verloren, junge Menschen aus der Familie kamen in den Kämpfen ums Leben, und diejenigen, die überlebten, **wachten nach weniger als anderthalb Jahren in einem anderen Land auf.** Für viele Menschen war dies natürlich nur in der Verwaltung spürbar, aber **Hunderttausende von Ungarn – vor allem die städtischen, intellektuellen und administrativen Schichten – waren direkt und spürbar betroffen.** Klaus Johannis weiß kaum etwas darüber. Warum sollte er auch: selbst seine Eltern haben das Trauma von Trianon nicht erlebt, und **für ihn ist es nur Geschichtsschreibung**, die man auf die eine oder andere Weise erbt: die einen lernen es als Tragödie, die anderen als Geschichte der Geschichte. Johannis, der in den 1970er Jahren **Geschichte in der Ceaușescu-Ära studierte, konnte nur die Propagandageschichte von Trianon kennen.**

Seine Aussage ist jedoch nicht nur wegen ihrer historischen Unzulänglichkeiten und ihres falschen, metahistorischen Charakters problematisch.

Klaus Johannis erhielt in Aachen eine Auszeichnung, die im Geiste des Europäismus, der harmonischen Beziehungen zwischen West und Ost und des Friedens in Europa geboren wurde.

Johannis tritt in die Fußstapfen großer Vorgänger wie **Konrad Adenauer, Winston Churchill, Vaclav Havel und George Konrad** (der gleiche Preis wurde auch dem wegen Kriegsverbrechen angeklagten Henry Kissinger oder dem für seine Korruptionsskandale bekannten Jean-Claude Juncker verliehen).) Die jahrelangen Sticheleien und **die Arroganz von IJohannis gegenüber der ungarischen Gemeinschaft haben nun sozusagen ihren "Höhepunkt" erreicht:** Er hat vor ganz Europa gezeigt, dass er in Wirklichkeit von Europa ganz weit weg ist.

Diejenigen, die mit dem politischen Diskurs in Rumänien vertraut sind, wissen jedoch, dass Johannis nichts anderes getan hat, als was so viele in der heutigen Politik tun: **Er hat den Mythos des Sündenbocks und des gemeinsamen Feindes benutzt.** Wenn das Haus brennt – und in Rumänien brennt alles, vom Krankenhaus bis zum Parlament, von der Gesellschaft bis zur Politik -, **versucht der Präsident**, der sich an den letzten Fetzen seiner Popularität klammert, die Karte des ewigen Erfolgs, die wir die **"ungarische Karte"** nennen. Sie wurde von **Brătianu, Ceaușescu, Iliescu, Vadim, Băsescu und vielen anderen ungarischen und rumänischen Politikern verwendet**, unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit oder Partei. So geht das schon seit hundert Jahren:

Die Ungarn sind gut dafür, als nationales Sicherheitsrisiko benutzt zu werden, um einen ansonsten fluid-strukturierten rumänischen Staat, der auseinanderfällt, zu einen.

Seite 307 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

Denn wenn die Angliederung von 1,5 Millionen Ungarn an Rumänien keinen anderen Nutzen hatte, so ist doch so viel sicher: Sie gibt einem Land Stabilität, das auf der Suche nach sich selbst ist, das zerbrechlich ist und das aufgrund fehlender Strukturen kurz vor dem Zusammenbruch steht.

Der Autor, Dr. Csaba T. Szabó, ist Theologe und Postdoc-Forschungsstipendiat.

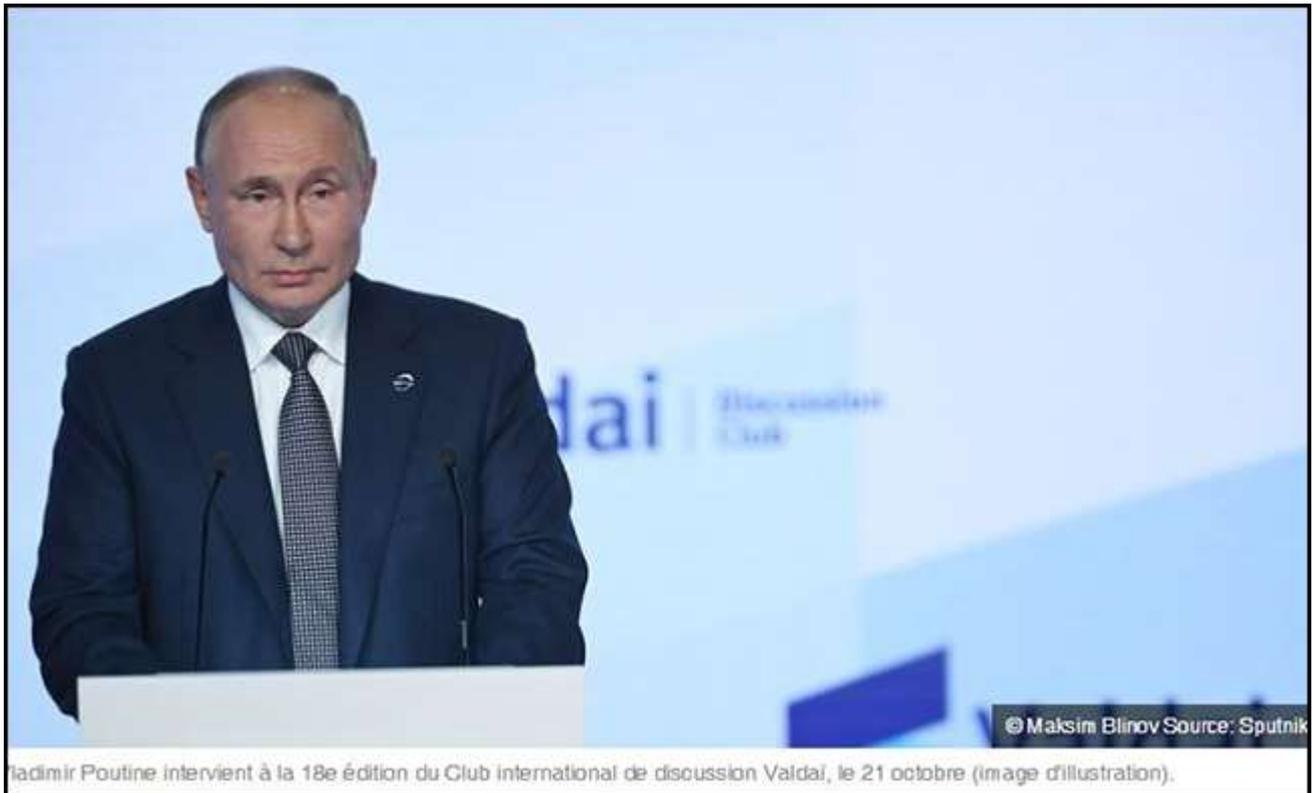
Quelle: [Szabadság.ro](http://Szabadsag.ro)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Putin: „Kindern zu suggerieren, sie können sich leicht in ein anderes Geschlecht umwandeln, grenzt bereits an ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“

Von Fabien Laurent

24. 10. 2021



Wladimir Putin in einer Rede vor dem Valdai-Club am 21. Oktober · Bildquelle: Sputnik

Die „Cancel-Kultur“ verwandelt Antirassismus in „umgekehrten Rassismus“

In einer Rede vor dem Valdai-Club am 21. Oktober verteidigte Wladimir Putin das russische Modell gegen das des Westens, das sich insbesondere in einer „aggressiven Auslöschung ganzer Seiten der eigenen Geschichte“ und in „umgekehrter Diskriminierung“ äußere.

In einer Rede im Valdai-Club in Sotschi kritisierte Wladimir Putin vor fast 300 russischen und ausländischen Teilnehmern aus Wissenschaft, Politik und Medien unverhohlen das westliche Modell in bestimmten gesellschaftlichen Fragen.

„Die soziokulturellen Umwälzungen in den Vereinigten Staaten und Westeuropa gehen uns natürlich nichts an. Wir mischen uns nicht ein. Es gibt Menschen in den westlichen Ländern, die sich sicher sind, dass die aggressive Auslöschung ganzer Seiten der eigenen Geschichte, die umgekehrte Diskriminierung der Mehrheit im Interesse von Minderheiten oder die Forderung, das übliche Verständnis von so grundlegenden Dingen wie Mutter, Vater, Familie oder sogar Geschlechtsunterschiede aufzugeben, in ihren Augen die

Meilensteine der Bewegung hin zu einer gesellschaftlichen Erneuerung sind. Ich möchte noch einmal betonen: Das ist ihr Recht, wir mischen uns nicht ein, wir bitten sie nur, sich nicht zu sehr in unser Haus einzumischen.“

„In einer Reihe von westlichen Ländern ist die Debatte über die Rechte von Männern und Frauen zu einem völligen Hirngespinnst geworden. Diejenigen, die es wagen zu sagen, dass es noch Männer und Frauen gibt und dass dies eine biologische Tatsache ist, werden fast geächtet. „Elternteil Nummer eins“ und „Elternteil Nummer zwei“, „gebärender Elternteil“ statt „Mutter“, Verbot der Verwendung des Begriffs „Muttermilch“ und Ersetzung durch „menschliche Milch“ – damit Menschen, die sich ihrer eigenen Geschlechtsidentität nicht sicher sind, nicht verunsichert werden.“

„Einem Jungen zu suggerieren, dass er ganz einfach ein Mädchen werden kann und umgekehrt, das grenzt schon an ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das alles im Namen und unter dem Banner des Fortschritts.“

Quelle: [RT France international](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte

Italien (Seiten 311– 230)

01) Migrantengeburt in Italien: „Hier ist alles gratis“

22. 10. 2021



Bildquelle: VoxNews

Das italienische allgemeine Gesundheitssystem kann die Auswirkungen von Einwanderern nicht verkraften, die kommen, um es zu nutzen, ohne es durch die Zahlung von Steuern zu unterstützen. Zahlungen, die der Staat von den eigenen Bürgern verlangt.

Nach Italien zur Entbindung! Das großzügige italienische Gesundheitssystem garantiert dies auch für ausländische Frauen.

In der Praxis handelt es sich um eine Art vorübergehendes Wiedersehen mit ihren Ehemännern, die in der Regel in Italien arbeiten, ein Wiedersehen, das nur ein paar Wochen dauert, gerade genug Zeit, um die Gesundheitsdienste in Anspruch zu nehmen, bevor sie in ihr Herkunftsland, in der Regel Ägypten, zurückkehren. Und die Tatsache, dass sie nach Hause zurückkehren, ist an sich eine gute Nachricht, denn die sog. „Familienzusammenführung“ ist ein nationaler Notfall.

In Italien erfolgen heute bereits 20 % der Geburten durch nicht-italienische Mütter. In der Region Mitte-Nord sind es 25 % und in der Lombardei 30 %. In 25 % der Fälle sind die ausländischen Mütter Schwarze.

In vielen Fällen handelt es sich nicht einmal um Einwohner, sondern um „Geburtstouristen“ dank der berüchtigten STP-Karte (Straniero temporaneamente presente – Vorübergehend anwesender Ausländer), die den Ärzten zufolge Ausländern – sogar illegalen Einwanderern – das Recht gibt, jede Art von Behandlung, ob dringend oder nicht, lebensrettend oder Routine, unter garantierter Anonymität zu erhalten.

Im konkreten Fall geht es um Frauen (nicht unbedingt illegale Einwanderer), die nach Italien kommen, um zu gebären. Unter den Leistungen, die ausländischen Staatsbürgern, die nicht im nationalen Gesundheitssystem registriert sind, garantiert werden, gibt es nämlich ausdrückliche Bestimmungen für den Schutz von Schwangerschaft und Mutterschaft. Der Leiter der gynäkologischen Abteilung eines großen Mailänder Krankenhauses bezeugt, was in der Praxis passiert: Die Frauen, die gebären, kommen praktisch am Vorabend des

glücklichen Ereignisses, oft in Begleitung ihrer Ehemänner. Der italienische Arzt hat keine andere Wahl, als ihnen entgegenzukommen, indem er innerhalb kürzester Zeit alle möglichen Untersuchungen durchführt, einen Platz für sie findet und natürlich versucht, Komplikationen oder Probleme zu vermeiden, auch wenn es an objektiven Beweisen mangelt und die Anamnese schwierig ist, da diese Frauen im Allgemeinen kein Wort Italienisch sprechen (das Personal benutzt einen Telefonübersetzer, um mit ihnen zu sprechen). „Sie kommen“, sagt er, „wenn sie 36–37 Wochen schwanger sind, manchmal direkt vom Flughafen. Und oft aus Ägypten, wo sie offensichtlich in Krankenhäusern für die Geburt bezahlen müssten. Es ist schwer zu verstehen, wie sie in einem so fortgeschrittenen Stadium der Schwangerschaft mit dem Flugzeug reisen können, zumal in ähnlichen Fällen zahlreiche Bescheinigungen erforderlich sind. Auf jeden Fall kommen sie an, manchmal mit ihren VIP-Karten, in Begleitung ihrer Ehemänner, die in der Regel italienisch sprechen und sagen: Meine Frau muss einen Kaiserschnitt haben, und sie werden oft vorgeburtlich behandelt. Das Problem“, fährt der Arzt fort, „ist, dass sie nichts in der Hand haben, nicht einmal ein Dokument, nicht einmal eine Untersuchung. Wir müssen alles in kurzer Zeit erledigen“. Und natürlich gelten alle Verantwortlichkeiten: „Ich hatte kürzlich eine Frau mit Diabetes und Bluthochdruck, da kann es Komplikationen geben. Wir müssen sie unterbringen oder einen anderen Platz finden, tun, was wir können. Und manchmal gibt es keinen Platz, und wir müssen ihn trotzdem finden.“

Das Problem sind also auch ein Problem der begrenzten Ressourcen: „Wir heilen, aber können wir allen alles geben?“, fragt rhetorisch Stefano Carugo, ein bekannter Kardiologe, der in einem öffentlichen Krankenhaus arbeitet (er ist Leiter der Abteilung für Kardiologie und Koronarversorgung am Krankenhaus Santi Paolo und Carlo und außerordentlicher Professor für Herz-Kreislauf-Erkrankungen). „Wir behandeln jeden, aber wenn es Leute gibt, die meinen, sie könnten clever sein und die Großzügigkeit unseres Systems ausnutzen, dann ist das ein Problem.“

In vielen afrikanischen Ländern ist eine Geburt im Krankenhaus ein Luxus, für den man bezahlen muss. Wenn man offene Grenzen hat, ist es logisch, dass sie sich den Ort aussuchen, an dem sie nichts bezahlen müssen und die Ärzte die besten sind.

Und nicht nur die gebärenden Frauen. Italien gewährt „Ausländern, die sich irregulär im Land aufhalten“, eine bevorzugte, reservierte und exklusive Stellung, auf der ihnen eine Versorgung und Dienstleistungen garantiert werden, von denen Italiener nur träumen können.

Man braucht nur einen STP-Karte (Straniero temporaneamente presente))und schon ist der Weg frei für den Zugang zu den Leistungen eines der besten Gesundheitszentren der Welt, vor allem mit einem Arzt mit „weiten Ärmeln“ oder mit Hilfe von mehr oder weniger ideologisch engagierten Vereinen. Und es geht nicht nur um dringende oder lebensrettende Eingriffe, wie es verständlich wäre und im Einklang mit Eid und Deontologie stünde.

Sie geht weit über die „dringende oder notwendige ambulante und stationäre Versorgung“ hinaus, erklärt der Arzt, der sich entschließt, darüber zu sprechen. Er hat diese Erfahrung unmittelbar gemacht. Und er erklärt, wovon er spricht: „Zum Beispiel ein Besuch beim Diabetologen wegen des Blutzuckerspiegels oder eine Röntgenaufnahme der Brust oder eine Zahnbehandlung“.

Riccardo De Corato, Mitglied der Fratelli d'Italia, ehemaliger Senator und jetzt Regionalrat in der Lombardei, kritisiert, dass „Prothesen, Brillen und alle medizinischen Hilfsmittel kostenlos sind, ganz zu schweigen von der vollständigen Befreiung von Kosten beim Kauf von Medikamenten“.

Die STP-Karte kann natürlich auch bei jedem Asylantrag beantragt werden.

Die Präfektur von Rom informiert über diese Möglichkeiten: Die Karte ist 6 Monate gültig, aber „erneuerbar“. Sie richtet sich an Ausländer mit irregulärem Status: „Sie können die Ausstellung der Karte auch ohne Angabe Ihres Vor- und Nachnamens beantragen“.

Und er versichert den illegalen Einwanderern: „Der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen darf nicht zu einer Anzeige bei den Behörden führen. Es ist jedoch zu beachten, dass die Behörden in bestimmten Fällen (aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder aus anderen schwerwiegenden Gründen) eine Anzeige verlangen können, wie sie es auch bei italienischen Bürgern tun.“

Kurzum, keine Sorge, lieber illegaler Einwanderer, Sie können sich auf Kosten der Italiener neue Zähne zulegen. Und niemand wird Sie jemals melden. Dann kannst du wieder in deine Baobab-Zeltstadt gehen und dort weiterleben wie bisher.

„Die akute Notfallversorgung ist für alle garantiert. Hier geht es um banale Leistungen, die ausdrücklich außertourlich erbracht werden, während die Italiener dafür bezahlen oder darauf verzichten und sich entscheiden müssen, ob sie die eine oder andere Krankheit behandeln lassen.“

Diese Leute haben alles“, fährt der Arzt fort, „und viele fordern es mit Arroganz, und die Ärzte gewähren im Allgemeinen alles, um nicht des Rassismus bezichtigt zu werden. Termine, kurze Wartezeiten, Blankorezepte, sie haben alles verstanden und werden von den Verbänden auch noch gefördert.“

Das ist der Grund, warum es in den USA kein universelles, sondern ein kostenpflichtiges Gesundheitssystem gibt.

Quelle: [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Italien: Wie die Mitte-Rechts-Bewegung eine erfolgreiche Strategie entwickeln kann

Von Nicola De Felice

21. 10. 2021



Bildquelle: CM

Die Niederlage der Mitte-Rechts-Parteien bei den Regionalwahlen erfordert eine neue Strategie, falls es je eine gegeben hat. Die Ausarbeitung einer politischen Strategie ist ebenso wie die eines militärischen Komplexes und wird von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst (Ideologie, Kultur, Geografie, technologische Entwicklung, Geschichte, Religion, Parteiorganisation usw.). Dies bezieht sich auf die Logik des politischen Managements, das in der rechten Mitte mit der Lega, den Fratelli d'Italia und der Forza Italia identifiziert wird.

Die große Strategie von Mitte-Rechts

Erforderlich ist eine politische Bewertung der nationalen Interessen, in der allgemeine Ziele festgelegt werden, die durch eine „Große Strategie“ verfolgt werden sollen, die den Strategien der einzelnen Parteien vorangestellt wird. Das politische Ergebnis dieser „Großen Strategie“ muss das Erreichen einer günstigen und dauerhaften Situation sein, die in der politischen Führung der Nation besteht, die durch den Sieg an den Wahlen oder durch andere Formen der Wirkung und Beeinflussung erreicht wird, Formen, die die linke Mitte normalerweise nutzt.

Im Einklang mit den Zielen der „Großen Strategie“ – wie Wiederbelebung der Arbeit und der Geburtenrate, niedrigere Steuern, Kontrolle der Einwanderung und der Auswanderung, Schutz der Mittelschicht, Wiederbelebung der Forschung, Unabhängigkeit im Energiebereich, globale Sicherheit, Hegemonie im Mittelmeerraum, Zusammenschluss der europäischen Staaten usw. – muss die Politik der rechten Mitte eine politische Richtung für die Nation festlegen, die aus der politischen Richtung der Nation besteht, die durch einen Wahlsieg oder durch andere Formen der Wirkung und des Einflusses erreicht wird, Formen, die die linke Mitte normalerweise nutzt.

Die Politik des rechten Zentrums muss die organisatorischen und kapazitiven Merkmale ihrer Streitkräfte festlegen, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass diese in der Lage sind, die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen (Verfahren zur Auswahl der Bewerber, Kompetenzen in den erforderlichen Bereichen usw.). Die Strategie optimiert die Mittel und Methoden, die erforderlich sind, um die von der Politik gesetzten Ziele zu erreichen, und berücksichtigt das Umfeld und die potenziellen „Bedrohungen“, die sich darin realisieren lassen (Antifaschismus, Fall Morisi usw.). Eine Parteistrategie darf die Ziele der übergeordneten Strategie nicht außer Acht lassen. Bei der Bewertung der Situation (sei es bei Verwaltungs-, Politik- oder Europawahlen) legt die übergeordnete Ebene die politischen Grundzüge fest, auf deren Grundlage jede Partei spezifische Strategien entwickelt.

In der nächsten Phase erarbeiten die Parteien in einer Wahlkampagne die Kriterien für den Abgleich der verfügbaren personellen und materiellen Ressourcen, einigen sich auf die qualitativen und quantitativen Umriss der Beiträge der jeweiligen Komponenten und die Mechanismen der gegenseitigen Interaktion und Integration. Sie initiieren die Synchronisation zwischen den strategischen Zielen, den Adressaten, der Kombination von erwünschten Effekten, den Ebenen des Strategiemangements im „Feld“, unterschieden in strategisch, operativ und taktisch.

Die Macht von Mitte-Rechts ist an ihrer Fähigkeit zu erkennen, die anderen Akteure in der Arena zu beeinflussen – egal ob Gegner, Medien oder Wähler. Die Mechanismen der Einflussnahme können den Einsatz verschiedener Instrumente beinhalten. Ich lasse die harte Macht beiseite, weil sie sich auf den Einsatz von Zwangsmitteln bezieht, und konzentriere mich auf die weiche Macht, weil die Ausübung dieser Art von Macht ideologisch und kulturell geprägt ist. Soft Power steht im Zusammenhang mit der eigenen Position und Glaubwürdigkeit innerhalb der Gemeinschaft, der Fähigkeit, positive Werte zu vermitteln und politische Ziele durch Kommunikation, diplomatisches Geschick, Kultur und

Verhaltensweisen zu erreichen, d. h. der geeigneten Kombination aus der Fähigkeit, potenzielle Verbündete zu überzeugen, um sie für die eigenen Ziele zu gewinnen, und den Wählern, insbesondere den Unentschlossenen, denjenigen, die nicht zur Wahl gehen, oder denjenigen, die von den Ergebnissen des ersten Wahlgangs ausgeschlossen wurden.



Nicola De Felice

Senior Fellow des Centro Studi Machiavelli. Als Konteradmiral (a.D.) und ehemaliger Kommandant von Zerstörern und Fregatten hatte er wichtige diplomatische, finanzielle, technische und strategische Funktionen im Verteidigungs- und Marinestab inne, sowohl im Inland als auch im Ausland, zu Wasser und zu Lande, wobei er sich für die Anwendung von Techniken einsetzte, die der italienischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zugute kommen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Italien: „Das Jahr Null der Rechten“

Von S. Folli

20. 10. 2021



14-16 September 2017 - 25° Edition –
Photos by BHStudio of Gianfranco Bernardo

„Diese Kommunalwahlen haben eine Art Jahr Null für alle bestimmt. Die siegreiche linke Mitte muss ihre Ziele klären, die sich nicht darauf beschränken dürfen, ihren Vertreter in den Quirinal zu wählen.“ (Enrico Letta, Partito Democratico)

Letta sprach von einem „vergrößerten Lager“, das dem Olivenbaum ähnelt, und deshalb müssen die Konturen definiert und erklärt werden. Es gibt ein Problem der Homogenität: Die Aufnahme der Zentristen der Forza Italia, Calenda, der Renzi-Anhänger, Bonino, Conte und der 5 Sterne unter ihrem Dach birgt das Risiko einer großen Instabilität. Und dann gibt es noch die unterlegene Mitte-Rechts-Fraktion. Die Möglichkeit, dass die gesamte Rechte in die Opposition geht, wie es Giorgia Meloni (Fratelli d'Italia) wünscht, ist unwahrscheinlich. Die Lega muss sich entscheiden: Wenn sie in der Regierung bleiben will, muss sie sagen, unter welchen Bedingungen, mit welchen Ideen und Vorschlägen. Ihre Wählerschaft, die sich aus Unternehmen zusammensetzt, die an den Aufschwung glauben und Vertrauen in Draghi haben, braucht keine Slogans, sondern konkretere Vorschläge. Hier kann die rechte Mitte wiedergeboren werden oder zusammenbrechen.

Quelle: *Repubblica* in der Übersetzung der französischen Botschaft in Rom, zitiert nach [Lionel Baland](#)

Umfragewerte in Italien: die beiden patriotischen Parteien „Fratelli d'Italia“ und „Lega“ haben zusammen 40,5 %



Quelle: [Lionel Baland](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Letzter Italiener in der Klasse: „Meine Tochter wird diskriminiert, weil sie Christin ist

18. 10. 2021



Symbolbild · Quelle: VoxNews

Was passiert, wenn man in seinem eigenen Land zur Minderheit wird?

Ihre Tochter musste die Klasse mit 18 Kindern von Einwanderern teilen.

„Sie waren alle unterschiedlicher Herkunft: Rumänen, Marokkaner, Türken, Filipinos, Chinesen, Puertoricaner. Meine Tochter war die einzige Italienerin und wurde von den anderen Kindern ausgegrenzt, denn sie war bei der Freizeitgestaltung die einzige, die sich „integrieren“ musste. Und das in Italien...“. So entschuldigte sich eine Mutter auf dem italienischen Fernsehkanal Rai3, der sie über den Schulabbruch ihrer Tochter befragt hatte.

„Mein Problem sind nicht die Kinder“, erklärte die Frau, „denn alle Kinder sind gleich. Das Problem sind die Eltern und wie sie sie erziehen. Meine Tochter hatte viele Kinder zu sich nach Hause eingeladen, um gemeinsam ihre Hausaufgaben zu machen, aber es gab immer nur ein „Nein“, weil sie nicht der gleichen Religion angehörte wie sie. Sie durfte nicht mit anderen Klassenkameraden die Hausaufgaben machen, weil sie nicht derselben Religion angehörte, denn sie war katholisch“.

„Wurde sie ghettoisiert?“, fragt der Moderator. „Stimmt, die einzigen Freunde, die sie finden konnte, waren in der Sonntagsschule.“

Es hätte ihr Schlimmeres passieren können. Wie die englischen Mädchen, die Opfer des Massakers von Rotherham wurden: vergewaltigt von Mitgliedern der Banden pakistanischer Einwanderer, die seit Jahren in Rotherham und im übrigen England Terror verbreiten.

Einer von ihnen, Sageer Hussain, 30 Jahre alt, brüstete sich offen damit, ein rassistischer Islamist zu sein, und erklärte seinem 13-jährigen Opfer, dass „alle weißen Mädchen für Sex gut sind und Huren sind“. Was in den letzten Jahren in Rotherham geschehen ist, ist

ungeheuerlich, nicht nur wegen der mehr als 1.400 Vergewaltigungen durch 300 pakistanische Einwanderer, sondern auch wegen der Duldung durch die Sozialdienste und die Polizei, die nicht gehandelt haben, weil sie sonst des „Rassismus“ beschuldigt worden wären.

Sie alle vergewaltigten weiße Mädchen, die meisten von ihnen in prekären Familienverhältnissen und unter der Obhut von Sozialdiensten. Sie alle waren daran gewöhnt, in multiethnischen Vierteln zu leben, aus denen ihre armen Familien nicht hatten „entkommen“ können.

Als sie die Kraft fand, die Vergewaltigungen anzuzeigen, wurde einem der Opfer, das damals 12/13 Jahre alt war und heute 30 Jahre alt ist, nicht geglaubt, und die Polizei von South Yorkshire „verlor“ Tage nach der Anzeige die Kleidung, die sie während einer der Vergewaltigungen trug.

Kommentar von VoxNews: Eine derartige „Integration“ ist ein Verbrechen gegen die Zukunft.

Quelle: [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Triest, Genua, Ravenna: die Revolte gegen Draghi hat begonnen (Videos)

18. 10. 2021



Bildquelle: VoxNews

Live aus Triest:

www.localteam.it/video/puzzer-parla-ai-no-green-pass-sit-in-a-piazza-unita-ditalia-?jwsourc=c1

<https://unser-mittleuropa.com/triest-genua-ravenna-die-revolte-gegen-draghi-hat-begonnen-videos/>



[1:35 nachm. · 18. Okt. 2021 · Twitter for iPhone](#)

<s://www.youtube.com/watch?v=fVbl063OZul>



AUFSTAND GEGEN DIE DRAGHI-DIKTATUR: GENUA UND RAVENNA BLOCKIEREN DIE HÄFEN

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Warum in Rom Mitte-Rechts wählen

Von Nicola De Felice

15. 10. 2021



Enrico Michetti, Wahlkandidat für Rom - *Bildquelle: Centro Machiavelli*

Ich verwende Militärjargon, um zu verdeutlichen, dass wir uns in einer Schlacht befinden. Es ist ein Kampf, den die rechte Mitte nicht führt, um daran teilzunehmen, sondern um ihn zu gewinnen, um Rom zu „stabilisieren und wieder aufzubauen“, und zwar durch drei Schlagworte, die in dieser Zeit des extremen Verfalls und der materiellen und ideellen Vernachlässigung unserer schönen italienischen Hauptstadt, des geistigen Zentrums des Westens, der Wiege der lateinischen und europäischen Zivilisation, unerlässlich sind: Sicherheit, Legalität und Stabilität.

Sicherheit ist die wesentliche Voraussetzung für die Stabilität einer Stadt in jedem geografischen Gebiet. Dieser einfache Grundsatz gilt umso mehr für Rom, dessen Gleichgewicht auf der Annahme beruht, dass jedes seiner Elemente, ob kommunal oder anderweitig, in der Lage ist, eigenständig für den Teil der Sicherheit zu sorgen, für den es zuständig ist.

Die Heterogenität der Aktivitäten und Elemente, die in Rom eine Rolle spielen, haben das Umfeld jedoch äußerst dynamisch und komplex gemacht, so dass ich einen „militärischen“ Ansatz vorgeschlagen habe, d. h. die Notwendigkeit einer Stabilisierung – natürlich im übertragenen Sinne – hervorgehoben habe, damit Rom, das von vielen als zerbrechlich und instabil beschrieben wird, sich erholen kann.

Mit dem demokratischen Votum können wir erwarten, dass die Sicherheitsbedingungen wiederhergestellt und aufrechterhalten werden, so dass die Grundlage für die Rückkehr zu zumindest normalen Bedingungen geschaffen wird, die den Wiederaufbau Roms, d.h. die Wiederherstellung einer nachhaltigen Entwicklung der gesamten Gemeinschaft, begünstigen.

Mit dem Urnengang können wir uns für die Verwirklichung wesentlicher Infrastrukturen wie Müllverbrennungsanlagen, die effiziente und wirksame Wiederherstellung der städtischen Verwaltungsstrukturen, der kommunalisierten Unternehmen, der Verwaltung der gesamten Belegschaft und all jener Strukturen einsetzen, die für die technische und wirtschaftliche Unterstützung der städtischen Einrichtungen und der Bevölkerung unerlässlich sind. Rom ist heute mit einem „gescheiterten Staat“ vergleichbar, da es nur noch über Reste von

institutionellen Strukturen verfügt, die so schwach sind, dass sie weder eine stabile und wirksame Verwaltung des Stadtgebiets noch ein Monopol für die Anwendung der öffentlichen Ordnung ermöglichen, wie die jüngsten Ereignisse gezeigt haben.

Mit anderen Worten, mit der Wahl können wir diejenigen, die uns regieren werden, um diese allgemeinen Bedingungen der Stabilität bitten – bezogen auf unsere Wahrnehmung als Bürger und gemessen an uns selbst als den letztendlichen Richtern über jede Intervention, über jede Reform. Mit der Abstimmung fordern wir, die Möglichkeit zu garantieren, unser tägliches Leben ohne Angst vor systematischen oder massiven Gewalttaten zu leben, wobei die öffentliche Ordnung durch legitime Behörden gewährleistet wird. Mit unserer Stimmabgabe wollen wir eine Legalität, die allen Bürgern den Zugang zu einem fairen und zuverlässigen Rechtssystem sichert, das die Bürgerrechte garantiert, das die gesamte Bevölkerung – unabhängig von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit oder Religion – berücksichtigt, das aber auch die individuelle Verantwortung aller vor dem Gesetz vorsieht. Mit unserer Stimmabgabe fordern wir die Bewirtschaftung der kommunalen Ressourcen für das Gemeinwohl und die Erbringung grundlegender Dienstleistungen durch die Kommune, die Schaffung eines nachhaltigen Wirtschaftssystems, das den Bürgern gleiche Chancen für ihren Lebensunterhalt garantiert, in einem Produktionssystem, das den gesetzlichen Normen entspricht, und in einem allgemeinen Rahmen der makroökonomischen Stabilität. Indem wir zur Wahl gehen, fordern wir die Garantie des sozialen Wohlergehens für jeden Bürger, die Befriedigung seiner grundlegenden Bedürfnisse, den friedlichen Zusammenhalt in einer Gemeinschaft, in der alle die gleichen Chancen haben, ihr Leben zu verbessern.

Wenn wir für die Mitte-Rechts-Partei stimmen, vermeiden wir den Fehler der Vorgängerregierung, staatliche Mittel für andere Städte statt für die Hauptstadt bereitzustellen. Mit unserer Stimmabgabe entscheiden wir über die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder in Rom.



Nicola De Felice

Senior Fellow des Centro Studi Machiavelli. Als Konteradmiral (a.D.) und ehemaliger Kommandant von Zerstörern und Fregatten hatte er wichtige diplomatische, finanzielle, technische und strategische Funktionen im Verteidigungs- und Marinestab inne, sowohl im Inland als auch im Ausland, zu Wasser und zu Lande, wobei er sich um die Anwendung von Techniken bemühte, die der italienischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zugute kommen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIARELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) 15. Oktober: Chaos in Italien?

13. 10. 2021



Auch die italienische Polizei rebelliert bereits - *Bildquelle: MPI*

Der 15. Oktober ist in Italien ein besonders spannendes Datum. An diesem Tag tritt die Pflicht zum Besitz eines Gesundheitspasses am Arbeitsplatz, in den Alpen „Grüner Pass“ genannt, in Kraft. Diese Verpflichtung gilt auch für die Polizei, den repressiven Arm des Staates.

Aber es gibt Spannungen in Polizeikreisen. Dies zeigt sich auch in dem sehr harschen Ton, mit dem die Polizeigewerkschaft FSP die Leiterin des italienischen Innenministeriums, Luciana Lamorgese, angreift. Der 15. Oktober rückt näher und die Forderung nach einem grünen Pass für Arbeitnehmer auf den italienischen Straßen birgt die Gefahr eines Verkehrschaos. Es gibt Tausende von Arbeitnehmern, die nicht geimpft sind, inklusive Polizisten. Wochen sind vergangen, aber es wurde noch keine Lösung gefunden.“

Heute stand eine Sitzung im Innenministerium auf dem Programm, um die Angelegenheit mit den Gewerkschaften zu klären, aber Ministerin Lamorgese, von der erwartet wurde, dass sie „sowohl auf die politischen Fragen als auch auf die technischen operativen Grundlagen eingeht“, „hat sich nicht herabgelassen, anwesend zu sein“, kritisieren die Polizeigewerkschaften, „und sie hat uns nicht einmal eine Antwort geschickt. Die Polizeivertreter prangern die „absolute, totale Geringschätzung“ an, die die Ministerin „allen Männern und Frauen der staatlichen Polizei“ entgegenbringt. „Die Sitzung endete in einer Sackgasse, weil es immer noch keine Richtlinien des Ministeriums für öffentliche Verwaltung

gibt, um die Situation zu bewältigen. In Bezug auf den Punkt „Sie sind nicht bereit“ gibt es „mehr Zweifel als Gewissheiten“ und „das Sicherheitssystem ist zu komplex, um in Bezug auf Teams, Dienste, Anwesenheit, Tausende von Überstunden, die entstehen, zu improvisieren“. Es wird geschätzt, dass es zwischen 15 und 19 Tausend ungeimpfte Polizeibeamte gibt. Aber die Polizei ist bereits unterbesetzt. Auf den Straßen sind nur wenige Patrouillen unterwegs. Da dies der Fall ist“, schreibt die FSP, „ist es nicht schwer, das Chaos vorherzusehen. Ohne näher auf dieses Themas einzugehen, ist festzustellen, dass die Entscheidung in Ermangelung einer Verpflichtung (Impfung, Anm. d. Red.) dem Willen des Einzelnen überlassen wird. Es liegt jedoch auf der Hand, dass die Umsetzung dieser politischen Entscheidung für die italienische Verwaltung heute nahezu unwahrscheinlich, wenn nicht gar unmöglich ist.“

Die Möglichkeit von PCR-Tests für Polizisten ist nicht wirklich eine Option. Abgesehen davon, dass sie teuer sind und die Kosten nicht erstattet werden, ist es angesichts der „Tausenden von Stunden außerordentlichen täglichen Dienstes, die anfallen und obligatorisch sind“, praktisch unmöglich, die Dienststunden mit der „strengen Gültigkeit des grünen Passes“ in Einklang zu bringen. „Bei der Polizeiarbeit weiß man oft nicht, wann man anfängt und wann man aufhört, und eine Schicht kann sechs, zehn oder achtzehn Stunden am Stück dauern. Und wenn der grüne Pass in der Zwischenzeit abläuft, was tun Sie dann? Was passiert, wenn ein Polizeibeamter, obwohl er sein Bestes tut, feststellt, dass die Apotheken verstopft sind und er keinen Antigentest durchführen lassen oder die Ergebnisse nicht rechtzeitig erhalten kann?“

Die Gewerkschaften fordern seit langem, dass zumindest die Tests kostenlos sind. Aber bisher hat die Regierung Nein gesagt. Letztlich besteht die Gefahr, dass die nicht gegen Covid geimpften Polizisten zu Hause bleiben und die geimpften Polizisten eingesetzt werden, „um eventuelle organisatorische und politische Störungen zu kompensieren“. Die Forderungen sind einfach: Die Gewerkschaft möchte, dass „das Inkrafttreten des Gesetzesdekrets“ über den grünen Pass verschoben wird, „weil das Sicherheitssystem in Ermangelung von Gewissheit nicht bereit ist“.

Die andere Gefahr für die Regierung Draghi besteht darin, dass sich die Polizei auf die Seite der Hunderttausenden von Demonstranten stellt, die Tag und Nacht die Straßen der italienischen Städte besetzen, um gegen das Gesundheitspass zu protestieren, und die für den 15. Oktober und die folgenden Tage weitere Blockaden in ganz Italien vorbereiten.

Außerdem hat das italienische Innenministerium bereits einen Rückzieher gemacht, indem es kostenlose Tests für Hafentarbeiter, die die Häfen blockieren, in Betracht zieht. Harte Proteste, die die Wirtschaftszentren treffen, wie die, die in den letzten Tagen in Italien stattfanden, zahlen sich also aus... das Chaos, das die globalen Eliten wissentlich organisieren, erschreckt immer noch die politischen Marionetten, die sie sowohl in Italien als auch in Frankreich an die Macht gebracht haben...

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Fratelli d'Italia: Ein Netzwerk für lokale Administratoren

Von Michele Pisano

12. 10. 2021



Bildquelle: La Voce del Patriota

Die große Herausforderung der italienischen Rechten steht vor uns. Seit Jahren hat unsere politische und kulturelle Gemeinschaft immer ehrgeizigere Ziele vor Augen, um ihre Weltanschauung zu verbreiten. Angesichts eines immer weiter um sich greifenden universellen Progressivismus und einer Technokratie, die auf dem Rücken einer geschundenen Politik wuchert, ist es unsere Aufgabe, auch im Alltag die ewigen Wurzeln zu verteidigen.

Wir haben gerade eine komplexe erste Wahlrunde hinter uns. Wahlen können nicht das Ziel sein, sondern ein Instrument, mit dem wir so viel wie möglich vor Ort Wurzeln schlagen können und nicht die Apathie die Oberhand gewinnen lassen.

Fratelli d'Italia hat in dieser letzten Runde einen guten Erfolg erzielt und viele neue Gemeinderäte, Bürgermeister und in einigen Tagen auch Stadträte gewonnen. Wir können nicht darauf verzichten, in den lokalen Gebietskörperschaften, in den Ratsversammlungen und in allen Organisationen, die die Gebiete vertreten, präsent zu sein.

Damit wir uns richtig verstehen. Die Fähigkeit, die Macht im besten Sinne des Wortes zu verwalten, war immer ein angeborenes Talent der italienischen Linken; die Rechte musste ihr manchmal hinterherlaufen, obwohl sie gezeigt hat, wie sehr unser politisches Angebot das Schicksal unserer Städte positiv verändern kann, wenn es mit Kopf und Herz eingesetzt wird.

Aber das ist nicht genug. Jetzt müssen wir uns noch stärker vernetzen. Es ist notwendig, Begegnungen und den Austausch von bewährten Praktiken zwischen den Verantwortlichen der Fratelli d'Italia und denjenigen, die in die Bürgerlisten gewählt wurden und sich aufrichtig für unsere Bewegung interessieren, zu organisieren.

Unsere Städte sehen sich häufig mit komplexen Entscheidungen konfrontiert: Ich denke dabei an alles, was mit Umweltpolitik zu tun hat, insbesondere an den so genannten ökologischen Übergang.

Wie relevant ist dieser Ansatz für unsere Weltanschauung? Was können wir akzeptieren und was müssen wir ablehnen? Und ich möchte auch darauf hinweisen, wie notwendig es ist, unter anderem über Stadtplanung, Landentwicklung, Bildungsfreiheit und Sozialpolitik zu diskutieren.

Jeder von uns ist sich selbst nicht genug. Wir brauchen eine ständige Auseinandersetzung, die über unsere regionalen Grenzen hinausgeht und in der Lage ist, die besten Ideen im ganzen Land zu verbreiten.

Wir können unter anderem nicht zulassen, dass die Linke allein das Ruder in den großen Verbänden der Gebietskörperschaften übernimmt. Dazu müssen wir jedoch die Ausfransungen und Unschärfen überwinden und ehrgeizige Ziele anstreben, ohne die Tatsache aus den Augen zu verlieren, dass wir für die Gemeinschaften, die wir vertreten, gewählt werden und nicht für die Karriere als Selbstzweck.

In etwas mehr als zwei Jahren sind die Italiener aufgerufen, ihre Vertreter neu zu wählen.

Wir wollen Italien in sein eigenes Schicksal führen und nicht länger von anderen abhängig sein. Wir müssen uns vernetzen, wir müssen einander in die Augen sehen, wir müssen einen gemeinsamen Weg gehen, auch wenn jeder von uns auf seinem eigenen Gebiet unterwegs ist.

Auch dies ist eine große Herausforderung für eine freie und pragmatische Gemeinschaft, die es versteht, mit sich selbst ins Reine zu kommen und ihre Reife in einer Zeit zu beweisen, in der sich die Angriffe – wen wundert es – häufen.

Quelle: [La Voce del Patriota](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Frankreich (Seiten 326 bis 340)

09) Alain de Benoist: „Keine Wahl, nicht einmal eine Präsidentschaftswahl, kann die Bedingungen für eine echte Revolution schaffen, die unser Volk braucht“ [Interview]

27. 10. 2021



Bildquelle: Breizh-info

Wir baten Alain de Benoist um seine Analyse des Durchbruchs von Eric Zemmour im Kampf um die Präsidentschaftskandidatur, aber auch seiner wahrscheinlichen Konfrontation mit Marine Le Pen und Emmanuel Macron.

Wir nutzten auch die Gelegenheit, Alain de Benoist über die Kontinuität der von den Behörden betriebenen Covid-Tyrannie zu befragen, aber auch über die Rolle Mitteleuropas bei der Rettung der europäischen Zivilisation.

Breizh-info.com: Alain de Benoist, was ist Ihre Meinung zum medienpolitischen Aufstieg von Eric Zemmour einige Monate vor den Präsidentschaftswahlen? Ist dieser Aufstieg nicht ein Zeichen für das endgültige Scheitern des Rassemblement National in der Politik?

Alain de Benoist: Jeder Präsidentschaftswahlkampf in Frankreich hat seine unerwarteten Ereignisse. Dieses Jahr geht es um das Phänomen Zemmour. Ich betrachte sie mit Neugier – aber auch mit Distanz, denn ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass keine Wahl, auch keine Präsidentschaftswahl, die Voraussetzungen für die echte Revolution schaffen kann, die unser Volk braucht.

Eric Zemmour ist ein Freund, dessen umfassende politische und historische Kultur ich kenne und dessen widerspenstige und kämpferische Haltung ich bewundere, was mich jedoch nicht daran hindert, mit ihm in vielen Punkten nicht übereinzustimmen (sein

Jakobinertum, seine Kritik an der Idee des Empire, seine uneingeschränkte Befürwortung der Assimilation, seine Feindseligkeit gegenüber regionalen Namen, ganz zu schweigen von der Frage der „christlichen Wurzeln“). Sein Aufstieg vom „Beinahe-Kandidaten“ ist bemerkenswert, da er nun in der Lage zu sein scheint, Marine Le Pen im ersten Wahlgang zu verhindern und sogar ihre Anwesenheit im zweiten Wahlgang zu verhindern. Sechs Monate vor den Wahlen gibt es jedoch keinen Grund, eine Prognose abzugeben. Zemmour kann sich sehr wohl weiterentwickeln, wie Macron im Jahr 2017, oder plötzlich zusammenbrechen, wie Chevènement im Jahr 2002.

Anfangs wurde Zemmours Kandidatur einerseits von Republikanern unterstützt, die mit Marine Le Pen in der Einwanderungsfrage übereinstimmen, ihre Positionen in sozialen Fragen aber für zu extrem halten, und andererseits von einer ganzen Reihe enttäuschter Mitglieder des Rassemblement National, die ihr vorwerfen, dass sie sich auf die Gefahr hin, ihren Diskurs zu „trivialisieren“, zu sehr engagieren wollte, wobei ihr Hauptziel nicht darin besteht, die Wiederwahl Macrons zu verhindern, sondern „Marine endgültig loszuwerden“. Das Problem ist natürlich, dass es schwierig ist, Leute zu verführen, die sie zu radikal finden, und andere, die sie nicht radikal genug finden...

Ich denke auch, dass es falsch wäre, Marine Le Pen zu schnell zu begraben. Trotz des beklagenswerten Zustands des RN (aber bei einer Präsidentschaftswahl wählt man eine Person, nicht eine Partei) bleibt sie die bevorzugte Kandidatin der Arbeiterklasse. In seinem Bestreben, die RPR „neu zu erfinden“, sagt Zemmour, er wolle die Arbeiterklassen und die „patriotische Bourgeoisie“ versöhnen (oder die Soziologie des Manif pour tous und die der Gilets jaunes zusammenführen), aber im Moment berührt er die Ersteren kaum, die ihn kaum kennen. Er erkannte dies indirekt an, als er am 22. Oktober erklärte, dass „Marine Le Pen nur die Arbeiterklasse für sich hat, sie ist in einer Art Ghetto der Arbeiter und Arbeitslosen eingeschlossen, die durchaus respektable und wichtige Leute sind, aber sie erreicht die CSP+ und die Bourgeoisie nicht“. Zemmour hingegen hat vor allem Erfolg bei den ehemaligen Fillon und Bellamy-Wählern, bei der CSP+ und den Katholiken von Versailles, d.h. bei jenem kleinen und mittleren Bürgertum, das um seine Zukunft und seine Identität fürchtet, weil es um seine kulturelle Unsicherheit besorgt ist, Aber sehr wenig von der wirtschaftlichen Unsicherheit, die im Gegenteil eine der Hauptsorgen eines „peripheren Frankreichs“ ist, das, wie Marine Le Pen sagte, „nicht akzeptieren wird, einer ultraliberalen Vision der Wirtschaft geopfert zu werden“.

Es gibt in der Tat zwei sehr unterschiedliche Arten, sich die Bildung eines neuen historischen Blocks mit hegemonialem Anspruch vorzustellen: die „Union der Rechten“ und das, was Christophe Guilluy oder Jérôme Sainte-Marie (Bloc contre bloc, 2019, Bloc populaire, 2021) den „Volksblock“ nennen. Ersteres basiert auf einer Rechts-Links-Spaltung, die heute nicht mehr viel Sinn macht, letzteres auf einem Klassenverhältnis, das sich mit sinkender Kaufkraft und zunehmender Prekarität immer mehr durchsetzt. Diese beiden Ansichten sind kaum miteinander zu vereinbaren. In einer Zeit, in der alle Institutionen, die früher für Zustimmung sorgten, in eine Systemkrise geraten sind, ist es schwierig, die Forderungen der Arbeiterklasse zu berücksichtigen, die sowohl mit sozialem Elend als auch mit einer unkontrollierbaren Einwanderung konfrontiert ist und die sehr wohl weiß, dass die Frage der nationalen Identität untrennbar mit der sozialen Frage verbunden ist, während man gleichzeitig versucht, den Bossen des CAC 40 Zusagen zu machen.

Warten wir also weitere sechs Monate. Dann werden wir wissen, ob Zemmour etwas anderes erreicht hat als die Wiederwahl Macrons.

Breizh-info.com: Die tyrannische (offiziell sanitäre) Politik der französischen Behörden geht weiter. Die Mehrheit der französischen Bevölkerung scheint kapituliert oder zumindest

akzeptiert zu haben, dass sie einen Strichcode und einen Impfnachweis vorlegen muss, um in der Stadt essen zu gehen, ins Kino zu kommen usw. Beunruhigt Sie die pauschale Unterwerfung einer Bevölkerung?

Alain de Benoist: Sie vergessen, dass mitten im letzten Sommer, zu einer Jahreszeit, in der keine Gewerkschaft es wagte, eine Demonstration zu organisieren, in der jedoch Hunderttausende Franzosen Woche für Woche gegen den Gesundheitspass demonstriert haben. Das gab es noch nie.

Andererseits – ich denke, wir haben bereits darüber gesprochen – ist es klar, dass viele Menschen bereit sind, ihre Freiheiten aufzugeben, wenn sie glauben, dass ihre Sicherheit oder ihre Gesundheit bedroht ist. Angst ist der wichtigste Motor für freiwillige Knechtschaft. Aber was Sie als Unterwerfung interpretieren, kann auch als Widerstandskraft oder Anpassungsfähigkeit interpretiert werden, ohne zu verhindern, dass die Wut hochkocht. Ich persönlich würde die allgemeine Unterwerfung als die Akzeptanz eines kapitalistischen Systems durch die Massen betrachten, das dabei ist, sie ihrer Menschlichkeit zu berauben.

Breizh-info.com: Sie haben vor kurzem das Buch „Surviving disinformation“ veröffentlicht, in dem Sie Ihre Interviews mit Nicolas Gauthier auf der Website „Boulevard Voltaire“ zusammenfassen und wiederholen. Wie können wir in einer offenen Gesellschaft, die jede Sekunde Informationen produziert, richtig informiert werden?

Alain de Benoist: Es gibt natürlich Informationsquellen, die besser sind als andere. Es ist nicht nötig, sie aufzuzählen (Breizh-Info hätte dort natürlich seinen Platz). Wichtig ist jedoch nicht so sehr, wie viele Informationen man aufnimmt, sondern vielmehr, wie man deren Bedeutung einschätzen kann. Die Tragödie besteht darin, dass die heutigen Medien es aufgrund ihrer Struktur zunehmend unmöglich machen, Informationen einzuordnen und vor allem ihren Sinn und ihre Bedeutung zu verstehen. Zu zeigen, dass die Ereignisse, die eine wirkliche historische Bedeutung haben können, nicht unbedingt (und sogar selten) die sind, über die am meisten gesprochen wird, ist genau eines der Ziele dieser Sammlung.

Breizh-info.com: Welcher Unterschied besteht schließlich zwischen dem unzureichend informierten Menschen – also demjenigen, der nur die 8-Uhr-Nachrichten sieht oder nur ein paar Auszüge aus einer regionalen Tageszeitung liest – und demjenigen, der den ganzen Tag mit dem Kopf in den Nachrichten steckt, so dass er sich nicht mehr davon lösen kann?

Alain de Benoist: Letztendlich weder noch. Der eine weiß nicht viel, der andere hat von allem gehört, versteht aber nichts. Ein Übermaß an Information ist vollkommen gleichbedeutend mit dem Fehlen von Information, was auf das Phänomen der Kontraproduktivität zurückzuführen ist, für das Ivan Illich viele weitere Beispiele angeführt hat.

Breizh-info.com: Um auf das Thema Europa und seine Zukunft zu sprechen zu kommen, wie analysieren Sie die immer heftigeren Offensiven der Brüsseler Kommissare gegenüber den Ländern Mitteleuropas, allen voran Polen und Ungarn? Glauben Sie, dass die Europäische Union möglicherweise explodieren oder sich in zwei Teile teilen könnte?

Die Brüsseler Kommission kann nicht ertragen, was sie immer wieder als „Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit“ darstellt. Dies ist nicht verwunderlich, da es sich um einen der Vektoren einer herrschenden Ideologie handelt, die den Rechtsstaat als Mittel zur Unterwerfung der Politik unter die Autorität der Richter und die Volkssouveränität unter die Moral der „Menschenrechte“ betrachtet. Die osteuropäischen Länder ihrerseits haben entdeckt, dass die „freie Welt“, von der sie während der kommunistischen Ära träumten,

umso weniger ein Vorbild ist, als sie auch eine Bedrohung darstellen kann. Polen und Ungarn sind in der von Ihnen erwähnten Kontroverse nicht isoliert, da am 7. Oktober nicht weniger als zwölf Mitgliedstaaten (Österreich, Bulgarien, Zypern, Tschechische Republik, Dänemark, Estland, Griechenland, Ungarn, Litauen, Lettland, Polen und die Slowakei) versucht haben, einen Text zu verabschieden, der die Finanzierung des Baus von Mauern oder Stacheldrahtzäunen an den Außengrenzen der Union durch die Kommission vorsieht. Dieser Antrag wurde natürlich abgelehnt, aber er ist dennoch von Bedeutung.

Die Visegrád-Gruppe könnte als der Beginn eines „anderen Europas“ angesehen werden. Dies ist eine begründete Hoffnung, aber es sollte nicht verschwiegen werden, dass die Länder der Gruppe bei weitem nicht in allen Punkten übereinstimmen. In der Außenpolitik beispielsweise orientiert sich Polen weiterhin blind an den Vereinigten Staaten und bekennt sich zu einer Russophobie, die Ungarn nicht teilt. Es sollte auch nicht vergessen werden, dass Polen in einem Kräftemessen mit der EU viel zu verlieren hat, da es derzeit der größte Empfänger von EU-Geldern ist. Ich glaube nicht an eine Explosion, sondern eher an eine Implosion der EU, die de facto zu einer Verwerfung führen würde.

Breizh-info.com: In Frankreich würden wir uns bei dieser Hypothese wahrscheinlich im westlichen Lager wiederfinden... das heißt, nicht gerade im Lager der Verteidiger eines zivilisierten Europas... Was können wir morgen tun, um die grundlegenden Brücken zu erhalten?

Alain de Benoist: Das Risiko, im „westlichen Lager“ zu stehen, scheint mir im gegenwärtigen Tauziehen zwischen Washington und Peking beträchtlich zu sein, das sehr wohl eines Tages zu einem bewaffneten Konflikt zwischen einer abnehmenden amerikanischen Hypermacht und einer aufstrebenden chinesischen Macht führen könnte, die sich ständig behauptet. Die Vereinigten Staaten sind bereits dabei, eine „westliche Koalition“ gegen China zu bilden, ähnlich derjenigen, die während des Kalten Krieges die Sowjetunion eindämmen wollte. Im Falle eines Krieges wäre es der größte Fehler der Europäer, sich auf die Seite Washingtons zu stellen, anstatt zumindest eine neutrale Haltung einzunehmen. Europa ist nicht dazu berufen, Krieg gegen die Chinesen zu führen!



:beitrag [BREIZH-INFO](https://www.breizh-info.com), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN
MEDIENKOOPERATION

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER
VATERLÄNDER*

10) Marion Maréchal: „Eine große demographische Verschiebung findet statt“

25. 10. 2021



Marion Maréchal - Foto: Visegrád Post / Ferenc Almássy

Marion Maréchal beantwortete Fragen eines neuen konservativen amerikanischen Mediums

Tyszka-Drozdowski: Sie haben vorhin gesagt, dass das größte Problem in der französischen Politik die Unfähigkeit ist, eine „Mehrheitsrealität“ aufzubauen, einen Konsens zu schaffen. Können Sie uns mehr über dieses Problem sagen und was Ihrer Meinung nach getan werden kann, um es zu lösen?

Marion Maréchal: Frankreich leidet unter einer Vielzahl von Spaltungen. Eine wichtige Unterteilung ist die des Territoriums, zwischen Metropolen und Peripherien. (...) **Die zweite Abteilung ist ethnisch.** Macron selbst sagte kürzlich, dass mehr als 10 Millionen Franzosen Familie auf der anderen Seite des Mittelmeers haben. Ich denke, das ist eine konservative Schätzung. Frankreichs Bevölkerung beträgt 60 Millionen. Heute hat ein Drittel der in Frankreich geborenen Kinder mindestens einen Elternteil, der nicht Franzose ist. In dieser Statistik sind also nicht alle Migranten der zweiten oder dritten Generation enthalten. Es findet ein großer demografischer Wandel statt, zu dem noch die religiöse Kluft hinzukommt. Die Einwanderung nach Frankreich erfolgt hauptsächlich aus Afrika und Nordafrika, und zwar hauptsächlich aus dem muslimischen Raum. Historisch gesehen hat es in Frankreich noch nie eine so starke islamische Einwanderung gegeben. Heute gibt es in Frankreich mehr praktizierende Muslime als praktizierende Katholiken. Und es muss offen gesagt werden, dass viele muslimische Glaubensvorstellungen und Bräuche mit der französischen Lebensweise unvereinbar sind (...)

Die Wählerschaft wird durch das Zusammenzählen von Minderheiten gebildet, aber niemand kümmert sich um die Schaffung einer verbindenden Vision, einer Idee von einem gemeinsamen Schicksal. Aus meiner Sicht ist dies die größte politische Herausforderung in Frankreich: einen Konsens, eine gemeinsame Vision zu finden. Ich habe keine vorgefertigten Lösungen. Deshalb funktioniert unsere Demokratie so schlecht, deshalb gibt es so viele Proteste auf der Straße, weil die Demokratie ohne „fait majoritaire“ nicht richtig funktioniert. Wenn dieses Element fehlt, kommt es zu einem Krieg der Minderheiten, und genau das erleben wir gerade. Dieser Krieg wird auch durch den Individualismus angeheizt, der in den westlichen Gesellschaften Einzug gehalten hat. In Frankreich, das sehr entchristlicht ist, hat der Individualismus eine außergewöhnliche Stärke entwickelt.

Tyszka-Drozdowski: *Ist Éric Zemmour Ihrer Meinung nach in der Lage, diese Mehrheit, dieses „Mehrheitsfaktum“ zu schaffen?*

Marion Maréchal : Zemmour spricht im Namen der schweigenden Mehrheit, einer Mehrheit, die zu lange geschwiegen hat. In Frankreich lebt diese schweigende Mehrheit – die meines Erachtens immer noch die Mehrheit ist – in einem Zustand der zivilisatorischen Unruhe. Es hat das Gefühl, dass ihm seine Kultur, sein Land, seine Geschichte genommen wird. Diese Mehrheit bringt dieses Gefühl nicht immer zum Ausdruck, denn es ist eine Emotion, und es ist schwierig, dafür eine politische Form zu finden. Aber ich denke, Zemmour drückt eine Sorge aus, die die meisten Franzosen heute empfinden. Die Überzeugung, dass es zu viel Einwanderung gibt, ist in der gesamten Gesellschaft verbreitet.

Tyszka-Drozdowski: *Ich möchte damit schließen, dass ich Ihnen die gleiche Frage stelle, die Alain Peyrefitte de Gaulle gestellt hat... Wird Frankreich noch existieren?*

Marion Maréchal: Das hoffe ich. Ich will mir die Frage gar nicht stellen. Ich kann nicht akzeptieren, dass es anders ist. Frankreich ist das Land meiner Vorfahren. Ich komme aus der Bretagne und kann mir nicht vorstellen, dass das Land meiner Vorfahren, in dem sie seit tausend Jahren begraben sind, aufgegeben werden könnte. Ich weigere mich, mir diese Frage zu stellen. Ich schöpfe meine Hoffnung aus der Geschichte Frankreichs, Polens und Ungarns. In Frankreich haben wir nie die existenzielle Angst gehabt, zu verschwinden wie die Ungarn oder die Polen. Polen hat Teilungen erlebt, immer unter der Bedrohung einer deutschen oder russischen Hegemonie. Ungarn musste sich den osmanischen Invasionen und der Kolonisierung durch Österreich widersetzen. In unserer Geschichte haben wir diese Angst, die Angst, nicht mehr zu existieren, nie gekannt. Heute beginnen wir es zu spüren, es ist etwas Neues für uns. Sie hat verschiedene Erscheinungsformen, sie ist etwas Neues in unserer Geschichte. Wir haben in der Geschichte große Zusammenbrüche erlebt, wie 1940, die Niederlage von Sedan, die Religionskriege oder die Revolution. Aber wir haben auch große Auferstehungen erlebt. Wie Jeanne d'Arc, die Rätselhafte, wie können wir sie verstehen? Sie war 19 Jahre alt und führte die Befreiung Frankreichs an. Es ist ein Wunder der Geschichte. Wenn dieses historische Wunder nur ein einziges Mal geschah und von einem 19-Jährigen vollbracht wurde, gibt es immer noch Grund zur Hoffnung und zur Annahme, dass diese tausendjährige Nation über verborgene Ressourcen verfügt, die wir nicht vermuten. Ich glaube, dass die Franzosen uns wieder überraschen werden und dass sie genug Vitalität haben, um nicht von der Geschichte begraben zu werden.

Quelle: LaLettrePatriote.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- 11) Éric Zemmour: „Ich bin der einzige in der politischen Arena, der den Ausdruck „Großer Austausch“ verwendet, und 67% der Franzosen stimmen mir zu“

23. 10. 2021



Éric Zemmour · Bildquelle: FDS

„Was mich wirklich beunruhigt, ist, dass Frankreich in tödlicher Gefahr ist. 67% der Franzosen sind der Meinung, dass der große Austausch unser Land bedroht.“ Éric Zemmour#Rouen pic.twitter.com/KI28rSPyNm

„Die Geschichte der Ersetzung der Napoleon-Statue in Rouen zeigt deutlich die Allianz zwischen kultureller Ersetzung und demografischem Austausch. Wir wollen die Franzosen dazu bringen, sich schuldig zu fühlen, und dass sie aus Schuldgefühlen heraus bereit sind, ihre Zivilisation zu opfern.“ Éric Zemmour#Rouen pic.twitter.com/LvpJPiOW8N

„Ich tue das, was alle Kandidaten tun sollten, nämlich mit den Franzosen über Frankreich sprechen. Sie können eine komplexe Argumentation verstehen, die weltweit zur Verbesserung ihrer Situation beiträgt.“ Éric Zemmour#Rouen pic.twitter.com/qlZ9KZPfLe

Quelle: [LesObs](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Marion Maréchal in Warschau: „Der Kampf um Kultur und Bildung ist ein langfristiger Kampf“

18. 10. 2021



Marion Maréchal · Foto: Visegrád Post / Ferenc Almássy

Interview mit Marion Maréchal, einer Persönlichkeit der französischen konservativen Rechten und Direktorin des Instituts für Sozial-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften (ISSEP) in Lyon: „Das Collegium Intermarium und das ISSEP wollten eine kleine Insel des Widerstands schaffen, einen Zufluchtsort, an dem die historische Rolle der Universität wiederbelebt wird, die in erster Linie in der Suche nach der Wahrheit und der Weitergabe von Wissen besteht.“

Marion Maréchal ist eine ehemalige Abgeordnete des Front National, der Partei ihrer Tante Marine Le Pen. Als sie 2012 im Alter von 22 Jahren gewählt wurde, war sie die jüngste Abgeordnete in der Geschichte der Französischen Republik. Sie gilt in Frankreich als wichtige Figur der konservativen Rechten und gründete 2018 in Lyon eine Hochschuleinrichtung mit dem Ziel, die konservativen Eliten von morgen auszubilden, und das in einem Land, in dem das Hochschulwesen sehr links ausgerichtet ist.

Marion Maréchal nahm am 1. Oktober in Warschau an einer Podiumsdiskussion über die Zukunft der Universität im Rahmen einer Konferenz mit dem Titel „Der Platz der Wahrheit im Zeitalter der *Cancel Culture*“ teil. Die Konferenz wurde vom Collegium Intermarium organisiert, einer neuen privaten Universität, [die mit dem Ziel gegründet wurde, die konservativen Eliten Mittel- und Osteuropas auszubilden.](#)

Anlässlich des Besuchs der ISSEP-Direktorin in Polen auf Einladung des Collegium Intermarium unterzeichneten die beiden Hochschuleinrichtungen [ein Partnerschaftsabkommen](#) über die Veröffentlichung von Gutachten, die Organisation von Veranstaltungen und den Austausch von Studierenden.

Das Interview der Visegrád Post mit Marion Maréchal fand am 1. Oktober in Warschau statt.



Von links nach rechts: Jerzy Kwaśniewski, Rechtsanwalt, Vorsitzender von Ordo Iuris, Christian Machek, Philosoph, Mitglied des Instituts Renovatio und Lehrer am Internationalen Seminar St. Peter in Wigratzbad, Gladden Pappin, Politikwissenschaftler an der Universität Dallas, Marion Maréchal, Direktorin des ISSEP, Grégor Puppinck, Präsident des Europäischen Zentrums für Recht und Gerechtigkeit (ECLJ), Marion Smith, Präsidentin der Common Sense Society – *Bild: Olivier Bault*

Olivier Bault: *Sie sagen, dass das Institut für Sozial-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften (ISSEP), das Sie in Lyon gegründet haben und leiten, ein Pol des intellektuellen Widerstands ist, an dem die Meinungsfreiheit gelebt wird. Dies ist sehr ähnlich wie der Anspruch des Collegium Intermarium, der neuen mitteleuropäischen Universität in Polen, an deren Eröffnungskonferenz zum ersten akademischen Jahr Sie teilgenommen haben.*

Kann man sagen, dass das ISSEP und das Collegium Intermarium zwei Inseln der intellektuellen Freiheit in Gesellschaften sind, die in Richtung Totalitarismus driften?

Marion Maréchal: Ja, das kann man sagen, und das erklärte Ziel unserer beiden Schulen ist es, eine Antwort und eine Alternative zu einem Phänomen zu sein, das sich leider immer mehr in der Universitätswelt durchsetzt, sei es in Polen oder in Frankreich. Dies äußert sich

zum einen in einer intellektuellen Homogenität, genauer gesagt in einem intellektuellen Konformismus, und zum anderen in einem Sektierertum, das manchmal an intellektuellen Terrorismus grenzt. In der Tat vergeht in Frankreich kaum eine Woche ohne eine Kontroverse über die Bedrohung, Ausgrenzung oder Ächtung von Lehrkräften, über die Störung oder gar Absage von Konferenzen oder über Studentenverbände, die Druck auf die Universitäten ausüben, um eine oft sehr radikale und militante Agenda durchzusetzen. Wir erleben, dass viele Institutionen – glücklicherweise nicht alle – zu eifrigen Vermittlern verschiedener Ideologien werden. Ich denke dabei insbesondere an LGBT, Neofeminismus, *Cancel Culture*, Wokismus und – in Frankreich – Immigrationismus. Manchmal, wie an der Sciences Po und der Sorbonne, werden sogar Studiengänge eingerichtet, die sich diesen Ideologien widmen, insbesondere im Bereich der Gender Studien.

Es gibt eine regelrechte Geiselnahme von Schülern, die sich meist nicht einmal trauen, einen Widerspruch zu äußern, weil sie im besten Fall kritisiert und im schlimmsten Fall bedroht werden könnten. So wurde beispielsweise an der Universität Lumières Lyon 2 ein Student der Politikwissenschaften, der in den sozialen Netzwerken die politische Korrektheit und die völlige Abwesenheit von Widerspruch und Meinungsverschiedenheiten in seinen Kursen angeprangert hatte, beleidigt und körperlich bedroht, ohne dass die Leitung jemals Stellung bezogen oder sich auf seine Seite gestellt hätte.

Ich denke, dass das Collegium Intermarium und das ISSEP angesichts dessen und angesichts des Rückgangs des Niveaus – denn beides geht leider Hand in Hand – eine kleine Insel des Widerstands schaffen wollten, ein Refugium, in dem die historische Rolle der Universität, die in erster Linie in der Suche nach der Wahrheit und der Weitergabe von Wissen besteht, wiederbelebt werden sollte.

Olivier Bault: *In Polen hat das Collegium Intermarium eine private Finanzierung für seine Gründung erhalten, es hat die Unterstützung des [Instituts für Rechtskultur Ordo Juris](#), einer in diesem Land sehr bekannten und sehr aktiven Vereinigung von Anwälten und Juristen mit konservativer Einstellung, es hat zumindest die moralische, wenn auch im Moment keine finanzielle Unterstützung der Regierung, und es werden sogar mehrere Staatssekretäre bei der heutigen Eröffnungskonferenz anwesend sein, von denen einer dem Ministerium für Bildung und Hochschulwesen angehört. In Frankreich hingegen scheint das ISSEP von den öffentlichen Behörden und der Hochschulwelt eher geächtet zu sein...*

Marion Maréchal: Der erste bemerkenswerte Unterschied zwischen unseren beiden Ländern ist, dass die Konservativen in Frankreich nicht an der Macht sind. Ich kann mir vorstellen, dass die polnische Regierung diese Art von Initiative wohlwollend betrachtet. Dies wäre umso logischer, als der derzeitige polnische Bildungsminister ursprünglich an diesem Projekt teilnehmen sollte, bevor er in die Regierung Morawiecki berufen wurde. Ich stelle mir also vor, dass es eine gewisse Synergie gibt, die ich ihnen wünsche.

In unserem Fall, um es einfach auszudrücken, sind es die Liberal-Progressisten, die an der Macht sind. Unsere Schule wird von den Linken und der derzeitigen Regierung offensichtlich nicht wohlwollend betrachtet. Wir haben keine öffentlichen Zuschüsse, aber nach vier Jahren unseres Bestehens umfasst unser Lehrkörper etwa fünfzig Personen, von denen eine beträchtliche Anzahl an der öffentlichen Universität unterrichtet und sich nicht scheut, zu behaupten, dass sie auch am ISSEP tätig sind, was zeigt, dass sich die Dinge ein wenig bewegen. Da wir sowohl in Politikwissenschaft als auch in Management ausbilden, gehören zu unseren Lehrkräften auch Unternehmensleiter, Journalisten, hohe Beamte, Offiziere, Juristen und nicht zuletzt die Mitarbeiter des Centre d'analyse et de prospective, daa unser Forschungszentrum und die Quelle unserer Veröffentlichungen ist.

Unsere Studenten machen Fortschritte und wir erlangen allmählich akademische Glaubwürdigkeit. Am Anfang war es für uns sicherlich komplizierter, aber heute stelle ich fest, dass unsere Studenten alle eine Praktikumsstelle finden, manchmal sogar in großen französischen Unternehmen, und dass sie alle ohne nennenswerte Schwierigkeiten beruflich integriert werden konnten. Um das ISSEP herum gibt es ein ganzes Ökosystem von Verbänden, Unternehmen und lokalen Behörden, die ebenfalls Unterstützung leisten und als vorrangige Aufnahmestellen fungieren. Mit dieser Netzwerklogik haben wir die Schwierigkeiten, die wir hätten haben können, da wir nicht von den Behörden vor Ort nicht unterstützt werden, weitgehend kompensiert, und wir bilden nun jedes Jahr etwa hundert Studenten aus, davon etwa dreißig im Masterstudiengang und etwa siebzig im Rahmen der Weiterbildung.

Olivier Bault: *Sie haben eine Schule in Spanien gegründet. Können Sie uns ein paar Worte zu Ihrem spanischen Projekt sagen? Warum haben Sie sich für Spanien entschieden?*

Marion Maréchal: Letztes Jahr haben wir eine spanische Niederlassung eröffnet, die sehr gut funktioniert, mit Programmen, die an Spanien angepasst sind, in spanischer Sprache, mit spanischen Lehrern und einem spanischen Team. Wir haben den Wunsch, mit dem ISSEP international tätig zu werden. Anfangs träumte ich davon, in der „Lateinischen Allianz“ erfolgreich zu sein und mich zunächst in Italien, Spanien und vielleicht sogar Portugal niederzulassen. Zufällig kam ein spanisches Team zu uns, ein recht junges Team, zwischen 30 und 40 Jahre alt, einige von ihnen hatten in der Politik gearbeitet, ohne gewählt worden zu sein, andere waren Unternehmer – ein bisschen wie wir bei dem ISSEP, und sie erklärten uns, dass sie das ISSEP-Modell in Spanien gerne übernehmen möchten. Heute arbeitet diese spanische Einrichtung autonom, aber wir haben eine gemeinsame Markenidentität und eine gemeinsame pädagogische Charta sowie administrative Verbindungen.

Olivier Bault: *Ich denke, dass die Universität in Spanien und Frankreich unter den gleichen Problemen leidet...*

Marion Maréchal: Ja, aber dem ISSEP in Madrid ist es gelungen, sofort einige große Persönlichkeiten an Bord zu holen, darunter ehemalige Minister, die sich dem Projekt angeschlossen haben, und sogar, in einer lustigen Wendung, den Präsidenten des Fußballverbands, der sich an dem Projekt beteiligt hat. Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass sie sofort sehr erfolgreich waren, weil sie einige große Namen ins Spiel brachten. Es ist bezeichnend, dass es in Spanien, obwohl das Land von der Linken regiert wird, eine große Dynamik in konservativen Kreisen gibt, die zusammenhalten. In Frankreich ist dies weniger der Fall.

Olivier Bault: *Haben Sie, bevor Sie vom Collegium Intermarium hörten, gedacht, dass auch Polen eine Insel des intellektuellen Widerstands im Hochschulbereich braucht? Überrascht Sie das?*

Marion Maréchal: Nein, das überrascht mich nicht so sehr, denn wir wissen, dass selbst in Ländern, in denen die Konservativen an der Macht sind, das Bildungswesen im Allgemeinen und die Hochschulbildung im Besonderen eine Domäne der Linken bleiben. Der Kulturkampf wurde lange Zeit verloren. In unserem Land waren es früher die Trotzkiten, die das Sagen hatten, aber jetzt ist es überall eine Form des Neomarxismus, denn der Klassenkampf wurde durch den Kampf der Rassen oder den Kampf der Geschlechter ersetzt. Das Wesen der Herrschenden und der Beherrschten hat sich verändert, aber die Dialektik, die Argumentation und in gewisser Hinsicht auch die Methoden sind dieselben geblieben: Es wird nicht debattiert, sondern guillotiniert.

Angesichts dieser neomarxistischen Linken zeigt die junge Generation der Konservativen – das Team des Collegium Intermarium ist ebenfalls jung, es besteht aus 30- oder 40-Jährigen, wie es auch beim ISSEP der Fall ist – den Wunsch, zusammenzuarbeiten, indem wir über unsere möglichen Unterschiede hinausgehen, um in einer Logik der Verbindungen, der Vernetzung, der gegenseitigen Nutzung von Kräften und Erfahrungen zu sein. Es ist sehr interessant, weil es neu ist und wächst. Als ich auf dem CPAC, dem großen Treffen der amerikanischen Konservativen, war, war ich von der Netzwerklogik dieser Kreise jenseits des Atlantiks in all ihrer Vielfalt beeindruckt. Sie haben diese Logik der Solidarität und diesen Wunsch, in Rudeln zu jagen, wie es die Linke sehr oft tut. In Frankreich gibt es diese Kultur überhaupt nicht, aber ich habe den Eindruck, dass dies in anderen europäischen Ländern weniger der Fall ist.

Olivier Bault: *Planen Sie nach diesem ersten Besuch, den Austausch mit dem Collegium Intermarium weiter auszubauen?*

Marion Maréchal: Das ist natürlich das Ziel, und ich hoffe, dass es auch so sein wird, wie beim Mathias Corvinus Collegium (MCC), dieser großen Schule, die in Ungarn eine Ausbildung mit vielen internationalen Austauschen anbietet. Ich habe sie letzte Woche gesehen, als ich auf dem [4. Demographie-Gipfel](#) in Budapest war. Auch das Collegium Intermarium kennt sie gut. Die Idee ist, Kolloquien und gemeinsame Studien mit Veröffentlichungen in mehreren Sprachen zu veranstalten, Lehrkräfte auszutauschen und auf lange Sicht den Austausch von Studenten während bestimmter Zeiträume zu ermöglichen.

Olivier Bault: *Sie arbeiten immer noch mit einer Hochschuleinrichtung im russischen St. Petersburg zusammen, glaube ich.*

Marion Maréchal: Wir haben in der Tat eine Partnerschaft mit der Universität St. Petersburg und insbesondere mit ihrer politikwissenschaftlichen Fakultät geschlossen, auch wenn die Covid-Pandemie alles für eine Weile zum Erliegen brachte. Wir haben auch eine Partnerschaft mit einer großen privaten Universität im Libanon, in Kaslik. Es ist die USEK, die Heilig-Geist-Universität von Kaslik [*Université Saint-Esprit de Kaslik*]. Diese Art von Partnerschaft ist immer eine große Bereicherung für die Schüler und auch für uns. In einem Umfeld, das in der Tat globalisiert ist, müssen wir auch wissen, wie wir uns der Außenwelt öffnen können, was unser Ziel ist.

Olivier Bault: *Letzte Woche haben Sie auf dem Demographie-Gipfel in Budapest gesprochen und Viktor Orbán getroffen. Was haben Sie bei Ihrem Austausch erfahren? Was haben Sie ihm gesagt und was hat er Ihnen gesagt?*

Marion Maréchal: Es war eine sehr interessante Sitzung, die für 30 Minuten angesetzt war und anderthalb Stunden dauerte. Wir haben zunächst über die Situation bei den Wahlen in Frankreich und Ungarn gesprochen und dann über die Geopolitik. Ich für meinen Teil habe mit ihm über die Türkei, Russland, Deutschland... gesprochen. Ich war beeindruckt von seiner Erfahrung – man spürt, dass er seine Themen beherrscht – und ich war auch beeindruckt von dem ungarischen Pragmatismus. Wir haben es keineswegs mit Ideologen zu tun, die prinzipielle Positionen vertreten. Sie sind im Rahmen der internationalen Beziehungen sehr pragmatisch, ohne in irgendeiner Weise dumm zu sein. Ich habe mich sehr in den Kommentaren wiedergefunden, die abgegeben wurden. Viktor Orbán wollte auch wissen, was die Franzosen von Deutschland hielten, und ich denke, wir waren einer Meinung, dass die Deutschen für uns Verbündete waren, dass wir aber kein deutsches Europa wollten, und dass Frankreich, indem es sich dem Trugbild des deutsch-französischen Paares hingab, zu diesem deutschen Europa beitrug, dass es seine

Interessen nicht wirksam verteidigte und dass es sich vor allem anderer wichtiger Bündnisse innerhalb der Europäischen Union beraubte. Bündnisse zur Verteidigung einer europäischen Alternative, die auch ein Europa der Zivilisation wäre. In dieser Hinsicht sollten die Länder Mitteleuropas privilegierte Verbündete sein.

Olivier Bault: *Im fortschrittlichen, liberalen Europa von heute „geht also die Sonne im Osten auf“?*

Marion Maréchal: Ich glaube, dass es überall noch ein wenig Widerstand gibt. Innerhalb der Europäischen Union gibt es verschiedene Frakturen. Es gibt wirtschaftliche, aber auch geopolitische Gräben, denn nicht jeder hat die gleiche Vision von Europa. Die einen wollen ein souveränes und unabhängiges Europa, wie es in Frankreich schon immer der Fall war. Andere sehen Europa als eine transatlantische Teilmenge. Und es gibt immer noch eine zivilisatorische Kluft. Die einen sehen Europa als eine Art multikulturellen Bahnhof ohne Grenzen, die anderen als ein zivilisatorisches Ganzes, das es zu schützen und zu entwickeln gilt. In ganz Europa gibt es Verbündete auf allen drei Ebenen. Auf wirtschaftlicher Ebene haben wir in Frankreich Verbündete im Süden, die wie Frankreich die ersten Opfer der totalen Öffnung der wirtschaftlichen Grenzen sind, insbesondere mit Entwicklungs- und Schwellenländern oder Mächten wie China. Wir Konservativen haben natürlich zivilisatorische Verbündete in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Wir haben sicherlich weniger Verbündete, wenn es um Europa als Macht geht, aber in dieser Hinsicht leistet auch Deutschland seinen Beitrag, nachdem es bei einer Reihe von Themen, insbesondere bei der Gaspipeline Nord Stream 2, ernüchtert wurde. Ich denke, dass Frankreich in der Lage sein muss, seine eigene Stimme zu erheben, indem es weiß, wie es seine Interessen verteidigt und mit all jenen zusammenarbeitet, die seine Visionen zu diesen verschiedenen Themen teilen.

Olivier Bault: *Glauben Sie, dass Polen angesichts des Aufstiegs dieser von den USA ausgehenden Woke-Ideologie in Westeuropa eine wichtige Rolle spielen muss?*

Marion Maréchal: Ja, das ist unbestreitbar, und ich glaube, dass dies der Wunsch der Polen ist. Ich bin sehr froh, dass es Länder gibt, die es schaffen, sich in dieser Hinsicht gegen Brüssel zu behaupten. Brüssel geht weit über die Verträge hinaus. In den europäischen Verträgen war von Anfang an nicht vorgesehen, dass sich die EU mit „gesellschaftlichen“ Fragen befassen würde. Jetzt können wir sehen, dass eine echte ideologische Dampfwalze aufgebaut wird. Es ist ein Glück, dass sich einige Länder dagegen wehren und sich nicht einschüchtern lassen, und wir sollten ihnen dankbar sein, denn im Moment sind es leider nicht die westlichen Länder, die diesen Kampf führen.

Olivier Bault: *Glauben Sie, dass auch der katholische Glaube vieler Polen eine Rolle spielt? Leiden die westeuropäischen Länder, darunter auch Frankreich, nicht vor allem darunter, dass sie ihren Glauben an Gott verloren haben und sich geschwächt, ohne feste Bezugspunkte und mit schwankenden Werten angesichts des Anstiegs individueller und gemeinschaftlicher Ansprüche wiederfinden? Ich denke da zum Beispiel an das kürzlich in Frankreich verabschiedete Bioethikgesetz, das einen sehr schlechten Namen trägt...*

Marion Maréchal: Ich denke, dass der Widerstand der Polen mit vielen Dingen zusammenhängt, und der Katholizismus ist in der Tat ein wichtiger spiritueller Kitt, der ein integraler Bestandteil ihrer Identität und ihrer Besonderheit ist, weil sie ein katholisches Land waren, das an orthodoxe Länder angrenzte. Wie Frankreich ist auch Polen ein tausendjähriges Land. In unserem Land herrschte Hugo Capet im 10. Jahrhundert, und um diese Zeit wurde in etwa Polen geboren. Es handelt sich also um ein Land mit echtem Tiefgang, das, wie Frankreich, Abstürze und Aufschwünge erlebt hat. Es ist ein Land, das

mal zerschlagen wurde und viele Invasionen erlebt hat und sich daher in gewisser Weise seiner Zerbrechlichkeit bewusst ist. Es ist ein Land, das weiß, dass es sterben kann und dass es immer kämpfen muss, um sein Überleben und seine Integrität zu verteidigen, was Frankreich vielleicht weniger bewusst ist. Frankreich hat mehr Invasionen durchgeführt, als es bedroht wurde, selbst wenn es auch auf seinem Territorium angegriffen wurde. Frankreich wurde nicht wie Polen geteilt. Ich glaube, dass all dies dazu beiträgt, den polnischen Standpunkt in der Europäischen Union mit mehr Nachdruck zu vertreten.

Olivier Bault: *Sie haben das ISSEP mit einer langfristigen Perspektive gegründet. In Budapest haben Sie jedoch Ihre Befürchtungen über die Masseneinwanderung und die Islamisierung Frankreichs zum Ausdruck gebracht. Befürchten Sie nicht, dass es für Frankreich bereits zu spät sei, bevor Ihre Schule einen positiven Einfluss auf die Zusammensetzung und den Zustand der französischen Elite haben könnte?*

Marion Maréchal: Es liegt auf der Hand, dass der Kampf um Kultur und Bildung ein langfristiger ist. Wir befinden uns da nicht unmittelbar im Fokus der Medien. Das ist der Grund, warum sich viele Menschen davon abwenden: Sie wollen sofort Ergebnisse erzielen. Ich halte das für einen Fehler. Die Geschichte wird von den aktiven Minderheiten geschrieben. Deshalb muss diese Minderheit geschult werden. Es ist nie zu spät, es zu versuchen. Die Philosophin Simone Weil sagte, dass die Entwurzelung alles zerstört, außer dem Bedürfnis nach Wurzeln. Schulen wie die unsere reagieren auf dieses Bedürfnis nach Verwurzelung. Und da wir auf einen Bedarf reagieren, denke ich, dass wir sehr schnell wachsen werden. In dieser Hinsicht bin ich recht optimistisch, auch wenn wir uns noch in einer Phase befinden, in der wir die Saat ausbringen. In ein paar Jahren werden wir die Früchte sehen.

Olivier Bault: *Sie haben 2019 vor dem Konvent der Rechten gesagt: „Ich befinde mich jetzt in einem Bildungs- und Kulturkampf. Mein Universum ist dasjenige der Ideen und nicht mehr dasjenige der Wahlurnen“. Doch in konservativen französischen Kreisen sehen manche in Ihnen eine mögliche Jeanne d’Arc. Schließen Sie aus, eines Tages in die Politik zurückzukehren?*

Marion Maréchal: Mich als mögliche Jeanne d’Arc zu sehen, gereicht mir zur Ehre. Allerdings habe ich eine Rückkehr in die Politik nie ausgeschlossen, und ich habe immer gesagt, dass ich mir es nicht verwehre, dies zu tun. Um ehrlich zu sein, denke ich, dass ich zur Politik zurückkehren werde, weil ich sie mag und sie mich antreibt. Aber ich will es nicht überstürzen. Ich möchte mir die Zeit und die Wahl des richtigen Zeitpunkts lassen. Politik ist eine radikale Entscheidung. Das wird dann bedeuten, dass ich eine Pause vom ISSEP einlegen muss. Aber dieses Projekt liegt mir nun sehr am Herzen und ich halte es für sehr wichtig. Deshalb möchte ich diese Entscheidung erst dann treffen, wenn ich sicher bin, dass alles vorhanden ist, damit diese Schule auch ohne mich leben und sich entwickeln kann, auch wenn ich nur ein Teil eines großen Teams bin. Ich habe also keinen genauen Plan, aber ich werde mich natürlich nicht davon abhalten, irgendetwas zu tun.



Olivier Bault

Olivier Bault ist Franzose und lebt seit dem Anfang der 1990er Jahre in Polen; er ist der Korrespondent in Polen für die Visegrád Post und die französische Tageszeitung Présent. Als freiberuflicher Journalist, der das Geschehen in Polen und Europa aufmerksam verfolgt, veröffentlicht er auch auf Polnisch in der polnischen Wochenzeitung Do Rzeczy und auf Englisch auf dem Portal Remix News.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Großbritannien (Seiten 341 bis 343)

01) Nigel Farage: Meine Botschaft an Prinz Charles (Video)

13. 10. 2021



Extinction Rebellion in London · Bildquelle: LesObs

Prinz Charles hat gegenüber den Medien erklärt, dass er die Frustration der Extinction Rebellion (XR) versteht, die immer noch die Hauptverkehrsstraßen Londons blockieren und nicht einmal Krankenwagen durchlassen wollen.

Farage entgegnet, diese „Rebellen“ seien einfach Terroristen und gehörten ins Gefängnis.

https://www.youtube.com/watch?v=CUGGIkSspzE&feature=emb_imp_woyt

My message to Prince Charles...

112.527 Aufrufe

12.10.2021

8246

178

Teilen

Speichern

[Nigel Farage](#)

273.000 Abonnenten

This is what I have to say to Prince Charles today...

2.009 Kommentare

Übersetzung:

Sprecher: Nigel, schön dich zu sehen.

Nigel Farage: Guten Abend, ja, schön, hier zu sein.

Sprecher: Sehr schön. Ich habe in Ihrem Programm und in vielen anderen ständig Diskussionen über das Thema „Isoliertes Großbritannien“ gehört. Ist das wie die Leute von Extinction Rebellion oder ist das ein Angebot einer Splittergruppe, die noch extremer ist? Worum geht es hier? Und weil es unweigerlich ein isoliertes Australien geben wird, wollen wir heute Abend alle Zuseher unterrichten.

Nigel Farage: Ja, es gibt Abspaltungen von Extinction Rebellion. Der Typ, der Extinction ins Leben gerufen hat, hat auch „Isoliertes Großbritannien“ gegründet, die wollen, dass wir unsere Dächer und Häuser isolieren, damit wir weniger Energie verbrauchen, und ihre Taktik ist es, den Verkehr auf den Hauptverkehrsstraßen dieses Landes anzuhalten, in vielen Fällen kleben sie sich selbst an die Straßen. Nach einer gewissen Zeit kommt die Polizei, löst die Verklebten und nimmt sie mit. Sie werden kurz auf eine Polizeistation gebracht. Dann werden sie wieder freigelassen. So sehr, dass eine Person innerhalb von 10 Tagen fünfmal verhaftet wurde. Und das auf einigen der meistbefahrenen Straßen Großbritanniens. Sie haben Unfälle verursacht. Sie haben Krankenwagen daran gehindert, ein Krankenhaus zu erreichen. Ihr Anführer und ein Mister Hallam sagten, dass sie selbst dann, wenn es sich um einen Notfall handelte und ein Krankenwagen zu einem Krankenhaus fahren müsste, ihm den Weg versperren würden. Aus diesem Grund würde ich mir das Gesetz ansehen, und ich denke, dass dies tatsächlich als terroristischer Akt zu werten ist. Eine Handlung, die dazu führen kann, dass jemand anderes sein Leben verliert, ist ein terroristischer Akt. Sie drohen jetzt damit, die COP26 zu stören, was natürlich in wenigen Wochen tatsächlich stattfinden wird. Und sie sind wirklich völlig durchgeknallte Alarmisten. Und das Deprimierendste daran ist, dass sie einen neuen Verfechter gefunden haben, jemanden, der mit ihrer Sichtweise sympathisiert. Und leider ist es der Thronfolger, Prinz Charles, der ihre Frustrationen versteht. Nun, ich muss Ihnen sagen, dass die große Mehrheit der Öffentlichkeit das nicht tut. Wir sind absolut wütend auf sie. Sie halten Menschen davon ab, zur Arbeit zu gehen, sie halten Menschen davon ab, zu Beerdigungen zu gehen, sie halten Menschen davon ab, ins Krankenhaus zu gehen, Flüge zu nehmen und all das andere. Wir müssen gegen diese Leute vorgehen und sie ins Gefängnis stecken. So einfach ist das.

Sprecher: Hier ist ein Teil von dem, was Nigel über Krankenwagen gesagt hat, die von diesen Verrückten angehalten werden. Schauen Sie sich das an.

Nigel Farage: Das können wir nicht. Ich schon. Wie können Sie so egoistisch sein? Ich mache diesen Job, meine Mutter ist 81.

Sprecher: Ein Punkt, der erschreckend ist, dass angeblich Menschen, die sich kümmern, die irgendwie suggerieren wollen, dass ihr Mitgefühl auf Steroiden ist, aber sie rühren sich buchstäblich nicht um das Leben einer Frau, die vielleicht völlig mit ihnen übereinstimmt, auf dem Rücksitz des Krankenwagens.

Nigel Farage: Ja, ihnen ist alles egal, ich meine, ich meine, das ist eine Folge eines Bildungssystems, das seit ein paar Jahrzehnten ebenso wie die Mainstream-Medien diesen Alarmismus verbreitet haben. Die Idee, dass wir alle sehr bald sterben werden, dass wir im Saloon der letzten Chance trinken, dass, wenn wir nicht sofort handeln, unsere Autos aufgeben und alle in Höhlen leben, Milliarden von der Erde ausgelöscht werden, Milliarden

sterben werden, das war die Idee, die die Vereinten Nationen zum ersten Mal in den Neunzehnhundertachtzigern geäußert haben. Und das ist die Panikmache, die sich verbreitet hat. Und natürlich sehen wir ein Teenager-Mädchen aus Schweden, Greta, die vor Staatsoberhäuptern in der ganzen Welt auftritt. Ein Mädchen, das sehr beunruhigt und aufgewühlt aussieht. Und das ist eine Folge der einseitigen Propaganda. Es ist eine Folge davon, dass es keine richtige Debatte über diese Themen gibt. Wissen Sie, wenn wir siebeneinhalb Milliarden Menschen auf der Erde haben, haben wir da Auswirkungen auf unsere Umwelt. Ganz natürlich. Aber gibt es noch andere Faktoren wie die Sonnenfleckenaktivität oder die vulkanische Aktivität? Wir brauchen eine rationalere, vernünftiger, ausgewogenere Debatte anstelle der Ironie, die Großbritannien isoliert. Nun, das ist nur das, was sie tun sollten. Geht nach Peking und protestiert dort; Peking ist bei weitem der größte Umweltverschmutzer und der größte Kohlendioxidproduzent der Welt. Wissen Sie, dieses Land produziert nur ein Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen, also ist die ganze Sache lächerlich. Und ich habe genug davon, denn ich war bei einem dieser Proteste dabei. Ich saß etwa eineinhalb Stunden hinter einer dieser Demonstrationen auf der Straße fest. Und ich glaube, ich kann für die große Mehrheit sprechen. Wir haben genug von diesem egoistischen, dummen Verhalten.

Quelle: [Youtube](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Dänemark (Seiten 344 bis 346)

02) Andrea Haugen und David Amess: Opfer des Islamismus und die Mitschuld der politischen Korrektheit

Von José Papparelli

19. 10. 2021



Andrea Haugen & David Amess · Bildquelle: *El Correo de España*

In der Nacht zum 13. Oktober tötete ein mit Pfeil und Bogen bewaffneter Mann in Kongsberg, Norwegen, fünf Menschen und verletzte drei weitere. Espen Andersen Bråthen, der Mörder, ist ein 37-jähriger zum Islam konvertierter Däne. In einem Video ist er zu sehen, wie er bedrohlich seinen Glauben predigt und warnt: „Ich bin ein Bote. Ich bin mit einer Warnung gekommen: Ist es wirklich das, was Sie wollen? (...) Ihr seid Zeugen, dass ich ein Muslim bin“. Dies macht ihn zu einem islamistischen Terroristen und seine Tat zu einem dschihadistischen Anschlag. Offensichtlich handelte es sich nicht um die Tat einer kranken Person, die „möglicherweise psychische Probleme hat“, wie es in solchen Fällen von den Medien immer wieder behauptet wird und dem Auftrag der politischen Korrektheit entspricht.

Unter den fünf Opfern war auch eine Frau, die talentierte Künstlerin, Neofolk-Musikerin mit Gothic- und Metallic-Allüren und Forscherin der nordischen heidnischen Kultur, Andrea Haugen, auch bekannt als die „Nebelhexe“.

Zwei Tage nach dem Anschlag in Norwegen, am Freitag, den 15. Oktober, erstach Ali Harbi Ali, 25, ein Somalier mit britischer Staatsbürgerschaft, den 69-jährigen britischen Abgeordneten David Amess. Die spanische Tageszeitung *La Vanguardia* veröffentlichte die Nachricht auf ihrem Twitter-Account: „David Amess, der heute bei einer politischen Veranstaltung erstochen wurde, war ein konservativer Euroskeptiker, Katholik, Abtreibungsgegner und Aktivist für die Rechte von Lesben, Schwulen und Bisexuellen, ein Befürworter der Todesstrafe und in sozialen Fragen sehr weit rechts stehend. Nichts berichtet wurde über die Motive, die Herkunft oder die Religion des Mörders.“



La Vanguardia 
@LaVanguardia

...

David Amess, asesinado hoy apuñalado en un acto político, era un conservador euroescéptico, católico, antiabortista y contra los derechos lgbti, partidario de la pena de muerte y muy a la derecha en temas sociales

Escribe [@rramos561](#) , corresponsal



lavanguardia.com

Un veterano político conservador, euroescéptico y católico

Sir David Amess (1952-2021), el diputado británico asesinado ayer mientras atendía a los votantes de su circunscripción en la localidad de Leigh-on-Sea, er...

Die Presse, einst die vierte Gewalt, dient heute der absoluten Macht der globalistischen Ziele des Einzeldiskurses. Diese beschämende Episode im Umgang mit den Nachrichten ist ein weiteres Beispiel für die unmoralische Ersetzung journalistischer Informationen durch ideologische Propaganda im Dienste der Feinde des Westens.

Innerhalb weniger Stunden treffen im Herzen Europas ein britischer Somalier, der eingebürgert wurde, und ein norwegischer Konvertit zum Islam in ihrem Hass auf die Werte der westlichen Zivilisation aufeinander, die das Erbe des griechischen Denkens, des römischen Rechts und des Glaubens im Heiligen Land ist. Vier Frauen und zwei Männer, darunter ein konservativer Politiker und ein skandinavischer Volkskünstler, sind ihnen zum Opfer gefallen. Ihre Henker, islamische Terroristen, ein Mann europäischer und einer afrikanischer Herkunft, sind vereint durch die totalitäre und theokratische Ideologie ihrer Religion. Dies fasst das aktuelle Problem Europas zusammen: der Zusammenbruch seiner Grenzen, der den Weg für den Vormarsch seiner säkularen ausländischen Feinde ebnet, und der Zusammenbruch seiner Werte, der sich in geistigem Selbstmord manifestiert, indem er eine Theologie und Ideologie akzeptiert, die mit der jahrtausendealten Kultur Europas unvereinbar ist.

In Europa findet ein deutlicher bevölkerungsmäßiger, kultureller, religiöser, ethischer und moralischer Austausch statt. Die Ermordung von Andrea Haugen und David Amess fasst mit all ihren beunruhigenden Nuancen eine der Zielscheiben zusammen, die vom Islamismus und seinen westlichen Verbündeten beseitigt werden sollen: eine Künstlerin, die wegen ihrer heidnischen Orientierung unbequem ist, und ein Mann, der verachtenswert ist, weil er katholisch und konservativ ist. Sie waren Europa, doch Europa schläft den Schlaf der Gerechten, während es unter dem tödlichen Ansturm derer leidet, die es hassen. Mögen die Opfer in Frieden ruhen.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Schweden (Seiten 347 bis 348)

03) Hysterisches Gekreische der Greta-Jugend vor und während Thunbergs peinlichem Gesangsauftritt

18. 10. 2021



Bild: screenshot YouTube

[KUNGSTRÄDGÅRDEN](#)

Greta Thunberg Dance Off | Fridays for Future | Never Gonna Give You Up -Singing
Climate Live 2021 ♡

<https://www.youtube.com/watch?v=O181yqgRWGc>

385.240 Aufrufe
16.10.2021

Nachdem es aufgrund der Corona-Krise um Greta Thunberg relativ ruhig geworden ist, startet die Jungmillionärin mit peinlichen Gesangsauftritten neu durch.

Wie die Zeitung Aftonbladet mitteilte, „singt und tanzt Greta Thunberg während Climate Live!“ („Här bryter Greta Thunberg ut i sång och dans under Climate Live!“) Obwohl der Auftritt an Peinlichkeit nicht zu überbieten ist, löste das Gekrächze der Weltenretterin bei der anwesenden Greta-Jugend hysterisches Gekreische und grenzenlosen Jubel aus.

Seite 348 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

Hier das Video der Gesangseinlage vor der offensichtlich völlig gehirngewaschenen Greta-Glaubensgemeinschaft:

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER



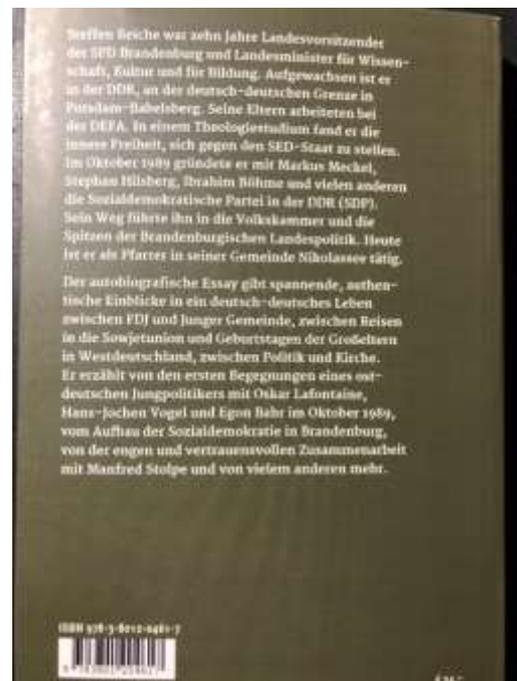
Steffen Reiche

Liebe Freunde und Freundinnen, ich habe gerade die Petition "Freiheit für alle politischen Gefangenen in Belarus!" unterzeichnet und möchte Dich fragen, ob auch Du Dich hinter dieses Anliegen stellen kannst. Dieses Anliegen bedeutet mir viel! Je mehr Unterstützung wir für diese Kampagne mobilisieren können, desto grösser sind unsere Chancen, die Kampagne zu gewinnen. Mehr über die Kampagne lesen und die Petition unterzeichnen:

https://act.campax.org/petitions/freilassung-aller-politischer-gefangenen-in-belarus?share=28716014-b5ba-45a3-ba6b-1fab6e0d6390&source=email-share-button&utm_medium=&utm_source=email

Pfarrer Steffen Reiche nimmt Sie gerne in seinen „Predigerkreis“ auf. Sie erhalten dann direkt neben den Predigten und Andachten auch Hinweise zu Gesellschaft und Politik und zu interessanten Veranstaltungen:

Steffen-reiche@gmx.de



Zugleich biete ich Ihnen mein Buch "Tief träumen und hellwach sein" an. Ihnen kann ich den Autorenrabatt anbieten und so sind es auch trotz Porto nur 20 €. Die CD kostet € 5,00.

Predigt zum Glauben von Pfarrer Steffen Reiche

Gnade sei mit Euch von dem, der da war, der da ist und der da sein wird!

Liebe Schwester und Brüder im Glauben,

was eigentlich ist Gottes Wort?

Ist es das Alte Testament, die hebräische Bibel, die Biblia Hebraica? Vom Volk Israel, von den Juden über Jahrhunderte geschrieben? Nein und Ja!

Es ist Gottes Wort im Menschenwort. Ursprünglich eigentlich dem ganzen Volk, mit seinen 12 Stämmen gegeben, aber während sich die anderen 11 Stämme aufgelöst haben in ihre Umwelt, besteht das eine Volk, der eine Stamm Juda, bis heute fort, hat das Exil in Babylon und Persien, das Exil über fast 2000 Jahre in der Diaspora, im Hören auf Gottes Wort überlebt. Und lebt heute in Israel, der einzigen Demokratie im Nahen Osten.

Und die alte Prophezeiung, dass das ein Land ist, in dem Milch und Honig fließt, geht heute wieder in Erfüllung, da sich die Juden, zusammen gekommen aus aller Welt, aus der Diaspora, diesen Wohlstand gemeinsam erarbeiten.

Oder ist Gottes Wort das Neue Testament, die griechischen Schriften, von Juden geschrieben, nun aber für alle Welt, für alle Menschen guten Willens Gottes Wort zu hören und ihm zu folgen? Nein und Ja!

Es ist Gottes Wort im Menschenwort. Im Koine – Griechisch des Römischen Reiches.

Oder ist es die Bibel in der Form der Vulgata, der lateinischen Bibelübersetzung der Kirche, Altes und Neues Testament nun in einem großen Buch. Nein und Ja.

Es ist auch Gottes Wort im Menschenwort, in der Sprache der Kirche, der allgemeinen Sprache des späteren Römischen Reiches und bis heute der Weltkirche, der sancta catholica ecclesia, der heiligen, allgemeinen Kirche mit heute 1, 8 Milliarden Gläubigen weltweit.

Das Wort Gottes ist für alle diese Schriften der Ursprung! Sie bezeugen diesen Ursprung, sie erzählen das, was sie als Geschichte Gottes mit seinem Volk Israel erlebt haben. Und dann, in der Mitte der Zeiten, erfahren haben, wie Gott nun nicht mehr einem Volk oder einem Stamm, sondern der ganzen Menschheit in einem Menschen begegnet.

Die Bibel ist nicht wirklich Gottes lebendiges Wort! Denn das lässt sich nicht zwischen Buchdeckel oder auf Papyri bannen, das ist keine menschliche Sprache. Sondern in menschlicher Sprache wird demütig, dankbar, voller Staunen und Respekt immer wieder neu von dieser ursprünglichen Begegnung Gottes mit Menschen erzählt.

Die Bibel in welcher menschlichen Sprache auch immer ist Zeugnis, ist Bericht, ist Wiedergabe der Begegnung von Menschen mit dem lebendigen Gott.

Die Bibel ist bis jetzt in 694 Sprachen vollständig übersetzt worden und einzelne Bücher liegen in bisher 3.395 Sprachen vor. Die vollständige Bibel kann somit jetzt in 694 Sprachen gelesen werden. Dies teilt der Weltverband der Bibelgesellschaften mit. Damit haben etwa 5,7 Milliarden Menschen Zugang zum Alten und Neuen Testament in ihrer Muttersprache. Das Neue Testament wurde darüber hinaus auch in 1.542 andere Sprachen übersetzt, und

zumindest einzelne biblische Schriften liegen in weiteren 1.159 Sprachen vor. Damit ergibt sich eine Gesamtzahl von 3.395 Sprachen, das sind 33 mehr als im Vorjahr. Zu den neuen Sprachen mit einer vollständigen Bibel gehören zum Beispiel Ellomwe und Cho-Chin. Ellomwe ist eine Sprache, die von fast 2,3 Millionen Menschen in Malawi gesprochen wird. Cho-Chin ist eine Sprache, die in Myanmar von rund 15.000 Menschen genutzt wird.

Gott hat selbst Mose, der ihm so nah sein konnte, wie kein anderer Mensch außer Jesus, in einer Felsspalte verborgen und ein Tuch auf seine Augen gelegt, weil der Mensch Mose vergangen wäre, wenn er den lebendigen Gott erblickt hätte. Und wenn in der Begegnung mit Gott, ein Mensch Gott auch ganz nahe kommt, muss er es ja, um für andere verständlich zu werden, dann in menschliche Sprache übertragen.

Wir erleben und feiern heute den 20. Sonntag nach Trinitatis. Also nach dem Sonntag, der auf Pfingsten folgt, dem 3. Großen Fest der Kirche nach Weihnachten und Ostern.

Mit Pfingsten, dem Fest des Heiligen Geistes sind wir im Kirchenjahr allen 3 Personen Gottes begegnet – Gott dem Schöpfer und Gott dem Erlöser in dem Menschen, in dem Juden Jesus Christus, und Gott dem Heiligen Geist, der zu Pfingsten erstmals erlebbar wurde – für Menschen verschiedenster Sprachen in Jerusalem.

Wir reden mit einem lateinischen Wort der Kirche von den 3 Personen Gottes.

Was ist eine Person? Eine persona? Eigentlich ist es eine Maske, durch die ein Schall, eine Sprache per-soniert, durch-dringt, durch-klingt. Per heißt durch und sonus ist der Schall, der Klang. Der eben durch eine Maske, eine persona durchdringt.

Hinter einer Maske ist der Sprechende nicht zu erkennen. Es klingt nur durch die Maske, was er sagt. Und so dürfen, ja sollen wir uns das auch mit Gott vorstellen.

Gott selber, der eine, der einzige, der unteilbare und ewige Gott ist hinter der Maske für uns nicht erkennbar. Aber wir oder besser Einzelne, große Hörer des Wortes Gottes wie Mose oder Aaron, wie König David oder König Salomo, oder die Propheten Amos oder Jesaja oder Jeremia, wie Markus oder Lukas oder Matthäus oder Johannes oder Petrus und Paulus hören, was Gott sagt und sagen es dann in einer menschlichen Sprache weiter.

Menschliche Worte sind immer nur Anleitungen, erklären etwas, berichten oder deuten etwas. Aber Gottes Wort schafft und stiftet Wirklichkeit.

Wenn Gott spricht wird, was er sagt.

Versuchen wir den Unterschied zu verstehen. Menschliche Sprachen gibt es viele, Tausende. Obwohl es einige wenige gibt, die von Milliarden gesprochen werden – Englisch oder Spanisch oder Chinesisch z.B.

Menschliche Sprachen bestehen aus zigtausenden Worten und haben einen komplizierten Satzbau, eine differenzierte Grammatik.

Aber es gibt seit einigen Jahrzehnten eine globale Sprache mit der Überwältigendes, Ungeheures geleistet werden kann. Es ist die digitale Sprache, beruhend auf 0 und 1! Ja und Nein! An und Aus! In dieser Sprache kann fast alles rund um den Globus und auch ins Weltall zur Raumstation übertragen werden. Selbst Bilder. In dieser Sprache kann unbegreiflich viel gespeichert werden. Diese Sprache hat unser Leben verändert, reicher und abwechslungsreicher gemacht. Die Sprache Gottes aber ist noch klarer, einfacher.

Aber für uns, mit unserem Hirn, das nur in den 4 Dimensionen von Länge, Breite, Höhe und Zeit denken und reden kann, ist sie nicht erfassbar, nicht abzubilden. Wir können nur mit unserer jeweiligen menschlichen Sprache auf Gott und sein Wort reagieren. Es bezeugen.

Der Evangelist Johannes bringt es in seinem Evangelium gleich auf einen unüberbietbar klaren Punkt, in dem er bekennt, dass Jesus Christus dieses eine Wort Gottes ist, mit dem Gott die Welt geschaffen hat. Wir können das doch nur deshalb so schwer verstehen, weil wir ganze Balladen reden könnten, ganze Bücher schreiben können und noch gar nichts ist geworden, entstanden oder durch unser Wort geschaffen worden. Denn unser Wort ist immer nur Erklärung, Hinführung, Anleitung, Bericht. Aber es schafft nicht!

Wenn wir reden, wird noch nichts. Dazu müssen wir selber oder ein anderer, den wir anstiften mit unseren Worten, erst Hand anlegen.

Versuchen Sie mal in der Küche nur zu reden, da bleiben dann alle hungrig.

In diesem Menschen Jesus, der in der Mitte der Zeit Mensch geworden ist, ist Gottes Wort Mensch geworden. Deshalb haben wir die Zeit, wo er als Mensch an unserer Seite war, als Mitte der Zeit bestimmt, definiert.

In Jesus hat sich Gott ausgesprochen. Uns, die ganze Menschheit angesprochen

In seiner persona haben wir Gott unüberbietbar klar gesehen und gehört. Mehr kann und will Gott von sich nicht zeigen. Aber er kommt uns so nahe und verändert dadurch alles, erlöst uns damit aus unserem Fragen und unseren Zweifeln.

Näher kommen wird uns Gott nicht bis zum Ende der Zeit.

Und deshalb sollen, dürfen, können, ja müssen wir uns daran orientieren.

In der Zeit des Alten Bundes gab es durch Mose die 10 Gebote, die sich aus einander ergaben, die alle aus dem 1. Gebot geflossen sind. Karl Barth, der große Theologe des 20. Jahrhunderts, der den großen Leistungen der Theologie im 19. Jahrhundert, aber zugleich auch der großen Verirrung in allzu menschliches Denken von Gott, eine neue Theologie vom Wort Gottes her entgegen gesetzt hat, hat die Theologie damit neu begründet.

Und er hat das mit den Geboten Wilhelm Pieck, dem Präsidenten der DDR, wunderbar erklärt, als er mit ihm durch das zerstörte Dresden ging. Der Atheist Pieck sagte ganz leutselig zu Barth: „*Jetzt müssen wir doch alle, ob Christen oder nicht, ganz neu auf die 10 Gebote achten.*“ Und Barth erwiderte: „*Ja, aber besonders auf das 1. Gebot.*“

Man weiß nicht, ob Wilhelm Pieck das 1. Gebot vor Augen hatte: „Ich bin der Herr Dein Gott!“ Denn aus dem heraus fließen die anderen 9 Gebote wie aus einer Quelle.

Die Juden hatten solche Angst auch nur gegen eines dieser 10 Gebote zu verstoßen, dass sie einen Zaun von 613 weiteren Geboten um die 10 zentralen Gebote herum errichtet haben. Sodass die frommen Juden, die Pharisäer und Schriftgelehrten, 623 Gebote zu

berücksichtigen hatten in ihrem Alltag. Da wird man meschugge. Da wird man verrückt. Denn wie bitte schön soll man all diese Gebote im Kopf haben. Da kann man nicht mehr frei und unbeschwert leben, sondern wird ängstlich und geduckt.

Deshalb hat Jesus im Auftrag, ja im Namen Gottes, all diese vielen, verschiedenen Gebote in eines zusammengefasst. In das Dreifachgebot der Liebe: „Du sollst Gott lieben und Deinen Nächsten wie Dich selbst.“

Dieses Gebot ist so klar und einfach in seinem Dreiklang, in seiner Harmonie, dass sich daraus alles wie von selbst ergibt. Wer Gott liebt, liebt darin eben auch seine Geschöpfe und sich selbst, als hörendes Geschöpf und nimmt sich dabei dankbar selber an, mit all seinen Gaben und allen Problemen, mit dem was schon ist und dem was noch nicht ist.

Der Schweizer Theologe und Pädagoge Pestalozzi hat das wunderbar auf den Punkt gebracht: „Erziehung ist Vorbild und Liebe. Sonst nichts.“

Ja, wir können uns Gott dabei als Vorbild nehmen. Denn er hat uns zuerst geliebt und mit der Liebe Gottes zu uns und unserem Nächsten können und dürfen, ja sollen wir Gott zurück lieben. Im Grunde ist es Gottes große Einladung, es so zu machen, wie es Gott selbst gemacht hat.

„Mach es doch wie Gott und werde Mensch!“ Ja, auch darin dürfen wir Gott folgen!

Und dann wird uns alles gelingen, wird in dieser dreifältigen Einfalt ganz einfach. AMEN.

*

https://www.deutschlandfunkkultur.de/psychiatrie-und-religion-zwischen-glaube-und-wahn.1278.de.html?dram:article_id=482847

Psychiatrie und Religion Zwischen Glaube und Wahn

Peter Kaiser im Gespräch mit Ralf Bei der Kellen

Die Krise und der Kampf mit den Dämonen: Hier der heilige Antonius auf einem Flügel des Isenheimer Altars. (imago images / imagebroker)

Psychische Störungen sind oft von religiösen Zwangsvorstellungen begleitet, sagt der Psychiater, Psychotherapeut und Religionswissenschaftler Peter Kaiser. Doch Religion könne auch heilsame Kräfte entfalten. (*)

Ralf Bei der Kellen: Bei der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Neurologie gibt es ein Fachreferat [„Religiosität und Spiritualität“](#). Eines ihrer Mitglieder ist Peter Kaiser, [Professor für Religionswissenschaften an der Universität Bremen](#) sowie ärztlicher Leiter des Ambulatoriums für Folter- und Kriegsoffer des Schweizer Roten Kreuzes in Bern. Er hat sich viel mit der Rolle der Religion bei psychischen Erkrankungen beschäftigt. Ich konnte ihn kurz vor seinem Abflug nach Beirut telefonisch interviewen und wollte zunächst von ihm wissen, wann man von religiösem Wahn als psychischer Störung spricht.

Peter Kaiser: Als ich begonnen habe, mich mit dem Thema zu beschäftigen, war das eigentlich gar kein Thema, bis auf einige Autoren aus den 1960er-Jahren und Professor Spitzer aus Ulm, der sich mit dem Thema auch sehr differenziert auseinandergesetzt hat. Wir sind sehr vorsichtig mit dem Ausdruck „Wahn“, denn der ist klar definiert, und bei Religion können wir diese klare Definition nicht einhalten.

Drei Kriterien für religiösen Wahn

Einfach gesagt geht das auf Karl Jaspers zurück, den Philosophen und Psychiater. Er hat gesagt, Wahn bestehe dann, wenn jemand sich subjektiv ganz sicher sei. Also, das Kennzeichen sei die subjektive Gewissheit. Bei Religion, klar: Die Leute glauben mit einer Glaubensgewissheit, sonst wäre es ja fast eher Zweifel.

Das zweite Kriterium ist die Unkorrigierbarkeit durch Erfahrung. Wenn ich also sage: „Katzen können fliegen“, dann zeigt mir die Erfahrung, es ist eigentlich nicht so, und wenn ich weiterhin darauf beharre, dann würde das bei meiner sozialen Umgebung als etwas Seltsames gesehen werden. Kriterium Nummer drei: Das, was geglaubt wird, ist unmöglich. Und diese drei Kriterien können wir regelmäßig auf religiöse Inhalte anwenden. Jetzt könnten wir sagen, alle Leute, die diese drei Kriterien erfüllen im religiösen Kontext, sind damit wahnsinnig oder leiden unter einem Wahn. Aber das kann man nicht sagen, denn, böse gesagt: Religion hat von der Wahrnehmung her ganz viel mit Subjektivität zu tun. Soweit wir wissen, ist noch keiner wirklich aus dem Jenseits zurückgekehrt, – wenn wir jetzt Jesus mal für die Gläubigen aussparen –, und könnte sagen, wie es drüben ist.

Die Grenze ist dort, wo Menschen unter ihrem Glauben leiden

Es ist ganz schwierig, und daher würden wir die Grenze zu religiösem Wahn dort ziehen, wo jemand unter dieser Vorstellung leidet. Eine positive Gottesvorstellung: Ich komme in den Himmel und sitze dann da später im Paradies, dagegen würde niemand etwas haben, auch wenn diese Vorstellung für Atheisten eigentlich komplett falsch ist. Aber wenn jetzt jemand denkt, er ist verflucht, und ihm passiert etwas Schlimmes, oder noch schlimmer: Er wird vom Satan aufgefordert, jemand anders zu töten, dann hat das natürlich einen Impact, dann hat es eine Einwirkung auf Mitmenschen, und dann würde man intervenieren. Religiöser Wahn ist eher von dem Aspekt her bestimmt: Ist es für den Einzelnen oder seine soziale Umgebung schädlich?

Bei der Kellen: Wie verbreitet ist denn dieses Phänomen? Ich habe gelesen, dass ein Drittel aller Menschen mit Extrempsychose auch religiöse Fantasien entwickeln. Ist das also in der klinischen Psychologie ein gängiges Krankheitsbild?

Kaiser: Ich würde sagen, es wird häufig nicht nachgefragt. Ich sage zu meinen Assistenten immer, fragt nach: Was glauben die Menschen? Was für Vorstellungen haben sie, weshalb ihnen irgendetwas geschieht? Wie wird kausal attribuiert: Weshalb passiert mir das, nicht dem Nachbarn? Das wird häufig religiös erklärt. Meistens wird aber nicht danach gefragt. Es hängt ein bisschen mit der Ausbildung zusammen: Psychologen sind naturwissenschaftlich ausgebildet, da spielt Religion bis dato kaum eine Rolle, und bei den Ärzten und Psychiatern ist es ähnlich.

Wahnvorstellungen speisen sich aus dem kulturellen Umfeld

Das mit dem einen Drittel, das kann ich so nicht bestätigen. Da gibt es verlässliche größere Zahlen. Allerdings ist es natürlich so: Wenn jemand unter psychotischen Vorstellungen leidet – das heißt, die Ich-Grenze: Wo bin ich und wo werde ich beeinflusst, das verschiebt sich dann –, dass da religiöse Vorstellungen mit reinkommen, ist vollkommen klar, weil Religion Teil unserer Kultur ist.

Religiöse Aspekte psychischer Störungen werden bei der Behandlung noch zu wenig beachtet, so Peter Kaiser. (privat)

Wir werden, auch wenn wir es nicht wollen, irgendwie religiös sozialisiert. Selbst wenn ich Atheist bin, lebe ich vielleicht in einem Dorf, wo es eine Kirche gibt, da gibt es halt die Kirchenglocken. Ich komme da gar nicht dran vorbei, auch wenn ich es für mich ablehne. Und je mehr ich mich damit beschäftige, desto mehr kommt die Religion sozusagen in meine Gedanken rein. Es ist vollkommen klar: Wahngedanken, Wahnvorstellungen, die schöpfen aus dem, was der Einzelne macht. Aber das kann auch Atheisten passieren.

Fehlt die Familie, kann der Glaube stützen

Bei der Kellen: Aus dem, was Sie gesagt haben, höre ich ein bisschen raus, dass Sie der Meinung sind, es müsste bei Psychologen und Psychiatern eigentlich eine größere Sensibilität für dieses Phänomen geben, oder?

Kaiser: Definitiv, aber nicht in der Richtung, wie Sie jetzt vielleicht denken, bezüglich der Frage: Könnte Religion schädlich sein? Religion kann schädlich sein, das wissen wir. Mir geht es eher darum, dass Religion für Menschen eben auch eine Ressource sein kann. Ich arbeite hier in einem Ambulatorium für Folter- und Kriegsopfer, und wenn ich da nicht nachfrage, gibt es etwas, das Ihnen helfen kann, bei dem Schicksal, das Sie getroffen hat – Flucht von zu Hause, dort vielleicht gefoltert worden, ein schlimmer Fluchtweg bis hier nach Europa –, wenn da keine Ressourcen da sind, dann ist es schwierig.

Die Ressourcen können die Familie sein, die ist vielleicht verloren gegangen, und dann kann es noch der Glaube sein. Dann kann es sein, dass der Glaube sehr positiv konnotiert ist, dass das, was mir passiert ist, beispielsweise als Prüfung wahrgenommen wird, nicht als Strafe. Besser wäre es zu sagen: Okay, Gott prüft mich, ich weiß nicht, warum, aber es wird schon gut gehen. Das kann eine Ressource sein. Gehen Sie mal auf eine Hospizstation oder zu Menschen, die an Tumoren leiden, an Krebs leiden und vielleicht dem Tod näher sind, als sie es bis vor Kurzem noch dachten zu sein, und fragen Sie da nach. Da kann Religion wirklich eine große Ressource sein.

Spirituelle Schuldkomplexe

Bei der Kellen: Was ist denn die religiöse Wahnvorstellung, ganz weit gefasst, die Ihnen in der Praxis am häufigsten begegnet ist?

Kaiser: Ich habe bisher meistens in einem protestantischen Umfeld praktiziert. Dort ist am häufigsten das Gefühl „ich werde bestraft“, also nicht ein gutes Gottesbild, sondern eher ein

negatives. Wenn man das mehrmals bekommt als Therapeut, dann denkt man: Religion ist schädlich. Aber damit wäre wirklich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet.

Das ist die Hauptvorstellung: Etwas ist passiert oder etwas könnte passieren, und das hängt damit zusammen, dass ich in meiner Kindheit, in meiner Jugend einen Fehler gemacht habe. Und wenn man über diese Fehler spricht, die sind hoch tabuisiert und stellen sich dann für den Zuhörer im Endeffekt als Lappalien heraus. Für den Betroffenen sind sie aber lebensbestimmend und denkbestimmend. Er wacht morgens auf und denkt im Sinne einer Selffulfilling Prophecy: Was passiert mir heute wieder, dass ich bestraft werde?

Bevor die Medizin eingreift, den Pfarrer konsultieren

Diese Leute erlegen sich dann auch manchmal eigene Strafen auf, was sie alles machen müssen, um sozusagen ihre Schuld abzarbeiten. Und das sind ganz klare Punkte. Da würde ich dann als Erstes den Krankenhauseelsorger involvieren. Und wenn der sagt, okay, diese Vorstellung ist schwierig, und wir kommen da nicht weiter – also, wie ich vorher schon gesagt habe: Wahn hat etwas mit subjektiver Gewissheit zu tun. Da lässt sich dann jemand auch nicht in seiner Einstellung relativieren, nach dem Motto: Ein bisschen Fehler machen wir alle. Dann ist der ganz strikt der Meinung, er hat was Falsches gemacht.

Da würde dann die Medizin zur Geltung kommen, mit dem Problem, dass ein Wahn sehr schwer zu beeinflussen ist, wenn ich jetzt einen isolierten Wahn habe, also denke, das und das ist auch aus dem religiösen Kontext. Wir behandeln ja mit unseren Medikamenten eigentlich eine „Gitterstörung“, wie wir es manchmal nennen. Das heißt, unser Filter, der das filtert, was wir als Wahrnehmung mit unseren Gehirnarealen aufnehmen und dann weiterverarbeiten – seien es Seh-, Hör- oder sonstige Reize –, dieser Filter ist gestört.

Und das Zweite ist, dass eben eigene Gedanken entstehen und nicht mehr abgestellt werden können, dass ich sozusagen unter mir selbst, unter meiner eigenen Gedankenproduktion leide. Dazu gibt es Medikamente, aber die stellen nicht nur das religiöse Denken ab, sondern alles Denken, wenn sie hoch genug dosiert sind. Und das möchte man ja nicht. Man möchte, dass derjenige nicht mehr leidet, aber trotzdem als normales Mitglied der Gesellschaft agieren kann.

Parallelen von Hexenwahn und Covid-Verschwörungsmysen

Bei der Kellen: Dann kommen wir noch kurz zu etwas anderem. Es geht ja in letzter Zeit viel um Verschwörungserzählungen oder Verschwörungsmysen. Könnte man auch sagen, dass das absolute Anhängen an Verschwörungserzählungen Parallelen zum religiösen Wahn aufweist? Ich habe einen Menschen erlebt, der sich da so hineinsteigert, dass er überhaupt nicht mehr für andere Argumente zugänglich ist, und es ist auch schon so weit gekommen, dass man sich im Freundeskreis Gedanken macht, wie gut das für seine neunjährige Tochter ist.

Kaiser: Ich kann das sofort unterschreiben. Ich kenne Bekannte, wo ich sagen würde, eine Korrekturfähigkeit liegt momentan, bezüglich Covid-19, nicht vor. Das sind oftmals sehr intelligente, im allgemeinen differenzierte Menschen. Das ist also nicht jemand, der oder die etwas nachplappert, sondern sich wahrscheinlich den ganzen Tag mit Theorien dieser Art auseinandersetzt – das sind eher Hypothesen – und sie zunehmend schlüssig findet.

Man sucht natürlich das, was man finden möchte. Man sucht im Netz immer etwas, das die bisherige Meinung noch mehr unterstützt und stärkt. Ich bin Religionswissenschaftler an der Universität in Bremen, und mein Seminar im Herbst geht genau darum. Ich ziehe einen Vergleich zwischen dem Hexenwahn in der frühen Neuzeit und im späten Mittelalter und den aktuellen Verschwörungstheorien bezüglich Covid.

Meinungsstreit muss möglich bleiben

Ich meine, es gab Zeiten, wo die katholische Kirche mit Andersgläubigen, sprich Leuten, die Ideen hatten wie „die Erde ist eine Kugel“, wenig zimperlich umgegangen ist, weil es entweder Machtpolitik war oder man sich das andere nicht vorstellen konnte. Daher ist es ganz wichtig – das ist ein Zeichen der Demokratie –, dass man unterschiedliche Meinungen zulässt, und dann lässt sich auch so ein Verschwörungsglaube, eine Verschwörungstheorie relativ leicht zerlegen.

Das geht aber nur, wenn entsprechende Meinungsbildung möglich ist. Wenn es staatlich angeordnet ist zu sagen, Covid kommt ganz klar aus der Türkei, aus China oder aus den USA, dann wird es eng. Dann wird sich irgendwann nämlich auch keiner mehr getrauen, etwas dagegen zu sagen, selbst wenn man weiß, dass das so nicht stimmt.

*

Weitere interessante Beiträge erhalten Sie direkt bei Pfarrer Reiche; fordern Sie/sie seinen „Newsletter“ an:

Steffen-reiche@gmx.de

1) Aufruf der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin zur Unterstützung*

Die finanzielle Lage der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin ist schwierig. Gründe sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gegenwärtig der Ausfall sämtlicher Veranstaltungen, die nicht nur Kosten verursachen, sondern – von Fall zu Fall – auch für die nötigen Einnahmen sorgen können.

Wir sind für unsere Arbeit vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt. Das heißt einerseits: wir dürfen keine Rücklagen bilden (mit denen wir jetzt wirtschaften könnten, unsere Miet- und anderen Kosten selbst tragen), aber wir dürfen für Ihre großzügige Spende eine Spendenquittung ausstellen.

Wir haben die herzliche Bitte, unsere Arbeit durch eine Geldspende zu unterstützen, damit unsere Tätigkeit weitergehen kann. Wir arbeiten ehrenamtlich.

Sie erhalten am Ende des Jahres eine Spendenbescheinigung, unsere Arbeit ist vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt!

Unsere Bankverbindung (Zusatz „Spende“ auf der Überweisung nicht vergessen!):

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

Konto bei der Postbank Berlin

IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC BNKDEFF

***) Unser erfolgsester Aufruf!!!**

2) Paten für Jahrbuch Weichsel-Warthe 2022 gesucht

Jahrbuch-Paten für 2022 gesucht

Auch für das „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2022“ werden wieder Jahrbuch-Paten gesucht. Durch diese Patenschaft sollen vor allem die Mehrkosten und der Versand an interessierte Personen und Einrichtungen in unseren Heimatgebieten im Posener Land, in Mittelpolen, Wolhynien und Galizien finanziert werden.

Nähere Einzelheiten zu der Übernahme der Jahrbuch-Patenschaft entnehmen sie bitte unseren entsprechenden Hinweisen in „Weichsel-Warthe“ sowie unserem „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2021“, S. 176.

Herausgeber: Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband e.V., 65185 Wiesbaden, Friedr. Str. 35 III, Tel. 06 11 / 37 97 87, Fax 06 11 / 1 57 49 72, E-Mail: LWW@gmx.de
Bankverbindung der LWV: Sparda-Bank Südwest EG, IBAN: DE86 5509 0500 0000 9587 55, BIC: GENODEF1501

Schriftleitung: Dr. Martin Sprungala. - Erscheint einmal monatlich, Redaktionsschluss am 1. des Vormonats. - Druckvorbereitung: mana-werbedesign, Kranenbörn
ISSN 0509-9757 - Für unterzeichnete oder signierte Artikel trägt der Verfasser die Verantwortung. - Nachdruck gestattet, sofern 2 Belegexemplare zugesandt werden.
Die Herausgabe dieser Folge wurde durch eine Zuwendung der Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk (NOKW) ermöglicht.

3) BdV: Die „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung



„Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss entzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

Bankverbindung
Deutsche Bank Bonn

BdV Förderverein

IBAN:
DE54 3807 0059 0077 0107 00

BIC:
DEUTDEK380



4) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.

Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen
H. P. Brogiato

**Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften
Heimatzeitschriften erbeten**

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (<http://ifl.wissensbank.com>). Da die Bibliotheklandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen.

Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato
Leibniz-Institut für Länderkunde
GZB – Heimatzeitschriften
Schongauerstr. 9
04328 Leipzig
E-Mail: h_brogiato@ifl-leipzig.de
Ruf: 0341 600 55 126

So wahr mir Gott helfe: Der Amtseid des Bundeskanzlers



dpa/Kay Nietfeld Der dritte Amtseid: Bundeskanzlerin Angela Merkel am 17.12.2013 im Bundestag mit Parlamentspräsident Norbert Lammert.

„So wahr mir Gott helfe“:

Laut Artikel 64 des Grundgesetzes müssen Kanzler und Minister bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag den Amtseid leisten. Artikel 56, der die Vereidigung durch den Bundespräsidenten vorsieht, legt den Wortlaut fest.

In Artikel 56 heißt es:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

*Du musst denken, dass du morgen tot bist,
musst das Gute tun und heiter sein.*

Freiherr vom Stein

**„Wird der Zweifel Gegenstand des Zweifels,
zweifelt der Zweifelnde am Zweifel selbst, so verschwindet der Zweifel.“**

Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der am 27. August 250. Geburtstag hat, in seinen Vorlesungen über die „Philosophie der Religion“ (Berlin 1832).

Aus: Der Tagesspiegel, 19.08.2020, S. 6.

**„Berlin braucht bessere Schulen.
Kann ja nicht jeder Politiker werden.“**

Kampagnenspruch der CDU Berlin – in Orange auf Schwarz und illustriert mit Merkelraute. Eine PR-Aktion, für die es via Twitter gleich viel Kritik gab. Weil: Was soll das eigentlich bedeuten?

Aus: Der Tagesspiegel, 12.08.2020, S. 6.

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“

Arthur Schopenhauer

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von
Morgen aussieht!

Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsätze.pdf>

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG);
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

01) Deutschland und Polen. Wegbereiter für Europas Zukunft. 30 Jahre Deutsch-Polnischer Nachbarschaftsvertrag´. Virtuelle Veranstaltung
05. November 2021, 19 Uhr, Schloss Johannisberg

Die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund



**DEUTSCHLAND UND POLEN
WEGBEREITER FÜR
EUROPAS ZUKUNFT?**
30 Jahre Deutsch-Polnischer Nachbarschaftsvertrag

Die Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen am 17.06.1991 war mit einer großen Euphorie verbunden, die mittlerweile einer Routine und mitunter auch Ernüchterung gewichen ist. Die bis dahin teils traumatischen bilateralen Beziehungen wurden durch den Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrag auf eine neue politische und zwischenmenschliche Grundlage gestellt, die Ausgangspunkt für eine Vielzahl gemeinsamer Aktivitäten war. Die zurückliegenden drei Jahrzehnte der Zusammenarbeit sind von einer Fülle politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Kontakte geprägt. Über diese drei Jahrzehnte haben sich zwischenmenschliche Kontakte und Begegnungen, Freundschaften und familiäre Verbindungen entwickelt, die mit Blick auf die historischen und politischen Belastungen der deutsch-polnischen Beziehungen an ein Wunder grenzen. Heute stellen polnische Migranten und Bürger mit polnischen Wurzeln die zweitgrößte Diaspora in Deutschland und tragen maßgeblich zur kulturellen Vielfalt bei.

Bei der Aufnahme Polens in die Europäische Union konnte das Land auf die Unterstützung Deutschlands vertrauen. Nach dem EU-Beitritt Polens in 2004 entwickelten sich die Beziehungen zunächst immer mehr zu einer Partnerschaft. Einer Partnerschaft, die nicht ohne Turbulenzen und Spannungen verlief, bei der man sich aber der Gewogenheit des jeweils anderen sicher sein konnte. Heute, 30 Jahre nach Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages, ist von der Aufbruchstimmung der 1990er und 2000er Jahre nicht mehr viel zu spüren. In der heutigen Veranstaltung wollen wir daher Bilanz ziehen und einen Blick in die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen wagen.

Die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund

Lucia Puttrich, MdL

und

der Direktor des Deutschen Polen-Instituts

Prof. Dr. Peter Oliver Loew

laden ein zum Gespräch mit

Konrad Szymański

Minister für Europaangelegenheiten der Republik Polen

und

Janusz Reiter

Botschafter der Republik Polen a. D., Vorstandsvorsitzender des Center for International Relations Warschau

Rolf Nickel

Botschafter der Bundesrepublik Deutschland a. D., Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Durch die Veranstaltung führt:

Dr. Agnieszka Łada-Konefal

Stellv. Direktorin des Deutschen Polen-Institut

Die Veranstaltung findet statt am Freitag,

5. November 2021, um 19.00 Uhr

auf Schloss Johannisberg,

65366 Geisenheim-Johannisberg

(Anfahrtshinweise umseitig)

Um verbindliche Anmeldung mit beigefügter Antwortkarte wird bis zum 29. Oktober 2021 gebeten an:

Frau Claudia Reinhold

Telefon: 0611 32 11 36 51

E-Mail: eu-veranstaltungen@stk.hessen.de

Für eine begrenzte Gästezahl ist eine Teilnahme an der Veranstaltung in Präsenz möglich. Die Vergabe der Plätze erfolgt nach der Reihenfolge der Anmeldungen. Sie erhalten eine entsprechende Information. **Bitte beachten Sie, dass die Veranstaltung dem 2G-Zugangsmodell des Landes Hessen unterliegt.** Für den Zutritt ist der Nachweis einer vollständigen Corona-Schutzimpfung oder der Nachweis einer SARS-CoV2-Infektion in Kombination mit einem amtlichen Ausweispapier (im Original) erforderlich. Als genesen gelten Personen, deren Infektion mindestens 28 Tage sowie max. 6 Monate zurückliegt.

PROGRAMM

- ab 18.30 Uhr — Einlass
- 19.00 Uhr — **„Deutschland und Polen - Wegbereiter für Europas Zukunft?“**
Filmbeitrag
 Andrzej Klamt, Produzent und Dokumentarfilmmacher
- 19.05 Uhr — **Grußwort**
 Dr. Agnieszka Łada-Konefal
 Deutsches Polen-Institut
- 19.10 Uhr — **Begrüßung**
 Lucia Puttrich, MdL
 Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund
- 19.20 Uhr — **30 Jahre Deutsch-Polnischer Nachbarschaftsvertrag im europäischen Kontext**
Statement
 Konrad Szymański
 Minister für Europaangelegenheiten der Republik Polen
- anschl. — Europaminister Konrad Szymanski im Gespräch mit der stellv. Direktorin des Deutschen Polen-Instituts Dr. Agnieszka Łada-Konefal
- 19.55 Uhr — **Musikalischer Beitrag**
- 20.00 Uhr — **Diskussionsrunde mit**
Janusz Reiter
 Botschafter der Republik Polen a. D., Vorstandsvorsitzender des Center for International Relations Warschau
- Rolf Nickel**
 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland a. D., Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik
- Moderation: **Dr. Agnieszka Łada-Konefal**, Deutsches Polen-Institut
- ab 20.45 Uhr — Empfang



LUCIA PUTTRICH

Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund seit 18.01.2014

Lucia Puttrich ist seit Januar 2014 Mitglied des Hessischen Landtages und Mitglied des Bundestages (Ausschuss für Fragen der Europäischen Union). Sie ist Mitglied der CDU. Ihre politische Karriere startete sie 1985 als Stadtratsmitglied ihrer Heimatstadt Nidda.



KONRAD SZYMAŃSKI

Minister für Angelegenheiten der Europäischen Union der Republik Polen seit 15.11.2019

Konrad Szymański war von 2004 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments. Vor seiner Ernennung zum Minister für Angelegenheiten der Europäischen Union der Republik Polen war er vom 17.11.2015 bis 14.11.2019 als Staatssekretär für Europaangelegenheiten tätig. Minister Szymański gehört der Partei Rechts und Gerechtigkeit (PiS) an. Seine politische Karriere startete er unmittelbar nach Abschluss seines Studiums der Rechtswissenschaften in 1995.



DR. AGNIESZKA ŁADA-KONEFAŁ

Stellvertretende Direktorin des Deutschen Polen-Instituts seit Januar 2020

Dr. Agnieszka Łada-Konefal war bis Dezember 2014 Direktorin des Europa-Programms und Senior Analyst am Wetzlarer Institut für Öffentliche Angelegenheiten (IOA). Sie promovierte in Politikwissenschaft an der Universität Warschau. Wissenschaftliche Schwerpunkte: Deutsch-Polnische Beziehungen, Außen- und Europapolitik Polens.



JANUSZ REITER

Botschafter a. D. der Republik Polen

Janusz Reiter war von 1990 bis 1995 als Botschafter in Deutschland tätig und spielte eine entscheidende Rolle bei der Neugestaltung der polnisch-deutschen Beziehungen nach dem Zusammenbruch der ehemaligen Ostblockstaaten. Er ist Gründungsmitglied und Vorstandsvorsitzender des 1996 gegründeten Center for International Relations (CIR), einem unabhängigen Thinktank mit Schwerpunkt Außen- und Sicherheitspolitik.



ROLF NIKEL

Botschafter a. D. der Bundesrepublik Deutschland

Rolf Nickel war als Botschafter von Juli 2014 bis Juni 2020 in Warschau tätig. Seit 2020 ist er Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Er leitet Leiter einer Expertengruppe, die mit dem Aufbau der Gedenk- und Begegnungspolke „Ort der Erinnerung und Begegnung mit Polen“ befasst ist.

Veranstalter:

HESSEN



Die Hessische Ministerin für Bundes- und
Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte
des Landes Hessen beim Bund

www.staatskanzlei.hessen.de

**DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT**

Deutsches Polen-Institut

www.deutsches-polen-institut.de

Anfahrtshinweis

Schloss Johannisberg, 65366 Geisenheim-Johannisberg

Vom Wiesbadener Kreuz kommend die A 66 Richtung Rüdesheim. Diese mündet bei Eltville in die B42. Dem Rheinlauf folgend, passieren Sie die Gemeinden Erbach, Hattenheim und Oestrich-Winkel. Sie verlassen die B42 an der Ausfahrt Geisenheim und folgen den Hinweisschildern nach Schloss Johannisberg.

GPS: N 50° E 7° 58"58"



02) Ausstellung „Vom Ihr zum Wir“. Eröffnung im Niedersächsischen Landtag

Pressemitteilung Niedersächsisches Landesbeauftragte für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen*) und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL



Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur

PRESSEMITTEILUNG

Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene,
Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL



Ausstellung „Vom Ihr zum Wir“

ERÖFFNUNG IM NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAG

Niedersachsen und seine Heimatvertriebenen, das ist eine Verbindung, die es verdient, zum 75. Landesjubiläum mit einer eigenen Ausstellung gewürdigt zu werden. Jeder vierte Niedersachse hat familiäre Wurzeln in den ehemals östlichen deutschen Reichs- und Siedlungsgebieten. Ohne die Heimatvertriebenen und ihre Nachkommen wäre das Land Niedersachsen heute nicht vorstellbar. Doch der Weg dahin war lang. Für die Heimatvertriebenen war er gezeichnet vom Aushalten eines schmerzenden Verlustes, von einem unbedingten Blick nach vorn und einer enormen Wiederaufbauleistung an neuer Wirkungsstätte.



Bildrechte: MWK

Die Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL (1.v.l.), hat die Ausstellung gestern Nachmittag zusammen mit dem Vizepräsidenten des Niedersächsischen Landtags, Bernd Busemann (2.v.r.), den beiden Ausstellungsgestalterinnen Dr. Barbara Magen (3.v.l.) und Natalie Reinsch (4.v.l.) sowie den beteiligten Projektpartnern Prof. Rolf Wiese (Museumsverband für Niedersachsen und Bremen, 1.v.r.) und Prof. Matthias Weber (Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2.v.l.) eröffnet.

Zur Pressemitteilung des Museumsverbands:

<https://www.mvnb.de/aktuelles/aktuelles/aktuelles/ausstellung-vom-ihr-zum-wir-fluechlinge-und-vertrebenen-im-niedersachsen-der-nachkriegszeit>

Hannover, den 25. Oktober 2021

***) Was soll das? Anmerkung der Redaktion**

04) Christoph de Vries zum neuen Vorsitzenden der Gruppe der Vertriebenen, Spätaussiedler und deutschen Minderheit gewählt.

Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Pressemitteilung

CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

Berlin, 25. Oktober 2021

Christoph de Vries zum neuen Vorsitzenden der Gruppe der Vertriebenen, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten gewählt

Union startet Erneuerung der Heimatpolitik

Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat heute in ihrer konstituierenden Sitzung den Hamburger Abgeordneten Christoph de Vries zum neuen Vorsitzenden gewählt. Dazu erklären Thorsten Frei, der für diese soziologische Gruppe zuständige Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sowie Christoph de Vries, der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten:

Thorsten Frei: „Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat in der 20. Legislaturperiode ihre traditionsreichste Gruppe wieder konstituiert. Die Bevölkerungsgruppen der Aussiedler, Heimatvertriebenen sowie deren Nachkommen und deutschen Minderheiten haben damit weiterhin einen verlässlichen Ansprechpartner im deutschen Parlament.“

Mit der Wahl des versierten Innenpolitiklers Christoph de Vries, Jahrgang 1974, mit sudetendeutschen Wurzeln, leisten wir einen sichtbaren Beitrag für die personelle Verjüngung sowie die inhaltliche Erneuerung der Heimatpolitik, zu deren festen Bestandteilen die Aussiedler- und Vertriebenenpolitik gehören.

Die 50 Mitglieder der Gruppe dankten in der heutigen Sitzung dem aus dem Deutschen Bundestag ausscheidenden bisherigen Vorsitzenden Eckhard Pols herzlich für seine engagierte Arbeit in der 19. Wahlperiode.

So hat sich das in seinem Wahlkreis befindliche Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg dank der stetigen Förderung zu einem wichtigen kulturellen Leuchtturm in der Region südlich von Hamburg entwickelt.“

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB

Leiter Kommunikation
Sprecher der Fraktion
Bülend Ürük
030. 227-51068

Redaktion
Dr. Juliane Berndt
030. 227-54807
Carina Emser
030. 227-52067
Jasmin Jovan
030. 227-51084
Claudia Kemmer
030. 227-54806
Stefan Koch
030. 227-55375
Carola Schüren
030. 227-52703
Stefan Runwe-Glösenkamp
030. 227-52512

Telefax
030. 227-56660
pressestelle@cducsu.de
www.cducsu.de



Christoph de Vries: „Wir wollen im anstehenden Modernisierungsjahrzehnt den Bogen zwischen Heimat, Tradition und Innovation spannen.“

Die Eingliederung der Millionen Heimatvertriebenen und Aussiedler ist eine Erfolgsgeschichte und eine der größten Leistungen der deutschen Nachkriegszeit. Sie kann Vorbild sein für die Integrationsanstrengungen der Zuwanderergruppen heute. Heimatvertriebene, ihre Nachfahren und die Spätaussiedler können sich auch in Zukunft auf unsere Gruppe als engagierte Vertreter ihrer Anliegen verlassen. Dies gilt genauso für die deutschen Minderheiten im Ausland, deren Rechte aktuell in Polen unter Druck stehen und die auch in der deutschen Außenpolitik eine Stimme brauchen.

Unter den neuen politischen Vorzeichen ist davon auszugehen, dass Fragen zu Heimatverbundenheit, dem kulturellen Erbe Deutschlands und Identitätsfragen anders beantwortet werden als bislang. In dieser zentralen Debatte wollen wir als Gruppe künftig ein Impulsgeber sein.“

Hintergrund:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat seit 1949 als einzige Fraktion im deutschen Parlament eine soziologische Gruppe eingerichtet, die sich für die Anliegen der Heimatvertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten einsetzt.

Diese Arbeitsgruppe war und ist federführend für alle wesentlichen Beschlüsse des Bundestages in diesem Politikbereich: vom Lastenausgleich 1952 über die Aussiedleraufnahme der 1990er Jahre bis zur Eröffnung des Berliner Dokumentationszentrums zu Flucht und Vertreibung 2020.

05) Bis heute sind in Tschechien Unrechtsdekrete Teil der Rechtsordnung

Noch ist es zu früh, um genau zu sagen, **ob der Ausgang der Wahl 2021 eine Zäsur ist und was sie für die Politik der Vertriebenenverbände bedeutet**. Festgehalten werden muss: Schon im Wahlkampf kamen vertriebenen- und ostdeutsche Themen so gut wie nicht zur Sprache. Das zeigte sich sogar bei **Steinmeiers Reise nach Prag**, wo die Delegation die wirklich aktuellen Fragen zwischen den Ländern mied. Im Inland verhielten sich selbst viele Unionspolitiker stumm oder sie wichen gezielten Fragen aus. Immerhin: **Volker Bouffier** im Schloss Biebrich in Wiesbaden und **Bernd Fabritius** beim traditionellen Tag der Heimat in Berlin sprachen die Themen mutig an. Bernd Fabritius stellte sogar die Frage, wie es denn sein könne, **dass in den Wahlprogrammen der meisten im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien die Vertriebenen und Spätaussiedler keine Rolle spielten?**

Man muss Fabritius dankbar sein für seine Worte und auch für die folgenden Sätze: „Von einigen unserer östlichen Nachbarländer erwarten wir noch heute eindeutige Bekenntnisse zum Unrechtscharakter der Vertreibungen, die unsere Landsleute mit brutaler Härte trafen. **Bis heute sind Unrechtsdekrete in einigen Ländern Teil der dortigen Rechtsordnung**, wenn ich nur an Tschechien denke. Damit muss es aufhören.“ Bernd Fabritius hat ja so recht. So ähnlich lautete mindestens in den drei letzten Jahrzehnten ein Programmpunkt der Union. Aber auch **Angela Merkel** ist 16 Jahre nach Prag gefahren, um ihrem tschechischen Partner gegenüber zu versichern, dass die Beziehungen noch nie so gut waren. Auch da wurde Politik nicht vorgebracht.

(aus: *PAMO – zeitgeschichtliches Dokument 64 - Pädagogischer Arbeitskreis Mittel- und Osteuropa*, Gerolf Fritsche, kleinkaudern@gmx.de)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 127, 2021

Wien, am 14. Oktober 2021

06) Wurzeln in Böhmen – Wege nach Europa

Eine Spurensuche für Sudetendeutsche und Tschechen

Heiligenhof-Seminar

So lautet der Titel der Seminarwoche in der Bildungs- und Begegnungsstätte „Der Heiligenhof“ in Bad Kissingen in Zusammenarbeit mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft Bundesverband e.V. Die Woche besteht aus zwei zusammengehörenden Seminaren, die aber auch getrennt voneinander besucht werden können. Themenbereiche wie „Eine Spurensuche für Sudetendeutsche und Tschechen“ und „Die Erben der Vertreibung und ihr Umgang mit der Geschichte“ stehen im Mittelpunkt der Referate namhafter Referentinnen und Referenten.

Diese Seminarwoche dient auch dem Kennenlernen und dem Austausch der Teilnehmer untereinander. Abwechslung bieten gesellige Abende in der hauseigenen mährischen Weinstube. Für Seminarerfahrene eine gute Gelegenheit, weitere Interessierte zum Schnuppern einzuladen.

Das Seminar besteht aus zwei Teilen:

Teil I: 7. bis 9. November: [„Eine Spurensuche für Sudetendeutsche und Tschechen“](#)

Teil II: 9. bis 12. November: [„Die Erben der Vertreibung und ihr Umgang mit der Geschichte“](#)

Der Kostenbeitrag einschließlich Übernachtung und Verpflegung beträgt:

35 € für Teil I „Eine Spurensuche für Sudetendeutsche und Tschechen“

45 € für Teil II „Die Erben der Vertreibung und ihr Umgang mit der Geschichte“

80 € für die gesamte Woche im Doppelzimmer, ggf. Einzelzimmerzuschlag.

Zuzüglich 1,80 Euro Kurtaxe pro Nacht.

Auskunft und Anmeldung:

Der Heiligenhof, Alte Euerdorfer Straße 1, 97668 Bad Kissingen, Telefon +49 (0) 9 71 7 14 70, Telefax +49 (0) 9 71 71 47 47, E-Mail info@heiligenhof.de bzw. schuster@sudeten.de.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 131, 2021

Wien, am 21. Oktober 2021

Buchvorstellung

07) Murray G. Hall: Der Volk und Reich Verlag, Prag



Murray G. Hall
**Der Volk und Reich Verlag,
Prag** Zur Geschichte des
Buchhandels und
Verlagswesens
im Protektorat Böhmen
und Mähren 1939-1945



**Murray G. Hall:
Der Volk und Reich
Verlag, Prag**

Zur Geschichte des
Buchhandels und
Verlagswesens im Protektorat
Böhmen und Mähren
1939 – 1945

366 Seiten, Klappenbroschur,
2021 erschienen
Preis: 41,30 € (D), 42, 50 € (A)
Größe: 22,8 x 13,4 cm
[ISBN 978-3- 7069-1131-3](https://www.isbn-international.org/number/978-3-7069-1131-3)

Praesens Verlags GesmbH
Verleger: Dr. Michael Ritter
Wehlistraße 154 /12
1020 Wien
Netzseite: www.praesens.at
Bestellungen:
bestellung@praesens.at

Die Geschichte des deutschen Buchhandels im Protektorat Böhmen und Mähren ist seit 1945 ein **Stiefkind der Forschung** gewesen, ja tabuisiert worden. Der Fokus auf die 1940 in Prag gegründete Niederlassung des Berliner Volk und Reich Verlags erlaubt es, unter Heranziehung der einschlägigen Aktenbestände der deutschen Besatzer im Nationalarchiv Prag, die publizistischen Hegemoniebestrebungen im Protektorat aufzuzeigen, sei es in Zusammenhang mit Buchhandlungen, Verlagen, Druckereien oder Zeitungen. Hier wird erstmals die Geschichte des Volk und Reich Verlags, Prag, ausführlich beschrieben, die Finanzierung von NS-Propagandaliteratur mit staatlicher Unterstützung beleuchtet und die Rolle, die der Firmeninhaber, SS-Standartenführer **Friedrich Heiß**, dabei spielte, näher untersucht. Die Aufarbeitung der Strategie der Prager Firma, auch Verlage sowie Sortiments- und Bahnhofsbuchhandlungen im gesamten Protektorat unter ihrer Kontrolle zu bringen, wirft auch neues Licht auf die bisher unbekannte Geschichte von alteingesessenen Buchhandelsunternehmen. Zur Sprache kommen auch andere Aspekte der deutschen Literaturpolitik im Protektorat, wie zum Beispiel **Preisverleihungen** und **Buchausstellungen**.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.132, 2021

Wien, am 25. Oktober 2021

01) Fertigstellung des neugestalteten Olivaer Platzes in Berlin-Wilmersdorf



Lädt zum Verweilen ein: Die weitläufigen Rasenflächen des neugestalteten Olivaer Platzes.
Bild: BACW/Brühl

Pressemitteilung vom 26.10.2021

Nach 10-jährigen Planungs- und Diskussionsrunden wurde im Jahr 2019 mit der Neugestaltung des Olivaer Platzes begonnen. Nunmehr ist auch der zweite Bauabschnitt fertiggestellt.

Mit der Neugestaltung erfolgt eine Qualifizierung der Platzanlage, die den zeitgemäßen Ansprüchen und Erfordernissen, auch im Hinblick auf den regionalen Klimawandel, an eine Grünanlage berücksichtigen.

Die Bewegungs- und Aufenthaltsflächen der Platzanlage sind barrierefrei hergestellt und bieten inklusive Angebote für jede Altersgruppe, von Spielflächen über verschiedenste Verweilangebote.

In der öffentlichen Diskussion kritisch begleitet, erfolgte eine Verjüngung der Vegetation. Alters- oder krankheitsbedingt abgängige Gehölze und Bäume wurden durch stadtklimafeste und hitzeverträgliche Nachpflanzungen ersetzt. Das anfallende Regenwasser auf befestigten Flächen in der Grünanlage wird über angrenzende Vegetationsflächen entwässert und unterstützt in Verbindung mit der automatisierten Bewässerungsanlage die künftige Pflege und den Unterhalt der Platzanlage und sichert somit die eingesetzte Investition nachhaltig.

Die multifunktionale Gestaltung der Parkplatzfläche erlaubt, neben der Funktion als Parkplatz, auch eine temporäre und vielfältige Nutzung aus unterschiedlichsten privaten und öffentlichen Anlässen.

Witterungsbedingt erfolgt eine feierliche Eröffnung mit dem Kinder- und Jugendparlament (KJP) und den Anrainer*innen im nächsten Frühjahr.

Baustadtrat Oliver Schruoffeneger

Schon jetzt gibt es positive Stimmen der Anwohnerinnen und Anwohner, dass die Neugestaltung des Olivaer Platzes ein Gewinn für die Nachbarschaft ist. Weitläufige Rasenflächen und ein niedriger Rahmen aus Strauch- und Staudenpflanzungen verbessern nicht nur die kleinklimatische Situation, verbunden mit der Parkpromenade im Süden und dem Platzbereich an der Konstanzer Straße (mit Wasserspiel und Urbanis-Pavillonneubau) tragen sie zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens aufgrund besserer Einsehbarkeit bei.

Stadtentwicklungssenator Sebastian Scheel:

Ich freue mich sehr, dass der Olivaer Platz mit Hilfe von rund 4,8 Millionen Euro aus Mitteln der Städtebauförderung zu einer zeitgemäßen Grünanlage mit barrierefreien und multifunktionalen Angeboten für jede Altersgruppe umgestaltet wurde. Die Fertigstellung der Platzgestaltung symbolisiert auch den erfolgreichen Abschluss der Gesamtmaßnahme „Aktives Zentrum City West“, für die das Programm Aktive Zentren seit dem Jahr 2009 wichtige Unterstützungen und Impulse gab.

Im Auftrag
Held

Kontakt

**Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

[Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)

Raum: 228

Tel.: [\(030\) 9029-12359](tel:(030)9029-12359)

Fax: (030)9028-12908

presse@charlottenburg-wilmersdorf.de

Anmerkung der Redaktion: Wir freuen uns, dass der nach Oliva (heute Stadtteil von Danzig in Westpreußen) benannte Platz so ansprechend gestaltet wurde. Möge nun auch die Aussprache des Namens Olíva von allen – Verkehrsbetriebe, Rundfunk- und Fernsehsprechern - angenommen werden: Betonung auf dem í!

02) Mirko Seebeck gewinnt mit seinem alternativen Reiseführer für Breslau (Wroclaw) den Selfpublishing-Buchpreis



WroclawGuide.com

Pressemitteilung vom 25. Oktober 2021

Mirko Seebeck gewinnt den Selfpublishing-Buchpreis

Mirko Seebeck hat mit seinem alternativen Reiseführer für Breslau (Wroclaw) den mit insgesamt über 24.000 € dotierten Selfpublishing-Buchpreis in der Kategorie Sachbuch/Ratgeber gewonnen.

Im Rahmen der Frankfurter Buchmesse am 23. Oktober 2021 wurde der mit insgesamt 24.000 € dotierte Selfpublishing-Buchpreis in den drei Hauptkategorien Belletristik, Kinder- und Jugendbuch sowie Sachbuch/Ratgeber und in der Sonderkategorie Lyrik vergeben. Autor Mirko Seebeck konnte sich gegen 1.138 Einsendungen durchsetzen und den begehrten „Selbie“ in der Kategorie Sachbuch/Ratgeber mit nach Hause nehmen. Er gewann damit ein Preisgeld von 5.000 € sowie ein lukratives Marketingpaket.



Das Buch "Breslau (Wroclaw) - ein alternativer Reiseführer" überzeugte die Jury: „Ein alternativer Zugang zu einer für viele unbekanntem Stadt höchst professionell umgesetzt, das präsentiert uns Mirko Seebeck in seinem Reiseführer, der wahrlich eine Einladung zum Entdecken von Wroclaw/Breslau ist.“

Im alternativen Reiseführer von Mirko Seebeck werden die Leser nicht mit komprimierten Informationen erschlagen, stattdessen werden 100 Orte aus der Gegenwart und Vergangenheit Breslaus mit spannenden, dramatischen und grotesken Geschichten vorgestellt. Außerdem bricht er mit der Tradition, dass nur der Autor zu Wort kommt – denn zahlreiche Breslauer, bekannte und unbekannt, verraten ihre drei ganz persönlichen Lieblingsorte!

Die aus verschiedenen Genres ausgewählten Titel spiegeln die besten selbst veröffentlichten Bücher des vergangenen Jahres wider. Die Hauptjury, bestehend aus je sieben Mitgliedern pro Kategorie, wählte aus den jeweiligen Longlists der drei Kategorien die überzeugendsten drei Bücher und schließlich die Siegeltitel.

Unter www.selfpublishing-buchpreis.de sind alle Gewinertitel, die Short- und Longlists und die Aufzeichnungen des Selfpublishing-Festivals zu finden, bei dem auch Mirko Seebeck einen Programmpunkt über Breslau gestaltet hat.

Der Selfpublishing-Buchpreis bietet unabhängigen Autorinnen und Autoren eine Bühne, um die Vielfalt und Qualität selbst veröffentlichter Bücher einem breiten Publikum vorzustellen. Vom 1.-31. Mai 2021 konnten Autorinnen und Autoren ihr Werk für den Wettbewerb einreichen.

Der Selfpublishing-Buchpreis wird von namhaften Sponsoren der Selfpublishing-Szene unterstützt, wie z. B. Books on Demand (BoD), der Neopubli GmbH (neobooks/epubli), tolino-media oder der Buchhandelskette Weltbild.

Mirko Seebeck, geboren 1986 in Detmold, lebt in Düsseldorf und Breslau. Auf der Suche nach seinen eigenen Wurzeln verliebte er sich in Breslau und schreibt nun gemeinsam mit seiner Partnerin im Städteblog WroclawGuide.com und in anderen Medien über die Stadt an der Oder. Mit Origami-Kanu und Drohne nähert er sich der Stadt aus ungewöhnlicher Perspektive. Derzeit wird eine Auswahl seiner Fotografien zum Thema "Breslau ≈ Wasser" in Breslau ausgestellt.

Am Samstag, dem 6. November ab 8:26 Uhr wird der Gewinertitel im Rahmen einer rollenden Buchvorstellung im sogenannten Kulturzug auf der Fahrt von Berlin nach Breslau präsentiert.

Weitere Informationen:

<https://www.wroclawguide.com>
<https://selfpublishing-buchpreis.de>

Pressekontakt:

Jeanette Lagall: jeanette.lagall@selfpublisher-verband.de
Mirko Seebeck: info@wroclawguide.com

Preis: 16,95 EUR

Erscheinungsdatum: 20. November 2020

ISBN: 978-3-9822338-8-8



03) Kulturstiftung virtualisiert donauschwäbische Heimatstube Batschsentiwan



Pressemitteilung

Nr. 25/2021

Kulturstiftung virtualisiert Heimatstube Batschsentiwan

Das Leuchtturmprojekt „Virtuelle Heimatsammlungen in Hessen“ wird seit August 2021 von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen durchgeführt. Es knüpft an das bereits seit über einem Jahr erfolgreich in Nordrhein-Westfalen laufende Projekt „Virtuelle Heimatsammlungen in NRW“ an. Das Hessen-Team der Kulturstiftung bilden Lydia Tosses, die das Projekt leitet, und Marc Stengel, der die technische Umsetzung betreut. Im Rahmen dieses Projektes besuchten sie vom 4. bis 6. Oktober die „Heimatstube Batschsentiwan“ im südhessischen Schaafheim. In ganz Hessen ist diese Stube die einzige, die sich mit der Geschichte der vertriebenen Donauschwaben befasst.

Dies war auch Anlass für Lydia Tosses und Marc Stengel, gerade aus dieser besonderen Heimatsammlung rund sechzig ausgewählte Objekte zu digitalisieren, Außen- und Innenaufnahmen sowie 360°-Panorama-Ansichten von der Heimatstube zu machen. Vor Ort wurden sie von Heimatstubentreuer Stefan Müller und der Ansprechpartnerin der „Heimatstube Batschsentiwan“, Johanna Mauritz-Gerischer, begleitet, die ihnen hilfreich mit Rat und Tat zur Seite standen und einige interessante Geschichten zu den aus der südosteuropäischen Region Batschka mitgebrachten Objekten zu berichten wussten. Die Region Batschka liegt heute auf ungarischem und serbischem Staatsgebiet.

Am 6. Oktober besuchte auch der Schaafheimer Bürgermeister, Daniel Rauschenberger (CDU), die Heimatstube und informierte sich über das Leuchtturmprojekt der Kulturstiftung und die Arbeit der Heimatstube. Er ließ sich einige besondere Exponate im Detail erklären und berichtete von einer persönlichen, bewegenden Begegnung mit einer Dame aus Batschsentiwan, die die Vertreibung selbst erlebt hatte. Die Digitalisierung und Vorstellung der Heimatsammlung im Internet sorgen dafür, dass diese Schicksale nicht vergessen werden.

Das Ergebnis der Virtualisierung wird demnächst unter www.heimatsammlungen.de zu sehen sein, wo bereits viele weitere digitalisierte Heimatsammlungen präsentiert werden. Dort können Ausstellungsobjekte besichtigt werden, sowohl in einer 360°-Rundumsicht als auch als 2D-Fotografie mit dazugehörigen Beschreibungen,

Berlin, 25.10.2021

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 228 915 12 20

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:
presse@kulturstiftung.org
www.kulturstiftung.org



Informationen und einem umfangreichen Glossar. Zudem ermöglicht das virtuelle 360°-Panorama der Heimatstube den Eindruck, als stünde man direkt in der Stube. Diese Ansicht lässt sich nach allen Seiten drehen, um den gesamten Raum mit den Objekten zu betrachten.

- Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen / (lto) & (tra)



Johanna Mauritz-Gerischer, Ansprechpartner der Heimatstube Batschsentiwan, Lydia Tosses, Projektleiterin der Kulturstiftung, Daniel Rauschenberger (CDU), Bürgermeister von Schaaheim



Vorbereitung von Exponaten für 3D-Aufnahmen



Heimatstubenbetreuer Stefan Müller inmitten der Sammlung

04) Heimatvertriebene und Heimatverbliebene trafen sich in Wiesbaden



Pressemitteilung

Nr. 24/2021

Heimatvertriebe und Heimatverbliebene trafen sich in Wiesbaden

Vom 22. bis 24. September trafen sich in Wiesbaden Vertreter der Landsmannschaften und deutschen Minderheiten aus dem östlichen Europa auf Einladung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen und der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in der FUEN (AGDM) zur Begegnungstagung „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene – Zwei Seiten der gleichen Medaille“.

Bereits vor der Konferenz hatten **Reinfried Vogler**, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung, und **Thomas Konhäuser**, Geschäftsführer der Kulturstiftung, sowie **Bernard Gaida**, Sprecher der AGDM, und **Renata Trischler**, Koordinatorin der AGDM, zusammen mit **Margarete Ziegler-Raschdorf**, Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, in der Hessischen Staatskanzlei Gespräche mit Hessens Staatssekretär für Europaangelegenheiten, **Mark Weinmeister**, über weitere Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geführt. Weinmeister sagte: „Wir arbeiten besonders mit Polen, Rumänien und Serbien eng zusammen. Dabei liegen uns auch die Belange der deutschsprachigen Minderheiten sehr am Herzen.“

Austausch in Hessen

Der Auftakt der Konferenz fand anschließend im Kloster Eberbach bei Wiesbaden statt, wo das Landesinnenministerium eine Besichtigung für alle Tagungsteilnehmer organisiert hatte. Bei einem Abendessen begrüßten dort die Kulturstiftung und AGDM die aus Deutschland und sechs europäischen Ländern angereisten Anwesenden.

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen des gemeinsamen Austausches in Wiesbaden. **Thomas Konhäuser**, Geschäftsführer der Kulturstiftung, dankte der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport für die Förderung der Tagung.

Berlin, 11.10.2021

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 228 915 12 20

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:
presse@kulturstiftung.org
www.kulturstiftung.org



Anschließend unterstrich **Margarete Ziegler-Raschdorf**, Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, das Bundesland Hessen wolle den Kontakt zu deutschen Minderheiten verstärken und sehe in ihnen eine Brücke zur Völkerverständigung. **Reinfried Vogler**, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung, erinnerte daran, dass auch nach großen Anstrengungen der Vergangenheit noch viel Verständigungsarbeit zu leisten ist: „Heute ist Europa Wirklichkeit geworden. Es ist noch viel zu tun, aber es ist der Anfang getan.“

Bernard Gaida, Sprecher der AGDM, nannte die Heimatvertriebenen und Heimatverbliebenen eine Schicksalsgemeinschaft. Beide Seiten müssten auf Augenhöhe zusammenarbeiten, um gemeinsame Ziele zu erreichen. In Dresden habe man im letzten Jahr die Kooperationsgrundlage geschaffen, die nun in Wiesbaden ausgebaut werden solle. So soll mit jeder folgenden Tagung stets auch ein gemeinsamer Schritt nach vorn getan werden, wünschte sich Bernard Gaida.

Kooperation auf Augenhöhe

Den ersten Impulsvortrag hielt **Hartmut Koschyk**, Parlamentarischer Staatssekretär a.D. und ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Er erinnerte daran, dass die Themen der Flucht und Vertreibung lange Zeit in der deutschen Politik ideologische Debatten auslösen konnten. Man habe nun aber vielfach diese Gräben überwinden können und so sei ein produktiver Dialog möglich geworden.

Nach seinem Referat übernahm **Hartmut Koschyk** auch die Moderation des ersten Panels des Tages. Die Landesbeauftragte **Margarete Ziegler-Raschdorf**, **Stephan Rauhut**, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien, **Reinfried Vogler**, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung, **Dr. Johannes Thießen**, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LMDR), **Bernard Gaida**, AGDM-Sprecher, **Ibolya Hock-Englender**, Vorsitzende der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, und **Dr. Olga Martens**, stv. Vorsitzende des Internationalen Verbandes für deutsche Kultur (IVDK) sprachen dabei über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Arbeit der Minderheitenorganisationen und Landsmannschaften.

Im zweiten Themenblock stand die Jugend im Fokus. Das von der Kulturstiftung und der AGDM gemeinsam ins Leben gerufene Junge Netzwerk „Zukunft“ hat sich zum Ziel gesetzt, als Gesprächs- und



Begegnungsplattform Jugendorganisationen der Landsmannschaften und deutschen Minderheiten zu verbinden. Über diese und weitere Kooperationen sprachen **Renata Trischler** und **Thomas Konhäuser** mit **Erika Erhardt**, Jugend-LMDR e.V., **Oskar Zgonina**, Vorsitzender des Bundes der Jugend der Deutschen Minderheit (BJDM) in Polen, **Tobias Rehm**, Vorstandsmitglied im Bund Junges Ostpreußen, **Klaus Weber**, Beisitzer im Vorstand der Deutschen Banater Jugend- und Trachtengruppen, **Michal Urban**, Vorsitzender der Jugend- und Kulturorganisation (JUKON) in Tschechien, und **Stefanie Januschko**, Sudetendeutsche Jugend. Online zugeschaltet waren zudem **Elena Klassen**, Jugendring der Russlanddeutschen, und **Hanna Klein**, Deutsche Gemeinschaft in Kroatien.

Identität und kulturelles Erbe

Den dritten Themenblock zu Fragen der eigenen Identität leitete **Bernard Gaida** mit einem Impulsreferat über die Arbeit des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) im Vorfeld der Volkszählung 2021 in Polen ein. Der Dachverband der deutschen Minderheit in Polen, dessen Vorsitzender Bernard Gaida ist, rief vor der Zählung die Bevölkerung dazu auf, sich zu ihrer Identität zu bekennen.

Die anschließende Diskussion moderierten **Dr. Kathleen Beger**, Wissenschaftliche Referentin der Kulturstiftung für Staats- und Völkerrecht, (Zeit-)Geschichte, Literaturgeschichte, und **Tomáš Randýšek**, Referent der Kulturstiftung für Öffentlichkeitsarbeit. Sie sprachen mit **Klaus Plaszczyk**, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier, **Renata Trischler**, AGDM-Koordinatorin, **Dr. Maria Werthan**, Landsmannschaft der Banater Schwaben und Bundesvorsitzende BdV-Frauenverband, **Alfred Freistädter**, Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn, **Ilze Garda**, Vorsitzende des Verbandes der Deutschen in Lettland, und **Bernard Gaida** über Identitätsfragen und deren Bedeutung für die Position von Minderheiten in ihrem Heimatland und für die Kulturarbeit der Landsmannschaften.

Den letzten Themenblock des Tages zur Bewahrung des kulturellen Erbes leiteten **Dr. Martin Sprungala**, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Weichsel-Warte, und per Online-Zuschaltung **Gabrijela Bogišić**, Geschäftsführerin des Deutschen Vereins St. Gerhard im serbischen Sombor, ein. Dr. Sprungala verwies in seinem Referat darauf, dass man die Erinnerungen von Zeitzeugen als wichtigen Wissensschatz aufzeichnen müsse. Gabrijela Bogišić konnte einige erste Einblicke in das neue Donauschwäbische Museum gewähren, das in Sombor entsteht.



Die anschließende Diskussion moderierten **Renata Trischler** und **Matthias Lempart**, Referent der Kulturstiftung für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Sie sprachen mit **Dr. Martin Sprungala**, **Joanna Hassa**, stv. Geschäftsführerin der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Opperler Schlesien (SKGD), **Otto Harfmann**, stv. Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Donauschwaben, **Ilze Garda**, Vorsitzende des Verbandes der Deutschen in Lettland, **Aina Balaško**, Ehrenvorsitzende des Verbandes der Deutschen in Lettland, und **Michael Anger**, Deutsch-Baltische Gesellschaft, über bereits bestehende und ausbaufähige Kooperationen. Zugeschaltet war zudem **Dr. Ondrej Pöss**, Vorsitzender des Karpatendeutschen Vereins in der Slowakei.

Vergangenheit und Zukunft

Am letzten Tag der Konferenz „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene – Zwei Seiten der gleichen Medaille“ folgten die Teilnehmer der Einladung in das Hessische Ministerium des Innern und für Sport zu einem Gespräch mit Landesinnenminister **Peter Beuth**. Der Minister würdigte die Arbeit, die Vertriebene bei dem Wiederaufbau Hessens nach dem Zweiten Weltkrieg geleistet haben und sprach ihnen dafür großen Dank aus. Nun gelte es, ihre Erinnerungen und Kultur zu erhalten, auch wenn die Erlebnisgeneration dies nicht mehr selbst gestalten könne. Die Stärkung der Jugendarbeit und ihren grenzüberschreitenden Ausbau in Zusammenarbeit mit der Kulturstiftung und AGDM unterstütze er ebenso wie die Initiative, auf europäischer Ebene Standards für den Umgang mit Minderheiten zu schaffen.

Oskar Zgonina, BJDM-Vorsitzender und Mitglied des Jungen Netzwerks „Zukunft“, erklärte anlässlich des Treffens: „Was uns verbindet, ist Heimatliebe und die Identitätsfrage“. Nach der letztjährigen Konferenz sei bereits viel geschafft worden, die Tagung in Wiesbaden sei nun die erfolgreiche Fortsetzung und Festigung dieser Arbeit und eine neu geschaffene Tradition, die auch weiterhin gepflegt werden müsse.

- Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen / (tra)

Einen ausführlichen Tagungsbericht finden Sie auf der Webseite der Kulturstiftung: www.kulturstiftung.org (direkter Link zum Tagungsbericht: <https://kulturstiftung.org/beitraege/allgemein/heimatvertriebe-und-heimatverbliebene-kamen-in-wiesbaden-zusammen>)



Die Konferenz „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene – Zwei Seiten der gleichen Medaille“ fand zum zweiten Mal statt



Für die Vernetzung der Jugendorganisationen der Heimatvertriebenen und Heimatverbliebenen haben Kulturstiftung und AGDM das junge Netzwerk „Zukunft“ gegründet



Bei der Begegnungstagung in Wiesbaden gab man den zwei Seiten einer Medaille ein gemeinsames Gesicht



Familienfoto mit Landesinnenminister Peter Beuth

05) Wanderfahrt durchs Sudetenland



Es sei, sagt Jürgen Tschirner, ein „Zufallstreffer“ gewesen: Bei der Suche nach einer alten Landkarte fand der in Leipzig ansässige Verleger mit seiner aus **Leitmeritz** / Litoměřice stammenden Frau Kateřina in einem Antiquariat ein altes Spiel aus dem Jahr 1950, erschienen in Fritsch's Landkartenverlag in Hof (Saale). Der Titel: „Wanderfahrt durchs Sudetenland“. Auf dem **Heiligenhof** bei Bad Kissingen war das Spiel von der **Sudetendeutschen Jugend** entworfen worden. Spielregelausarbeitung und Zusammenstellung stammen von **Rolf Nitsch**. Mit wenig Änderungen und einem „Blick durchs Schlüsselloch“ (Tschirner) in eine Zeit, als für viele Vertriebene der **Schmerz** und die **Sehnsucht nach der Heimat** sehr präsent war, kommt die „Wanderfahrt“ in diesem Jahr wieder auf den Markt. „Während der Herstellung haben wir viel Wissenswertes und für uns Neues aus unserem Nachbarland und seine deutsch-böhmische Geschichte erfahren. Dies hat uns sehr bereichert“, sagte Tschirner der „Sudetenpost“. Von der **Moldauquelle bis nach Prag** führt diese Wanderfahrt. „Normalerweise würde eine Reise durch das Sudetenland entlang der Grenzen des heutigen Tschechien wohl mehrere Tage in Anspruch nehmen. Glücklicherweise lässt sich das Gebiet bald in 70 Spielzügen erkunden.“ Die Teilnehmer müssen Fragen beantworten wie: „Welcher Industriezweig hat Reichenberg berühmt gemacht?“ Oder: „Gegen welche Leiden helfen die Franzensbader Quellen?“

Verändern wollten Tschirner und Kosová an dem Original so wenig wie möglich, nur die Schrift musste etwas größer gedruckt und damit auch der Zielgruppe gerecht werden. Denn Interesse an dem Spiel zeigten meist Menschen, die noch zur **Generation der Vertriebenen** gehören. „Oma und Opa sollen den Enkeln etwas von ihrer Heimat erzählen.“ Auf diese Weise ließen sich **Spielspaß und Erinnerung verbinden**. Es ist kein Wunder, dass gerade dem Verleger-Ehepaar das Spiel in die Hände fiel. Tschirner und seine Frau bewegen sich seit Längerem im Bereich deutsch-tschechischer Vergangenheit. Erst im Vorjahr haben sie in ihrem Verlag die deutsche Übersetzung des Buches „**Blutiger Sommer 1945**“ ([siehe SdP025](#)) herausgebracht, das die Vertreibung thematisiert. Das Interesse des Verlegers an dem Thema ergibt sich fast zwangsläufig aus seiner Biographie: Die Großeltern stammten aus Schlesien, Tschirners Frau ist Tschechin. (fac)

Die „Wanderfahrt durchs Sudetenland“ ist für **39,80 Euro** (zuzüglich Versandkosten) bestellbar beim **Verlag Tschirner & Kosová**, Zum Harfenacker 13, D 01479 Leipzig bzw. unter juergen.tschirner.leipzig@gmail.com.

[Hier sehen Sie weitere Details des Spiels](#) – Frau Zeihsel berichtete von einem „*sehr unterhaltsamen Heimatabend*“ in der Vorwoche, als die Wanderfahrt von Landsleuten ausführlich „getestet“ wurde!

<https://drive.google.com/drive/folders/1Bvvn3ZtN22aKpsSGZEFN3K91NVkKSgNv>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 128, 2021

Wien, am 18. Oktober 2021

06) Gunthersteig: Deutsch-tschechischer Pilgerweg eröffnet

Auf dem Gebiet des Kreises Pilsen / Plzeň sowie Niederbayerns ist der 162 Kilometer lange Pilgerweg „**Gunthersteig**“ (auf Tschechisch: Vintířova stezka) eröffnet worden. Er bietet neun Tagesetappen, die an Orte führen, die mit dem Leben des Mönches Gunther (um 955 - 1045) verbunden sind. Entlang der Strecke werden nun noch 100 Apfelbäume gepflanzt sowie Bänke und Informationstafeln aufgestellt. Darüber informierte die Pilsener Kreisrätin **Marcela Krejsová** (Bürgerdemokraten) die Presseagentur ČTK.

Der Weg führt vom deutschen **Niederalteich** über Rinchnach nach Zwiesel, auf tschechischer Seite entlang **Gutwasser** / Dobrá Voda und **Hartmanitz** / Hartmanice bis nach **Blatna**. Die Eröffnung fand anlässlich des 976. Todestages des **Benediktinermönches Gunther** statt, auf den die Klostergründung in Rinchnach zurückgeht. [Hier geht es zur Seite](#), die – auch fürs Auge - sehr schön aufgebaut ist. Zudem hat man sich bemüht, die deutschen Ortsbezeichnungen im tschechischen Abschnitt einzupflegen:

<https://www.gunthersteig.com/>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 133, 2021

Wien, am 27. Oktober 2021

07) Ein Placebo ohne Legitimität: Dreier Landtag & Euregio Tirol

[Bitte sehen Sie hier](#) einen an die Medien versandten Leserbrief von **Alois Wechselberger MAS**, Obmann des **Andreas Hofer-Bundes Tirol** zur Thematik Dreier Landtag & Euregio Tirol.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 133, 2021

Wien, am 27. Oktober 2021

Ein Placebo ohne Legitimität? Dreier Landtag & Euregio Tirol

Auch wenn es immer noch einige nicht wahr haben wollen, die 1988 gegründete Euregio Tirol ist eine inhaltslose Farce, ein Placebo, um den Bürgerinnen und Bürgern vorzugaukeln, dass die mehrfache* Teilung Tirols überwunden ist. Die politischen Ankündigungen sind nichts anderes als Schall und Rauch und die paar Werbetafeln an den Autobahnen oder die überschaubaren, medial aufgeblasenen Projekte tun dem keinen Abbruch. Selbst bei der geographischen Darstellung der sogenannten Europaregion Tirol tut sich die Politik schwer (siehe das Unterschlagen jener Teile Tirols, die 1923 ungefragt, gegen den ausdrücklichen Willen der Betroffenen durch Rom an das Belluno abgetreten wurden).

Die jüngsten Umfragen zeigen deutlich, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten, dieses „politische Fantasiewerk“ nicht nur ablehnen, sondern es quasi als politische Show erkennen, die durch hart erarbeitete Steuern sogar finanziert wird.

Neben dem fehlenden politischen, sozial-ökonomischen sowie rechtlichen/exekutiven Rahmen ist ein wesentlicher Grund für das negative Image dieses „Wanderzirkus“ vor allem in der fehlenden Legitimität durch den Souverän, also durch das Wahlvolk, zu sehen. Offenbar ist unseren „Musterdemokraten“ Platter, Kompatscher und Fugatti noch nie in den Sinn gekommen, die fehlende Legitimität der EuroRegio Tirol durch freie Wahlen in allen Teilen Tirols (inkl. der tirolerischen Anteile im Belluno) bestätigen zu lassen. Wien und Rom wären gezwungen, mehr Selbstverwaltung und Autonomie zuzulassen. Unter anderem würde durch eine solche Legitimität als positiver Nebeneffekt die Implementierung einer „Tiroler Identitätskarte/Landesbürgerschaft“ (ähnlich einem Personalausweis) wesentlich leichter umzusetzen sein. Das Wir-Bewusstsein, Solidarität und Gemeinsames würde unserer Tiroler Heimat über alle Gesellschaftsschichten gut tun. Allerdings fürchten sich offenbar unsere Systempolitiker in den dreien Tiroler Provinzhauptstädten, in Rom und in Wien davor, der eigenen Bevölkerung ein Stück mehr an Selbstbestimmung (i.R. des Völkerrechts) zu gewähren!

*) Nord-, Ost-, Süd-, Welschtirol und tirolische Teile im Belluno

Mit Gesamttiroler Gruß

Alois Wechselberger, MAS
Obmann
Tel. 0699 177 00 255

01) Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941: Neue Dokumente, Perspektiven, Forschungsansätze

Lüneburg

Veranstalter

Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

Datum

09.07.2021 - 09.07.2021

Von

Lena Radauer, Nordost-Institut – Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (IKGN), Lüneburg

Das wissenschaftliche Kolloquium stand im Zeichen des 80. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion. In vier Panels wurden unterschiedliche Aspekte des Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion beleuchtet und diskutiert. Während zwei Panels explizit neuen digitalen Repositorien und deren Erkenntnispotential gewidmet waren, zog sich die Frage nach den Quellen der Geschichtswissenschaft als roter Faden durch das Kolloquium. Ebenso im Zentrum der Diskussion standen das Individuum und die Erfahrung des Krieges durch den Einzelnen bzw. die Einzelne.

Einleitend wurden in zwei Vorträgen die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion während der ersten Phase des Zweiten Weltkriegs dargestellt. Einig waren sich beide Vortragende nicht nur in ihrer Einschätzung, dass Stalin keineswegs vom Angriff auf die Sowjetunion durch das nationalsozialistische Deutschland überrascht wurde, sondern auch in ihrer Gewichtung der internationalen Situation, wenn es um die Analyse der Ereignisse im Juni 1941 geht. CLAUDIA WEBER (Frankfurt an der Oder) wies zudem auf die Bezüge zwischen Stalins Verhalten 1939 und im Juni 1941 hin, während ALEKSANDR ČUBAR'JAN (Moskau) auf die Spannungen im Verhältnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion in diesem Zeitraum einging. Beide Vorträge zeigten, dass auch in diesem viel erforschten Kapitel der Geschichte weiterhin offene Fragen bleiben.

Die restlichen Panels fanden als auf Forschungsberichten basierende Diskussionsrunden statt. Einen zentralen Platz nahm die Vorstellung zweier aktueller Projekte ein, die Archivakten zur deutsch-sowjetischen Geschichte im Internet aufbereiten. ANDREJ JURASOV (Moskau), präsentierte das Projekt *victims.rusarchives.ru*, das Dokumente zu den deutschen Besatzungsverbrechen aus verschiedenen regionalen Archiven der russischen Föderation auf der Projektwebseite zugänglich macht. MATTHIAS UHL (Moskau) stellte das binationale Digitalisierungsprojekt *germandocsinrussia.org* vor, in dessen Rahmen das DHI Moskau die in verschiedenen Archiven der Russischen Föderation befindlichen deutschen Beuteakten online stellt.

Das Erkenntnispotenzial der Akten sowohl als Beleg als auch als Basis für neue Themen wurde im Anschluss von MICHEL SCHEIDEGGER (Zürich/Potsdam) und CHRISTIAN STEIN (Freiburg) gezeigt, die sich in ihren Dissertationsprojekten auf die digitalisierten Akten der Wehrmacht aus dem Bestand 500 des Zentralarchivs des Verteidigungsministeriums der Sowjetunion (CAMO) stützen. Dabei ließen sich auch kulturgeschichtliche Informationen zur Wehrmacht aus den Akten ziehen. Scheidegger untersucht den Charakter der deutschen Kriegsführung anhand der Fallstudie der 35. Infanteriedivision, die erst dank der neuen Dokumentenfülle möglich wurde. Er stellt zwar

den Verlust an militärischer Taktik fest, gleichzeitig aber auch die auf einem nicht-hierarchischen Informationsaustausch basierende Lernfähigkeit der Wehrmacht. Neben Strategien sei auch die Kultur der Gewalt „von unten“ weitergegeben worden. Ähnliches fand Stein über die Dynamiken der im Rückzug befindlichen Wehrmacht in der zweiten Kriegshälfte heraus: Er stellte eine Radikalisierung und einen Handlungswillen bei den unteren Reihen der Wehrmacht fest, indem sie beispielsweise mit ihrer Selektierung nicht-arbeitsfähiger Zivilisten dem Befehl des Armeestabes vorgriffen.

Das Thema der Gewalt, die sich seit 1943 auch immer häufiger gegen die eigenen Reihen der Wehrmacht richtete, spielte nicht nur bei Stein und Scheidegger eine große Rolle. JOHANNES SPOHR (Berlin) sprach über die militärische Krise der Wehrmacht im Reichskommissariat Ukraine, vor deren Hintergrund Gewalt an der Bevölkerung verübt wurden. Er präsentierte Ideologie als wichtigen Faktor in der Mentalität der Aggressoren, stellte aber fest, dass sich einzelne Akteure wider das brutale Vorgehen gegen die ukrainische Zivilbevölkerung aussprachen. Er plädierte für die Nutzung von „Quellen des lokalen Wissens“ – Dorfchroniken, Erinnerungsberichte, Briefe, Interviews, Tagebücher –, die Betroffenen eine Stimme verleihen.

Genau das tut MIKHAIL MELNICHENKO (St. Petersburg), dessen Plattform *pozhitto.org* sich der Sammlung von Tagebüchern zur russisch-sowjetischen Geschichte verschrieben hat. Allein aus der Metadatenanalyse lässt sich beispielsweise ablesen, dass während der Blockade von Leningrad mehr Frauen Tagebücher schrieben, als dies zu anderen Zeiten der sowjetischen Geschichte üblich war.

Die Frage der Umstände, unter denen die Interviews entstanden, die das Projekt „Soviet survivors of Nazi occupation – the first interviews“ zugänglich macht, standen im Mittelpunkt des Beitrags von JOCHEN HELLBECK (New Brunswick, NJ). Er legte die Einzigartigkeit der Quellen dar, die unmittelbar nach der Befreiung von der deutschen Okkupation mit den Bewohnern durchgeführt wurden, für deren Glaubhaftigkeit er eintrat. Sie ließen beispielsweise den Schluss zu, dass die Schlacht von Stalingrad einen ideologischen Wendepunkt darstellte: Als Reaktion auf die Gräueltaten der Deutschen hätte sich die Bevölkerung dem Bolschewismus zugewandt.

In der Diskussion wurde die Frage angestoßen, ob von einer eigenen Schule der Oral History in der Sowjetunion gesprochen werden könne. Vorgeschlagen wurde auch die Untersuchung der Rolle Maxim Gorkis, der Isaak Minc maßgeblich bei der Durchführung von Zeitzeugengesprächen beeinflusste. Vieles erfuhr man im Lauf der Veranstaltung über die Besonderheiten historischer Quellen aus der Sowjetunion, wie über das Phänomen der „Selbstbiographie“ oder die Zensur. Erstaunlich war beispielsweise die Erkenntnis, dass etwa Frontsoldaten oder Partisanen durchaus Spielräume nutzten, wovon überlieferte Tagebücher zeugen.

Mitschnitte des Kolloquiums sind auf der Webseite der Kommission zugänglich. [\[1\]](#)

Konferenzübersicht:

Deutschland und die Sowjetunion: 1939–1941

Claudia Weber (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt an der Oder): Barbarossa und das Ende des Hitler-Stalin Pakts. Optionen und (Fehl-)Einschätzungen im Juni 1941

Seite 392 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

Aleksandr Čubar'jan (Institut für Rusländische Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau): Am Vorabend der Tragödie. Stalin und die internationale Krise, September 1939–Juni 1941

Neue Aktenbestände: Praxis und Erkenntnisse I. Militärgeschichte des Zweiten Weltkriegs

Matthias Uhl (Deutsches Historisches Institut Moskau), Michel Scheidegger (ETH Zürich/Universität Potsdam), Christian Stein (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg)

Neue Aktenbestände: Praxis und Erkenntnisse II. Die deutsche Besatzung der Sowjetunion

Andrej Jurasov (Föderale Archivagentur der Russischen Föderation, Moskau), Irina Makhalova (Higher School of Economics, Moskau), Mikhail Melnichenko (Projekt Prožito für die Erforschung von Ego-Dokumenten, Europäische Universität St. Petersburg)

Frontalltag: deutsche und russische Perspektiven

Jochen Hellbeck (Rutgers University, New-Brunswick, NJ), Vasilij Christoforov (Institut für Rusländische Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau), Vladimir Nevežin (Institut für Rusländische Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau), Johannes Spohr (present past, Archivdienst für Recherchen zum Nationalsozialismus in Familie und Gesellschaft, Berlin)

Schlussreflexionen

Jörg Baberowski (Humboldt-Universität zu Berlin), Joachim Tauber (Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V., Universität Hamburg), Aleksandr Čubar'jan (Institut für Rusländische Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau)

Anmerkung:

[\[1\]http://www.deutsch-russische-geschichtskommission.de/kolloquium-2021-mit-videomaterial/](http://www.deutsch-russische-geschichtskommission.de/kolloquium-2021-mit-videomaterial/).

Zitation

Tagungsbericht: Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941: Neue Dokumente, Perspektiven, Forschungsansätze, 09.07.2021 – 09.07.2021 Lüneburg, in: H-Soz-Kult, 28.10.2021, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9104.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Das Eigene und das Fremde: Wahrnehmungen des anderen deutschen Staates in der DDR und in der Bundesrepublik

Berlin

Veranstalter

Freie Universität Berlin, Friedrich-Meinecke-Institut, gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Datum

16.09.2021 - 17.09.2021

Von

Hannes Bock, Friedrich-Meinecke-Institut, Freie Universität Berlin

Die Geschichte der beiden deutschen Gesellschaften im geteilten Deutschland war eine Geschichte des aufeinander Blickens, des gegenseitigen Vergleichens und der gezielten Abgrenzung vom jeweils anderen. Im Kalten Krieg standen sich so über mehrere Jahrzehnte zwei Gesellschaften in Distanzierung und Konkurrenz gegenüber, die für sich beanspruchten, eine eigene und zukunftsfähige Lehre aus der nationalsozialistischen Herrschaft gezogen zu haben. Zugleich blieben sie durch eine gemeinsam geteilte Geschichte und Kultur verbunden, was eine vollständige Abgrenzung vom jeweiligen Gegenüber wiederum unmöglich machte. In diesem Spannungsfeld der Gemeinsamkeiten und Unterschiede manifestierten sich in den beiden deutschen Gesellschaften über die Zeit Fremd- und Selbstbilder, die ohne den gegenseitigen Bezug aufeinander zu keinem Zeitpunkt lebensfähig waren. Sie können deshalb nicht losgelöst voneinander beschrieben sowie verstanden werden.

Unter dieser verflechtungshistorischen Perspektive näherten sich die Teilnehmern der von ARND BAUERKÄMPER (Berlin) organisierten Tagung den Fragen zur Selbst- und Fremdwahrnehmung innerhalb der beiden deutschen Staaten sowie ihrer Wirkkraft über das Jahr 1990 hinaus. In seinen einleitenden Worten betonte Bauerkämper den multiperspektivischen Ansatz der Tagung, innerhalb der – basierend auf einer kognitiv-konstruktivistischen Deutung menschlicher Wahrnehmung bzw. Weltdeutung – Fragen zur Entwicklung der Selbst- und Fremdbeschreibungen, ihrer gegenseitigen Beeinflussung sowie den ihnen zugrunde liegenden kommunikativen Austauschprozessen behandelt und diskutiert werden sollten. Grundlage hierfür war das sozialwissenschaftliche Framing-Konzept David A. Snows und Robert D. Benfords.

JAN HOFFROGGE (Münster) befasste sich in der ersten Sektion mit der Beständigkeit von Blickhierarchien an der innerdeutschen Grenze auch über das Jahr 1990 hinaus. Ausgehend von der Arbeit der bundesdeutschen Grenzinformationsstellen, die bis zur Wiedervereinigung dezentral organisiert waren, zugleich jedoch zur Festigung des eigenen Selbstbildes beigetragen hatten, konnte Hoffrogge am Beispiel der heutigen Gedenkstättenarbeit des Deutsch-Deutschen Museums Mödlareuth sowie der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn herausarbeiten, dass trotz einer verstärkten Integration ostdeutscher Erlebnisse und Sichtweisen auch nach der Einheit zum Teil an veralteten Perspektiven festgehalten wird. Die professionalisierte Gedenkstättenarbeit, die den ehemaligen Bürgern der DDR als wichtige Zielgruppe ausgab, behielt trotz diversifizierter Ausstellungskonzepte in einigen Bereichen alte Rezeptionsmuster bei. Besonders offenkundig ist dies am Blick auf die Grenze nachzuweisen. Die ausgestellten Modelle der Grenzsperranlagen offerieren nach wie vor eine vorrangig westdeutsche Perspektive, die – teilweise entgegen der örtlichen Gegebenheiten – die Aufmerksamkeit auf den restriktiven Charakter des ostdeutschen Grenzregimes lenkt. Die Kontinuität und Langlebigkeit alter Fremdbilder, die maßgeblich Teil der eigenen Selbstkonstruktion waren,

stechen hier heraus. Der Blick auf die deutsch-deutsche Grenze ist bis heute vor allem bundesdeutsch geprägt und fängt weniger die vielfältigen Perspektiven der Bewohner der ehemaligen DDR ein, die in aller Regel erst ab Ende 1989 die Grenzorte erkunden konnten. Alte Blickhierarchien sind demzufolge auch im vereinigten Deutschland keineswegs der Vergessenheit anheimgefallen. Vielmehr stellen sie weiterhin einen konstitutiven Bestandteil des bundesrepublikanischen Selbstbildes dar.

Aus einer anderen Richtung näherte sich ULRICH PFEIL (Metz) der Frage der Selbst- und Fremdwahrnehmung. Er beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der Bedeutung des Walther-Ulbricht-Stadions in Ost-Berlin für das Selbstbild der noch jungen DDR. Anhand der Auswertung unterschiedlichster Zeitungsartikel – insbesondere aus der Bauphase – wies er nach, dass der Errichtung der Sportstätte ein spezifisches Sendungsbewusstsein zugrunde lag. Das zukünftige Stadion sollte nach Auffassung der SED-Führung die Schaffenskraft der staatssozialistischen Gesellschaft repräsentieren. Dabei war es als Gegenentwurf zum „bürgerlichen“ Wiederaufbau konzipiert, der vermeintlich nur Altes zu konservieren versprach, auch wenn der ans Bauhaus erinnernde Stil diesem Sendungsbewusstsein eigentlich entgegenstand. Für die „sozialistische Zukunft“, die sich unter anderem in sogenannten zivilen „Aufbausonntagen“ zu offenbaren schien, warb die SED zudem in den westlichen Stadtbezirken. Dies geschah auch mit dem Ziel, Ernst Reuters West-Berlin propagandistisch zu delegitimieren. Die fertiggestellte Sportanlage wurde dabei im „Neuen Deutschland“ als Symbol des Friedens gepriesen, das die vorgebliche Leistungsfähigkeit der „neuen“ Gesellschaft in Abgrenzung zum bürgerlich-kapitalistischen Westen dokumentieren sollte. Das offizielle staatliche Framing durch die DDR-Gazetten darf dabei nicht als völlig deckungsgleich mit der gesellschaftlichen Wahrnehmung verstanden werden. Insbesondere der in Anspielung auf Walther Ulbrichts Bart geläufige Spitzname des Stadions „Zickenwiese“ deutet darauf hin, dass innerhalb der DDR-Bevölkerung durchaus divergierende Bilder verbreitet waren. Die Annahme der Existenz parallel bestehender Framings muss vor diesem Hintergrund betont werden. Folglich schloss der anschließende Diskussionsteil mit der Forderung, gerade diesen Aspekt in der zukünftigen Forschung stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

ANDREAS MORGENSTERN (Schiltach) richtete seinen Blick auf die Wahrnehmung des Kinzigtals (Baden-Württemberg) aus ostdeutscher Perspektive. Am Beispiel der Außendarstellung dieser Schwarzwaldregion konnte Morgenstern nachweisen, dass die existierenden Selbst- und Fremdbilder keinesfalls epistemische Konstrukte waren, die sich allein aus einer dichotomen Gegenüberstellung zweier „Leitbilder“ zusammensetzten. Für die Fremdwahrnehmung des in der französischen Besatzungszone liegenden Kinzigtals waren diesbezüglich antifranzösische Stereotype ähnlich wichtig wie antibundesdeutsche sowie antiwestliche Vorurteile. In der DDR-Presse der frühen 1950er-Jahre galt die Region daher zum einen als Rückzugsort für „Altnazis“, das heißt als Gebiet, in dem unter französischem Schutz der Nationalsozialismus weiterhin lebendig war. Zugleich verbreiteten die Presseorgane das Bild einer durch die Franzosen ausgeplünderten und „kolonisierten“ Region, die darüber hinaus als mögliches Aufmarschgebiet für die französischen Truppen dargestellt wurde. Partiiell waren diese Vorstellungen in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen anschlussfähig. So galt in Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft die französische Zone noch in den 1980er-Jahren als „kolonisiertes“ Gebiet. Dabei wurde mancherorts von den Franzosen als „Russen des Westens“ gesprochen. Zudem ging mit dieser Fremddarstellung indirekt eine Relativierung der sowjetischen Besatzungspolitik einher, die sich unter anderem in der Demontage der ostdeutschen Industrie und Infrastruktur niedergeschlagen hatte. Das sich daraus ergebende Fremdbild basierte somit auf einer Verbindung verschiedener Vorstellungen. Daraus ergab sich eine Parallelität nationaler und transnationaler Fremd- und Feindbilder, die erst in ihrem Zusammenspiel verstanden werden können. Neben altbewährten antifranzösischen

Stereotypen etablierte sich die Vorstellung von der vermeintlich besetzten westdeutschen Gesellschaft und in Abgrenzung dazu diejenige der „freiheitlich-sozialistischen“ Wir-Gruppe der DDR. Es kann in diesem Sinne von einem Spannungsfeld gesprochen werden, das für die Gesamtsicht auf die westdeutsche, aber auch die ostdeutsche Gesellschaft konstitutiv war.

Moderiert von DIERK HOFFMANN (Potsdam), näherte sich CHRISTOPH LORKE (Münster) anhand der Wahrnehmung sozialer Randlagen und Außenseiterrollen dem Tagungsthema. Er wies dabei vor allem auf die Ausdifferenzierung der Selbstbilder der Gesellschaften hin, die sich in Form einer Binnendifferenzierung, das heißt der Benennung von der Gesellschaft inhärenten Fremdgruppen niederschlug. Dabei herrschte in Bezug auf die sozial Ausgegrenzten durchaus eine gewisse Gleichförmigkeit in der Darstellung vor. Dies zeigte sich besonders augenscheinlich in den Diskursen zur Kinderarmut. Hier argumentierte man in Ost und West gleichermaßen mit der individuellen Schuld der Betroffenen. Die Kinder galten hierbei jeweils als „Opfer“ ihrer Eltern. Die Verantwortung wurde somit keinesfalls im politischen System selbst gesucht. Das soziale Fremde galt vielmehr als Folge individueller Fehlleistungen und gescheiterter Existenzen. Dadurch konnte die Vorstellung vom eigenen, politisch-ökonomischen überlegenen System relativ stabil gehalten werden. Lorke konnte damit aufzeigen, dass die Konstruktion des sozialen Fremden in beiden Gesellschaften ähnlich verlief und es durchaus zu Überschneidungen kam, die auch weit über die Wiedervereinigung hinaus wirkmächtig blieben. Überdies darf die transnationale Dimension nicht aus dem Blick geraten. Denn im Kontext des Systemkonflikts war für das jeweilige Selbstbild die soziale Situation im kapitalistischen bzw. sozialistischen Ausland eine äußerst relevante Kategorie. Noch Ende der 1980er-Jahre pries der Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Harry Tisch, die Überlegenheit des Sozialismus und zog dafür als Vergleich die Lage der Frauen in den USA heran. In der Bundesrepublik wiederum bezog man sich vorzugsweise auf die „Dritte Welt“. So sei die soziale Lage im westdeutschen Staat allen Unkenrufen zum Trotz eine äußerst privilegierte. Hier argumentierte man gemäß dem Motto: Wer in Äthiopien als reich gelte, der würde in Sindelfingen als arm angesehen werden. Dabei fungierte nunmehr das „außerdeutsche“ Fremde als Spiegel, vor dem der eigene sozialpolitische Erfolg weithin sichtbar gemacht werden konnte. Auf das Sozialsystem des jeweiligen deutschen Komplementärstaates nahm wiederum vor allem die DDR fortwährend Bezug, die damit stärker auf die Bundesrepublik als Reflexionsfläche angewiesen war als andersherum.

In einem letzten Beitrag befasste sich YVONNE HILGES (Heidelberg) mit der Einordnung des sogenannten „Radikalenerlasses“ im Zusammenhang des deutsch-deutschen Systemkonflikts. Dieser von Willy Brandt im Frühjahr 1972 verkündete Erlass kann als weiteres Beispiel für die Zerrissenheit innerhalb der deutschen Gesellschaften angeführt werden. An ihm lässt sich – ähnlich wie im Beitrag Lorkes – plastisch zeigen, dass in den Jahrzehnten des Kalten Krieges keinesfalls monolithische Selbstbilder im geteilten Deutschland vorherrschten, die allein eine inklusive Wirkung hatten. Auch innerhalb der westdeutschen Gesellschaft bildeten sich vielmehr oppositionelle Subgruppen heraus, die als fremd wahrgenommen und teilweise als Feinde diffamiert wurden. Hierbei handelte es sich nunmehr allerdings nicht um eine soziale, sondern um eine politische Fremdgruppe. Die linken und kommunistischen Protestbewegungen in der Bundesrepublik dienten dabei vor dem Hintergrund des propagierten Antikommunismus insbesondere innerhalb der bürgerlichen Parteien Westdeutschlands als Feindbilder. Vornweg galt die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) nach ihrer Gründung 1968 als zentraler Antagonist für die „Bürgerlichen“. Die DKP wurde als wichtigste Kraft subversiver Agitation angesehen. Dieses Feindbild wies darauf hin, dass Identitätsvorstellungen nicht nur diskursiv von Bedeutung waren, sondern zu einer aktiven und restriktiven Politikgestaltung führen konnten. Dabei wurden die Überprüfung und Entlassung vermeintlich demokratiefeindlicher Personen aus

dem Staatsdienst immer mit Blick gen Osten legitimiert. Für die DDR-Medien war diese Praxis wiederum ein vielversprechender Ansatzpunkt, um das eigene Selbstbild positiv hervorzuheben. So sprachen sie von einer angeblichen „Hexenjagd“, die westdeutsche Kritiker verstummen lassen wolle. Die Bundesrepublik wurde dabei als Unrechtsstaat diffamiert, der auch international Kritik ausgesetzt sei. Für die SED-Führung war dies eine Möglichkeit, um indirekt das eigene Sicherheits- und Überwachungsregime zu relativieren. In Folge der Wiedervereinigung verlor das Thema mit der Zeit jedoch an Bedeutung. Gleichzeitig kam es zu einer Verschiebung der Feindbilder. Waren es bis 1990 vor allem die Kommunisten, die in Westdeutschland als zentrale Bedrohung wahrgenommen wurden, so richtete die Gesellschaft den Blick seit der Wiedervereinigung verstärkt auf rechte Parteien, die nunmehr als größere Gefahr für das politische System erschienen. Dabei wandelte sich insbesondere in den letzten Jahren das demokratische Selbstverständnis gerade in Abgrenzung zu diesen (neu)rechten Bewegungen.

In der von CHRISTOPH KLESSMANN (Potsdam) angestoßenen Abschlussdiskussion eruierten die Teilnehmer der Tagung die Erkenntnisse und mögliche Forschungsdesiderate. Dabei betonten sie die Notwendigkeit der Akzentverschiebung innerhalb der Forschungsarbeit. Wichtig sei es, die Vorstellung eines dichotomen Wahrnehmungsmusters abzulegen und verstärkt die multilateralen Elemente der Selbst- und Fremdbilder in die Analysen einzubeziehen, da diese für die Genese und Wirkung von großer Bedeutung seien. Hier könne weitestgehend von einer „Matrix“ der Selbst- und Fremdbeschreibungen gesprochen werden, die durch ihre vielgestaltige Vernetzung, ihren (hierarchischen) Schichtcharakter von über- und untergeordneten Identitätsvorstellungen sowie einer transkulturellen Ausprägung charakterisiert sei. Im Hinblick auf den deutsch-deutschen Fall betonten die DiskutantInnen die Notwendigkeit, Forschungen voranzutreiben, die sich verstärkt den regionalen Unterschieden in Ost und West widmen sollten, um so deren Vielgestaltigkeit in den Blick zu bekommen. Ferner sei die Langlebigkeit alter Fremd- und Selbstbilder verstärkt zu erforschen. Bezüglich der Frage der Genese der „inneren Einheit“, also der Ausbildung einer gemeinsamen deutschen Identität nach 1990, ist zudem nach weiteren Komponenten zu fragen, die für diesen Prozess ausschlaggebend bzw. hinderlich waren. Hierbei könnten Erwartungen und Hoffnungen, die sich teilweise beiderseitig nicht erfüllten, Ansatzpunkte sein, die es einzubeziehen gelte. Dafür sollten insbesondere die 1990er-Jahre betrachtet werden, da gerade in diesem Jahrzehnt die Weichen dafür gestellt wurden, dass bis in die Gegenwart die Vorstellungen von einer Andersartigkeit von „Ost“ und „West“ lebendig ist; denn auch 2021 gehört dieses Denken keinesfalls der Geschichte an.

Konferenzübersicht:

Arnd Bauerkämper (Freie Universität Berlin): Begrüßung und Konzeption der Tagung

Sektion 1: Orte und Räume

Jan Hoffrogge (Westfälische Wilhelms-Universität Münster): Die Persistenz von Blickhierarchien an der innerdeutschen Grenze

Ulrich Pfeil (Université de Lorraine, Metz): Das Walther-Ulbricht-Stadions in Ost-Berlin. Stadionbau und deutscher Sonderkonflikt

Andreas Morgenstern (Museum und Archiv Schiltach): Das Kinzigtal von Osten betrachtet – die SBZ/DDR-Presse im Kampf gegen die „Kolonialisierung“ eines Schwarzwaldidylls

Sektion 2: Wahrnehmungsfelder

Christoph Lorke (Westfälische Wilhelms-Universität Münster): Arme und Ausgegrenzte beobachten, diagnostizieren, instrumentalisieren: Sozialpolitik und Konstruktion sozialer „Fremdheit“ im geteilten Deutschland

Sektion 3: Medien und Diskurse

Yvonne Hilges (Universität Heidelberg): Der „Radikalenerlass“ im Kontext des deutsch-deutschen Systemkonflikts – Diskurse um „Berufsverbote“ in Ost und West

Abschließender Kommentar

Christoph Kleßmann (Potsdam)-

Zitation

Tagungsbericht: Das Eigene und das Fremde: Wahrnehmungen des anderen deutschen Staates in der DDR und in der Bundesrepublik, 16.09.2021 – 17.09.2021 Berlin, in: H-Soz-Kult, 18.10.2021, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9087>.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Der preußische Hof in Europa. Modelle, Akteure, Wahrnehmungen (1786–1918) – eine internationale Tagung in vergleichender Perspektive

Berlin

Veranstalter

Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften; Forschungsprojekt:

Anpassungsstrategien der späten mitteleuropäischen Monarchie am preußischen Beispiel 1786–1918

Datum

30.09.2021 - 02.10.2021

Von

Daniel Benedikt Stienen, Bayerische Akademie der Wissenschaften

Die Monarchien des 19. Jahrhunderts haben in den vergangenen Jahren wieder vermehrt die Aufmerksamkeit der Geschichtsforschung auf sich gezogen. Für das deutsche Beispiel heißt das: Einst galt es als retardierendes Herrschaftssystem verpönt, das, da es nicht wie seine europäischen Nachbarn den Weg der Parlamentarisierung gehen wollte, unvermeidlich dem Untergang geweiht war. In jüngster Zeit hebt die Forschung hingegen die Überlebensfähigkeit dieser Institution in Deutschland und Europa hervor. Martin Kirsch spricht von einer „erstaunliche[n] Anpassungsfähigkeit“^[1] der europäischen Monarchen, Dieter Langewiesche von der „Selbstbehauptung durch Wandel“^[2] und Volker Sellin beschreibt die Suche nach einer „zeitgemäße[n] Weiterentwicklung“.^[3] Einen ähnlichen Weg beschreitet das an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften angesiedelte Editionsprojekt „Anpassungsstrategien der späten mitteleuropäischen Monarchie am preußischen Beispiel 1786–1918“, das im Oktober 2021 auf einer internationalen Fachtagung erste Forschungsergebnisse präsentierte.

Ein zentrales Themenfeld der Tagung stellte die symbolische Kommunikation des Hofes und seine Funktion und Leistungsfähigkeit als Integrationsmotor dar. In seinem Eröffnungsvortrag charakterisierte WOLFGANG NEUGEBAUER (Berlin) anhand des preußischen Falls den Hof als eine „Emotionsagentur“, die sich zu einem gesteigerten Emotionsbedarf einer Gesellschaft zu verhalten hatte, die sich in einer durch Wegbrechen alter Gewissheiten gekennzeichneten Moderne auf die Suche nach Orientierungsmöglichkeiten begab. Orden, Ratstitel, Uniformen, Hoffeste und vieles andere mehr seien demnach als differenziertes System einer „elementaren bipolaren emotionalen Kommunikation“ anzusehen, mit der die Monarchie den neuen Anforderungen gerecht zu werden suchte und gleichzeitig in Zeiten von Konstitutionalismus, Säkularisierung, Industrialisierung und Nationalismus einen Funktionswandel vollzog.

Den ambivalenten Charakter dieser Integrationsbemühungen veranschaulichte ANNA DIETRICH (Berlin) am Beispiel des preußischen Krönungs- und Ordensfestes. 1810 ins Leben gerufen, diente die alljährliche Einladung von Neudekorierten in das Berliner Schloss dazu, durch gegenseitige Loyalitätsstiftung staatstreues Verhalten zu fördern und auch ausdrücklich auf sozial nicht privilegierte Bevölkerungsschichten integrativ zu wirken. Gerade letzteres wurde in der medialen Berichterstattung honoriert, indem konservative und liberale Medien den „demokratischen“ Charakter des Festes würdigten. Doch besaß der Inklusionsmechanismus Grenzen: Immer wieder lehnten Personen die ihnen zugedachten Ehrungen ab, weil sie sich in dem ausdifferenzierten System unterschiedlicher Orden mit zahlreichen Abstufungen eine höhere Auszeichnung versprochen hatten. In ihrer Enttäuschung erschien ihnen der Verzicht attraktiver als die Annahme einer als minderwertig angesehenen Dekoration.

Eine andere Form symbolischer Kommunikation untersuchte ULRIKE MARLOW (Berlin/München) am Beispiel von Bittschriften, die zwischen 1854 und 1898 von Untertanen an Kaiserin Elisabeth von Österreich gerichtet wurden. Sie kamen aus allen Teilen der Monarchie, vorrangig jedoch aus dem Erzherzogtum Österreich bzw. nach 1867 aus der cisleithanischen Reichshälfte. Bei der Bewilligungsquote fällt auf: je weiter der Bittsteller vom Wiener Zentrum entfernt war, desto geringer waren seine Erfolgschancen. Für Ungarn bzw. die transleithanische Reichshälfte ist die Ablehnungsquote signifikant erhöht, was die Referentin auf das ungarische Engagement in der Revolution von 1848 zurückführte, das seitens des Herrscherhauses noch Jahrzehnte später mit dem Verdacht mangelnder Loyalität gestraft wurde. Indem jedoch drei Viertel aller Gesuche positiv beschieden wurden, sei Elisabeth die moralisch integrierende Inszenierung als Landesmutter gelungen.

Ein weiteres Anliegen der Tagung war, das Verhältnis von Monarchie und Moderne zu bestimmen. QUENTIN DELUERMOZ (Paris) exemplifizierte anhand Napoleons III. den Hof als Instrument einer „spezifischen Moderne“, der einen transnationalen Knotenpunkt in einer sich globalisierenden Welt darstellte und durch die Erfindung und Verankerung von Tradition als Teil aktiver „Emotionspolitik“ Brücken zwischen Moderne und Vormoderne schlug.

MARTIN KOHLRAUSCH (Leuven) widmete sich dem Verhältnis von Monarchen zu modernen Massenmedien. Bildmedien gewannen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eine nicht zu unterschätzende Bedeutung als politisches Kommunikationsmittel. Monarchen nahmen Anteil an den modernen Aufmerksamkeitsökonomien, indem sie die Exklusivität ihres Daseins als etwas Spektakuläres in Szene setzen ließen, was gerade die neuen Medien gut zu transportieren vermochten. Insofern sei im medienaffinen Kaiser Wilhelm II. mehr als bislang von der Forschung berücksichtigt ein Fall europäischer Normalität anzusehen. Doch barg solche Medienaffinität unkalkulierbare Nebenwirkungen: Nicht nur formten die Medien die politische Kommunikation aktiv mit, wobei sie anderen, teils

entgegengesetzten Interessen und Funktionslogiken unterworfen waren. Auch trivialisierten die Medien durch ihre Berichterstattung die Monarchie, indem die Abbildung des Monarchen in Konkurrenz mit anderen Medienereignissen trat, die um die Gunst des Publikums buhlten.

Dass monarchische Prachtentfaltung von den Zeitgenossen stets in eine Kosten-Nutzen-Relation gestellt wurde und der Kostenaufwand desintegrative Wirkungen besitzen konnte, klang an zahlreichen Stellen an. FABIAN PERSSON (Växjö/Kalmar) zeigte am schwedischen Beispiel, wie jede Erhöhung der königlichen Zivilliste von spöttischen Karikaturen und kritischen Debatten im zustimmungspflichtigen Parlament begleitet wurde. Zwar sank zwischen 1779 und 1920 nicht nur der Anteil der für den Hof aufgewendeten Summen verglichen mit den gesamten Staatsausgaben von 16,7 auf 0,2 Prozent und war, wie ein Seitenblick auf Frankreich, Großbritannien und deutsche Fürstentümer gestattete, im europäischen Vergleich überhaupt gering. Doch trug die repetitive Darstellung der Monarchen als konsumtive Bittsteller dazu bei, antimonarchische Affekte zu befeuern.

Den Finanzbedarf der Prinzenhöfe im Vergleich mit dem Königshof zeigte ANNELIE GROSSE (Berlin) am preußischen Beispiel auf. Der Monarch besaß als Familienoberhaupt eine Versorgungspflicht gegenüber den Familienangehörigen, er errichtete und schloss Prinzenhöfe und kümmerte sich um die Apanagen. Zudem wies er Prinzen Residenzen zu und kümmerte sich um die Erstausrüstung. Somit war der prinzliche Hofstaatsetat eng an die Apanage gekoppelt, deren Höhe von der Familiennähe zum Monarchen, vom Alter und vom Familienstand abhing. Anhand verschiedener Monarchen und Prinzen veranschaulichte die Referentin die Ausgabenentwicklung und zeigte, dass Prinzen wohlberaten waren, weitere Einnahmequellen zu erschließen, um eine relative finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen. Im Ergebnis können aus finanzhistorischer Perspektive Prinzenhöfe nicht als „Minitaturen“ der Königshöfe angesehen werden, wie in der Forschung zuweilen geschehen, da letztere sehr viel weitergehende Repräsentationsfunktionen wahrnahmen, die sich in Höhe und Gliederung der Hofausgaben niederschlugen.

Den Prinzen in Person der Thronfolger widmete sich auch FRANK LORENZ MÜLLER (St. Andrews), der drei Aspekte hervorhob: Den Verlust „harter“ Macht versuchten die Dynastien durch den Erwerb von „soft power“ zu kompensieren. Durch Reisen traten nahbare Prinzen mit Untertanen vor Ort in Kontakt und verbanden das Zentrum mit der Peripherie. Als Ausweis öffentlicher Tugendhaftigkeit inszenierten sie sich als Sinnbilder von Wohltätigkeit und familiärer Fürsorge, förderten Technik, Bildung und manches mehr. Aufgebaut zu „celebrities“, umhaucht von Glamour und Spektakel, steigerten sie die Sichtbarkeit der monarchischen Familie. Ein zweites zentrales Element bestand in der öffentlich inszenierten Erziehung der Prinzen. Durch sie wurde die Tüchtigkeit der angehenden Monarchen dokumentiert und ein Leistungsversprechen an die Zukunft abgegeben. Ein dritter Punkt bestand in der verfassungsrechtlichen Einbindung des Thronfolgers. Viele Verfassungen sahen etwa vor, dass der Thronfolger Mitglied des Parlaments (Erste Kammer) ist, wo sich manch ein Prinz, der die Rolle ernstnahm, Anerkennung erarbeiten konnte. Das Resultat eines Mehrgenerationenprozesses war die „Versanftigung“ des monarchischen Systems. Durch den erfolgreichen Funktionswandel gelang es den konstitutionellen Monarchien, sich eine Zustimmungsmehrheit zu bewahren, bis ihnen die vernichtende Niederlage im Ersten Weltkrieg die Legitimationsgrundlage entzog.

Ein weiteres Themenfeld bildete die Organisation des Hofes und des Zugangs zu ihm durch die sozial exklusive Gruppe des Adels. MAXIMILIAN VISSERS (Amberg) zeigte mit Max IV./I. Joseph von Bayern einen reformeifrigen Monarchen. Bei seiner Thronbesteigung 1799 leitete er in dem hoch verschuldeten Land Reformen ein (Ära Montgelas), unter anderem mit dem Ziel, Hof-, Staat- und Militärverwaltung zu entflechten. Die Besetzung Bayerns durch französische Truppen veranlasste den Monarchen in den Jahren nach 1802 zu einer

Neuordnung des Finanzwesens. Max Joseph begann bei sich selbst, indem er demonstrativ den Hofetat kürzte. Indes stiegen 1806 die Hofausgaben durch die Aufwertung Bayerns zum Königreich und die Hoforganisation differenzierte sich weiter aus. Zugleich kam es zu einer Professionalisierung: Hofämter wurden nach fachlicher Expertise vergeben. Gleichwohl blieben oberste Hofämter fest in adeliger Hand. Aller Reformversuche zum Trotz hinterließ Max Joseph das Land mit höheren Schulden als er es vorgefunden hatte. Regelmäßig verstieß der König gegen das selbstauferlegte Spargebot zugunsten von Familienangehörigen, Günstlingen, aber auch Bedürftigen. Bei der „Neuerfindung“ der bayerischen Monarchie, so Vissers' Ergebnis, fiel dem königlichen Hofstaat eine zentrale Rolle ein. Durch eine aktive Personalpolitik (die Verleihung der Kämmererwürde spielte als Akt der Integration eine zentrale Rolle) gelang es, alte und neue Eliten zusammenzubringen. Die Besetzung von Hofstellen blieb im Sinne sozialer Exklusivität gleichwohl frühneuzeitlichen Gepflogenheiten verhaftet.

ANJA BITTNER (Berlin) zeigte, dass auch in Preußen der Hofdienst bis zum Ende der Monarchie eine exklusive Domäne des Adels blieb. Wie in Bayern diente die Verleihung der Kammerherrenwürde der politisch-symbolischen Integration und verpflichtenden Bindung an das Herrscherhaus. Standen in der regionalen Verteilung der Verleihungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch Brandenburg und Schlesien mit weitem Abstand an der Spitze der Verleihung, so ist für den weiteren zeitlichen Verlauf ein relativer Bedeutungsverlust zugunsten der übrigen Provinzen zu beobachten, was auf eine gezielte Einbindung der neugewonnenen Landesteile schließen lässt, etwa auch des polnischen Adels. Da die obersten Hofbeamten das öffentlich sichtbare Personal des Hofes darstellten, während mittlere und niedere Beamte im Hintergrund blieben, waren sie das Aushängeschild des Hofes; für die Wahrnehmung ihrer Repräsentativfunktion war die soziale Exklusivität der Beamten integral.

Ganz anders stellte sich die Situation am neu geschaffenen italienischen Königshof dar. Wie THOMAS KROLL (Jena) zeigte, waren die Salons des römischen Adels wesentlich exklusiver. Hinzu kam, dass sich der italienische Hof seit seinem Umzug nach Rom in einer verhängnisvollen Konkurrenz zum Hof des Papstes befand, in der das schlicht-militärische Zeremoniell der Savoyer notwendigerweise unterliegen musste. Nichtsdestotrotz kam es zu einem Ausbau des Hofes, der ab den 1870er-Jahren eine moderne Prachtentfaltung erlebte, die er insbesondere Königin Margarethe zu verdanken hatte. Der Zutritt zum Hof war keineswegs ein exklusives Privileg des alten, erblichen Adels, sondern sozial offen. Mit rund 400 Bediensteten nahm sich der Hof überdies im europäischen Vergleich recht bescheiden aus. Zudem gelang es dem Parlament, mehr und mehr Kontrolle über den Hof und die Ernennung seiner Beamten zu gewinnen. Der Anspruch, zu Hoffesten eingeladen zu werden, entwickelte sich unter Beamten allmählich zu einer Selbstverständlichkeit, was schon einmal zur Einlegung einer formalen Beschwerde führte, wenn ein Kollege vorgezogen wurde.

Dass der Hof sowohl Hort der Tradition als auch Akteur der Modernisierung war, zeigte TINO SCHÖLZ (Berlin) am japanischen Beispiel. Bis in das 19. Jahrhundert im Schatten der Shogune zur Bedeutungslosigkeit verdammt, erlebte das Kaisertum mit der Meiji-Restauration 1867/68 einen ungeahnten Aufschwung, der mit einem radikalen sozioökonomischen Transformationsprozess der sich auflösenden traditionellen Standesgesellschaft zusammenfiel. Das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts war geprägt von umfassenden Modernisierungen, so die Trennung von Hof und Regierung, die Reform der Verwaltung und Reorganisation nach dem Leistungsprinzip und den Erlass einer Verfassung nach preußischem Vorbild. Als Oberhaupt der Dynastie, konstitutioneller Monarch und Oberkommandierender der Streitkräfte, aber auch als Oberpriester des Shinto, Hüter der traditionellen Künste, Herr über die Zeitrechnung, Repräsentant der Nation

und Katalysator der Modernisierung übte der Kaiser eine Fülle an Funktionen aus, wobei die Tradition als integrale Legitimationsressource der Modernisierung diene. Residenzausbau, Paraden in der Hauptstadt und eine rege Reisetätigkeit dienten Repräsentationszwecken, um die Existenz des Tenno im Bewusstsein der japanischen Bevölkerung zu verankern und durch die wechselseitige Sichtbarkeit die Integration beider Teile in die sich herausbildende japanische Nation zu gewährleisten.

Dem Umbau bestehender Schlösserlandschaften als monarchisches Projekt widmete sich CHRISTOPH MARTIN VOGTHERR (Potsdam). Am Beispiel Louis-Philippe I. von Frankreich und Friedrich Wilhelms IV. von Preußen erläuterte er die Verschränkung künstlerisch-ästhetischer mit politischer Programmatiken. Louis-Philippe inszenierte Schloss Versailles und den Tuilerien-Palast als authentische Geschichtsorte. Im Vordergrund der zu öffentlich zugänglichen Museen bzw. Gemäldegalerien umfunktionierten Gebäude stand die Konstruktion einer tausendjährigen französischen Geschichte, in der dem Volk ein zentraler Ort als historische Triebkraft zugewiesen wurde. Ziel des „Bürgerkönigs“ Louis-Philippe war, der französischen Nation nach den turbulenten Jahren der Revolution, der Napoleon-Ära und der Restaurationsphase ein Versöhnungsangebot zu machen. Anders Friedrich Wilhelm: Zwar wurde auch der Park von Sanssouci (keineswegs vollständig) geöffnet, um den Besucher die Aura des Ahn- und Schlossbauherrn Friedrichs II. spüren zu lassen. Doch diene die Parkanlage und sein Schlossensemble primär als Rückzugs- und Erbauungsort gegen die Verflachungen des modernen Industriezeitalters. Nicht die Nation, sondern der große Vorfahr auf dem Thron wurde hier als einsamer Macher und genialer Schöpfer Preußens in Szene gesetzt. Nicht das Volk, allein der Herrscher konstituierte Preußen. In ihren unterschiedlichen Botschaften stand die Baupolitik somit zugleich spiegelbildlich für die Herrschaftsverständnisse beider Könige.

Begleitet wurde die Konferenz von methodischen Reflexionen des historischen Untersuchungsgegenstands. ALOYS WINTERLING (Berlin) historisierte Norbert Elias' Studie „Die höfische Gesellschaft“ (1933/1969)[\[4\]](#) und zeigte, wie er den französischen Sonderfall zum europäischen Normalfall deklarierte und damit den Blick auf alternative Formen höfischer Strukturen und höfischer Kommunikation verstellte. Gleichwohl stelle das Werk noch immer eine Herausforderung für die Geschichtswissenschaft dar und gelte zurecht weiterhin als Klassiker der Hofforschung. An anderer Stelle plädierten RONALD G. ASCH (Freiburg) und JEROEN DUINDAM (Leiden) in ihren Vorträgen einstimmig für eine „Sozialgeschichte des Politischen“, um die vorherrschenden kulturhistorischen Fragestellungen produktiv zu ergänzen.

Die Konferenz, deren Ergebnisse in einem Tagungsband publiziert werden sollen, ist Ausweis einer vitalen europäischen Monarchieforschung, die sowohl lokale, transnationale als auch globale Perspektiven einnimmt, um ihren Gegenstand zu beleuchten. Im Vordergrund standen Integrationsleistungen des monarchischen Ordnungsarrangements, doch wurde an verschiedenen Stellen auch der Sand offenbar, der das Getriebe der höfischen Inklusionsmaschinerie zum Stottern brachte. Den dadurch entstandenen Störgeräuschen werden zukünftige Forschungen weitere Aufmerksamkeit schenken können, um der Gefahr einer allzu harmonisierenden Darstellung des höfischen Inklusionskosmos zu begegnen. Allgegenwärtig waren auf der Tagung komparatistische Überlegungen, nicht nur durch die thematische Gruppierung von Einzelfallstudien in den einzelnen Sektionen, sondern auch weil einzelne Referate den Vergleich von drei oder mehr Ländern nicht scheuten. Der Vergleich erwies sich mithin als „die schärfste Waffe des Historikers“ (Paolo Grossi), um den europäischen Normalfall von länderspezifischen Charakteristika zu scheiden. Daran wird anzuknüpfen sein.

Konferenzübersicht:

Monika Wienfort (Berlin): Begrüßung

Wolfgang Neugebauer (Berlin): Monarchie in der Moderne. Preußen als Beispiel?

Sektion 1: Motive und Konjunkturen der Hofgeschichtsschreibung

Moderation: Monika Wienfort (Berlin)

Aloys Winterling (Berlin): Hof und Monarchie nach Elias

Jeroen Duindam (Leiden): Revolution, Umgestaltung, Kontinuität? Frühneuzeitliche Fragen zum postrevolutionären Königshof

Ronald G. Asch (Freiburg): Der Hof als Macht- und Kommunikationszentrum des Ancien Régime im Lichte der neueren Forschung

Abendvortrag

Moderation: Ulrike Höroldt (Berlin)

Christoph Martin Vogtherr (Potsdam): Historische Konstruktion und Denkmalpflege in Zeiten der Revolutionen. Louis-Philippe in Versailles und Friedrich Wilhelm IV. in Potsdam – ein Vergleich

Sektion 2: Quantitäten – Qualitäten – Akteure

Moderation: Frank-Lothar Kroll (Chemnitz)

Annelie Große (Berlin): Umfang und Verteilung der preußischen Hofausgaben im 19. Jahrhundert. Königshof und Prinzenhöfe im Vergleich

Maximilian Vissers (Amberg): „Wir bleiben die Alten“. Die Ordnung des bayerischen Hofes unter Max IV./I. Joseph (1799/1806–1825). Institution, Personal, Außendarstellung

Fabian Persson (Växjö/Kalmar): The King's new clothes? The Swedish Court and its Finances in the 19th Century

Ulrike Marlow (Berlin/München): „Eure Kaiserliche, Königliche, Apostolische Majestät“. Bittschriften an Kaiserin Elisabeth von Österreich (1854–1898)

Sektion 3: Hofformate und Verfahren

Moderation: Wolfgang Neugebauer (Berlin)

Frank Lorenz Müller (St. Andrews): „Der Königssohn gewinnt ihr Vertrauen und ihre Zuneigung“. Thronfolger und der Erwerb der „sanften Macht“ im 19. Jahrhundert

Quentin Deluermoz (Paris): The Imperial Court of Napoleon III and recent historiography

Martin Kohlrausch (Leuven): Der Hof Wilhelms II. als öffentliche Politik. Das Beispiel Preußen im deutschen und europäischen Kontext

Sektion 4: Offenheit und Exklusivität

Moderation: Bärbel Holtz (Berlin)

Anja Bittner (Berlin): Adel am preußischen Hof – eine Erfolgsgeschichte?

Anna Dietrich (Berlin): Kontinuität und Wandel des Preußischen Krönungs- und Ordensfestes

Thomas Kroll (Jena): Adel, Hof und Monarchie in Italien (1861–1914)

Tino Schölz (Berlin): Hort der Traditionen und Instrument der Modernisierung. Monarchie und Hof im Japan der Meiji-Zeit (1868–1912)

Anmerkungen:

[1] Martin Kirsch, Die Funktionalisierung des Monarchen im 19. Jahrhundert im europäischen Vergleich, in: Themenportal Europäische Geschichte, 2007, <http://www.europa.clio-online.de/essay/id/fdae-1419> (09.10.2021).

[2] Dieter Langewiesche, Die Monarchie im Jahrhundert Europas. Selbstbehauptung durch Wandel im 19. Jahrhundert, Heidelberg 2013, S. 6.

[3] Volker Sellin, Gewalt und Legitimität. Die europäische Monarchie im Zeitalter der Revolutionen, München 2011, S. 9.

[4] Norbert Elias, Die höfische Gesellschaft. Untersuchungen zur Soziologie des Königtums und der höfischen Aristokratie, Neuwied 1969.

Zitation

Tagungsbericht: Der preußische Hof in Europa. Modelle, Akteure, Wahrnehmungen (1786–1918) – eine internationale Tagung in vergleichender Perspektive, 30.09.2021 – 02.10.2021 Berlin, in: H-Soz-Kult, 27.10.2021, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9103.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) Tagber: Berichte zum Historikertag 2021 [2]

Von

Redaktion H-Soz-Kult

Liebe Leserinnen und Leser,

in der vergangenen Woche fand in München der 53. Deutsche Historikertag statt, nach einer Verschiebung wegen der Covid-19-Pandemie in hybrider Form: Unter dem Motto "Deutungskämpfe" wurden in zahlreichen Sektionen wissenschaftliche Diskussionen über die digitale Konferenzplattform geführt, Podiumsdiskussionen und Sonderveranstaltungen vor Ort wurden im Netz per Stream ausgestrahlt.

H-Soz-Kult und Clio-online begleiten als Medienpartner den Historikertag nun schon zum zehnten Mal: mit der Veröffentlichung von Ankündigungen und einer umfangreichen Berichterstattung. Die Redaktion von H-Soz-Kult konnte mit Unterstützung des Organisationskomitees, des VHDs und der zahlreichen Sektionsleitungen wieder eine

Vielzahl an Sektions- und Querschnittsberichten einwerben. Diese Texte werden wir ab heute an den Wochenenden veröffentlichen. Alle Texte werden außerdem als Open-Access-Band in der Reihe Historisches Forum von Clio-online archiviert.

Wir danken bereits jetzt allen Autorinnen und Autoren, Beteiligten und Unterstützer:innen und natürlich den Veranstalter:innen und Organisator:innen des Historikertags für die hervorragende Unterstützung und Mitarbeit.

Sektionsberichte:

Maritime Gewalt, Märkte und Staatlichkeit. Deutungskämpfe an der Wende zur Neuzeit.
Podiumsdiskussion.

Von Thomas Ertl, Freie Universität Berlin|

<https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9089>

Frieden – Macht – Konflikt. Friedensdiskurse in antiken Gesellschaften

Von Christian Reitzenstein-Ronning, Historisches Seminar Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9093>

Ihre H-Soz-Kult Redaktion

Zitation

Tagber: Berichte zum Historikertag 2021 [2], in: H-Soz-Kult, 16.10.2021, www.hsozkult.de/text/id/texte-5297.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

HT 2021: Maritime Gewalt, Märkte und Staatlichkeit. Deutungskämpfe an der Wende zur Neuzeit. Podiumsdiskussion

[Tagungsberichte](#)

digital (München)

Veranstalter

Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Datum

05.10.2021 - 08.10.2021

Von

Thomas Ertl, Freie Universität Berlin

Gemeinsam mit Thomas Heebøll-Holm und Gregor Rohmann veröffentlichte Philipp Höhn 2019 einen Sammelband zum Thema „Merchants, Pirates, and Smugglers. Criminalization, Economics, and the Transformation of the Maritime World (1200–1600)“. Die Auseinandersetzung mit Kaufleuten, Piraten und Schmugglern und ihrer Wahrnehmung durch die Zeitgenossen dient den Autoren und Autorinnen dazu, über politische und ökonomische Transformationsprozesse im späten Mittelalter nachzudenken. Die politische Transformation wird als Staatsbildung verstanden, in deren Zuge immer stärker zwischen legaler und illegaler Gewaltausübung unterschieden wurde, um das staatliche

Gewaltmonopol durchzusetzen. Damit hängen die Bemühungen zusammen, die Angehörigen der eigenen politischen Gemeinschaft wirtschaftlich zu fördern und die wirtschaftlichen Aktivitäten von ausländischen Konkurrenten als illegal zu brandmarken. Anhand von Beispielen aus Ost- und Nordsee sowie Atlantik und Mittelmeer wird in den Beiträgen deutlich, wie interessengeleitet die Unterscheidung zwischen als legal und illegal markierten Aktionen und wie fließend die Grenzen zwischen beiden Bereichen waren. Einzelne Personen und Gruppen wurden von der einen Seite als Piraten diffamiert, von der anderen Seite als ehrenhafte Kriegsunternehmer gefeiert, wobei sich die Einschätzung nach Veränderung der politischen Lage ins Gegenteil verkehren konnte. Selbst im Wettstreit zwischen Stadtstaaten und Königreichen wurde mit ähnlichen diskursiven Strategien gearbeitet. „Der Band demonstriert überzeugend, dass sich die politische und wirtschaftliche Transformation besser verstehen lassen, wenn man die Geschichte des Umgangs mit Gewalt auf See in den Blick nimmt, und wie umgekehrt dieser Blick zu einem besseren Verständnis von Staatsbildung und ökonomischer Hegemonie beiträgt. Die Beurteilung von Gewalt auf See als legal oder illegal bietet ein hervorragendes Beispiel für die diskursive Ebene von Staatsbildungsprozessen.“ So urteilte Ulla Kypta in ihrer Rezension [\[1\]](#), in der sie zudem dazu auffordert, diese „großen Narrative“ weiter zu untersuchen.

Diese Aufforderung hat das Herausgeberteam aufgegriffen, um das Thema in einer Podiumsdiskussion zu vertiefen und zu erweitern. Als Moderatorin ging die mit der Thematik bestens vertraute Rezensentin ULLA KYPTA (Hamburg) mit an Bord. Erweitert wurde der zeitliche Rahmen, der sich nun bis ins 18. Jahrhundert erstreckt; eine Vertiefung erfuhr das Thema durch die Konzentration auf den von politischen bzw. staatlichen Institutionen geregelten Zugang zum Markt. Das Design der Podiumsdiskussion eignete sich meiner Meinung nach sehr gut für das digitale Format. PHILIPP HÖHN (Halle an der Saale) führte ins Thema ein und eine Vierer-Mannschaft präsentierte ihre Kurzreferate, die jeweils eigene thematische Schwerpunkte setzten. Anschließend wurde die Diskussion für die zahlreichen Zuhörer geöffnet. Die auch in anderen Sektionen feststellbare Schwierigkeit, eine intensive und kurzweilige Debatte herzustellen, bildete in diesem Fall kein Problem, denn die Teilnehmer auf dem digitalen Podium blieben rege in ihre Diskussion vertieft.

Phillip Höhn beschrieb, wie Isländer, Hamburger und Engländer sich im 15. und 16. Jahrhundert wechselseitig umbrachten, um den Zugang zum Island-Handel zu sichern. In diesen Konflikten deuteten die Akteure die eigenen gewaltsamen Konfliktpraktiken als legitime Maßnahmen, um gegen ihre Gegner vorzugehen, die das *bonum commune* schädigten und das Recht verletzten. Rechtsbrecher waren in diesen Deutungen maritimer Gewalt durch die Zeitgenossen immer die anderen. Dieser diskursiven Dichotomie zwischen gewalttätigen Piraten und ehrsamem Kaufleuten folgte nach Höhn auch die ältere Forschung. In Wirklichkeit habe es jedoch eine klare Trennung zwischen beiden Welten nie gegeben, denn maritime Gewalt und ihre Kriminalisierung seien als Phänomene der gewaltsamen Aushandlung des Zugangs oder Ausschlusses von Märkten zu verstehen. In der Podiumsdiskussion solle entsprechend das Verhältnis von maritimer Gewalt, Märkten und Staatlichkeit aus interdisziplinärer und interepochaler Perspektive behandelt werden. Gesucht würden allerdings – so Höhn – keine endgültigen Antworten, sondern Anstöße zum weiteren Nachdenken über die maritime Gewalt als einen Faktor der Verflechtung von Markt und Staat.

GALDI ALGAZI (Tel Aviv) führte im ersten Impulsreferat die Gedanken von Höhn weiter, indem er die Dichotomie von Gewalt und friedlichem Markt grundsätzlich infrage stellte. Der Markt sei kein Ort friedlicher Tauschbeziehungen und lasse sich praktisch kaum vom Nicht-Markt trennen. Um das Phänomen besser fassen zu können, schlug Algazi die Verwendung des Rentenbegriffs vor. Mit seiner Hilfe könnte man deutlich machen, wie durch die Ausnutzung von Machtpositionen politische und ökonomische Profite erzielt worden seien.

Private und öffentliche Akteure hätten ein Interesse daran gehabt, den Zugang zu Ressourcen, Wissen und Transportwegen zu manipulieren und so die Transaktionskosten zum eigenen Vorteil zu verändern. Ziel der hegemonialen Marktteilnehmer sei es nicht gewesen, die übrigen Akteure auszuschließen, sondern durch die Manipulierung der Transaktionskosten eine „Rente“ zu erzielen. Es sei daher eine wichtige Aufgabe der Geschichtswissenschaft, das Idealbild des „friedlichen Marktes“ als solches zu erkennen, zu hinterfragen und zu überwinden.

EVA BRUGGER (Zürich) begann ihren Beitrag mit dem Blick auf ein Objekt. Einheimische Fellhändler trugen im 18. und 19. Jahrhundert in Nordamerika häufig Biberamulette. Die Biberfiguren wurden von europäischen Goldschmieden nach den Vorstellungen indigener Konsumenten und Konsumentinnen gefertigt und mit den Buchstaben HB, für die britische Hudson's Bay-Kompanie, versehen. Damit markierten die Amulette einen legitimen Marktzugang zum nordamerikanischen Fellhandel. Wer dagegen kein Amulett besaß, musste auf illegitime Praktiken wie Schmuggel oder auf Schattenmärkte ausweichen. Neben solchen Artefakten wurden in den nordamerikanischen Kolonien noch andere Maßnahmen ergriffen, um den Zugang zu einem Markt zu regulieren, der immer stärker von Ressourcenknappheit und längeren Lieferdistanzen gekennzeichnet war. Allerdings waren die kolonialen Kontexte so unterschiedlich, dass Markt-, Jagd- und Regierungspraktiken jeweils lokal ausgehandelt wurden – teilweise auch in Konkurrenz der europäischen Kolonien untereinander. Besonders interessant für das Thema der Podiumsdiskussion ist die Beobachtung von Eva Brugger, dass eine Unterscheidung von Staatbildung und Marktwertung in den nordamerikanischen Kolonien kaum möglich sei, da die maßgeblichen Akteure in Staats- wie Marktwertungsprozessen gleichermaßen aktiv waren.

Zum Mittelmeer führten die Ausführungen von SEBASTIAN KOLDITZ (Heidelberg), der von der Grundannahme ausging, dass das Mittelmeer selbst im frühen Mittelalter von einem intensiven regionalen und überregionalen Warenaustausch geprägt gewesen sei, der zunehmend von den italienischen Seehandelsstädten dominiert wurde. Als Märkte in diesem Wirtschaftsraum betrachtet Kolditz die konkreten lokale Zentren des ökonomischen Austauschs. Über den Zugang entschieden die jeweiligen „Herren der Märkte“, etwa die byzantinischen Kaiser oder die Almohaden- und Hafsiden-Kalifen in Tunis. Das Mittel der Wahl bildete die Vergabe von Privilegien an Händlergruppen, die häufig mit Aufenthaltsrechten und Zollvergünstigungen verbunden waren. Der Zugang zu Märkten wurde daher vertraglich geregelt, wobei die Konkurrenz der christlichen Handelsnationen nicht selten gewalttätig ausgetragen wurde. Die damit verbundene maritime Gewalt schloss auch Piraterie ein, vollzog sich bis ins 12. Jahrhundert hinein, jedoch hauptsächlich entlang religiöser Trennlinien.

ALEXANDER ENGEL (Göttingen / Basel), dessen Forschungsschwerpunkte in der Geschichte der Moderne liegen, brachte eine Langzeitperspektive in die Diskussion ein, mit der er die wirtschaftsliberale Meistererzählung von der Zurückdrängung von vormoderner Gewalt und Willkür durch Staatlichkeit und friedlichen Markttausch relativierte. Sein Beispiel waren die Bukaniere in der Karibik. Er präsentierte diese maritimen Gewaltunternehmer als flexible Akteure, die ihre Beschäftigung häufig wechselten; mal waren sie als Kaufleute tätig, dann als Piraten, als Holzfäller, in staatlichen Diensten, als Forschungsreisende, etc. Insbesondere der Handel mit karibischen Farbhölzer bildete ein wichtiges Geschäft für diese Piraten-Holzfäller-Unternehmer. Als die Piraterie in der Karibik ab den 1720er-Jahren zurückgedrängt wurde, führte dies aber nicht zu einer friedlichen Marktwirtschaft. Die Holzfäller traten vielmehr in eine Phase der Professionalisierung ein, in der sie zunehmend Sklaven einsetzten und immer größere Reichtümer anhäuften: nun nicht mehr durch maritime Gewalt, sondern durch strukturelle Gewalt eines gewaltsamen kolonialkapitalistischen Settings.

Die Kurzreferate wurden durch eine interne Fragerunde abgerundet. Dabei wurde eine Vielzahl von Themen angesprochen. Mehrfach wurde auf das Potential des synchronen und diachronen Vergleichs hingewiesen, auch über Europa hinaus: Wie verhielt es sich mit dem angeblich friedlichen Handel im Indischen Ozean vor der Ankunft der Europäer; wo liegen eigentlich die Unterschiede zu Gewaltpraktiken und Marktzugangsmechanismen an Land? Vergleichend diskutiert wurde unter anderem der Gebrauch von Artefakten und die damit verbundenen Wertvorstellungen sowie andere Möglichkeiten der Authentifizierung von Netzwerkmitgliedern über große Distanzen hinweg. Wenig verwunderlich kam in der Diskussion erneut der Markt und seine Definition zur Sprache. Überlegt wurde insbesondere, ob ein präzises Modell oder ein offenes Konzept einen größeren Mehrwert für die Fragestellung bieten könnten. Ganz grundsätzlich ging es schließlich um die Frage, wer denn eigentlich wen ausschloss? Wie lassen sich die Akteure zwischen Politik und Markt charakterisieren und welchen Beitrag kann eine neue Wirtschaftsgeschichte, die ökonomische Prozesse in ihre kulturellen und sozialen Bedingungen einbettet, zu dieser Diskussion leisten?

Mit weitem Blick präsentierte GREGOR ROHMANN (Frankfurt am Main), Mitinitiator der Diskussionsrunde, die wichtigsten Thesen und Ergebnisse der einzelnen Beiträge und hob nochmals die Kernfrage hervor: Wie wirkten Markt-, Gewalt- und Legitimationspraktiken zusammen und welche Transformationen resultierten aus dem jeweils regional spezifischen Zusammenspiel der einzelnen Faktoren? Als Referenzpunkt für die Fortsetzung der Diskussion verwies er auf die Studie „Violence and Social Order“ (2009) von Douglass North, John Wallis und Barry Weingast, in der die Vertreter der Neuen Institutionenökonomik einen pragmatischen und inklusiven Staatsbegriff mit Gedanken zu vormodernen Formen der Zugangsbeschränkung zum Markt verknüpften. Mit diesem spezifischen Vorschlag und den zahlreichen Anregungen in einem wichtigen Forschungsfeld, das Politik und Ökonomie, Staat und Markt, diskursive Praktiken und nackte Gewalt miteinander verbindet, wurden die Zuhörer der Podiumsdiskussion entlassen; größtenteils inspiriert und zufrieden.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Philipp Höhn (Halle an der Saale)

Moderation: Ulla Kypta (Hamburg)

Philipp Höhn (Halle an der Saale): Einführung

Gadi Algazi (Tel Aviv), Eva Brugger (Zürich), Sebastian Kolditz (Heidelberg), Alexander Engel (Göttingen / Basel): Beiträge und Diskussion

Gregor Rohmann (Frankfurt am Main): Zusammenfassung

Anmerkung:

[1] Ulla Kypta: Rezension zu: Heebøll-Holm, Thomas; Höhn, Philipp; Rohmann, Gregor (Hrsg.): Merchants, Pirates, and Smugglers. Criminalization, Economics, and the Transformation of the Maritime World (1200–1600). Frankfurt am Main 2019, In: H-Soz-Kult, 29.05.2019, <<http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-28150>>.

Zitation

Tagungsbericht: HT 2021: Maritime Gewalt, Märkte und Staatlichkeit. Deutungskämpfe an der Wende zur Neuzeit. Podiumsdiskussion, 05.10.2021 – 08.10.2021 digital (München), in: H-Soz-Kult, 15.10.2021, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9089>.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

*

HT 2021: Frieden – Macht – Konflikt. Friedensdiskurse in antiken Gesellschaften

[/Tagungsberichte](#)

hybrid (München)

Veranstalter

Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Datum

05.10.2021 - 08.10.2021

Von

Christian Reitzenstein-Ronning, Historisches Seminar Ludwig-Maximilians-Universität München

Mit der Begriffstrias Frieden – Macht – Konflikt haben die Panel-Organisatorinnen Babett Edelmann-Singer und Claudia Horst nicht nur eine breite Brücke zum Rahmenthema des diesjährigen Historikertages geschlagen, sondern auch eine zentrale Perspektive für die drei Vorträge der Sektion benannt. Denn geradezu leitmotivisch zog sich der Gedanke der politischen Instrumentalisierung des Friedensbegriffes durch alle Beiträge: Frieden, so der Tenor der Vortragenden, sei ohne Konflikt um Macht und Herrschaft eben nicht zu haben.

CLAUDIA HORST (München) erläuterte zur Einführung in die Sektion die theoretischen Grundüberlegungen der Referentinnen. Frieden müsse als ein komplexes und vor allem dynamisches Phänomen gefasst werden. Bisher habe die Forschung zwischen einem negativen und einem positiven Friedensbegriff unterschieden: Ersterer begreife Frieden als bestenfalls temporäre, jedenfalls immer prekäre Abwesenheit von Krieg; letzterer hebe auf Mechanismen des Machtausgleichs zur Herstellung und Sicherung eines Zustands der Abwesenheit von Konflikten ab. Als normatives Konzept besitze „Frieden“ aber eine weitere Dimension, denn immer wieder beriefen sich Machthaber zur Legitimation ihres Herrschaftsanspruchs auf den „Frieden“, wobei sie für diesen zugleich Definitionshoheit beanspruchten. Friedensvisionen seien insofern immer auch Spiegel gesellschaftlicher Ordnungskonzepte – und als solche wiederum Teil prekärer Aushandlungsprozesse, ja selbst Gegenstand von Konflikten. Damit etablierte Horst ausgehend von agonalen Politiktheorien eine der Prämissen der Sektion: Als Diskursphänomen stehe Frieden in einer dialektischen Verschränkung zur jeweiligen Herrschaftsordnung. Konflikte stellte sie vor diesem Hintergrund nicht als bloße Fehlentwicklungen, sondern als notwendige Voraussetzung für eine Dynamisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse dar.

In ihrem eigenen Beitrag „Wer definiert den Frieden? Konkurrierende Ordnungsvorstellungen in Mesopotamien und Griechenland“ spürte Claudia Horst diesem konfliktären Konzept von Frieden zunächst im Zweistromland nach. Obwohl in seiner Selbstdarstellung der König, illustriert am Beispiel des neuassyrischen Herrschers Sargon II., für sich die Deutungsmacht über Krieg und Frieden einforderte, sei dieser Anspruch nicht ohne Widerspruch geblieben. Horst verwies dazu sowohl auf das Gilgamesch- als auch auf das Enuma elisch-Epos. In beiden Werken sei ein eigenständiger Friedensdiskurs greifbar.

Gerade die Enuma elisch-Erzählung aber stelle mit dem Gott Marduk – und seiner schließlich unterlegenen Gegenfigur Tiamat – ein nicht-despotisches Herrschaftsverständnis in den Vordergrund. Denn die Macht Marduks als Garant der Ordnung beruhe auf der Übertragung durch die Götterversammlung. Dass die Götter im antiken Mesopotamien zudem nicht als unbeeinflusst von menschlichem Handeln angesehen wurden, zeigten die Sintflut-Erzählungen: Da die Opfer der Menschen infolge der Katastrophe geringer ausfallen, müssen sich auch die Götter bescheiden und schrumpfen zu Fliegen. Für die weite Verbreitung dieser Vorstellung sprächen die altorientalischen Fliegen-Amulette. Diese ließen sich aufgrund ihres Verweischarakters auf nicht-kriegerische Strukturen als Friedenssymbole lesen. Darüber hinaus weise das Quellenmaterial artikulierte Responsivitätserwartungen an den Herrscher auf. Dies manifestiere sich zum einen im ambivalenten königlichen Epitheton des „Guten Hirten“ und entsprechenden Leistungsanforderungen seitens der Untertanen (im Gilgamesch-Epos die Klagen der Bürger von Uruk), zum anderen performativ im Ritual des Neujahrsfestes, das die Rechenschaftspflicht des Königs betone. Vom Zweistromland führte Horst schließlich in das archaische und klassische Griechenland. Ansätze zu hegemonialen Friedensordnungen hätten sich hier immer wieder als instabil und sogar kriegsinduzierend erwiesen. Dies werde in der Forschung unter anderem auf fehlende Institutionalisierung zurückgeführt. Doch fänden sich ab der Archaik auch immer wieder Versuche, durch Mechanismen des Interessenausgleichs Momente des Friedens hervorzubringen. Exemplarisch benannte die Vortragende für diese Bestrebungen die Doppelfigur der Eris in den *Erga* Hesiods (V. 11–24): Während die „gute“ Eris für die produktive Kraft des Wettstreits stehe, verkörpere die „schlechte“ Eris die zerstörerische Kraft eines gewaltsamen Konfliktes.

HANNAH CORNWELL (Birmingham) widmete sich den Deutungskämpfen der späten Römischen Republik („Discourses of Peace and Dynamics of Power in the Late Roman Republic“). Neben den Briefen und Reden Ciceros griff sie dabei auf numismatische Zeugnisse zurück. Anhand des Befundes lasse sich vor allem in den 40er-Jahren des 1. Jh. v. Chr. eine Verlagerung vom Begriff der *concordia* zum *pax*-Konzept nachzeichnen. Denn abzulesen an den unterschiedlichen Stiftungen von Heiligtümern der Concordia, stellte zunächst die Eintracht der Bürger das Schlüsselkonzept für die Stabilisierung der inneren Verhältnisse dar. *Pax* hingegen sei in erster Linie als sorgsam gepflegtes Einvernehmen mit den Göttern (*pax deorum*) bedeutsam gewesen. Doch die Auseinandersetzung zwischen Caesar und Pompeius habe schließlich den beschriebenen Diskurs-„shift“ bewirkt. Mit den Ergebnissen einer korpuslinguistischen Untersuchung der Schriften Ciceros vermochte Cornwell diese Entwicklung eindrucksvoll zu unterlegen. In der Folge diskutierte die Referentin die Bedeutung der *hostis*-Erklärung für die Gestalt politischer Konflikte. So habe dieses Instrument nicht zuletzt eine diskursive „Veränderung“ der inneren Gegner („othering the opponent“) ermöglicht. Cicero nutzte die daraus abgeleitete Figur des „Feindes im Inneren“ (Cat. 2,11: *intus est hostis*) demnach auch in Fällen, in denen eine formelle *hostis*-Erklärung durch den Senat eben noch nicht erfolgt war: bereits bei seinem Vorgehen gegen die Catilinarier, besonders intensiv in seinem publizistischen Feldzug gegen M. Antonius. Indem der politische Widersacher als „Feind“ gleichsam externalisiert wurde, versuchte man die Bestimmungen der *lex Sempronia de capite civis* zu unterlaufen. Denn laut Cicero könnten solche problematischen Gestalten nicht länger als Bürger betrachtet werden: *civem esse nullo modo posse* (Cic. Cat. 4,10). Gesteigert finde sich dieses Motiv noch in der Vierten Philippica, in der Cicero die Möglichkeit eines Friedens mit Antonius kategorisch ausschließt: Denn traditionell verfüge ein *hostis* doch über Staatlichkeit und damit Rechtsfähigkeit, Antonius stehe aber ganz für sich und isoliert (Cic. Phil. 4,14). Signum dieser Periode römischer Geschichte sei, so Cornwell, aber auch eine hohe Fluidität der Denominationen gewesen. Dies zeige sich unter anderem in der raschen Abfolge von *hostis*-Erklärung und Restitution. Ein Korrelat zur Konjunktur des *pax*-Begriffes in der

Innenpolitik machte die Referentin sodann in der Neu-Semantisierung von *bellum* aus, das zunehmend an die Stelle von *discordia* und *tumultus* getreten sei. Ausblickend geleitete Cornwell die Zuhörerinnen und Zuhörer in die augusteische Zeit. Die von ihr zuvor beschriebene „political language of crisis“ habe letztlich den Boden für die Herrschaft des Augustus bereitet: Der erste Princeps „verabsolutierte“ in den unterschiedlichen Medien herrscherlicher Selbstdarstellung mit der Formel *pax parva terra marique* regelrecht das *pax*-Konzept und legitimierte so seine führende Position im Staat.

Im letzten Vortrag des Panels weitete BABETT EDELMANN-SINGER (München) den Blick auf die Frühe Kaiserzeit. Auch in ihrem Paper standen Deutungskämpfe im Vordergrund. Ausgehend von der Formel „Friedenskonzepte sind Machtkonzepte“ legte sie zwei Fallbeispiele vor: zum einen den Brief des Claudius an die Alexandriner (P. Lond. 1912), zum anderen eine Passage aus dem ersten Brief des Paulus an die Thessaloniker (1 Thess 5,3). Beide Quellen deutete sie als Aneignungen bzw. Umdeutungen des imperialen *pax*-Konzeptes durch Provinziale. Obwohl also, wie bereits Hannah Cornwell unterstrichen hatte, Augustus einen unilateralen Friedensbegriff propagierte (*pax Augusta* bzw. *pax Augusti*), habe auch im 1. Jh. n. Chr. noch Spielraum für kreative Umdeutungen und Neukontextualisierungen bestanden. In theoretischer Hinsicht griff Edelmann-Singer dafür auf das Konzept der „widerständigen Aneignung“ des französischen Jesuiten Michel de Certeau zurück. Als Kronzeugen für ein bereits in der Antike belegbares Hinterfragen der *pax* als normatives Ziel römischer Herrschaft benannte sie Tacitus (insb. Agr. 30: *auferre trucidare rapere falsis nominibus imperium, atque ubi solitudinem faciunt, pacem appellant*). Jedoch sei mit dem senatorischen Historiographen nur ein innerrömischer Diskurs zu greifen. Anhand anderer Quellengattungen aber ließe sich über die Dekonstruktion des römischen Friedenskonzeptes (und -versprechens) hinaus auch dessen Instrumentalisierung für die Zwecke der vermeintlichen Unterworfenen beobachten. Eben diese Wendung machte Edelmann-Singer an den beiden Fallstudien deutlich: So hätten die Vertreter der griechischen Bürger Alexandrias den Frieden als Wertbegriff und seine Bindung an die Person des Princeps in den 40er-Jahren geschickt auszuspielen versucht. Nach einer langen Phase der inneren Konflikte (und einem regelrechten Pogrom an den alexandrinischen Juden) stifteten sie unter anderem ein vollgoldenes Standbild der *pax Augusta Claudiana*. Auf diese Weise versuchten sie – so die These –, nicht nur rechtliche und ökonomische Privilegien zu erwirken, sondern auch die jüdischen Einwohner der Hafenstadt als eigentliche Verursacher der Unruhen zu stigmatisieren. Doch Claudius habe dies zu vereiteln gewusst, indem er die Statue nach Rom überführen und so gewissermaßen neutralisieren ließ. Der Paulus-Brief hingegen greife die multiplen Identitäten in einer mehrheitlich „heidenchristlichen“ Gemeinde wie derjenigen in Thessalonike auf. Indem er die einmal „wie ein Dieb in der Nacht“ hereinbrechende Wiederkehr Christi dem – trügerischen – Wunsch nach „Frieden und Sicherheit“ gegenüberstelle und dabei vielleicht auch auf einen lokalen *Pax*-Kult referiere, kodiere der Briefautor die imperiale Sprache gewissermaßen um. Das Stabilitätsversprechen der römischen Ordnung weiche somit dem wahren Frieden Jesu. Damit stelle sich Paulus nicht gegen Rom, unterminiere aber dessen absoluten Machtanspruch. An den beiden Beispielen werde einmal mehr deutlich, so Edelmann-Singer, dass nicht nur Macht relational sei, sondern auch der Frieden.

Der ursprünglich vorgesehene Vortrag von OMER SERGI (Tel Aviv), "Are You in Peace?" – Some Thoughts on the Concept of Peace in Ancient Israel in Light of Its Kin-based Social Structure, mußte aus organisatorischen Gründen leider entfallen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Babett Edelmann-Singer (München) / Claudia Horst (München)

Claudia Horst (München): Wer definiert den Frieden? Konkurrierende Ordnungsvorstellungen in Mesopotamien und Griechenland

Hannah Cornwell (Birmingham): Discourses of Peace and Dynamics of Power in the Late Roman Republic

Babett Edelmann-Singer (München): Wem gehört der Frieden? Pax als ambivalente Deutungskategorie im frühen Prinzipat

Omer Sergi (Tel Aviv): "Are You in Peace?" - Some Thoughts on the Concept of Peace in Ancient Israel in Light of Its Kin-based Social Structure (aus organisatorischen Gründen entfallen)

Zitation

Tagungsbericht: HT 2021: Frieden – Macht – Konflikt. Friedensdiskurse in antiken Gesellschaften, 05.10.2021 – 08.10.2021 hybrid (München), in: H-Soz-Kult, 15.10.2021, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9093.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

Keine Berichte

**A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen S. 413 - 417**

Die Beiträge zur Umbenennung von Straßen usw. werden zurzeit für unsere Leitseiten vorbereitet

01) Links/grüner Tugendterror immer unerträglicher: Kreuzberg will ganzen Kiez umbenennen

20. 09. 2021



BERLIN – Die sogenannte Beschlussvorlage „DS/1154/V“ zur Abschaffung berühmter Straßennamen ist still und heimlich im Kreuzberger Bezirksparlament durchgewunken worden. Damit wollen Kreuzbergs Machthaber einen 157 Jahre alten Kiez umbenennen, berichtet bz-berlin.de.

Betroffen des linksgrünen Tugendterrors sind beinahe alle Straßen eines historischen Stadtquartiers, in dem aktuell etwa 20.000 Kreuzberger leben. Gemeint ist der sogenannte „Generalszug“ mit seinen zwölf Straßen, die seit 1864 die Namen von Generälen und Orten von Schlachten aus der Zeit der preußischen Befreiungskriege tragen:

Yorckstraße, Blücherstraße, Blücherplatz, Hornstraße, Möckernstraße, Gneisenaustraße, Katzbachstraße, Hagelberger Straße, Großgörschenstraße, Großbeerenstraße, Eylauer Straße, Obentrautstraße.

Und in der Berliner Zeitung ist weiter zu lesen, dass im Beschluss unter dem Titel „Entmilitarisierung des öffentlichen Raums“ zwar nur die Rede davon sei, dass darüber

zunächst ein Diskurs geführt werden soll – aber der habe nur ein klares Ziel: Weg mit den Namen.

Er gäbe zu bedenken, so die genannte Zeitung, dass es gar keinen Wunsch in der Bevölkerung gäbe, Preußen-Generäle aus den Straßenschildern zu streichen. Außerdem sei nicht verständlich, warum sich die Grünen ausgerechnet an diesen Generälen „abarbeiten“, die sämtlich in den Befreiungskriegen gegen Napoleons Besatzung die Heere geführt haben.

Viele Leute werden sich nun fragen, wie ist denn so ein Irrsinn überhaupt möglich? Die Antwort ist simpel: Wenn Wahnsinnigen bei Wahlen Stimmen von offensichtlich Verwirrten erhalten, darf man sich nicht wundern, dass Wahnsinnige dann eben schalten und walten können. So einfach ist das.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Und die Berliner Boulevard-Zeitung „B.Z.“ nahm das Thema am 18.09.2021 als großen Aufmacher auf Seite 1 und weiter auf Seiten 10/11:



BERLIN 71

BLÜCHER, YORCK, GNEISENAU!

GENERAL-ANGRIFF auf Kreuzbergs Generäle

10 BERLIN

BLÜCHER, YORCK, GNEISENAU!

GENERAL-ANGRIFF



Die Berliner...
Die Berliner...
Die Berliner...

Freizeit

Prüfung Herbst Rummel
19.09. - 17.10.

SIMPLY THE BEST
19.09. - 13.10.2021

Umsätze

100% PENTA

REINIGUNG UND WARTUNGSDIENSTE

ELI JACOB BUCH

Exploiter

REINIGUNGSDIENSTE

Im Jacob Buch

Kaufhaus und Einzelhandel

Im Jacob Buch

Im und Verkauf

Im Jacob Buch

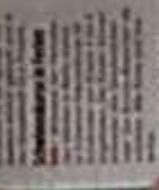
Im und Verkauf

OEHMCKE

Im und Verkauf

030 877990

Die Berliner...
Die Berliner...
Die Berliner...



Die Berliner...
Die Berliner...
Die Berliner...

BLÜCHER, Y GENERAL

Werner Beck (58, Bündnis90/GRÜNE) ist kulturpolitischer Sprecher der Kreuzberger GRÜNEN und will die „Entmilitarisierung des öffentlichen Raums“ vorantreiben – das Kreuzberg-Denkmal dürfte aber stehen bleiben



Gebhard Leberecht von Blücher, ab 1814 Fürst Blücher von Wahlstatt (1742 bis 1819)



August Wilhelm Anton Reichardt, später Reichardt von Gelesenau, ab 1814 Graf Reichardt von Gelesenau (1760 bis 1831)



Generalfeldmarschall Johann David Ludwig von Yorck, ab 1814 Graf Yorck von Wartenburg (1759 bis 1830)

Von MATTHIAS LUKASCHEWITSCH

Kreuzberg - Was für eine hinterhältige Angriff auf Kreuzbergs Generäle Blücher, Yorck und Gneissau...

Denn die Beschlussvorlage „05/1154/V“ zur Abschaffung berühmter Straßennamen ist still und heimlich im Kreuzberger Bezirksparlament durchgewunken worden. Schon vor drei Wochen, wie die B.Z. jetzt erfährt, Mit den Stimmen der Mehrheit von Grünen, SPD und Linke. Damit wollen Kreuzbergs Machthaber einen 157 Jahre alten Kiez umbenennen!

Betroffen sind beinahe alle Straßen eines historischen Stadtquartiers, in dem aktuell etwa 20 000 Kreuzberger leben. Gemeint ist der sogenannte „Generalzug“ (siehe nebenstehende Liste) mit seinen zwölf Straßen, die seit 1864 die Namen von Generalen und Orten von

Schlachten aus der Zeit der preußischen Befreiungskriege tragen.

Im Beschluss ist unter dem Titel „Entmilitarisierung des öffentlichen Raums“ zwar nur die Rede davon, dass darüber zunächst ein Diskurs geführt werden soll – aber der hat nur ein klares Ziel Weg mit den Namen! Für Historiker Hanns Lör (60) ist der Fall klar: „Die Grünen-Fraktion will eine Entscheidungsgrundlage herbeifinden, um später dann die Umbenennung per Dekret zu beschließen.“

Für den Preußen-Experten Lör ist der Beschluss eine Mogelpackung und „zwar in doppelter Hinsicht.“

Er gibt zu bedenken, dass es gar keinen Wunsch in der Bevölkerung gäbe, Preußen-Generäle auf den Straßenschildern zu streichen. Außerdem sei nicht verständlich, warum sich die Grünen ausgerechnet an diesen Generalen „arbeiten“, die sämtlich in den Befreiungskriegen gegen Napoleons Besatzung die Heere geführt haben.

Werner Heck (58), kulturpolitischer Sprecher der Kreuzberger GRÜNEN, steht am Kreuzberg-Denkmal und lächelt: „Nein, ich kann ihnen versprechen, wir werden das Denkmal nicht sprengen! Zu seinen Füßen schaut man auf den „Generalzug“ – also die zwölf umstrittenen Straßen. Der Politiker steckt hinter den Antrag – er hat ihn verfasst.“

Das Kreuzberg-Denkmal erinnert auch an die Befreiungskriege, doch anders, als die Namen der Straßenschilder, soll es



B.Z. • 18. SEPTEMBER 2021

BERLIN 11

ORCK, GNEISENAU! -ANGRIFF auf Kreuzbergs Generäle

DIESE NAMEN SOLLTEN WEG
Yorkstraße
Blücherstraße
Blücherplatz
Hornstraße
Mückensstraße
Gneisenaustraße
Katzbuckstraße
Hagelberger Straße
Großgörschenstraße
Großbärenstraße
Eylauer Straße
Oberbaumstraße

Aber mit dem Ziel der Umbenennung. „Wenn sich eine Mehrheit der Menschen dafür ausspricht, dann ja.“ Aber wie soll es genau gehen? Per Volksentscheid? Per Dekret? Heck verspricht: „Ja, wir werden das als Rückspornament sicher nicht über die Köpfe der Menschen im Kiez hinweg entscheiden.“

Wie es dann aber genau gemacht werden soll, lässt sich noch nicht sagen. Heck: „Für uns geht es um die Ursache der Namensgebung, die Person und den Zeitpunkt der Benennung.“ Historiker Lohr sieht genau das kritisch: „Alle Straßen sind 1864 benannt worden. Also noch sieben Jahre vor der Reichsgründung durch Otto von Bismarck. Diese Gegend ist für zwei Rollen 50 Jahre davor geehrt worden.“ Sein Fazit: „Ich habe kein Verständnis dafür, hierüber jetzt eine politische Diskussion anzustellen.“ Seine Frage ist vor allem: „Wie soll denn die Mehrheitwillensmessbar werden, wenn nicht durch einen Volksentscheid?“

Seine Befürchtung ist auch, dass die Diskussion um das Preußen-Erbe in Kreuzberg nicht „lächelnd angelehrt“ geführt werden wird. „Das kann man sicherlich nicht allein dem Bezirksamt und seiner Mitarbeitern im Kulturbüro not überlassen.“

Wenn diese Diskussion eine Signalfunktion für die ganze Stadt hat,

könnte am Ende die Tilgung zahlreicher Berliner Straßennamen stehen. Umfrage: Carotta Vorbrüggen

Hayri Gündogan (56):

„Auch wenn die Straßennamen es nicht schön machen, es ist ein schlechtes und grausames Ding, es zu ändern. Ich möchte mich nicht für die Geschichte verantworten und lasse mich nicht hinterfragen. Ich bin gegen eine Umbenennung der Straße, weil sie zur Vergangenheit dazugehört. Geschichte ist Geschichte und soll so bleiben.“

Rentnerin Gertrud Papentuss (83):

„Ich möchte nicht, dass die Yorkstraße umbenannt wird. Ich wohne hier. Keine die Straße nur unter diesem Namen. Ich würde zur Bank und zu den ganzen Ärzten und einfach überall meine Anschrift ändern lassen.“

Azubi Paul-Storz (19):

„Ich finde, es ist eine gute Idee, Straßen umzubenennen, wenn sie an Kriege, Schrecken und negative Dinge erinnern. Krieg ist etwas schreckliches, dass sollte Straßennamen nicht erinnern. Was sollte Straßen auch positiven Dingen benennen können oder Pflanzen zum Beispiel.“

Kerstin Vaziri (55):

„Ich bin für die Umbenennung. Auf dem Friedhof an der Yorkstraße liegen viele Feministinnen. Es wäre doch eine tolle Idee, die Straßen nach diesen Frauen zu benennen.“

Nachrichten

Klimaschutz beim Bauen

Präsident – Der Potsdamer Klimakorridor Herta und Pauline Schweitzer will die Idee des Bauhauses reaktivieren und für mehr Klimaschutz beim Bauen sorgen. Der Bund und das Land Brandenburg kündigen ihre Unterstützung für das Projekt „Bauhaus der Erde“ an, das von Brandenburg die erste weltweite Bewegung schaffen will.

Vier Verletzte bei Brand

Reiß – In einem fünfstöckigen Mehrfamilienhaus in der Perleberger Straße ist gestern Mittag ein Feuer ausgebrochen. Die Feuerwehr konnte den Brand wenig später löschen. Vier Mieter wurden verletzt ins Krankenhaus gebracht. Die Perleberger Straße war vollgesperrt.

Impfen im Zoo



Tiergarten – Tierlich gute Idee! Wer sich gestern am Nachmittag den Film gegen Corona am Erlangenpark (Buddhistenstraße) anschaut, durfte gratis in den Zoo. Gesundheitsministerin Dilek Kolayci (SPD, 54) und Zoochef Andreas Kriemler (56) begrüßen die Impfwilligen. Es war einer der Höhepunkte der Impfwelle mit ungewöhnlichen Locations für die Spritze. Mindestens einmal geimpft sind in der Hauptstadt 66,6 Prozent.

Schwimmkurse in Ferien

Reise – Während der Herbstferien werden in Berlin kostenlose Schwimmkurse für Schulkinder von Klasse 4 bis 6 angeboten. Die Kinder können entweder das Schwimmen oder das Bronze-Abschreiben absolvieren. Alle Kurse sind kostenlos.

Neue Schule in Pankow

Fabrik – Im Rahmen der Schulbauoffensive von der Senatverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen bekommt Pankow eine neue Schule. Der Bau der modernen Grundschule mit Sporthalle soll am Mittwoch in der Conrad-Benke-Straße beginnen.

Betrunken auf E-Roller

Straßenverkehr – Die Polizei stoppte am Donnerstagabend eine betrunkene 36-Jährige auf einem E-Roller. Die 36-jährige hatte 1,24 Promille. Außerdem fuhr der Scooter mehr als 20 km/h. Somit hätte sie angehalten und verurteilt werden müssen. Der E-Roller wurde beschlagnahmt.

stehen bleiben dürfen. Datz Aly (74), streitbarer und renommierter Christ deutscher Geschichte, wird Kommunalpolitiker Heck genau das vor. Frei nach dem Motto: „Wer schon Namen aus den Straßenschildern flücht, der muss auch Danktrollen aus dieser Zeit bewahren.“ Werner Heck versteht die Forderung um seinen Beibehaltung nicht. Sogar er jedenfalls: „Wir wollen zunächst mit einer Fachkommission anpacken.“ Organisiert werden soll die von Bezirkskommission Kreuzberg-Friedrichshagen. Sont er den Generationsangriff auf Kreuzbergs Generäle? Heck antwortet: „Wenn man schon eine Diskussion über dieses Viertel als Generationsangriff begriff, kann man ich sagen: Ja!“ Es soll eine intensive Auseinandersetzung in Gang gebracht werden, ob diese Straßennamen in Zeiten der Europäischen Union „noch zeitgemäß“ sind, betont er.

01) Deutscher Orden: Seine Exzellenz, Hochmeister Frank Bayard, feierte 50. Geburtstag

Am **11. Oktober 2021** beging der Hochmeister des Ordens der Brüder und Schwestern vom Deutschen Haus St. Mariens in Jerusalem Seine Exzellenz **Frank Bayard** seinen **50. Geburtstag**.

<https://www.deutscher-orden.at/>

Alles Gute zum Geburtstag

11. Oktober 2021



Am 11. Oktober 2021

begeht der Hochmeister des Ordens der Brüder und Schwestern vom Deutschen Haus St. Mariens in Jerusalem

Seine Exzellenz

Frank Bayard

seinen

50. Geburtstag

Dazu gratuliert der gesamte Deutsche Orden dem Jubilar und wünscht ihm alles Gute und Gottes Segen für die kommenden Jahre.

Möge Gott dem Hochmeister Gesundheit schenken, sowie Weisheit, Kraft und Freude im Dienst für die ihm anvertrauten Menschen und mögen auch unsere Gebete ihn in Zukunft mittragen.

wir gratulieren nachträglich, dafür umso herzlicher.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 130, 2021

Wien, am 20. Oktober 2021

60 Jahre Museum Schloss Marienburg

09. September 2021

Am 06.09.2021 feierte das Museum Marienburg sein 60jähriges Bestehen. An den Feierlichkeiten nahm auf Einladung des Direktors des Museums Dr. hab. Janusz Trupinda auch der Hochmeister des Deutschen Ordens teil, begleitet wurde er von P. Piotr Rychel und seinem Persönlichen Referenten.













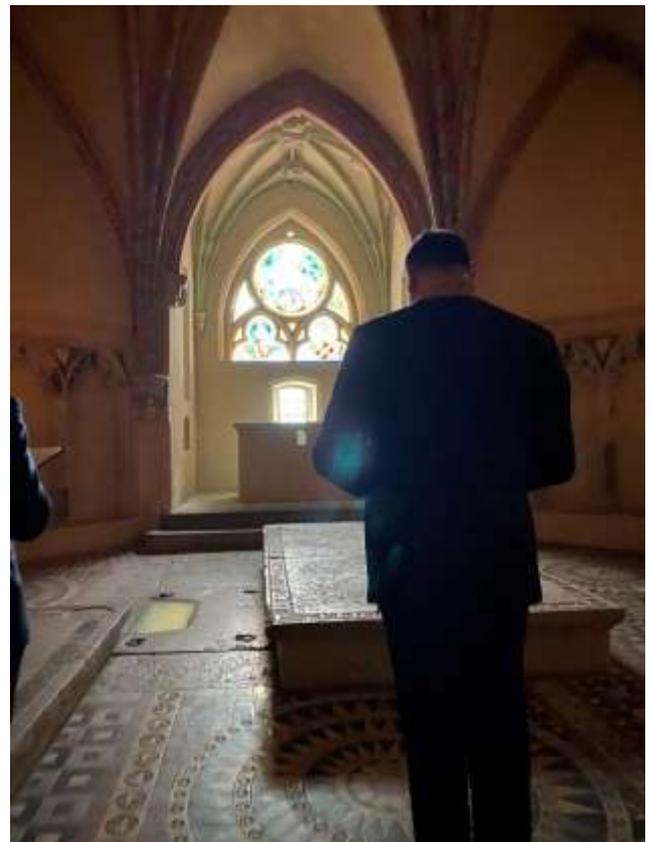
Während des offiziellen Festakts im "Großen Remter" wurden verdienten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Museums im Namen des Staatspräsidenten der Republik Polen und des Kulturministers vom Pommern, zahlreiche Auszeichnungen in Würdigung Ihrer langjährigen Dienste überreicht. In seinem kurzen Grußwort würdigte der Hochmeister nicht nur die Aufbauleistung der polnischen Nation im Bezug auf die Marienburg, sondern brachte auch seine dankbare Freude über die Forschungen der letzten sechs Jahrzehnte zum Ausdruck. An den Feierlichkeiten nahmen die Direktorinnen und Direktoren der polnischen Museen, mehrere Bürgermeister der Region Pommern, sowie Vertreter der katholischen Kirche und des Militärs teil. Das polnischen Rundfunkkammerorchester „Amadeus“ unter

der Leitung der Dirigentin Agnieszka Duczmal beschloss mit einem Konzert den Festakt. Beim geselligen Beisammensein im Sommer- und Winterremter des Hochmeisterpalastes gab es im Anschluss Gelegenheit zum Austausch und für Fotos mit dem Hochmeister. Somit wurde der vom Orden gebaute Remter einmal mehr in seiner ursprünglichen Verwendung genutzt.











Im Vorfeld des Festaktes war bereits Gelegenheit für den Hochmeister und seine Begleitung gewesen, die wichtigsten Teile der Burganlage zu besichtigen, und in der St. Anna-Kapelle, der mittelalterlichen Grablege der Hochmeister im Mittelalter, der dort beigesetzten elf Vorgänger und aller verstorbenen Mitglieder des Ordens in einer von P. Piotr

gestalteten Andacht zu Gedenken. Der von Althochmeister Bruno vor einigen Jahren der Marienburg gestiftete Osterleuchter war zu diesem Anlass eigens aus dem Depot geholt worden.

Das im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jhdt. fast vollständig rekonstruierte Schloss Marienburg wurde im zweiten Weltkrieg zu ca. 60 % zerstört. In den ersten Nachkriegsjahren war die Burgruine ein Teil des polnischen Heeresmuseums und unterstand deshalb dem Militär. 1951 übernahm die Polnische Gesellschaft für Tourismus und Landschaftskunde die historische Anlage. Mit 01. Januar 1961 wurde das „Schlossmuseum Marienburg“ eröffnet, das direkt dem Kulturminister unterstellt wurde. Seitdem wurden wichtige Teile des Schlosses wiedererbaut und das Museum wurde zu meist besuchten Museen Polens (gemeinsam mit den Schlossmuseen in Krakau und Warschau). Seit 1997 gehört die Marienburg zum Weltkulturerbe der UNESCO, und wird zudem in der Liste der staatlichen polnischen Kulturgüter geführt. Das Museum hat zwei Dependancen in Marienwerder und Stuhm.

Seit vielen Jahren hat das Museum Marienburg sehr gute Kontakte mit dem Deutschen Orden. Hochmeister Arnold Wieland hat 1993 als erster amtierender Hochmeister nach dem Verlust der Marienburg im Jahr 1456, die Burg besucht, mit dem Ortsbischof eine Messe zelebriert und an einem Symposium teilgenommen. 2007 konnte der damalige Hochmeister Bruno Platter bei der Eröffnung der großen Ausstellung „Imagines Potestatis“ (u.a. auch mit Kunstwerken aus der Schatzkammer in Wien) auf der Marienburg anwesend sein, und 2016 eine feierliche Messe in dem neu restaurierten Raum der Marienkirche zelebrieren. Der 66. Hochmeister des Ordens, Frank Bayard ist bereits 2019 bei der Eröffnung der Ausstellung „Sapientia aedificavit sibi domum...“ dabei gewesen.









Am Dienstag, dem 07. September besuchte die Wiener Reisegruppe auf Einladung von Prälat Ireneusz Bratke die Marienkirche in Danzig. Die heutige Konkathedrale hatte im Mittelalter viele Deutschordenspriester als Pfarrer. Auch die Hl. Dorothea von Montau hat während ihres langjährigen Aufenthalts in Danzig der Marienpfarre angehört und dort gebeten. Vor dem in einer Seitenkapelle vor einigen Jahren angebrachten Bild der Hl. Dorothea von Montau hielt der Hochmeister zu einem kurzen Gebet für den Orden inne. Als Vertreter der Stifter dieses Bildes wurde der Hochmeister in der Marienkirche von S. Exz. Julian Skelnik, Honorarkonsul von Dänemark in Danzig, begleitet.

Der letzte Akzent während des kurzen Besuchs in Polen war die Besichtigung des kürzlich eröffneten Bernsteinmuseums in Danzig. Der Deutsche Orden hatte im Mittelalter ein Monopol auf den Bernstein seiner Ländereien und war für seine Bernsteinarbeiten bekannt. In Erinnerung daran zieren kleine Bernsteine auch das Benediktionsgewand des jetzigen Hochmeisters.

Der Besuch des Hochmeisters machte einmal mehr deutlich, wie hoch die gegenseitige Wertschätzung ist und wie sehr man auf beiden Seiten um die gemeinsame Geschichte und deren Bedeutung auch für die Menschen heute weiß.

P. Piotr Rychel OT

<https://www.deutscher-orden.at/site/home/article/1253.html>

02) Vor 76 Jahren, am 25. Oktober 1945: Beneš-Dekret Nr. 108 enteignet deutsche, altösterreichische Volksgruppe

Vor 76 Jahren, genau am 25. Oktober 1945, erließ der tschechoslowakische Präsident **Edvard Beneš** das **Dekret Nr. 108** über die „Konfiskation des feindlichen Eigentums“. Damit wurden die Angehörigen der deutschen und ungarischen Minderheit ohne Entschädigung enteignet. Das Dekret gehörte zu [einer Reihe an Dekreten](#), die sich gegen die deutsche, altösterreichische Volksgruppe in den böhmischen, mährischen und schlesischen Grenzgebieten richtete, [wie der Sender MDR hier berichtet](#).

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.133, 2021
Wien, am 27. Oktober 2021*

<https://www.mdr.de/zeitreise/stoebeln/geschichte-kalenderblatt-udo-lindenberg-benesch-dekret-ddr-schnellzug-100.html#sprung0>

#blickzurück: Kalenderblatt der Geschichte Das geschah am 25. Oktober

Stand: 25. Oktober 2021, 05:00 Uhr

Auf dieser Seite:

- [1945: Beneš-Dekret enteignet deutsche Minderheit](#)
- [1976: Erster Städte-Express fährt durch DDR](#)
- [1983: Musiker Udo Lindenberg spielt erstes DDR-Konzert](#)

1945: Beneš-Dekret enteignet deutsche Minderheit



1 min

Sudetendeutsche in Görlitz

Am 25. Oktober 1945 erließ der tschechoslowakische Präsident Edvard Beneš das Dekret Nr. 108 über die "Konfiskation des feindlichen Eigentums". Damit wurden die Angehörigen der deutschen Minderheit ohne Entschädigung enteignet. Das Dekret gehörte zu [einer Reihe an Dekreten](#), die sich gegen die deutsche Minderheit in den böhmischen, mährischen und schlesischen Grenzgebieten richtete. Die Dekrete bereiteten die [Zwangsumsiedlung](#):

<https://www.mdr.de/zeitreise/sendungen/sudetendeutsche-odsun-boehmen-maehren-100.html>

der Sudetendeutschen nach [dem Zweiten Weltkrieg](#) vor.

Es wird notwendig sein, kompromisslos die Deutschen in den tschechischen Ländern völlig zu liquidieren. Unsere Lösung muss es sein, unser Land kulturell, wirtschaftlich und politisch endgültig zu entgermanisieren.

Edvard Beneš, Präsident Tschechoslowakei, 1945

[Beneš-Dekrete machen Sudetendeutsche rechtlos in der Tschechoslowakei](#)

03) Gedenkfeier KZ Campo Isarco in Blumau am 24. Oktober 2021

LH a. D. Luis Durnwalder: Menschenfeindliche Relikte gehören weg

Das sagte Altlandeshauptmann Dr. Luis Durnwalder bei der vom Gedenkkomitee KZ Campo Isarco am Lager-Gedenkstein in Blumau abgehaltenen Gedenkfeier. Er habe schon als Landeshauptmann den Vorschlag gemacht, das faschistische Alpinidenkmal in Bruneck auf dem Kapuzinerplatz, das den italienischen Kolonialkrieg in Afrika verherrlicht, in einen Kasernenhof zu verbannen.

Er verwies auf die Verbrechen des Faschismus in Afrika, wofür zynischerweise und geschichtsverfälschend die „Divisione Pusteria“ mit einem Denkmal geehrt wurde. Zwangsweise einberufene junge Pusterer gab es in der „Pusteria“ wenige, dafür kamen zahlreiche faschistische Scharfschützen des KZ Campo Isarco aus den Reihen dieser Einheit.

Stellvertretend für alle konnte Roland Lang, Obmann des Südtiroler Heimatbundes und Mitbegründer des Gedenkkomitees, den Vizebürgermeister der Stadt Bozen Luis Walcher, die frühere Landtagsabgeordnete Eva Klotz und den Ehrenobmann der Freiheitlichen, Pius Leitner, den früheren Präsidenten des Kaufleuteverbandes, Werner Schmid, die Galionsfigur der Eisacktaler Heimatverbände, Josef Kaser, einige Vertreter des Kulturverbandes Noi Tirolesi/ Wir Tiroler sowie eine katalanische Betreuerin der in Spanien verfolgten katalanischen Freiheitskämpfer begrüßen. Die Gedenkfeier wurde von der Musikkapelle Steinegg musikalisch umrahmt.

Seine Abwesenheit entschuldigte unter anderen Bischof Ivo Muser. Er sandte an die Teilnehmer folgende Grußbotschaft:

„[...] Im Gedenken und im Gebet bin ich bei Ihnen und allen, die an dieser Feier teilnehmen, verbunden. Mit Josef Mayr-Nusser sagen Christen ja zu Gott und zur Würde eines jeden Menschen und Nein zu jeder Form von Nationalismus, Totalitarismus und Menschenverachtung. [...] Ivo Muser.“

Roland Lang erinnerte, dass Mussolini, in dessen Auftrag das, während der Südtiroler Optionszeit und Kriegsplanung der Achsenmächte zur Internierung allerlei Regimegegner der Balkanstaaten und italienischen Kriegsgefangener in Nordafrika auf dem ehemaligen

Geländer der Blumauer Bierbrauerei Konzentrationslager „Campo di concentramento Prato d'Isarco“ errichtet wurde, heute noch in vielen Gemeinden Ehrenbürger ist, darunter auch die Stadt Bologna.

Wie kampfbereit die faschistischen Radaumacher in Italien noch sind, hat sich erst kürzlich in Rom gezeigt.

Für Lang repräsentiert der Gedenkstein gegen Faschismus und Krieg auch eine Erinnerung an alle jene Menschen, die für die Freiheit und Selbstverwaltung dieses Landes gekämpft haben. Der Obmann des SHB wörtlich: „Vergessen wir in dieser Stunde auch nicht unsere Freiheitskämpfer, die immer noch nach menschenrechtsverachtenden Hassurteilen in den sechziger Jahren ihre Heimat nicht betreten können. Schließen wir in unserem Gedenken auch die katalanischen Patrioten ein, die verfolgten Uiguren und Tibeter, und alle anderen Menschen, die für Freiheit und gegen Unterdrückung kämpfen.“

Die Karneider Vizebürgermeisterin Martina Lantschner sprach über die Bedeutung dieses Konzentrationslager und bedankte sich bei allen für ihren Einsatz die Erinnerung an Verbrechen der Diktatur wach zu halten.

Die Welschtiroler Heimatforscherin Manuela rief die Jugend auf in den Schulen das Studium der Lokalgeschichte zu fördern. Ihr Trentiner Onkel habe im Ersten Weltkrieg für Österreich und Tirol und gegen Italien gekämpft und sei an der Front für immer verschollen. Es ist ein schwerer Fehler, wenn man die Heimatgeschichte ignoriert und nicht studiert. Der Buchautor Günther Rauch hat die Geschichte des Konzentrationslagers und die verborgenen Verbrechen des Faschismus in Südtirol rekonstruiert und damit uns bewusst gemacht, dass die Schrecken des Faschismus nicht eine ferne Sache sind, sondern dass das Böse hier im eigenen Lande geschah. Heute noch zeigen sich die Folgen dieser schrecklichen Zeiten, auch heute noch müssen wir uns mit Teilen einer Vergangenheit auseinandersetzen, die immer wieder auftaucht. Und nur wenn wir die Geschichte und die Geschichten kennen, können wir sie zurückweisen und überwinden. „Nur wenn wir die kleine Geschichte kennen, werden wir die große Geschichte besser verstehen, dann werden wir wieder zu unseren Tiroler Wurzeln finden“. Soweit Manuela Sartori.

Der Wortgottesdienstleiter und frühere Schützenhauptmann Karl Schroffenegger sprach daraufhin ein Gebet. Vor dem Gedenkstein legten junge Schützen einen Kranz nieder.

Auf dem in den Tiroler Landesfarben angebrachten Kranzschleifen stand in deutscher, italienischer und englischer Sprache: Im Gedenken, in ricordo, in memory.

Die von Major Lorenz Puff angeführten Schützen senkten bei der Generalcharge zur Ehre der in Blumau gehaltenen Regimegegner und alliierten Kriegsgefangenen die Schützenfahnen.

Die Veranstaltung wurde von Dankesworten des Karneider Gemeinderates Karl Saxer abgeschlossen, der **an Politik und an das Denkmalamt des Landes den Wunsch richtete, das historische Gelände der ehemaligen Brauerei unter Denkmalschutz zu stellen.**

Für das Gedenkkomitee

Roland Lang

25. Oktober 2021



Roland Lang, Obmann des Südtiroler Heimatbundes und Mitbegründer des Gedenkkomitees



Altlandeshauptmann Dr. Luis Durnwalder



Südtiroler Schützenbund

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01)** Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02)** Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03)** Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf

01) Kultureinrichtungen in Kleinstädten: Süddeutschland an der Spitze

Medieninformation des Leibniz-Instituts
für Länderkunde (IfL) in Leipzig

Leipzig, den 26. Oktober 2021

Mehr als ein Drittel aller Kultureinrichtungen Deutschlands befindet sich in Kleinstädten, die damit einen wichtigen Teil der Daseinsvorsorge für knapp 30 Prozent der Bevölkerung erbringen. Ein deutliches Süd-Nord-Gefälle besteht hinsichtlich der Spartenausstattung und Spartenvielfalt, wie Deutschlandkarten im Nationalatlas aktuell des Leibniz-Instituts für Länderkunde (IfL) zeigen.

Die größte Dichte kulturell vergleichsweise gut ausgestatteter Kleinstädte findet sich demnach in den ländlichen Regionen Bayerns und im städtischen Raum Baden-Württembergs. In Nord-, Ost und Westdeutschland sind dagegen nur wenige Kleinstädte mit kultureller Vielfalt anzutreffen. Berücksichtigt wurden Gemeinden mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern oder mindestens grundzentraler Funktion nach Angaben des Bundesministeriums für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

Einen Grund für die ungleiche Verteilung sehen Madeleine Wagner von der Universität Heidelberg und Christoph Mager vom Karlsruher Institut für Technologie in der regional unterschiedlichen Erreichbarkeit größerer Zentren. Auch länderspezifische politische Entscheidungen bei der Ausweisung zentraler Orte im ländlichen Raum und der finanziellen Unterstützung kultureller Einrichtungen spielten eine Rolle. Zudem hätten Kommunal- und Gebietsreformen insbesondere in Ostdeutschland zu zahlreichen Zusammenlegungen und Schließungen von Kultureinrichtungen geführt.

Als Grundausrüstung identifizierten die Autoren des jüngsten Beitrags im Nationalatlas aktuell Bibliotheken, Museen, Volkshochschulen, Musikschulen und Kinos. In vier Fünftel der Kleinstädte mit mindestens fünf verschiedenen Sparten gibt es eine der genannten Einrichtungen und in 40 der 70 Kleinstädte sind sogar alle fünf Sparten vertreten. Jugendkunstschulen, Kunstvereine und insbesondere Theater befinden sich nur vereinzelt in Kleinstädten.

Seite 441 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

Die Auswertung basiert auf Daten für das Jahr 2017. Diese geben keine Auskunft über die tatsächlich geleistete Kulturarbeit, das Personal, die Größe und die Einzugsgebiete der Einrichtungen sowie die Besucherzahlen und deren Zusammensetzung, wie die Autoren betonen.

Originalpublikation:

Wagner, Madeleine und Christoph Mager (2021): Kleine Städte, k(l)eine kulturelle Ausstattung? In: Nationalatlas aktuell 15 (10.2021) 6 [08.10.2021]. Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL). URL: http://aktuell.nationalatlas.de/Kultur_Kleinstadt-6_10_2021-0-html/

Nationalatlas aktuell online:

Unter <http://aktuell.nationalatlas.de> veröffentlicht das Leibniz-Institut für Länderkunde regelmäßig Kartenbeiträge zu Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Politik, Gesundheit und Umwelt. Alle Karten, Diagramme und Fotos sind dort online verfügbar und stehen zusätzlich als PDF-Dokumente zum Download bereit. Auf Wunsch können die Materialien in Druckqualität zur Verfügung gestellt werden.

Wissenschaftliche Ansprechpartner:

Madeleine Wagner
Universität Heidelberg, Geographisches Institut
madeleine.wagner@uni-heidelberg.de

Dr. Christoph Mager
Karlsruher Institut für Technologie, Institut für Geographie und Geoökologie
christoph.mager@kit.edu

Pressekontakt:

Dr. Peter Wittmann
Leibniz-Institut für Länderkunde
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Schongauerstraße 9
04328 Leipzig

Tel.: +49 341 600 55-174
Fax: +49 341 600 55-198
presse@leibniz-ifl.de
www.leibniz-ifl.de

[@Leibniz>IfL](https://twitter.com/Leibniz>IfL)
blog.leibniz-ifl.de

Das **Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL)** in Leipzig analysiert soziale Prozesse aus geographischen Perspektiven und macht gesellschaftlichen Wandel sichtbar. Als einzige außeruniversitäre Forschungseinrichtung für Geographie im deutschsprachigen Raum ist das Institut Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, die 96 selbstständige Forschungseinrichtungen verbindet. Das IfL wird gefördert mit Steuermitteln auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts. [<https://leibniz-ifl.de>]

Hinweis zum Datenschutz: Im Rahmen der Pressearbeit des IfL speichern und verarbeiten wir Ihre Daten (E-Mail, Name, Adresse) in einem Presseverteiler. Ihre Daten werden nur für diesen Zweck verwendet und sind durch entsprechende technische und organisatorische Maßnahmen geschützt. Sie haben jederzeit die Möglichkeit, der Speicherung und Verarbeitung Ihrer Daten zu widersprechen. Dafür wenden Sie sich bitte an presse@leibniz-ifl.de.

Nationalatlas aktuell (online)



WAGNER, MADELEINE / MAGER, CHRISTOPH
Kleine Städte, k(l)eine kulturelle Ausstattung?
In: Nationalatlas aktuell 15 (10.2021) 6 [08.10.2021].
Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL)
URL: http://aktuell.nationalatlas.de/Kultur_Kleinstadt-6_10_2021-0-html/

Kleinstädte stellen nicht nur unter ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten häufig unterschätzte Funktionen und Leistungen zur Verfügung, sondern erbringen auch im kulturellen Bereich einen Teil der Daseinsvorsorge. Ihre Kultureinrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag zum raumordnerischen Ziel „gleichwertiger Lebensverhältnisse“. Deutschlandkarten zeigen allerdings deutliche regionale Unterschiede in der Spartenausstattung und -vielfalt vor Ort [... weiterlesen](#)

Nationalatlas aktuell

Auf aktuell.nationalatlas.de veröffentlichen wir regelmäßig Beiträge zu relevanten Deutschland- und Europathemen – mit hochwertigen Karten, anschaulichen Grafiken, zuverlässigem Datenmaterial und fundierten Analysen von Fachleuten aus der Geografie und benachbarten Disziplinen. Im Mittelpunkt stehen die regionale Differenzierung sozialräumlicher Entwicklungen und die unterschiedlichen Lebensbedingungen in Deutschland und Europa. Alle online verfügbaren Karten und Diagramme stellen wir auf Wunsch in Druckqualität zur Verfügung.
<http://aktuell.nationalatlas.de>

Seite 443 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

Leibniz-Institut für Länderkunde e.V.
Schongauerstraße 9, 04328 Leipzig
Tel.: +49 341 600 55-0 / [info\(at\)leibniz-ifl.de](mailto:info(at)leibniz-ifl.de)
Eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichts Leipzig, Nr. 1238
Vorstand: Prof. Dr. Sebastian Lentz
Umsatzsteuer-ID: Nr. DE 811 549 191

Verantwortlich für den Inhalt

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Dr. Peter Wittmann
Tel.: +49 341 600 55-174 / [presse\(at\)leibniz-ifl.de](mailto:presse(at)leibniz-ifl.de)
<https://leibniz-ifl.de/forschung/publikationen-1/publikationssuche>

Das Leibniz-Institut für Länderkunde wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

02) Schwieriges Verhältnis: Nationale Identitäten und deren Wandel in den böhmischen Ländern

Was hat »Turnvater« Jahn mit der Herausbildung des tschechischen Nationalbewusstseins zu tun? Wer schrieb das erste Buch zum Thema Fußball mit literarischem Anspruch? Warum wurden um 1900 in der Habsburgermonarchie Streichhölzer verkauft, um angeblich den »Fortbestand« der eigenen – deutschen oder tschechischen – Nation zu sichern? Fragen, die [im Folgenden von Stefan Zwicker \(Kulturkorrespondenz\) beantwortet werden.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 133, 2021

Wien, am 27. Oktober 2021

<https://www.kulturforum.info/de/kk-magazin/epochen-alias/8481-schwieriges-verhaeltnis-nationale-identitaeten-ihre-bedeutung-deren-wandel-und-wechsel-in-den-boehmischen-landern>

Schwieriges Verhältnis - Nationale Identitäten und deren Wandel in den böhmischen Ländern

Was hat »Turnvater« Jahn mit der Herausbildung des tschechischen Nationalbewusstseins zu tun? Wer schrieb das erste Buch zum Thema Fußball mit literarischem Anspruch? Warum wurden um 1900 in der Habsburgermonarchie Streichhölzer verkauft, um angeblich den »Fortbestand« der eigenen – deutschen oder tschechischen – Nation zu sichern? Fragen, die im Folgenden beantwortet werden. Von Stefan Zwicker



Eine Propogandapostkarte der tschechoslovakawischen Sokol-Sportbewegung aus dem Jahr 1926 anlässlich des achten großen Turnfestes (sogenannte slety). ©Imago/Kharpine-Tapabor

29. September 2021

Die im 18. Jahrhundert beim Haus Österreich verbliebenen historischen böhmischen Länder – Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien – sind geografisch, nicht aber von der Nationalitätenstruktur, weitgehend mit der heutigen Tschechischen Republik identisch. Es gab keine spezifisch deutschböhmisches beziehungsweise »sudetendeutsche« (dieser Begriff kam erst im 20. Jahrhundert auf) oder tschechische, sondern eine gemeinsame Alltagskultur: Essen, Trinken, Musik, Religion und Betätigungen wie das Turnen waren weitgehend identisch. Man unterschied sich zwar in der Muttersprache, diese war auch bei Volkszählungen das entscheidende Kriterium zur Festlegung der Nationalität. In der Praxis musste das aber kein großes Problem darstellen, da Zweisprachigkeit weit verbreitet war. So waren Ehen über Nationalitätsgrenzen hinweg nicht selten.

Solchen entstammten unterschiedliche Persönlichkeiten der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wie der kommunistische Prager Schriftsteller Franz Carl Weiskopf oder der NS-Funktionär Konrad Henlein, ab 1933 erster Mann der Sudetendeutschen Partei und ab 1938 Gauleiter. Hatte im entsprechenden Diskurs zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch der Landespatriotismus dominiert, wurde danach die Identität als Tscheche oder Deutscher immer wichtiger. Es wurde manchmal das umgesetzt, was Eric Hobsbawm als »Erfindung von Traditionen« bezeichnete. So präsentierte der Bibliothekar Václav Hanka 1817 eine Fälschung als mittelalterliche »Königinhofer Handschrift«, um mit diesem angeblichen Denkmal tschechischer Literatur aktuelle Bestrebungen nach nationaler Emanzipation zu unterstützen.

Die Gesellschaft in den böhmischen Ländern entwickelte sich zunehmend zu einer von den nationalen Gegensätzen bestimmten »Konfliktgemeinschaft« (so beschrieben in einem Standardwerk des Historikers Jan Křen). Mancher, der aus einer deutschsprachigen Familie

stammte, definierte sich nun als Tscheche, ob aus Enthusiasmus oder weil das Bekenntnis zur aufstrebenden tschechischen Gemeinschaft Vorteile verschiedener Art mit sich bringen konnte.

Es gab aber Fälle des umgekehrten Wegs, und manche Familien spalteten sich in einen deutschen und einen tschechischen »Zweig«. Die Parole Svůj k svému! (Jeder zu den Seinen!), die auch auf deutscher Seite ihre Äquivalente hatte, gewann mehr und mehr Einfluss. Namen sind übrigens auch in diesem Fall mehr als Schall und Rauch, denn zumindest Familiennamen sagten nichts zuverlässig darüber aus, zu welcher Gruppe man gehörte beziehungsweise sich zählte. Vornamen, die man auch leichter ändern konnte, schon eher.

Es gibt den Begriff der böhmischen Trias aus Tschechen, Deutschen und Juden, wobei die Letzteren als Muttersprache meist eine der beiden Landessprachen hatten, Jiddisch wurde kaum gesprochen. Die in ihrer Mehrheit deutschsprachigen Prager Juden waren in der Monarchie oft sehr deutschnational eingestellt. Es herrschte zunächst eine negative Wechselwirkung mit der tschechischen Nationalbewegung, die nicht selten ausgesprochen antisemitisch auftrat. Mehrfach kam es zu pogromartigen Ausschreitungen. Nach 1918 entwickelte sich bei der jüdischen Bevölkerung je-doch eine verstärkte Hinwendung zum neuen Staat und zur tschechischen Sprache. So publizierten die Zionisten häufig auf Tschechisch.

Der binären Definition des Nationalismus stand das sogenannte »schwebende Volkstum« gegenüber: Menschen, die sich nicht eindeutig einer Nationalität zugehörig fühlten. Ein Beispiel ist das Hultschiner Ländchen, ein Gebiet westlich von Ostrau/Ostrava, das bis 1920 zum Deutschen Reich gehörte und dann zur neuen Tschechoslowakei kam. Die Bewohner sprechen bis heute einen mährischen Dialekt, fühlten sich aber eher als Deutsche.

[Der Sokol – das Rückgrat der tschechischen Nationalbewegung](#)

Ein Schlüsselereignis der modernen tschechischen Nationalbewegung war die Gründung des Turnverbandes Sokol (»Falke«) 1862 in Prag. Die Gründer hatten beide ihre Nationalität gewechselt. Miroslav Tyrš, geboren als Friedrich Tirsch, und Jindřich (Heinrich) Fügner stammten beide aus deutschen Familien. Ihr Vorbild war die von Friedrich Ludwig Jahn konzipierte deutsche Turnbewegung. Der Historiker Frank Boldt formulierte pointiert, der national-tschechisch und panslawistisch eingestellte Sokol sei in mancher Hinsicht »nicht nur antideutsch, sondern auch allzu deutsch« gewesen.

Die Bedeutung des Sokol für die Entwicklung der tschechischen Gesellschaft ist nicht zu unterschätzen. Seit 1882 wurden alle sechs Jahre in Prag große Turnfeste (sogenannte slety – »Zusammenflüge«) veranstaltet, die auch eine symbolische Inbesitznahme des öffentlichen Raums darstellten. In der Ersten Republik waren wichtige Ämter in Politik und Verwaltung nicht selten mit Funktionären des Sokol besetzt. Der slet im Sommer 1938, nur wenige Monate vor dem Münchner Abkommen, war eine beeindruckende Kundgebung für die bedrohte Republik. Während der bald folgenden deutschen Besatzung spielte der Sokol eine wichtige Rolle im Widerstand und viele seiner Mitglieder wurden ermordet. Im Sozialismus gleichgeschaltet (statt der slety fanden seit 1955 in fünfjährigem Turnus die Spartakiaden statt), erhielt der Verband nach 1990 seinen konfiszierten Besitz zurück und ist in der Gegenwart ein wichtiges Element des tschechischen Breitensports, wenn auch seine gesellschaftliche Bedeutung nicht mit der früheren vergleichbar ist.

Die Wiener Nationalitätenfrage

Ein Kennzeichen des Nationalitätenkonflikts war die auf beiden Seiten vorherrschende, nicht selten ins Paranoide umschlagende, Vorstellung, dass vom jeweiligen Gegenüber die »Germanisierung« oder »Tschechisierung« drohe, die bis zum »Volkstod«, also dem Verlust der kollektiven Identität, führen könne. Dem Kampf dagegen hatten sich jeweils Schulvereine verschrieben, die die Einrichtung von Schulen mit muttersprachlichem Unterricht auch unabhängig vom Staat sichern sollten. Spenden wurden eingeworben, auch wurden Gebrauchsgegenstände zu diesem Zweck verkauft – etwa Zündholzschachteln mit patriotischen Motiven.

Der Kampf um die »Seelen« war auch Thema in der Literatur, zum Beispiel in den Romanen des eingängig schreibenden Karl Hans Strobl. In einem seiner bekanntesten Bücher, *Der Schipkapass* (1908, Mittelteil einer »Studententriologie«), Neuausgabe unter dem Titel *Die Flamänder von Prag*, ist der eigentliche Held nicht der verlotterte Prager Jura-Studiosus Hans, sondern die wackere Postbeamtin Helene, die ihn zurück auf den rechten Weg bringt. Sie hat sich zuvor den Forderungen ihres Vaters, der sich auf die Seite der Tschechen geschlagen hatte, es ihm nachzutun, verweigert, ebenso den Nachstellungen eines lüsternen tschechischen Künstlers.

Strobl lässt Helene die angeblich so verhängnisvollen Mischehen verdammen: »Wie oft kommen in unserem Land Mischehen vor. Zuerst sind die Aussichten ganz günstig. [...] und erst nach längerer Zeit [...] kommt der Gegensatz der Kulturen und Stämme zum Ausbruch. Der unauslöschliche Haß, der durch vielhundertjährige große und kleine Kämpfe geschürt worden ist, ist da und kommt wieder aus den Tiefen [...]. Die beiden Völker, die so nahe aneinander wohnen, förmlich verfilzt und ineinander verkeilt, sind sich fremder als zwei Rassen von entgegengesetzten Punkten der Erde.«

Auffallend ist die biologistisch-rassistische, pseudo-naturwissenschaftliche Argumentation, warum die einander so nahen, aber dennoch oder gerade darum so fernen Völker nicht zusammenleben könnten. Ergänzt sei noch, dass Helene nicht einmal Kind einer wirklichen »Mischehe« ist, beide Eltern sind Deutsche. Aber ihr Vater sei »einer der Lauen gewesen«, ein Renegat aus Bequemlichkeit, der als Beamter in tschechisches Gebiet versetzt wurde und zum Tschechen mutierte, während die Mutter »aus einer streitbaren Familie an der Sprachgrenze« stammt. Strobl wurde seinerzeit viel gelesen und es mag heute überraschen, dass er auch etwa von Max Brod und Egon Erwin Kisch gelobt wurde. Thematisch verwandt mit den Studentenromanen Strobels war das Genre der Grenzlandromane, wie sie Hans Watzlik zahlreich schrieb, oder das 1887 erschienene Buch *Der letzte Deutsche von Blatna* von Fritz Mauthner 1887.

Wiener Tschechen und »Heimatverbliebene« nach 1945

Wien gehörte vor 1914 zu den größten Städten der Welt. Zu den Baustellen der boomenden Hauptstadt zogen mit ihren Familien als innerstaatliche Arbeitsmigranten zahlreiche Tschechen aus Böhmen und Mähren, die sogenannten Ziegelböhmern, die sich vielfach der Angst vor »Überfremdung« ausgesetzt sahen. Das äußerte sich auch darin, dass die Einrichtung tschechischer Schulen oft behindert wurde.

Die deutschnationalen Befürchtungen, dass »nachdem bereits Prag und Brünn für die deutsche Sache verloren seien, ... jetzt Wien bedroht« sei, erfüllten sich aber nicht. Die Zuwanderer assimilierten sich größtenteils innerhalb einer Generation. Neben Politik und Kultur traten sie bzw. ihre Nachkommen auch im Sport hervor. Das legendäre

»Wunderteam«, die österreichische Fußballnationalmannschaft vom Anfang der dreißiger Jahre, das zur Weltspitze gehörte, bestand zum großen Teil aus Wiener Tschechen der ersten Generation bzw. deren Söhnen.

Zu einer zwangsweisen Assimilation kam es nach 1945 bei den Deutschen, die in den böhmischen Ländern verbleiben durften oder mussten – Antifaschisten, in gemischten Ehen Lebende und bestimmte Fachkräfte. In der Zwischenkriegszeit hatten die Kommunisten eine besondere Position eingenommen: Als einzige Partei war die ihre dezidiert übernational orientiert und vertrat das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen. 1945 änderte sich das radikal, die KPTsch gehörte zu denen, die besonders vehement die kollektive Vertreibung der Deutschen forderten (was aber auch Konsens quer durch die tschechischen Parteien war). Als sie an der Macht war, nahm sie eine gewisse Kurskorrektur vor. Der Parteichef und mittlerweile Staatspräsident Klement Gottwald postulierte, dass nicht »ein Deutscher wie der andere« sei. Zwar erhielten die Deutschen in den fünfziger Jahren die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zurück, blieben aber in vieler Hinsicht benachteiligt (so hatten sie zum Beispiel keinen muttersprachlichen Unterricht), so dass die Zahl derer, die sich als Deutsche deklarierten, etwa bei Volkszählungen, kontinuierlich zurückging. Das setzte sich auch nach der rechtlichen Gleichstellung, die mit der Wende von 1989/90 einherging, fort.

Stefan Zwicker

03) Verfolgung reicher Bauern und Zwangskollektivierung in der Tschechoslowakei

Selbst im heutigen Tschechien sind die Folgen der kommunistischen Zwangskollektivierung noch zu spüren. Sie hat das soziale Gefüge auf dem Land komplett umgewälzt und die Art der Bodenbestellung verändert. Die Kollektivierung war begleitet von der organisierten Verfolgung wohlhabender Bauern, die in der Tschechoslowakei vor 70 Jahren begann.

[Hier sehen Sie den ausführlichen Beitrag von Radio Prag zu dieser Thematik.](#)

<https://deutsch.radio.cz/verfolgung-reicher-bauern-und-zwangskollektivierung-der-tschechoslowakei-8731919>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.132, 2021

Wien, am 25. Oktober 2021

Verfolgung reicher Bauern und Zwangskollektivierung in der Tschechoslowakei

23.10.2021



Foto: Nationales Landwirtschaftsmuseum Prag

Selbst im heutigen Tschechien sind die Folgen der kommunistischen Zwangskollektivierung noch zu spüren. Sie hat das soziale Gefüge auf dem Land komplett umgewälzt und die Art der Bodenbestellung verändert. Die Kollektivierung war begleitet von der organisierten Verfolgung wohlhabender Bauern, die in der Tschechoslowakei vor 70 Jahren begann.

<https://deutsch.radio.cz/verfolgung-reicher-bauern-und-zwangskollektivierung-der-tschechoslowakei-8731919>



Bohuslav Procházka|Foto: Post Bellum

Der Vater von Bohuslav Procházka war Großbauer. Sein Hof lag in der Nähe von Kutná Hora / Kuttenberg in Mittelböhmen. Er wurde Opfer der kommunistischen Kollektivierung. Für das Zeitzeugenprojekt Paměť národa (Gedächtnis der Nation) hat Bohuslav Procházka vor einiger Zeit das Schicksal seiner Familie geschildert:

„1950 oder 1951 nahmen sie uns den Hof und haben uns anderswo angesiedelt. Mein Vater musste danach in den Erzgruben in Příbram arbeiten und durfte nicht mehr in den Bezirk Kutná Hora fahren. Meine Mutter kümmerte sich um uns vier Kinder, bekam aber keine Lebensmittelmarken. Ohne diese hatte man aber nichts. Mehrere Jahre lang hat mein Vater in den Schächten gearbeitet. Erst als sich die Lage etwas lockerte, wechselte er ins Bergwerk von Kutná Hora. Aber die Arbeit hinterließ schwere Spuren an seiner Lunge. Er starb an Silikose.“

Es ist eines von vielen Schicksalen der Kollektivierung in der Tschechoslowakei. Andere reiche Bauern wurden in Schauprozessen verurteilt, manche sogar zu Todesstrafen.



Zwangskollektivierung|Foto: ČT24

Druck aus Moskau

Dabei plante die kommunistische Führung des Landes zunächst nur eine Bodenreform. Marie Jílková ist Historikerin an der Universität von Pardubice / Pardubitz:



Marie Jílková|Foto: Archiv von Marie Jílková

„Das Leben auf dem Land nach dem Zweiten Weltkrieg war hierzulande schwierig. Der größte Teil der Ackerfläche gehörte einem kleinen Teil der Bauern, viele andere hatten nicht ausreichend Boden. Zu der Zeit plante selbst die kommunistische Partei nicht, nach sowjetischem Beispiel vorzugehen. Noch im Mai 1948, also schon nach der Machtübernahme, erschien in der Zeitschrift ‚Ústava‘ ein Beitrag, in dem es hieß, dass Privateigentum an Boden bis zu einem Umfang von 50 Hektar behalten werden könne.“

Laut Jílková stellt sich jedoch die Frage, ob die kommunistische Führung im Land sich damals wirklich zugetraut hat, einen eigenen Weg zu gehen. Denn es brauchte nur ein wenig Druck aus Moskau, und schon änderte sich die Einstellung. Zunächst wurde die Tschechoslowakei neben Jugoslawien bei einer Sitzung des Kominform im Juni 1948 in Bukarest scharf gerügt für ihre Landwirtschaftspolitik. Dann traf sich Kreml-Chef Stalin mit Klement Gottwald auf der Krim. Danach verkündete der tschechoslowakische Staatspräsident, man werde nicht nur über Kolchosen sowjetischen Typs sprechen, sondern diese auch selbst aufbauen.



Familie Bezděk 1947|Foto: Post Bellum

Der erste Schritt erfolgte im Februar 1949. Da trat das Gesetz über die „Einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften“ in Kraft. Diese JZD (Jednotné zemědělské družstvo), wie sie im Tschechischen heißen, nutzten zunächst vor allem gemeinsam die technischen Geräte, später wurden zusammen auch Ackerbau und Viehzucht betrieben. Ein Beitritt zu den Genossenschaften war jedoch nur für diejenigen attraktiv, die selbst kaum etwas besaßen. Zbyněk Bezděk war eigentlich vorbestimmt, den Hof seiner Eltern zu übernehmen, und hatte deswegen Landwirtschaft studiert. Er war bereits über 30, als die Kollektivierung begann. Der elterliche Hof lag in Rovensko pod Troskami im sogenannten Böhmisches Paradies. Gegenüber Paměť národa hat Bezděk seine Erinnerungen geschildert:



Foto: Nationales Landwirtschaftsmuseum Prag

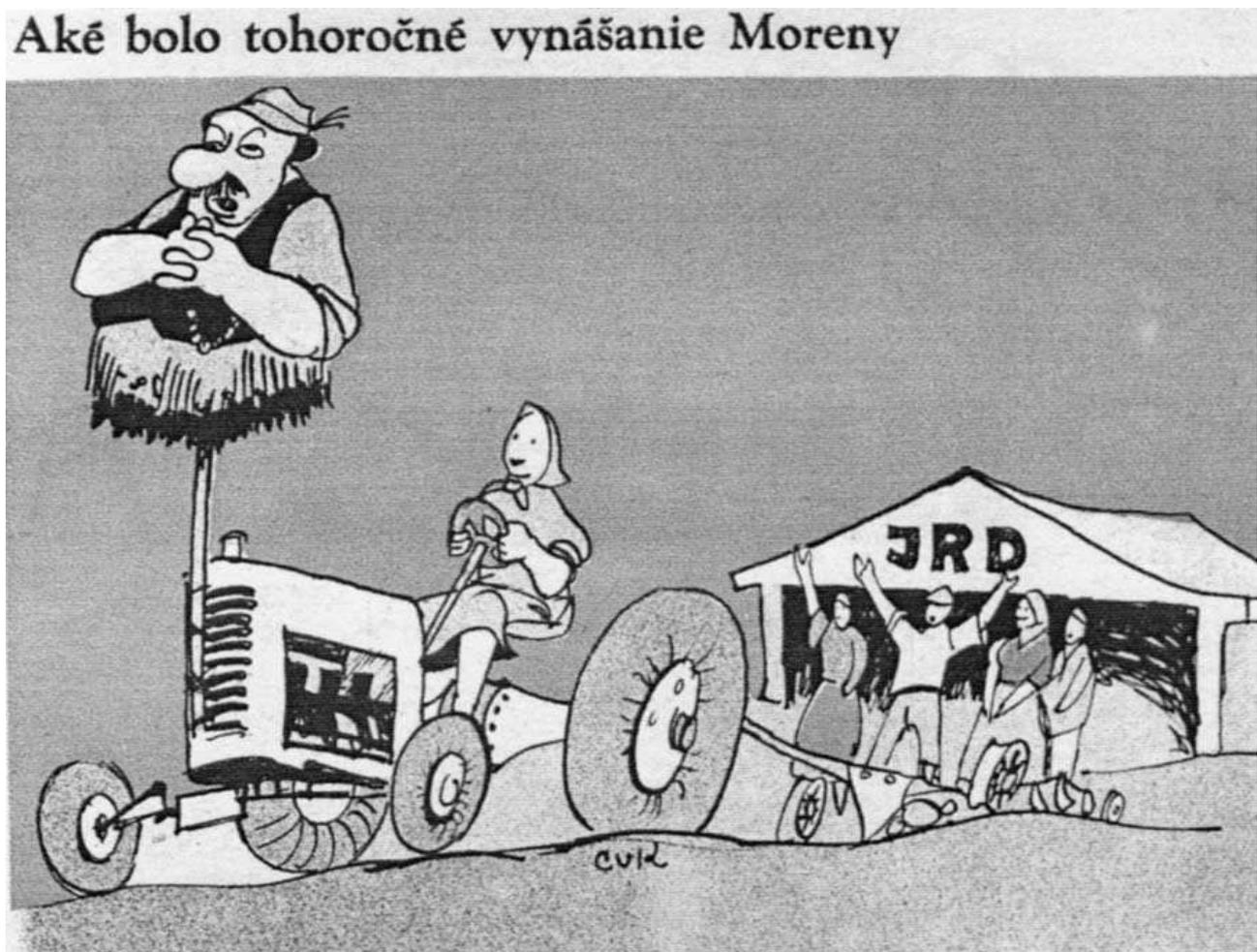
„Einige wenige Bauern waren bereits mehr oder weniger instruiert worden. Ihnen war gesagt worden, was zu tun ist und welche Bedeutung die Genossenschaften haben. Dazu wurden ihnen die wildesten Versprechungen gemacht. Interessanterweise wollten als Erste diejenigen eine JZD gründen, die gar keine Bauern waren, sondern nur einen kleinen Garten hatten. Eine Hälfte der Bauern sagte aus Apathie ja, die andere sagte nein.“



Foto: Nationales Landwirtschaftsmuseum Prag.

Wie die Historikerin Jílková ausführt, glaubte die kommunistische Führung damals, die Bauern würden mit Begeisterung den Genossenschaften beitreten. Doch nichts dergleichen geschah, und man griff zu Gewalt. Das heißt, dass nach sowjetischem Vorbild der Klassenkampf auf dem Lande geschürt wurde. Dieser richtete sich gegen die sogenannten „Reichen des Dorfes“.

„Wer als reich galt, war nicht wirklich definiert. Meist waren dies schon jene Bauern, die 15 bis 20 Hektar Anbaufläche besaßen. Sie wurden dann bald wie im Russischen ‚Kulaken‘ genannt und galten als Feinde, als Ausbeuter auf dem Land, die die Arbeit der kleinen und mittleren Bauern missbrauchten. Gegen sie wurde in allen Medien eine harte Kampagne geführt. In Karikaturen wurden sie lächerlich gemacht oder dämonisiert. Diese Reichen des Dorfes sollten als Klasse vernichtet werden“, so Jílková.



„Kulaken“ wurden in Karikaturen lächerlich gemacht oder dämonisiert|Foto: Institut für das Studium totalitärer Regime

Vernichtende Abgabepflicht

Wer nicht den Genossenschaften beitrat, der wurde zunächst ökonomisch unter Druck gesetzt. Und zwar über Abgaben, die zu leisten waren. Der Vater von Miroslav Frantik besaß nach dem Krieg den größten Hof in der Gemeinde Kurovice / Kurowitz in Ostmähren. Er bewirtschaftete 20 Hektar. Frantik beschreibt, wie der ökonomische Druck langsam den Betrieb seines Vaters zerstörte:



Frantíks Hof in der Gemeinde Kurovice in den 1950er Jahren|Foto: Post Bellum

„Die Abgaben wurden in einer Höhe angesetzt, die zu den damaligen Zeiten nicht zu erfüllen war. Sie entsprach den heutigen Hektarerträgen. Weil mein Vater den Forderungen nicht nachkommen konnte, wurde er 1950 zu einer Geldstrafe verurteilt. Irgendwie konnte er die noch abstottern. 1951 sollte er aber erneut eine Strafe zahlen und bekam dazu noch zwei Monate Gefängnis auf Bewährung. Er saß dann im Herbst des Jahres in Uherské Hradiště ein. Am 21. August 1952 fuhr in der Früh ein Kommando aus Sicherheitskräften, Staatssicherheit und Milizen vor und durchsuchte unser Haus. Sie stellten alles auf den Kopf – die Wohnung, die Wirtschaftsgebäude, Ställe und Lager. Ich weiß nicht, was sie suchten, weil sie nichts fanden. Dann nahmen sie meinen Vater mit und sagten, sie müssten etwas klären, er käme dann wieder. Er kehrte aber erst zwei Jahre später zurück – aus Jáchymov.“



Kollektivierung|Foto: Institut für das Studium totalitärer Regime

Jáchymov / Sankt Joachimsthal – das war ein berüchtigtes Lager für politische Gefangene



JZD|Foto: Nationales Landwirtschaftsmuseum Prag

Tatsächlich litten unter dem Abgabenzwang aber nicht nur die reichen Landwirte, sondern auch viele kleinere Bauern, die sich nicht vergenossenschaftlichen lassen wollten. Wer trotz des Drucks nicht in die JZD eintrat, dem blühte meist auch ohne weitere Handhabe ein Strafprozess. Zwischen August 1950 und März 1951 wurden rund 50.000 private Landwirte zu unterschiedlichen Strafen verurteilt.

Selbst das trieb die Menschen auf dem Land aber immer noch nicht in die Genossenschaften. Im Herbst 1951 startete daher die tschechoslowakische Führung die „Aktion Kulak“.



Foto: Nationales Landwirtschaftsmuseum Prag

„Hauptziel war, unter staatlicher Lenkung die reicheren Bauern und ihre Familien umzusiedeln – am besten in einen anderen Kreis oder idealerweise irgendwo in die Grenzgebiete. Das betraf insgesamt 3000 bis 4000 Familien“, erläutert die Geschichtswissenschaftlerin Jílková.

Diese Familien wurden entwurzelt und traumatisiert. Häufig folgten weitere Strafen, die Kinder wurden beispielsweise vom höheren Bildungsweg ausgeschlossen. Die Stigmatisierung blieb noch Jahrzehnte bestehen.

Gedeckt wurde die Aktion durch ein entsprechendes Gesetz, das am 1. November 1951 in Kraft trat. Die Besitztümer der reicheren Landwirte fielen nun den ärmeren zu, doch der Erfolg blieb weiter aus...



Foto: Nationales Landwirtschaftsmuseum Prag

„In den Dörfern blieben meist nichtbestellte Felder zurück und leere Gebäude. Die örtlichen Bauern wurden dann gezwungen, diese Flächen zu bewirtschaften. Das war aber schwer

für sie, da die kommunistischen Organe teils die landwirtschaftlichen Geräte konfisziert hatten. Und die Genossenschaften waren ebenso nicht dazu ausgestattet, die Felder zu bestellen. Die Aktion mündete also in einem Misserfolg“, sagt die Historikerin.

Zerstörte Dorfgemeinschaften



Foto: Nationales Landwirtschaftsmuseum Prag

Die JZD wurden auch meist nicht von erfahrenen Landwirten geleitet, sondern von Parteifunktionären. Ministerpräsident Antonín Zápotocký kritisierte im Februar 1953 die Genossenschaften für ihre Ineffektivität. Als diese deswegen noch mehr den sowjetischen Kolchosen angeglichen wurden, kam es zu einer Austrittswelle. Laut der Historikerin dauerte es etwa zehn Jahre, bis die Kollektivierung vollbracht werden konnte. Dazu kam es erst, als der Druck reduziert wurde und stattdessen der Staat gewisse Formen der Unterstützung beschloss. Marie Jílková:

„Ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre schickte die Regierung zweistellige Millionenbeträge in Kronen an die Genossenschaften. Erst dann begannen sie zu funktionieren. In den Jahren 1958 und 1959 waren bereits 87 Prozent der landwirtschaftlichen Anbaufläche kollektiviert.“



Zwangskollektivierung|Foto: Nationales Landwirtschaftsmuseum Prag

Die Folgen der Zwangskollektivierung waren allerdings verheerend. Erst Ende der 1960er Jahre erreichte die Agrarproduktion in der Tschechoslowakei wieder Vorkriegsniveau. Vor allem aber ist der ländliche Raum bis heute davon gezeichnet.

„Ohne das Leben auf dem Land idealisieren zu wollen, denke ich, dass die Kollektivierung das Verhältnis der Menschen zur Bestellung des Bodens nachhaltig zerstört hat. Früher wurde dies von Generation zu Generation weitergegeben. Nach dem Ende des Kommunismus zeigte sich in den 1990er Jahren, dass kaum jemand hierzulande wieder einen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb aufbauen wollte. Und das hat auch zu den ökologischen Problemen geführt, über die wir uns heute beklagen“, so Jílková.



Bodenerosion|Foto: Petr Vilgus, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0

Damit spielt die Historikerin an auf die fortgeschrittene Bodenerosion und auf den massiven Einsatz von Chemikalien. Anstatt naturnaher kleinräumiger Strukturen dominieren in weiten Teilen Tschechiens die Riesenfelder landwirtschaftlicher Großbetriebe und eine industrialisierte Tierhaltung.

Autoren: [Till Janzer](#) , [Katerina Ayzpurvit](#)

Rubrik Fundstücke

04) Über die Geschichte des Hultschiner Ländchens

Es ist nunmehr 101 Jahre her, seit ein zuvor deutscher Teil Schlesiens der Tschechoslowakei zugeschlagen wurde: das Hultschiner Ländchen. Dieses Gebiet im Dreieck zwischen Ratibor / Racibórz, Troppau / Opava und Mährisch Ostrau / Ostrava wurde damit für die folgenden Jahrzehnte zu einem Spielball zwischen Berlin und Prag. [Im Folgenden mehr über die Geschichte dieser Gegend](#) in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.130, 2021

Wien, am 20. Oktober 2021

<https://deutsch.radio.cz/mal-deutsch-mal-tschechisch-das-hultschiner-laendchen-8107405>



Mal deutsch, mal tschechisch: das Hultschiner Ländchen
22.02.2020

Mal deutsch, mal tschechisch: das Hultschiner Ländchen
Länge 11:52

Anfang Februar 1920 besetzte die tschechoslowakische Armee das Hultschiner Ländchen
(Foto: Archiv von Pavel Strádal, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0)

Es ist 100 Jahre her, dass ein zuvor deutscher Teil Schlesiens der Tschechoslowakei zugeschlagen wurde: das Hultschiner Ländchen. Dieses Gebiet im Dreieck zwischen Racibórz / Ratibor, Opava / Troppau und Ostrava / Ostrau wurde damit für die folgenden Jahrzehnte zu einem Spielball zwischen Berlin und Prag. Im Folgenden mehr über die Geschichte dieser Gegend in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.



Foto: Wikimedia Commons, CC0

Anfang Februar 1920 besetzte die tschechoslowakische Armee das Hultschiner Ländchen. Das geschah aufgrund des Versailler Vertrags, der am 10. Januar desselben Jahres ratifiziert worden war. Bei den Friedensgesprächen nach dem Ersten Weltkrieg hatten viele Staaten ihre Forderungen an Deutschland gestellt. Doch das 312 Quadratkilometer große Gebiet war nicht ganz der Wunsch Prags gewesen. Jiří Neminář ist Historiker vom Muzeum Hlučínska in Hlučín / Hultschin:

„Die Tschechoslowakei wollte eigentlich große Teile Oberschlesiens, es ging hauptsächlich um die Kohleförderung und die Industrie. Denn Oberschlesien war eine der größten Industrieregionen Europas. Darum stritten sich natürlich auch Polen und Deutschland, zu dem diese Gegend damals gehörte. Die tschechoslowakischen Politiker waren letztlich nicht erfolgreich. Man bekam nur jenes Gebiet, für das man das Argument vorbringen konnte, dass dort tschechische Bevölkerung lebt.“



Jiří Neminář (Foto: Archiv des Tschechischen Rundfunks - Radio Prague International)
Die Menschen in der Region wurden als Mährer bezeichnet. Allerdings meint der Geschichtswissenschaftler:

„Das war irgendwie ein Konstrukt. Die Bevölkerung dort sprach zwar Tschechisch, aber sie hatte eine deutsche Mentalität. Denn man war im deutschen Nationalismus aufgewachsen.“

Tatsächlich war das Hultschiner Ländchen 1742 zu Preußen gekommen und gehörte nachfolgend zum Deutschen Kaiserreich. In einem Dokumentarfilm erinnerte sich vor einigen Jahren eine Zeitzeugin, wie es mit den Sprachkenntnissen in ihrer Familie früher ausgesehen hatte:

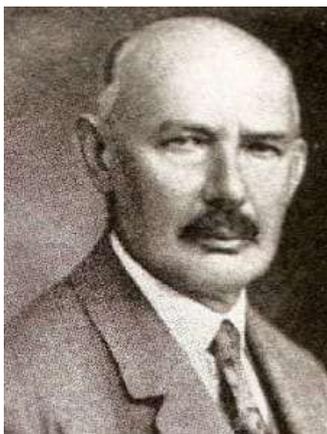
„Meine Oma, die 1860 geboren wurde, konnte kein Wort Deutsch. Aber meine Eltern sprachen bereits die Sprache, und auch in der Kirche wurde entgegen früheren Zeiten auf Deutsch gesungen. Aber das war zu spät für eine Germanisierung der Menschen in dem Sinne, dass sie ihre mährische Mundart verloren hätten.“



Hultschiner Ländchen (Quelle: Archiv des Museums des Hultschiner Ländchens)
Dennoch stieß die Angliederung an die Tschechoslowakei auf Ablehnung unter den Bewohnern der 38 Ortschaften dort.

„Die einzige Verbindung zu den böhmischen Ländern hatte es dadurch gegeben, dass die kirchliche Verwaltung beim Erzbistum in Olmütz lag, also aus Österreich-Ungarn erfolgte. Aber ansonsten war alles nach Norden ausgerichtet. Als die Menschen dann erfuhren, dass ein Teil des Kreises Ratibor an die Tschechoslowakei angegliedert werden soll, haben sie Protestbriefe geschrieben. Diese wurden nach Paris geschickt und, so sagt man, auch an den Papst im Vatikan. Doch es half alles nichts, die Gegend wurde 1920 besetzt“, so Historiker Neminář.

Politik der Tschechisierung



Josef Šrámek

Für die Menschen dort bedeutete die Übernahme durch Prag eine Umstellung. Dabei zeigte die tschechoslowakische Regierung nicht gerade Fingerspitzengefühl. Das Hultschiner Ländchen erhielt eine Sonderverwaltung. Diese leitete der Regierungskommissar Josef Šrámek, der dann auch erster und letzter Präsident der schlesischen Länder in der Tschechoslowakei wurde. Šrámek hatte umfangreiche Kompetenzen und drückte eine rigorose Tschechisierung durch. Jiří Neminář:

„Zum Beispiel gab es einen Kampf um die Kinder. Die Eltern wollten ihren Nachwuchs in deutsche Schulen schicken, doch der Staat pochte auf tschechische Schulen und erlaubte keine deutschen. Oder die Volkszählungen: Da haben sich die Menschen im Hultschiner Ländchen häufig zur deutschen Nationalität gemeldet, obwohl sie nur selten gut Deutsch sprachen. Die Zählungen wurden aber von sogenannten Kommissaren vorgenommen, und diese haben auch beurteilt, wer wie eingestuft wird. Sie haben dann mährisch oder tschechoslowakisch eingetragen. Das entsprach aber nicht der Meinung der dortigen Bevölkerung.“

Das Problem mit den Schulen wurde vielerorts dann so umgangen, dass man deutschen Privatunterricht organisierte.



Marie Zajíček. Foto: Archiv des Projekts „Paměť národa“

Neben der Bildungspolitik verhinderte auch die Arbeitslosigkeit in der Gegend, mehr Loyalität gegenüber dem tschechoslowakischen Staat aufzubauen. Die Weltwirtschaftskrise traf die sogenannten Sudetengebiete meist härter als andere Teile des Landes. Das nutzte ab 1933 dann Hitler weidlich aus.

„Viele Menschen aus der Gegend fanden Arbeit in Deutschland. Dort wurden die Hultschiner sogar bevorzugt behandelt. Der deutsche Staat nutzte dies für propagandistische Zwecke“, wie der Historiker erläutert.

Dies zeigen auch Interviews mit Zeitzeugen. Für das Projekt „Paměť národa“ sagte etwa Marie Zajíček, die 1927 in Bolatice / Bolatitz geboren wurde:

„Mein Vater hat in Deutschland gearbeitet. Und er hat immer gesagt: ‚Beschäftigung haben die hier nicht für uns, Ihr werdet alle in die deutsche Schulen gehen und Deutsch lernen.‘ Wir haben zu Hause nur Deutsch gesprochen.“

Jene, die in Deutschland ihr Geld verdienten, konnten manchmal auch einen bescheidenen Wohlstand aufbauen. Ansonsten war das Hultschiner Ländchen eher eine arme Gegend. Doch der Tauschkurs der Mark zur Krone lag teils bei 1:10, das machte selbst schlecht bezahlte Jobs im Nachbarland noch attraktiv.



Marie Zajíček (Foto: Archiv des Projekts „Paměť národa“)

Die Menschen im Hultschiner Ländchen stimmten zudem bei den Wahlen zum überwiegenden Teil für die deutschen Parteien der Tschechoslowakei. In den 1930er Jahren erhielt die völkische Bewegung von Konrad Henlein immer stärkeren Zulauf. 1935 stimmten dann zwei Drittel der Hultschiner Wähler für die Sudetendeutsche Partei des späteren SS-Obergruppenführers.

Auf die zunehmenden nationalistischen bis nationalsozialistischen Tendenzen innerhalb der deutschen Minderheit reagierte Staatspräsident Edvard Beneš mit einem Unterrichtsverbot. Noch einmal Marie Zajíček:

„Dier vierte und die fünfte Klasse habe ich in einer tschechischen Schule absolviert. Wir mussten alle dort hin. Der deutsche Privatunterricht wurde damals verboten.“

Arbeit in Hitler-Deutschland



Gabriela Hluchníková.

Foto: Archiv des Projekts „Paměť národa“

1938 kam für die Menschen im Hultschiner Ländchen die nächste Änderung – ihre Heimat wurde wieder deutsch. Hitler zwang im Münchner Abkommen die Tschechoslowakei, die Sudetengebiete abzutreten. Als die Wehrmacht dann Anfang Oktober einrückte, waren in Hultschin, Kravaře / Krawarn, Bolatice / Bolatitz und den anderen Orten nicht wenige begeistert. Gabriela Hluchníková aus Dolní Benešov / Beneschau war damals zehn Jahre alt:

„Öffentlich hat sich niemand aufgeregt. Eigentlich haben alle die Wehrmacht begrüßt, zum Beispiel mit Blumen. Denn jeder hat geglaubt, dass es nun besser werde.“

Doch kein Jahr später begann Hitler-Deutschland den Zweiten Weltkrieg. Auch die Männer aus dem Hultschiner Ländchen wurden als vollwertige Staatsbürger in die Wehrmacht eingezogen. Insgesamt waren es rund 12.000. Viele kamen aber nicht mehr zurück.

„3500 Männer sind gefallen oder vermisst. Und 4000 bis 5000 sind während des Krieges verletzt worden“, weiß Jiří Neminář.

Und wie war die Stimmung zu Ende des Krieges? Das Thema sei bisher nicht weiter erforscht worden, gesteht der Historiker. Immerhin würden die Feldpost und weitere Briefe von damals einen kleinen Einblick geben...



Hlučín 1938

„Dort lässt sich herauslesen, dass auch zu Ende des Krieges viele wohl noch glaubten, dass es zu einem deutschen Sieg kommen werde. Auf der anderen Seite sind aber auch einige Menschen in den Widerstand gegangen. Entweder engagierten sie sich in zivilen Gruppen, oder sie meldeten sich nach der Gefangennahme zur tschechoslowakischen Exilarmee, eventuell auch zur Roten Armee. Sie kehrten dann in tschechoslowakischen Uniformen heim.“

Nach dem Krieg nahm die Geschichte des Hultschiner Ländchens abermals eine interessante Wendung. Denn die Menschen dort waren praktisch nicht betroffen von den Vertreibungen der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Dazu Jiří Neminář:



Flüchtlingsfamilie in Oberschlesien 1945.

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1990-0323-501 / CC-BY-SA 3.0

„Es gab da große Diskussionen. Einige Politiker wollten alle Hultschiner vertreiben, andere sie ins Binnenland umsiedeln. Letztlich wurden die Bewohner aber durch die Volkszählung vor dem Krieg gerettet. Auch wenn es damals gegen ihren Willen gewesen war, stand hinter ihren Namen meist ‚tschechoslowakische Nationalität‘. Zudem hatte der Staat während der gesamten Ersten Republik behauptet, dass sie Tschechen seien. Deswegen konnten sie nicht vertrieben werden. Also mussten nur jene gehen, die schon vor 1938 die deutsche Nationalität hatten oder in der NSDAP gewesen waren.“

Manche wurden allerdings auch vertrieben, weil man so leichter an ihr Eigentum herankommen konnte. Insgesamt etwa 3000 Hultschiner mussten ihre Heimat verlassen. Weitere blieben einfach in Deutschland, wo sie als Soldaten nach dem Kriegsende hingekommen waren. Die große Mehrzahl aber lebte weiter in der Tschechoslowakei. Fast schon absurd ist, dass nach der politischen Wende von 1989 mehrere Tausend der dortigen Bewohner einen deutschen Pass erhalten haben. Sie konnten sich auf die deutsche Staatsbürgerschaft ihrer Vorfahren berufen, wie dies das bundesrepublikanische Recht erlaubte.

Autor: [Till Janzer](#)

Polen (Seiten 467 bis 472)

05) Warschau: die Rache der Stadt des Phönix

Von Lionel Baland

17. 10. 2021



Foto: Breizh-info

Mein ICE durchquert Deutschland mit 300 km/h. Ich komme in Berlin an. Ich steige um und komme fünf Stunden später in Warschau, der Hauptstadt Polens, an.

Ich steige bei Einbruch der Dunkelheit aus dem Zug. Was für ein Schock! Warschau hat nichts mehr mit der Erinnerung gemein, die ich an es habe. Der Hauptbahnhof, einst düster, schmutzig und von alkoholabhängigen Pennern besetzt, wird nun von riesigen LED-Panels mit 1000 Lux beleuchtet. Seine Umgebung besteht aus hochmodernen Gebäuden, die denen am Postdamer Platz in Berlin in nichts nachstehen. Im Grunde ist Warschau wie Berlin, nur besser und sauberer. Die polnische Hauptstadt hat ihren Spitznamen „neues Berlin“ verdient!

In der Vergangenheit dominierten nur das Marriott und der von Stalin „geschenkte“ Kultur- und Wissenschaftspalast die Stadt. Im Jahr 2021 wetteifern zahlreiche grandiose Türme um den Titel des höchsten Gebäudes der Stadt: der sehr noble Wohnturm Zlota 44 (11.000 €/m²!), der Cosmopolitan Twarda 2/4, die Büros der Warschauer Turmspitze und der Varso Tower... Letzterer wird 2022 mit 310 Metern das höchste Gebäude Europas sein! Die Polen haben dem Kommunismus schnell den Rücken gekehrt. Einige werden sagen, dass man nur noch den Kulturpalast dem Erdboden gleichmachen müsse!



Aber lassen Sie uns über die Polen und insbesondere über die polnischen Frauen sprechen!

Sie verdienen einen eigenen Artikel. Im Kommunismus fehlte es der Bevölkerung an allem. „Die meisten Frauen waren eintönig, alle gleich, gekleidet in braun, marineblau, grau, grau, grau...“, sagt Iwona Koczwanska, eine Modehistorikerin. Sie fügt hinzu: „Angesichts der ruinierten Wirtschaft und des Mangels in allen Bereichen war es nicht leicht, sich in Schale zu werfen.“

Diese Zeiten sind längst vorbei. So viele schöne Frauen pro Quadratmeter! Die polnischen Frauen sind für ihre Schönheit bekannt, aber was auffällt, ist ihre Sommerkleidung: Miniröcke, die lange Beine zeigen, hohe Absätze und der Gang eines Models. Sie gehen abends und nachts allein oder in Gruppen umher, ohne von einem Mann begleitet zu werden. Das ist in Paris oder Brüssel völlig undenkbar, in Warschau aber ganz normal!

Wissen französische oder belgische Frauen überhaupt, dass es diese Situation in den Straßen einer großen Metropole gibt, in der Frauen ohne Belästigung herumlaufen? Dass es diesen Hauch von Emanzipation und Freiheit einst im Westen gab? Wahrscheinlich nicht. Sie scheinen kapituliert zu haben. Beschimpfungen und sogar brutale körperliche Angriffe gehören jetzt zu den Spielregeln, zu ihrem Alltag. Sie sind der Preis dafür, dass man bis spät in die Nacht unterwegs ist.



Foto aufgenommen von Grégory Leroy in der Warschauer U-Bahn

Andererseits scheinen mir die polnischen Frauen entspannt zu sein. Sie scheinen mir nicht so in sich gekehrt zu sein, wie es Pariser oder Brüsseler Frauen sein können. Sie sind nicht in einem mentalen Tunnel verschanzt. Wenn in Warschau ein Mann eine Frau trifft, hält sie seinen Blick fest und starrt ihn nicht an. Warschauer Frauen reagieren auf ein Lächeln mit einem Lächeln. Haben die westlichen Feministinnen, die glauben, den Kampf um die Gleichstellung zu gewinnen, nicht auch ihr Glück geopfert?

Grégory Leroy ist ein französischer Unternehmer, der seit fast zehn Jahren in der polnischen Hauptstadt lebt. Als Immobilieninvestor und Organisator taktischer Schießkurse (hussard.pl/) hat er seine eigene Meinung zu diesem Thema.



Grégory Leroy

Das Gespräch findet bei einer Tasse Kaffee in einem Vorort von Warschau statt. Zwischen zwei Schusswechseln auf einem Schießstand erzählt der Unternehmer von seiner Vision der Frauen:

„Französische Frauen schämen sich für ihre Weiblichkeit! Sie nimmt es nicht mehr an. Bald wird sie sich für das Tragen der Burka (sic) einsetzen! In Warschau ist das Gegenteil der Fall. Die slawische Frau ist schön, sie schämt sich nicht für ihren Körper und stellt ihn zur Schau, ohne Komplexe, ohne Scham.“

Gregory fügt hinzu:

„In Polen können unternehmungslustige Männer schöne Frauen erobern, indem sie ihre Energie einsetzen. In Frankreich funktioniert alles in geschlossenen Netzwerken, in Kasteien. Wir leben in Isolation. Sich selbst zu schützen ist wichtiger, als den anderen zu entdecken. In Warschau fühlen sich Frauen zu starken und männlichen Männern hingezogen, während es in Paris vor allem um Netzwerke, Codes und soziale Kultur geht.“

Der Auswanderer führt seine Gedanken weiter aus, indem er irritiert auf ein AR-15-Gewehr in seinem Schoß klopft:

„Vielleicht ist es eine Folge des Feminisierungsprozesses, vielleicht liegt es an der täglichen Belästigung, der Frauen ausgesetzt sind. Aber wir haben keine Kontrolle über diese Phänomene, und es ist zu spät, um die katastrophalen, ich würde sagen kriminellen, politischen Entscheidungen zu korrigieren, die vor Jahrzehnten von diesen politischen Verlierern getroffen wurden.“

„Die Feminisierung und das Ausmaß der demografischen Revolution der letzten vier Jahrzehnte sind unübersehbar. Deshalb empfehle ich allen ehrgeizigen und pragmatischen jungen Franzosen, in den Osten oder anderswohin zu ziehen. Du musst leben, reich werden, deine Macht vergrößern. Der Rest ist zweitrangig.“

Er kehrte wieder zu seiner Vision der französischen Frauen zurück:

„Französische Frauen haben diese Situation der täglichen Belästigung akzeptiert. Sie weigern sich, den Feind beim Namen zu nennen, ihren Vergewaltiger zu beschreiben, dessen Name nicht François ist, damit man ihn kennt! Meines Erachtens nehmen sie diese Ultra-Gewalt stillschweigend hin. Sie wollen sich wie Männer verhalten, um der Gefahr zu trotzen, aber das funktioniert nicht. Sie zielen immer weit. Ich glaube nicht, dass sie in der Lage sein werden, etwas dagegen zu tun!“

Grégory erzählt, dass er eine Einladung an eine feministische Vereinigung geschickt hat, die diese Gewalt anprangert. Im Rahmen einer Reportage für einen französischen Fernsehsender schlug er seinen Mitgliedern vor, an seinen Husaren-Selbstverteidigungskursen für Pistolen teilzunehmen. Sie weigerten sich.

„Es wird keine Jeanne d’Arc mehr geben. Französische Frauen haben nicht mehr das heilige Feuer. Sie sind dem Staat unterstellt. Sie haben Angst, von ihr gemäßregelt zu werden, und blockieren daher, wie die meisten Franzosen. Sie leben in der Angst, gescholten zu werden. Der französische sozialistische Staat ist derjenige, der das Geld verteilt, er ist derjenige, der in Frankreich die Fäden in der Hand hält. Es ist der Chef, sie sind alle auf seinem Schoß!“



Nicht zuletzt ist seiner Meinung nach ein wesentliches Element, um die Schönheit der Frauen in Warschau zu verstehen, die gewählte Immigration. Weißrussen und Ukrainer kommen in Scharen hierher, um zu studieren, zu leben und zu arbeiten:

„In Warschau haben Sie das Beste von Europa: die Qualität der Infrastruktur, die Hochtechnologie auf der einen Seite und die Schönheit der osteuropäischen Frauen auf der anderen. Es gibt nur wenige Hauptstädte auf dem Kontinent, ja sogar auf der Welt, die mit Warschau konkurrieren können.“

Dreißig Jahre nach dem Fall des Kommunismus ist Polen nicht mehr arm, schmutzig und grau. Das Wirtschaftswachstum hat sich ausgewirkt. Das Land scheint seine dreißig glorreichen Jahre hinter sich zu haben. Der Lebensstandard in Warschau ist nicht mehr mit dem der westlichen Metropolen zu vergleichen. Die Frauen blühen auf. Aber steht diese Gesellschaft nicht am Ende eines Zyklus? Ist Polen nicht auf dem Weg zu einem Modell nach französischem Vorbild? Bereitet sie sich nicht darauf vor, sich dem Triptychon Feminismus – Immigration – Sozialismus zu unterwerfen? Ist dieses idyllische Paradies voller Freiheit, das Gregor beschreibt, nicht auf Zeit?



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ungarn (Seiten 473 bis 476)

06) Schätze aus Ungarn: Der Tokajer Wein

17. 10. 2021



Bildquelle: Ungarnreal

Vor hundert Jahren gab es vier Länder, die für die besten und teuersten Weine der Welt verantwortlich zeichneten: Frankreich (Burgund, Bordelais, Champagne), Deutschland (Mosel, Saar, Rheingau), Spanien (Rioja) und Ungarn (Tokaj, Eger, Szekszárd).

Ungarn war also einst eines der prominentesten und größten Weinexportländer der Welt;

viele ungarische Süß- und Rotweine standen auf den Karten der bekanntesten Hotelrestaurants in London oder New York. Nach der kommunistischen Machtübernahme 1947 ging die große Zeit ungarischer Weine rasch zu Ende, die großen **Weingüter wurden enteignet und die kommunistische Planwirtschaft konnte keine Qualität liefern** – und später nicht mal Masse.

Nach 1990 ging es langsam bergauf, doch erst **in den letzten Jahren hat sich im ungarischen Qualitätsweinbau enorm viel getan** – enorm viel mehr als in den anderen postkommunistischen Weinbauländern Europas. Ein Blick auf die Modernisierungen in der bekanntesten Region Tokaj reicht, um zu erkennen,

dass ungarische Winzer wieder auf Weltniveau keltern.

Die **Weinberge von Tokaj** liegen **im Nordosten Ungarns**, am Fuße des unberührten Zemplén-Gebirges und treffen auf die riesige ungarische Tiefebene, die den Weinreben die Sommerhitze liefert. **Die Böden** der Weinberge sind hauptsächlich vulkanischer

Riolitentuff. **Das Klima** ist geprägt von heißen Sommern, langen Herbsten, kühlen Wintern und einem durchschnittlichen Jahresniederschlag von 550 mm. Die für die Edelfäule essentiellen **Luftfeuchtigkeit** steigt aus den Flüssen Bodrog und Theiß auf. **Die ersten schriftlichen Quellen des Weinbaus reichen ins 13. Jhd. zurück.**

Ihre Weinherstellungskultur und -traditionen gehören seit 2002 zum UNESCO Weltkulturerbe.

Die Region ist nach der Stadt Tokaj, dem ehemaligen Handelszentrum benannt und wurde nach den legendären Aszú-Weißweine bekannt. Der französische König, Ludwig XIV. schon im 17.Jhd. bezeichnete diesen Wein als „den Wein der Könige, der König der Weine“.

In den letzten 25 Jahren erlebte die Region eine große Entwicklungsphase. **Etwa 5500 ha sind in der Region mit Reben bepflanzt.** 2021 wurde die [Tokaj-Hegyalja-Universität](#) gegründet, die zur **Ausbildung der zukünftigen Winzer**, Wein-fachleute auch über eine Fakultät für Weinbaukunde verfügt.

Die ungarische Regierung stellt bis 2024 150 Milliarden Forint (416 Millionen Euro) für die touristische Entwicklung der nordostungarischen Tokaj-Zemplén Region zur Verfügung.

Unter anderem wird das Besucherzentrum der Weinregion errichtet. Die Region soll nach Budapest und dem Plattensee zum drittbedeutendsten touristischen Gebiet Ungarns werden.

„In der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts kannst du etwas bleiben, was auch deine Vorfahren waren“ – sagt **István Szepsy Senior**, der weltberühmte Winzer, der mit seinem Sohn zusammen jetzt im Tokajer Weingebiet insgesamt **65 Hektar Rebfläche bewirtschaftet**. Im Durchschnitt werden aus den Szepsy-Weinberger jedes Jahr 38.000 Flaschen trockener Wein, 7.000 Flaschen Aszú und 12.000 Flaschen Samorodni produziert.

Die Familie Szepsy lebte schon im 16. Jahrhundert auf den Tokajer Hügeln bei Bodrogkeresztúr. Im Jahre **1632** erhielt der Ur-Ur-Ur-Urgroßvater vor achtzehn Generationen den Adelstitel, **eine Privilegienurkunde** und ein Wappen von Kaiser Rudolf. In der kommunistischen Zeiten – als ihre Weingüter enteignet worden waren – hat István Szepsy in der LPG gearbeitet, um Trauben in möglichst großer Menge anzubauen.

Great HungarICON: István Szepsy

343 Aufrufe

Premiere am 04.06.2021

4

[Friends of Hungary](#)

<<https://www.youtube.com/watch?v=j5UK7g4uq-k&t=7s>>

Seit der Wende, ab 1991 leitet die Winzerfamilie ihre eigene Kellerei wieder.

István Szepsy Senior hatte eine Vision, Tokaj auf den ersten Platz unter den historischen Weingebieten Ungarn zu bringen.

In den vergangenen Jahrzehnten hat er mehrere **hochrangige staatliche und fachliche Auszeichnungen** erhalten: 1999 wurde er mit dem Offiziers- und 2010 mit dem

Kommandeurkreuz des Staats ausgezeichnet. 2001 wurde er zum Winzer des Jahres, 2009 zum **WINZER DER WINZER** gewählt. 2013 erhielt er von der European Grand Juree den Preis „**LES SEIGNEURS DU VIN**“, welcher als der Oscar des Weinbaus betrachtet werden kann.

Szepsy hat 2015 beschlossen, den **Preis seines Aszú (Ausbruch) zwischen 1000–2000 Euro** festzulegen. Je teurer er ist, umso mehr wird von den Konsumenten geschätzt. Er meint, dass die ungarischen Weine nicht überwertet sind, ein ausländischer Wein zum gleichen Preis und derselben Qualität existiert nämlich nicht.

Beim „**Decanter World Wine Award 2020**“ dem weltweit größten Weinwettbewerb hat **Ungarn** eine Rekordzahl von Auszeichnungen mit nach Hause genommen. Die Weine wurden auf der üblichen 100-Punkte-Skala bewertet, die besten ungarischen Weine erreichten diesmal 97 Punkte und erhielten **insgesamt 123 Auszeichnungen: 5 Platin-, 12 Gold-, 40 Silber- und 66 Bronzepreise.**

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Die Rekrutierung der ungarischen Nationalgarde 1848 (Video)

13. 10. 2021



Bildquelle: MN (Youtube Screenshot)

Am Ende der Reformära, die dem Land wirtschaftlichen und geistigen Wohlstand brachte, war klar, dass das Habsburgerreich den ungarischen Freiheitswillen nicht mehr aufhalten konnte: 1848 brach die Revolution aus und die Gesetze vom April 1848, die die Rechtsgrundlage für die ungarische Nationalgarde bildeten, wurden verabschiedet. Inmitten des großen Enthusiasmus wurde auch János Arany zum Nationalgardisten, und er poetisierte die Gefühle der Bürger seiner Zeit. Ende April hatte die Zahl der Nationalgardisten 50–60.000 erreicht, was mehr war als die Zahl der in den Ländern der Heiligen Krone stationierten Wehrpflichtigen.

Der Kurzfilm zeigt eine „Rekrutierung“, die von den jungen, tanzerprobten Burschen organisiert wurde, um ihre Reihen aufzufüllen – bei der Rekrutierung war auch der für die Musik verantwortliche Musiker, der Volksmusiker und Volksmusikforscher Gergely Agócs, anwesend.

< https://www.youtube.com/watch?v=PL_Zbdv48FQ >

Nemzetőrök (1848/49) – ŐSÖK és HŐSÖK produkció

2.276 Aufrufe

11.10.2021

Zwar hatte die Nationalgarde keine so große militärische Kraft wie die regulären Truppen, aber die Nationalgardisten, auch bekannt als Sonntagssoldaten, lernten, Waffen zu tragen, die sie auf dem Schlachtfeld einsetzen konnten, und vor allem wurde eine ganze Generation patriotischer Kräfte geschaffen.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER



Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 - Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
<westpreussen-berlin.de>
Postbank Berlin,
IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF

01) Westpreußischer Gesprächskreis

Im „Ännchen von Tharau, Rolandufer 6, 10719 Berlin,
S- / U-Bahnhof Jannowitzbrücke
(Zur Teilnahme ist jeweils die vorherige Anmeldung erforderlich!)

Freitag, 10. Dezember 2021, 15:00 Uhr
Thema: Advent bleibt Advent: Westpreußen ist keine Insel!
Alle Teilnehmer (Wir bitten um telefonische Angebote)

02) Tagesfahrten:

Im Jahr 2021 finden keine Tagesfahrten statt.
Für das Jahr 2022 wird ein Programm für Tagesfahrten vorbereitet.

03) AGOM-Zusammenkunft

Adventliche Zusammenkunft mit Gesprächen zur weiteren Arbeit im kommenden Jahr 2022.

Freitag, 26. November 2021, 18:30 Uhr, im Bürgertreff, Großer Saal,
im S-Bahnhof Lichterfelde West, Hans-Sachs-Straße 4D, 12205 Berlin.
(Anmeldung: Ruf-Nummer 030-257 97 533).
(Zur Teilnahme ist jeweils die vorherige Anmeldung erforderlich!)

04) IX. Studientag aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte, 26.11.2021 in Greifswald



**IX. Studientag
aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens der
Arbeitsgemeinschaft für pommersche
Kirchengeschichte
Fr. 26.11.2021, Greifswald, Lutherhof 14.00 – 19.30 Uhr**

THEMA: Die Zukunft der Landeskirchengeschichtsarbeit

PROGRAMM:

- 14.00 Uhr Eröffnung
14.05 Uhr Grußwort der Landesbischöfin
14.15 Uhr Grußwort der Gesellschaft für pommersche Geschichte
14.25 Uhr Grußwort der Historischen Kommission für Pommern
14.35 Uhr Prof. Dr. JOHANNES EHMANN (HEIDELBERG):
Notwendigkeit und Zukunftsrelevanz der Landeskirchengeschichtsforschung
15.15 Uhr Diskussion
15.25 Uhr Kaffeimbüß
15.45 Uhr Prof. Dr. HAIK THOMAS PORADA (LEIPZIG):
**Die kirchliche und die staatliche Archivpflegesituation in Vorpommern –
Ärgernisse, Hoffnungen, Forderungen**
16.20 Uhr Prof. Dr. PAWEŁ GUT (STETTIN):
Archivpflegesituation in Stettin und Pomorze – Zustand und Zukunft
17.40 Uhr Diskussion
17.50 Uhr Dr. IRMFRIED GARBE (WACKEROW)
Rückblick auf 50 Jahre AG für pommersche Kirchengeschichte
18.30 Uhr Abschluss, anschließend geselliger Ausklang mit Abendessen



Landmannschaft Schlesien



Nieder- und Oberschlesien Landesgruppe Berlin/Mark Brandenburg e. V.

Herausgeber: Landmannschaft Schlesien - Nieder- und Oberschlesien, Landesgruppe Berlin/Mark Brandenburg e. V.,
Brandenburgische Str. 24, 12167 Berlin-Steglitz – Bürozeit: Donnerstag 14.00 – 17.00 Uhr und nach Vereinbarung

05) Landmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. Berlin-Brandenburg vervollständigt Vorstand durch Briefwahl

Die Landmannschaft hat mit einer schriftlichen Wahl ihren Vorstand wieder vervollständigen können. Die Briefwahl war vom Amtsgericht angeordnet worden, nachdem die bisherige stv. Vorsitzende Frau M. Peters zurückgetreten war und Ihren Rücktritt dem Amtsgericht mitgeteilt hatte.

Der Vorstand setzt sich nunmehr wie folgt zusammen:

Bernd Stefan Schmieder, Vorsitzender,
Thomas Ruschin, 1. Stv. Vorsitzender,
David Peixoto, 2. Stv. Vorsitzender
Marcus Lausch, Schatzmeister

Neue Situation:

Am Montag, dem 04. Oktober 2021, hat in den den Berliner Räumen der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Anwesenheit des Bundesvorsitzenden der Landmannschaft Schlesien, Stefan Rauhut, – eine weitere Delegiertenversammlung stattgefunden. Dabei wurde u.a. auch Zusammensetzung des Vorstandes verändert. Neuer Vorsitzender soll Thomas Ruschin sein, der bisherige Vorsitzende Bernd Stefan Schmieder soll die Absicht haben, seinen Hauptwohnsitz demnächst nach Görlitz zu verlegen.

Da bislang niemand weder die Mitglieder der LS noch wir als Partner in der Bürogemeinschaft Informationen über die Neuwahlen usw. erhalten haben, müssen wir wohl auf die für diese LS auch erforderliche Eintragung im Vereinsregister warten!

Wir informieren über den Vorstand zu gegebener Zeit!

Die Landmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. Berlin-Brandenburg hat bis 30.11.2021 eine Bürogemeinschaft mit der Landmannschaft Westpreußen e. V. Berlin

**A. j) Plattform des Arbeitskreises für landsmannschaftliche
ostdeutsche Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und
östliches Mitteleuropa)**

Seiten 480 - 481



Heimatkreis Wirsitz

Kom. Heimatkreisvertreter: Frank-Rainer Seelert
Lange Straße 6 27211 Bassum
Tel.: 04241-970350 Mobil-Telefon: 0178-6393122 E-Mail: frank.seelert@t-online.de



Seniorenhaus Anna-Charlotte
ul. Strzelecka 21, PL 89-340 Białośliwie Pologne

01) Ein Bild-Bericht zur „30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021 ist in Vorbereitung!

02) Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2021 in Weißenhöhe / poln. Białośliwie

Wegen der Corona-Pandemie sind zurzeit alle weiteren Veranstaltungen im Haus Anna-Charlotte abgesagt



Herzlich Willkommen beim Heimatkreis Schneidemühl e.V.

<http://www.schneidemuehl.net/vorstand.html>

03) Treffen im „Ännchen von Tharau“
Rolandufer 6, 10179 Berlin, am S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

1) Sonnabend, 11. Dezember 2021, 14:00 Uhr

Diese Seiten sind im Aufbau! Wir sind auf Ihre Mitarbeit angewiesen. Wir können uns vorstellen, dass auch weitere landsmannschaftliche Gliederungen eine Plattform in unserem AWR erhalten. Der Vorteil: Unser AWR ist durch seine Erscheinungsweise hochaktuell!

01) Regionale Zusammenarbeit zwischen Südsiebenbürgen und Brandenburg – eine Modellidee für Europa? Online-Vortrag

Mittwoch, den 27. Oktober 2021, 18:00 Uhr

Das Land Brandenburg arbeitet seit mehr als 20 Jahren mit der rumänischen Region Zentrum (Südsiebenbürgen) in verschiedenen Projekten und auf den unterschiedlichsten Ebenen zusammen. Eine Besonderheit besteht in der Existenz und dem Wirken einer **Partnerschaftsbeauftragten des Landes Brandenburg für die Region Centru / Südsiebenbürgen**. Einer der beiden Partnerschaftsbeauftragten, Klaus-Peter Krüger, wird in einem Vortrag mit anschließender Diskussion über die Partnerschaftsarbeit und ihre Einordnung in europäische Prozesse berichten.

An Hand von Projektbeispielen wird aufgezeigt werden, wie eine regionale Zusammenarbeit nachhaltig funktionieren und Menschen und Kulturen verbinden kann. Die Vernetzung in beiden Partnerregionen ist somit auch die Basis für diese erfolgreiche und langjährige Zusammenarbeit. Die parallele Vernetzung ermöglicht die tiefere Kenntnis von Prozessen und potentiellen Partnern und generiert über die Jahre eine spezifische Erfahrung, welche Partner zusammenarbeiten könnten. Zudem ist es zielführend eine potentielle Zusammenarbeit bzw. eine bi- oder multilaterale Entwicklung gemeinsamer Projekte über die Anbahnung hinaus in der Kommunikation durch die Partnerschaftsbeauftragten zu begleiten.

Dr. Birgit Schliewenz und **Klaus-Peter Peter Krüger** sind mit ihrer Firma ManCom GmbH die Partnerschaftsbeauftragten für die Region Centru. Seit mehr als 20 Jahren arbeiten sie in Rumänien und Centru, seit 2008 als Partnerschaftsbeauftragte. Sie sind damit die dienstältesten Partnerschaftsbeauftragten Brandenburgs mit einem entsprechenden Erfahrungspotential.

in Zusammenarbeit mit dem in diesem Jahr gegründeten Deutsch-Rumänischen Verein Gießen e.V. laden wir zu einem Online-Vortrag am

Mittwoch, den 27.10. (18:00 MEZ)

über die

„Regionale Zusammenarbeit zwischen Südsiebenbürgen und Brandenburg – eine Modellidee für Europa?“

ein. Der Partnerschaftsbeauftragte des Landes Brandenburg für die Region Centru, Klaus-Peter Krüger, wird über seine Arbeit berichten. Wer weiß schon, dass bei dieser Zusammenarbeit seit 20 Jahren zahlreiche erfolgreiche Projekte entstanden sind.

Näheres zum Vortrag in der Anlage. Zur Zusammenarbeit zwischen den beiden Regionen s. <http://partnerregion-centru-rumaenien.eu/>

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Köpernik

Die Technik für den Vortrag (essentiell!)

Als Konferenz-Tool nutzen wir Zoom. Um am Vortrag teilnehmen zu können, benötigen Sie einen Computer/Laptop mit Webcam und Mikrofon. Gerne können Sie auch ein Headset nutzen. Damit Sie den Vortragenden gut verstehen können, stellen Sie bitte sicher, dass Sie sich für den Zeitraum des Vortrags an einem ruhigen Ort befinden. Und natürlich braucht es eine stabile Internetverbindung. Lassen Sie bitte während des Vortrags Ihr Mikrofon abgeschaltet, um eine unerwünschte Geräuschkulisse zu verhindern. Bei spontanen Fragen und in der abschließenden Diskussionsrunde schalten Sie bitte Ihr Mikrofon wieder an.

Bitte beachten Sie, dass der Vortrag zu vereinsinternen Zwecken aufgezeichnet wird.

Sollten Sie mit Zoom noch keine Erfahrungen gesammelt haben, helfen Ihnen diese Minitutorials weiter:

- Registrieren:

<https://www.youtube.com/watch?v=qsy2Ph6kSf8&list=PLKpRxBfeD1kEM_I1Ild3N_XI77fKDzSXe>

- Meeting beitreten:

<<https://www.youtube.com/watch?v=hlkCmbvAHQQ>>

- Zoom-Einstellungen:

<https://www.youtube.com/watch?v=ygZ96J_z4AY&list=PLKpRxBfeD1kEM_I1Ild3N_XI77fKDzSXe&index=8>.

Damit wir pünktlich um 18:00 Uhr starten können, loggen Sie sich bitte 5 bis 10 Minuten früher ein, sodass wir sicherstellen können, dass alle ggf. noch bestehenden technischen Probleme gelöst werden können.

Ihr Zugangslink

<https://us02web.zoom.us/j/81017511777?pwd=VVpmcVNobW9OTmpOQVdZVUQxU0hBdz09>

02) Konzert-YouTube-Premiere: Kürbishütte @ Instantopia: Lieder und Echtzeitklänge aus dem alten Königsberg und dem heutigen Königsberg

Donnerstag, 28. Oktober 2021, 18:00 Uhr



Kürbishütte @ Instantopia

© Deutsches Kulturforum östliches Europa, 2021

Aufzeichnung eines Konzerts mit Jan Kobow (Tenor), Andreas Arend (Laute), Maurice de Martin (Minimal Table-Percussion) und Mariel Jana Supka (Rezitation) vom 21. August 2021 im Schloss Biesdorf

YouTube-Premiere

https://www.youtube.com/watch?v=PDpSZVg_pYk

Während in weiten Teilen Europas der Dreißigjährige Krieg (1618–1648) die Menschen in Angst und Schrecken versetzte, schuf im friedlichen Königsberg der Musiker und Dichter Heinrich Albert mit seiner „Kürbishütte“ genannten Gartenlaube einen Ort, an dem ein illustre Freundeskreis auf damals neue Art sang und dichtete.

In unserem Konzert singt Jan Kobow, begleitet von Andreas Arend auf der Laute, Lieder von Heinrich Albert zu Poesie der Königsberger Dichter seiner Zeit – frühe Beispiele populärer Musik in deutscher Sprache.

Der Musiker und Prozesskünstler Maurice de Martin, der im Corona-Jahr 2020 mit zwanzig jungen Kreativen aus Kaliningrad und Berlin das kollektive Projekt [RADIO INSTANTOPIA](#) durchführte, stellt die Lieder gemeinsam mit der Rezitatorin Mariel Jana Supka in einen Zeit und Raum übergreifenden Kontext. Orientierung bietet dabei die „Klage über den endlichen Untergang und Ruinierung der Musicalischen Kürbishütte und Gärtchens“ des Königsberger Dichters Simon Dach.

Programmkonzeption: Klaus Harer, Deutsches Kulturforum östliches Europa
Kamera und Schnitt: Timm Ringewaldt
Ton: Dirk Dresselhaus

Das Kulturforum wird gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Die Veranstaltung findet als YouTube-Premiere auf dem [YouTube-Kanal des Kulturforums](#) statt und kann dort auch nach der Premiere jederzeit abgerufen werden. Dafür wird kein YouTube- oder Google-Konto benötigt.

Kontakt

Dr. Klaus Harer
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam
T. +49 331 20098-44
F. +49 331 20098-50
harer@kulturforum.info

Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam
Tel. +49 (0)331 20098-0
Fax +49 (0)331 20098-50
presse@kulturforum.info
www.kulturforum.info

03) Drinnen oder draußen? Numerus clausus oder Demokratisierung der Akademie: Berlin-Lemberg

Fünftes Zernack-Colloquium online

Donnerstag, 28. Oktober 2021, 18 Uhr



Webinar-Reihe:

Drinnen oder draußen?

Historische Debatten um politische und zivilgesellschaftliche Teilhabe in Mittel- und Osteuropa

Fünftes Klaus-Zernack-Colloquium 2021

Vom numerus clausus zur Demokratisierung der Akademie? Geschlechterordnung in der europäischen Wissenschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts am Beispiel einer Wissenschaftsorganisation in Berlin und der Universität Lemberg

Hier gelangen Sie direkt zum [Zoom-Webinar](#).

https://us06web.zoom.us/webinar/register/WN_DJAYnJRXRHyzHhkv4pobw

Das Thema des 5. Klaus-Zernack-Colloquiums in diesem Jahr sind die Mechanismen der Ausgrenzung und Einschließungsversuche von bis dato nicht anerkannten Gruppen von Frauen in wissenschaftlichen Institutionen am Beispiel einer Berliner Forschungseinrichtung und der Lemberger Universität. Über das Ringen der Frauen um gleichberechtigten Zugang, die Teilhabe an Ressourcen und Anerkennung, kollektive Biografien und einzelne Vitae der ersten Wissenschaftlerinnen in Berlin und Lemberg (poln. Lwów, ukrain. Lwiw) sprechen wir mit:

Prof. Dr. Annette Vogt, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin, Wissenschaftshistorikerin, Autorin zahlreicher Aufsätze und Monografien zur Wissenschaftsgeschichte aus Geschlechterperspektive, darunter: *Vom Hintereingang zum Hauptportal? Lise Meitner und ihre Kolleginnen an der Berliner Universität und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft* (Steiner Verlag, Stuttgart 2007) und mit Renate Tobies (eds.): *Women in Industrial Research* (Steiner Verlag, Stuttgart 2014).

Dr. Iwona Dadej, Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Historikerin, Autorin der Monografie *Beruf und Berufung transnational. Deutsche und polnische Akademikerinnen in der Zwischenkriegszeit* (fibre Verlag, Osnabrück 2019).

Moderation:

Ariane Afsari, Deutsches Kulturforum östliches Europa

Die Vortragsreihe wird aufgrund der pandemischen Lage zumindest vorläufig online stattfinden; Nachfragen bitte hier: info@cbh.pan.pl

Eine Kooperation zwischen dem [Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften \(ZFH\)](#), dem [Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien in Halle](#) und dem [Deutschen Kulturforum östliches Europa in Potsdam](#).

Abbildung: Lemberg. Das Personal im Labor von Typhusforscher Rudolf Weigl, Sign.: NAC 1-N-622-3

Kontakt

Ariane Afsari
Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam
Tel. +49 (0)331 20098-38
Fax +49 (0)331 20098-50
afsari@kulturforum.info
www.kulturforum.info

04) Verwaistes Erbe. Jüdische Friedhöfe diesseits und jenseits der Oder In memoriam Eckehart Ruthenberg (1943–2011)

Kurzvorträge, Film und Podium

Donnerstag, 04. November 2021, 19 Uhr

Berlin-Saal der Berliner Stadtbibliothek
Breite Str. 30–36
10178 Berlin-Mitte



Foto: Zerbrochener Grabstein auf dem jüdischen Friedhof in Drossen/Ośno Lubuskie, 2021, © Peggy Lohse

Bis zu ihrer Auslöschung in der Zeit des Nationalsozialismus gab es diesseits und jenseits der Oder zahlreiche jüdische Gemeinden. Mit der Neuordnung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg geriet die jüdische Geschichte des Oderraums allmählich in Vergessenheit. Die ideologische Distanz der kommunistischen Regierungen gegenüber Religionen und ihr zeitweise offener Antisemitismus beschleunigten sowohl in der SBZ und der DDR als auch in der Volksrepublik Polen diesen Prozess zusätzlich. Während in den 1980er Jahren in der DDR langsam ein Wandel im Umgang mit dem jüdischen Erbe einsetzte, wurden in Polen, insbesondere in den West- und Nordgebieten, Spuren der deutsch-jüdischen Vergangenheit gezielt beseitigt. Heute sind die jüdischen Begräbnisstätten häufig das einzige materielle Zeugnis jüdischen Lebens in der deutsch-polnischen Grenzregion. Obwohl meist verwaist und in einem schlechten Zustand, stellen sie eine einzigartige Quelle zur Erschließung der jüdischen Geschichte der Oderregion dar und ihre Erforschung ist ein wichtiger Beitrag zur europäischen Erinnerungskultur.

Programm

Begrüßung: Dr. Peter Bahl, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg e.V., und Dr. Magdalena Gebala, Deutsches Kulturforum östliches Europa e.V.

Impulsreferat **Zur Situation der jüdischen Friedhöfe in der SBZ und der DDR**, Dr. Monika Schmidt, Berlin

Vorstellung des Projekts **Jüdische Friedhöfe in Polen auf den Gebieten der ehemaligen Provinz Brandenburg**, Dr. Magdalena Abraham-Diefenbach und Dr. des. Anke Geißler-Grünberg, beide Frankfurt (Oder)

Filmdokumentation **Jüdische Friedhöfe in Polen**, Regie: Dietmar Barsig, 2009, 4:05 Min., gesendet in *Kulturzeit* am 18.11.2009; mit freundlicher Genehmigung durch das ZDF

Anschließend Podiumsdiskussion mit Dr. Magdalena Abraham-Diefenbach, Dr. des. Anke Geißler-Grünberg, Dr. Monika Schmidt und Andrzej Kirmiel, Direktor des Museums des Meseritzer Landes, Międzyrzecz/Meseritz

Moderation: Dr. Peter Bahl

Die Veranstaltung findet in deutscher und polnischer Sprache statt und wird gedolmetscht.

Wichtiger Hinweis

Begrenzte Platzzahl. Für die Teilnahme an der Veranstaltung ist eine bestätigte Anmeldung bis einschließlich Dienstag, 2. November 2021 per E-Mail an ger.wei@web.de (bevorzugt) oder unter der Telefonnummer (030) 413 82 19 (mit AB) notwendig. Der Zutritt erfolgt nach dem 3G-Prinzip. Bitte zeigen Sie das entsprechende Dokument unaufgefordert beim Einlass. Ein Mindestabstand von 1,5 m ist einzuhalten. Das Tragen einer OP- oder FFP2-Maske ist Pflicht für alle Teilnehmenden.

Eine Kooperationsveranstaltung zwischen dem [Lehrstuhl für Denkmalkunde der Europa-Universität Viadrina Frankfurt \(Oder\)](#), der [Professur für Neuere Geschichte \(deutsch-jüdische Geschichte\) der Universität Potsdam](#), der [Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg e.V.](#) und dem [Deutschen Kulturforum östliches Europa e.V.](#)

Pressekontakt

Dr. Magdalena Gebala
Arbeitsbereich Polen
Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam
Tel. +49 (0)331 20098-18
Fax +49 (0)331 20098-50
gebala@kulturforum.info
www.kulturforum.info



Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner

Gerhart-Hauptmann-Straße 1–2
15537 Erkner

Fon +49 (0)3362 3663
Fax +49 (0)3362 70 00 141

info@hauptmannmuseum.de

Öffnungszeiten

Dienstag bis Sonntag 11.00 – 17.00 Uhr

Eintritt

Erwachsene: 2 € pro Person
Schüler, Studenten: 1,50 Euro
Führungen: 10 €

Adresse

Gerhart-Hauptmann-Str. 1–2
D-15537 Erkner



05) Ein Klavierkonzert zum Reformationstag

mit Christiane Klonz

Sonntag, 31. Oktober 2021, 17:00 Uhr

Eintritt 7 Euro

GERHART-HAUPTMANN-TAGE 2021

Vom 05.11.2021 bis 21.11.2021

Zu den Gerhart-Hauptmann-Tage 2021 erinnern wir an den Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Gerhart Hauptmann.

Zur Veranstaltungsreihe



Gerhart-Hauptmann-Tage 2021, Eröffnungskonzert

06) Liquid Soul – Musik aus Luft und Wasser

Beate Gatscha - Wasserstichorgel, Aquarion, Hang, Stimme
Gert Anklam - Saxophone, chinesische Mundorgel-Sheng
Uli Moritz - Perkussion, Marimbaphone

Freitag, 05. November 2021, 18:00 Uhr

Konzertreisen führten die Köpenicker Künstler Gert Anklam und Beate Gatscha um die halbe Welt. Überall trafen sie auf faszinierende Klänge und ließen sich inspirieren zu ihrem bezaubernden Konzertprogramm „Musik aus Luft und Wasser“.

Wo? - In der Genezarethkirche Erkner oder Gerhart-Hauptmann-Museum

Eintritt frei - Spenden sind erbeten



Gerhart-Hauptmann-Tage 2021,
Literarische Chansons

07) Am liebsten sterbe ich im Mai - Louis Fürnberg

Sonnabend, 13. November 2021, 17:00 Uhr

Kaum ein anderer Dichter vermochte die Spannweite von der lyrischen Moderne hin zu einer weltanschaulich und ästhetisch fest eingebundenen Kunstausbildung so bewußt auszumessen.

Der 1909 geborene Deutschböhme mit tschechischem Pass, über Rilke, Karl Kraus und Gorki zum Kommunismus gekommen ... 1954 in die DDR übergesiedelt ... Tobias Rank hat sich dem dichterischen Werk Fürnbergs genähert, einige seiner Liebesgedichte vertont und zu einem Liederzyklus zusammengefasst.

Eintritt 5 Euro

Achtung nur wenige Tickets!

Ab sofort gilt für den Besuch unserer Veranstaltungen die 2G-Regel. Aufgrund der bestehenden Beschränkungen stehen maximal 50 Plätze zur Verfügung. Zur Teilnahme an den Veranstaltungen ist eine Anmeldung dringend erforderlich.

08) Drei Jahrzehnte Aussiedler- und Minderheitenpolitik. Eine Erfolgsgeschichte im Fokus, Donnerstag, 28.10.2021, Livestream im WEB

Ziel der Tagung ist eine Bestandsaufnahme der Aussiedler- und Minderheitenpolitik Deutschlands. Dabei werden ersichtliche Erfolge und aktuelle Entwicklungen herausgearbeitet. Darüber hinaus soll der nationale Blick durch einen Vergleich mit minderheitenpolitischen Regelungen in anderen EU-Staaten ergänzt werden. Abschließend werden Perspektiven einer möglichen weitergehenden europäischen Regulierung des Politikfeldes diskutiert.

DREI JAHRZEHNTE AUSSIEDLER- UND MINDERHEITENPOLITIK

EINE ERFOLGSGESCHICHTE IM FOKUS

Mit der Einrichtung des Amtes des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen beim Bundesministerium des Innern im Jahr 1988, 2002 um das Aufgabengebiet der nationalen Minderheiten erweitert, kann Deutschland auf mittlerweile mehr als drei Jahrzehnte vorbildlicher Strukturen verweisen. Die Aufgaben des Amtes sind die Förderung deutscher Minderheiten im Ausland sowie von nationalen Minderheiten in Deutschland.



Während in Deutschland seit über 30 Jahren auch institutionell verankert erfolgreich Minderheitenpolitik betrieben wird, fehlt ein einheitlicher europäischer Ansatz weiterhin. So wurde im Januar 2021 die „Minority Safetypack Initiative“ von der Europäischen Kommission abgelehnt. Sie umfasste ein Paket von Gesetzesvorschlägen, die den Schutz nationaler Minderheiten gewährleisten sollten. Auf EU-Ebene wird Minderheitenpolitik weiterhin als Antidiskriminierung betrachtet, obwohl es zunehmend Stimmen gibt, die eine spezifische Regulierung minderheitenpolitischer Fragen fordern. Aktuell betreibt die EU diese lediglich in den Kopenhagener Kriterien der Erweiterungspolitik.

Es gibt jedoch modelhafte Regionen in Nachbarländern, in denen minderheitenpolitische Standards gesetzt werden. Dazu zählen die Ostkantone (Belgien), Nordschleswig (Dänemark) und Südtirol (Italien). In Frankreich hingegen existieren keine offiziell anerkannten Minderheiten, in Spanien bestehen teils langjährige Konflikte zwischen Zentralstaat bzw. Mehrheitsgesellschaft und regionalen Minderheiten.

**THEMENBLOCK I:
DIE DEUTSCHE AUSSIEDLER- UND MINDERHEITENPOLITIK - ERFOLGE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN**

10:00 Uhr Begrüßung:
Hartmut Koschik
Parlamentarischer Staatssekretär a. D.,
stellvertretender Vorsitzender der
Deutschen Gesellschaft e. V.

10:05 Uhr
Prof. Dr. Joachim Tauber
Direktor des Nordost-Instituts (IKON e. V.)

10:10 Uhr Ansprache:
Prof. Dr. Bernd Fabritius
Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen
und nationale Minderheiten

10:20 Uhr Impulsvortrag
Albina Nazarenus-Vetter
Stadträtin Frankfurt am Main, Stellv. Bundesvorsitzende
der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland,
Mitglied des Hessischen Landesbeirates für Vertriebene,
Spätaussiedler und Flüchtlinge

10:40 Uhr Podiumsdiskussion mit:
Martin Dzingel
Präsident der Landesversammlung der deutschen
Vereine in der Tschechischen Republik

Prof. Dr. Bernd Fabritius
Albina Nazarenus-Vetter
Prof. Dr. Joachim Tauber
Tilman Asmus Fischer
freier Autor

Moderation:
12:00 Uhr Mittagspause

**THEMENBLOCK II:
VON TONDERN ÜBER EUPEN NACH BOZEN -
MINDERHEITENPOLITIK IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH**

12:40 Uhr Impulsvortrag
Prof. Dr. Vello Pettai
Direktor des European Centre for Minority Issues (ECMI)

13:00 Uhr Podiumsdiskussion mit:
Jan Diederichsen
Bundesvorsitzender der Gesellschaft für
bedrohte Völker

Jasper Andresen
Erster Vorsitzender des Deutschen Jugendverbandes
für Nordschleswig

Daniel Alfelder
Vizepräsident der Föderalistischen Union Europäischer
Nationalitäten (FUEU), Landeshauptmann-
Stellvertreter der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol

Prof. Dr. Vello Pettai
Tilman Asmus Fischer
freier Autor

Moderation:
14:15 Uhr Pause

**THEMENBLOCK III:
MINORITY SAFEPAK INITIATIVE 6 CO. – ZUR
PERSPEKTIVE EINER EUROPÄISCHEN REGULIERUNG**

14:30 Uhr Impulsvortrag
Eva Adél Péntzes
Generalsekretärin der Föderalistischen Union
Europäischer Nationalitäten (FUEN)

14:50 Uhr Podiumsdiskussion mit:
Eva Adél Péntzes
Nikolaus von Peter
Politischer Referent
Europäische Kommission, Vertretung in Deutschland
Hartmut Koschyk
Dortschy Reinhardt
Vorsitzende des Landrats der Roma und
Sinti Rommölker Berlin-Brandenburg e. V.

Moderation: Tilman Asmus Fischer
freier Autor

16:00 Uhr Schlusswort
Hartmut Koschyk

16:10 Uhr Ende der Tagung

Die Veranstaltung wird als Bildungsurlaub anerkannt.

Die wissenschaftliche Tagung wird durch das Bundesministerium
des Innern, für Bau und Heimat sowie das Nordost-Institut (IKGN
e. V.) gefördert.

Sie findet in Kooperation mit dem Bund der Vertriebenen (BdV)
statt.



ANMELDUNG UND INFORMATIONEN:
Deutsche Gesellschaft e. V.
Jan Roessel, M.A.
Referent EU & Europa
Mosse Palais
Voßstr. 22 | 10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 41 22 51
Fax: +49 (0)30 88 41 22 23
E-Mail: jan.roessel@deutsche-gesellschaft-ev.de

VERANSTALTER:
Deutsche Gesellschaft e. V.
Mosse Palais
Voßstr. 22 | 10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 41 21 41
E-Mail: dg@deutsche-gesellschaft-ev.de
www.deutsche-gesellschaft-ev.de

PROJEKTPARTNER:
Bund der Vertriebenen
www.bund-der-vertriebenen.de

FÖRDERER:
Bundesministerium des Innern,
für Bau und Heimat
www.bmi.bund.de
Nordost-Institut (IKGN e. V.)
www.ikgn.de
Die Beauftragte der
Bundesregierung für
Kultur und Medien
www.bundesregierung.de/breg-de/
Bundesregierung/staatsministerin-
fu-er-kultur-und-medien

Die Veranstaltung wird in Bild und Ton dokumentiert und sowohl als Live-Stream wie auch
als Zusammenschritt (Video-on-Demand) via Internet verbreitet. Ihre Teilnahme beinhaltet
die Zustimmung zu einer Verwendung der Aufnahmen im vorstehenden Sinn sowie im Rah-
men der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Gesellschaft e. V.



28. OKTOBER 2021

**DREI JAHRZEHNTE
AUSSIEDLER- UND
MINDERHEITENPOLITIK
EINE ERFOLGSGESCHICHTE
IM FOKUS**

LIVESTREAM IM WEB
YOUTUBE-KANAL DER
DEUTSCHEN GESELLSCHAFT E.V.
<https://youtu.be/mbUgA100Cmc>

GESTALTUNG: ULTRAMARINROT



09) 31. FilmFestival Cottbus FFC, Sektion SPOTLIGHT: SLOVENSKO,
02. - 07.11.2021



**31. FilmFestival Cottbus, Sektion
SPOTLIGHT: SLOVENSKO**



TERMINE

Mi, 3.11.2021 bis So, 7.11.2021 (live) bzw. bis Di, 16.11.2021 (Streaming)

SPIELSTÄTTEN

Stadthaus ■ Glad-House ■ Online

Stadthaus: Erich Kästner Platz 1, 03046 Cottbus

Glad-House: Straße der Jugend 16, 03046 Cottbus

Streaming: Pantaflix über www.filmfestivalcottbus.de

Seite 496 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

Dieses Jahr feiert das slowakische Kino seinen 100. Geburtstag. Es zeichnet sich traditionell durch formale Experimentierfreudigkeit und eine klammheimliche Freude aus, zwischenmenschliche Konflikte unter dem Teppich hervorzukitzeln. Die Sektion [SPOTLIGHT: SLOVENSKO](#) des [31. Filmfestivals Cottbus](#) verbindet Filmerbe mit Gegenwart, von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis ins Jahr 2020. So kommunizieren alte und aktuelle Gesellschaftsreflexionen miteinander, öffnen den Blick zu der Frage hin, ob es spezifisch slowakische Erzähltraditionen gibt und wenn ja, warum.

Wir freuen uns, Partner der Sektion und außerdem wieder Mitveranstalter einer Begegnung von deutschen, tschechischen und polnischen Schülerinnen und Schülern zu sein.

Das Festival findet dual statt: vom 2. bis 7. November live im Kino (unter Einhaltung der 3G-Regel) und vom 2. bis 16. November im Stream (ausgewählte Filme). Informationen zum Ticketwerb und zu den Preisen finden Sie [hier](#), mehr zu den geltenden Hygieneregeln erfahren Sie [hier](#).

Folgende Filme aus dem umfangreichen Programm werden in Kooperation mit dem Kulturforum gezeigt:

Boxer a smrt|The boxer and the death

Peter Solan, ČSSR 1962, 106 min

Ungleicher Boxkampf zwischen einem deutschen KZ-Kommandanten und einem slowakischen Häftling. Wird der rechtlose Häftling überleben? Der psychologisch genaue Kriegsfilmklassiker mit Manfred Krug in einer der Hauptrollen beruht auf der Lebensgeschichte des polnischen Boxers Tadeusz Pietrzykowski.

Fr, 5.11., 16 Uhr, Glad-House

So, 7.11., 17 Uhr, Weltspiegel Saal 2

Správa|The Auschwitz Report

Peter Bebjak, SK/CZ/DE 2021, 94 min

April 1944: Zwei slowakische Gefangene versuchen aus dem Vernichtungslager Auschwitz zu fliehen. Sie wollen nicht nur ihr eigenes Leben retten, sondern die Welt endlich wissen lassen, dass in diesem Lager industriemäßig Massenmorde begangen werden. Star-Regisseur Peter Bebjak inszeniert das packende Drama nach der authentischen Geschichte des Vrba-Wetzler-Berichts.

Fr, 5.11., 18.30 Uhr, Glad-House

Zvony pre bosých|The bells toll for the barefooted

Stanislav Barabaš, ČSSR 1965, 96 min

Kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges: Zwei slowakische Partisanen nehmen ungewollt einen jungen deutschen Volkssturm-Kämpfer gefangen. Sollen sie ihn erschießen oder mitnehmen zu ihrem Stab? Aber den müssen sie erst wiederfinden, mitten in den Bergen und im Schneesturm. Der Krieg als moralische Herausforderung, inszeniert als avantgardistische, existenzialistische Parabel.

Mi., 3.11, 21 Uhr, Oben kino

Sa, 6.11., 14.30 Uhr, Glad-House

Filmtexte: Bernd Buder/FFC, teils gekürzt. Details finden Sie auch auf unserer [Website](#).

Die Sektion SPOTLIGHT: SLOVENSKO entstand in Zusammenarbeit des FilmFestivals Cottbus mit dem National Cinematographic Centre am [Slovak Filminstitute](#), dem [Tschechischen Zentrum in Berlin](#) und dem [Slowakischen Institut in Berlin](#), unterstützt wurde sie vom [Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg](#) und vom Deutschen Kulturforum östliches Europa.

Kontakt

Dr. Vera Schneider
Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135
14467 Potsdam
T: +49 (0)331 20098-0
schneider@kulturforum.info

www.kulturforum.info



Foto: Die in den 1820er Jahren durch Carl Friedrich Langhans erbaute Synagoge zum Weißen Storch überstand als einzige in Breslau die Novemberpogrome 1938. Der Innenhof diente ab 1941 als »Umschlagplatz« für Deportationen der Breslauer Jüdinnen und Juden. In der Nachkriegszeit wurde das Gebäude von der polnischen jüdischen Gemeinde genutzt und verfiel ab 1968 zunehmend. Seit 2010 befindet sich hier ein Kultur- und Begegnungszentrum. © Adam Czerneńko

10) Leben in Breslau vor und nach dem Holocaust

Vortrag und Diskussion: Jüdisches

Dienstag, 09. November 2021, 19 Uhr,

Topographie des Terrors

Niederkirchnerstraße 8

Berlin-Kreuzberg

Der Stream ist anschließend 14 Tage abrufbar.

Breslau blickt auf eine lange jüdische Geschichte zurück, deren Anfänge in das Mittelalter zurückreichen. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die Stadt neben Berlin und Frankfurt am Main zur drittgrößten jüdischen Gemeinde Deutschlands. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 begann die systematische Ausgrenzung, Verfolgung und schließlich Ermordung der jüdischen Bevölkerung Breslaus. Die Tagebücher von Willy Cohn und Walter Tausk, beide im November 1941 in Kaunas von den Nationalsozialisten ermordet, sind erschütternde Zeugnisse dieses Untergangs. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das von der deutschen Bevölkerung verlassene Niederschlesien mit seiner Hauptstadt Breslau zu einem wichtigen Zentrum der Ansiedlung für polnische Jüdinnen und Juden. Seit dem politischen Umbruch 1989 machen zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine und Kulturinstitutionen auf das vergessene deutsch-polnisch-jüdische Kulturerbe in Breslau aufmerksam.

Programm

Begrüßung: **Uwe Neumärker**, Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Impulsvortrag: **Jun.-Prof. Dr. Tim Buchen**, Dresden

Podiumsgespräch mit Jun.-Prof. Dr. Tim Buchen, **Tamara Włodarczyk**, Breslau/Wrocław, und **Prof. Dr. Dr. h.c. Norbert Conrads**, Stuttgart

Moderation: **Dr. Ingo Loose**, Berlin

Tim Buchen, 1979 geboren, ist Inhaber der BKM-Juniorprofessur Ökonomische und soziale Netzwerke der Deutschen im östlichen Europa im 19. und 20. Jahrhundert an der TU Dresden und Leiter des Projekts *Topographie der Shoah in Breslau 1933–1949*.

Tamara Włodarczyk, 1973 geboren, arbeitet als freie Ausstellungskuratorin und als Buchautorin zu Themen der jüdischen Geschichte in Breslau und Niederschlesien.

Norbert Conrads, 1938 geboren, ist Professor i.R. für Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Stuttgart. Zu seinen Publikationen gehört u.a. die zweibändige Edition *Kein Recht, nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933–1941* von Willy Cohn.

Ingo Loose, 1971 geboren, ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin.

Die Veranstaltung findet in deutscher und polnischer Sprache statt und wird gedolmetscht.

Wichtiger Hinweis

Für die Teilnahme an dieser Veranstaltung vor Ort ist eine Anmeldung bis 4.11.2021 erforderlich: veranstaltungen@topographie.de (Telefon 030 254509-0). Bitte übermitteln Sie mit Ihrer Anmeldung folgende Angaben (ggf. auch für Ihre Begleitung): Vorname und Name, E-Mail-Adresse oder Postanschrift, Telefonnummer. Bei Anmeldung per E-Mail erhalten Sie eine Teilnahmebestätigung.

Die Teilnahme ist nur möglich mit Nachweis (vorzulegen am Einlass)

- eines negativen Corona-Tests innerhalb der letzten 24 Stunden
- einer seit 14 Tagen abgeschlossenen Corona-Schutzimpfung oder
- der Genesung, mindestens 28 Tage, höchstens 6 Monate zurückliegend.

Während des gesamten Aufenthalts im Gebäude ist eine medizinische oder FFP2-Maske zu tragen. Begrenzte Platzzahl. Bitte haben Sie Verständnis, falls wir nicht alle Teilnahmewünsche berücksichtigen können.

Die Veranstaltung findet in Kooperation zwischen der [Stiftung Topographie des Terrors](#), der [Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas](#) und dem [Deutschen Kulturforum östliches Europa](#) statt.

Pressekontakt

Dr. Magdalena Gebala
Arbeitsbereich Polen
Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam
Tel. +49 (0)331 20098-18
Fax +49 (0)331 20098-50
gebala@kulturforum.info
www.kulturforum.info

11) Reintegration ohne Wiedergutmachung. Die Russlanddeutschen in der sowjetischen Gesellschaft in den 1950er und 1960er Jahren

Vortrag von Helene Henze (Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V., Lüneburg)

Dienstag, 02. November 2021 - 18:00 – 19:15 Uhr

Das Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (IKGN e.V.) erinnert an den 80. Jahrestag der Deportation der Russlanddeutschen

Veranstaltungstermin: September - November 2021

Veranstaltungsort: online ([Zoom](#)) Meeting-ID: 857 5798 1620; Kenncode: 577282

Kontakt: [Dmytro Myeshkov](#)

Der Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941 „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen“ bedeutete eine einschneidende Zäsur im traditionellen Leben der Deutschen in der Sowjetunion. Innerhalb weniger Monate wurden aufgrund dieses Befehls rund 370.000 Menschen aus der Wolgarepublik ausgesiedelt, weitere 530.000 Menschen deutscher Abstammung aus anderen Teilen der Sowjetunion fielen dem Erlass bis Ende 1941 zum Opfer. Der Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Deutschland, das am 22. Juni 1941 die Sowjetunion überfallen hatte, verdächtig leisteten sie in sogenannten „Sondersiedlungen“ im Ural, in Sibirien und Nordkasachstan unter extremen Bedingungen Zwangsarbeit. Die weit über das Kriegsende hinausreichende Erfahrung von Kälte, Tod und Lagerhaft war für die Opfer der stalinistischen Willkür lange Zeit nicht zu verarbeiten oder zu erzählen. Diese traumatische Erfahrung prägte nicht nur die kollektive Erinnerung der russlanddeutschen Volksgruppe, sondern auch die Identität der Nachgeborenen bis in die Gegenwart.

Den 80. Jahrestag des Deportationsbefehls nimmt das Nordost-Institut zum Anlass, an das Schicksal der Russlanddeutschen zu erinnern und ihre Geschichte im Kontext der sowjetischen Geschichte und der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu betrachten. In sechs populär-wissenschaftlichen Vorträgen wird die Geschichte der Deportationen der

Deutschen in der Sowjetunion von ihren Anfängen in den 1930er Jahren bis zur „Normalisierung“ des Lebens in den 1960ern vorgestellt. Neuere Forschungen über die Ukrainedeutschen während des Zweiten Weltkriegs spielen dabei ebenso eine Rolle wie die Nachwirkungen der Verfolgung im internationalen Kontext oder die literarische Verarbeitung der Deportation in der russlanddeutschen Literatur.

Die Vortragsreihe findet in digitaler Form statt. Alle Vorträge werden live gestreamt. Anschließend sind sie über den [Youtubekanal](#) des Institutes abrufbar:

<https://www.youtube.com/channel/UCDzxCWTM2vQp4sGQpWydcjQ>

Die Termine im Überblick

Link zur Zoomveranstaltung

<https://us06web.zoom.us/j/85757981620?pwd=cjEyM3lobzBvWWFRReFFGR0N1dGdoZz09#success>

Meeting-ID: 857 5798 1620; Kenncode: 577282

28.09.2021 · 18:00 – 19:15

Die Deportationen der Russlanddeutschen und anderer nationaler Minderheiten in den 1930er Jahren

Vortrag von Prof. Dr. Victor Dönninghaus (Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V., Lüneburg)

05.10.2021 · 18:00 – 19:15

Die Deportation der deutschen Bevölkerung in der Sowjetunion in den Jahren 1941 bis 1946

Vortrag von Dr. Alfred Eisfeld (Göttinger Arbeitskreis e.V., Göttingen)

12.10.2021 · 18:00 – 19:15

Nationale und internationale Dimensionen der Deportation der Wolgadeutschen in den Kriegs- und Nachkriegsjahren

Vortrag von Dr. Viktor Krieger (Bayerisches Kulturzentrum der Deutschen aus Russland, Nürnberg)

19.10.2021 · 18:00 – 19:15

Die Ukrainedeutschen während des deutsch-sowjetischen Krieges 1941-1945

Vortrag von Dr. Dmytro Myeshkov (Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V., Lüneburg)

26.10.2021 · 18:00 – 19:15

Vom Schweigen zum Sprechen: Die russlanddeutsche Literatur und die Deportation

Vortrag von em. Prof. Dr. Annelore Engel-Braunschmidt (Hamburg / Christian-Albrechts-Universität zu Kiel)

02.11.2021 · 18:00 – 19:15

Reintegration ohne Wiedergutmachung. Die Russlanddeutschen in der sowjetischen Gesellschaft in den 1950er und 1960er Jahren

Vortrag von Helene Henze (Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V., Lüneburg)

Nähere Informationen

[Prof. Dr. Victor Dönninghaus](#)
[Dr. Dmytro Myeshkov](#)

Das vollständige Programm::

<https://www.ikgn.de/cms/index.php/veranstaltungen-hauptmenue/2744-online-vortragsreihe-und-podiumsdiskussion-80-jahrestag-deportation-russlanddeutsche>

Informationen zur Arbeit und Veranstaltungen des Nordost-Instituts (IKGN e.V.) erhalten Sie unter: www.ikgn.de.

Petra Gelsheimer
Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V. (IKGN)
Nordost-Institut
an der Universität Hamburg
Lindenstraße 31
21335 Lüneburg
Tel. 04131-40059-0
E-Mail: sekretariat@ikgn.de
www.ikgn.de

Das Nordost-Institut - Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V. wird institutionell von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages gefördert.

Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg

<http://geschichte-brandenburg.de/lv-neu/veranstalt.html>

Postanschrift: Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg e. V.

- Archiv und Bibliothek -

c/o Zentral- und Landesbibliothek Berlin

Postfach 610 179

10922 Berlin

Email: bibliothek@geschichte-brandenburg.de, archiv@geschichte-brandenburg.de

12) König Friedrich Wilhelm I. in Preußen: ein Monarch mit vielen Gesichtern

Freitag, 05. November 2020, 19:00 - 21:00 Uhr

Berlin-Saal der Berliner Stadtbibliothek Breite Straße 36, Berlin

Aufgrund der neuesten Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung des Berliner Senats vom 29.10.2020 zur Eindämmung der Pandemie muss diese Veranstaltung abgesagt werden. Vortrag und Buchvorstellung: Prof. Dr. Frank Göse (Potsdam). Friedrich Wilhelm [...]

Verein für die Geschichte Berlins e. V.

**13) 09. November 1989 – Die Zeit des Mauerfalls mit den folgenden
Veränderungen im Stadtbild
Vortrag mit Bildern**

Ein persönlicher Erlebnisbericht mit Lichtbildern unseres Mitglieds Eckhard Grothe.

Dienstag, 09. November 2021, 19:00 Uhr

 **Berlin-Saal der Zentral- und Landesbibliothek Berlin, 10178 Berlin, Breite Straße 36**

Über einen längeren Zeitraum fotografierte der Vortragende die Veränderungen an bekannten Stellen in Berlin nach dem Mauerfall. Er lässt uns ein Ereignis nacherleben, das in die Geschichte einging. Gäste willkommen!

Wir bitten um Anmeldung unter Kluge@DieGeschichteBerlins.de und sich am Abend der Veranstaltung entsprechend der „3-G-Coronaregel“ als geimpft, genesen oder innerhalb der vergangenen 24 Stunden negativ getestet auszuweisen. [Bitte entnehmen Sie eventuell aktuelle Hinweise unserer Homepage.](#)

» [Um Anmeldung wird gebeten.](#)

Veranstaltungsorganisation:
Dirk Pinnow c/o Pinnow & Partner GmbH
Helmholtzstr. 2-9, Ausgang D
10587 Berlin
Tel 030 26 36 69 83
Fax 030 26 36 69 85
E-Mail Pinnow@DieGeschichteBerlins.de



Literaturhaus Berlin
Fasanenstraße 23
10719 Berlin
+49 (0)30 887 286 0
info@literaturhaus-berlin.de

14) Shared Heritage – Niederschlesien erzählen

Gespräch

Donnerstag, 28. Oktober 2021, 18:00 Uhr
Eintritt frei

Seite 368 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 801 vom 12.10.2021

Begrüßung
Janika Gelinek und Sonja Longolius
Einführung
Dr. Silke Pasewalck (BKGE Oldenburg)
Gespräch
mit **Olga Tokarczuk**
Moderatorin und Dolmetscherin:
Olga Mannheimer

In den Erzähltexten der polnischen Literaturnobelpreisträgerin Olga Tokarczuk wird Niederschlesien/Dolny Śląsk zu einem literarischen Imaginationsraum, der gleichermaßen märchenhafte wie unheimliche Züge trägt: Wie Schneewittchen im gleichnamigen Märchen der Brüder Grimm Räume betritt, deren Bewohner abwesend sind, werden in Tokarczuks Geschichten die Orte, Häuser und Landschaften am Flusslauf der Oder und im Riesengebirge mit einem Sensorium für das Abwesend- Anwesende beschrieben und in ihren imaginativen wie realen Tiefenschichten ausgeleuchtet. In Taghaus Nachthaus und anderen Erzählungen begegnen uns Figuren, die sich als „Nachbarn in der Zeit“, wie Tokarczuk sagt, begreifen lassen. Die Geschichten eröffnen damit neue Perspektiven, das Vorgefundene wird zu einem gemeinsamen Erbe – vielleicht auch zur Bürde? – der einstigen und heutigen Bewohner. Über die poetischen, mythischen und nicht zuletzt auch die politischen Dimensionen ihres Niederschlesien-Bildes kommt Olga Tokarczuk mit Olga Mannheimer ins Gespräch.

Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (Oldenburg)

In polnischer und deutscher Sprache

15) »Rosa Luxemburg zum Gedenken«

Literarischer Spaziergang mit Sebastian Januszewski

Sonnabend, 06. November 2021, 11:00 Uhr

7 € / erm. 4 €

»Wer mich am meisten zur Vernunft gebracht hat, ist ein kleiner Freund, dessen Bild ich Ihnen hier schicke. Dieser Geselle mit dem kecken Schnabel, der steilen Stirn und dem altklugen Auge heißt Hypolais hypolais, zu deutsch „Gartenlaubvogel“ oder auch „Gartenspötter“. [...] Dieser Vogel ist ein ganz eigenartiger Kauz. Er singt nicht etwa ein Lied, eine Melodie, wie andere Vögel, sondern er ist ein Volksredner von Gottes Gnaden«, schreibt Rosa Luxemburg am 6. Juli 1917 an Hans Diefenbach. Der Spaziergang widmet sich neben den politischen Aktivitäten Rosa Luxemburgs dem literarischen Schaffen dieser historischen Ausnahmefigur. Geographisch orientiert sich die Führung am Weg, auf dem die Gefangenen in der Mordnacht am 15. Januar 1919 transportiert worden sind. Schlusspunkt bildet das Luxemburg-Denkmal am Landwehrkanal.

Dauer: ca. 1,5 h, Länge: ca. 2 km

Treffpunkt: Gerhart Hauptmann-Anlage, Ecke Bundesallee/Meierottostraße

16) »Februar 33. Der Winter der Literatur«.

Uwe Wittstock im Gespräch mit Cornelia Geißler

Brown Bag Lunch

Montag, 08. November 2021, 12:30 Uhr

7 € / erm. 4 €

»Das hier sind keine Heldengeschichten. Es sind Geschichten von Menschen, die in extreme Gefahr gerieten.« Denn auch Thomas Mann oder Bertolt Brecht waren nicht als große Literaten, sondern zunächst als Menschen von der Machtergreifung der Nationalsozialisten betroffen. Der Journalist Uwe Wittstock nimmt in seinem neuen Buch jeden einzelnen Tag des alles verändernden Februars 1933 in den Blick und welche Konsequenzen sich daraus für die Menschen der literarischen Welt ergaben. Else Lasker-Schüler, Carl Zuckmayer, Joseph Roth, Ricarda Huch und so viele andere: Wie gehen sie mit der Situation um? Wer will, wer muss, wer kann fliehen – und wer ist den neuen Machthabern vielleicht gar nicht so abgeneigt?

Über seine akribischen Tag-für-Tag-Recherche und die beklemmende Stimmung dieser Zeit unterhält sich mit dem Autor beim Brown Bag Lunch die Journalistin Cornelia Geißler.

Uwe Wittstock »Februar 33. Der Winter der Literatur« C.H. Beck, 2021

3G Veranstaltung: Bitte kommen Sie geimpft, getestet oder genesen und halten Sie den entsprechenden Nachweis bereit.

17) »Die fantastischen Kinderbücher von Ole Lund Kirkegaard«.

Mit Franziska Hüther (Übersetzerin) und Andreas Fröhlich (Sprecher)

Junges Literaturhaus Lesung und Gespräch

Donnerstag, 11. November 2021, 10:00 Uhr

Eintritt frei mit Anmeldung

Kennt ihr schon Ole Lund Kirkegaard? Nein? Dann wird es es aber Zeit! Der erfolgreichste dänische Kinderbuchautor aller Zeiten arbeitete als Lehrer, bis er sich dazu entschloss, Geschichten für Kinder zu schreiben. Nach einem Unfall starb er im Alter von nur 38 Jahren, doch seine Bücher leben für immer weiter! In ihnen erzählt Ole Lund Kirkegaard liebevoll und mit unvergleichlichem Witz und viel Fantasie von kleinen und großen Kinderträumen und wunderbaren Abenteuern. Die Übersetzerin Franziska Hüther spricht mit Steffi Ericke vom Jungen Literaturhaus darüber, wie es ist, Kinderbücher vom Dänischen ins Deutsche zu übersetzen, erzählt, was sie an Ole Lund Kirkegaards Werk so mag, und stellt dazu sein Buch "Hodja im Orient" vor. Darin möchte ein kleiner neunjähriger Held raus in die Welt: "Ich will mich ein wenig umsehen!". Klar, dass dazu wie in jedem guten Märchen ein sehnsüchtiger Wunsch reicht... Den deutschen Text liest der bekannte Synchronsprecher Andreas Fröhlich.

In Zusammenarbeit mit der Königlichen Dänischen Botschaft anlässlich des dänischen Staatsbesuchs in Deutschland vom 10.–13. November 2021.

Eintritt frei, exklusiv für Schulklassen, empfohlen ab Klasse 2/3

Anmeldung: ericke@literaturhaus-berlin.de

18) »Ich will nicht wieder anderen zuliebe einfach sein« Gegenwartsliteratur aus Dänemark. Mit Luka Holmegaard, Mads Ananda Lodahl und Madame Nielsen im Gespräch mit Hannes Langendörfer.

Sprecherin: Johanna Link

Literaturabend

»Ich will nicht wieder anderen zuliebe einfach sein« Gegenwartsliteratur aus Dänemark

Donnerstag, 11. November 2021, 19:00 Uhr

7 € / erm. 4 €

Luka Holmegaard, Mads Ananda Lodahl und Madame Nielsen im Gespräch mit Hannes Langendörfer. Sprecherin: Johanna Link

Drei ungewöhnliche Autor*innen aus Dänemark treffen sich im Literaturhaus Berlin zum Gespräch über ihre Bücher: Vereint in einem queeren Blick auf die Welt, ganz unterschiedlich in ihren literarischen Darstellungsformen.

Luka Holmegaard erregte 2020 mit dem genreüberschreitenden Werk »Look« große Aufmerksamkeit. »Look« ist eine Art Essay, der Reflexionen, Erinnerungen und Analysen über Kleidung und Identität verwebt und die Rolle von Mode in der Literatur untersucht. Mit »Sauna« legte Mads Ananda Lodahl 2021 seinen Debütroman vor, der von Johan handelt, der in die erste eigene Wohnung zieht, in einer Schwulensauna jobbt und sich Hals über Kopf in William verliebt, einen jungen trans Mann. Ein Roman über Liebe, Sex, Gemeinschaft und Einsamkeit, Ausgrenzung durch die Mehr- und die Minderheitsgesellschaft und den Wunsch, alte Vorstellungen von Körper(n), Sexualität und Gesellschaft umzustürzen.

Und nicht zuletzt Madame Nielsen, die manchen von einem fulminanten Abend im Literaturhaus im November 2019 in Erinnerung ist. Wer sie damals verpasst hat, wer sie wiedersehen will: here's your chance! Im April 2022 erscheint ihr neuester Roman »Lamento« auf Deutsch: Ein Liebesroman, ein Klagelied über die Unmöglichkeit, den Ausnahmezustand der Verliebtheit in der Alltagsliebe zu bewahren ... und ein neuer radikaler erzählerischer Perspektivwechsel. Autofiktion? Exofiktion? Vielleicht, mit Madame weiß man nie.

Es moderiert Hannes Langendörfer, die deutschen Texte werden gelesen von Johanna Link.

Mads Ananda Lodahl »Sauna« Gyldendal Verlag, 2020 (für diesen Abend wurden Auszüge aus »Sauna« von Hannes Langendörfer ins Deutsche übersetzt).

Luka Holmegaard »Look« Rosinante Verlag, 2020 (für diesen Abend wurden Auszüge aus Look von Ursel Allenstein ins Deutsche übersetzt).

Madame Nielsen »Lamento« Grif Verlag, 2020 (erscheint April 2022 auf Deutsch in der Übersetzung von Hannes Langendörfer bei Kiepenheuer & Witsch).

Ein Literaturabend im Literaturhaus Berlin in Zusammenarbeit mit der Königlichen. Dänischen Botschaft anlässlich des dänischen Staatsbesuchs in Deutschland vom 10.–13. November 2021.

3G Veranstaltung: Bitte kommen Sie geimpft, getestet oder genesen und halten Sie den entsprechenden Nachweis bereit.

19) „Stadtflucht und Landluft“.

Angelika Klüssendorf und Christoph Baumann im Gespräch mit Jörg Plath

Reihe Literatur trifft Wissenschaft

Dienstag, 16. November 2021, 19:00 Uhr

7 € / erm. 4 €

»Sie hätte das Gewehr nehmen können, entschied sich aber für die Axt.« Hilde spaltet den Kopf ihres Mannes und geht durchs Schneetreiben hinüber in das Haus der Schriftstellerin, um Silvester zu feiern. Mit dem toten Walter bekommt Angelika Klüssendorfs Roman »Vierunddreißigster September« einen ungewöhnlichen Erzähler: Er ist weiterhin da und beobachtet, was sich im Dorf tut, wird aber nicht gesehen und kann nicht eingreifen. Klüssendorf erzählt vom Leben, Sterben und Träumen einer Dorfgesellschaft im Nachwende-Brandenburg. Ein Inder kommt zu Besuch, auch Steven Spielberg, einige Großstädter bleiben länger. Mit der Autorin unterhält sich der Soziologe Christoph Baumann. Er hat die Landlust von Städtern erforscht, kennt sich also aus in den illusionären Bildern und Geschichten vom Dorf.

Sendetermine auf Deutschlandfunk Kultur: Freitag, 19.11. um 19:30 Uhr in »Zeitfragen Literatur« und Sonntag, 28.11. um 22:05 Uhr in »Literatur«

Angelika Klüssendorf »Vierunddreißigster September« Piper, 2021

Eine Veranstaltung in Kooperation mit Deutschlandfunk Kultur

3G Veranstaltung: Bitte kommen Sie geimpft, getestet oder genesen und halten Sie den entsprechenden Nachweis bereit.

20) Margot Friedländer »Ich tue es für euch«.

Gespräch mit der Holocaust-Überlebenden Margot Friedländer und Esther Spicker

Junges Literaturhaus. Rahmenprogramm Ausstellung

Mittwoch, 17. November 2021, 15:00 Uhr

Eintritt frei mit Anmeldung

Als sich die 21-jährige Margot am Mittag des 20. Januar 1943 mit ihrer Mutter und ihrem Bruder Ralph treffen will, um die Flucht vor der Gestapo aus Berlin vorzubereiten, erfährt sie, dass ihr Bruder kurz zuvor abgeholt wurde. Und auch die Mutter erscheint nicht – sie hinterlässt ihrer Tochter folgende Botschaft: »Ich gehe mit Ralph, wohin auch immer das sein mag. Versuche, Dein Leben zu machen«. Margot beschließt, unterzutauchen; sie färbt sich die Haare rot und lässt ihre Nase operieren, um nicht als Jüdin aufzufallen. Fünfzehn Monate dauert das Leben im Untergrund, bei Helfern, die nicht alle selbstlos handeln. Mehrfach entkommt sie der Gestapo nur um Haaresbreite. Dann geht sie jüdischen »Greifern« in die Falle – sie wird nach Theresienstadt deportiert und überlebt mit Glück.

Margot Friedländer emigrierte 1946 in die USA. 2010 kehrte sie nach Berlin zurück.

Bis heute, mit nun 100 Jahren, erzählt Margot Friedländer deutschen Jugendlichen ihre Geschichte und ermahnt, dass so etwas nie wieder passieren darf. Zugleich ruft sie zu einem offenen, vorurteilsfreien Miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft auf.

Im Jungen Literaturhaus Berlin spricht sie mit Esther Spicker von der Schwarzkopf Stiftung Junges Europa über ihr Leben.

Eintritt frei, exklusiv für Schulklassen, empfohlen ab Klasse 9

Anmeldung unter: ericke@literaturhaus-berlin.de

Eine Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa, unterstützt durch die Berliner Sparkasse.

21) »Franz Kafka: Die Zeichnungen«.

Andreas Kilcher im Gespräch mit Andreas Platthaus

Brown Bag Lunch

Donnerstag, 18. November 2021, 12:30 Uhr
7 € / erm. 4 €

Erst 2019 tauchten über 100 Zeichnungen von Franz Kafka auf, die jahrzehntelang in einem Zürcher Banksafe unter Verschluss gehalten wurden: eine Sensation. Denn bislang kannte man nur wenige Zeichnungen des weltberühmten Schriftstellers. Es sind Bilder von kaum zu widerstehender Anziehungskraft. Kafkas künstlerische Ambitionen und sein außergewöhnliches Talent lassen sich erst mit den neuen Funden ermessen. Beim mittäglichen Brown Bag Lunch stellt der Herausgeber Andreas Kilcher diesen Band mit seinen brillanten Reproduktionen und erhellenden Erläuterungen im Gespräch mit dem Journalisten Andreas Platthaus vor.

Andreas Kilcher (Hrsg.) »Franz Kafka: Die Zeichnungen« CH. Beck 2021

3G Veranstaltung: Bitte kommen Sie geimpft, getestet oder genesen und halten Sie den entsprechenden Nachweis bereit.

22) Margot Friedländer »Ich tue es für Euch.

Margot Friedländer und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger im Gespräch mit Anna Staroselski

»Unterwegs ins Jahr 100 – Margot Friedländer«

Rahmenprogramm Ausstellung

Donnerstag, 18. November 2021, 19:30 Uhr
Eintritt frei mit Anmeldung

Die Holocaustüberlebende und Zeitzeugin Margot Friedländer erinnert in diesem Interview-Buch gemeinsam mit ihrer Gesprächspartnerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger an den Holocaust und ermahnt die Leser, dass so etwas nie wieder passieren darf. Zugleich ruft sie zu einem offenen, vorurteilsfreien Miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft auf. In diesem Buch, das anlässlich zum Jubiläum »1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland« und Friedländers 100. Geburtstag sowie Leutheusser-Schnarrenbergers 70. Geburtstag

erscheint, wird Margot Friedländer von der Antisemitismusbeauftragten Leutheusser-Schnarrenberger zu ihrem Leben als Jüdin in Deutschland während des Holocausts interviewt. Darüber sprechen die beiden mit Anna Staroselski, der Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland.

»Unterwegs ins Jahr 100 – Margot Friedländer« Margot Friedländer und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger »Ich tue es für Euch« GU Verlag, 2021

Eine Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa, unterstützt durch die Berliner Sparkasse.

3G Veranstaltung: Bitte kommen Sie geimpft, getestet oder genesen und halten Sie den entsprechenden Nachweis bereit.



Universität der Drei Generationen Uniwersytet Trzech Pokoleń
Uniwersytet Humboldtów, Unter den Linden 6, 10117 Berlin
www.UTP.berlin

Kontakt:

utp@utp.berlin

fleck.boguslaw@utp.berlin / mobil: +49 176 83 17 16 09

hanna.jakob@utp.berlin

barbara.czechmeszynska-skowron@utp.berlin

UTP Vorlesungsplan 2021/ 2022

HU, Unter der Linden 6, Freitags um 18:00 Uhr

Leitthema:

Pandemie und ihre Auswirkungen auf verschiedene Bereiche der Gesellschaft

23) Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an der deutsch-polnischen Grenze während der Corona-Pandemii

Vortrag von Prof. Elżbieta Opilowska, Institut für Soziologie, Universität Breslau

Freitag, 12. November 2021, 18:00 Uhr

Topographie des Terrors

Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg

Info@topographie.de

www.topographie.de

Ruf: 030-254 509-0

Fax: 030-254-09-99

24) Sicherheit und Humanität im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Der Umgang mit zivilen Feindstaatenangehörigen im Ausnahmezustand



Buchpräsentation und Gespräch mit Prof. Dr. Arnd Bauerkämper, Berlin, und Prof. Dr. Gabriele Metzler, Berlin

Dienstag, 02. November 2021 19:00 Uhr

Die Teilnahme ist vor Ort (mit *Anmeldung**) oder per Livestream möglich:

Topographie des Terrors, Auditorium
Niederkirchnerstraße 8, Berlin-Kreuzberg
Eintritt frei

<https://www.topographie.de/livestream/>

In seinem zweibändigen Werk *Sicherheit und Humanität im Ersten und Zweiten Weltkrieg* (2021) untersucht Arnd Bauerkämper das Verhältnis zwischen Sicherheitsbedürfnissen und Geboten der Humanität in den beiden Weltkriegen anhand des Umgangs mit zivilen Feindstaatenangehörigen. Dabei reichte das Spektrum staatlicher Maßnahmen von polizeilicher Meldepflicht über Internierung bis zum Massenmord. Des Weiteren beleuchtet das Buch die Agitation gegen alle „inneren Feinde“ und Formen rechtlicher, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Diskriminierung. Es bezieht andererseits aber auch humanitäre Hilfsinitiativen in den breiten Ländervergleich ein. Thematisiert werden zudem die globalen Wechselbezüge beim Umgang mit Zivilinternierten, da sich die kriegführenden Staaten durchweg gegenseitig beobachteten. Insgesamt wird deutlich, dass unterschiedliche Akteure nahezu überall über die Sicherheitspolitik stritten. Ersichtlich wird auch, dass zivilisatorische Standards und humanitäre Errungenschaften im Ausnahmezustand der beiden Weltkriege zerbrechlich waren – auch in Demokratien.

*Anmeldung:

Für die Teilnahme an dieser Veranstaltung vor Ort ist eine Anmeldung bis 28.10.2021 erforderlich: veranstaltungen@topographie.de

Bitte übermitteln Sie mit Ihrer Anmeldung folgende Angaben (ggf. auch für Ihre Begleitung):

Vorname und Name, E-Mail-Adresse oder Postanschrift, Telefon.

Bei Anmeldung per E-Mail erhalten Sie eine Teilnahmebestätigung.

Die Teilnahme ist nur möglich mit Nachweis (vorzulegen am Einlass)

- eines negativen Corona-Tests innerhalb der letzten 24 Stunden oder
- einer seit 14 Tagen abgeschlossenen Corona-Schutzimpfung oder
- der Genesung, mindestens 28 Tage, höchstens 6 Monate zurückliegend.

Während des gesamten Aufenthalts im Gebäude ist eine medizinische oder FFP2-Maske zu tragen.

Begrenzte Platzzahl. Bitte haben Sie Verständnis, falls wir nicht alle Teilnahmewünsche berücksichtigen können.

25) Jüdisches Leben in Breslau vor und nach dem Holocaust

Begrüßung: Uwe Neumärker, Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Impulsvortrag: Jun.-Prof. Dr. Tim Buchen, Dresden

Podiumsgespräch mit: Jun.-Prof. Dr. Tim Buchen, Tamara Włodarczyk, Breslau/Wrocław, und Prof. Dr. Dr. h.c. Norbert Conrads, Stuttgart

Moderation: Dr. Ingo Loose, Berlin

Dienstag, 09. November 2021, 19:00 Uhr

Die Teilnahme ist vor Ort (mit *Anmeldung**) oder per Livestream möglich:

Topographie des Terrors, Auditorium
Niederkirchnerstraße 8, Berlin-Kreuzberg
Eintritt frei

<https://www.topographie.de/livestream/>

(Gemeinsam mit dem Deutschen Kulturforum östliches Europa und der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas)

Breslau blickt auf eine lange jüdische Geschichte zurück, deren Anfänge in das Mittelalter zurückreichen. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die Stadt neben Berlin und Frankfurt am Main zur drittgrößten jüdischen Gemeinde Deutschlands. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 begann die systematische Ausgrenzung, Verfolgung und schließlich Ermordung der jüdischen Bevölkerung Breslaus. Die Tagebücher von Willy Cohn und Walter Tausk, beide im November 1941 in Kaunas von den Nationalsozialisten ermordet, sind erschütternde Zeugnisse des Holocaust. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das von der deutschen Bevölkerung verlassene Niederschlesien mit seiner Hauptstadt Breslau zu einem wichtigen Zentrum der Ansiedlung für polnische Jüdinnen und Juden. Seit dem politischen Umbruch 1989 machen zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine und Kulturinstitutionen auf das vergessene deutsch-polnisch-jüdische Kulturerbe in Breslau aufmerksam.

**Anmeldung:*

Für die Teilnahme an dieser Veranstaltung vor Ort ist eine Anmeldung bis 4.11.2021 erforderlich: veranstaltungen@topographie.de

Bitte übermitteln Sie mit Ihrer Anmeldung folgende Angaben (ggf. auch für Ihre Begleitung): Vorname und Name, E-Mail-Adresse oder Postanschrift, Telefon. Bei Anmeldung per E-Mail erhalten Sie eine Teilnahmebestätigung.

Die Teilnahme ist nur möglich mit Nachweis (vorzulegen am Einlass)

- eines negativen Corona-Tests innerhalb der letzten 24 Stunden oder
- einer seit 14 Tagen abgeschlossenen Corona-Schutzimpfung oder
- der Genesung, mindestens 28 Tage, höchstens 6 Monate zurückliegend.

Während des gesamten Aufenthalts im Gebäude ist eine medizinische oder FFP2-Maske zu tragen.

Begrenzte Platzzahl. Bitte haben Sie Verständnis, falls wir nicht alle Teilnahmewünsche berücksichtigen können.

26) Das Dritte Reich und seine Verschwörungstheorien. Wer sie in die Welt gesetzt hat und wem sie nutzen



Buchpräsentation und Gespräch mit Prof. Sir Richard J. Evans, Cambridge, und Prof. Dr. Michael Wildt, Berlin

Livestream:

<https://www.topographie.de/livestream/>

(Gemeinsam mit der Deutschen Verlags-Anstalt)

Dienstag, 16. November 2021, 19:00 Uhr

Verschwörungstheorien sind im Laufe der Geschichte immer wieder verbreitet worden. Sie basieren auf der Vorstellung, dass nichts in der Geschichte zufällig passiert, sondern alles Ergebnis geheimnisvoller Mächte sei. Gerade jetzt, in Zeiten der Verunsicherung, von Populismus und „Fake News“, finden sich wieder vermehrt Anhänger für verschiedene Verschwörungstheorien. Auch in den revisionistischen Geschichtserzählungen über das „Dritte Reich“ treten sie offen zutage. Längst diskreditierte Darstellungen werden dabei wieder aktiviert, weil es angeblich neue Beweise gibt. In seinem soeben erschienenen Buch *Das Dritte Reich und seine Verschwörungstheorien* (2021) durchleuchtet der Historiker Richard Evans die fünf einflussreichsten Legenden des „Dritten Reichs“ und erkennt darin überraschende Muster. In den Blick genommen werden die „Protokolle der Weisen von Zion“, die „Dolchstoßlegende“, der Reichstagsbrand, das „Friedensangebot“ von Rudolf Heß an die Briten sowie die angebliche Flucht Hitlers aus dem Bunker.

27) Frauen und Männer im Krieg. Europäische Erfahrungsgeschichten

Vortrag: Prof. Dr. Maren Röger, Universität Augsburg / Bukowina-Institut
Moderation: Dr. Andrea Genest, Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Fürstenberg/H.

Livestream:

<https://www.topographie.de/de/livestream/>

[Vortragsreihe](#) „Alltag unter deutscher Besatzung in Europa 1939–1945“

(Gemeinsam mit der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas)

Dienstag, 23. November 2021, 19:00 Uhr

(Weitere Informationen in Kürze)

28) Wie man die „Verbrechen der Wehrmacht“ ausstellt

Begrüßung: Dr. Andrea Riedle, Direktorin der Stiftung Topographie des Terrors

Podiumsgespräch mit Prof. Dr. Ulrich Herbert, Freiburg i.Br.,
Dr. Ulrike Jureit, Hamburg, und
Prof. Dr. Dres. h.c. Jan Philipp Reemtsma, Hamburg

Moderation: Dr. Jens Bisky, Hamburg

Livestream:

<https://www.topographie.de/livestream/>

(Gemeinsam mit dem Hamburger Institut für Sozialforschung)

Dienstag, 30. November 2021, 19:00 Uhr

(Weitere Informationen in Kürze)

01) Krakau - Nürnberg - Prag. Stadt und Handwerk in der vorindustriellen Zeit

Veranstalter

Institut für Geschichte und Archivwesen der Pädagogischen Universität in Krakau, Nationalarchiv in Krakau, Stadtarchiv Nürnberg, Archiv der Hauptstadt Prag (Archiv der Hauptstadt Prag)

Ausrichter

Archiv der Hauptstadt Prag

Veranstaltungsort

Prag

11000 Praha 1

Czech Republic

Vom - Bis

26.10.2021 - 27.10.2021

Frist

21.10.2021

Von

Marketa Ruckova

Internationale Tagung, die im Rahmen der Konferenzreihe des Instituts für Geschichte und Archivwesen der Pädagogischen Universität in Krakau, des Nationalarchivs in Krakau, des Stadtarchivs Nürnberg und des Archivs der Hauptstadt Prag stattfindet.

Krakau - Nürnberg - Prag. Stadt und Handwerk in der vorindustriellen Zeit

Die Tagungen konzentrieren sich auf die vergleichende Geschichte der drei mitteleuropäischen Metropolen in Mittelalter und früher Neuzeit. Dieses Jahr handelt es sich um das Thema der Interaktion zwischen den Handwerken, Stadtraum, Stadtverwaltung und die anderen Fragen (z.B. konfessioneller Hintergrund, Kunst- und Migrationstransfer).

Programm

DIENSTAG, 26. OKTOBER 2021

8.30–9.00 Uhr *Registrierung*

9.00–9.20 Uhr Eröffnung der Tagung – Begrüßung

9.20–10.40 Uhr „Was ist ein Handwerk, was ist ein Unternehmen? Die normative Grundlage für die Existenz der Zünfte“

Dr. hab. Maciej Mikuła (Jagiellonen-Universität Krakau): Das Krakauer Zunftrecht im 16. Jahrhundert. Auf der Suche nach einem universellen Regulierungsmuster

Dr. Michael Diefenbacher (Stadtarchiv Nürnberg): „Geschenkt“, „ungeschenkt“, „gesperrt“ oder „frei“ – das Handwerk in der Reichsstadt Nürnberg

Dr. Jiří Smrž (Archiv der Hauptstadt Prag): Die Entwicklung der Handwerke und der unternehmerischen Tätigkeit in den Prager Städten im Rahmen des Zunftsystems

Diskussion

10.40–11.05 Uhr *Kaffeepause*

11.05–12.45 Uhr „Die Sozialtopographie der Städte unter Berücksichtigung der Handwerksproduktion“

Prof. Dr. hab. Marcin Starzyński (Jagiellonen-Universität Krakau): Meister Ziegenbock – Schneider und ihre Werkstätten im Raum der mittelalterlichen Stadt Krakau

Dr. Walter Bauernfeind (Stadtarchiv Nürnberg): Räumliche Verteilung ausgewählter Handwerke in der Reichsstadt Nürnberg

Dr. Jan Hrdina – Dr. Kateřina Jíšová (Archiv der Hauptstadt Prag): Die Sozialtopographie der Prager Alt- und Neustadt im Spätmittelalter im Dialog der schriftlichen und archäologischen Quellen

Dr. Christine Sauer (Stadtbibliothek Nürnberg): Nürnberger Handwerker im Spiegel der sogenannten Zwölfbrüderbücher

Diskussion

12.45–14.15 Uhr *Mittagspause*

14.15–15.35 Uhr „Nicht in Zünften organisierte Handwerke und ihre Tätigkeit (Beispiel Buchdruck)“

Dr. Magdalena Komorowska (Jagiellonen-Universität Krakau): Geschäfte, Familien, Wettbewerb – Buchdruck in Krakau bis Mitte des 17. Jahrhunderts

Dr. Christoph Jensen (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg): Konflikte zwischen Druckern und Rat in Nürnberg

Doz. Dr. Olga Fejtová (Archiv der Hauptstadt Prag): Die Prager Buchdrucker in der Zeit vor Beginn des Dreißigjährigen Krieges – Handwerker und Unternehmer

Diskussion

15.35–16.00 Uhr *Kaffeepause*

16.00–17.20 Uhr „Handwerk und Gewerbe im Kontext der konfessionellen Entwicklung der Frühen Neuzeit“

Prof. Dr. hab. Halina Dudala (Pädagogische Universität Krakau): Kirchliche Disziplinierung oder gesellschaftliche Aktivität – das religiöse Leben der Krakauer Zünfte in der Frühmoderne. Der Fall von Jan Disimonis aus dem Jahr 1619

Dr. Antonia Landois (Stadtarchiv Nürnberg): Zur bildlichen Memoria des Handwerks in der Nürnberger Sepulkalkultur – die Handwerkerepitaphien auf den historischen Friedhöfen St. Johannis und St. Rochus

Doz. Dr. Ota Halama (Karls-Universität Prag): The confessional dimension of the guild monuments

Diskussion

MITTWOCH, 27. OKTOBER 2021

8.30–9.00 Uhr *Registrierung*

9.00–10.20 Uhr „Zünfte und politische Macht bzw. die Interaktion von Stadt- und Zunftverwaltung in der Alltagspraxis“

Prof. Dr. hab. Zdzisław Noga (Pädagogische Universität Krakau): Der Krakauer Rat und Zünfte in 15.–18. Jahrhundert

Prof. Dr. Reinhold Reith (Universität Salzburg): Überlegungen und Befunde zur Arbeit im städtischen Handwerk der vorindustriellen Zeit

Prof. Dr. Jiří Pešek (Karls-Universität Prag): Ziga Vaníček – der Metzger, der den König wählte

Diskussion

10.20–10.45 Uhr *Kaffeepause*

10.45–12.05 Uhr „Das Prestige der Zunfthandwerke – Symbolik, Bruderschaften, Zunft Häuser, Kapellen“

Dr. Katarzyna Moskal (Museum der Stadt Krakau): Prestige in den Krakauer Zünften – die Ausstattung der Zunftschenken, Zunft Häuser und Kapellen

Dr. Thomas Schindler (Bayerisches Nationalmuseum München): Symbole und Zeremoniell im zünftigen Handwerk in Nürnberg. Zeichen, Performanz, Materialitäten

Mgr. Pavla Savická (Archiv der Hauptstadt Prag): Altar and the Tomb of the Harness Makers' Guild of Prague's Lesser Town

Diskussion

12.05–13.45 Uhr *Mittagspause*

13.45–15.05 Uhr „Handwerker – Migration – Transfer“

Dr. Jacek Zinkiewicz (Museum der Stadt Krakau): Migrations and the development of technologies in metal crafts in Krakow in the preindustrial era

Dr. Thomas Gilgert (Stadtarchiv Nürnberg): Menschen, Dinge und Ideen in Bewegung. Die überregionalen und internationalen Beziehungen des Nürnberger Handwerks im Spiegel der archivalischen Überlieferung

Doz. Dr. Ivana Ebelová (Karls-Universität Prag): Zunftorganisation der Bauhandwerke in Böhmen: Transfer der Statuten und Migration der italienischen Handwerker

Diskussion

15.05–15.30 Uhr *Kaffeepause*

15.30–17.00 Uhr „Frauen in Handwerk und Gewerbe“

Dr. Kamila Follprecht – Prof. Dr. hab. Wojciech Krawczuk (Nationalarchiv Krakau): Die Rolle der Frauen in den Zünften von Krakau der Neuzeit

Prof. Dr. Michaela Hrubá (J. E. Purkyně-Universität Aussig): Frauen und Handwerkszünfte in den böhmischen Städten in der Zeit vor Beginn des Dreißigjährigen Krieges

Diskussion

Prof. Dr. Martin Scheutz (Universität Wien): Bilanz der Tagung

Kontakt

Dr. Markéta Růčková
Archiv hlavního města Prahy
Archivní 6
CZ-149 00 Praha 4
E-Mail: marketa.ruckova@praha.eu

<http://www.ahmp.cz/eng/index.html?mid=56>

Zitation

Krakau - Nürnberg - Prag. Stadt und Handwerk in der vorindustriellen Zeit. In: H-Soz-Kult, 20.10.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-113589.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Einladung zur Online-Tagung „Drei Jahrzehnte Aussiedler- und Minderheitenpolitik – Eine Erfolgsgeschichte im Fokus“ am 28. Oktober 2021 von 10:00 – 16:10 Uhr im Livestream (YouTube)

wir freuen uns, Sie zu der **wissenschaftlichen Online-Tagung „Drei Jahrzehnte Aussiedler- und Minderheitenpolitik – Eine Erfolgsgeschichte im Fokus“** einladen zu dürfen.

Die Online-Veranstaltung findet am **28. Oktober 2021 von 10:00 – 16:10 Uhr im Livestream (YouTube-Kanal der Deutschen Gesellschaft e. V.)** statt.

Das aktuelle Programm und den Link zum Livestream finden Sie auf der Webseite <https://kurzelinks.de/feg0> oder auf YouTube: <https://youtu.be/mbUqAIQQCmc>

Sollten Sie nicht live dabei sein können, so steht Ihnen die Aufzeichnung nach der Veranstaltung im YouTube-Kanal zur Verfügung.

Seite 520 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

Ziel der Tagung ist eine Bestandsaufnahme der Aussiedler- und Minderheitenpolitik Deutschlands. Dabei werden erreichte Erfolge und aktuelle Entwicklungen herausgearbeitet. Darüber hinaus soll der nationale Blick durch einen Vergleich mit minderheitenpolitischen Regelungen in anderen EU-Staaten ergänzt werden. Abschließend werden Perspektiven einer möglichen weitergehenden europäischen Regulierung des Politikfeldes diskutiert.

Die Tagung wird durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie das Nordost-Institut (IKGN e. V.) gefördert. Sie wird in Zusammenarbeit mit dem Bund der Vertriebenen durchgeführt.

Wichtiger technischer Hinweis: Die Beteiligung des Publikums läuft nicht über die Kommentarfunktion, sondern per Live Chat. Dazu benötigen Sie – sofern Sie über das Anschauen hinaus aktiv teilnehmen wollen – einen Google- oder You Tube-Account, über den Sie sich bei YouTube anmelden können.

Sollten Sie über keinen solchen Account verfügen oder keinen solchen anlegen wollen, schicken Sie mir bitte vor oder während der Veranstaltung eine E-Mail (jan.roessel@deutsche-gesellschaft-ev.de) oder ein Fax (030/88 412 223) mit Ihren Fragen. Diese werden dann dem Moderator vorgelegt.

Für Rückfragen und technische Unterstützung stehe ich Ihnen vor und während der Veranstaltung gern zur Verfügung.

Über Ihre Teilnahme an der Online-Tagung und den Hinweis darauf in Ihren Netzwerken würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen
Jan Roessel

Jan Roessel, M.A.
Referent
EU & Europa
Deutsche Gesellschaft e.V.
Europäisches Informationszentrum
Voßstraße 22 D-10117 Berlin
Tel. +49 (0)30-88412-251
Fax +49 (0)30-88412-223
E-Mail jan.roessel@deutsche-gesellschaft-ev.de

www.deutsche-gesellschaft-ev.de
<https://www.facebook.com/DtGesellschaft/>
twitter: @DtGesellschaft

Vorsitzende: Lothar de Maizière, Franz Müntefering

03) Potenziale der Postkarte. Methodische Fragen zum Ausstellen, Verzeichnen und Vermitteln

Veranstalter
Museumsakademie Joanneum
Veranstaltungsort
NÖ Landesbibliothek
3109 St. Pölten
Austria
Vom - Bis
04.11.2021 - 05.11.2021
Von
Museumsakademie

In ihrer komplexen Medialität sind Postkarten heute in verschiedenster Hinsicht interessant und befragenswert – auch und gerade im Museum. Doch wie lässt sich mit diesem massenhaften Museumsobjekt adäquat umgehen? Welche kuratorischen Strategien gibt es, um die Agentenschaft der Postkarte im Zusammenhang mit kollektiven Sehweisen und Wissensformen sichtbar zu machen?

Potenziale der Postkarte. Methodische Fragen zum Ausstellen, Verzeichnen und Vermitteln

Ansichten von städtischen Boulevards oder Landschaftsidyllen, von Industrieanlagen oder Feriensiedlungen, von alpinen Gipfeln oder Personen in „ortstypischer“ Tracht: Postkarten haben seit der Wende zum 20. Jahrhundert den Blick der Menschen auf ihre Umgebung geformt, aber auch den stereotypisierenden Blick auf das „Andere“ geprägt. Zugleich haben Postkarten die Menschen in einer breitenwirksamen Weise dazu angeleitet, mittels Bildern zu kommunizieren und neue Formen der gesellschaftlichen Interaktion und Verständigung angestoßen. In ihrer komplexen Medialität sind sie heute in verschiedenster Hinsicht interessant und befragenswert – auch und gerade im Museum.

Doch wie lässt sich mit dem massenhaften Museumsobjekt Postkarte adäquat umgehen? Welche kuratorischen Strategien gibt es, um die Agentenschaft der Postkarte im Zusammenhang mit kollektiven Sehweisen und Wissensformen sichtbar zu machen? Und wie können wir zugleich die spezifischen Eigenschaften dieses Massenbildträgers berücksichtigen, seine postalische Zirkulationsform und seine Verknüpfung von Bildern, Texten und Handschrift?

Herausforderungen ergeben sich nicht nur im Hinblick auf das Ausstellen, sondern auch im Verzeichnen und (digitalen) Vermitteln von Postkartenbeständen. Gemeinsam wollen wir uns über methodische Fragen und Zugänge austauschen und ein oft unterschätztes Museumsobjekt auf seine Potenziale befragen.

Mit:

- Ralph Andraschek-Holzer, Germanist und Kunsthistoriker, NÖ Landesbibliothek, St. Pölten (A)
- Sándor Békési, Historiker und Kurator, Wien Museum (A)
- Mascha Gugganig, Postdoctoral Fellow, University of Ottawa; Technische Universität München (CAN/D)

- Wiebke Hölzer, Kunsthistorikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin zur Erforschung der Sammlung Wolfgang Haney, Zentrum für Antisemitismusforschung, Berlin (D)
- Angelika Königseder, Historikerin, Arthur Langerman Archiv für die Erforschung des visuellen Antisemitismus am Zentrum für Antisemitismusforschung, Berlin (D)
- Carl-Eric Linsler, Historiker, Arthur Langerman Archiv für die Erforschung des visuellen Antisemitismus am Zentrum für Antisemitismusforschung, Berlin (D)
- Antonia Nussmüller, Digitale Museumspraxis, GrazMuseum (A)
- Evi Scheller, Digitales Museum, Wien Museum (A)

Veranstaltungsleitung

Eva Tropper, Leitungsteam Museumsakademie Joanneum, Graz (A)

Ort

St. Pölten (A)

Kosten

190,00 EUR, ermäßigt 140,00 EUR

Die Ermäßigung gilt für Studierende, Volontäre, Arbeitssuchende und Mitarbeiter von Kooperationspartnern des laufenden Jahres.

Anmeldung erforderlich!

Bitte melden Sie sich schriftlich per E-Mail oder über unser Anmeldeformular an.

Programm

Donnerstag, 04. November 2021

Strategien des Zeigens in Ausstellungen

9.30–10.30 Uhr Begrüßung / Direktor Roman Zehetmayer; Einführung und Vorstellungsrunde / Eva Tropper

10.30–11.30 Uhr Zum konstruktiven Charakter von Ansichtskarten: Überlegungen aus kuratorischer Perspektive / Sándor Békési

11.30–11.45 Uhr Pause

11.45–12.45 Uhr Wie lässt sich der Quellenwert von Postkarten in Ausstellungen nutzen? Über Kulturerbe-Konzepte, Sehgewohnheiten und Mehrsprachigkeit anhand von „Hier ist es schön“ und „ŠTAJER-MARK“ / Eva Tropper

12.45–14.15 Uhr Mittagspause

14.15–15.15 Uhr Die Wanderausstellung „Abgestempelt. Judenfeindliche Postkarten“: Strategien des Zeigens antisemitischer Postkarten aus der Sammlung Wolfgang Haney / Wiebke Hölzer

15.15–15.30 Uhr Pause

15.30–16.30 Uhr Die Postkarte als Experiment: Ein multimodales Objekt für Forschung und Vermittlungsarbeit / Mascha Gugganig

Freitag, 05. November 2021

Strategien des Erschließens und der Online-Präsentation

9.00–9.15 Uhr Zusammenfassung und Einführung Tag 2

9.15–11.15 Uhr Ansichtskarten und topografische Ansichten in der Niederösterreichischen Landesbibliothek: Erschließung, Vermittlung, Erforschung / Ralph Andraschek-Holzer

anschließend Besuch der Sammlung

11.15–11.30 Uhr Pause

11.30–12.30 Uhr Postkarten als vielschichtige Objekte vermitteln: Die Postkartensammlung GrazMuseum Online / Antonia Nussmüller, Eva Tropper

12.30–14.00 Uhr Mittagspause

14.00–15.00 Uhr Mitteilungstexte auf Ansichtskarten erschließen: Erfahrungen mit Crowdsourcing am WienMuseum / Evi Scheller, Sándor Békési

15.00–15.15 Uhr Pause

15.15–16.15 Uhr Die Sammlung Langerman: Ein Werkstattbericht zu Herausforderungen bei der Klassifizierung, Digitalisierung und dem Ausstellen antisemitischer Postkarten / Angelika Königseder, Carl-Eric Linsler

16.15–16.45 Uhr Schlussrunde

Kontakt

Museumsakademie

Tel.: +43 (0)

E-Mail: museumsakademie@museum-joanneum.at

Joanneum

664/8017-9537

<https://www.museum-joanneum.at/museumsakademie/programm/veranstaltungen/events/event/10063/potenziale-der-postkarte>

Zitation

Potenziale der Postkarte. Methodische Fragen zum Ausstellen, Verzeichnen und Vermitteln. In: H-Soz-Kult, 27.10.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-113696>.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) Der montierte Fluss - Donaunarrative in Text, Film und Fotografie

Veranstalter

IKT/IdGL

Veranstaltungsort

Universität Tübingen, Neue Aula

72074 Tübingen

Vom - Bis

04.11.2021 - 06.11.2021

Von

Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde und Institut für Kulturwissenschaft und Theaterwissenschaft an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Die Veranstaltung steht in Zusammenhang mit dem internationalen Forschungsprojekt „Die Donau lesen“. Dieses wird in Kooperation zwischen dem Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde (IdGL, Tübingen) und dem Institut für Kulturwissenschaft und Theaterwissenschaft an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Wien) durchgeführt. FWF/DFG-DACH-Programm, Laufzeit: 2020 bis 2023.

Der montierte Fluss - Donaunarrative in Text, Film und Fotografie

Die Veranstaltung steht in Zusammenhang mit dem internationalen Forschungsprojekt „Die Donau lesen“. Dieses wird in Kooperation zwischen dem Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde (IdGL, Tübingen) und dem Institut für Kulturwissenschaft und Theaterwissenschaft an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Wien) durchgeführt. FWF/DFG-DACH-Programm, Laufzeit: 2020 bis 2023.

Die Donau berührt oder durchfließt gegenwärtig zehn Staaten – mehr als jeder andere große Strom der Welt. Der Fluss, der den europäischen Kontinent von West nach Südost quert, steht im Brennpunkt zahlreicher national wie auch übernational gefärbter, teils sich ergänzender, teils sich widersprechender Erzählungen. Traumatische Ereignisse wie Kriege, gesellschaftliche Umbrüche und einschneidende politische Zäsuren haben dazu geführt, dass die kulturellen und gesellschaftlichen Narrative dieses Flusses immer wieder umgeschichtet, verändert und zu neuen Sinneinheiten zusammengesetzt wurden.

Im Forschungsprojekt „Die Donau lesen“ werden ausgewählte Fluss-Erzählungen mit literatur-, kultur- und medienwissenschaftlichen Instrumentarien analysiert. Es wird herausgearbeitet, wie sich die Donaunarrative im 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts im Wechselspiel unterschiedlicher Bild- und Textmedien (literarische Texte, Filme und Fotografien) verändert haben. Untersucht werden die narrativen und transmedialen Logiken der einzelnen Medien ebenso wie die gesellschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen, in die diese eingebettet sind.

Wir schlagen für den Prozess des narrativen Baus und Umbaus von Flussbildern den Begriff der „Montage“ vor. Die Donau ist, so behaupten wir, nicht nur im Motiv des natürlich und unaufhörlich dahinfließenden Stromes zu fassen, sondern mindestens ebenso in Bildern der Grenze, der Brüche und der Einschnitte. Die in literarischen Texten, Filmen und Fotografien produzierten und transportierten Flussbilder greifen zwar immer wieder auf Kontinuitätsdiskurse zurück, mindestens ebenso aber tragen sie die Zeichen der

Konstruktion und Rekonstruktion in sich. Sie bedienen sich einer Vielfalt medialer und diskursiver Techniken der Collage und der Montage, die es in der Tagung beispielhaft zu entschlüsseln gilt.

Die Idee des „montierten“, des „zusammengesetzten“ Flusses, kann in vielerlei Hinsicht Anregung geben, neue Perspektiven auf die Donau als Erzählraum zu erproben. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: Etablierte Donau-Klischees können aufgebrochen oder auch demontiert werden, wenn die konstruktiven Bauweisen kollektiver Flussbilder ausgelotet und offengelegt werden. Innerhalb einzelner Medien können die Strategien der Collage und der Montage bzw. der Bricolage als Erzählprinzipien untersucht und dargestellt werden. Aber auch die baukastenartigen Verbindungslinien zwischen nationalen und übernationalen Diskursen und den damit assoziierten Flussbildern können unter dem Blickwinkel der Montage neu beleuchtet werden. Neue Einblicke gewährt der Strom auch als Konstruktionselement zeitgenössischer, von Migrationen und Diversität geprägter und in ihrem Selbstverständnis übernationaler Lebensräume oder etwa von Identitätsnarrativen der multilokalen donauschwäbischen Gemeinschaften oder anderer Minderheiten.

Es ist geplant, die überarbeiteten Beiträge der Tagung in einem Tagungsband zu veröffentlichen.

Programm

Donnerstag, 4.11.21, 18.00 Uhr:

Reinhard Johler: Begrüßung

Dorothee Kimmich: Einleitung

Christoph Leitgeb: D-A-CH Projekt Die Donau lesen. (Trans-)Nationale Narrative im 20. und 21. Jahrhundert: Präsentation der Homepage

Freitag, 5.11.21:

9.00-10.30 Uhr:

Der Fluss der Geschichte

Jozef Tancer: Vom Strom der Worte und Geschichten. Ján Rozners Výlet na Devín

Christoph Leitgeb: Péter Nádas und der Fluss der Geschichte

10.30-10.45 Uhr: Kaffeepause

10.45-12.15 Uhr:

Blicke auf den Fluss

Éva Fisli: Picturing waves. The Danube on photographs

Anton Holzer: Der Fluss als Bühne. Die Konstruktion der Donau im Medium der Bildpostkarten

12.15-14.30 Uhr: Mittagspause

Seite 526 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

14.30-16.00 Uhr:

Ferenc Vincze: Die Donau als Möglichkeit für Erinnerung und Perspektivenwechsel

Flusslandschaften, (un)natürlich

Edit Király: Landschaft aus Resten

16.00-16.15 Uhr: Kaffeepause

16.15-17.45 Uhr:

Martin Schmid: Ein umwelthistorisches Donau-Narrativ: Industrialisierte Flusslandschaften zwischen Verklärung und Vernichtung

Arnost Stanzel: Rumänischer Nationalstolz durch Naturzähmung? Eine umwelt- und technikhistorische Betrachtung des Wasserkraftwerks Eisernes Tor I an der Donau

Samstag, den 6.11.21:

9.00-10.30 Uhr:

Der (trans-)nationale Fluss

Marijeta Bozovic: A River Unaligned: The Danube in Film and Cold War

Ingeborg Bratoeva-Daraktchieva: The Danube as a narrative space in Bulgarian feature films from the beginning of the 21st century (2004-2020)

10.30-10.45 Uhr: Kaffeepause

10.45-12.15 Uhr:

Olivia Spiridon: Migrationen und Mischungen: Die Donau in Filmen von und über Donauschwaben

Branko Ranković: The Danube in "Yugoslav" Vojvodina

12.15-12.45 Uhr:

Ausblick

Den Link für die online-Vorträge finden Sie vor Tagungsbeginn unter <http://www.idglbw.de> oder auf der Facebookseite des IdGL.

Kontakt

Dr. Olivia Spiridon
olivia.spiridon@idgl.bwl.de
T. 0049 7071 9992515

<https://idglbw.de/de>

Zitation

Der montierte Fluss - Donaunarrative in Text, Film und Fotografie. In: H-Soz-Kult, 27.10.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-113795.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) Aspekte der Preußenforschung heute - Neue Perspektiven.
Berlin, 04.11. bis 06.11.2021

Veranstalter

Preußische Historische Kommission

10785 Berlin, Otto-Braun-Saal der Staatsbibliothek zu Berlin

Vom - Bis

04.11.2021 - 06.11.2021

Von

Hendrik Thoß, Institut für Europäische Studien und Geschichtswissenschaften, TU Chemnitz

Jahrestagung der Preußischen Historischen Kommission und des Staatarchivs Preußischer Kulturbesitz.

Programm

Donnerstag, 04. November 2021

14:00 Uhr *Tagungseröffnung mit Kaffee und feinem Gebäck*

Begrüßung: Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll, Chemnitz / Prof. Dr. Ulrike Höroldt, Berlin
Einführung: Prof. Dr. Dietmar Grypa, Würzburg

Sektion I (Leitung: Dr. Dieter Heckmann, Werder an der Havel)

14:20 Uhr: „Von Tieren und Heiligen – Einführung in die Sphragistik des Deutschen Ordens“ (Dr. Katharina Kemmer, Würzburg)

14:40 Uhr: „Partner, Gegner oder gar kein Faktor? Zur Wahrnehmung der Hansestädte im Deutschen Orden zwischen dem Ersten Thorner Frieden (1411) und dem Frieden vom Melnosee (1422)“ (Mats Homann, M.Ed., Hamburg)

15:00 Uhr *Diskussion*

15:30 Uhr *Kaffeepause*

Sektion II (Leitung: PD Dr. Christoph Volkmar, Magdeburg)

16:00 Uhr: „Zwischen lutherischer Orthodoxie und reformierter Lehranstalt. Die Gründung des Joachimsthalschen Gymnasiums im Jahr 1607“ (Dr. Uwe Folwarczny, Berlin)

16:20 Uhr: „Die ‚Familienuniversität‘ Viadrina am Beispiel der Juristenfakultät“ (Ines Staats, M.A., Potsdam)

16:40 Uhr: „Hofstaatsorganisation als persönliche Entscheidungssphäre. Zum Kontroll- und Bestimmungsmonopol des Prinzen August anhand seines Nachlasses im GStA PK“ (Dr. Anja Bittner, Berlin)

17:00 Uhr: „‚Preußentum‘ – Zur Genese eines folgenreichen Begriffs“ (Dr. des. Daniel Benedikt Stienen, München)

17:20 Uhr *Diskussion*

Freitag, 05. November 2021

Sektion III (Leitung: Prof. Dr. Dietmar Grypa, Würzburg)

9:00 Uhr: „Die Konsulate des Königreichs Preußen im Osmanischen Reich (1761–1869)“ (Felix Burkhardt, M.A., Würzburg)

9:20 Uhr: „Die ‚Preußische Seehandlung‘ und die Konsulate als Zugang zu einer Globalgeschichte Preußens (1772–1848)“ (Felix Töppel, M.A., Frankfurt/Oder)

9:40 Uhr *Diskussion*

10:15 Uhr *Kaffeepause*

Sektion IV (Leitung: Prof. Dr. Ewald Frie, Tübingen)

11:00 Uhr: „Antoni Radziwill auf dem Wiener Kongress“ (Elias Oppenrieder, B.A., Wien)

11:20 Uhr: „Otto von Manteuffels Verhältnis zur ‚deutschen Frage‘ während der ‚Reaktionszeit‘“ (Sebastian Hundt, Jena)

11:40 Uhr: „Landhäuser im Wandel – lokale Transformationsgeschichten zwischen Brandenburg, Württemberg und dem Rheinland 1880–1930“ (Christoph Schlemmer, M.A., Tübingen)

12:00 Uhr *Diskussion*

12:30 Uhr *Mittagspause*

Sektion V (Leitung: Prof. Dr. Hans-Christof Kraus, Passau)

14.30 Uhr: „Kurd von Schlözer - Leben eines deutschen Diplomaten in Diensten Bismarcks“ (Martin Niedermeier, Passau)

Seite 529 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

14:50 Uhr: „Das ‚System Althoff‘ und die Katholisch-Theologische Fakultät Münster. Berufungspolitik im Spannungsfeld von Staat und Kirche 1882–1907“ (Maik Henning Kempe, M.A., Münster)

15:10 Uhr: „Die Volksnationale Reichsvereinigung, die Deutsch-Hannoversche Partei und die Niedersachsenfrage“ (Wilke Tepelmann, M.A., Passau)

15:30 Uhr: „Symbolisches Kapital? Überlegungen zum ‚Hohenzollern-Charisma‘ nach 1918“ (Dr. Dr. Benjamin Hasselhorn, Würzburg)

15:50 Uhr *Diskussion*

16:30 Uhr *Kaffeepause*

17:00 Uhr: Mitgliederversammlung der Preußischen Historischen Kommission (nur für Mitglieder)

Samstag, 06. November 2021

Sektion VI (Leitung: Prof. Dr. Ulrike Höroldt, Berlin)

9:00 Uhr: „Kreditwürdigkeit und Ehre. Wie bewirbt sich ein brandenburgischer Kurfürst bei einem ausländischen Geldgeber?“ (Irena Kozmanová, Ph.D., Prag)

9:20 Uhr: „Zwischen Seelsorge, Gelehrtentum und ‚Staatsdienst‘? Zum Rollenbild lutherischer Pfarrer im Berlin des 18. Jahrhunderts“ (Florian Grumbach, M.A., Darmstadt)

9:40 Uhr: „Wirtschaftliche Integration in Preußen nach 1815 am Beispiel der Konkurrenz zwischen Stettin und Stralsund beim Seehandel“ (Dr. des. Anke Seeger, M.Ed., Grevesmühlen)

10:00 Uhr *Diskussion*

10:45 Uhr *Kaffeepause*

Sektion VII (Leitung: Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll, Chemnitz / Prof. Dr. Monika Wienfort, Berlin)

11:20 Uhr: „„Ein einiges Deutschland ist keine Erfindung der Revolution, sondern ein tief liegendes Bedürfnis.‘ Wilhelm I. und die Deutsche Frage – Plädoyer für eine Neubetrachtung des ersten Hohenzollernkaisers“ (Jan Markert, M.A., Oldenburg)

11:40 Uhr: „Krieg als monarchische Legitimierungsstrategie. Wilhelm I. und der deutsch-französische Krieg 1870–1871“ (Dr. Frank Sterkenburgh, Utrecht)

12:00 Uhr: „Weibliche Gestaltungsmöglichkeiten im ‚Feld‘ monarchischer Politik: das Beispiel Augusta von Preußen (1811–1890)“ (Caroline Galm, Freiburg)

12:20 Uhr: „Das Briefnetzwerk der Kaiserin Augusta (1811–1890)“ (Susanne Bauer, Dipl.-Kulturwiss., Trier)

12:40 Uhr *Diskussion*

13:30 Uhr: Schlussworte: Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll, Chemnitz

Kontakt

E-Mail: hendrik.thoss@phil.tu-chemnitz.de

Zitation

Aspekte der Preußenforschung heute - Neue Perspektiven. In: H-Soz-Kult, 16.09.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-112828.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Auf dem Weg zur liberalen Demokratie? Deutsches Kaiserreich, Nationalstaat und Europa

Veranstalter

Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit; Forschungsstelle Weimarer Republik, Institut für Politikwissenschaft, Friedrich-Schiller- Universität Jena

Veranstaltungsort

Friedrich-Schiller-Universität Jena
07743 Jena

Vom - Bis

04.11.2021 - 05.11.2021

Anmeldefrist

22.10.2021

Von

Dr. Wolther von Kieseritzky, Archiv des Liberalismus

Die 150-jährige Wiederkehr der Reichsgründung 1871 nehmen die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und das Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena zum Anlass, im 19. Kolloquium zur Liberalismus-Forschung die Geschichte und Gegenwart des deutschen Kaiserreichs zu vermessen.

Auf dem Weg zur liberalen Demokratie? Deutsches Kaiserreich, Nationalstaat und Europa

Die Tagung soll die aktuellen Auseinandersetzungen um das Kaiserreich aufgreifen und zugleich den Problemkreis Liberalismus und nation- bzw. state-building neu beleuchten. Dazu gehören Fragen nach dem Zusammenhang des Aufstiegs des Liberalismus als politisches Leitbild mit der Idee der Nation, aber auch die nach alternativen Ordnungskonzepten und Handlungsebenen. Welche Reichweite besaßen Emanzipationsprozesse, welche Potentiale entwickelten sie, auf welche Begrenzungen trafen sie? Welche Dynamik entfalteteten Modernisierung und Globalisierung, in welchem Verhältnis stand dazu ein verstärkter Nationalismus?

In den fünf Sektionen der Tagung (Politik und Nationsbildung, Kommunikation, Globalisierung, Emanzipationsprozesse, spätere Rezeption von „Reich“ und „Nation“) sollen

diese Themen mit Blick auf den Liberalismus in vergleichender europäischer Perspektive diskutiert werden. Dabei sind auch traditionelle Deutungen der liberalen Zielvorstellungen zu überprüfen. Dies gilt etwa für den Dualismus von „Einheit“ und „Freiheit“ und den daraus folgenden Zielkonflikten. Wie verhält sich die Vorstellung des Liberalismus als Emanzipationsidee zur in mehrfacher Hinsicht widersprüchlichen Praxis nach Erringen der Einheit 1871. Was ist gemeint, wenn von Nation, Staatlichkeit und Staatsbürgerschaft gesprochen wird – eine Frage, die auch für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zu stellen sein wird. Welche Rolle spielen liberale Konzepte multilateraler Verflechtung und supranationaler Ordnung, die eine lange Tradition im 20. Jahrhundert aufweisen? Die aktuellen Kontroversen über die Deutung des Kaiserreichs stehen in der abendlichen Podiumsdiskussion im Zentrum.

Programm

Donnerstag, 04.11.2021

13:30 Begrüßung und Eröffnung

13:40 – 15:30 Uhr:

Sektion I: Kaiserreich und nation-building

- Auf dem Weg zur Nation: Nationalbewegung, Reichsgründung und Liberale (Oliver Haardt, Cambridge)
- Einheit, Recht und Freiheit – die „Innere Reichsgründung“ revisited (Wolther von Kieseritzky, Potsdam)
- Reich, Nation, Länder: Liberale Perspektiven zwischen kommunaler Selbstverwaltung und föderaler Nation (Michael Dreyer, Jena)
- Die Krone und der Liberalismus – im europäischen Vergleich (Frank Lorenz Müller, St. Andrews)

16:00 – 17:30 Uhr:

Sektion II: Öffentlichkeit, Partizipation und konstitutionelles System

- Macht des Faktischen? Konflikt und Kompromiss in Parlament und Regierung (Andreas Biefang, Berlin)
- Wahlrecht und Wahlpraxis im Kaiserreich im internationalen Vergleich (Hedwig Richter, München)
- Strukturwandel der Öffentlichkeit? Meinungsfreiheit und politische Kommunikation im internationalen Vergleich (Christoph Jahr, Berlin)

19:00 Uhr:

Podiumsdiskussion:

Neue Kontroversen um das alte Reich? Kaiserreich, Nation und Liberalismus / Liberale Demokratie

mit Eckart Conze (Marburg), Dominik Geppert (Potsdam), Sonja Levsen (Freiburg), Anne Chr. Nagel (Gießen)

Moderation: Anja Reinhardt (Köln)

anschließend Verleihung des Wolf-Erich-Kellner-Preises 2021

Freitag, 05.11.2021:

9:00 – 10:45 Uhr:

Sektion III: Emanzipation – Inklusion und Exklusion

- Staatsbürgerschaft, Identität und Gemeinschaft in liberaler Theorie und Praxis (Andreas Fahrmeir, Frankfurt/M.)
- Liberale und die Gleichberechtigung (Kerstin Wolff, Kassel)
- Liberalismus und Judentum (Uffa Jensen, Berlin)
- Fin de siècle – Liberalismus und die Ambivalenz der Moderne (Ulrich Sieg, Marburg)

11:15 – 13:00 Uhr:

Sektion IV: Kommunikation und Globalisierung

- Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftspolitik im internationalen Kontext (Anne C. Nagel, Gießen)
- Infrastrukturentwicklung in (trans-)nationalen Räumen (Dirk van Laak, Leipzig)
- Wirtschaftskrisen und erste Globalisierung (Carsten Burhop, Bonn)
- Liberalismus, Kolonialismus und Imperialismus. Globale Ordnungskonzepte der Liberalen im internationalen Vergleich (Christoph Nonn, Düsseldorf)

13:00 - 14:00 Mittagessen

14:00 – 15:15 Uhr:

Sektion V: Liberale, Nation und Europa

- Liberaler Konstitutionalismus und Republikanismus. Die Zwischenkriegszeit (Jens Hacke, München)
- "Reich" und „Nation“ im Liberalismus nach 1945 (Jürgen Frölich, Bonn)
- Von der deutschen Einheit zur europäischen Einigung? Liberale Konzeptionen (Henning Türk, Potsdam)

15:15 – 15:45 Uhr: Abschlussdiskussion

Kontakt

Dr. Wolther von Kieseritzky
Public History / Archiv des Liberalismus
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Karl-Marx-Str. 2, 14482 Potsdam
Tel. 0331 - 7019 341
wolther.von-kieseritzky@freiheit.org

<https://www.freiheit.org/archiv-des-liberalismus>

Zitation

Auf dem Weg zur liberalen Demokratie? Deutsches Kaiserreich, Nationalstaat und Europa. In: H-Soz-Kult, 12.09.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-112723.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) Die mehrsprachige Stadt (ca. 125 bis ca. 1800)

Veranstalter

Dr. John Gallagher (University of Leeds, UK) und Prof. Ulrike Krامل (université de Tours/CeTHiS, Frankreich)

Veranstaltungsort

Online

37000 Tours / France

05.11.2021 - 05.11.2021

Frist:

20.07.2021

Von

Ulrike Krامل, Département d'histoire et d'archéologie, Université de Tours

Städte waren und sind Räume der Mehrsprachigkeit. Bislang haben Historiker:innen der vormodernen Stadt ihre Aufmerksamkeit jedoch kaum darauf gerichtet, wie Sprachen die städtische Gesellschaftsordnung mitbestimmen. Auch die Sozialgeschichte der Sprache(n), wie sie sich seit den 1990er-Jahren entwickelt, hat die räumliche Dimension von Mehrsprachigkeit nur wenig berücksichtigt.

Doch befördert gerade die Stadt als Ort von Macht, von kulturellem Austausch sowie als Schnittstelle ökonomischer und symbolischer Zirkulation den Kontakt zwischen Sprachen und damit auch, wie die historische Soziolinguistik unterstrichen hat, von Sprachwandel. Der Workshop möchte nun Historikern des Mittelalters und der frühen Neuzeit dazu einladen, in einer sozial- und kulturhistorischen Perspektive die Interaktionen zwischen Mehrsprachigkeit und städtischem Wandel zu diskutieren.

Der veranschlagte Zeitraum ist sowohl vom Aufschwung des europäischen Städtewesens als auch von der Konsolidierung der modernen bzw. Nationalsprachen gekennzeichnet. Nicht zuletzt angesichts des medialen Wandels, der konfessionellen Spannungen und der Intensivierung globaler Vernetzung ist von einem offenen Sprachenbegriff auszugehen, der Sprachen in ihrer sozialen, regionalen, institutionellen und medialen Differenzierung gleichermaßen berücksichtigt, auf Gesten und Gebärden beruhende Praktiken mit einbezieht und damit potenziell ein breites Spektrum kommunikativer Fähigkeiten (abilities) ausschöpft.

Ziel des Workshops ist es danach zu fragen, wie sprachliche Differenz dazu beigetragen hat, das städtische Leben der Vormoderne zu gestalten. Erwünscht sind vorzugsweise Beiträge, die eine systematische Herangehensweise an die städtische Sprachenvielfalt versuchen, und dabei sowohl den Zusammenhang von Sprachen und Macht als auch die mit Sprachenverwendung verbundene Agency im materiellen und sozialen Raum der Stadt reflektieren. Die Berücksichtigung der Kategorie Geschlecht erscheint dabei als ein besonderes Forschungsdesiderat.

Folgende Themenfelder können Anregungen liefern:

- Sprachendifferenz und Machtbeziehungen (sozialer bzw. institutioneller Art, Geschlecht, Ethnie, etc.)
- Mobilität, Migration und städtische Sprachenvielfalt
- mehrsprachige Stadträume (Haus, Werkstatt, Schule, Straße, etc.)
- übersetzen und sprachliche Mittlertätigkeit in der Stadt

- Spracharbeit und städtische Gesellschaft
- Regierungs- und Herrschaftspraktiken (in) einer mehrsprachigen Stadt
- mehrsprachige städtische Schreibpraktiken
- mehrsprachige Mündlichkeit und städtische Kommunikation
- städtische Mehrsprachigkeit im Kontext kolonialer Expansion und imperialer Verflechtung

Die Tagungssprachen sind Deutsch, Französisch und Englisch. Bitte senden Sie Ihren Beitragsvorschlag in Form eines Abstracts (max. 2.000 Zeichen / 300 Wörter) und einer Kurzvita (max. 2 Seiten) bis zum 20. Juli 2021 an Ulrike Krampfl (ulrike.krampfl@univ-tours.fr) und John Gallagher (j.gallagher1@leeds.ac.uk).

Kontakt

ulrike.krampfl@univ-tours.fr, j.gallagher1@leeds.ac.uk

Zitation

Die mehrsprachige Stadt (ca. 125 bis ca. 1800). In: H-Soz-Kult, 13.07.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98853.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) Die Sowjetisierung ländlicher Räume Ostdeutschlands in einem ostmittel- und osteuropäischen Kontext

Veranstalter

Akademie Herrnhut für politische und kulturelle Bildung e.V.

Veranstaltungsort

Gäste- und Tagungshaus Komenský

Gefördert durch

Landkreis Görlitz, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags), Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

02747 Herrnhut

Vom - Bis

05.11.2021 - 06.11.2021

Von

Schönfelder Andreas, Akademie Herrnhut für politische und kulturelle Bildung e.V.

Auf der Tagung stellen Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen in ihren Vorträgen dar, wie der Sozialismus auf dem Land gewirkt hat und was das für die Bevölkerung, insbesondere für die Bauern, bedeutet. Dabei wird sowohl eine regionale Perspektive eröffnet als auch der Blick über die Grenzen der DDR hinaus nach Russland und Weißrussland gelenkt. Vor dem Hintergrund dieser diktatorischen Epoche und ihren tiefgreifenden Folgewirkungen wird in einem Podiumsgespräch abschließend diskutiert.

Die Sowjetisierung ländlicher Räume Ostdeutschlands in einem ostmittel- und osteuropäischen Kontext

Seite 535 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

Der ländliche Raum hat im Osten Deutschlands während der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR eine tiefgreifende und allumfassende Umgestaltung erlebt. Die Vernichtung des Adels und des Bauernstandes, die radikale Neuordnung der Landwirtschaft und die Schaffung einer Sozialstruktur auf dem Dorf nach kommunistischen Verständnis waren politisches Programm und haben über 40 Jahre hinweg den ostdeutschen ländlichen Raum geprägt.

Programm

FREITAG, 05.11.2021

Anreise

15.00 – 15.45 Uhr

Kaffee

15.45 – 16.15 Uhr

Grußworte

Landrat Bernd Lange (Landkreis Görlitz)

Prof. Dr. rec. Albert Löhr (Rektor des Internationalen Hochschulinstituts Zittau,
Vorsitzender Akademie Herrnhut für politische und kulturelle Bildung e. V.) [angefragt]

16.15 – 16.30 Uhr

Einführung

Andreas Schönfelder (Leiter der Umweltbibliothek Großhennersdorf e. V.)

16.30 – 17.30 Uhr

Eröffnungsvortrag

Dr. Jens Schöne (Stellvertreter des Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin, Assoziierter Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin)

„Der Sozialismus kommt aufs Land (1945 bis 1960). Ökonomie und Ideologie eines Transformationsprozesses“

17.45 – 19.15 Uhr

Gemeinsames Abendessen

19.15 – 20.15 Uhr

Dr. Falco Werkentin (ehem. Stellvertretender Beauftragter des Landes Berlin für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehem. DDR)

„Klassenkampf auf dem Land – zu den Methoden der Kollektivierung“

ab 20.15 Uhr

Gemeinsames Beisammensein

SAMSTAG, 06.11.2021

09.30 – 10.30 Uhr

Dr. Michael Heinz (Lehrbeauftragter am Historischen Institut der Universität Rostock)

„Abkehr vom sowjetischen Weg? DDR-Landwirtschaft und ländliches Leben nach der Kollektivierung“

10.30 – 11.00 Uhr

Pause

11.00 – 12.00 Uhr

Dr. Thomas Rudert (Sammlungshistoriker und Provenienzforscher an den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden)

„‘Rottet das Unkraut aus!’ Die sächsische Bodenreform / Schlossbergung als Versuch der Vernichtung des landsässigen Adels und als schwieriges Erbe der Staatlichen Kunstsammlung Dresden“

12.00 – 13.00 Uhr

Dr. Edmund Pech (Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sorbischen Institut Bautzen)

„Ländliche Gesellschaft in der SBZ / DDR. Bodenreform und Kollektivierung der Landwirtschaft in der zweisprachigen Oberlausitz“

13.00 – 14:00 Uhr

Mittagspause

14:00 –15.00 Uhr

Prof. Dr. Dr. Stephan Merl (Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Bielefeld)

„Bauern unter Stalin: Die Formierung des sowjetischen Kolchossystems“

15.00 – 16.00 Uhr

Dr. Małgorzata Ruchniewicz (Assoziierte Professorin an der historischen Fakultät der Universität Wrocław)

„Das Ende der Bauernwelt in Westweißrussland“

16.00 – 16.30 Uhr

Kaffeepause

16.30 – 18.00 Uhr

Podiumsgespräch

„Zukunft und Herkunft – Strukturwandel in der Lausitz und das kommunistische Erbe des ostdeutschen ländlichen Raumes“ [Arbeitstitel]

Dr. Jens Schöne, Dr. Barbara Schier (Freischaffende Historikern), Andreas Schönfelder

Moderation: Thomas Pilz (Akademie Herrnhut für politische und kulturelle Bildung e.V.)

18.00 – 19.00 Uhr

Gemeinsames Abendbrot, teils Abreise

<https://www.akademie-herrnhut.de/>

Zitation

Die Sowjetisierung ländlicher Räume Ostdeutschlands in einem ostmittel- und osteuropäischen Kontext. In: H-Soz-Kult, 06.10.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-113227.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) 28. Jahrestagung zu "Fragen der Geschichte" zum Thema "Heimat – Ort und Identität"

Veranstalter

Prof. Dr. Eva-Maria Seng, Prof. Dr. Frank Göttmann, Dr. Maria Harnack

Veranstaltungsort

Universität Paderborn, Hörsaal O 1 (Gebäude O, Pohlweg)

33098 Paderborn

Vom - Bis

06.11.2021 - 06.11.2021

Von

Maria Harnack, Universität Paderborn

Samstag, 6. November 2021, 09:00–16:30 Uhr

Universität Paderborn

Hörsaal O 1 (Gebäude O, Pohlweg)

28. Jahrestagung zu "Fragen der Geschichte" zum Thema "Heimat – Ort und Identität"

Wie jährlich am Beginn des Novembers wird auch dieses Jahr die traditionelle Tagung des Historischen Instituts zu „Fragen der Geschichte“ stattfinden. Sie steht diesmal unter dem Motto „Heimat – Ort und Identität“.

Was ist Heimat? Das Nachsinnen des Einzelnen über den Begriff und die Selbstverortung in einer lokalen Gegebenheit und mentalen Befindlichkeit auf der einen Seite und die interessengeleitete Zuschreibung für Gebietseinheiten unterschiedlichen landschaftlichen, politischen oder kulturellen Charakters bringt die Uneindeutigkeit von „Heimat“ zwischen heimeliger Geborgenheit und Sehnsuchtsort einerseits und sozialer Zwangsinstitution andererseits an den Tag. Als Faktor der Bildung von Identität, ebenfalls ein vielschichtiger Begriff, bietet sie keineswegs das von vielen gewünschte Maß an existentieller Sicherheit, das von denen, die dazugehören, gewünscht wird, während andere ausgegrenzt werden. In modernem Wissenschaftsjargon gesprochen, inkludiert und exkludiert Heimat zugleich. Diese Ambivalenz ist evident, wenn man institutionelle und sachliche Zeugnisse, die unmittelbar auf Heimat verweisen, ausleuchtet wie auch Verhaltensweisen, Haltungen und Sachverhalte auf einen dahinterstehenden, scheinbar verborgenen Heimatgedanken befragt.

Diese komplexe real- wie auch mentalitätsgeschichtliche Problematik wird in den Tagungsbeiträgen aus unterschiedlicher Perspektive betrachtet und kritisch zur Diskussion gestellt. Insofern möchte die diesjährige Tagung an einem reflektierten Heimatbegriff arbeiten, der Orientierung im politischen, sozialen und kulturellen Alltagsleben bieten kann.

Alle Interessierten sind herzlich willkommen.

Auf die an dem Termin gültigen Infektionsschutzregeln wird gesondert hingewiesen.

Anmeldungen per:

Telefon: 05251 605462

E-Mail: mharnack@mail.upb.de

Post: Warburger Str. 100 (Gebäude W), 33098 Paderborn

Weitere Informationen unter:

<https://www.kulturerbe-forschung.de>

<https://go.upb.de/goettmann>

Programm

09:00 Uhr *Grußwort*

Prof. Dr. Birgitt Riegraf (Präsidentin der Universität Paderborn)

09:30 Uhr Prof. Dr. Silke Götsch-Elten (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel): Heimat – zur Karriere eines umstrittenen Begriffs

10:15 Uhr Dr. Judith Kretzschmar (Universität Leipzig): Heimat zwischen Nation und Emotion. Kontinuitäten und (Um-)Brüche in DDR und Ostdeutschland

11:00 Uhr *Pause*

11:15 Uhr Prof. Dr. Werner Mezger (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg): Heimat und Bräuche: Hat die Vergangenheit noch Zukunft?

12:00 Uhr Jonas Leineweber M. Ed. (Universität Paderborn): Heimat und Immaterielles Kulturerbe. Gesellschaftliche Rituale, Bräuche und Feste als Ausdruck lokaler und regionaler Identität

12:45 Uhr *Mittagspause*

13:30 Uhr Privatdozent Dr. Olaf Hartung (Universität Paderborn): Heimat im Museum – die Konstruktion lokaler Identität im Spannungsfeld von Exklusion, Integration und Inklusion

14:15 Uhr Lena Elster und Eric Watermeier (Universität Paderborn): Heimat(en), ein Konzept zwischen Dynamik und Individualismus

15:00 Uhr *Pause*

15:15 Uhr Prof. Dr. Hansjörg Küster (Leibniz Universität Hannover): Heimat im Wald

16:00 Uhr *Abschlussdiskussion*

16:30 Uhr *Ende*

<https://www.kulturerbe-forschung.de/>

Zitation

28. Jahrestagung zu "Fragen der Geschichte" zum Thema "Heimat – Ort und Identität". In: H-Soz-Kult, 01.10.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-113127.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

10) Der Todesmarsch von Palmnicken

Der Todesmarsch von Palmnicken: Mikrogeschichtliche Annäherung an eine Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert und ihre Aufarbeitung - in transnationaler Perspektive

Veranstalter
Deutsches Historisches Institut Warschau

Veranstaltungsort
Warschau

Gefördert durch
Deutsches Historisches Institut Warschau
00-540 Warschau

Vom - Bis
08.11.2021 - 08.11.2021

Frist:
31.08.2021

Von
Ruth Leiserowitz, DHI Warschau

Der Todesmarsch von Palmnicken: Mikrogeschichtliche Annäherung an eine Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert und ihre Aufarbeitung - in transnationaler Perspektive, Workshop Deutsches Historisches Institut Warschau, 8. November 2021

Der Todesmarsch von Palmnicken: Mikrogeschichtliche Annäherung an eine Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert und ihre Aufarbeitung - in transnationaler Perspektive

Trotz langjähriger und umfassender Studien sind manche Verbrechen des Holocaust noch wenig bekannt und kaum erforscht. Mehrere Tausend jüdische Frauen vor allem aus Polen, Ungarn und dem Baltikum wurden von SS-Bewachern und ihren Helfern aus unterschiedlichen Ländern im Januar 1945 in Ostpreußen ermordet. Ein Todesmarsch von verschiedenen Außenlagern des Konzentrationslagers Stutthof bei Danzig (heute poln. Gdańsk) endete in einem Massaker am Strand in Palmnicken (heute russ. Yantarny) an der ostpreußischen Küste. Der Ort des Massakers liegt seit Kriegsende in der heute russischen Exklave Kaliningrader Gebiet. Das Massaker war bis Mitte der 1990er Jahre weitgehend unbekannt. Weder die Arbeit einer sowjetischen Untersuchungskommission nach dem Krieg, umfangreiche Vorermittlungen in Deutschland zwischen den 1950er bis 1970er Jahren, noch Ehrungen in Yad Vashem für sechs RetterInnen als „Gerechte unter den Völkern“ führten zu näherer Beleuchtung des Geschehens. Erst der 1995 veröffentlichte Bericht eines Zeitzeugen, eines Zuschauers aus der Gruppe der deutschen Täter (Bergau 1995), führte zu einer begrenzten öffentlichen Wahrnehmung und erster wissenschaftlicher Erwähnung des Massakers (Kossert 2004, Blatman 2011). Mit dem gegenwärtigen Forschungsvorhaben von Dr. Claudia Vollmer, angesiedelt an der Fernuniversität Hagen und durch ein Langzeitstipendium gefördert vom DHI Warschau wird eine bislang ausstehende, vertiefende und systematische Studie zu diesem NS Endphase-Verbrechen in Angriff genommen.

Die mikrogeschichtliche Annäherung an das Geschehen, basierend auf Unterlagen von vor allem Ermittlungsbehörden aber auch der Zivilgesellschaft in verschiedenen Ländern, bildet Ansatzpunkte für eine makrogeschichtliche Einordnung. Nachgegangen werden soll auch der Frage, was dazu beitrug, dass das Massaker von Palmnicken bis Mitte der 1990er Jahre der Öffentlichkeit und der Wissenschaft praktisch unbekannt bleiben konnte. Mittels einer transnationalen Perspektive sollen neue Einsichten auf das Geschehen und die Nachgeschichte möglich werden, mit Fokus auf Deutschland, Polen und Sowjetunion/Russland. Die unterschiedlichen Interessen der drei Länder in Bezug auf die Aufarbeitung von NS Verbrechen im jeweiligen nationalen Kontext, aber auch im Zusammenhang mit dem beginnenden „Kalten Krieg“, sind für die Beantwortung der Forschungsfrage relevant.

In einer interdisziplinären Auseinandersetzung mit den Phänomenen „Zwangslager und Endphasenverbrechen in Ostpreußen“ sollen im Rahmen des Workshops verschiedene Beispiele und Fragestellungen diskutiert werden.

Dabei sind folgende Fragestellungen von besonderem Interesse:
- Aufgrund welcher Faktoren lässt sich 1944/45 von einem transnationalen Geschehen im ostpreußischen Raum sprechen?

- Inwiefern bedingte die geographische Situation Ostpreußens Ausnahmesituationen bezüglich der nahenden Front und der dann folgenden Endphasenverbrechen?
- Welche besonderen Akteurskonstellationen lassen sich nachzeichnen?

- Inwiefern wurden in Polen, Ungarn, Litauen und Lettland Lebenswege von Opfern des Massakers nachverfolgt?

- Welche neuen Erkenntnisse gibt es bezüglich der juristischen Aufarbeitung und Erinnerungskultur zu dem Massaker in den jeweiligen landes- und zeitgeschichtlichen Kontexten?

Der Workshop richtet sich sowohl an NachwuchswissenschaftlerInnen (Bachelor- und Masterstudierende, Promovierende) als auch an Post-Docs und Habilitierende unterschiedlicher Disziplinen und Arbeitsweisen, sowie an MitarbeiterInnen von Museen und Archiven. Für ReferentInnen des Workshops können Reise- und Übernachtungskosten im üblichen Rahmen erstattet werden.

Aufgrund der unsicheren Corona-Lage planen wir den Workshop zum jetzigen Zeitpunkt in hybrider Form. Genaue Informationen folgen zeitnah. Der Workshop wird zweisprachig angelegt sein (Deutsch und Englisch).

Bitte senden Sie ein Abstract (ca. 1/2 DIN A4-Seite, deutsch oder englisch) und Kurzinfos zu Ihrer Person (bio- und bibliographische Angaben) bis zum 31. August 2021 bitte an: vollmer@dhi.waw.pl UND leiserowitz@dhi.waw.pl

Kontakt

vollmer@dhi.waw.pl UND leiserowitz@dhi.waw.pl

<https://www.dhi.waw.pl>

Zitation

Der Todesmarsch von Palmnicken. In: H-Soz-Kult, 03.08.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-112050.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) Was war die Habsburgermonarchie?

Veranstalter

Institut für die Erforschung der Habsburgermonarchie und des Balkanraumes der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Veranstaltungsort

digital

1020 Wien

Vom - Bis

11.11.2021 - 13.11.2021

Von

Ulrike Rack, IHB, ÖAW

Was war die Habsburgermonarchie? Und was tun Historikerinnen und Historiker, wenn sie sich mit deren Geschichte beschäftigen? Diese fundamentalen Fragen greift die Tagung auf. Beabsichtigt ist, ein Forum zu bieten, in dem neueste Erkenntnisse zum Gesamtgefüge der Habsburgermonarchie über Epochengrenzen und Fachgebiete hinaus in einem großen Kontext diskutiert werden.

Was war die Habsburgermonarchie?

Trotz aller in den letzten Jahren vorgelegten innovativen Einzelstudien existiert kein Konsens über das staatliche Konzept, das gemeinhin mit dem Begriff „Habsburgermonarchie“ bezeichnet wird. Um die verschiedenen Erzählstränge angesichts aktueller geschichtswissenschaftlicher Diskurse über politische Großräume im internationalen Umfeld auf den Prüfstand zu stellen, liegt eine Bestandsaufnahme und kritisch-reflexive Inventur der Interpretationsweisen, Begriffe und Forschungskonzepte nahe, mit denen an die Geschichte der Habsburgermonarchie als einer vom 16. bis 20. Jahrhundert bestehenden politisch-sozialen Ordnung herangegangen wird. Denn ob die Habsburgermonarchie in den unterschiedlichen Zeiträumen ihrer Existenz als eine dynastische Machtakkumulation des Hauses Österreich, eine monarchische Union von Ständestaaten, als eine föderale Ordnung, eine zusammengesetzte Monarchie (composite monarchy), ein fiscal-military state, eine Großmacht im europäischen Mächtekonkordat, als ein Imperium/empire, ein Einheitsstaat, eine Doppelmonarchie oder ein failed state – um nur einige Interpretationen zu nennen – eingeordnet wird, führt zu jeweils anderen Fragestellungen und hat eine jeweils unterschiedliche Gewichtung der Faktoren innere Verfasstheit, außenpolitische Machtambitionen, Zentrum-Peripherie-Relationen sowie Zäsuren und Kontinuitäten zur Folge.

Im Mittelpunkt der Tagung stehen somit Fragen nach der Verfasstheit und den Kohäsionskräften der Habsburgermonarchie (und ihrer Subsysteme), nach Staatlichkeit, Herrschaft, Repräsentation und Partizipation, Wahrnehmung durch die Zeitgenossen sowie letztlich auch nach Identitäten.

Programm

DONNERSTAG, 11. November 2021

09.30–09.45 Uhr / Begrüßung

Katrin Keller / Wien – Arno Strohmeyer / Wien

I. APPROACHES / Chair: Peter Becker (Wien)

09.45–10.20 Uhr / Petr Maťa (Wien): „A Composite Monarchy – Yet How Was It Composed?“

10.20–10.55 Uhr / William D. Godsey (Wien): „Composite to the End‘: The Habsburg Monarchy from the Seven Years War to the First World War“

10.55–11.25 Uhr Kaffeepause

11.25–12.00 Uhr / Péter Techet (Freiburg/Zürich): „Imperium anders. Die österreichische Reichshälfte als supranationale Rechtsordnung ihrer Völker, 1867–1918“

12.00–12.35 Uhr / Bálint Varga (Budapest): „An Empire within the Empire: The Hungarian Empire Debate in the Long Nineteenth Century“

12.35–14.50 Uhr Mittagspause

II. MANIFESTATIONS / Chair: Laurence Cole (Salzburg)

14.50–15.25 Uhr / Luc Duerloo (Antwerpen): „The World’s Local Ruler. A View Informed by the Periphery“

15.25–16.00 Uhr / Ilya Berkovich (Wien): „The Habsburg Monarchy as a Military Power: Conventional Wisdom vs. Actual Figures – Austrian Army Strength, 1740–1817“

16.00–16.35 Uhr / Kurt Baird (York, online): „What Was the Habsburg Monarchy during the Time of the French? The Wartime Experiences of Subjects and Soldiers in the Austro-Bohemian Lands, 1788–1816“

16.35–17.05 Uhr Kaffeepause

17.05–17.40 Uhr / Herbert Karner (Wien, online), Werner Telesko (Wien, online): „Die Habsburgermonarchie – ein Produkt visueller Praktiken?“

17.40–18.15 Uhr / Arno Strohmeyer (Wien/Salzburg): „Was war der Herrschaftsraum der österreichischen Habsburger?“

FREITAG, 12. November 2021

III. COORDINATES / Chair: Pieter Judson / Florenz

09.30–10.05 Uhr / Karin Schneider (Wien): „Das Österreichische Kaisertum in der Geschichtsschreibung des Vormärz“

10.05–10.40 Uhr / Barbara Haider-Wilson (Wien): „Vom Trauma einer Großmacht: Überlegungen zur späten Habsburgermonarchie auf dem internationalen Parkett“

10.40–11.10 Uhr Kaffeepause

11.10–11.45 Uhr / Thomas R. Prendergast (Jerusalem, online): „Creating the Habsburg ‚Empire‘: Multinationalism in Central European Legal Thought, 1840–1890“

Seite 543 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

11.45–12.20 Uhr / Imre Tarafás (Budapest): „The Machine and the Organisms. Austro-German, Hungarian and Czech Historical Discourses on the Nature of the Habsburg Empire from the Ausgleich to the Outbreak of the Great War“

12.20–14.10 Uhr Mittagspause

IV. CONVERGENCES / Chair: Veronika Hyden-Hanscho (Wien)

14.10–14.45 Uhr / Rocío Martínez López (Madrid, online): „For the Sake of the Dynasty? Political Confrontations and Dynastic Conflicts between Both Branches of the House of Habsburg in the Second Half of the 17th Century“

14.45–15.20 Uhr / Daniela Haarmann (Wien): „Like a Babushka: Habsburg Monarchy, Kingdom of St. Stephan and Its Realms“

15.20–15.50 Uhr Kaffeepause

15.50–16.25 Uhr / Klaas Van Gelder (Gent): „The Austrian Netherlands and the Habsburg Monarchy: A History of the Unmapped Sense of Belonging“

16.25–17.00 Uhr / Ellinor Forster (Innsbruck): „Auf dem Sprung vom (Heiligen Römischen) Reich zum neu verfassten österreichischen Staat? Das habsburgische Länderkonglomerat um 1800 zwischen zeitgenössischer Wahrnehmung und Geschichtsschreibung des 19./20. Jahrhunderts“

SAMSTAG, 13. November 2021

V. PERCEPTIONS / Chair: Birgitta Bader-Zaar (Wien)

09.00–09.35 Uhr / William O'Reilly (Cambridge): „Seeing' the Habsburg Lands, 1450–1600“

09.35–10.10 Yasir Yilmaz (Wien): „Was there a Habsburg Monarchy? The Early Modern Ottoman Perspective“

10.10–10.40 Uhr Kaffeepause

10.40–11.15 Uhr / Michael L. Miller (Wien): „He who Grants Dominion to Rulers“: The Habsburg Monarchy as Reflected in Hebrew Sources“

11.15–11.50 Uhr / Marcus Gräser (Linz): „This German Gettysburg Was Won By the Secessionists': Amerikanische Wahrnehmungen der Habsburgermonarchie, ca. 1865–1945“

11.50–13.00 Uhr Schlussdiskussion

Franz L. Fillafer (Wien)
Thomas Winkelbauer (Wien)

Kontakt

Ulrike Rack

<https://www.oeaw.ac.at/ihb/detail/event/was-war-die-habsburgermonarchie>

Zitation

Was war die Habsburgermonarchie?. In: H-Soz-Kult, 26.10.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-113682>.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

12) Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989

Veranstalter

Collegium Carolinum in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Geschichte Ost- und Südosteuropas der Ludwig-Maximilians-Universität München
83730 Fischbachau

11.11. bis 14.11.2021

Anmeldefrist

15.07.2021

Von

Judith Brehmer

1989 schienen die Staaten Ostmitteleuropas wie unter Laborbedingungen in einer sehr ähnlichen Situation zu sein: Sie teilten die Erfahrungen einer sozialistischen Diktatur, die alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens einschneidend verändert hatte. Die Revolution von 1989 schuf - bei aller Unterschiedlichkeit der vorangehenden Prozesse - einen Moment der Gleichzeitigkeit in den ostmitteleuropäischen Ländern. Die 1993 von der EU eröffneten Beitrittsperspektiven nach den Kopenhagener Kriterien (Konditionalität) ließen einen gleichgerichteten und gleichzeitigen Prozess der Annäherung Polens, der Slowakei, Tschechiens und Ungarns an die EU erwarten.

Doch zeichnete sich bald eine unterschiedliche Entwicklung ab, als sich in der Slowakei bereits Mitte der neunziger Jahre autoritäre Tendenzen unter dem Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar zeigten, die 1997 zunächst zum Ausschluss des Landes aus dem Kreis der für den Beitritt zu NATO und EU vorgesehenen Länder führten. Heute erscheint die Slowakei paradoxerweise als das Land Ostmitteleuropas, in dem die verfassungsmäßige Ordnung am meisten gewahrt wird. Andere Divergenzen kommen hinzu: So kann man in Polen und Ungarn eine Regierungspolitik beobachten, die gegenüber der EU-Kommission kritisch ist, während in der Bevölkerung nach wie vor EU-freundliche Stimmung vorherrscht. Dagegen hat sich in Tschechien bei einer insgesamt mehr an den Vorgaben der EU orientierten Politik in der Bevölkerung eine Skepsis gegenüber der EU verbreitet. Auch im wirtschaftlichen Bereich tun sich bei genauerer Betrachtung zahlreiche Divergenzen auf.

Das Ziel der Tagung ist es, die Entwicklungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den ostmitteleuropäischen Staaten vergleichend zu betrachten und auf ihre Unterschiede hin zu untersuchen. Als Fluchtpunkt der Diskussion soll die Frage dienen, ob

die Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen aus dem Prozess der Transformation erklärt werden können oder die Berücksichtigung von länger angelegten, historischen Spezifika erfordern, die im revolutionären Prozess von 1989 zunächst nicht sichtbar waren.

Die Vorträge mit einer Länge von 20 Minuten können in deutscher oder englischer Sprache gehalten werden. Reise- und Unterbringungskosten werden übernommen. Die Herausgabe eines Tagungsbandes in englischer Sprache ist beabsichtigt.

Konzeption: Prof. Dr. Martin Schulze Wessel (München), Dr. Darina Volf (München)

Themenvorschläge für Vorträge sind willkommen! Bei Interesse reichen Sie bitte eine Skizze

Ihres geplanten Vortrags (ca. 1 Seite) in deutscher, tschechischer, slowakischer oder englischer Sprache bis zum 15.07.2021 ein bei Miroslava Valicek: [miroslava.valicek\[at\]collegium-carolinum.de](mailto:miroslava.valicek[at]collegium-carolinum.de)

Kontakt

Miroslava Valicek: [miroslava.valicek\[at\]collegium-carolinum.de](mailto:miroslava.valicek[at]collegium-carolinum.de)

Zitation

Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989. In: H-Soz-Kult, 04.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98143.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

13) Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989

Veranstalter
Collegium Carolinum
Veranstaltungsort
Hotel Aurachhof

83730 Fischbachau
Vom - Bis
11.11.2021 - 14.11.2021
Von

Dr. Darina Volf, Geschichte Ost- und Südosteuropas, Ludwig-Maximilians-Universität

Das Ziel der Tagung ist es, die Entwicklungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den ostmitteleuropäischen Staaten vergleichend zu betrachten und auf ihre Unterschiede hin zu untersuchen. Als Fluchtpunkt der Diskussion soll die Frage dienen, ob die Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen aus dem Prozess der Transformation erklärt werden können oder die Berücksichtigung von länger angelegten, historischen Spezifika erfordern.

1989 schienen die Staaten Ostmitteleuropas wie unter Laborbedingungen in einer sehr ähnlichen Situation zu sein: Sie teilten die Erfahrungen einer sozialistischen Diktatur, die alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens einschneidend verändert hatte. Die Revolution von 1989 schuf - bei aller Unterschiedlichkeit der

vorangehenden Prozesse - einen Moment der Gleichzeitigkeit in den ostmitteleuropäischen Ländern. Die 1993 von der EU eröffneten Beitrittsperspektiven nach den Kopenhagener Kriterien (Konditionalität) ließen einen gleichgerichteten und gleichzeitigen Prozess der Annäherung Polens, der Slowakei, Tschechiens und Ungarns an die EU erwarten. Doch zeichnete sich bald eine unterschiedliche Entwicklung ab, als sich in der Slowakei bereits Mitte der neunziger Jahre autoritäre Tendenzen unter dem Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar zeigten, die 1997 zunächst zum Ausschluss des Landes aus dem Kreis der für den Beitritt zu NATO und EU vorgesehenen Länder führten. Heute erscheint die Slowakei paradoxerweise als das Land Ostmitteleuropas, in dem die verfassungsmäßige Ordnung am meisten gewahrt wird. Andere Divergenzen kommen hinzu: So kann man in

Polen und Ungarn eine Regierungspolitik beobachten, die gegenüber der EU-Kommission kritisch ist, während in der Bevölkerung nach wie vor EU-freundliche Stimmung vorherrscht. Dagegen hat sich in Tschechien bei einer insgesamt mehr an den Vorgaben der EU orientierten Politik in der Bevölkerung eine Skepsis gegenüber der EU verbreitet. Auch im wirtschaftlichen Bereich tun sich bei genauerer Betrachtung zahlreiche Divergenzen auf. Das Ziel der Tagung ist es, die Entwicklungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den ostmitteleuropäischen Staaten vergleichend zu betrachten und auf ihre Unterschiede hin zu untersuchen. Als Fluchtpunkt der Diskussion soll die Frage dienen, ob die Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen aus dem Prozess der Transformation erklärt werden können oder die Berücksichtigung von länger angelegten, historischen Spezifika erfordern, die im revolutionären Prozess von 1989 zunächst nicht sichtbar waren.

Programm

Freitag/ Friday, 12 November 2021

Introduction (Martin Schulze Wessel, Darina Volf)

Panel I: Historical Legacies

Erika Harris (Liverpool): What does thirty years of post-communism tell us about dynamics that shape transitions to democracy?

Adéla Gjuričová (Praha): Not an Empty Playground: The Institutional Transformation in Central Europe after 1989

Maren Hachmeister (Dresden): Transformations of carework for the elderly

Commentary: Pavel Kolář (Konstanz)

Panel II: Political Institutions and the Rule of Law

Dietmar Müller (Leipzig): Rechtsstaatlichkeit in Ostmitteleuropa. Vorstellungen zur Ausgestaltung im Vergleich

Joachim von Puttkamer (Jena): „Die Republik Polen ist ein demokratischer Rechtsstaat“.

Grenzen und Möglichkeiten staatlichen Handelns in der verhandelten Revolution.

Darina Malová (Bratislava): Slovakia's more competitive transformation path

Commentary: Marta Bucholc (Warschau)

Keynote

Jiří Přibán (Cardiff): Constitutional Imaginaries: on cultural traditions, societal expectations and political reinventions in Central Europe since 1989

Samstag/ Saturday, 13 November 2021

Panel III: Transnational and Supranational Influences

Vít Hloušek (Brno): European Integration as a Critical juncture of the Czech politics

Dagmara Jaješniak-Quast (Frankfurt/Oder): Wirtschaftsbeziehungen auf einer

Augenhöhe? Divergenzen in der wirtschaftlichen Entwicklung Ostmitteleuropas – eine

Bestandaufnahme nach 17 Jahre der EU-Mitgliedschaft

Beáta Hock (Leipzig): Interference through Culture: Regime Change and the Region-wide Network of Soros Foundations

Commentary: Thomas Lindenberger (Dresden)

Panel IV: Social and Economic Thoughts, Visions and Representations

Veronika Pehe (Praha): Entrepreneurs and heirs: cinema and the economic transformation in Czech Republic, Slovakia and Poland in comparison

Ostap Kushnir (Warschau): Social visions of justice and order in explaining asynchronities and divergences of the post-communist transition

Martin Babička (Oxford): Toxic Past, Organic Future: Nature and the Markets in Czechoslovakia around 1989

Commentary: Michal Pullmann (Praha)

Kontakt

Collegium Carolinum e.V.

Hochstraße 8, 81669 München

miroslava.valicek@collegium-carolinum.de

Zitation

Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989. In: H-Soz-Kult, 06.10.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-113231.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

14) Entdecken - Vermessen - Ordnen. Expeditionen im langen 19. Jahrhundert

Veranstalter

Professur für die Geschichte Osteuropas und Ostmitteleuropas an der HSU

22043 Hamburg

Vom - Bis

17.11.2021 - 19.11.2021

Von

Hajo Raupach, Professur für Geschichte Osteuropas und Ostmitteleuropas, Helmut Schmidt Universität Hamburg/ Universität der Bundeswehr

Im langen 19. Jahrhundert erlebten die europäischen Wissenschaften durch staatlich geführte oder individuelle Expeditionen erhebliche Neuerungen. Die weißen Flecken der Erde sollten erforscht werden. Alles, was fremd war, konnte in Besitz genommen und in den europäischen Gelehrtenstuben kategorisiert werden. Wir suchen Antworten auf die Frage, wie die Welt durch Expeditionen vermessen und geordnet wurde.

Entdecken - Vermessen - Ordnen. Expeditionen im langen 19. Jahrhundert

Im langen 19. Jahrhundert erlebten die europäischen Wissenschaften durch staatlich geführte oder individuelle Expeditionen erhebliche Neuerungen. Die weißen Flecken der Erde sollten erforscht werden. Alles, was fremd war, konnte in Besitz genommen und in den europäischen Gelehrtenstuben kategorisiert werden. Das Leben an den Peripherien wurde

beschrieben, bewertet, ausgebeutet. Es galt, Sprachen, Kopfformen, Riten, Kunst, Tänze und vieles mehr aufzuzeichnen, einzuordnen und zu katalogisieren. Es war der Drang in die Ferne, an dem entlang sich ganze Fachdisziplinen bildeten und abgrenzten. Artefakte, Illustrationen und Abenteuergeschichten erzeugten die Selbstwahrnehmung für eine europäische Welt, die auf der Suche nach sich selbst und ihrer Herkunft war. Innerhalb dieser Konferenz werfen wir einen umfangreichen Blick auf diese Entwicklungen. Wir suchen Antworten auf die Frage, wie die Welt durch Expeditionen vermessen und geordnet wurde und nach den Gründen, warum manche Expeditionen von der Öffentlichkeit breit rezipiert wurden und andere nicht. Wir wollen kritisch die Forschungen zur und die Errichtung von Kolonien diskutieren, ihre Visualisierung und die damit verbundenen Machtpraktiken sowie die Unterschiede zu den Expeditionen der Frühen Neuzeit. Drei Tage lang werden wir den Spuren einer europäischen Bewegung in die Welt folgen, die bis heute unsere Vorstellungen von Wissenschaft und außereuropäischer Wissenschaft prägt. Seien Sie herzlich willkommen!

Um an der online Konferenz als Gast teilzunehmen, registrieren Sie sich bitte unter:
[zoom.us/meeting/register/tJUvceihrTMsGtK7ghAQdkCeb8m2DpmmwCOq](https://zoom.us/join/zoom/register/tJUvceihrTMsGtK7ghAQdkCeb8m2DpmmwCOq)
Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Programm

Wednesday, 17 November 2021:
Opening and Keynote

06:00 pm Opening by Jörn Happel
06:30 pm Keynote: Roberto Zaugg (Zurich): The Shackle and the Pen. Travel Writing in the Age of the Atlantic Slave Trade
Convener: Jörn Happel

Thursday, 18 November 2021: Panel I: Conceptualizing Surveys
Convener: Joachim Eibach (Bern)

10:00–11:30 am
Yvonne Kleinmann (Halle-Wittenberg): Vermesser und Verwalter. Die russländischen Forschungsexpeditionen des 18. Jahrhunderts als Netzwerk
Anna Ananieva & Alexander Ananyev (Tübingen): Zwischen Estland und der Welt: Wirkungspotenzial der Familiennetze am Beispiel der Expeditionen von Otto von Kotzebue
Martin Rohde (Halle-Wittenberg) & Fabian Baumann (Chicago): Bauern messen – Nationen machen? Die Forschungsexpeditionen der St. Petersburger anthropometrischen Schule Fedir Vovks im frühen 20. Jahrhundert

11:30–01:00 pm Lunch

Panel II: Forgotten Expeditions
Convener: Alexander Schnickmann (Berlin)

01:00–02:00 pm
Lachlan Fleetwood (Dublin): Breakdown, “Failure” and Dependency in Imperial Exploration and Surveying: Notes from the Euphrates Expedition of 1835-7
Michael Jonas (Hamburg): Another Imperial Order: A. O. Hume’s Expeditions and the Origins of Indian Ornithology

Seite 549 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

Moritz Pöllath (Munich): The forgotten case of the German Protectorate of Wituland: Travelers, adventurers and scientific explorers on the finges of East Africa

02:00–03:00 pm Break

Panel III: Surveying the Colonies
Convener: Alexander Morrison (Oxford)

03:00–04:00 pm

Devyani Gupta (Sonipat) Making Empire Legible: Knowledge practices and postal standardization in nineteenth century India

Mark Rice (New York): The Menage Expedition to the Philippines – An Unexpected Prelude to Colonial Governance

04:00–04:15 pm Break

Panel IV: The Visualisation of the Other
Convener: Anja Rathmann-Lutz (Basel)

04:15–05:15 pm

Margo Buelens-Terryn & Kirstof Looxkx (Antwerp): Bringing the world into view: The visual travel lecture circuit in early-twentieth-century Belgium

Adrian Young (Granville): Indigenous Hospitality and Expeditionary Practice: the Case of Pitcairn Island

Virtual get-together 05:15–05:45 pm

Friday, 19 November 2021

Panel V: Practices
Convener: Alexis Hofmeister (Basel/Munich)

10:00–11:30 am

Clemens Günther (Berlin): Grenzphänomene – Wissenspoetiken des Schneesturms in der Orenburger Steppe

Mira Shah (Frankfurt am Main): Steinzeit orten/ordnen. Expeditionen nach Neuguinea im Dienst der 'Erfindung' menschlicher Vorgeschichte

Tobit Nauheim (Bonn): "Erster Eindruck der Japaner nicht besonders günstig".

Methodologische Überlegungen zu einer biographisch orientierten Analyse epistemischer Feldforschungspraktiken anhand der Japanreise Johannes Justus Reins (1873–75)

11:30–12:00 am Break

Panel VI: Closing the Circle
Convener: Roberto Zaugg (Zurich)

12:00 am–01:30 pm

Tatiana Feklova (St. Petersburg): The organizational and financial aspects of the Russian Academy of sciences' expeditions in the 19 century

Maximilian Drephal (Potsdam): "An envoy and his gifts", "sickness" and empire

Marcelo Fabián Figueroa (Tucumán): From one coast to the other: the Malaspina expedition at the Eastern and Western coasts of Patagonia (1789–1790)

Final Discussion

Convener: Melanie Hussinger & Hajo Raupach

Kontakt

expeditionen@hsu-hh.de

<https://www.hsu-hh.de/hisost/baikalsee-konferenz/>

Zitation

Entdecken - Vermessen - Ordnen. Expeditionen im langen 19. Jahrhundert. In: H-Soz-Kult, 13.10.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-113426.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

Donnerstag, 18.11.2021

19:00 Gemeinsames Abendessen
Restaurant Rabikeller Magdeburg, Alter Markt 6
(unter dem Rathaus)

Freitag, 19.11.2021

Kaiser-Otto-Saal im Kulturhistorischen Museum
Magdeburg, Otto-von-Guericke-Str. 68-73

09:00 Begrüßung und Einführung ins Thema

9:30 ILLA KYTTA (Hamburg)
Vernamungen von Gleichzeitigkeiten: Hansische
Tagfährten und Schweizer Tagsatzungen

10:15 Kaffeepause

10:45 JUSTYNA WUBS-MROZEWICZ (Amsterdam)
Stadt, Regionaltag und Heinstag: Konfliktregulie-
rung jüdischer Kaufleute

11:30 ANGELA HILANG (Lübeck)
Das hansische Tagfahrtsystem vom 14.-17. Jahr-
hundert

12:15 Mittagspause

14:00 Ergebnisse „Junge Hansaforscher“ und Pro-
jektvorstellungen

16:30 Fünfrunden

- Stadtführung: Zwischen Dorn und Altem Markt
(PD DR. CHRISTOPH VOLKMAR)
- Kulturhistorisches Museum Magdeburg, Füh-
rung durch die Sonderausstellung „Mit Babel und
Spalen“ (DR. GABRIELE KÖSTER)
- Führung durch Dorn und Dornmuseum: Otto
-Isenhan Museum Magdeburg (DR. ULRIKE THEISEN)

INFORMATIONEN UND ANMELDUNG

Die Tagung findet vorbehaltlich der geltenden
Corona-Bestimmungen statt. Die zum Zeitpunkt
der Tagung geltenden Regelungen werden An-
wendung finden. Bitte informieren Sie sich kurz-
fristig auf der Homepage des HGV.

Sitte kommen Sie frühzeitig zum Tagungsort, da
aufgrund der Hygieneregeln mit erhöhtem ad-
ministrativem Aufwand zu rechnen ist (Kontakt-
datenerfassung, Prüfung 3G-Regel etc.).

Nichtmitglieder sind herzlich willkommen.

Anmeldung zur Tagung: Bis 24. Oktober 2021
per beiliegendem Formular an die dort angegebene
Adresse des Hansischen Geschichtsvereins oder per
Email an archiv@hgv-luebeck.de

(Sie finden das Formular zusätzlich unter
www.hansischergeschichtsverein.de/jahrestagungen/)

Buchung der Hotelkontingente:

Direkt bei den Hotels unter Angabe des Stichwortes
„Hansischer Geschichtsverein“

Tagungsbüro:

Kaiser-Otto-Saal des Kulturhistorischen Museums
Otto-von-Guericke-Str. 68-73, 391104 Magdeburg
19. November: 8:30 Uhr - 14:00 Uhr
20. November: 8:30 Uhr - 13:30 Uhr

Tagungsgebühren:

Regulär: 35,00 €
Begletperson: 10,00 €
Studierende und Vortragende frei

Der Verein ist bei allen Veranstaltungen außerhalb
des wissenschaftlichen Programms nur Vermittler,
nicht Unternehmer

**DER HANSISCHE GESCHICHTS-
VEREIN E. V.**

Der Hansische Geschichtsverein (HGV) gibt den
Forschungen zur Geschichte der Hanse und der
früheren Hansestädte einen Vereinigungs- und Mit-
telpunkt. Darüber hinaus hat es sich der Verein zur
Aufgabe gemacht, Kenntnisse über hansischen Ge-
schichte als Teil der Kultur Europas und Deutsch-
lands an Interessierte zu vermitteln.

Die jährlichen Mitgliedertagungen mit öffentlichen Vor-
trägen widmen sich verschiedenen Themen der
Hansegeschichte. Von der Wirtschafts- und Sozialge-
schichte über die Rechtsgeschichte und Geschichte
des Städtebaus bis hin zur Kulturgeschichte im
hansischen Wirtschaftsraum.

Der HGV veröffentlicht aktuelle Forschungen und Re-
zensionen zur Hansengeschichte in der Vereinszei-
schrift „Hansische Geschichtsblätter“, die seit 1871
erscheint. Darüber hinaus gibt der Verein Quellen
und Untersuchungen zur Geschichte der Hanse und
ihrer Städte in Monographien, Sammelbänden und
Serien in verschiedenen Publikationsreihen heraus.

Jahresbeitrag: 35,- €

Student:innen / in der Ausbildung: 15,- €
(inklusive Bezug der Zeitschrift „Hansische Ge-
schichtsblätter“)

Der Beitritt erfolgt durch eine formale Mitteilung an
den Vorstand des Vereins, schriftlich zu richten
an die Geschäftsstelle:

Hansischer Geschichtsverein e.V.
Herrn Prof. Dr. Jürgen Samowky,
Mühlendamm 1-3, 23551 Lübeck.

Weitere Informationen zu Mitgliedschaft, Verein und
Veröffentlichungen finden Sie unter:
www.hansischergeschichtsverein.de

136. Jahrestagung des Hansischen Geschichtsvereins: Hansetage und die Anfänge des "Parlamentarismus" im späten Mittelalter

Veranstalter

Kulturhistorisches Museums Magdeburg (Hansischer Geschichtsverein)

Ausrichter

Hansischer Geschichtsverein

Veranstaltungsort

Kulturhistorisches Museums Magdeburg

Gefördert durch

WOBAU Magdeburg; SWM Magdeburg

39104 Magdeburg

Vom - Bis

18.11.2021 - 20.11.2021

Frist

24.10.2021

Von

Angela Huang, Forschungsstelle für die Geschichte der Hanse und des Ostseeraums

In der Diskussion um Charakter und Funktionsweise der Hanse kommt den gesamthansischen Tagfahrten eine große Bedeutung zu. Die Magdeburger Tagung möchte die hansischen Tagfahrten in den Kontext der zahlreichen Formen kollektiver politischer Willensbildung im späten Mittelalter stellen. Tagungsmodalitäten, Formen der Entscheidungsfindung, das behandelte Themenspektrum etc. treten im Kontrast stärker hervor und lädt zu einer Neubewertung der hansischen Tagfahrten ein.

136. Jahrestagung des Hansischen Geschichtsvereins: Hansetage und die Anfänge des "Parlamentarismus" im späten Mittelalter

Die Rezesse und Akten der Hansetagen stellen zugleich eine der Hauptquellen hansischer Geschichtsforschung dar. In den vergangenen Jahren fand eine intensive kritische Auseinandersetzung mit der Edition dieser „Hanserecesse“ statt und insbesondere auch mit der Interpretation der Editoren dessen, was als hansische Tagfahrt zu verstehen sei und der regelrechten Konstruktion von hansischen Versammlungen oder Tagfahrten durch sie. Neben dem Anknüpfen an neuere Forschungen zu kollektiver politischer Willensbildung bietet dies einen Anlass zu einer neuen Auseinandersetzung mit dieser hansischen Institution.

Bereits 1998 widmete sich eine Pfingsttagung den Hansetagen, fokussierte aber vor allem auf die Teilnahme und Interessen einzelner Städte. Die Magdeburger Tagung möchte nun den Blick weiten und die hansischen Tagfahrten in den Kontext der zahlreichen Formen kollektiver politischer Willensbildung im späten Mittelalter stellen. Tagungsmodalitäten, Formen der Entscheidungsfindung, das behandelte Themenspektrum etc. treten im Kontrast stärker hervor und erlauben eine Neubewertung der hansischen Tagfahrten vor der Folie frühmoderner politischer Versammlungskultur. Zugleich soll die Verschränkung der verschiedenen Formen von Tagfahrten in den Blick genommen werden, die schon allein durch die teilweise Überschneidung ihrer Teilnehmer bestand, die sich aber auch in Hierarchien von Landtagen, Städtetagen oder eben Hansetagen ausdrückte.

Programm:

Donnerstag, 18.11.2021

19:00 Uhr Geselliger Abend

Freitag, 19.11.2021

09:00 Uhr Begrüßung und Einführung ins Thema

09:30 Uhr Ulla Kypta (Hamburg): Versammlungen von Gleichberechtigten: Hansische Tagfahrten und Schweizer Tagsatzungen

10:15 Uhr *Kaffeepause*

10:45 Uhr Justyna Wubs-Mrozewicz (Amsterdam): Stadt, Regionaltag und Hansetag: Konfliktregulierung preußischer Kaufleute

11:30 Uhr Angela Huang (Lübeck): Das hansische Tagfahrtensystem vom 14. bis 17. Jahrhundert

12:15 Uhr *Mittagspause*

14:00 Uhr Ergebnisse des Nachwuchsworkshops / Projektvorstellungen

16:00 Uhr Stadtführungen

19:00 Uhr Öffentlicher Abendvortrag: Matthias Puhle (Magdeburg): Magdeburg als Hansestadt

Samstag, 20.11.2021

09:00 Uhr Alexander Krey (Mühlheim a.M.): Hansetage als Kern einer hansischen „Verfassung“?

09:45 Uhr Anja Rasche (Speyer): Vorher, nebenbei und drumherum: Was wissen wir über die Hansetage jenseits der Rezesse?

10:30 Uhr *Kaffeepause*

11:00 Uhr Dominik Kuhn (Lübeck): Schriftgut in den Lübecker Beständen: Formen der Beglaubigung der Rezesse und anderer Unterlagentypen der Hansetage

11:45 Uhr Christina Link (Erlangen): Preußische Städtetage und Hansetage – Zusammenspiel zwischen den Ebenen

12:30 Uhr *Mittagspause*

13:45 Uhr Mitgliederversammlung des Hansischen Geschichtsvereins

15:45 Uhr Gabriele Annas (Frankfurt a.M.): Reich / Stadt / Tag: Über das städtische Tagen im Reich des 15. Jahrhunderts

16:15 Uhr Julia Burkhardt (München): Auf dem Weg zur *repraesentatio corporis regni* – politische Versammlungen im spätmittelalterlichen Polen

17:00 Uhr Abschlussdiskussion

Kontakt

E-Mail: archiv@luebeck.de

<https://www.hansischergeschichtsverein.de/pfingsttagung-2021>

Zitation

136. Jahrestagung des Hansischen Geschichtsvereins: Hansetage und die Anfänge des "Parlamentarismus" im späten Mittelalter. In: H-Soz-Kult, 07.10.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-113220.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

16) Die Herrnhuter Brüdergemeine als Impulsgeber für religiöse und kulturelle Innovation im 18. Jahrhundert

18. - 21. November 2021, Herrnhut

Veranstalter

University of Gothenburg, Johannes Gutenberg Universität Mainz, Herrnhuter Brüdergemeine (Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt)

Ausrichter

Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt

Veranstaltungsort

Komensky Gäste- und Tagungshaus

Gefördert durch

Deutsche Forschungsgemeinschaft, Historische Kommission zur Erforschung des Pietismus, Graf Zinzendorf Stiftung, Axel Springer Stiftung

02747 Herrnhut

18.11.2021 - 21.11.2021

Von

Wolfgang Breul, Evangelische Theologie Kirchengeschichte, Universität Mainz

Die Tagung möchte die vielfältige interdisziplinäre Forschung der letzten Jahrzehnte zur Herrnhuter Brüdergemeine des 18. und frühen 19. Jahrhunderts - mit ihren theologischen, liturgischen und organisatorischen Neuerungen sowie ihrem hohen Grad an Aktivität und Mobilität - verknüpfen und miteinander ins Gespräch bringen.

Die Herrnhuter Brüdergemeine (engl.: Moravian Church) ist innerhalb der internationalen Reformbewegung des Pietismus im 17. und 18. Jahrhunderts die vermutlich wichtigste Gemeindebildung. Ihre bis heute anhaltende Prägekraft verdankt die unter der Leitung des Reichsgrafen Nikolaus Ludwig von Zinzendorf (1700–1760) gegründete Brüdergemeine wesentlich dem hohen Grad an Aktivität und Mobilität einerseits und einer Reihe von attraktiv wirkenden theologischen, liturgischen und organisatorischen Neuerungen andererseits. Dazu gehören insbesondere ein innovativer, transkonfessioneller

Kirchenbegriff, die Ausbildung einer eigenständigen religiösen Sozialordnung, die auch eine Neubestimmung des Geschlechterverhältnisses beinhaltete, die zugespitzte Formulierung theologischer Positionen in Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Aufklärung, ein Verständnis von Mission, das die kulturelle und soziale Identität ihrer Adressaten in einem für das 18. Jahrhundert beachtlichen Maß akzeptierte, und eine große Zahl neuer religiöser Praktiken und Gottesdienstformen. Die Tagung möchte die vielfältige interdisziplinäre Forschung der letzten Jahrzehnte verknüpfen und miteinander ins Gespräch bringen.

Programm

Keynotes:

Peter Zimmerling: Doch ein Luther redivivus? Der Einfluss Luthers auf Zinzendorfs Ekklesiologie.

Markus Matthias: Empfindsame Religion – Zinzendorfs theologie- und kulturgeschichtliche Bedeutung

Peter Vogt: Herrnhut als christliche Sozialutopie

Wolfgang Breul: Zinzendorfs ekklesiologisches Konzept als Grundlage von Diasporaarbeit und Mission

Gisela Mettele: Transit und Transformation. Die Gemeinde auf der Reise

Detailliertes Programm: siehe Homepage

Kontakt

Prof. Dr. Wolfgang Breul, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, breul@uni-mainz.de
<https://moravianconference2021.uni-mainz.de/>

Zitation

Die Herrnhuter Brüdergemeine als Impulsgeber für religiöse und kulturelle Innovation im 18. Jahrhundert. In: H-Soz-Kult, 04.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98133.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

17) Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs

Veranstalter

Ievgeniia Voloshchuk (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder), Kirsten Möller (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder), Ryszard Kupidura (Adam-Mickiewicz-Universität Poznań) (Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder), Adam-Mickiewicz-Universität Poznań)

Ausrichter

Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder), Adam-Mickiewicz-Universität Poznań

Veranstaltungsort

online

Gefördert durch

Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung

15230 Frankfurt/Oder

Vom - Bis

24.11.2021 - 26.11.2021

Frist:

08.10.2021

Von

Ievgeniia Voloshchuk, Axel Springer-Lehrstuhl für deutsch-jüdische Literatur- und Kulturgeschichte, Exil und Migration, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Die Tagung rückt literarische Darstellungen der Migrationserfahrungen jener Bevölkerungsgruppen in den Mittelpunkt, die zwischen Polen, Deutschland und der Ukraine wander(te)n.

„Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs“

Die Tagung greift die vielfältigen Herausforderungen für Europa auf, die im Zusammenhang mit gegenwärtigen Migrationsbewegungen entstanden sind. Das aktuelle „Metanarrativ“ der Migration wird nicht zuletzt durch die Gegenwartsliteratur geprägt, in der die (Auto)Biografien der Migranten, die Migrationserfahrungen verschiedener sozialer und ethnischer Gruppen sowie die (verflochtenen) Geschichten von Regionen und Ländern erzählt werden. Die Tagung rückt literarische Darstellungen der Migrationserfahrungen jener Bevölkerungsgruppen in den Mittelpunkt, die zwischen Polen, Deutschland und der Ukraine wander(te)n.

Diese räumliche Konstellation geht auf den aktuellen Anstieg der Migrationsbewegungen zwischen diesen Ländern zurück. Seit einigen Jahren bilden polnischstämmige Menschen – nach den Menschen türkischer Herkunft – die zweitgrößte Gruppe mit eigenen oder familiären Migrationserfahrungen in Deutschland; die ukrainische Diaspora in Polen beträgt heutzutage über eine Million; auch in Deutschland nimmt die Zahl der Ukrainer:innen zu. Jede dieser Gruppen nimmt Einfluss auf das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben in den Aus- und Zuwanderungsländern. Zudem verfügen die Migrationsbewegungen in diesem Teil Europas über eine lange Geschichte, die durch die Nachbarschaft und (Verflechtungs-)Geschichten der genannten Länder erheblich geprägt wurde. Eine nicht geringe Rolle spielten dabei mehrfache Verschiebungen der Staatsgrenzen in diesen Regionen (z. B. bei den Teilungen Polens im 18./19. Jahrhundert zwischen dem Habsburger

Reich, dem Russischen Zarenreich und dem Preußischen Königreich oder im Zuge der Veränderungen der politischen Karten Deutschlands, Polens und der UdSSR infolge des Zweiten Weltkriegs). Jede dieser Umkartierungen ging mit Transformationen der Diaspora-Konfigurationen und einem massiven Anstieg der Migrationen einher. Der in Polen geborene und in Deutschland lebende Schriftsteller Artur Becker betonte die Bedeutung einer gemeinsamen Perspektive, die nicht nur Erkenntnisse über die benachbarten, sondern auch über eigene Kulturen liefern kann: „Ich gehe gegen Stereotype und Vorurteile vor und möchte zeigen, dass weder Polen noch Deutschland ohne seinen direkten Nachbarn im Westen und im Osten seine eigene Kultur, Sprache, Literatur begreifen kann“. Literatur kann solche Erkenntnis befördern.

Im Rahmen dieses Themenfeldes sollen auf der Tagung folgende Fragen diskutiert werden:

- Wie werden deutsche, polnische und ukrainische Räume aus der Migrationsperspektive in der Gegenwartsliteratur (neu)kartiert?
- Welchen Einfluss haben intergenerationelle Beziehungen auf die Darstellungen der Kulturräume (z. B. Beziehungen zwischen verschiedenen Generationen ukrainischer Migrant:innen in Polen oder polnischer Migrant:innen in Deutschland)?
- Wie zeigen sich inter- und transkulturelle Zusammenhänge, Prozesse des Kulturtransfers oder der Konfrontation zwischen kulturellen Traditionen in literarischen Repräsentationen der Migrationserfahrungen?

Die Tagung fokussiert sich vor allem auf literarische Repräsentationen kultureller Topografien deutscher, polnischer und ukrainischer Räume, die nach dem Paradigmenwechsel 1989/1991 entstanden sind, der eine Wende für die europäische Migrationsgeschichte und für die sie reflektierende Literatur bedeutete. Dabei sollen Möglichkeiten ausgelotet werden, die Migrationen mit ihren verschiedenen Destinationen und Überschneidungen aus einer trikulturellen Perspektive zu erschließen.

Die Tagung wird durch deutsch-polnische Simultanübersetzung begleitet werden.

Im Anschluss an die Tagung ist eine gemeinsame Publikation der Beiträge geplant.

Wir bitten um Themenvorschläge und ein erläuterndes Exposé in Deutsch oder Polnisch mit einer Länge von max. 2.000 Zeichen inkl. Leerzeichen bis zum 8. Oktober 2021.

Kontakt

Prof. Dr. Ievgeniia Voloshchuk (für deutschsprachige Exposés): voloshchuk@europa.uni.de

Dr. Ryszard Kupidura (für polnischsprachige Exposés): ryszardk@amu.edu.pl

Zitation

Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs. In: H-Soz-Kult, 04.08.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-99017.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

18) Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen? Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955. Der Stellenwert völkischer Ideologien für Alliierte, deutsche Länder und die Bundesregierung

Veranstalter

Geschichte und Zukunft e.V. und Konrad-Adenauer-Stiftung (Konrad-Adenauer-Stiftung)

Ausrichter

Konrad-Adenauer-Stiftung

Veranstaltungsort

Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35

10785 Berlin

26.11.2021

Anmeldefrist

01.07.2021

Von

Barbara Nowak

In den vergangenen Jahren hat die Forschung erhebliche Fortschritte beim Verständnis der sich über weit über ein Jahrhundert hinweg entwickelnden völkischen Ideologie gemacht. Während die völkischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts mittlerweile gut erforscht sind, ebenso die völkischen Ideologien der Zwischenkriegszeit, die in den Ideologien des nationalsozialistischen Regimes aufgingen, lag ein Bereich bislang im Schatten: die unmittelbare Nachkriegszeit.

Bereits während des Krieges gab es auf alliierter Seite verschiedene Überlegungen, wie die deutsche Bevölkerung nach dem absehbaren Ende des NS-Regimes demokratisiert werden könne. Zu den Ergebnissen zählten die Arbeiten Kurt Lewins ebenso wie das German Educational Reconstruction Committee, die Entnazifizierungsverfahren, die Spruchkammern, die Amerika-Häuser, aber auch in Teilen Aufbauprogramme wie der Marshall-Plan, die Diskussionen um die Entstehung und Durchsetzung des Art. 131 GG und vieles mehr.

Zu den Akteuren der Reeducation gehörte Ernst Cramer (1913-2010). Der gebürtige Augsburger, vor der NS-Verfolgung nach mehrwöchiger KZ-Haft in die USA entkommen, während seine Eltern und sein jüngerer Bruder in Sobibor ermordet wurden, gehörte ab 1945 zu den Presseoffizieren der US-Militärregierung und wirkte wesentlich an der Neugründung deutscher Zeitungen mit. Später machte er Karriere bei Axel Springer, dessen engster Vertrauter er viele Jahre lang war. Cramer, dessen Nachlass viele hundert Aktenbände umfasst, personifiziert die praktische Seite der Reeducation.

Wie er versuchten weitere Protagonisten mit unterschiedlichen Maßnahmen auf vielen Ebenen, das Völkische aus den Köpfen zu bekommen. Zu diesen Protagonisten zählten staatliche Akteure auf alliierter Seite, aber auch Nichtregierungsorganisationen. Ebenso zählten dazu die deutschen Kommunen, die Länder und die Bundesregierung.

Ziel der Tagung ist es, besser zu verstehen, welchen Stellenwert völkische Ideologie und weitere ideologische Strömungen für die Akteure besaßen um ihre Umerziehungsgedanken erfolgreich umzusetzen.

Seite 560 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

Die internationale, interdisziplinäre Tagung findet am 26.11.2021 statt und richtet sich sowohl an Wissenschaftler der Germanistik, Rechtswissenschaften, Geschichte, Sozialwissenschaften und Politologie, als auch an Experten, aus dem politischen Betrieb. Die Vorträge sollen nicht länger als 20 Minuten sein.

Die Konferenz wird organisiert von Geschichte und Zukunft e.V. (www.ge-zu.org) und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Veranstaltungsort ist die Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35, 10785 Berlin.

Die Kosten der An- und Abreise, Mahlzeiten während des Tagungsprogramms und erforderlichenfalls der Übernachtung übernehmen die Veranstalter. Am Vortag findet die pandemiebedingt verschobene 4. Jahrestagung zum Thema „Von völkischem Aufbruch zu mörderischer Politik. Die völkischen Ursprünge nationalsozialistischer Ideologie“ statt. Für eine begrenzte Anzahl an Referenten werden die Übernachtungen vom Vortag zur Ermöglichung der Teilnahme an der 4. Jahrestagung ebenfalls übernommen.

Interessierte reichen bitte Abstracts im Umfang von 300 Worten nebst Kurz-CV (10 Zeilen) bis zum 01.07.2021 ein.

Die Beiträge der Referenten sollen im Jahresband 2022 der neuen Reihe „Politik – Ideologie - Wissenschaft“ beim Verlag Walter de Gruyter erscheinen, Herausgegeben von Dirk Rupnow et al.

Programm

08:30h Frühstück

09:00h Grußwort der Konrad-Adenauer-Stiftung: Dr. Michael Borchard

09:10h Begrüßung und Einführung: Prof. Dr. Dirk Rupnow

09:30h Panel I: Die Vorbereitungen der Re-education bis zum 09.05.1945, Kulturgutschutz und Wiedergutmachung. Anschließend Diskussion. Moderation: Prof. Dr. Lynn Rother

11:00h Kaffeepause

11:30h Panel II: Zuckerbrot und Peitsche: Die Re-education-Programme als Teil eines Gesamtkonzepts: German Educational Reconstruction Committee, Spruchkammern, Marschallplan. Anschließend Diskussion. Moderation: Prof. Dr. Bernd-A. Rusinek

13:20h Mittagspause

14:20h Panel III Die Teile des Ganzen: Das Wirken von Ernst Cramer, Matthias Walden und die Nachkriegspresse als Teil der re-education. Moderation: PD Dr. Matthias Oppermann

16:00h Kaffeepause

16:30h Abschlussdiskussion mit Gästen: Die Re-education, Ernst Cramer und die Deutschen. Moderation: Sven-Felix Kellerhoff (Die WELT).

17:45h Ende der Veranstaltung / Umtrunk

Kontakt

Geschichte & Zukunft Wissenschaftsplattform ©
c/o History & Dokumentation e.V.
Geschäftsstelle Berlin
Theklastr. 20
12205 Berlin

ge.zu.tagung@hhu.de

<https://ge-zu.org/>

Zitation

Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen? Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955. Der Stellenwert völkischer Ideologien für Alliierte, deutsche Länder und die Bundesregierung. In: H-Soz-Kult, 11.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98267.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

.

19) Nachgeholte Historisierung? Der Braunkohlenbergbau als Herausforderung für Geschichtswissenschaft und -vermittlung

Veranstalter

Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt

Veranstaltungsort

Landesmuseum für Vorgeschichte

06114 Halle (Saale)

02.12. bis 03.12.2021

Anmeldefrist

31.07.2021

Von

Jan Kellersohn, Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt

Das anvisierte Ende des Braunkohlenbergbaus wirft die Frage nach der Historisierung dieses Industriezweigs auf. Auf dem Workshop sollen zunächst Ansätze zur Erforschung der Geschichte des Braunkohlenbergbaus diskutiert werden. Darüber hinaus dient der

Austausch dazu, die Potentiale des Paradigmas der Industriekultur auszuloten. Zuletzt steht der Mehrwert transregionaler Perspektiven für die Erforschung und Vermittlung der Geschichte der Braunkohlenreviere im Mittelpunkt.

Der geplante Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung in Deutschland bis Ende der 2030er Jahre stellt die Landes- und Regionalgeschichte sowie die entsprechenden Kulturinstitutionen vor große Herausforderungen. Der Braunkohlenbergbau ist das hässliche Entlein sowohl der Montan-, Wirtschafts-, Sozial-, Landes- und Umweltgeschichte; die Erforschung seiner Geschichte steckt noch in den Kinderschuhen. Vor allem die Geschichtsschreibung zum Mitteldeutschen Revier und zur Verflechtung von Braunkohle- und Chemieindustrie ist von Desiderata geprägt. Dass erste Historisierungsversuche abgebrochen sind, erstaunt umso mehr, als sich die Geschichte dieses Industriezweigs durch Problemkonstellationen auszeichnet, die gängigen Zäsuren und Erzählungen verschiedener historiographischer Subdisziplinen entgegenläuft: Arbeitshistorisch lässt die frühe Vollmechanisierung die Diagnose einer „Carbon Democracy“ (Timothy Mitchell) fragwürdig werden. Wirtschaftshistorisch handelt es sich um eine verschleppte Deindustrialisierung, die selbst mit dem geplanten Auslaufen Ende der 2030er Jahre noch in weiter Ferne liegt. Landes- und regionalhistorisch zeigt sich ein Industriezweig, dessen regionales Identifikationspotential zumindest strittig war und ist und der immer auch als Bedrohung des Eigenen wahrgenommen wurde. In vergleichender Perspektive scheint es sich bei dem Braunkohlenbergbau um einen Industriezweig zu handeln, dessen Entwicklung ein Proprium der deutschen Geschichte darstellt. Darüber hinaus verteilte er sich auf mehrere Reviere – vor allem das Mitteldeutsche, das Lausitzer sowie das Rheinische Revier – und fungierte damit, zum Beispiel im Gebiet um Helmstedt, sowohl als verbindenden als auch als trennendes Element zwischen DDR und BRD.

Auch auf Vermittlungsebene bleibt der Braunkohlenbergbau hinter vergleichbaren Industriezweigen zurück. Anfang der 2000er Jahre diagnostizierte Rainer Slotta, dass sich das „minderwertige Mineral“ – auch nach einer ersten Historisierungswelle im Mitteldeutschen und vor allem im Lausitzer Braunkohlenrevier – durch eine „minderwertige Geschichte“ auszeichne. Trotz erster Erfolge steht die industriekulturelle Inwertsetzung der Hinterlassenschaften der Braunkohle und die Einbettung in ein übergreifendes Narrativ noch am Anfang; die Potentiale des Paradigmas der Industriekultur für die Geschichte dieser Branche wurden noch nicht hinlänglich ausgelotet; die durch die deutsche Teilung bedingten Wahrnehmungs- und Erinnerungsasymmetrien nicht hinreichend reflektiert.

Vor diesem Hintergrund sollen auf dem Workshop Forschungs- und Vermittlungsperspektiven zur Geschichte der Braunkohleindustrie diskutiert werden. Folgende drei Komplexe stehen dabei im Mittelpunkt:

Erstens soll nach Ansätzen zur Erforschung der Geschichte der Braunkohlenindustrie gefragt werden. Inwieweit ergab sich die Bedeutung dieses Industriezweiges nie ausschließlich aus seiner Sozial- und Wirtschaftsgeschichte im engeren Sinne, sondern aus seiner Funktion als Medium gesellschaftlicher Selbstthematierung? Inwieweit wurden über diese umstrittene Industrie immer auch weiterreichende Fragen verhandelt: nach dem Verhältnis von Mensch und der Gestaltbarkeit seiner Umwelt; nach der räumlichen Zugehörigkeit von Menschen und der Bedeutung von Eigentum und Besitz (Umsiedlung/Enteignung); nach Ansprüchen räumlicher Identität, Natürlichkeit und Authentizität (Rekultivierung); nach Bewahrung und Zerstörung; nach dem Verhältnis von Mensch und Maschine sowie nach der Bedeutung energiepolitischer Souveränität? Welche Möglichkeiten bietet vor diesem Hintergrund eine Erinnerungs- und Erfahrungsgeschichte der Braunkohle?

Zweitens steht die Frage nach dem Potential des Paradigmas der Industriekultur im Mittelpunkt. Eignet sich ein Konzept, das aus dem spezifischen Kontext des westdeutschen Ruhrgebiets der 1960er/70er Jahre stammt, als Blaupause für die kulturellen

Herausforderungen des Braunkohlenausstiegs? Welche Schwerpunkte produziert dieses Konzept? Wo ist es erforderlich, den Blick zu weiten? Welche Erweiterungen wie eine Erfahrungs- und Kulturgeschichte des Industriellen lassen sich aus den Perspektiven der *Drittens* soll das Konzept der Transregionalität auf sein Vermittlungs- wie historiographisches Potential für die Geschichte der Braunkohlenreviere befragt werden. Das Wirken von Individuen wie Walther Rathenau, Hermann Gruhl, Carl Adolf Riebeck oder Konrad Piatscheck oder die Geschichte des Petschek-Konzerns belegen beispielsweise, dass das Mitteldeutsche mit anderen Braunkohlerevieren vielfältig verwoben war. Wie lässt sich dem Ineinandergreifen von regionaler Verankerung und transregionaler Verflechtung historiographisch wie geschichtskulturell Rechnung tragen? Welche Raumwahrnehmungen und Weltbeziehungen prägten diesen Industriezweig? Inwieweit erfordert der Braunkohlenbergbau also eine grundsätzlich neue Perspektive auf die Geschichte schwerindustrieller Ballungsräume?

Um Beitragsvorschläge im Umfang von max. 500 Wörtern mit knapper biographischer Notiz wird bis zum 31. Juli 2021 an jkellershohn@lda.stk.sachsen-anhalt.de gebeten. Eine Publikation der Beiträge ist in der Reihe des Instituts für Landesgeschichte Sachsen-Anhalts geplant. Die Kosten für Reise und Übernachtung werden übernommen.

Kontakt

Dr. des. Jan Kellershohn
Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt Landesmuseum für
Vorgeschichte
Abt. 6: Institut für Landesgeschichte
Wissenschaftlicher Referent
Richard-Wagner-Straße 9
06114 Halle (Saale)

Tel.: 0345-2939796
E-Mail: JKellershohn@lda.stk.sachsen-anhalt.de

<https://archlsa.de/>

Zitation

Nachgeholte Historisierung? Der Braunkohlenbergbau als Herausforderung für Geschichtswissenschaft und -vermittlung. In: H-Soz-Kult, 15.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98346.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

**20) Der Zerfall der Sowjetunion und das Ende der DDR als historische Zäsuren
– unter besonderer Berücksichtigung neuer methodischer und
quellenmäßiger Zugänge**

Nachworkshop der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

Veranstalter

Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen (Prof. Dr. Beate Fieseler)

Ausrichter

Prof. Dr. Beate Fieseler

Veranstaltungsort

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

40225 Düsseldorf

Vom - Bis

10.01.2022 - 14.01.2022

Frist:

31.08.2021

Von

Lena Radauer, Nordost-Institut - Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (IKGN)

Nachworkshop der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

Nachworkshop der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

Leitung: Prof. Dr. Beate Fieseler

Kooperationspartnerin in Russland: Prof. Oksana Nagornaja, Staatliche Pädagogische Universität Jaroslawl

10. – 14. Januar 2022

Tagungsort: Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Der Zerfall der Sowjetunion sowie das Ende der DDR sind Ereignisse von welthistorischer Bedeutung. Sie haben nicht nur die internationale Mächtekonstellation, sondern auch das Leben der „einfachen Menschen“ nachhaltig verändert. In sehr kurzer Zeit erlebte die Bevölkerung beider Staaten einen radikalen Wandel des ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Systems, die bisherigen Regeln und Sicherheiten verloren ihre Gültigkeit. Die wissenschaftliche Kommunikation, politische Diskussionen und nostalgische Erinnerungspraktiken, die sich über 30 Jahre in medialen Räumen entwickelt haben, zeigen einen signifikanten Unterschied in den nationalen Narrativen, die sowohl die innenpolitischen Praktiken als auch die internationalen Beziehungen beider Länder beeinflussen. Solche Lücken erklären sich unter anderem durch den "heißen" Charakter des Gedächtnisses an die jüngste Vergangenheit und durch die Unzugänglichkeit vieler Kategorien von Quellen. Unter diesen Voraussetzungen versteht sich der geplante Workshop als Versuch, die bilaterale Kommunikation zwischen jungen Wissenschaftler*innen aus Deutschland und Russland über diese historischen Zäsuren in

Gang zu bringen und ist besonders interessiert an der Vorstellung von Projekten, die den Systemwechsel in Russland und Deutschland mittels innovativer methodischer Zugänge und neuer Quellen untersuchen.

Der geplante Nachwuchsworkshop schließt an die beiden vorausgegangenen Nachwuchstagungen der deutsch-russischen Historikerkommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen in Heidelberg (2017) und Jaroslawl (2019) an. Nachdem die Pandemie diesen bereits für September 2021 geplanten Nachwuchsworkshop vereitelt hat, sollen nun Anfang 2022 junge Wissenschaftler*innen aus beiden Ländern zusammenkommen, um über den Zerfall der Sowjetunion und das Ende der DDR als historische Zäsuren zu diskutieren.

Die Veranstaltung richtet sich vor allem an DoktorandInnen und Post-Docs aus Deutschland und Russland (insgesamt 20 Personen, je 10 TeilnehmerInnen aus jedem Land), die sich mit Projekten befassen, die sich in den thematischen Kontext einfügen und zudem neuen methodischen und/oder quellenmäßigen Zugängen verpflichtet sind. Auch komparativ angelegte Projekte sind willkommen. Das Programm umfasst neben den Vorträgen der ausgewählten Kandidat*innen auch Zeitzeugengespräche mit je einem Historiker/einer Historikerin aus der ehemaligen Sowjetunion sowie aus der DDR, die den Systemwechsel und dessen Implikationen für das Fach unmittelbar erlebt haben. Ein Bericht über den Workshop sowie ausgewählte Beiträge der Vortragenden werden in den Mitteilungen der deutsch-russischen Historikerkommission veröffentlicht. Die Reise- und Aufenthaltskosten werden von den Veranstaltern getragen. Arbeitssprachen des Workshops sind Deutsch und Russisch (mit Simultan-Übersetzung).

Bewerbungsfrist: 31. August 2021

Bewerbungsunterlagen:

- ausführlicher Lebenslauf (2 Seiten)
- Projektskizze (bis zu 3 Seiten)

Kontakt

Prof. Dr. Beate Fieseler

Email: beate.fieseler@hhu.de

Проф. Оксана Нагорная

Email: nagornaja.oxana@mail.ru

<http://www.deutsch-russische-geschichtskommission.de/>

Zitation

Der Zerfall der Sowjetunion und das Ende der DDR als historische Zäsuren – unter besonderer Berücksichtigung neuer methodischer und quellenmäßiger Zugänge. In: H-Soz-Kult, 02.08.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98910.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

21) Zeit in der Landesgeschichte

Veranstalter

Martin Göllnitz (Marburg), Markus Müller (München) und Evelien Timpener (Gießen)

Veranstaltungsort

Just-Liebig-Universität Gießen

13. bis 14.01.2022

Anmeldefrist:

31.07.2021

Von

Markus Christopher Müller

Eine wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historikerinnen und Historiker Deutschlands lädt Promovierende und PostDocs der Landesgeschichte nach Gießen ein, um dort über die ihren Abschlussarbeiten und Forschungen zugrundeliegende Konzeption von Zeit zu reflektieren und zu referieren.

Zeit in der Landesgeschichte

Zeit kann und muss als eine der zentralen Kategorien der Geschichtswissenschaft bezeichnet werden: sowohl methodisch als auch thematisch. Ohne Zeit oder ohne eine gewisse Konzeption von Zeit gäbe es keine Vorstellung von Geschichte und so nicht einmal die Möglichkeit, diese wissenschaftlich zu untersuchen. Trotzdem ist immer wieder von einer gewissen „Zeitvergessenheit“ die Rede, da die Geschichtswissenschaft ihren Umgang mit Zeit zu wenig bewusst reflektiere. Gerade der wissenschaftliche Nachwuchs hat die Chance, sich schon in den akademischen Qualifikationsarbeiten kritisch mit diesem Phänomen auseinanderzusetzen. Eine wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historikerinnen und Historiker Deutschlands lädt deshalb Promovierende und PostDocs der Landesgeschichte nach Gießen ein, um dort über die ihren Abschlussarbeiten und Forschungen zugrundeliegende Konzeption von Zeit zu reflektieren und zu referieren.

Gerade die Landesgeschichte hat sich solchen Fragen stärker zu stellen, da sie den Anspruch erhebt, bei ihrem Blick auf bestimmte unterhalb der staatlichen Ebene liegende Länder oder Regionen epochenübergreifende Perspektiven einnehmen zu können. Es fehlt der Landesgeschichtsforschung bisweilen am Austausch, gerade junger LandeshistorikerInnen über die „Länder“grenzen hinaus.

Drei thematische Schwerpunkte bieten sich neben weiteren sicherlich an, eine solche Reflexion zu begleiten: Zentrale Bedeutung kommt bei der Frage nach der methodischen Bestimmung der Zeit zunächst der Chronologie zu, die bereits Jean Bodin als „Ariadnefaden“ der Geschichtswissenschaft bezeichnete. Die oft mit Blick auf ihre Sinnhaftigkeit hinterfragte und doch nie wirklich abgelöste chronologische Gliederung historiographischer Darstellungen gerät gerade vor dem Hintergrund einer global denkenden Geschichtswissenschaft neu in den Blick. Diese Erkenntnis kann auch in der Landesgeschichte zu einer Sensibilisierung in Bezug auf lokale oder regionale Chronologien führen, die oft vom politischen oder kulturellen Zentrum her konzipiert werden und wurden. Direkt wird so die Frage nach der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen aufgeworfen, die sich gerade in der räumlichen Konkretisierung der Landesgeschichte fassen lässt.

Zweitens lässt sich das Zeitverständnis der historischen AkteurInnen rekonstruieren, was mentalitäts- und sozialhistorische Fragestellungen impliziert, da Zeit und ihr Erleben und Wahrnehmen als soziale Kategorien sowohl aus der individuellen Perspektive als auch aus der Perspektive von Gruppen in den Blick genommen werden können. Religiöse Vorstellungen spiegeln sich hierin gesellschaftlich normiert genauso wider wie naturwissenschaftliche Erkenntnisse.

Die Analyse von Kontinuität und Wandel führt drittens zu Fragen nach Dekadenz und Rückschritt, nach Progression und Fortschritt – während Veränderung häufig leichter zu fassen ist, bereitet die Identifikation von Kontinuitätslinien oft methodische Schwierigkeiten: Die diachrone Perspektive der Landesgeschichte kann hier gängige Narrative in Frage stellen und mit ihrem Blick auf die Vielfalt historischer Entwicklungen vermeintliche Teleologien aufbrechen.

Diese und weitere Anfragen lassen sich bereits in der Qualifikationsphase an konzipierte oder bereits begonnene Forschungsarbeiten herantragen. Die Tagung lädt zur Reflexion darüber ein, wie dies konkret funktionieren kann.

Daneben soll sie NachwuchswissenschaftlerInnen Gelegenheit zur Vernetzung und zum Austausch geben, aber auch Raum lassen, um zukunftsweisende Themen und neue Positionierungen der Landesgeschichte zu diskutieren.

NachwuchswissenschaftlerInnen in und um die Promotionsphase sind sehr herzlich eingeladen, sich mit einem kurzen, aussagekräftigen Exposé für einen Workshop-Beitrag zu bewerben.

Kontakt

Dr. Markus Müller, Ludwig-Maximilians-Universität München
mueller.markus@lmu.de

Zitation

Zeit in der Landesgeschichte. In: H-Soz-Kult, 18.05.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-97702.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

22) Strategien der Verhinderung. Der Zugang zu Archivalien in Frankreich und Deutschland im internationalen Vergleich

Veranstalter

Corine Defrance (CNRS, SIRICE Paris), Jürgen Finger (DHIP), Ulrich Pfeil (Universität de Lorraine), Annette Weinke (Universität Jena), Agnieszka Wierzcholska (DHIP) (Deutsches Historisches Institut Paris)

Ausrichter

Deutsches Historisches Institut Paris

Veranstaltungsort

Institut historique allemand

75003 Paris

19.01.2022 - 20.01.2022

Frist

20.09.2021

Von

Jürgen Finger, Abteilung 19.-21. Jahrhundert, Deutsches Historisches Institut Paris

In jüngerer Zeit sind die europäischen Archivlandschaften in einem zusehends gespannten politischen Umfeld in Bewegung geraten. Das Bewusstsein bei Forscherinnen und Forschern wächst, dass der Zugang zu Archivalien keine Selbstverständlichkeit zu sein scheint. An Beispielen aus Deutschland und Frankreich, ergänzt um andere europäische Erfahrungen, wollen wir den Stand der Dinge erkunden und die normativen, administrativen und arbeitspraktischen Einschränkungen des Archivzugangs analysieren.

Am 20. Februar betitelte "Le Monde" einen längeren Artikel Guerre "de tranchées sur l'accès aux archives". Gibt es in Frankreich einen Grabenkrieg um den Archivzugang zwischen Forschenden, Archiven und Politik? Wie sieht es in Deutschland und in anderen europäischen Ländern aus?

Die Situation in Frankreich ist ambivalent. Der französische Präsident, Emmanuel Macron, pflegt eine Rhetorik der historiografischen Offenheit auch bei sensiblen Themen wie dem Algerienkrieg und der diplomatischen und militärischen Intervention in Rwanda während des Völkermords 1994. In beiden Fällen verfassten Historiker in offiziellem Auftrag Berichte mit allerdings unterschiedlicher Stoßrichtung: Benjamin Stora legte Anfang 2021 einen Bericht und Empfehlungen zum kollektiven Gedenken zu Algerien vor. Vincent Duclert, der bereits 2018/19 mit einer Kommission einen Bericht über die Erforschung von Genoziden und Massenverbrechen verfasst hatte, soll die französische Rolle in Rwanda aufklären; der Bericht wurde im April 2021 dem Präsidenten übergeben. Gerade im zweiten Fall war damit auch ein außergewöhnliches und exklusives Recht auf Aktenzugang verbunden. Dabei stellt sich auch die Frage nach einem privilegierten Zugang zu Archivmaterialien bei staatlich gewollter Forschung. Die verwendeten Akten sollen zwar weiterhin der Forschung zugänglich bleiben.

Darüber hinaus bleibt jedoch alles beim Alten, soweit der Zugang nicht sogar erschwert wird. Konkrete und massive Proteste ruft nämlich seit vorigem Jahr die Instruction générale interministérielle 1300 (IGI) hervor. Forschende fürchten, dass diese interministerielle Anordnung, die unter anderem Fragen der Geheimhaltung regelt, im Namen der nationalen Sicherheit den Zugang zu Archivalien für die zeitgeschichtliche Forschung grundsätzlich erschweren wird, da die relativ liberalen Fristen des Archivrechts durch aufwändige Freigabeverfahren für klassifizierte Dokumente ausgehebelt werden können. Selbst bereits bekannte, gar edierte Dokumente sollen plötzlich wieder gesperrt werden. Die Motive für den Erlass der »IGI 1300« sind unklar, umso mehr als sie mit der seit François Hollande betriebenen präsidentialen Erinnerungspolitik zu kollidieren scheinen.

Ist die Situation in Frankreich einzigartig? Der Blick auf andere Länder zeigt schnell, dass Fragen des Archivzugangs auch dort von erheblicher Aktualität sind. Ihr mediales Echo geht über den Kreis der Forschenden hinaus und spiegelt einerseits die Forderung nach Transparenz in unseren heutigen Gesellschaften und andererseits den Stellenwert von – nicht immer konfliktfreier – wissenschaftlicher und juristischer Aufarbeitung und Vergangenheitspolitik im Europa des 21. Jahrhunderts. In Deutschland hat zuletzt die Übergabe der Stasi-Unterlagen an das Bundesarchiv Debatten über dessen Rolle ausgelöst; der französische Forscher Fabien Théofilakis will den Zugang zu Eichmann-Akten des Bundesamts für Verfassungsschutz gerichtlich einklagen.

Mit dem Aufstieg illiberaler Demokratien in Ostmitteleuropa wurde eine staatlich gesteuerte Geschichtspolitik zunehmend zum Instrument der Macht. Die gezielte Einflussnahme betraf zunächst die Museumslandschaft sowie die Förderung wissenschaftlicher Einrichtungen. Zum Teil müssen sich Historikerinnen und Historiker, deren Forschung unliebsame Ergebnisse produziert, vor Gericht verantworten, wie in Polen. Doch inwiefern, für wen und bei welchen Themen der Archivzugang beschränkt wird, bleibt weiterhin zu untersuchen. In Westeuropa wirft insbesondere der Umgang mit der kolonialen Vergangenheit und entsprechenden Restitutions- und Kompensationsforderungen die Frage auf, wie weit historische Forschungen und journalistische Recherchen in Archiven uneingeschränkt möglich sind.

Die Beispiele zeigen, dass die Archivlandschaften in einem zusehends gespannten politischen Umfeld in Bewegung geraten sind und die gegenwärtigen Veränderungen auf verschiedenen Ebenen erfasst und analysiert werden müssen:

1. normativ: die explizite Gesetzgebung und die Verordnungen zur Regelung des Archivzugangs; politische Willensbekundungen (von oberster Stelle), die unter Umständen mit den Verordnungen im Widerspruch stehen, also offiziöser Diskurs und Öffentlichkeit, Gewährung von privilegiertem Zugang zu Archivalien
2. administrativ: Einschränkungen des Archivzugangs durch Rechtsvorschriften und Verfahrenswege jenseits der Archivgesetze, sowie aufgrund konkurrierender schützenswerter Rechte, über deren Abwägung i.d.R. innerhalb der Verwaltungen entschieden wird (insbes. Geheimschutz, Schutz der Urheber- und Persönlichkeitsrechte);
3. praktisch: Einschränkungen von Dienstleistungen in den Archiven (Digitalisierung, Öffnungszeiten, Aushändigung von Dokumenten), Personalreduktion, etc.

Die geplante Tagung will diese Problemkreise vergleichend und interdisziplinär diskutieren (Geschichtswissenschaft, Archivwissenschaft und -praxis, Rechtswissenschaft, u.a.). Neben Frankreich und Deutschland soll auch die Situation in anderen Ländern der EU berücksichtigt werden. Darüber hinaus fragen wir danach, inwieweit nationale Erfahrungen und Praktiken Ausgangspunkt für transnationale Transferprozesse bei der Vergangenheitsaufarbeitung, möglicherweise aber auch bei deren Blockade sein können.

Bitte schicken Sie ein Abstract von maximal 500 Wörtern in einer der drei Konferenzsprachen (französisch, deutsch oder englisch) bis zum 20. September 2021 an Agnieszka Wierzcholska: awierzcholska@dhi-paris.fr.

Kontakt

awierzcholska@dhi-paris.fr

<https://www.dhi-paris.fr/newsroom.html>

Zitation

Strategien der Verhinderung. Der Zugang zu Archivalien in Frankreich und Deutschland im internationalen Vergleich. In: H-Soz-Kult, 12.07.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98812.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

23) Crossing Disciplinary Boundaries: Junge Perspektiven auf Interdisziplinarität in der Osteuropaforschung

Veranstalter

Regionalgruppen der Jungen DGO in Bamberg-Erlangen und München, Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien an der LMU München (Magdalena Burger (Bamberg) und Matthias Melcher (München))

Ausrichter

Magdalena Burger (Bamberg) und Matthias Melcher (München)

Veranstaltungsort

Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Gefördert durch

Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien an der LMU München, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

96047 Bamberg

Vom - Bis

21.01.2022 - 22.01.2022

Frist

31.10.2021

Von

Magdalena Burger, Institut für Slavistik, Otto-Friedrich-Universität Bamberg; Matthias Melcher, Abteilung für Geschichte Osteuropas und Südosteuropas, LMU München

Interdisziplinarität ist nicht nur ein wissenschaftliches Modewort der letzten Jahre, sondern für einen Großteil des aktuellen wissenschaftlichen Nachwuchses auch elementarer Bestandteil der eigenen Ausbildung. In einem zweitägigen Workshop soll die Frage diskutiert werden, wie diese postulierte Interdisziplinarität zu den nach wie vor in Disziplinen verhafteten Strukturen der Universität steht.

Crossing Disciplinary Boundaries: Junge Perspektiven auf Interdisziplinarität in der Osteuropaforschung

Spätestens seit der Umsetzung des Bologna-Prozesses scheint es keine Ausnahme mehr zu sein, zwischen Bachelor und Master – besonders bei einer bestimmten regionalen Schwerpunktbildung – die Disziplinen zu wechseln. Darüber hinaus sind viele Masterstudiengänge und Graduiertenschulen, die sich dem Ansatz der Regionalwissenschaften verschrieben haben, genuin interdisziplinär gedacht.

Das Organisationsteam dieses Workshops (Regionalgruppen der Jungen DGO in Bamberg-Erlangen und München, Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien an der LMU München) stellt die Frage, wie diese postulierte Interdisziplinarität zu den nach wie vor in Disziplinen verhafteten Strukturen der Universität steht. Denn spätestens beim Verfassen einer Masterarbeit oder Dissertation steht der wissenschaftliche Nachwuchs vor der Frage, welcher wissenschaftlichen Tradition er oder sie sich zuordnen will. Besonders vor dem Hintergrund der Area Studies erscheint eine interdisziplinäre Herangehensweise an wissenschaftliche Fragestellungen angezeigt. Doch wo liegen die Grenzen der Interdisziplinarität? Wie viel disziplinübergreifendes Theorie- und Methodenwissen kann im Laufe eines Studiums vermittelt werden? Wo verläuft der schmale Grat zwischen dilettantischer Aneignung „fachfremder“ Verfahren und wertvollen Impulsen von jenseits des

eigenen akademischen Tellerrands? Wie kann sich eine jüngere Generation von interdisziplinär sozialisierten Osteuropa-Wissenschaftler:innen, mit den Erwartungen einer disziplinären Kategorisierung arrangieren?

Fortgeschrittene Studierende und Promovierende, die sich in den Area Studies (u.a. aber nicht ausschließlich bzgl. Osteuropa) verorten, sind herzlich eingeladen, sich mit Beiträgen (max. 15 min) zu folgenden Themen oder eigenen relevanten Vorschlägen am Workshop zu beteiligen:

- Geschichte und Zukunft der Interdisziplinarität,
- Interdisziplinarität zwischen Antragsrhetorik und alltäglicher wissenschaftlicher Praxis,
- Best Practice Beispiele interdisziplinärer Methodik aus der eigenen Forschung,
- Chancen und Herausforderungen durch Interdisziplinarität in Hochschulbetrieb und Beruf.

Arbeitssprachen sind Deutsch und Englisch. Es wird angestrebt, die Ergebnisse der Tagung in Form von working papers weiterzuverfolgen und evtl. gesammelt zu publizieren. Vorbehaltlich der Finanzierungszusage sollen die Reise- und Übernachtungskosten der Teilnehmenden übernommen werden.

Bewerbungsfrist: 31. Oktober 2021 (Abstract mit max. 400 Wörtern und Kurzlebenslauf an jungedgo-bamberg-erlangen@dgo-online.org)

Zusagen werden bis Mitte November 2021 verschickt.

Programm

Vorläufiges Programm des Workshops

Freitag, 21. Januar 2022

- Ankunft in Bamberg
- öffentliche Keynote: Alexander Libman (Berlin): „Möglichkeiten und Grenzen der Interdisziplinarität in der Osteuropaforschung“ (Arbeitstitel)
- Abendessen und informeller Austausch

Samstag, 22. Januar 2022

- Präsentation der Teilnehmer:innen und Diskussion – Block 1 und Block 2
- Mittagessen
- Präsentation der Teilnehmer:innen und Diskussion – Block 3
- Entwicklung konkreter Ideen für working papers in Kleingruppen
- Zusammenfassung im Plenum
- Abreise

Kontakt

E-Mail: jungedgo-bamberg-erlangen@dgo-online.org

<https://www.uni-bamberg.de/slavistik/zweigstelle-der-deutschen-gesellschaft-fuer-osteuropakunde-ev/slavistik-zweigstelle-der-deutschen-gesellschaft-fuer-osteuropakunde-ev-crossing-disciplinary-boundaries/>

Zitation

Crossing Disciplinary Boundaries: Junge Perspektiven auf Interdisziplinarität in der Osteuropaforschung. In: H-Soz-Kult, 30.09.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-113114.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

24) „Der Osten im Westen“. Deutschsprachige Autoren aus dem östlichen Europa im Rundfunk nach 1945

Veranstalter

Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut, Hamburg / Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

Veranstaltungsort

Deutsches Rundfunkarchiv (DRA)
60320 Frankfurt am Main

Vom - Bis

22.03.2022 - 23.03.2022

Frist:

15.12.2021

Von

Hans-Ulrich Wagner, Wissen für die Mediengesellschaft, Kompetenzbereich Mediengeschichte, Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut

Die Verbindungen von Literatur und Medien, von Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa und der Rolle des Rundfunks nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Bundesrepublik und in der DDR werden auf dem Workshop ausgelotet. Der Workshop bringt am Thema interessierte Nachwuchswissenschaftler aus den Literatur- und Medienwissenschaften im Deutschen Rundfunkarchiv am Standort Frankfurt/Main mit Archivmitarbeiter:innen der Rundfunkanstalten und des DRA ins Gespräch.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges flohen viele deutschsprachige Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa in die vier Besatzungszonen, aus denen 1949 die Bundesrepublik und die DDR entstanden. Mit ihrer literarischen und publizistischen Arbeit reagierten sie auf die Erfahrungen von Krieg und Flucht, von Verlust der Heimat und vom Start in einer neuen Umgebung. Der Arbeit für die Rundfunksender kam dabei eine besondere Bedeutung zu, bildeten diese doch sehr schnell zentrale Orte der Literaturproduktion und der Literaturvermittlung und übernahmen eine wichtige Rolle in den neu entstehenden Literaturbetrieben.

Diese rundfunkliterarische und rundfunkpublizistische Tätigkeit von Autorinnen und Autoren, aus „dem Osten“ ist insgesamt bislang wenig erforscht, auch wenn es Ausnahmen gibt, wie etwa die des in Estland geborenen Hörspielautors Fred von Hoerschelmann (1901–1976) oder die des in Schlesien geborenen Friedrich Bischoff (1896–1976). Er war Schriftsteller und vor 1933 Intendant der Schlesischen Funkstunde in Breslau; nach dem Krieg startete er eine zweite Rundfunk-Karriere beim Südwestfunk. Bis 1965 war er Intendant der Rundfunkanstalt und prägte mit den Redakteuren in Baden-Baden das Programm nachhaltig. Ein weiteres Beispiel verdeutlicht die verschlungenen Wege, die mitunter

gegangen wurden. So arbeitete der in Prag in einer deutschsprachigen jüdischen Familie aufgewachsene Dr. Vilém Fuchs (1933–1990) zunächst bis 1965 als Chefredakteur der deutschsprachigen Sendungen von Radio Prag, bevor er 1971 Leiter der Abteilung Kultur und Gesellschaft bei Radio Bremen wurde. Schließlich kamen viele Schriftsteller der sogenannten „jungen Generation“ nach 1945 zum ersten Mal mit dem Rundfunk in Kontakt. Dies konnte wie im Fall des in Ostpreußen geborenen Siegfried Lenz zu einer lebenslangen Medienarbeit führen.

Diese Verbindungen von Literatur und Medien, von Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa und der Rolle des Rundfunks nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Bundesrepublik und in der DDR sollen auf dem Workshop ausgelotet werden. In den Archiven der ARD-Landesrundfunkanstalten und im Deutschen Rundfunkarchiv (DRA) gibt es Hörfunkaufnahmen von deutschsprachigen Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg „im Westen“ eine neue Existenz aufbauen mussten. Diese Stimmen im Rundfunk der ersten Nachkriegsjahrzehnte in der Bundesrepublik und in der DDR sollen wiederentdeckt und die Kontexte der Aufnahmen erforscht werden.

Dazu bringt der Workshop am Thema interessierte Nachwuchswissenschaftler aus den Literatur- und Medienwissenschaften im Deutschen Rundfunkarchiv am Standort Frankfurt/Main mit Archivmitarbeiter der Rundfunkanstalten und des DRA ins Gespräch. Die Teilnehmer erhalten Gelegenheit, Skizzen mit Forschungsinteressen und geplanten Projekten vorzustellen und zu diskutieren sowie einen Einblick in vorhandene Archivbestände zu bekommen.

Ein damit verbundenes Ziel des Workshops ist es, Forschungen im Schnittpunkt von Rundfunk- und Literaturgeschichte, von Programm- und Zeitgeschichte anzustoßen. Im Zusammenhang mit einem geplanten Forschungsprojekt der Veranstalter besteht die Möglichkeit, eigene Fragestellungen aus diesem Themenfeld einzubringen und diese im Rahmen einer Dissertation und/oder eines Post-Doc-Projekts zu bearbeiten. Ein entsprechender Antrag kann gemeinsam mit den ausgewählten Nachwuchskräften entwickelt und eingereicht werden.

Der call for papers richtet sich an Masterabsolventen mit Promotionswunsch, Doktoranden und Post-Docs. Sie sind eingeladen, laufende Arbeiten bzw. Projektideen zum oben genannten Themenfeld und den damit verknüpften Fragestellungen vorzustellen. Auf der Grundlage der eingegangenen Exposé werden die Archivare gebeten, speziell zu den Themenvorschlägen eine kleine Auswahl von passenden Dokumentenbeispielen aus ihren jeweiligen Archiven zu präsentieren.

Fragestellungen

Im Fokus steht die Medienarbeit von Autoren aus dem östlichen Europa und speziell ihre Arbeit für die Radioprogramme in den ersten Nachkriegsjahrzehnten. Folgende Fragestellungen sollen angegangen werden:

- Wie gingen Literat:innen und Journalist:innen aus dem östlichen Europa mit dem Ankommen in einer neuen Umgebung/Region um?
- Wie gestalteten sie den beruflichen und literarischen Neubeginn in einer anders geprägten Kulturlandschaft?

Seite 574 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

- Wie verhielten sie sich zu Traumata der Kriegs- und Nachkriegszeit?
- Welche Themen wählten sie für ihr Schreiben?
- Welche medialen Strategien der Bewältigung ihrer neuen Situation entwickelten sie, und welche Rolle spielte dabei das Medium Rundfunk?
- Wie nahmen sie selbst und die neuen Zuhörer:innen ihre andere Sprachfärbung / ihren Dialekt wahr? Wie veränderte sich ihre Sprache?
- Wieviel „Osten“ steckte in ihrer neuen Tätigkeit im „Westen“ (Kontinuitäten, Brüche)?
- Gab es Unterschiede zwischen Westdeutschland und der DDR im medialen Umgang der

Literaturschaffenden mit ihrer neuen Situation, bzw. in ihrer Rezeption durch die neue Umgebung?

Bitte senden Sie Ihr Exposé (ca. 2.500 Zeichen), einen kurzen Lebenslauf mit E-Mail- und Postanschrift (ca. 1.000 Zeichen) bis spätestens 15.12.2021 an:

Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut Hamburg
Dr. Hans-Ulrich Wagner (E-Mail: h.u.wagner@leibniz-hbi.de)

Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
Maria Luft (E-Mail: maria.luft@bkge.uni-oldenburg.de)

Die Fahrt- und Unterkunftskosten für die wissenschaftlichen Workshop-Teilnehmer:innen werden vorbehaltlich vorhandener Haushaltsmittel erstattet.

Projektpartner:

- Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE), Oldenburg
- Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut, Hamburg
- Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv
- Historische Kommission der ARD
- Deutsches Kulturforum östliches Europa, Potsdam

Kontakt

Dr. Hans-Ulrich Wagner
E-Mail: h.u.wagner@leibniz-hbi.de

Maria Luft
E-Mail: maria.luft@bkge.uni-oldenburg.de

Zitation

„Der Osten im Westen“. Deutschsprachige Autor:innen aus dem östlichen Europa im Rundfunk nach 1945. In: H-Soz-Kult, 26.07.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98894.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

25) Das "Bibliomigratorische" im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg

Veranstalter

Konzeption / Organisation: Venessa de Senarclens, Humboldt Universität Berlin (Deutsches Historisches Institut Warschau)

Ausrichter

Deutsches Historisches Institut Warschau

Veranstaltungsort

Deutsches Historisches Institut Warschau

Gefördert durch

Max Weber Stiftung

31.03. bis 01.04.2022

Anmeldefrist

01.09.2021

Von

Dorota Zielinska, Palac Karnickich, Niemiecki Instytut Historyczny w Warszawie (DHI Warschau)

Das „Bibliomigratorische“ im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg
Konzeption / Organisation: Vanessa de Senarclens (senarclv@hu-berlin.de)

Der Historiker Robert Darnton hat die Geschichte eines Buches als einen lebendigen Kommunikationskreislauf – „a communication circuit“ – beschrieben, an dessen materieller Produktion, Vertrieb und Wirkung zahlreiche Akteure und Institutionen beteiligt sind: vom Autor zum Drucker und Buchhändler, über viele private wie öffentliche Räume wie Salons, Kaffee, Bibliotheken, in denen das Buch vom Leser interpretiert, diskutiert und adaptiert wird. Im 18. Jahrhundert, das Darnton untersucht, bilden diese Kommunikationskreise lebendige Netzwerke, die oft unter dem Radar der staatlichen Kontrolle interagieren. Auf verschlungenen und oft auch verbotenen Wegen werden Bücher durch ganz Europa transportiert, von Paris nach Warschau, von Dresden bis London, von Genf nach Leipzig. Der Titel dieses Kolloquiums – Das Bibliomigratorische im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg – rückt Bücher als Träger materieller aber auch immaterieller Geschichte in einen Kontext, in dem der Kreis der Kommunikation stark von der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg geprägt ist. Mit dem Angriff Nazi-Deutschlands auf Polen 1939 wurden bis Kriegsende 1945 rund 70 bis 75 Prozent der polnischen Bibliotheksbestände dezimiert, zerstört oder verstreut. Gemäß einer Berechnung von 2015 überlebten von den 22, 6 Millionen Bänden der polnischen Bibliotheken vor 1939 nur ein knappes Drittel. Nach der Verlegung der deutsch-polnischen Grenze entlang der Oder-Neiße-Linie im August 1945 gelangten hingegen Millionen von Büchern aus privaten, kirchlichen und auch ausgelagerten öffentlichen Sammlungen der Preußischen Staatsbibliothek in einen neuen nationalen Kontext. Aus polnischer Perspektive wurden diese „zurückgelassenen“ Bücher aus deutschen Bibliotheken als Staatseigentum betrachtet und als solches vor weiteren Plünderungen und Zerstörungen geschützt. Polen hat auch versucht, den Abtransport von „Trophäenbüchern“ in die Sowjetunion zu verhindern. Laut einem polnischen Gesetz vom 6. Mai 1945 waren sie „verlassen und aufgegeben“. Entsprechend bezeichnet man diese Bücher aus ehemaligen deutschen Bibliotheksbeständen als „sichergestellte Büchersammlungen“ und betrachtet sie als „Kompensation“ für die absichtliche Zerstörung von polnischen Archiven und Bibliotheken während des Krieges – wenn auch eine gänzlich unzureichende und unverhältnismäßige. In der Bundesrepublik wie auch in der DDR und

vielleicht erst recht im wiedervereinigten Deutschland sind diese Bücher mit Begriffen wie „Verlust“, „schmerzliche Lücke“ oder „Zerrissenheit der Nachlässe und Sammlungen“ verbunden. Sinnbild dieser Zerrissenheit ist sicher die 8. Sinfonie von Beethoven: Die Handschrift des ersten, zweiten und vierten Satzes sind in der Staatsbibliothek zu Berlin aufbewahrt, der dritten Satz Tempo di menuetto indessen in der Biblioteka Jagiellońska in Krakau.

In Anlehnung an den Begriff der „Bibliomigrancy“ von B. Venkat Mani, wollen wir auf dieser Tagung Geschichten von Büchermigrationen zwischen Deutschland und Polen ab 1939 in den Mittelpunkt stellen. Die Wortneuschöpfung, die auf dem englischen Wort „Migrancy“ abgeleitet ist, deutet nicht so sehr auf ein Ereignis hin – die Migration von einem Land in ein anderes oder von einer Sprache in eine andere – als vielmehr auf einen Zustand, der andauert und sich fortentwickelt. Bei dem Begriff „Bibliomigratorisch“ geht es ebenso um die Reise der Bücher in Raum und Zeit, wie auch um ihre sich wandelnde Semantisierung innerhalb geografischer, politischer, institutioneller und sprachlicher Räume. Neben der Migration der Bücher geht es auf unserer Tagung auch um ihre Stellung in den Institutionen, in die sie integriert oder in denen sie auch nur aufbewahrt werden. Wir wollen den wechselnden Status der Bücher erkunden wie auch das Verhältnis von Gedächtnis, Erinnern und Vergessen, das bis heute zwischen Polen und Deutschland brisant bleibt. Seit nunmehr 75 Jahren sind diese Bücher Gegenstand zweier völlig verschiedener nationaler Erzählungen. Von einigen Initiativen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern abgesehen, sind sie auf eine politisch-symbolische Dimension der Kriegsfolgen reduziert. Die Bücher sind in Universitätsbibliotheken (Łódź, Kraków, Wrocław, Warszawa) aufbewahrt, doch oft ohne erklärenden Zusammenhang, unzureichend katalogisiert, ohne Eingabe von Provenienz, „Verlegt, verwahrt und vergessen“, wie ich an einer Voltaire-Ausgabe der Philosophie de l’Histoire von 1765 zeigen konnte. Und doch haben diese Bücher etwas Gemeinsames: Auf beiden Seiten der Oder-Neiße-Linie geht es um Verlust- und Trauergeschichten. In ihrem programmatischen Aufsatz von 2017 mit dem Titel Die Provenienz der Kultur. Von der Trauer des Verlusts zum universalen Menschheitserbe plädierte Bénédicte Savoy für einen offenen Umgang mit der Provenienz kunsthistorischer Objekte auf ihren Wegen im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts in die europäischen Sammlungen. Sie zeigte, wie Trauer dadurch überwunden werden kann, dass man die Geschichte von wechselseitiger Wirkung und Verflechtung als gemeinsames europäisches Erbe erzählt und teilt. Die Bücher, die uns hier interessieren, sind im Gegensatz zu den Objekten der Kunstgeschichte, die Savoy behandelt, selten in einer Museumsvitrine vorzufinden, sondern oft vernachlässigt und vergessen. Doch sind sie gleichermaßen Zeugnis einer gemeinsamen europäischen Geschichte, die in eine Zeit weit vor 1939 zurückreicht. Der fast wahrgewordene Traum einer umfassenden erhabenen Weltbibliothek, in der alle Bücher über die digitalen Medien friedentiftend, überall zugänglich sind, hat auch etwas Abstraktes. Die Wiederentdeckung der „Lust am Buch“, wie Michael Hagner ausweist, geht mit Erzählungen, Provenienzforschung und subjektiver Aneignung einher. Auf dieser Tagung wollen wir die Bücher aus ihrem politischen toten Winkel herausholen und sie als lebendiges „Geschichtsding“ betrachten, samt ihrer „Biographie“ mit ihren kulturellen, sozialen und politischen Aspekten.

Avisierte Fragen und Themen

- Beispiele einzelner Bände aus polnischer oder deutscher Sammlungen, die im Krieg aus ihren institutionellen Kontext gerissen oder gar vollkommen zerstört wurden.
- Geschichte der Wege und der Wirkung einzelner Bände – auch als „vermisste“, abwesende, zerstörte Objekte im polnischen und deutschen kulturellen Gedächtnis.

- Stellenwert dieser Bücher im politischen und diplomatischen Diskurs sowohl in Polen wie auch in Deutschland. Können wir Schlüsselmomente in der Behandlung dieser diplomatischen Angelegenheit seit 1945 ausmachen, sowohl zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen wie auch zwischen Polen und der Bundesrepublik?

- Was machen die wandelnde Kontexte mit dem Buchobjekt, aber auch, was bewirkt ein solches Buch in verschiedenen wechselnden sozialen und politischen Umfeldern?

Die Tagung wird in Kooperation mit und in den Räumen des Deutschen Historisches Instituts Warschau (DHIW) stattfinden. Das Deutsche Historisches Institut Warschau (DHIW) wird während der Tagung auch einen Übersetzungsdienst anbieten. Sprachen: Deutsch/ English/ Polnisch.

Frist für die Einreichung der Abstracts ist der 01. September 2021

Kontakt

dhi@dhi.waw.pl

Zitation

Das "Bibliomigratorische" im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg. In: H-Soz-Kult, 21.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98476>.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

26) Un/Sichtbarkeit. Die polnische Kunst(geschichte) und Deutschland

Veranstalter

Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung München, Universität der Künste in Posen/Poznań, Deutsch-Polnische Gesellschaft München, Deutsches Polen-Institut in Darmstadt

Veranstaltungsort

Zentralinstitut für Kunstgeschichte München

80333 München

06.04.2022 - 08.04.2022

Frist

08.08.2021

Von

Anna Baumgartner, Ludwig-Maximilians-Universität München

Ziel der Tagung ist zum einen, den Stand und die Rezeption der polnischen Kunst(geschichte) in Deutschland zu reflektieren. Zum anderen werden aktuelle theoretische und methodische Ansätze diskutiert. Es gilt, neue Perspektiven auf die polnische Kunst zu entwickeln. Die Tagung ist interdisziplinär angelegt und richtet sich an Kunsthistoriker:innen sowie Forschende aus den Osteuropa- und Polenstudien. Auch Beiträge aus weiteren Disziplinen sind willkommen.

Konzeption und Organisation: Anna Baumgartner, Christian Fuhrmeister, Nerina Santorius, Marta Smolińska

Die Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung in München plant vom 25. März bis zum 31. Juli 2022 in Kooperation mit den Nationalmuseen in Warschau, Krakau und Posen eine groß angelegte Ausstellung zur polnischen Malerei: „Stille Rebellen. Polnischer Symbolismus um 1900“. Diese Ausstellung ist Ausgangspunkt und Resonanzraum einer Tagung, in der wir zum einen den Stand und die Rezeption der polnischen Kunst(geschichte) in Deutschland reflektieren und zum anderen aktuelle theoretische und methodische Ansätze diskutieren wollen. Es gilt, neue Perspektiven auf die polnische Kunst zu entwickeln.

Gerade in den letzten Jahren waren Initiativen zur Erforschung der Rezeption der polnischen Kunst außerhalb Polens, Tendenzen der stärkeren Vernetzung mit polnischen Kunsthistoriker:innen sowie Projekte zur Geschichte der deutsch-polnischen Kunstbeziehungen zu beobachten. Diese stehen oft in Zusammenhang mit Forschungen zur „Globalisierung osteuropäischer Kunstgeschichten“ (Vgl. Beáta Hock / Anu Allas (Hg.): *Globalizing East European Art Histories. Past and present*, London / New York 2018) und der Hinterfragung des kunsthistorischen Kanons. Im Fokus stand dabei zuletzt die Kunst(geschichte) des 20. Jahrhunderts mit Themen aus der Performance-Kunst, der Architekturgeschichte, Denkmalpflege und seit Kurzem auch der Provenienzforschung. Transnationale und auf die Untersuchung von Verflechtung und Austausch ausgerichtete Theorie- und Methodenansätze wurden fruchtbar gemacht und lenkten den Blick auch auf Abgrenzungs- und Entflechtungsmechanismen, die gerade im spannungsreichen deutsch-polnischen Kontext immer wieder zu beobachten sind.

Nichtsdestotrotz nimmt die polnische Kunst(geschichte) in der deutschen Forschungs- und Museumslandschaft nur einen Nischenplatz ein. In Anbetracht der in Deutschland nur selten öffentlich rezipierten polnischen Kunst vergangener Epochen ist die kommende Ausstellung in der Kunsthalle München ein wichtiges Ereignis, zumal die Malerei des 19. und frühen 20. Jahrhunderts auch in den auf Osteuropa insgesamt ausgerichteten Initiativen bisher nur wenig Beachtung fand. Eine gewisse Aufmerksamkeit erhielten jedoch die in München zahlreich tätigen polnischen Malern, die zuletzt aussagekräftig als Phänomen künstlerischer Migration untersucht worden sind. Eine gezielte Untersuchung der hochgradig transnational vernetzten und auch in anderen deutschen bzw. europäischen Kunstzentren tätigen polnischen Künstler:innen innerhalb der global zirkulierenden visuellen Kulturen des 19. Jahrhunderts ist bislang dennoch ein Desiderat, ebenso wie das zeitgenössische Kunstgeschehen in Polen jenseits des internationalen Galeriewesens.

Vor diesem Hintergrund soll der erste Teil der Tagung – mit Blick v.a. auf das 19. Jahrhundert – der Diskussion dieser Leerstellen gewidmet sein. Der Fokus liegt auf der deutsch-polnischen Perspektive, die aber in den europäischen und/oder globalen Kontext gesetzt werden soll. Die Beiträge aus der Kunstgeschichte oder den Polen- und Osteuropastudien sollten dezidiert das Potential neuer Forschungsansätze ausloten und sich beispielsweise mit Spannungen zwischen dem nationalen und transnationalen Paradigma, mit der Ver- und Entflechtung oder mit der (De-)Essentialisierung von Begrifflichkeiten oder Alterisierungs- bzw. (Selbst-)Exotisierungsmechanismen befassen. Auch infrastrukturelle Aspekte oder die Auswirkungen aktueller Kultur- und Ausstellungspolitik können thematisiert werden.

Im zweiten Teil der Tagung möchten wir das Untersuchungsfeld zeitlich ausweiten und neue theoretische Kontexte, Methoden und kuratorische Strategien diskutieren, die zur Überwindung jahrzehntelang tradiertter Deutungsmuster beitragen können. Hierfür

begrüßen wir erneut ausdrücklich interdisziplinäre Beiträge, die anhand innovativer werkorientierter Analysen alternative Sichtweisen auf das Schaffen polnischer Künstler:innen durch die Epochen hindurch bis heute entwickeln: Border (art) studies / Migration studies und Erinnerungsräume / Memory studies / Visual culture und Postcolonial studies / (Post)feminismen / Posthumanismus / Postanthropozentrismus / Ökologische Strömungen / Material turn und neuer Materialismus / Jenseits des Visuellen: Tastsinn, Geschmacksinn, Geruchssinn, Propriozeption, kinästhetischer Sinn / Körperlichkeit und Somästhetik / Kartographisches und geopoethisches Denken / Kritische Geographie etc.

Abschließend wollen wir das Potential dieser neuen methodischen Herangehensweisen evaluieren und sondieren, ob und wie diese Ansätze auch für die polnische Kunst früherer Epochen, insbesondere das 19. Jahrhundert, fruchtbar gemacht werden können. Welche neuen Perspektiven könnte dies für die deutsch-polnischen Kunstbeziehungen bringen?

Wir erbitten die Einsendung von Abstracts (maximal 2.500 Zeichen) samt einem kurzen Lebenslauf (maximal 500 Zeichen) bis zum 08. August 2021 an: polishart@zikg.eu.

Geplante Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch. In Ausnahmefällen werden auch Beiträge in anderen Sprachen akzeptiert. Die Vorträge sollen die Dauer von 20 Minuten auf keinen Fall überschreiten.

Die Veranstalter:innen haben Zuschüsse für Reise und Übernachtungskosten der Referent:innen beantragt. Werden diese bewilligt, können die Kosten übernommen werden. Es ist geplant, ausgewählte Beiträge der Tagung in einem Sammelband zu veröffentlichen.

Die Tagung findet in Kooperation zwischen dem Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, der Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung, München, der Universität der Künste in Posen/Poznań, der Deutsch-Polnischen Gesellschaft München sowie dem Deutschen Polen-Institut in Darmstadt statt.

Kontakt

polishart@zikg.eu

Zitation

Un/Sichtbarkeit. Die polnische Kunst(geschichte) und Deutschland. In: H-Soz-Kult, 04.07.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98653.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

27) Aspekte deutscher Gartenkunst der Frühen Neuzeit (ca. 1550 bis 1640)

Veranstalter

Schwabenakademie Irsee / Zentralinstitut für Kunstgeschichte

Veranstaltungsort

Schwabenakademie Irsee, Klosterring 4

87660 Irsee

08.04.2022 - 10.04.2022

Frist

30.09.2021

Von

Susanne Spieler, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Zentralinstitut für Kunstgeschichte

IV. Philipp-Hainhofer-Kolloquium der Schwabenakademie Irsee, 08. bis 10. April 2022, in Kooperation mit dem Zentralinstitut für Kunstgeschichte

„Herrliche schöne, wolgezierte und nutzbare Gärten“, so formulierte Johann Peschel in seiner „Garten-Ordnung“ (1597) pointiert die Funktion und Wahrnehmung von Gärten im semantischen Feld zwischen Zierde und Nutzen: eine in der Gartentheorie um 1600 häufig anzutreffende Polarisierung. Sie drückt den Aufstieg der Gartenkunst aus der Landwirtschaft aus und lässt zugleich in der Betonung der Zierfunktion die angestrebte Eingliederung der Gartenkunst in ein bestehendes theoretisches und Gattungssystem der Künste erkennen. Die Polarisierung von Nutzen und Zierde, von Natur und Kunst kann jedoch nur als ein Rahmensystem verstanden werden, in dem sich ein breiteres Spektrum von Gestaltungen und höfischen, städtischen, religiösen und wissenschaftlichen Nutzungskonzepten der Gärten im behandelten Zeitraum entwickelt. Befasst sich die internationale Forschung seit langem intensiv mit den Gärten italienischer Villen oder französischer Schlösser, so lassen sich in der Erforschung der deutschen Gartenkunst der Frühen Neuzeit Desiderate erkennen, sieht man von einzelnen gut bearbeiteten Anlagen wie etwa dem Heidelberger Schlossgarten (Hortus palatinus) ab. Die Desiderate sind sicherlich auch auf spärliche Überlieferung und mangelnde Auseinandersetzung mit vorhandenen Quellen zurückzuführen. Die Tagung nimmt daher die Reise- und Sammlungsbeschreibungen von Philipp Hainhofer zum Anlass, um die deutsche Gartenkunst in einem Zeitraum zu behandeln, der im mittleren 16. Jahrhundert mit einer gesteigerten Würdigung und Wertigkeit von Gärten und Pflanzenkultur einsetzt und etwa mit dem Erscheinungsdatum von Joseph Furtenbachs „Architectura Recreationis“ (1640) endet.

Beispielsweise könnten folgende Themengebiete aufgegriffen werden:

- Entwurf, Gestaltung, Bepflanzung und Ausstattung höfischer Residenzgärten und bürgerlicher Gärten in den Städten
- Pflanzenkultur und Pflanzenverwendung
- Handel, Tausch von Pflanzen und Samen
- Ausbildung und berufliche Situation von Gärtnern
- Gartentheorie
- das Verhältnis von Architektur und Garten
- Verbindung mit religiösen Praktiken (Einsiedeleien)
- der Garten als Ort wissenschaftlicher Zusammenkünfte
- der Blick auf und die Wahrnehmung und Beschreibung von Gärten (etwa in Reisejournalen)

Seite 581 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

- die Auseinandersetzung deutscher Reisender und Gärtner mit europäischen Modellen
- Gärten in der bildenden Kunst, Literatur oder Musik

Themenvorschläge (in deutscher oder englischer Sprache) für bislang unpublizierte Beiträge mit einer Zusammenfassung (maximal 2.000 Zeichen) und einem CV (mit Angaben der einschlägigen Publikationen) werden erbeten bis zum 30. September 2021 an: Hainhofer-Kolloquium-4@t-online.de.

Die Reise- sowie Übernachtungs- und Verpflegungskosten werden vom Veranstalter übernommen. Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch.

Doktoranden sowie Wissenschaftler:innen der Post-doc-Phase werden ausdrücklich zur Bewerbung ermutigt.

Die Tagungsbeiträge sollen in einem von Andreas Tacke, Iris Lauterbach und Michael Wenzel herausgegebenen Sammelband in der Hainhoferiana-Schriftenreihe der Schwabenakademie Irsee beim Michael Imhof Verlag (Petersberg) im Frühjahr 2023 gedruckt vorliegen.

Den Rahmen der Philipp-Hainhofer-Kolloquien der Schwabenakademie Irsee bildet das Langzeitvorhaben der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) „Kommentierte digitale Edition der Reise- und Sammlungsbeschreibungen Philipp Hainhofers (1578–1647)“. Für das IV. Philipp-Hainhofer-Kolloquium der Schwabenakademie Irsee konnte Prof. Dr. Iris Lauterbach vom Zentralinstitut für Kunstgeschichte (München) als Kooperationspartnerin gewonnen werden.

Kontakt

Hainhofer-Kolloquium-4@t-online.de

<https://www.zikg.eu/aktuelles/nachrichten/call-for-papers-aspekte-deutscher-gartenkunst-irsee>

Zitation

Aspekte deutscher Gartenkunst der Frühen Neuzeit (ca. 1550 bis 1640). In: H-Soz-Kult, 04.07.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98663.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

28) "Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken

Veranstalter
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

40225 Düsseldorf

11.05.2022 - 13.05.2022

Anmeldefrist

31.07.2021

Von

Gero Faßbeck, Institut für Romanistik, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Im Mittelpunkt der Tagung steht die Frage, welche wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und ästhetischen Dynamiken durch Flüsse in Gang gesetzt werden. Neben konkreten Flussräumen (z.B. Rhein, Donau, Oder, Rhône, Ebro, Tiber) soll es dabei auch um Fragen des methodischen Zugriffs auf räumliche Flussdynamiken gehen. Flüsse, so die leitende These, sind nicht nur passive Objekte wissenschaftlicher Beschreibung, sondern sie sind selbst aktiv an der Konstituierung von Räumen beteiligt.

"Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken

Flüsse sind (genauso wie Meere oder Gebirge) seit jeher ein prägender Bestandteil von Räumen. Sie dienen als natürliche Grenzen, formen den Charakter einer Landschaft und prägen das Bild ganzer Regionen. Für die Wahrnehmung eines geografischen Raumes spielen Flüsse daher eine ganz wesentliche Rolle. Entsprechend werden ihre Lage und ihr Verlauf aufs Genaueste beschrieben, vermessen und kartografiert. Als natürliche Gebilde konfrontieren sie den Menschen mit Gefahren (Hochwasser, Dammbüche, usw.), deren Risiken durch Eingriffe in die Natur (z.B. Staudämme, Kanäle, Begradigungen) minimiert werden. Umgekehrt macht sich der Mensch das natürliche Potenzial von Flussräumen auch zu Nutze (z.B. Wasserkraft, Landwirtschaft). Flüsse sind jedoch nicht nur das passive Objekt wissenschaftlich-technischer Naturbeherrschung, sondern sie sind selbst aktiv an der Konstitution von Räumen beteiligt. Begreift man Flüsse als eigenständige Akteure im Rahmen einer Netzwerk-Theorie, so stellt sich die Frage, welche Dynamiken durch sie in Gang gesetzt werden.

In ökonomischer Hinsicht dienen Flüsse als wichtige Transport- und Verkehrswege. Sie sind Lebensadern der Wirtschaft, die zur Verflechtung von Wirtschaftsräumen beitragen. Ihre verkehrstechnische Nutzung zieht eine Vielzahl von juristischen Diskursen nach sich, die ihrerseits wieder neue Dynamiken erzeugen, indem sie (supra-)staatliche Gesetzgebungen anregen, aus denen neue Institutionen hervorgehen. In politischer Hinsicht sind Flüsse oftmals umkämpfte Grenzen oder Orte kriegerischer Auseinandersetzungen. Mitunter werden sie zur Projektionsfläche für nationale Diskurse, an denen sich langlebige Feindschaften ausbilden (z.B. Rhein, Oder-Neiße). Gleichzeitig bilden sie aber auch Räume des Kontakts, in denen kulturelle Transfer- und Austauschprozesse stattfinden. Flussräume sind somit exemplarische Räume der Abgrenzung und der Verflechtung. Als solche tragen sie entscheidend zur Herausbildung von Raumkulturen bzw. zur Entstehung von Kulturräumen bei (z.B. Donau, Rhein, Oder, Rhône, Tiber, Ebro). Nicht zufällig gilt der Fluss seit der Antike (Heraklit) als Sinnbild für Identitätsproblematiken schlechthin. Denn Flüsse konstituieren Räume mit erheblicher Beharrungskraft, die gerade deswegen konstant bleiben, weil sie immer in Bewegung sind.

Das paradoxe Verhältnis von Konstanz und Veränderung eignet sich auch für ästhetische Diskurse. Bereits im Mythos wird der Fluss als metaphorische Schwelle bzw. Ort des Übergangs markiert (z.B. Lethe, Rubikon). In der Bibel ist er ein Symbol für Reinigung und Heilung (z.B. Jordan). Überaus häufig begegnet man Fluss-Symboliken in Sagen, Märchen und Legenden (z.B. Loreley). Überhaupt scheinen Flussräume in besondere Weise anschlussfähig für eine Imagologie des Wassers zu sein. Daneben spielt der Fluss aber auch eine Rolle bei der Entstehung von Kulturtechniken (z.B. Baden, Schwimmen, Waschen, Kuren) und künstlerisch-diskursiven Praktiken (z.B. Rhein-Romantik). Letztere verbinden sich auffällig häufig mit Flussabschnitten, die als Knotenpunkte für Transferprozesse zwischen einzelnen Regionen dienen (z.B. Furten, Zusammenflüsse). Oftmals bilden diese Räume schon nach kurzer Zeit eigene „Kulturlandschaften“, d.h. räumliche Einheiten, die über bestimmte Merkmale verfügen und an denen sich ein einheitlicher „Stil“ (im Unterschied zu kurzfristigen Moden) entwickelt. Bezeichnenderweise haben sich Orte des Wissens (z.B. Bibliotheken, Klöster, Stifte) im Mittelalter bevorzugt an solchen Flussabschnitten angesiedelt, deren begünstigende Faktoren auch dazu beigetragen haben, künstlerische Praktiken zu verbreiten.

Im Rahmen der Tagung sollen sowohl konkrete Flussräume als auch einzelne der hier vorgestellten Flusssynamiken aus einer geistes- und kulturwissenschaftlichen Perspektive beleuchtet werden. Das Verhältnis von Flusssynamiken und Raumkulturen soll dabei aus einer längeren historischen Perspektive untersucht werden, die den Zeitraum vom Mittelalter bis zum 19. und 20. Jahrhundert abdeckt. Neben thematisch-inhaltlichen Aspekten sind insbesondere auch Beiträge erwünscht, die sich mit methodischen Fragen auseinandersetzen.

Mögliche Themen oder Fragestellungen der Beiträge könnten u.a. sein:

- Wie lassen sich Flussräume mit ihren spezifischen Eigenheiten und Verflechtungen über (nationale) Grenzen hinweg beschreiben?
- Wie lassen sich der Fluss und seine dazugehörigen Elemente (Strom, Quelle, Mündung, Fließen, usw.) für eine Analyse von Raumkulturen / Kulturräumen operationalisieren?
- Welche Rolle spielen Flüsse für die Konstitution von Räumen? Welcher kulturellen Anstrengungen bedarf es, um Flüsse als räumliche Einheiten zu konstituieren?
- Inwiefern wird die Wahrnehmung von geografischen Räumen durch Flüsse gelenkt und welche Faktoren tragen dazu bei, dass sich die Raumwahrnehmung verändert?
- Welche Art von wirtschaftlichen, politischen, ästhetischen und künstlerisch-diskursiven Dynamiken entstehen entlang von Flussläufen?

Die Tagung wird organisiert vom Forschungsverbund "Fluide Räume" der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Zu den beteiligten Fachdisziplinen gehören das Institut für Geschichte, germanistische Mediävistik, Romanistik und Kunstgeschichte.

Beiträge aus anderen als den genannten Disziplinen sind jedoch explizit erwünscht.

Die Tagung beginnt am Mittwoch, den 11. Mai 2022, und endet am Freitag, den 13. Mai 2022, jeweils gegen Abend. Veranstaltungsort ist das Haus der Universität Düsseldorf, Shadowplatz 14, 40212 Düsseldorf. Die Anwesenheit der Tagungsteilnehmer an allen drei Veranstaltungstagen ist erwünscht. Kosten für Unterkunft und Reise werden erstattet. Honorare können nicht gezahlt werden.

Wir erbitten die Einsendung von Abstracts (max. 2500 Zeichen) bis zum 31.07.2021 an Fluide.Raeume@hhu.de.

Veranstalter:

Geographie Fehlanzeige! Warum?

Prof. Dr. Achim Landwehr
Institut für Geschichte
Heinrich-Heine-Universität
Gebäude 23.32
Universitätsstraße 1
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Guido Thiemeyer
Institut für Geschichte
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 23.31
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Ricarda Bauschke-Hartung
Institut für Germanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.54
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Andrea von Hülsen-Esch
Institut für Kunstgeschichte
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Ursula Hennigfeld
Institut für Romanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Dr. Gero Faßbeck
Institut für Romanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Kontakt: Fluide.Raeume@hhu.de

Zitation

"Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken. In: H-Soz-Kult, 03.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98109.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

29) IFZO-Konferenz „Ostsee im Austausch. Transformationen zwischen Konflikt und Kooperation“

Veranstalter

Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO), Universität Greifswald

Veranstaltungsort

Greifswald

Gefördert durch

Bundesministerium für Bildung und Forschung, BMBF

17487 Greifswald

Vom - Bis

07.07.2022 - 09.07.2022

Anmeldefrist

10.11.2021

Von

Alexander Drost, Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO), Universität Greifswald

Im Mittelpunkt der Konferenz steht die Erforschung von gegenwärtigen und historischen Transformationsprozessen im Ostseeraum. In den Forschungsfeldern "Geteiltes Kulturelles Erbe", "Energietransformation", "Sicherheitsarchitektur", "Ländliche Räume", "Neue Nationalismen", "Nachhaltigkeit" sowie "Raum-Zeitliche Muster der Landnutzung" wollen wir den Wandel von Technologien, Bedeutungen, Werten und Traditionen in transformativen Prozessen und deren Auswirkungen auf die Region diskutieren.

IFZO-Konferenz „Ostsee im Austausch. Transformationen zwischen Konflikt und Kooperation“

CALL FOR PAPERS

Im Mittelpunkt der Konferenz steht die Erforschung von Transformationsprozessen im Ostseeraum. Die Gesellschaften des Ostseeraums müssen im Kontext von Klimakatastrophe, politischer Radikalisierung und wirtschaftlichen Herausforderungen einen grundlegenden Wandel gemeinsam bewältigen. Dieser betrifft gleichermaßen überholte Technologien und eingeübte Praktiken als auch die Bedeutungs- und Wertesysteme, die in Jahrhunderten aus Interaktion, Integration und gemeinsamer Problemlösungskompetenz hervorgegangen sind. Ohne erneuerbare Energien, nachhaltige Wirtschaftsmodelle und Transportsysteme sowie deren Akzeptanz wird man den Wandel des Ostseeraums nicht angehen können. Gleichzeitig stehen Lebensräume und Leistungen auf dem Spiel, die die Gesundheits- und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum ebenso

gefährden wie das kulturelle Erbe der gesamten Region. Neue Ideen und Ansätze müssen dabei nicht nur entwickelt, sondern ebenso übersetzt, beschrieben und vermittelt werden. Aufgrund ihres komplexen Charakters haben Transformationen in vielen Forschungsbereichen ihre Spuren hinterlassen. Wir laden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu den folgenden Streams ein, um ihre Beobachtungen, Fragestellungen und Ergebnisse zu Transformationsprozessen im Ostseeraum zu teilen und interdisziplinär zu diskutieren. Die Tagung soll damit einen Beitrag zu einem verbesserten Verständnis der vielfältigen Fragmentierungsmechanismen in Transformationsprozessen liefern und helfen, übergreifende Fragestellungen interdisziplinär weiterzuentwickeln. Im Stream „Geteiltes Kulturelles Erbe“ wollen wir ein gewandeltes Verständnis kulturellen Erbes am Beispiel verschiedener Formen von konfliktbehafteten und ungewollten Erbschaften (Monumenten, militärischen, industriellen Hinterlassenschaften), von Kulturlandschaften bis hin zu kulturellen Kanons und deren Neusemantisierungen diskutieren.

Im Stream „Energietransformation“ stehen rechtliche und sozialwissenschaftliche Fragestellungen im Mittelpunkt der Diskussion, die unter anderem die ambivalente Position von „Nord Stream 2“ im Kontext erneuerbarer Energien beleuchtet. Ebenso laden wir Beiträge zur nachhaltigen Energieversorgung im ländlichen Raum und zur Diskussion eines einheitlichen Energiemarktes im Ostseeraum ein.

Im Stream „Sicherheitsarchitektur“ werden wir die sich verändernde politische, militärische und infrastrukturelle Situation im Ostseeraum diskutieren und begrüßen Beiträge zum NATO-Russland Verhältnis in der Region, militärischen Manövern und zur Rolle nationaler Sicherheitsinteressen im Kontext der anstehenden Transformationsprozesse. Im Stream „Ländliche Räume“ laden wir zur Diskussion von Innovationen/Best-Practice-Beispielen der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen des Ostseeraums ein. Im Mittelpunkt stehen dabei sowohl Fallbeispiele aus den Bereichen Gesundheitsversorgung, Entrepreneurship und Finanzierungssysteme als auch übergreifende Fragen der räumlichen Übertragung von Politiken (policy mobilities).

Im Stream „Neue Nationalismen“ stehen die Themen Geschichtskonstruktionen, Gendernarrative und Minderheitendiskurse neu-nationalistischer Bewegungen und Akteur*innen im Zentrum der Diskussion. Der Fokus liegt auf Erinnerungspolitik, nationalen Minderheiten und Minderheitenpolitik sowie sprachlichen bzw. soziolinguistischen Aspekten.

Im Stream „Nachhaltigkeitstransformation“ fokussieren wir auf die Rolle von Verhaltensänderungen im Transformationsprozess, den Wandel zu nachhaltigen Wirtschaftsformen und Einträge in die Ostsee. Diese Themen berühren zudem Fragen von Nutzungskonflikten, Nachhaltigkeitspolitik und Nachhaltigkeitspsychologie. Im Stream „Raum-zeitliche Muster der Landnutzung“ begrüßen wir Beiträge zum Wandel der Landnutzung nach markanten Umbruchssituationen, u. a. dem Zusammenbruch des Ostblocks, Tschernobyl, oder dem Ukraine Konflikt.

Das Interdisziplinäre Forschungszentrum Ostseeraum bündelt die Forschungskompetenzen zum Ostseeraum an der Universität Greifswald und bietet internationalen Nachwuchs- und Gastwissenschaftler*innen ein innovatives Forschungsumfeld.

Im IFZO-Forschungsverbund „Fragmentierte Transformationen. Wahrnehmungen, Konstruktionen, Verfasstheiten einer Region im Wandel“ werden in sieben interdisziplinären Forschungsgruppen Transformationsprozesse zum neuen Verständnis des kulturellen Erbes, der Energiewende, dem Wandel von Sicherheitsarchitektur und Daseinsvorsorge, dem Aufkommen neuer Nationalismen, der Nachhaltigkeitstransformation und Landnutzung im Ostseeraum untersucht.

Panel- und Paper-Bewerbungen mit Titel, Abstract (300 Zeichen) und Kurz-CV per E-Mail bis zum 10. November an ifzo@uni-greifswald.de.

Kontakt

Dr. Alexander Drost
Universität Greifswald
Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO)
Bahnhofstraße 51
17489 Greifswald
ifzo@uni-greifswald.de

<https://phil.uni-greifswald.de/institute/einrichtungen/ifzo/ifzo-neuigkeiten/ifzo-neuigkeiten-detailansicht/n/cfp-ifzo-konferenz-ostsee-im-austausch-transformationen-zwischen-konflikt-und-kooperation/>

Zitation

IFZO-Konferenz „Ostsee im Austausch. Transformationen zwischen Konflikt und Kooperation“. In: H-Soz-Kult, 13.09.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-112800.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

30) Slavistiktag 2022

Veranstalter
Verband der deutschen Slavistik (Ruhr-Universität Bochum)

Ausrichter
Ruhr-Universität Bochum
44780 Bochum

21.09.2022 - 24.09.2022

Anmeldung bis:
15.01.2022

Von

Thomas Skowronek, Seminar für Slavistik / Lotman-Institut für russische Kultur, Ruhr-Universität Bochum

Der 14. Deutsche Slavistiktag findet vom 21. bis 24. September 2022 an der Ruhr-Universität Bochum statt. Der Verband der deutschen Slavistik lädt alle promovierten Slavist:innen und Doktorand:innen aus dem deutschsprachigen Raum sowie internationale Gäste zur aktiven Teilnahme ein; die Einladung zur passiven Teilnahme richtet sich auch an Studierende.

Der Deutsche Slavistiktag ist die zentrale Tagung der deutschsprachigen Slavistik. Alle drei bis vier Jahre versammelt er Forschende, die sich mit der slavischen Welt und ihrer Erkundung im Bereich der Literatur-, Kultur- und Medienwissenschaft, der Linguistik und der Fachdidaktik auseinandersetzen.

Der 14. Deutsche Slavistiktag findet vom 21. bis 24. September 2022 an der Ruhr-Universität Bochum statt. Der Verband der deutschen Slavistik lädt alle promovierten Slavist:innen und Doktorand:innen aus dem deutschsprachigen Raum sowie internationale Gäste zur aktiven Teilnahme ein; die Einladung zur passiven Teilnahme richtet sich auch an Studierende. Ihre Bewerbung schicken Sie bitte an: slavtag2022@rub.de

Programm

- bis 15. Januar 2022: Bewerbung für aktive Teilnahme, Einreichung der Abstracts
- bis 15. Februar 2022: Information über die Annahme des Themenvorschlags
- 15. Februar – 1. Juni 2022: Nach Zusage Zahlung des Kongressbeitrags (verbindliche Anmeldung)
- bis 1. September 2022: Anmeldung für passive Teilnahme
- 21.–24. September 2022: 14. Deutscher Slavistiktag

Kontakt

slavtag2022@rub.de

<https://slavtag2022.blogs.ruhr-uni-bochum.de>

Zitation

Slavistiktag 2022. In: H-Soz-Kult, 06.05.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-97428.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved.
This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

31) War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923

Veranstalter

Jagellonen-Universität Krakau, Pädagogische Universität Krakau

Veranstaltungsort

31007 Krakau

Vom - Bis

19.10.2022 - 22.10.2022

Frist

01.08.2021

Von

Kamil Ruszala, Institut für Geschichte, Jagellonen-Universität-Krakau

Every five years since 2007, Kraków has hosted the International Congress of Polish History. From its beginnings, the main aim of the Congress has been to provide a forum for developing dialogue, exchanging experiences and inspiration, and popularizing research in Polish history. As a part of the 4th Congress, we propose a panel entitled: “War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923”.

Every five years since 2007, Kraków has hosted the International Congress of Polish History. Each of these remarkable events has brought together hundreds of scholars from all over the world to share their interest in Poland’s history, culture, and language. From its beginnings, the main aim of the Congress has been to provide a forum for developing dialogue, exchanging experiences and inspiration, and popularizing research in Polish history. We have now begun planning for the continuation of this project, and we warmly

invite you to be part of this, the fourth International Congress of Polish History. In spite of the uncertainty and unpredictability that the pandemic has brought, we are going ahead with the organization of the Congress, firm in the belief that it will be possible for us all to meet safely in Kraków in October 2022. The theme of the Congress will be 'Cultural Encounters'. We set out to look at the history of the Polish lands through the lens of mutual relations and interaction and of the multiple cultural currents and models that have circulated in the country for centuries. Ideas, customs, identities and languages, have come together as if in a crucible, a laboratory, or a transshipment port. Cultural, ethnic, linguistic, religious, economic, demographic, and social diversity has always been a dominant note in Poland's past, and has left lasting traces in its cultural legacy and collective identity. As we invite our fellow scholars with research interests in Poland to Kraków, we hope to explore the dynamics, scale, and complexity of these interactions, probe the main channels of transmission and retransmission, and consider the outcomes for Poland of these cultural encounters. We have pledged to adopt the broadest possible definition of culture, to take account of both its elevated and popular registers.

As a part of the 4th Congress, we propose a panel entitled: "War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923". Within this framework, we seek to reconsider the Polish territories as a meeting point of cultures and nations during the First World War and the early post-war periods. This extended historical moment saw the last gasp of land empires that died on the battlefield and the birth of a multi-cultural, post-imperial Polish state from the remnants of three empires. The process of imperial collapse and the construction of new nation states was accompanied by multiple cultural clashes in a context of lingering influences from pre-war times. We invite presentations examining various aspects of these cultural encounters including:

- The experience of non-Polish members of imperial armies stationed in Galicia or Congress-Poland (e.g., Austrians, Hungarians, Slovenes, Slovaks, Czechs, Romanians, Germans, Russians) and their interactions with local populations;
- Impressions of non-combatants during World War I and the border conflicts that followed it, including the experiences and observations of war reporters, politicians, diplomatic staff, intellectuals, artists etc.;
- Post-war realities, including the observations of staff and representatives (of non-Polish background) from international foreign missions after 1918 in the newly-created Second Republic of Poland;
- Post-war transitions such as shifts in a sense of belonging after the rise of new states, changes in self-identification on cultural grounds before and after 1918;
- People on move: wartime migrations (refugees, exile, internment, repatriations) and a cultural encounters;
- The remnants and cultural memory of empires and war, including the repurposing of physical remains such as fortresses, internment and POW camps, sites of memory such as monuments and cemeteries, artistic renderings of memory, or residual administrative practices carrying over from imperial rule and wartime, trying to ask where we find continuity and where we see rupture after 1918 with the earlier systems of rule;
- Cultural encounters in the early years of newly-created Poland after 1918, dominated by Poles but inhabited by other nations (Ukrainians, Jews, Belarussians and Germans), whose

sense of belonging was different (especially those arising as a consequence of long-lasting conflicts).

Any other potential contributions linking cultural encounters and Polish territory in WW1 are warmly welcome.

The 4th Congress is scheduled for October 19–22, 2022 and will be held in Kraków. The languages of the Congress will be English and Polish. For our panel “War and Diversity” we invite up to 8 speakers and discussants, all contributions should be approximately 20 minutes in length. Please submit proposals of approximately 250 words to Keely Stauter-Halsted (stauterh@uic.edu) and Kamil Ruzsała (kamil.ruzsala@uj.edu.pl) by August 1, 2021. The complete roster of speakers will be announced by the end of Summer 2021. Congress organisers are seeking funds for lodging in Kraków and to cover travel expenses (especially for non-European scholars). Further details will be provided later.

Panel moderators plan to follow-up after the Congress and collect contributions to publish in a journal as a special issue.

Kontakt

Keely Stauter-Halsted (stauterh@uic.edu); Kamil Ruzsała (kamil.ruzsala@uj.edu.pl)

Zitation

War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923. In: H-Soz-Kult, 26.07.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98951.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

32) HiKo_21 – Nachwuchsforum zur Preußischen Geschichte – 2022

Veranstalter

Historische Kommission zu Berlin / HiKo_21

Veranstaltungsort

Mittelhof (Nikolassee)

14129 Berlin

Vom - Bis

17.11.2022 - 18.11.2022

Frist

31.12.2021

Von

Daniel Benedikt Stienen, Bayerische Akademie der Wissenschaften

Das HiKo_21 – Nachwuchsforum ist eine Plattform für den wissenschaftlichen Nachwuchs in der Preußischen Geschichte.

HiKo_21 – Nachwuchsforum zur Preußischen Geschichte – 2022

Das HiKo_21 – Nachwuchsforum ist eine Plattform für den wissenschaftlichen Nachwuchs in der Preußischen Geschichte. Es dient der Präsentation und dem Austausch über Projekte unabhängig von Epoche und methodischem Zugriff. Zugleich bietet es einen Raum, um Anregungen für laufende Vorhaben zu sammeln, Forschungs-Netzwerke aufzubauen und die Sichtbarkeit der Disziplin ›Preußische Geschichte‹ nach außen zu erhöhen. Als offene, niederschwellige Veranstaltung soll es junge Forscherinnen und Forscher untereinander sowie mit Expertinnen und Experten der Preußenforschung vernetzen.

Das von der Historischen Kommission zu Berlin mit ihrem Nachwuchsnetzwerk HiKo_21 organisierte Forum findet erstmalig am 17./18. November 2022 in Berlin statt. Ziel ist es, einen Überblick über aktuelle Forschungsprojekte zu geben und einen interepochalen Austausch über die Geschichte Preußens zu ermöglichen. Das Forum richtet sich vorrangig an Promovierende, die ihre Forschungsprojekte vorstellen und sie mit anderen diskutieren möchten. Vorträge von fortgeschrittenen Studierenden oder jungen Post-Docs sind ebenfalls willkommen. Auf dem Forum, das zukünftig wiederholt werden soll, soll zudem ausgelotet werden, welche Austauschformate vom wissenschaftlichen Nachwuchs in der Preußischen Geschichte nachgefragt werden und welches Angebot geschaffen werden könnte. Vor diesem Hintergrund soll am Tagungsende unter den Teilnehmenden diskutiert werden, welche Formate wünschenswert wären und institutionalisiert werden könnten, um den akademischen Austausch und die Sichtbarkeit nach innen und außen zu stärken.

Das Forum findet ohne ein übergeordnetes Schwerpunktthema statt. So soll Teilnehmenden aus unterschiedlichen Epochen und Teildisziplinen die Gelegenheit gegeben werden, ihre Projekte zu präsentieren und Vernetzungsmöglichkeiten des Forums für sich zu nutzen. Die Veranstaltungssprache ist Deutsch. Beiträge können auch auf Englisch eingereicht und gehalten werden. Gewährleistet ist, dass Kosten als Aufwandspauschale in Höhe von 150 Euro von der Historischen Kommission getragen werden. Darüber hinaus bemüht sich die Kommission durch die Einwerbung von Drittmitteln darum, Reise- und Unterkunftskosten (bestenfalls in voller Höhe) zu erstatten.

Einreichung von Beiträgen:

- Abstract von ca. 500 Wörtern, aus dem das Thema des Projekts, die Fragestellung, Methodik, Quellen und der Stand der Arbeit hervorgehen
- wissenschaftlicher Lebenslauf (mit Angaben zur Betreuung sowie etwaigen Veröffentlichungen).

Wir bitten darum, alle Vorschläge in einem Worddokument (oder in einem vergleichbaren Format) einzureichen.

Bewerbungen sind spätestens bis zum **31. Dezember 2021** an info@hiko-berlin.de zu senden.

Die Auswahlentscheidungen werden Ende Februar 2022 mitgeteilt. Bei Zusage muss bis zum 15. Juni 2022 ein deutsch- oder englischsprachiges Paper von ca. 2.500–3.000 Wörtern eingereicht werden, das den Teilnehmenden vorab als Tagungsreader zur Verfügung gestellt wird.

Die Vorträge sollen dreißig Minuten nicht überschreiten. Eine Publikation der Beiträge ist nicht vorgesehen.

Dr. Sascha Bütow – Ellen Franke M. A. – Elisabeth Ruffert M. A. – Daniel Benedikt Stienen M. A.

Kontakt

info@hiko-berlin.de, danielstienen54@gmail.com

Zitation

HiKo_21 – Nachwuchsforum zur Preußischen Geschichte – 2022. In: H-Soz-Kult, 12.10.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-113396.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

Ausstellung

01) Utopie Kulturforum. Transformation eines Stadtviertels

Eine gemeinsame ‚Wander‘-Ausstellung der St. Matthäus-Kirche, der Philharmonie, der Neuen Nationalgalerie, der Kunstbibliothek, des Kunstgewerbemuseums und der Staatsbibliothek zu Berlin

27. August – 31. Dezember 2021

Montag – Sonnabend, 08 – 22 Uhr

Sonn- und Feiertage geschlossen

Bitte informieren Sie sich vor Ihrem Besuch aktuell in unserem Ausstellungsblog unter <http://sbb.berlin/ausstellungen> über die tägliche Öffnungszeit und die Zugangsbedingungen. Eintritt frei

Staatsbibliothek zu Berlin
Foyer
Potsdamer Straße 33
10785 Berlin

Alle Informationen finden Sie hier: <<https://blog.sbb.berlin/termin/ausstellung-utopie/>>

Im Augenblick ist es uns leider nicht möglich, Führungen in unseren Häusern anzubieten.

Die in Berlin geltenden Vorschriften zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie sind im Hinblick auf Personenzahl und Abstandsmaße nicht mit unserem regulären Führungsangebot einzuhalten.

Bitte achten Sie auf unsere [Webseiten](#) - wenn Führungen wieder möglich sind, werden wir dort informieren.

Aktuelle Covid 19-Hygieneregeln für den Besuch in unseren Häusern: [Covid-19 | Hygienekonzept | Staatsbibliothek zu Berlin \(staatsbibliothek-berlin.de\)](#)

Alle Termine vorbehaltlich der aktuellen Corona-Situation. In unserem [Blog](#) halten wir Sie stets auf dem Laufenden.

Kommunale Galerie Berlin

Hohenzollerndamm 176
10713 Berlin

Kontakt

t 030 | 9029 167 04 (Galerie)
t 030 | 9029 167 09 (Artothek)
t 030 | 9029 167 12 (Atelier)
f 030 | 9029 167 05

[info\[at\]kommunalegalerie-berlin.de](mailto:info[at]kommunalegalerie-berlin.de)

Leitung: Elke von der Lieth

t 030 | 9029 24100
f 030 | 9029 16705

Die Galerie ist eine Einrichtung des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf,
Fachbereich Kultur.

Öffnungszeiten Kommunale Galerie Berlin

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr
Mittwoch 10 bis 19 Uhr
Samstag und Sonntag 11 bis 17 Uhr

Eintritt frei

Öffnungszeiten Artothek

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr
Mittwoch von 10 bis 19 Uhr

Anfahrt

U3 | U7
Fehrbelliner Platz

101 | 104 | 115
Fehrbelliner Platz

**Liebe Besucher*innen, liebe Freund*innen der Kommunalen Galerie
Berlin,**

die Galerie ist geöffnet!

Aktuell ist der Galeriebesuch ohne Test-Nachweis und Zeitfenster
möglich. Zu Ihrem und unserem Schutz haben wir Maßnahmen getroffen, die
für den Besuch der Ausstellungen in der Kommunalen Galerie Berlin gelten:

- Das Tragen einer **FFP2- oder einer medizinischen Maske** in den Ausstellungsräumen ist für alle Besucher*innen und das Personal verpflichtend.

- Der **Abstand** von mindestens 1,5 m zu anderen Personen ist jederzeit einzuhalten. Bitte beachten Sie dies insbesondere im Ein- und Ausgangsbereich.

- Die Zahl der zugelassenen Besucher*innen ist beschränkt. Aufgrund dieser **Zugangsbeschränkungen** kann es zu Wartezeiten im Außenbereich der Galerie kommen.

- Die **Wegeführung** innerhalb der Galerie und die Begrenzungen der Personenzahl sind bindend. Bitte beachten Sie die Markierungen am Boden sowie die **Höchstzahl** der pro Raum zugelassenen Personen.

- Gruppenbesuche sind **nicht** möglich.

- Personen, die nahen Kontakt zu einer erkrankten Person, selbst Symptome eines Atemwegsinfekts oder den Verdacht auf eine mögliche Covid-19-Infektion haben, dürfen die Galerie nicht betreten.

Bei **Veranstaltungen** werden die Daten der Besucher*innen registriert, um die Kontaktnachverfolgung zu gewährleisten.

Zutritt zur Veranstaltung haben aktuell **Geimpfte, Genesene und Getestete (3G-Regel)**. Bitte kommen Sie rechtzeitig, um eine reibungslose Zutrittsprüfung zu ermöglichen. Bei Soft-Openings und Soft-Finissagen finden die 3G-Regel und die Registrierung keine Anwendung.

Es gilt die aktuelle SARS-CoV-2 Infektionsschutzverordnung des Landes Berlin.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Das Team der Kommunalen Galerie Berlin

02) Hiersein, Being Here, להיות כאן

Gruppenausstellung anlässlich des Festjahres
1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland
kuratiert von Birgit Szepanski



Paula Elion, Magda with her children, 2021, Installation mit bemalten und bestickten Second-Hand-Textilien

[Festjahr 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland - #JLID2021](#)

Paula Elion
Michal Fuchs
Olaf Kühnemann
Atalya Laufer
Elke Renate Steiner
Heike Steinweg
Birgit Szepanski

Ausstellung

5. September bis 21. November 2021

[Festjahr 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland - #JLID2021](#)

Rahmenprogramm zur Ausstellung

Künstler*innengespräch am Sonntag, 7. November 2021, 14 Uhr

Mit Atalya Laufer, Olaf Kühnemann, Heike Steinweg und Birgit Szepanski
Telefonische Anmeldung unter 030 9029 16704

Soft Finissage am Samstag, 20. November 2021 von 14-17 Uhr

Mit Olaf Kühnemann, Atalya Laufer, Elke Renate Steiner, Heike Steinweg und Birgit Szepanski
Es können ohne Voranmeldung 12 Personen zeitgleich die Ausstellung besuchen.

Bitte beachten Sie die [aktuellen Regelungen](#).

[Text zur Ausstellung von Dr. Birgit Szepanski](#)

[Grußwort zur Ausstellung von Eva Lezzi, Autorin \(Ausschnitt\)](#)

Die Ausstellung *Hiersein, Being Here, כאן להיות* möchte einem breiten Publikum zeitgenössische Perspektiven auf das deutsch-jüdische Stadtleben zugänglich machen. Sieben zeitgenössische Künstler*innen präsentieren mit Zeichnung, Malerei, Fotografie, Konzeptkunst und Comic ihre individuellen und kritischen Sichtweisen auf Familie, Herkunftsorte, Identitäten und die jüdische und deutsche Geschichte. Die inhaltliche Vielfalt spiegelt sich in der Spannbreite der künstlerischen Medien wider.

Ein Schwerpunkt der Ausstellung ist, eine lebendige, kulturelle Pluralität in Bezug zum Stadtleben und Begegnungen in der Stadt zu präsentieren. Berlin ist eine Stadt, die von Zuwanderung lebt und lebte. Für Künstler*innen ist Berlin aufgrund seiner offenen Struktur und Wandelbarkeit Lebens- und Arbeitsort geworden, dies zeigen auch Künstler*innen mit jüdischen Wurzeln, die nach dem Holocaust als sogenannte ›dritte Generation‹ in Berlin leben. Die Reflexion und das Interesse an jüdischer Kultur teilen sie sich mit deutschen Künstler*innen, die sich in ihren Kunstwerken mit Erinnerung und Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands auseinandersetzen. Die Ausstellung gibt Einblicke in diese Auseinandersetzungen und thematische Vernetzungen: Wer blickt wie auf die Geschichte Deutschlands? Welche Perspektiven entstehen durch Künstler*innen, die aus Israel und anderen Ländern nach Berlin zogen? Wie setzen sie sich mit der jüdischen und deutschen Kultur auseinander? Wie gehen Künstler*innen mit deutscher Herkunft mit dem Gedenken in der Stadt um?

Hiersein, Being Here, כאן להיות vermittelt, neben einem (neuen) Selbstverständnis in Deutschland und Berlin zu leben, auch andere Bedeutungsebenen: Die Fragilität einer kulturellen Identität und die Brüche und Reflexionen der jüdischen und deutschen Geschichte. Die Künstler*innen stellen sich dieser Spannung und Reflexion und lassen die Besucher*innen daran teilhaben. Sich in der Gegenwart zu verorten ist zugleich eine Herausforderung und Einladung.

Die Kunstwerke von Olaf Kühnemann (Zeichnung, Skulptur), Michal Fuchs (Zeichnung, Skulptur), Paula Elion (Installation mit Objekten), Atalya Laufer (Installation, Zeichnung, Fotografie), Elke Renate Steiner (Comic/Bücher), Heike Steinweg (Fotografie) und Birgit Szepanski (Installation, Objekte, Artists Book) und ihre Zusammenstellung gibt den Besucher*innen der Ausstellung *Hiersein, Being Here, כאן להיות* inhaltliche, kritische und ästhetische Anstöße, über jüdisches und deutsches Leben und Kultur in Berlin nachzudenken. Die Kunstwerke stimulieren durch ihre handwerkliche Machart und Medienvielfalt die sinnliche Wahrnehmung und eröffnen dadurch einen weiteren Zugang.

Seite 598 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

Die Idee des Sich-Begegnens in der Stadt und der damit verbundene, pluralistische Gedanke wird in der Ausstellung nachvollzogen.

Zur Ausstellung wird ein vielfältiges Bildungs- und Vermittlungsprogramm von der Kommunalen Galerie Berlin angeboten.

Weitere Informationen zum Festjahr 1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland hier:

[#2021JLID](#)

2021 JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND



Heike Steinweg, Open History, 2015, Na`ama Ityel, Eyal Roth, Meira Meisler, Fotografien mit Texttafeln



Michal Fuchs, Disillusionment, 2021, Betonskulpturen auf dem Boden, Ausstellungsansicht



Atalya Laufer, Ohne Titel (aus der Serie Yaakov), 2021, Wandinstallation mit von ihr gezeichneten Texten des Bildhauers Ben Yaakov, (Archiv Kibbuz Hazorea, Israel) und Fotografien aus einer gleichnamigen Fotografieserie von 2015



Olaf Kühnemann, Grid References, 2020/2021, Buntstiftzeichnung auf Papier



Birgit Szepanski, Mirroring City, 2021, Installation (Ausschnitt) aus einem Vorhang (mit Kaugummi), Collage mit einer Archivfotografie Helene Nathans (Museum Neukölln), textilen Objekten und Künstlerheften des Helene Nathan Verlages



Birgit Szepanski, *Mirroring City*, 2021, Installation (Ausschnitt), Künstlerheft des Helene Nathan Verlages



Elke Renate Steiner, *Woman Rabbi – Regina Jonas*, 2010/2021, Wandinstallation und Fensterzeichnungen, Comicbücher



Ausstellungsansicht



Künstler*innen in der Ausstellung (von li nach re): Atalya Laufer, Paula Elion, Birgit Szepanski, Olaf Kühnemann, Heike Steinweg



vor der Galerie (von li nach re): Magdalene Artelt; Dr. Felix Klein, Antisemitismusbeauftragter der Bundesrepublik Deutschland; Jeremy Issacharoff, Botschafter Israels in Deutschland; Laura Kam; Dr. Birgit Szepanski, Kuratorin und Künstlerin



Dr. Eva Lezzi, Autorin, spricht das Grußwort zur Eröffnung



Dr. Birgit Szepanski, Kuratorin und Künstlerin, spricht zur Einführung in die Ausstellung



Impression Ausstellungseröffnung



Impression Ausstellungseröffnung

Alle Fotos: Piotr Bialoglowicz

About the exhibition

The exhibition Hiersein, Being Here, להיות כאן aims to make contemporary perspectives on German-Jewish urban life accessible to a broad audience. Seven contemporary artists use drawing, painting, photography, conceptual art and comics to present their individual and critical perspectives on family, places of origin, identities and Jewish and German history. The diversity of content is mirrored by the range of artistic media.

One focus of the exhibition is to present a lively, cultural plurality in relation to urban life and encounters in the city. Berlin is a city that lives and has lived on immigration. For artists, Berlin has become a place to live and work due to its open structure and changeability. This can be seen also in the artists with Jewish roots who now live in Berlin as the so-called third generation following the Holocaust. They share the reflection on and interest in Jewish culture with German artists who deal with the memory and history of National Socialist Germany in their artworks. The exhibition provides insights into these examinations and thematic networks: Who looks at Germany's history and how? What perspectives are created by artists who moved to Berlin from Israel and other countries? How do they engage with Jewish and German culture? How do artists of German origin deal with commemoration in the city?

Hiersein, Being Here, להיות כאן conveys, besides a (new) self-conception of living in Germany and Berlin, other levels of meaning related to the fragility of one's cultural identity and the fractures and reflections of Jewish and German history. The artists confront this tension and reflection and let the visitors participate in it; to locate oneself in the present is both invitation and challenge.

Artists

The artworks by Olaf Kühnemann (installation, painting, drawing), Michal Fuchs (drawing, artist's book), Paula Elion (painting, drawing, objects), Atalya Laufer (drawing, objects), Elke Renate Steiner (comics, books), Heike Steinweg (photography) and Birgit Szepanski (installation, objects, artist's book) and their assembly here gives visitors to the exhibition substantive, critical and aesthetic impulses with which to think about Jewish and German life and culture in Berlin. The artworks also stimulate the viewer's sensory perception and become accessible through their craftsmanship and diversity of media. The idea of encountering one another in the city and the associated pluralistic notion becomes apparent in the way the exhibition is presented.

The exhibition is accompanied by a diverse educational and media program offered by the Kommunale Galerie Berlin.

Öffnungszeiten

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr

Mittwoch 10 bis 19 Uhr

Samstag und Sonntag 11 bis 17 Uhr

Vom 24.12.2021 bis 1.1.2022 ist die Galerie geschlossen.

Eintritt frei

Die Kommunale Galerie Berlin ist Mitglied im [Arbeitskreis Kommunale Galerien Berlin](#) (KGB)

03) Ausstellung des VIZ: „Spuren jüdischen Lebens in der Magistratsbibliothek Charlottenburg 1808-1945“

Ausstellung in der Rathausgalerie im November



Bild: BACW

„1700 Jahre jüdisches Leben“ gibt es nachweislich in Deutschland. Jahrhunderte dauerte es, bis Juden gleiche Bürgerrechte erhielten. Spuren dieser Entwicklung hat das Team des Verwaltungsinformationszentrums (VIZ), der ehemaligen Magistratsbibliothek, in seinen Buch- und Archivbeständen gefunden und anlässlich des Gedenkjahres zusammengetragen.

Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann eröffnet die Ausstellung am **Dienstag, 02. November 2021, um 17 Uhr** in der Rathausgalerie, Foyer im 2. Obergeschoss, Otto-Suhr-Allee 100.

Diese Spuren dokumentieren die Teilhabe von Juden an der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklung Charlottenburgs seit dem frühen 19. Jahrhundert. Sie zeigt beispielsweise das Emanzipationsedikt vom 11. März 1812, in dem der preußische König, Juden zwar zu „Einländern und preußischen Staatsbürgern“ erklärte, aber auch anordnete, dass die Familien „fest bestimmte Familien-Namen“ zu führen und ihre Handelsbücher und Verträge in „deutscher oder einer anderen lebenden Sprache“ abzufassen hätten.

Die Ausstellung zeigt Fotos und Dokumente von Männern wie Benno Jaffé (1840-1923), der sich als Stadtverordneter und Stadtrat von Charlottenburg um das Gemeinwesen verdient gemacht hat. Der Chemiker gründete nicht nur eine Fabrik, schuf auch eine Stiftung für Bedürftige und wurde Ehrenbürger der Stadt. Aber im Archiv des VIZ findet sich unter anderem auch ein Artikel aus dem Amtsblatt vom 20. Mai 1940, das „Einkaufszeiten für Juden“ festlegt, nur ein Schritt von vielen, mit dem die Nationalsozialisten Juden aus der Gesellschaft ausgeschlossen haben.

Zu sehen ist die Ausstellung bis zum 28. November bei freiem Eintritt zu den üblichen Öffnungszeiten des Rathauses.

04) Programme der Museen von Berlin Tempelhof-Schöneberg



Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Abteilung Bildung, Kultur und Soziales
Fachbereich Kunst, Kultur und Museen
Museen Tempelhof-Schöneberg

Museen Tempelhof-Schöneberg

Hauptstraße 40 /42
10827 Berlin

museum@ba-ts.berlin.de

Unser Sekretariat erreichen Sie zurzeit:
Montag bis Donnerstag von 9 bis 15 Uhr
Freitag von 9 - 14 Uhr

Tel. 030 90277-6163
museum@ba-ts.berlin.de

KUNST KULTUR GESCHICHTE

NOVEMBER 2021 BIS FEBRUAR 2022

- SO 7.11.**
14-17 UHR
JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier
Basteln, spielen, werken für die ganze Familie
- noch bis
SO 14.11.**
GALERIE 1m TEMPELHOF-MUSEUM
Dear Käthe – Claudia Balsters, Hannah Goldstein
Ausstellung
- noch bis
SO 12.12.**
HAUS am KLEISTPARK | PROJEKTRAUM
Woman – Fotografien von Birgit Kleber
Ausstellung
- noch bis
SO 10.4.**
SCHÖNEBERG MUSEUM
Handel & Wandel – Fotografien von André Kirchner
im Dialog mit historischen Ansichten | Ausstellung
- Mi 3.11. –
SO 20.3.**
TEMPELHOF MUSEUM
Unser Leben« Berlin als Zufluchtsstadt für jüdische
Displaced Persons nach 1945 | Sonderausstellung
- SO 7.11.**
15 UHR
SCHÖNEBERG MUSEUM
Handel & Wandel
Kuratorinnen-Führung

- FR 12.11. –
SO 12.12.**
HAUS am KLEISTPARK
Preis des Präsidenten der UdK Berlin
Ausstellung
- FR 12.11.**
18 UHR
CrossKultur 2021 – Tempelhof-Schöneberg in Bewegung
Eröffnungabend
- SO 14.11.**
15 UHR
MTR WAREN NACHBARN
Die Odyssee der Lilli Gettinger
Sonderausstellung
- DI 16.11.**
18:30 UHR
ARCHIV der MUSEEN TEMPELHOF-SCHÖNEBERG
Vielfalt der Erinnerung – Neue Perspektiven auf die
Geschichte des Bezirks | Archivprojekt
- SO 21.11.**
14-17 UHR
JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier
Basteln, spielen, werken für die ganze Familie
- DO 25.11.**
19 UHR
DEZENTRALE KULTURARBEIT
Mittelmeer-Geschichten
Musikalische Zeitreise
- FR 26.11. –
SO 16.1.**
GALERIE 1m TEMPELHOF MUSEUM
Ute Heffritz – Objekte und Skulpturen
Ausstellung

- FR 26.11.**
18 UHR
JUGEND MUSEUM
Betroffene berichten, Erzählungen leben
Videodokumentation und Gespräch
- SA 27.11.**
11 UHR
SCHÖNEBERG MUSEUM
»Lieber Instandbesetzen als kaputtbesitzen«
Stadtspaziergang mit Stefan Zolthauer
- SA 27.11.+
SO 28.11.**
jeweils 19 UHR
DEZENTRALE KULTURARBEIT
ICONS | ASANA – Stream of Consciousness | Tänzerin-
nen, live-Sprecher und Spoken Word-Zuspielband
- SO 28.11.**
16 UHR
SCHÖNEBERG MUSEUM
Handel & Wandel
Führung mit Fotograf und Autor André Kirchner
- SO 28.11.**
17 UHR
MUSEEN TEMPELHOF-SCHÖNEBERG
»Martene Dietrich« – Sag mir wo die Blumen sind...
Lesung mit Claudia Michelsen
- DI 30.11.**
19:30-22 UHR
DEZENTRALE KULTURARBEIT
100 Jahre Sophie Scholl – Was ist uns heute wichtig?
Projektion künstlerischer Arbeiten
- SO 5.12.**
14-17 UHR
JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier
Basteln, spielen, werken für die ganze Familie

MI 8.12.
18 UHR

DEZENTRALE KULTURARBEIT

Community Complex – eine gemeinsame Bühne
Tanz

SO 12.12.
15 UHR

SCHÖNEBERG MUSEUM

Handel & Wandel
Kuratorinnen-Führung

SO 19.12.
14–17 UHR

JUGEND MUSEUM

Offenes Atelier
Basteln, spielen, werken für die ganze Familie

**FR 14.1.–
SO 13.3.**

RAUS am KLEISTPARK

Palmenschatzen
Ausstellung

SO 16.1.
14–17 UHR

JUGEND MUSEUM

Offenes Atelier
Basteln, spielen, werken für die ganze Familie

**DI 18.1.–
SO 13.3.**

RAUS am KLEISTPARK | Projektraum

Meine Mutter, meine Schwester und ich
Fotografien von Christa Mayer | Ausstellung

**DO 27.1.–
SO 27.3.**

GALERIE im TENPELHOF MUSEUM

Nicht-Orte
Annabell Häfner | Ausstellung

SO 6.2.
14–17 UHR

JUGEND MUSEUM

Offenes Atelier
Basteln, spielen, werken für die ganze Familie

SO 20.2.
14–17 UHR

JUGEND MUSEUM

Offenes Atelier
Basteln, spielen, werken für die ganze Familie



Offenes Atelier im Jugend Museum, Foto: Peter Riefler



© Birgit Kleber, »Modern Queens #10«, 2019

ADRESSEN UND ÖFFNUNGSZEITEN

HAUS am KLEISTPARK

Grunewaldstraße 6-7, 10823 Berlin
Di bis So 11-18 Uhr
Do bis 20 Uhr

HAUS am KLEISTPARK | Projektraum

Di bis So 11-18 Uhr
Do bis 20 Uhr

GALERIE im TEMPELHOF MUSEUM

Alt-Mariendorf 43, 12107 Berlin
Mo bis Do 10-18 Uhr
Fr 10-14 Uhr, So 11-15 Uhr

Die Öffnungszeiten können sich während der Laufzeit des Booklets ändern. Aktuelle Hinweise auf www.hausamkleistpark.de

Telefon 030 - 90 277 6964
hausamkleistpark@ba-ts.berlin.de
www.hausamkleistpark.de

ADRESSEN UND ÖFFNUNGSZEITEN

Kindermuseum unterm Dach

Alte Mälzerei Lichtenrade
Empfang und Eingang 5. OG, Steinstraße 41, 12307 Berlin

Telefon 030 90277-3788 (für Buchungen)
kontakt@kindermuseum-unterm-dach.berlin
www.kindermuseum-unterm-dach.berlin

Für Familien: Mo bis Fr 14-18 Uhr, Sa und So 10-18 Uhr
Gruppen und Schulklassen nach Voranmeldung:
Mo bis Fr 9-14 Uhr, sowie nach Vereinbarung

 Zugang barrierefrei

Informationsort Schwerbelastungskörper

General-Pape-Straße/Loewenhardtä, 12101 Berlin
Telefon 030 - 90 277 6163
nur Gelände barrierefrei

Saisonal geschlossen bis 31. März 2022

Infos zu Führungen und Veranstaltungen finden Sie auf der Website www.schwerbelastungskoerper.de

ADRESSEN UND ÖFFNUNGSZEITEN

Jugend Museum | Schöneberg Museum

Hauptstraße 40/42, 10827 Berlin
Sa bis Do 14-18 Uhr, Fr 9-14 Uhr
Gruppen und Schulklassen nach Voranmeldung

Tempelhof Museum

Alt-Mariendorf 43, 12107 Berlin
Mo bis Do 10-18 Uhr, Fr 10-14 Uhr, So 11-15 Uhr
Gruppen und Schulklassen Mo-Fr nach Voranmeldung

Archiv und Bibliothek der Museen Tempelhof-Schöneberg

Hauptstraße 40/42, 10827 Berlin
Telefon 030 - 90 277 6214, archiv@ba-ts.berlin.de
Ein Besuch ist nur nach individueller Terminabsprache möglich.

Telefon 030 - 90 277 6163
museum@ba-ts.berlin.de
www.museen-tempelhof-schoeneberg.de

ADRESSEN UND ÖFFNUNGSZEITEN

Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße

Werner-Voß-Damm 54 a, 12101 Berlin
Telefon 030-90 277 6163
Di, Mi, Do, Sa und So 13-18 Uhr
Kostenlose Führungen jeden Sonntag um 13 Uhr

Infos zu Führungen und Workshops finden Sie auf der Webseite www.gedenkort-papestrasse.de



Alle Führungen der Museen und der historischen Orte werden auf Anfrage auch mit **Gebärdensprachdolmetscher_in** angeboten.

ADRESSEN UND ÖFFNUNGSZEITEN

Dezentrale Kulturarbeit

Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz 1, 10825 Berlin
♿ Zugang über Freiherr-vom-Stein-Straße
Sprechstunde mittwochs 15–18 Uhr.

Telefon 030-90 277 4347
peter.ruemenapp@ba-ts.berlin.de
www.dezentrale-kulturarbeit.de

Die Dezentrale Kulturarbeit ist verantwortlich für die Kunst- und Kulturförderung der Freien Szene im Bezirk.

»Wir waren Nachbarn«

Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz 1, 10825 Berlin
♿ Zugang über Freiherr-vom-Stein-Straße
Samstag bis Donnerstag 10–18 Uhr

Es finden regelmäßig Führungen statt.

Telefon 030-90 277 4527
projekt@wirwarennachbarn.de
www.wirwarennachbarn.de



Ausstellung Palmenschatten im Haus am Kleistpark, siehe S. 49
© Silke Leverkus, Ciuffenna, 2018

05) "Unser Leben" — Berlin als Zufluchtsstadt für jüdische Displaced Persons nach 1945

Pressemitteilung Nr. 361 vom 25.10.2021

Eine neue Sonderausstellung im Tempelhof Museum

Anhand von Selbstzeugnissen jüdischer Displaced Persons im Nachkriegsberlin erzählt die Ausstellung "Unser Leben" eine transhistorische Geschichte von Berlin als Stadt der Zuflucht und Migration.

Ausstellung vom 3. November 2021 bis 20. März 2022

Eröffnung: 3. November 2021

Vorbesichtigung mit der Kuratorin Johanna Blender: 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr

After Hour: 19:30 Uhr bis 21:00 Uhr

(Einlass und Teilnahme zur After Hour unter 3G-Bedingungen)

Ort: Tempelhof Museum, Alt-Mariendorf 43, 12107 Berlin

Geöffnet: Montag bis Donnerstag von 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Freitag von 10:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Sonntag von 11:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Informationen zur Ausstellung erhalten Sie auch auf der [Homepage der Museen Tempelhof-Schöneberg](#).

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Berlin zum Zufluchtsort für jüdische Displaced Persons (DP). Sie nannten sich **she'erit hapletah**, „die letzten Überlebenden“. Für die meisten von ihnen war Deutschland – als das Land der Täter_innen – der letzte Ort, an dem sie bleiben wollten. Dennoch entstanden in Mariendorf, Zehlendorf und Reinickendorf Lager, in denen jüdische DPs oft mehrere Jahre lebten.

Diese Orte entwickelten sich binnen kurzer Zeit zu kleinen selbstverwalteten Städten. Dort gab es Schulunterricht und berufliche Ausbildungsmöglichkeiten, Sportveranstaltungen zwischen den Lagern ebenso wie Kunst- und Kulturangebote, in denen sich die Bewohner_innen mit den traumatischen Erlebnissen der Shoah auseinandersetzen konnten.

Kulturstadtrat Matthias Steuckardt erklärt:

Die Ausstellung „Unser Leben“ im Tempelhof Museum gibt vielfältige Einblicke in den Alltag dieser Displaced Persons innerhalb und außerhalb der Lager und erzählt von ihren Hoffnungen auf eine Zukunft nach der Shoah. Auszüge aus der namensgebenden jiddischen Zeitschrift „Undser Lebn“, die seit August 1946 in den jüdischen DP-Lagern erschien, stehen im Zentrum der Ausstellung. Ergänzt werden sie von zahlreichen Selbstzeugnissen der Bewohnerinnen und Bewohnern sowie historischen Fotografien aus den Lagern.

Mit der Blockade Berlins 1948 endet auch die Geschichte der DP-Lager. Die meisten Displaced Persons verließen die Stadt und zogen nach Westdeutschland. Doch ist und bleibt Berlin bis heute für viele Menschen ein Ort der Migration und Zuflucht. Diesen Bogen schlägt die Ausstellung ebenfalls und stellt einige aktuelle Zufluchtsorte und migrantische Selbstorganisationen vor.

Die Sonderausstellung wurde von [Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung](#) in Kooperation mit den Museen Tempelhof-Schöneberg erstellt und wird im Tempelhof Museum gezeigt. Online ist sie in Kürze auch auf der Webseite von [We Refugees Archive](#) zu sehen, einer digitalen Bildungsplattform zu Flucht in Vergangenheit und Gegenwart.

Gefördert von der [Szloma-Albam-Stiftung](#) und der [Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa](#).

Pressestelle

[John-F.-Kennedy-Platz](#)
[10825 Berlin](#)

Telefon: (030) 90277-6281

pressestelle@ba-ts.berlin.de

06) Gerhart Hauptmann und Hiddensee

Eine Sonderführung mit Dorit Herden durch die Dauerausstellung des Gerhart-Hauptmann-Museums

Gerhart-Hauptmann-Tage 2021, Sonderführung
Mittwoche, 10. November 2021, 18:00 Uhr

Eintritt 3 Euro

Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner
Gerhart-Hauptmann-Str. 1-2
D-15537 Erkner

Dienstag bis Sonntag:
11.00 – 17.00 Uhr

Auskünfte
+49 (0)3362 36 63



Brandenburg-Preußen Museum
Wustrau

Andrea Seehausen
Büro- und Innenleitung
Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de
Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

07) (K)ein Kinderspiel – Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung
bis 05.12.2021

Besucherinformation Mai 2021 - Museum öffnet wieder ab 7. Mai 2021

Liebe Freunde und Freundinnen des Brandenburg-Preußen Museums,

wenige Tage nach Eröffnung einer der schönsten Sonderausstellungen unseres Museums haben wir leider wegen der Corona-Infektionszahlen in unserem Landkreis wieder schließen müssen.

Nun haben die Maßnahmen offenbar Erfolg gezeigt, ab Freitag und auch am kommenden Wochenende ist das Brandenburg-Preußen Museum wieder offen und hoffentlich auch darüber hinaus. Und wir freuen uns, Ihnen die Sonderausstellung

(K)ein Kinderspiel – Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung

zu zeigen.

Es gibt noch eine gute Nachricht aus Wustrau: Gemeinsam mit der Gemeinde Fehrbellin haben wir zwei sehr schöne und ganz unterschiedliche Rundwanderwege ab und nach Wustrau entwickelt, die nun ausgeschildert sind und der Wanderer harren, die den Frühling in der Natur genießen wollen. Der Zieten-Rundweg ist 5,8 km lang, er führt über den Rhin und dann nach links durch Wald und Wiese nach Altfriesack und entlang dem Ruppiner See zurück. Der Constanze-Rundweg ist 8,5 km lang und führt durch den historischen Dorfkern, knickt dann am preußischen Meilenstein links ab nach Buskow und führt in einer Schleife zum See und dann am See entlang zurück nach Wustrau – besonders für Vogelliebhaber zu empfehlen. In den Bäumen und Büschen herrscht Hochbetrieb. Für jeden der beiden Wanderwege hängt eine Karte dieser E-Mail an.

Auf Ihrer Wanderung können Sie täglich Fischbrötchen in der Fischerei Pfefferkorn bekommen und am Wochenende auch Kaffee und Kuchen im Café Constance. Sonntags bei schönem Wetter gibt es Essen im Theodors und voraussichtlich ab Pfingsten Eis im Birdegg's. Wir hoffen sehr, dass ab Pfingsten die Gastronomie zumindest außen wieder öffnen kann.

Da wir nur eine begrenzte Zahl von Besuchern gleichzeitig ins Museum lassen dürfen und für Museen eine Anmeldepflicht angeordnet ist, buchen Sie bitte über unsere Homepage ein Zeitfenster oder rufen Sie uns bitte vorher unter 033925 / 70 798 an bzw. senden Sie bitte eine E-Mail, damit wir Ihnen Ihre Besuchszeit reservieren.

Herzliche Grüße, und bleiben Sie gesund!
Ihr Brandenburg-Preußen Museum

Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de

Das Brandenburg-Preußen Museum
wird getragen von der
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand:
Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach
Steuernummer 27/643/03936

02) FINISSAGE der Ausstellung STREIFZÜGE / WĘDRÓWKI – Fotografien von Jacek Jaśko. Auf Streifzug – Gespräch mit dem Künstler

Wir laden Sie herzlich ein zu unseren Veranstaltungen

am Sonnabend, den 30. Oktober 2021, 15:00 Uhr!



Foto: SMG

Veranstaltung zur FINISSAGE der Ausstellung STREIFZÜGE / WĘDRÓWKI – Fotografien von Jacek Jaśko

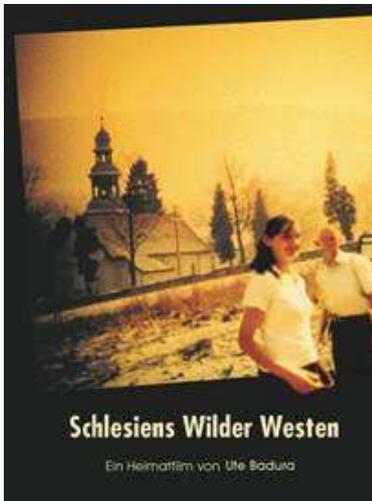
**15:00 Auf Streifzug – Gespräch mit dem Künstler Jacek Jaśko
Ort: Museum der Fotografie in Görlitz, Löbauer Str. 7, Eintritt frei**

Im einzigartigen Lichthof des Fotomuseums, inmitten der Ausstellung, wird Jacek Jaśko im Gespräch mit der Kulturreferentin Agnieszka Bormann und der Kuratorin Romy Czimmerings ganz persönliche Einblicke in seine fotografischen Arbeiten geben und uns von seiner Zeit in Kopaniec (Seiferschau) und dem Riesengebirge berichten.

Darüber hinaus präsentieren wir Bilder und Eindrücke von den Exkursionen, die im Rahmen des Projektes „SATELLITEN – Begegnungen mit zeitgenössischer Kunst in Schlesien“ stattgefunden haben. Dabei führte die letzte Exkursion nach Kopaniec, wo Jacek Jaśko mit der Ausstellung „Am Zaun KOPANIEC 2021“ mit 20 deutschen und polnischen Fotografen seine alte Idee der „Ausstellungen am Zaun“ mitten im Dorf wieder verwirklicht hat.

Die genannten Ausstellungen sind Teile des SATELLITEN-Projektes, gefördert durch die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit. Mehr dazu unter [Satelliten – Begegnungen mit zeitgenössischer Kunst in Schlesien](#).

Die Teilnehmerzahl ist auf 35 Personen begrenzt. Wir bitten um vorherige Anmeldung.



03) FINISSAGE der Ausstellung STREIFZÜGE / WĘDRÓWKI – Fotografien von Jacek Jaśko. Filmvorführung „Schlesiens Wilder Westen“, anschl. Publikumsgespräch mit der Filmemacherin Ute Badura und Jacek Jaśko

Veranstaltung zur FINISSAGE der Ausstellung STREIFZÜGE / WĘDRÓWKI – Fotografien von Jacek Jaśko

17:00 Filmvorführung „Schlesiens Wilder Westen“, anschl. Publikumsgespräch mit der Filmemacherin Ute Badura und Jacek Jaśko

Ort: Schlesisches Museum zu Görlitz, Eintritt frei

Im Schlesischen Museum wird der Dokumentarfilm „Schlesiens Wilder Westen“ (2002, 98 Min.) von Ute Badura präsentiert. Auch hier steht Kopaniec im Mittelpunkt. Unmittelbar nach dem Krieg lebten die alten deutschen und die neuen polnischen Bewohner mehrere Monate zusammen in einem Haus. Für beide Gruppen eine belastende, oft unerträgliche aber auch lehrreiche Situation. In dem Film erzählen die früheren und heutigen Bewohner von ihren Erinnerungen. Einer der Protagonisten ist Jacek Jaśko, der 20 Jahre lang in Kopaniec lebte.

Im Anschluss laden wir das Publikum ein, mit Ute Badura sowie mit Jacek Jaśko ins Gespräch zu kommen. Mehr zum Film: [Schlesiens Wilder Westen - Pressestimmen \(badurafilm.de\)](#).

Die Filmvorführung findet im Rahmen des Projektes „Schlesien – gemeinsames Natur- und Kulturerbe“ des Nationalparks Riesengebirge und des Schlesischen Museums zu Görlitz statt und wird gefördert aus dem Kooperationsprogramm Interreg Polen-Sachsen 2014-2020.

Die Teilnehmerzahl ist auf 35 Personen begrenzt. Wir bitten um vorherige Anmeldung.



Foto: Sosnowski

04) Musikalisch-literarischen Museumsrundgang **“Ein einz’ger Augenblick – Schlesien in Dur und Moll“**

Musikalisch-literarischen Museumsrundgang

30.10.2021, 18:00 “Ein einz’ger Augenblick – Schlesien in Dur und Moll“

Ort: Schlesisches Museum zu Görlitz, Teilnahme 20 Euro

Julia Boegershausen und Björn Beverich präsentieren in Liedern und Texten Höhen und Tiefen einer mitteleuropäischen Region von Rang. Die Künstler erwarten Sie mit ihren Instrumenten und Darbietungen inmitten historischer Zeugnisse und umgeben von der eindrucksvollen Renaissancearchitektur des Schönhofes. Lassen Sie sich von heiterem und nachdenklichem Liedgut mitnehmen in Schlesiens bewegte Vergangenheit und entdecken Sie das Land für sich neu.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Wir bitten um vorherige Anmeldung.

Anmeldung: kontakt@schlesisches-museum.de, +49 3581 87910 oder direkt an der Museumskasse.

Agnieszka Bormann
Martina Pietsch
Schlesisches Museum zu Görlitz
Untermarkt 4
02826 Görlitz
Tel. 03581/87910
abormann@schlesisches-museum.de
mpietsch@schlesisches-museum.de
www.schlesisches-museum.de

**05) Deutschland und Polen – Wegbereiter für Europas Zukunft?
30 Jahre Deutsch-Polnischer Nachbarschaftsvertrag**

**Freitag, den 05. November 2021, 18:30 – 21:00 Uhr
Schloss Johannisberg, Fürst-von-Metternich-Saal
65366 Geisenheim-Johannisberg
(kombinierte Präsenz- und Online-Veranstaltung)**

**Frau Staatsministerin Lucia Puttrich, Hessische Ministerin für Bundes- und
Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund**

und Prof. Dr. Peter Oliver Loew, Direktor des Deutschen Polen-Instituts

laden Sie herzlich ein zur Veranstaltung

**Deutschland und Polen – Wegbereiter für Europas Zukunft?
30 Jahre Deutsch-Polnischer Nachbarschaftsvertrag**

mit

Konrad Szymański, Minister für Europaangelegenheiten der Republik Polen

**Janusz Reiter, Botschafter der Republik Polen a. D., Vorstandsvorsitzender des
Center for International Relations Warschau**

**Rolf Nickel, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland a. D., Vizepräsident der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik**

durch die Veranstaltung führt:

Dr. Agnieszka Łada-Konefał

Stellv. Direktorin des Deutsches Polen-Instituts

**Anbei erhalten Sie Ihre persönliche Einladung. Bitte melden Sie sich mit
beigefügter Antwortkarte für die Präsenzveranstaltung oder den Videostream an.
Den Veranstaltungslink zur Online-Anmeldung finden Sie auf der Antwortkarte.**

**Für eine begrenzte Gästezahl ist eine Teilnahme an der Veranstaltung in Präsenz
möglich. Die Auswahl erfolgt nach der Reihenfolge der Anmeldungen. Mit Ihrer
Anmeldung zur Präsenzveranstaltung erkennen Sie die am Veranstaltungstag
geltende Coronavirus-Schutzverordnung des Landes Hessen an.**

www.staatskanzlei.de

06) Einblicke ins Depot des Sudetendeutschen Museums

Im Sudetendeutschen Museum in München sind mehr als tausend Ausstellungsstücke zu sehen. Weniger bekannt ist das Depot des Museums, das rund 40.000 weitere Objekte beherbergt. Im Depot findet ein wesentlicher Teil der musealen Arbeit statt: Hier werden neue Exponate aufgenommen, digital inventarisiert, konservatorisch behandelt und für eine spätere Präsentation - zum Beispiel im Rahmen von Sonderausstellungen - aufbewahrt. [Mit diesem Kurzfilm erhalten Sie einen exklusiven Einblick](#) in das Depot des Sudetendeutschen Museums, begleitet von Sammlungsleiter **Klaus Mohr**:

<https://www.youtube.com/watch?v=IAM3t3udysM>

Übrigens: bis zum **31. Juli 2021** ist der Eintritt ins Museum – [nach vorheriger Anmeldung](#) – gratis!

<https://www.sudetendeutsche-stiftung.de/sudetendeutschesmuseum/index.html>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2021

Wien, am 27. Mai 2021

07) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold

Liebe Museumsfreunde!



Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an unserem Veranstaltungsangebot. Leider ist damit zu rechnen, dass wir auch in diesem Jahr immer wieder neu aushandeln müssen, ob und in welcher Weise unsere Veranstaltungen stattfinden können. Bitte besuchen Sie uns regelmäßig auf unserer Homepage www.russlanddeutsche.de, um zu erfahren, in welcher Form die jeweiligen Veranstaltungen durchgeführt werden.

Alles Gute und beste Grüße

Ihr Museumsteam

Georgstraße 24
32756 Detmold
Ruf: 05231-921 6900
museum@russlanddeutsche.de
<https://www.russlanddeutsche.de>

Kulturreferat:

Ruf: 05231-921 6913
Mobil: 0162-646 2913
e.warkentin@russlanddeutsche.de

A. Besprechungen (Seite 624)

Wir lesen!

B. Besprechungen in Arbeit (Seite 624)

- 01) Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann. (Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference. Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.
Rezensent: Prof. Dr. Grischa Vercamer, Berlin/Chemnitz
- 02) Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von Schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020). 313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 03) Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland. (3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript (2021). 293 Seiten. ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00.
Rezensentin: Frau Dr. Maria Werthan, Langerwehe
- 04) Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehrfarbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche). Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten. = Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (S. 624 – 626)

- 01) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten. ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 02) Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.

- 03)** Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). (Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.
- 04)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann. Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 05)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 06)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makala. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 07)** Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten. ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.
- 08)** Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).
Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42. ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.
- 09)** Christhardt Henschel (Hg.): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939 – 1945. (19 SW-Abbildungen im Text). (Osnabrück) fibre (2021). 416 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.42. ISBN 978-3-944870-75-5. € 58,00
- 10)** Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.). Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten.
= Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.

- 11) Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945. (Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten.
= Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17.
ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00.
ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 0,00.
- 12) Reinhard Olt: Im Karpatenbogen. Ungarn und die Diaspora der Magyaren – Reportagen und Analysen. (mit mehrfarbigen Fotos). Budapest: Freunde von Ungarn Stiftung 2020. 232 Seiten. ISBN 978-615-81674-0-6.
- 13) Matthias Barelkowski und Christoph Schutte (Hg.): Neuer Staat, neue Identität? Deutsch-polnisch-jüdische Biografien in Polen nach 1918. (5 Abb.). (Osnabrück) fibre (2021). 347 Seiten.
= Polonica-Germanica. Schriften der Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e. V. 12. ISBN 978-3-944870-74-8. € 39,80.
- 14) Jörn Pekrul: Die ehemalige Reichsstraße 1 – eine europäische Handelsroute. Gewidmet das West- und Ostpreußen und ihren Nachkommen. Eine Publikation der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern e. V. (mit zahlreichen mehrfarbigen Abbildungen). [Augsburg] 2021. 79 Seiten.
Sonderausgabe 2021 Preußen-Kurier. Heimatnachrichten für Ost- und Westpreußen in Bayern. *[Gegen Spende von mindestens € 7,00 + Versandkosten].*



01) Einbahnstraße Borstellstraße – eine Fehlentscheidung.
Brief an die Straßenverkehrsamt von Berlin Steglitz-Zehlendorf



Verkehrszeichen Richtzeichen...

§ 42 Richtzeichen:

Richtzeichen geben **besondere** Hinweise zur Erleichterung des Verkehrs. Sie können auch Anordnung ...

tiefbauamt@ba-sz.berlin.de

Ccc: bzbm@ba-sz.berlin.de

Bcc: agom.westpreussen.berlin@gmail.com

13.04.2021, 10:40 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

wegen einer Baustelle ist seit einigen Wochen u.a. der Abschnitt der Borstellstraße zwischen Brandenburgischer Straße und Albrechtstraße zur Einbahnstraße umgewidmet worden. Ich halte das nach meinen Beobachtungen nicht für klug!

Es ist ein verhältnismäßig kurzer Straßenabschnitt von etwa 20 Metern. Nach meinen Beobachtungen ignorieren nicht nur große Lastfahrzeuge diese Regelung und fahren von der Brandenburgische Straße in Richtung Albrechtstraße der Einbahnstraße-Regelung entgegen. Den großen Lastfahrzeugen ist das auch nicht zu verdenken, denn andernfalls müssten sie sich im Zuge der Borstellstraße durch die mit Autos enggestellten Straßen quälen, sofern sie überhaupt von der Brandenburgische Straße her nach rechts in die Borstellstraße Richtung Stephanstraße (auch eine Einbahnstraße zwischen Albrechtstraße und Borstellstraße) einbiegen können: es ist dort aufgrund einer Baustellenabspernung sehr eng. Aber nicht nur Laster-, sondern auch PKW-Fahrer ignorieren die o.g. Einbahnstraßenregelung.

Ich halte es daher für sinnvoller, wenn statt der Beschilderung als „Einbahnstraße“ Richtzeichen nach § 42 der Straßenverkehrsordnung aufgestellt werden: so weit mir bekannt roter bzw. weißer Pfeil auf blauem Grund (waren die früher nicht anders gestaltet?).

Ich freue mich auf die Umsetzung meines Vorschlags und Ihre Eingangsbestätigung zu meinem Vorschlag, den Sie bitte an die zuständige Stelle weitergeben.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke,
Vorsitzender der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
c/o Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
www.westpreussen-berlin.de
www.ostmitteleuropa.de

19.04.2021

Sehr geehrte Damen und Herren vom Tiefbauamt usw.,

zu meinem bislang unbeantworteten Schreiben vom 13. April 2021 ergänze ich:
nach meinen Beobachtungen wird auch die Einbahnstraßen-Ausschilderung der Borstellstraße zwischen Brandenburgische Straße und Stephanstraße nicht nur von LKW-Fahrern, sondern auch von PKW-Fahrern ignoriert. Sie Sollten handeln.

In Erwartung Ihrer freundlichen Antwort verbleibe ich mit freundlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke

Anmerkung von Reinhard M. W. Hanke am 02.06.2021:

Das Tiefbauamt hat am 19.04.2021 meinen Brief zuständigkeitshalber an die Straßenverkehrsamt des Bezirks weitergeleitet.

Eine Antwort auf unsere Schreiben vom 16. und 19.04.2021 ist bis heute – 28. Oktober 2021 - ausgeblieben....!

Vielleicht sollten wir noch ein paar Fotos von zerstörten Mosaiksteinpflastern und anderen Straßenschäden am beschriebenen Ort bringen!



Borstellstraße, Blick Richtung Albrechtstraße von Ecke Brandenburgische Straße



Vom selben Standort: Borstellstraße Richtung Stephanstraße. *Aufnahmen (2): Reinhard M.W. Hanke*

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.

Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.

[<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>](mailto:agom.westpreussen.berlin@gmail.com)



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz. Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!





P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:
<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>



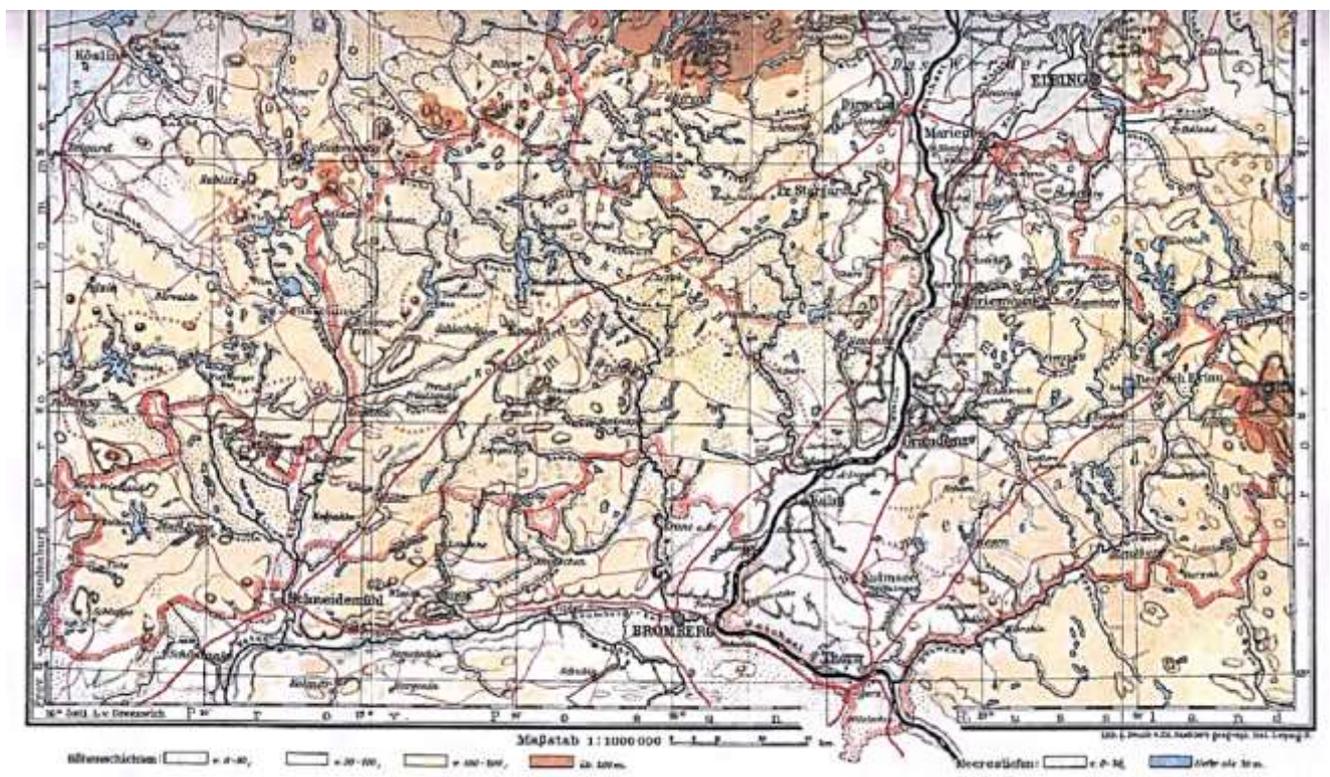
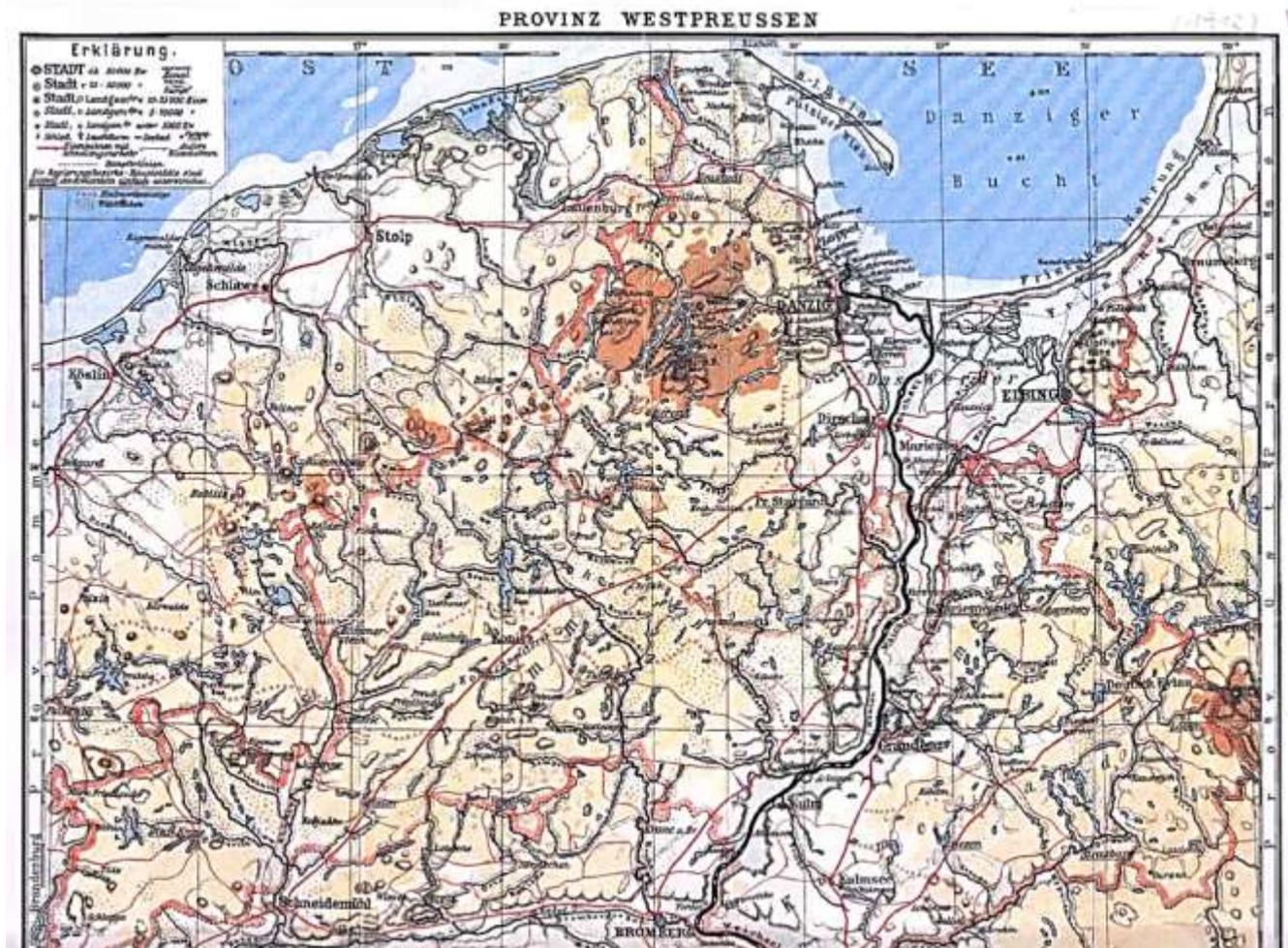
Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbige: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png>



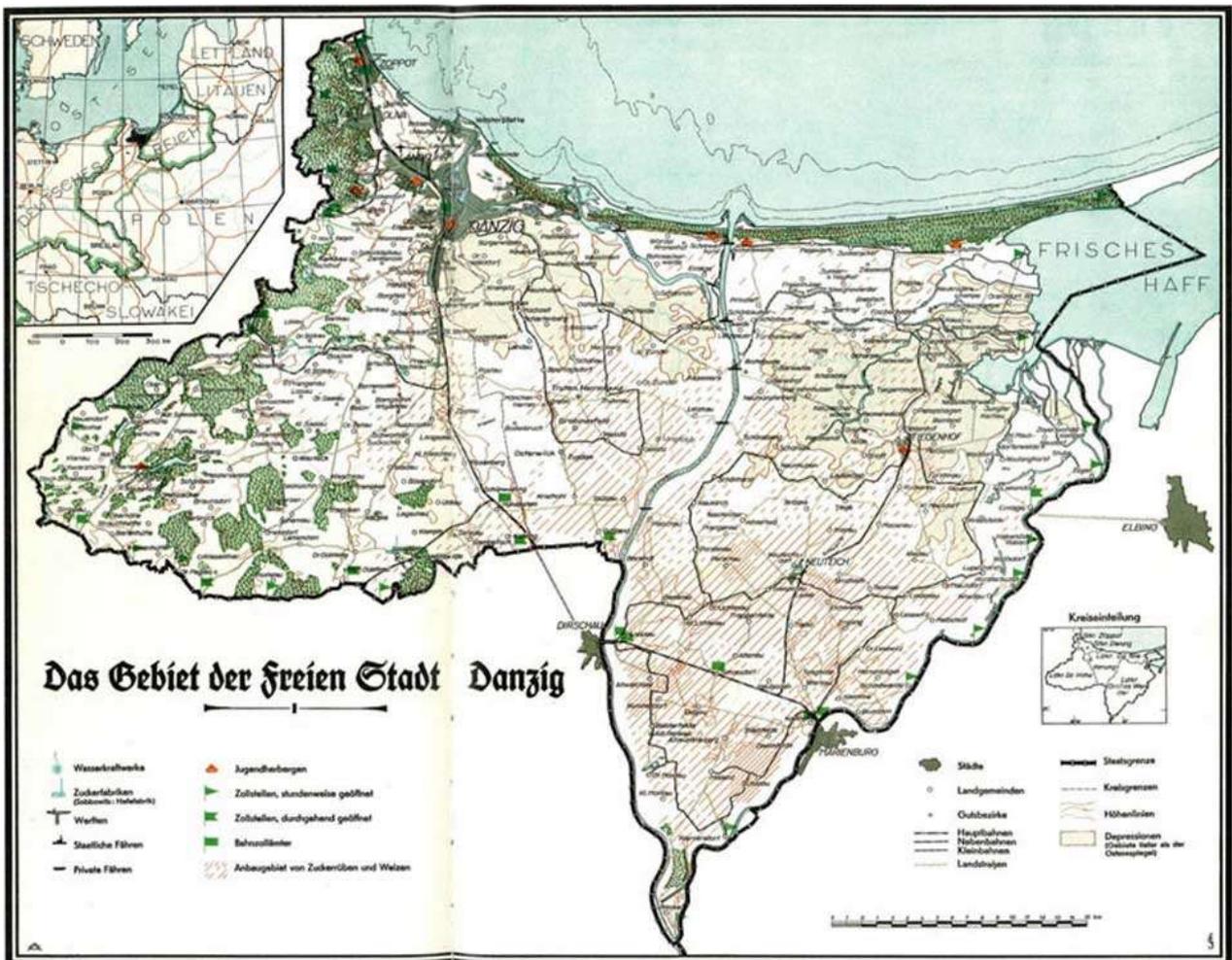
Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945

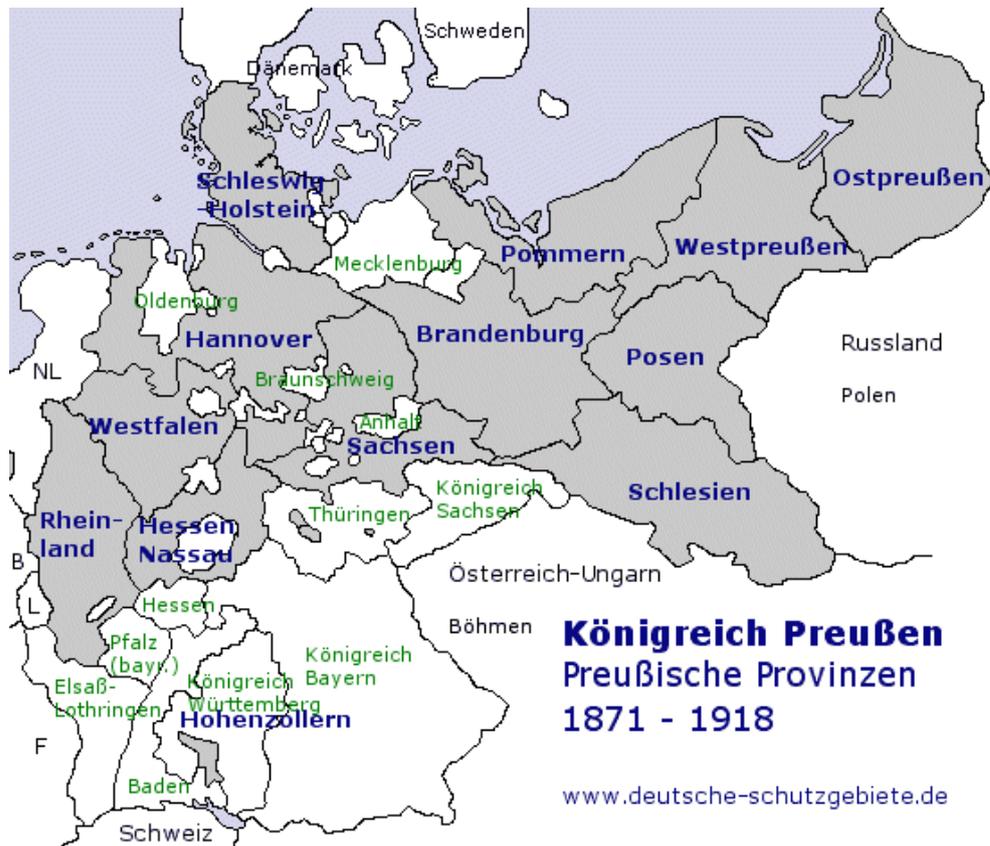




Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt [Danzig](#) -





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920